

Elisabeth Zellmer
Töchter der Revolte?

Quellen und Darstellungen zur
Zeitgeschichte
Herausgegeben vom Institut für
Zeitgeschichte

Band 85

Elisabeth Zellmer

Töchter der Revolte?

Frauenbewegung und Feminismus der
1970er Jahre in München

Oldenbourg Verlag München 2011

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2011 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Tel: 089 / 45051-0
www.oldenbourg-verlag.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Einbandgestaltung: Dieter Vollendorf
Satz: Typodata GmbH, München
Druck: Memminger MedienCentrum, Memmingen
Bindung: Buchbinderei Klotz, Jettingen-Scheppach

Dieses Papier ist alterungsbeständig nach DIN/ISO 9706

ISBN 978-3-486-70254-5
ISSN 0481-3545

Inhalt

<i>Vorwort</i>	VII
<i>Einleitung</i>	1
1. Thema, Fragestellung und methodisches Vorgehen	1
2. Forschungsstand, Quellenlage und Aufbau der Arbeit	6
<i>I. Die Situation der Frauen in der Bundesrepublik der „langen 1960er Jahre“</i>	13
1. Demokratische Ordnung und Geschlechterordnung	13
a) Recht	13
b) Politik	15
c) Weibliche Teilhabe	24
2. Zwischen Mutterdasein und Berufsorientierung	30
a) Erziehung	30
b) Bildung	32
c) Erwerbstätigkeit	37
3. Zwischen ersehnter Heirat und Individualisierung	43
a) Beziehungs- und Familienformen	43
b) Hausarbeit und Familienalltag	49
c) Sexualität und Freizügigkeit	54
<i>II. Die Politisierung des Privaten: Frauen und „1968“</i>	59
1. „1968“ – eine chauvinistische Veranstaltung?	59
2. Wider die Isolierung der Kleinfamilie: Kinderläden	68
3. „Nicht mehr Pünktchen zwischen Männern sein“: Die Münchner Frauenkommune und Frauenwohngemeinschaften	82
4. „Bis die Frauen aufgewacht sind“: Erste Frauengruppen innerhalb des „68er“-Protests	91
<i>III. Frauenbewegte Aufbrüche in den frühen 1970er Jahren</i>	103
1. Organisationen	104
a) Über den Nebenwiderspruch hinaus: Die Rote Frauenfront ...	104
b) „Frauen machen Dampf, Frauen machen Klassenkampf“: Betriebsarbeit und die Siemens-Frauengruppe	110

c)	Gegen Patriarchat und Kapitalismus: Die Sozialistische Frauenorganisation München (SFOM)	121
d)	„Danke für die Blumen, Rechte wären uns lieber!“: Das Frauenforum München	132
2.	Kampagnen und Strategien	143
a)	„Ob Kinder oder keine, entscheiden wir alleine!“: Die Aktion 218 in München	143
b)	„Nicht ‚man‘, sondern ‚ich‘ sagen“: Selbsterfahrung und Selbsthilfe	164
IV.	<i>Feministische Gegenwelten in den späten 1970er Jahren</i>	173
1.	Organisationen	174
a)	„Bunt durcheinandergewürfelt, wie es dem Leben gefällt“: Frauenzentren	174
b)	„Von heute an gibt’s mein Programm“: Frauenprojekte	188
2.	Kampagnen und Strategien	203
a)	„Mosaiksteine im System des Frauenkampfes“: Vom politischen Lesbianismus bis zu Gründungsversuchen von Frauenparteien	204
b)	Macht für alle Frauen? Die Diskussion um „Lohn für Hausarbeit“	215
c)	„Wir haben auch die Verantwortung zu tragen, wenn wir uns nicht wehren.“: Der Kampf gegen Gewalt an Frauen	228
V.	<i>Frauengruppen und „Männerherrschaft“</i>	243
1.	Feministinnen versus „Patriarchalinnen“? Zum Verhältnis von „neuer“ und „alter“ Frauenbewegung	243
2.	Von der Autonomie zum Establishment? Erste Schritte zu einer institutionalisierten Frauenpolitik in Bayern	254
	<i>Schlussbetrachtung</i>	263
	<i>Quellen- und Literaturverzeichnis</i>	271
	<i>Personenregister</i>	293

Vorwort

Als ich im Sommer 2010 die „Töchter der Revolte“ an der Universität Regensburg verteidigte, neigte sich für mich ein wichtiger Lebensabschnitt dem Ende zu. Auf dem Weg zur Promotion haben mich viele Menschen begleitet. Ihnen möchte ich an dieser Stelle danken, weil sie mich während dieser Zeit unterstützt und meine Arbeit bereichert haben.

Mein erster Dank geht an meinen Doktorvater, Prof. Dr. Udo Wengst. Er hat mir mit dem Angebot, als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Zeitgeschichte in München ein Dissertationsprojekt in Angriff zu nehmen, eine Chance eröffnet, von der ich am Ende meines Studiums kaum zu träumen wagte. Als guter Lehrer und wohlmeinender Ratgeber, stets fördernd und (meist sanft) fordernd, hat er einen großen Anteil daran, dass ich die Arbeit erfolgreich abgeschlossen habe.

Mit dem Institut für Zeitgeschichte war ich an einer Institution tätig, die einen einzigartigen und unerschöpflichen Wissens-Pool darstellt und eine Art der Zusammenarbeit hochhält, bei der das Attribut „konstruktiv“ keine leere Phrase ist. Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen dafür, dass sie mir bei all meinen Anliegen immer mit Rat und Tat zur Seite standen.

Eine Studie zur neuen Frauenbewegung wäre am Institut für Zeitgeschichte allerdings nicht ohne das Bayerische Archiv der Frauenbewegung geschrieben worden. Ich bin Hannelore Mabry, Cosima Wolter und Klaus Katz sehr dafür verbunden, dass sie diese Bestände mit dem Auftrag und den Mitteln für eine wissenschaftliche Untersuchung an das Institut für Zeitgeschichte übergeben haben. Das Institutsarchiv konnte damit seinen Sammlungsschwerpunkt „(neue) soziale Bewegungen“ ausbauen – in meinen Augen Bestände von unschätzbarem Wert, denen ich weiteres Wachsen und Gedeihen wünsche. Dem ehemaligen Archivleiter Hartmut Mehringer, Ute Elbracht und Alexander Markus Klotz sei deshalb herzlich für ihr Engagement rund um diese Sammlungen gedankt.

Eine Historikerin braucht für ihre Arbeit nicht nur Quellen, sondern auch Inspiration und die Sicht von außen. Für das Schulterklopfen im richtigen Augenblick sowie die unverdrossene und aufmerksame Lektüre meines Manuskripts danke ich Ingrid Baass, Giles Bennett, Bastian Hein, Christine Hikel, Nicole Kramer, Edith Raim, Anne Rohstock, Marcelle Santana, Thomas Schlemmer und Renata Sirota-Frohnauer.

Während meiner Promotionszeit hatte ich das Glück zu erfahren, dass die Grenzen zwischen fachlicher und emotionaler Unterstützung bisweilen fließend sind. Mein letzter und innigster Dank gilt deshalb meinen Eltern, meiner Schwester, Annette und Christian – für Hilfe und Rat, Interesse und Verständnis, Geduld und Zuneigung und vieles, vieles mehr...

München, im Dezember 2010

Einleitung

1. Thema, Fragestellung und methodisches Vorgehen

„Die Beziehungen zwischen den Geschlechtern sind erkennbar gestört wie nie zuvor“, war in der *Süddeutschen Zeitung* an Sylvester 1974 zu lesen, „und verbaler Radikalismus beherrscht die Szene.“¹ Der Jahreswechsel verhieß für die Eintracht von Mann und Frau offenbar nichts Gutes, und das, obwohl für 1975 mit dem „Internationalen Jahr der Frau“ ein Feier-Jahr zu verkünden war, mit dem die Vereinten Nationen zu „Gleichheit, Entwicklung und Frieden“ nicht nur zwischen den Geschlechtern aufriefen. Glaubt man dem Zitat, war man in der Bundesrepublik weit von diesen Zielen entfernt. Vielmehr schien hier die „gute alte Zeit“ gehörig aus dem Gleichgewicht geraten zu sein. Verantwortlich dafür zeichnete nach Ansicht des Münchner Journalisten die Emanzipation der weiblichen Bevölkerung, die sich neben eher unterschwelligem Veränderungen seit einigen Jahren vor allem in „Männerschelten“, also lautstarkem Protest, äußerte. In die „Sache der Frauen“ war augenscheinlich in vielerlei Hinsicht Bewegung geraten.

Das Auftreten eines neuen „Frauentyps“ und einer neuen Frauenbewegung mochte in den 1970er Jahren so manchen Zeitgenossen in Krisenstimmung versetzen. Heute liefert es nicht selten Stoff für eine Erfolgsgeschichte, die anscheinend langfristig nicht nur der Beziehung der Geschlechter zum Vorteil gereichte. Insbesondere Frauenforscherinnen stellen die These auf, dass nur „wenige Einflüsse den Alltag, die Familien – teils auch die Arbeit – so verändert“ hätten „wie die Frauenbewegungen der letzten Jahrzehnte“.² Das Narrativ, dass erst neue soziale Phänomene wie die Frauenbewegung der 1970er Jahre die Bundesrepublik zu einem erfolgreichen, modernen und demokratischen Unterfangen gemacht hätten, wird von der Historiografie weitgehend undifferenziert übernommen, gerade was politikgeschichtliche Aspekte angeht. So sei es vor allem die neue Frauenbewegung gewesen, die die Emanzipation der weiblichen Bevölkerung „machtvoll“ vorangetrieben habe.³ Außerdem verdanke man der feministischen Kritik, dass die anhaltende Diskriminierung von Frauen als „zentrale Dimension der sozialen Ungleichheit“ in der Bundesrepublik „anerkannt und aufgewertet“ worden sei.⁴ Als Teil der neuen sozialen Bewegungen habe die Frauenbewegung darüber hinaus „zu einem bemerkenswerten Wandel der politischen Kultur“, zu einer „geglückten

¹ Claus Heinrich Meyer: Die neue Frau ist noch nicht attraktiv, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 31.12.1974/1.1.1975.

² So z. B. Lenz/Szypulski/Molsich: *Frauenbewegung international*, S. VII.

³ Conze: *Suche nach Sicherheit*, S. 546f.

⁴ Wehler: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 5, S. 171.

Demokratie“ beigetragen.⁵ Nicht zuletzt wird mit dem von „1968“ ausgehenden Protest und seiner feministischen Nachhut eine „Umgründung der Republik“ verbunden, wobei die Frauenbewegung vor allem im Sinne eines „komplexen sozialen Individualisierungsprozesses“ gewirkt habe.⁶

Allerdings, so ist an dieser Stelle einzuwenden, beruhen diese nachgerade euphorischen Urteile bislang lediglich auf einer schmalen empirischen Basis und wenigen geschichtswissenschaftlichen Untersuchungen, da die distanziert-kritische Historisierung der neuen Frauenbewegung, wie in dem Abschnitt über den Forschungsstand noch erläutert wird, im Grunde gerade erst begonnen hat. Nur allzu leicht gerät bei dem damit verbundenen (und durchaus notwendigen) Interesse an der Bewegung selbst in den Hintergrund, dass sich diese nicht im luftleeren Raum betätigte, sondern von ihrer Umgebung ebenso befördert wie herausgefordert wurde. Als Geburtshelfer und ständiger Begleiter des feministischen Aktionismus firmierte dabei nicht zuletzt der grundlegende Wandel, der Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik seit den 1960er Jahren kennzeichnete. Zugleich speiste sich die Frauenbewegung aus der politischen Unruhe von „1968“, in deren Kontext sich ein weibliches Aufbegehren erstmals öffentlichkeitswirksam artikuliert. Die vorliegende Arbeit hat es sich deshalb zur Aufgabe gemacht, der Entwicklung der neuen Frauenbewegung unter den Bedingungen von „Reform und Revolte“ nachzugehen.

Aus diesem Anliegen ergibt sich eine Reihe von Fragen, die an das gleichnamige Forschungsprojekt des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin anknüpfen, das sich unter der Leitung von Udo Wengst mit dem politischen und gesellschaftlichen Wandel in der Bundesrepublik Deutschland in den 1960er und frühen 1970er Jahren beschäftigt und sich dabei insbesondere dafür interessiert, wie längerfristige Wandlungserscheinungen und Reformströmungen mit den Protestereignissen um und nach „1968“ interagierten.⁷ Als Untersuchungsgegenstand bieten sich dafür die Lebensumstände von Frauen und deren politisches Engagement in eigener Sache geradezu an, da sich auf diesem Gebiet zu der Zeit eine besondere Dynamik entfaltetete.

Es ist deshalb zunächst zu klären, wie sich die Situation der weiblichen Bevölkerung in der Bundesrepublik der „langen 1960er Jahre“⁸ darstellte. War das Land eine „Spießhölle“⁹, das die „68er“ geradewegs zum Feindbild erklären *mussten*, weil „Biedermann“ seine Frau in den Bereich von Kindern, Küche und Kirche

⁵ Wofrum: Die geglückte Demokratie, S. 405.

⁶ Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik, S. 637.

⁷ Zu diesem Projekt sind bereits zwei Studien publiziert worden, die sich mit der Geschichte des Zivildienstes und der Entwicklungspolitik beschäftigen: Bernhard: Zivildienst, und Hein: Die Westdeutschen. Demnächst erscheinen zur Hochschulpolitik in Bayern und Hessen sowie der Kulturpolitik in Frankfurt am Main: Rohstock: Von der „Ordinarienuiversität“; Kittel: Marsch durch die Institutionen.

⁸ Zum Begriff der „langen 1960er Jahre“, der die Zeit zwischen den ausgehenden 1950er Jahren und den beginnenden 1970er Jahren fasst, vgl. v. a.: Marwick: The Sixties. In der Bundesrepublik wird dieser Zeitraum vom Ende der Ära Adenauer sowie der Ölkrise 1973/74 markiert und ist bereits als „Reform- und Wendezeit“ bezeichnet worden. Vgl. dazu Callies: Die Reformzeit, und Frese/Paulus/Teppes: Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch.

⁹ Vgl. zu diesem Bild v. a.: Sichtermann: Die beruhigende Zone, sowie die dem entsprechende Ausstellungsgestaltung: Schappach: „Die Spießhölle“.

verbannte? War die Gleichberechtigung der Geschlechter, die das Grundgesetz in Artikel 3 garantiert, das Papier nicht wert, auf dem es geschrieben stand? Oder ist nicht vielmehr davon auszugehen, dass das Bild von der „Restaurationszeit der Ära Adenauer“¹⁰ gleichsam rückwirkend von den Eindrücken geprägt ist, die Studenten- und Frauenbewegung mit ihrer Autoritätskritik und den radikalisierten Forderungen zur Emanzipation hinterließen? Finden sich nicht bereits seit den ausgehenden 1950er Jahren in Politik und Gesellschaft Spuren, die vom Wandel weiblicher Lebenswelten zeugen? Gibt es nicht doch Gleichberechtigungsdiskurse, die zumindest einer allzu polar angelegten und hierarchisierten Geschlechterordnung eine Absage erteilten? Und betrafen bestimmte Veränderungen wie die beginnende Bildungsexpansion oder die Verbreitung der Pille nicht gerade Frauen, denen sich damit neue Freiräume, aber auch Konflikte offenbarten, die der Gestaltung nicht zuletzt durch eine kritische Frauenbewegung bedurften?

Da an den Beginn der Geschichte der neuen Frauenbewegung meist die Tomaten gerückt werden, die eine erboste Studentin nach ihren Genossen vom SDS warf¹¹, als sich diese der Diskussion von „Frauenkram“¹² verweigerten, ist der Blick vor allem auf die „68er“-Bewegung zu richten. Welche Rolle spielte diese bei der Entstehung der Frauenbewegung? War sie ein Hort der Frauenfeindlichkeit, die einen feministischen Aufstand geradezu heraufbeschwor? Oder war sie eine Wegbereiterin des Protests, der mit seinem Slogan „Das Private ist politisch“ schließlich die Stoßrichtung einer Bewegung von Frauen bestimmte? Wer waren überhaupt die Frauen, die heute ob ihres Einsatzes in der Außerparlamentarischen Opposition (APO) und in der Frauenbewegung gerne als „68erinnen“ und „lila Latzhosen“¹³ tituiert werden? Waren sie die „Bräute der Revolution“, die den „Heimchen am Herd“ neue Mores lehrten?

Gerade an dieser Stelle zeigt sich, dass für eine Historisierung der neuen Frauenbewegung noch Grundlagenarbeit zu leisten ist: Wer waren die Trägerinnen des feministischen Unmuts gegenüber weiblichen Nöten und männlichen Autoritäten? Wie entwickelte sich die Bewegung von Frauen? Woraus bezog sie ihre Kraft und ihre Ressourcen? Wo lag ihr Mobilisierungs- und Organisierungspotenzial? Welche Diskurse und Leitideen kennzeichneten den Feminismus der 1970er Jahre? Worin bestanden die Schwerpunkte und Aktivitäten frauenbewegten Engagements und wie lassen sich diese zeitlich wie inhaltlich kategorisieren?

Nicht zuletzt ist die Frage zu diskutieren, ob es den häufig suggerierten „Marsch der Frauenbewegung durch die Institutionen“¹⁴ tatsächlich gab. Lässt sich eine mehr oder weniger gerade Linie zwischen dem feministischen Aufbruch am Ende der 1960er Jahre und der Gleichstellungspolitik, wie sie sich in der Bundesrepublik seit dem Anfang der 1980er Jahre etablierte, ziehen? Gibt es einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Querelen und Quote oder sind nicht eher Wech-

¹⁰ Dieses Paradigma dominiert v.a. in älteren Betrachtungen zu Frauen in der Bundesrepublik, z. B.: Vogel: Frauen und Frauenbewegung.

¹¹ Vgl. dazu: Notz: Warum flog die Tomate?; Heinrich-Böll-Stiftung/Feministisches Institut (Hrsg.): Wie weit flog die Tomate?.

¹² So eine ironisierende Bezeichnung aus dem Protestmilieu: Ulrike Meinhof: Frauenkram, in: konkret Nr. 7 (1968).

¹³ Kätzl: 68erinnen; Müller: Die Wahrheit über die lila Latzhosen.

¹⁴ So zuletzt: Ehmsen: Der Marsch.

selwirkungen und Brüche zwischen der sich meist als männer- und staatsfern verstehenden Frauenbewegung und dem „Establishment“ zu vermuten?

Diesen Fragen nähert sich die vorliegende Studie anhand eines regionalen Beispiels. Dieses Vorgehen und mit ihm die Wahl Münchens bot sich dabei aus mehrerlei Hinsicht an. Die Begründung beschränkt sich dabei keinesfalls darauf, dass es sich bei einer Kommune neben Bund und Ländern um eine der relevanten politischen Ebenen der Republik handelt, auf denen auch das Zusammen- und Wechselspiel von Reform und Revolte untersucht werden kann. Insbesondere bei einer Großstadt wie München ist aufgrund ihrer sozioökonomischen Vielfalt davon auszugehen, dass sich hier die grundlegenden Wandlungserscheinungen, die die 1960er und 1970er Jahre charakterisierten, unmittelbar niederschlugen und die Menschen im Zuge dessen auch (kollektive) Strategien dahin gehend entwickelten, wie mit diesem Wandel umzugehen sei. München, das Ende der 1950er Jahre „unwiderruflich zur Millionenstadt geworden“ war, erfreute sich im Untersuchungszeitraum einer wirtschaftlichen und kulturellen „Expansion“, die freilich, so heißt es in einer Geschichte der Stadt, sowohl „aufgrund bewahrter Kontinuitäten“ als auch „wegen einschneidender Veränderungen“ als „ambivalente Ära“ eingestuft werden müsse.¹⁵

Zudem stellte die bayerische Landeshauptstadt als Heimat der politischen Machtzentralen von Kommune wie Freistaat einen Ort dar, an dem sich auch Protest und Konflikte deutlich artikulierten. Dies galt in der Stadt, die nicht zuletzt mit der Ludwig-Maximilians-Universität über die damals größte Hochschule in der Bundesrepublik verfügte, auch für die rebellierende Jugend von „1968“, wobei bereits wiederholt festgehalten wurde, dass die Revolte in München am Ende der 1960er Jahre besonders heftig tobte.¹⁶ Im Hinblick auf die Kritik an ungleichen und hierarchischen Geschlechterverhältnissen, wie sie die Frauenbewegung übte, ist dabei hervorzuheben, dass eine Metropole auch den sozialen und kulturellen Raum bietet, die so verabscheuten „herrschenden Verhältnisse“ zu unterlaufen¹⁷ und mit Alternativen zu experimentieren. Für die Historikerin war bei der Auswahl ihres Untersuchungsgegenstandes nicht zuletzt entscheidend, dass sich München durch eine differenzierte Archivlandschaft auszeichnet, in der nicht nur amtliche Akten den Weg in die Magazine finden, sondern auch Materialien der lokalen „Opposition“ gezielt gesammelt werden.

Die Fragestellung, in deren Mittelpunkt das Zusammen- und Wechselspiel von Reform und Revolte steht, bestimmt die Sicht auf die Phänomene Frauenbewegung und Feminismus mit. Zum ersten wird die Frauenbewegung in Anlehnung an die Ergebnisse der Bewegungsforschung um Roland Roth und Dieter Rucht hier als eine soziale Bewegung verstanden, die aus einem „Netzwerk von Gruppen und Organisationen“ besteht, das sich „auf eine kollektive Identität“ stützt, „eine

¹⁵ Krieg: Die „Weltstadt mit Herz“, S. 413, 419.

¹⁶ Zu „1968“ in München vgl. die wissenschaftlichen Publikationen: Rohstock: Von der „Ordinarienuniversität“, v. a. Kap. 2, Hemler: München '68; Hemler: Von Kurt Faltlhauser; Fürmetz: Protest oder „Störung“; eher populärwissenschaftlich: Gerstenberg: Hiebe, Liebe und Proteste; Stankiewicz: München '68.

¹⁷ Im Hinblick auf feministische Frauenöffentlichkeiten wies auf diese Möglichkeit bereits hin: Doderer: Urbane Praktiken, S. 73.

gewisse Kontinuität des Protestgeschehens“ sichert und damit „Anspruch auf Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels“ erhebt. Das letzte Kennzeichen erscheint dabei als besonders gewichtig, denn es macht eine soziale Bewegung zu einer Akteurin, die „die Fähigkeit einer Gesellschaft“ nutzt, „sich selbst zu produzieren“, ohne dabei aus den Augen zu verlieren, dass die Bewegung selbst auch ein Produkt dieser Gesellschaft und ihres Wandels ist. Zudem verwarfen sich die Überlegungen Roths und Ruchts dagegen, jedwedem Bewegungsaktivismus eine „progressive“ Richtung zuzuschreiben, denn ihrer Einschätzung nach kann er „fördernd oder bremsend, revolutionär, reformerisch oder restaurativ“ sein.¹⁸

Zum zweiten geht die Arbeit für den Untersuchungszeitraum von einer Identität von Frauenbewegung und Feminismus¹⁹ aus, da es sich um Begriffe handelte, die, wie noch zu zeigen sein wird, nicht zuletzt die Protagonistinnen selbst erst für sich entdeckten²⁰, meist als neu und noch nie da gewesen betrachteten und sich daran machten, sie einer eingehenderen inhaltlichen Bestimmung zuzuführen. Mit Ausnahme des zur Abgrenzung zu historischen Vorgängerinnen²¹ eingeführten Begriffs der sogenannten neuen Frauenbewegung und des zeitlichen Attributs der 1970er Jahre bleibt die Darstellung deshalb mit der Vorwegnahme von Kategorisierungen sparsam. Denn selbst bei den in wissenschaftlichen Studien häufig benutzten Analysekriterien zum Beispiel eines liberalen, sozialistischen oder radikalen Feminismus²² handelt es sich um Bezeichnungen, die sich erst im Lauf der 1970er Jahre und innerhalb der Bewegung herauskristallisierten, nicht selten verbunden mit einem Streit um die „richtigere“ feministische Lebensweise.

Auch dem für die 1970er Jahre bisweilen gebrauchten Plural Frauenbewegungen und Feminismen erteilt diese Arbeit in der Darstellung eine Absage²³: Obwohl die neue Frauenbewegung zu Recht als „ein fluides Phänomen“ sowohl im Hinblick auf ihre räumliche und soziale Ausdehnung als auch auf ihre ideologischen Orientierungen bezeichnet wird²⁴, erscheint gerade diese Vielfältigkeit als ein Charakteristikum des feministischen Tatendrangs. Außerdem ergaben sich durch das Quellenstudium am Beispiel Münchens eine Vielzahl von personellen oder inhaltlichen Zusammenhängen zwischen verschiedenen Strömungen oder Arbeitsansätzen der neuen Frauenbewegung. Sehr allgemein lassen sich Frauen-

¹⁸ Vgl. hier v. a. Roth/Rucht: Einleitung, S. 13–29.

¹⁹ Die Begriffe werden häufig synonym verwandt, zuletzt bei: Gerhard: Frauenbewegung und Feminismus.

²⁰ Zum semantischen Durchbruch der Begriffe neue Frauenbewegung und Feminismus in den westdeutschen Massenmedien, der hier auf 1974/75 verortet wird, vgl. Schneider: „Nur keinen Amazonenstaat“, v. a. S. 52–66.

²¹ Vgl. zur „alten“, meist in eine „bürgerliche“ und „proletarische“/„sozialistische“ Strömung aufgeteilten Frauenbewegung, die um die Mitte des 19. Jahrhunderts einsetzte, zwischen 1933 und 1945 aber von jeder weiteren Wirkungsmöglichkeit abgeschnitten war, zuletzt: Schaser: Frauenbewegung.

²² Derartige Einordnungen finden sich zunächst bei frauenbewegt engagierten Autorinnen, z. B.: Linnhoff: Die Neue Frauenbewegung, S. 38ff.; Doormann: Die neue Frauenbewegung, v. a. S. 49–55, und wurden im Laufe der Zeit zu Kategorisierungsschemata ausgebaut. Die neueste Übersicht bietet Lenz: Neue Frauenbewegung, S. 31.

²³ So z. B. Notz: Warum flog die Tomate?. Allerdings soll damit nicht in Abrede gestellt werden, dass es unterschiedliche Diskurse und Strömungen in der Frauenbewegung gab, vor allem in langfristiger Perspektive. Vgl. dazu z. B.: Lorber: Gender Inequality; Offen: European Feminisms.

²⁴ Schulz: Langer Atem, S. 23f.

bewegung und Feminismus deshalb zunächst als eine soziale Bewegung und ihr Ideensystem fassen, die für die Aufhebung von Geschlechterhierarchien plädieren.²⁵

2. Forschungsstand, Quellenlage und Aufbau der Arbeit

Geschichtswissenschaftliche Untersuchungen an der Schnittstelle der „langen 1960er Jahre“, des Protests von „1968“ sowie des Lebensumfelds und des (bewegungs-)politischen Engagements von Frauen sind noch rar. Die Historiografie zur neuen Frauenbewegung in der Bundesrepublik ist zwar, wie bereits treffend beobachtet worden ist, so alt wie die Bewegung selbst²⁶, allerdings zunächst vor allem von frauenbewegten Aktivistinnen betrieben worden, die sich wiederum stark auf das Innenleben der Bewegung konzentrierten.²⁷

Dagegen lassen sich quellengesättigte und kritische Darstellungen zur historischen Verortung der neuen Frauenbewegung noch an einer Hand abzählen; das derzeitige Interesse an der (neuen) Frauenbewegung und ihren Ideen ist nach dem Stand der Publikationen zuvorderst politikwissenschaftlicher, soziologischer oder wissenschaftsgeschichtlicher Natur.²⁸ Neben meist knapp und skizzenhaft ausfallenden Überblicksdarstellungen²⁹ ist für die geschichtswissenschaftliche Disziplin vor allem die Monografie von Kristina Schulz hervorzuheben, die sich mit den Erscheinungsformen der neuen Frauenbewegung zwischen 1968 und 1975/6 in Deutschland und Frankreich beschäftigt.³⁰ Zudem ist 2008 eine umfangreiche Quellensammlung erschienen, die in ausführlicher Kommentierung durch Ilse Lenz der Entwicklung und den Transformationen der neuen Frauenbewegung in (West-)Deutschland seit dem Ende der 1960er Jahre bis zur Gegenwart auf den Grund geht.³¹

²⁵ Die Arbeit folgt dabei Bestrebungen, die beiden Phänomene einer analytischen Begrifflichkeit zuzuführen. Dazu z. B. Streubel: Radikale Nationalistinnen, S. 65ff.

²⁶ Vgl. Schulz: Langer Atem, S. 18.

²⁷ V.a. Doormann: Keiner schiebt uns weg; Haug: Perspektiven; Hervé: Geschichte der deutschen Frauenbewegung; Krechel: Selbsterfahrung und Fremdbestimmung; Linnhoff: Die neue Frauenbewegung; Schenk: Die feministische Herausforderung; Schlaeger: Mein Kopf gehört mir; Schwarzer: So fing es an!; Soden: Der große Unterschied.

²⁸ Biermann: Von Differenz zu Gleichheit; Ehmsen: Der Marsch; Hark: Dissidente Partizipation; Thon: Frauenbewegung im Wandel. Allerdings gibt es einige historisch angelegte Dissertationsprojekte, die aber entweder noch in Arbeit sind oder deren Ergebnisse noch nicht veröffentlicht wurden: Lahn: Flog die Tomate auch; Clara McDougall: Councils of Women: Transnationality and the Shaping of Feminist Identity in West Germany 1967–1975 (www.vw-projekt.uni-hd.de/mitarbeiter_macdougall.html); Sarah Summers: Reconciling Family and Work: The Gendered Division of Labor and Women's Emancipation in West Germany from the 1960s to the 1980s (<http://history.unc.edu/gradstudents/summers.html>); Johanna Schniedergers: „Entgrenzung des Städtischen“ oder „Neuaneignung der Provinz“? Die Neue Frauenbewegung auf dem Land (www.ztg.tu-berlin.de/pdf/Protest_bewegt_Programm.pdf) – Zugriff jeweils am 16. 4. 2010.

²⁹ Frevort: Frauengeschichte; Gerhard: Unerhört, dies.: Frauenbewegung und Feminismus; Nave-Herz: Die Geschichte der Frauenbewegung, Notz: Warum flog die Tomate?; Wiggershaus: Geschichte der Frauen.

³⁰ Schulz: Langer Atem.

³¹ Lenz: Neue Frauenbewegung.

Da für die neue Frauenbewegung in der Bundesrepublik nicht zuletzt dank deren föderalistischer Struktur die starke lokale Verankerung und geografische Breite der Bewegung als charakteristisch angesehen werden können³², gibt es einige Publikationen, die sich – mit unterschiedlicher Intensität und anhand verschiedener Fragestellungen – dem feministischen Protest im regionalen Kontext widmen.³³ Allerdings kann insbesondere im Hinblick auf die Zentren des Aufbruchs West-Berlin, Frankfurt am Main und nicht zuletzt München von einem Forschungsdesiderat gesprochen werden. Für Berlin liegt lediglich ein Aufsatz, für Frankfurt am Main eine sozialwissenschaftliche Dissertation und ein Ausstellungskatalog vor, die Schlaglichter auf die Genese der neuen Frauenbewegung vor Ort werfen.³⁴ Für München konnte man bislang immerhin eine im Jahr 2000 von Christine Schäfer und Christiane Wilke erarbeitete Dokumentation zu Rate ziehen, die über frauenbewegte Protestereignisse und einzelne Akteurinnengruppen informiert.³⁵

Dass das Verhältnis zwischen dem studentischen und dem feministischen Protest in all diesen Publikationen fast einhellig als distanziert und von Seiten der Frauen deutlich auf Abgrenzung bedacht beschrieben wird, ist auch darauf zurückzuführen, dass sich die Forschung bislang nicht besonders ausführlich zum Zusammenhang zwischen „1968“ und der Kategorie Geschlecht geäußert hat. Abgesehen von Ute Kätzels Sammelband mit 14 Porträts von „68erinnen“³⁶ sowie Kristina Schulz' Arbeiten, die unter anderem auch die „Bräute der Revolution“ sowie die ideengeschichtlichen Zusammenhänge von studentischem und feministischem Protest thematisieren³⁷, gerät der Einsatz von Frauen in der APO ebenso wie in eigener Sache in diesem Zusammenhang zur nicht eingehender untersuchten „Konkursmasse“ der Studentenbewegung³⁸.

Dennoch lassen sich zwei Stränge ausmachen, wie der weibliche Protest im Rahmen von „1968“ wahrgenommen wird, die freilich auch zeigen, dass hier noch Klärungsbedarf besteht. Einerseits dient eine (weibliche wie männliche) Zeitzeugenschaft dazu, einem feministischen Aufbruch ein gewisses Verständnis entgegenzubringen, weil die Revolte ihren Unterstützerinnen gerade im Hinblick auf Partizipationsmöglichkeiten oder sexueller Selbstbestimmung nicht unbedingt wohlgesonnen gewesen sei.³⁹ Trotzdem ist dann aber bisweilen sogar von einer „Sezession“ die Rede, die mit ihrem Anspruch auf Autonomie die Männer doch

³² Vgl. Schulz: Langer Atem, S.19.

³³ Zu Braunschweig: Karras: Die neue Frauenbewegung; zu Bremen: Schmitter: Zur neuen Frauenbewegung; zu Freiburg, Gießen und Saarbrücken aus Aktivistinnensicht: Poppenhusen: Viel bewegt; Müller: Die Wahrheit über; Keinhorst: Das war alles. Speziell zu den sogenannten Frauenprojekten der Städte Berlin, Hamburg, München, Frankfurt am Main und Stuttgart seit den 1970er Jahren: Doderer: Urbane Praktiken.

³⁴ Zu Berlin: Nienhaus: Frauen erhebt Euch; zu Frankfurt am Main: Dackweiler: Ausgegrenzt und eingemeindet; Historisches Museum Frankfurt (Hrsg.): Frauenalltag.

³⁵ Schäfer/Wilke: Die neue Frauenbewegung in München.

³⁶ Kätzler: 68erinnen.

³⁷ Schulz: Bräute der Revolution; Schulz: Langer Atem.

³⁸ So z. B. auch bei: Siegfried: Time is on my side, S.706.

³⁹ Steffen: SDS, Weiberräte, Feminismus; Prokop: Zur Geschichte der Frankfurter Frauenseminare; Reiche: Sexuelle Revolution. Die These des Chauvinismus der Genossen auch bei: Horn: Spirit of '68, S.217ff.

schwer mitgenommen habe.⁴⁰ Andererseits wird die (ideelle) Wirkmächtigkeit von „1968“ teilweise so hoch eingeschätzt, dass die neue Frauenbewegung lediglich zu einer der „Nachfolgebewegungen“ wird, die keine mit der Utopie von „1968“ vergleichbaren Gegenentwürfe zur bestehenden Gesellschaftsordnung entworfen habe.⁴¹

Während die Forschung zu „1968“ also gerade Frauen und ihrem Engagement gegenüber noch weitgehend blind ist, wie zum Beispiel auch Thomas Etzemüller in seinem deutsch-schwedischen Vergleich der Revolte kritisiert⁴², spürt man bei Untersuchungen zu Wandlungserscheinungen und Reformen in den langen 1960er Jahren eine zunehmende Sensibilität für Geschlechterfragen. Als Beweis können mehrere neuere Studien über die Veränderungen in der Erwerbstätigkeit von Frauen⁴³ oder dem gesellschaftspolitischen Umgang mit Elternschaft, Erziehung oder Sexualität⁴⁴ ebenso genannt werden wie zahlreiche Aufsätze, die Sammelbände zur Frage des Charakters der langen 1960er Jahre um einen frauen- und geschlechtergeschichtlichen Schwerpunkt bereichern⁴⁵.

Freilich sind in diesen Veröffentlichungen meist nur wenige Antworten auf das Mit- und Gegeneinander von eher langfristigen Veränderungen und dem Protest (von Frauen) seit dem Ende der 1960er Jahre enthalten und belaufen sich zuvorderst auf Ausblicke darauf, was noch zu tun ist. So sieht beispielsweise Ute Frevert in den 1960er Jahren zwar einen „geschlechterpolitischen Experimentier-raum“, setzt aber hinzu, dass es erst im nächsten Jahrzehnt zu noch nicht weiter diskutierten „veritablen Umbrüchen“ in der Geschlechterordnung gekommen sei.⁴⁶ Und selbst die Auseinandersetzung mit der von der „1968“ hochgehaltenen „sexuellen Revolution“ und den in diesem Rahmen vorangetriebenen Emanzipations- und Erziehungsprojekten habe, so eine Schlussfolgerung von Kristina Schulz, eben nur für einen „Teil der Frauenbewegung“ den „Beginn der neuen Frauenbewegung“ markiert.⁴⁷

Eine Untersuchung, in deren Zentrum eine soziale Bewegung steht, die auf ihre mehrheitlich als Distanz gegenüber Männern und staatlichen Einrichtungen verstandene Autonomie größten Wert legte, kann nur teilweise auf klassische Quellen bauen. Materialien aus der Frauenbewegung unterliegen keiner Überlieferungspflicht bzw. werden von den ehemaligen Aktivistinnen nicht notwendigerweise einem Archiv übergeben. Öffentliche Archive werben zudem bislang nur selten gezielt Materialien aus den Protestbewegungen der 1960er und 1970er Jahre ein,

⁴⁰ Gerd Koenen: *Das rote Jahrzehnt*, Köln 2001, S. 233, 244.

⁴¹ Vgl. Gilcher-Holtey: *Die 68er Bewegung*, S. 115.

⁴² Etzemüller: *1968 – ein Riss*, S. 175.

⁴³ Mattes: *Gastarbeiterinnen*; Oertzen: *Teilzeitarbeit und die Lust am Zuverdienen*.

⁴⁴ Buske: *Fräulein Mutter*; Herzog: *Politisierung der Lust*; Kuller: *Familienpolitik*; Kolbe: *Elternschaft im Wohlfahrtsstaat*; Silies: *Liebe, Lust und Last*; an einer „*Gesellschaftsgeschichte der Sexuellen Revolution*“ arbeitet Sybille Steinbacher (www.nng.uni-jena.de/sybille_steinbacher.html – Zugriff: 26. 4. 2010).

⁴⁵ So v. a.: Albers: *Bäuerliche Familien*; Lindner: *Rationalisierungsdiskurse*; Niehuss: *Einführung*; Oertzen: *Teilzeitarbeit für die „moderne“ Ehefrau*; Paulus: *Familienrollen*; Schildt: *Materieller Wohlstand*; Schulz: *1968*; Frevert: *Umbruch der Geschlechterverhältnisse*.

⁴⁶ Frevert: *Umbruch der Geschlechterverhältnisse*, S. 660.

⁴⁷ Schulz: *1968*, S. 133.

obwohl diese ihr Handeln sehr wohl dokumentierten.⁴⁸ Außerdem fand das zunächst vorwiegend von der Studentenbewegung getragene und schließlich feministisch orientierte Engagement, das das vermeintlich Private zum Politikum erhob, erst dann Niederschlag in amtlichen Akten, wenn Frauen öffentlich tätig bzw. auffällig wurden und/oder es sich bei den jeweiligen Themenfeldern um (soziale) Brennpunkte handelte. Zumindest die Situation der weiblichen Bevölkerung und der gesellschaftspolitische Umgang mit (angeblich) weiblichen Angelegenheiten lässt sich durch die Zuhilfenahme öffentlich zugänglicher Materialien wie statistischen Erhebungen, Parteiprogrammen, Parlamentsdebatten oder der Presseberichterstattung greifen. Anhand der Überlieferung universitärer, städtischer und staatlicher Archive sind zudem die im Rahmen der hier bearbeiteten Fragestellung wichtigen Berührungspunkte zwischen dem Protest auf der einen und Politik und Gesellschaft auf der anderen Seite auszumachen.

So finden sich in den Senatsprotokollen des Universitätsarchivs München sowie in den Beständen des bayerischen Kultus- und Innenministeriums, die das Bayerische Hauptstaatsarchiv aufbewahrt, Hinweise auf die Beteiligung von Frauen an den Protesten von „1968“ und hier vor allem in den sogenannten Kinderläden. Die (noch nicht vollständige) Abgabe des bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung an das Hauptstaatsarchiv wiederum gibt Aufschluss über Bayerns Frauenpolitik und enthält darüber hinaus Unterlagen zu dem 1973 vom Ministerium ins Leben gerufenen *Bayerischen Landesfrauenausschuss* und der seit 1981 arbeitenden *Leitstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern*, die wichtige institutionalisierte Pendanten zur autonomen neuen Frauenbewegung darstellen. Was deren Performanz in der Öffentlichkeit, etwa im Protest gegen Paragraph 218 StGB oder in den sogenannten Walpurgisnacht-Demonstrationen angeht, war der Bestand der Münchner Polizeidirektion im Bayerischen Staatsarchiv sehr aufschlussreich. Im Stadtarchiv der Landeshauptstadt München lieferten schließlich die Sitzungsprotokolle des Stadtrats und dessen Aktensammlung wichtige Informationen zur Einstellung der Kommune zu bestimmten Forderungen der Frauenbewegung, vor allem hinsichtlich des Ausbaus der öffentlichen Kinderbetreuung und Hilfsmaßnahmen für misshandelte Frauen und deren Kinder.

Abgesehen von Zeitungsausschnitten oder Flugblattsammlungen schweigt die Überlieferung der eben genannten Archive allerdings zum Innenleben der neuen Frauenbewegung. Unabdingbar war daher, über die hier gesammelten Dokumente *über* die Frauenbewegung und der enormen Fülle publizierter Quellen, die der Kommunikation der Frauenbewegung mit ihrer Umgebung dienten, hinaus an anderen Stellen nach Unterlagen zu suchen, mit denen Münchner Feministinnen selbst ihr Handeln dokumentierten. Hervorzuheben ist dabei insbesondere das Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin (IfZ), das bereits seit einigen Jahren intensiv daran arbeitet, Materialien aus sozialen Bewegungen zu akquirieren. Mit dem Depositum Hannelore Mabry/Bayerisches Archiv der

⁴⁸ Vgl. zu diesem Problem v. a. die Tagung des Landesarchivs Baden-Württemberg „1968 – Was bleibt von einer Generation?“ am 27.2.2007 in Stuttgart. Tagungsbericht unter hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=1573&count=2&recno=1&sort=datum&order=down&search=1968+archivtag+stuttgart (Zugriff: 18.4.2010).

Frauenbewegung verfügt das IfZ dabei über die reichhaltige Sammlung einer Bewegungsaktivistin, die sich zwischen dem Ende der 1960er Jahre und Mitte der 1990er Jahre bundesweit für ihre Positionen einsetzte. Obwohl dieser knapp 500 Bände umfassende Bestand eine wichtige Quellenbasis der vorliegenden Untersuchung bildet, reichten die Recherchen bei weitem nicht aus, um Entwicklung und Themen der neuen Frauenbewegung nachzeichnen zu können. Dies hing unter anderem auch damit zusammen, dass es sich bei Mabry nicht notwendigerweise um eine typische Repräsentantin der Frauenbewegung handelt. Ihrem persönlichen Archiv blieben auch deshalb Abgaben anderer Frauen und Gruppierungen vorenthalten, weil sie für viele ehemalige Aktivistinnen bis heute eine Figur darstellt, die berühmt, aber aufgrund ihrer Persönlichkeit und ihrer zum Teil ungewöhnlichen Standpunkte auch berüchtigt war.

Allerdings verfügt das Archiv des Instituts für Zeitgeschichte bereits über eine im Wachsen begriffene „Gegenüberlieferung“: So finden sich in den Deposita Hartmut Mehringer und Otto Friedrich Schlemper sowie im Bestand Arbeiter-Basis-Gruppe für den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei auch Hinweise zum (ambivalenten) Verhältnis von „68ern“ und Frauenbewegung. Mit den Überlassungen weiterer Bewegungsaktivistinnen, etwa der feministischen Filmemacherin Helke Sander aus Berlin oder mehreren Vertreterinnen von Münchner Gruppen wie der *Sozialistischen Frauenorganisation* oder der *Roten Frauenfront* konnte das Bild der Frauenbewegung zwischen Reform und Revolte entscheidend bereichert werden. Nicht zuletzt finden sich im Archiv des IfZ mit Abgaben von Gewerkschaftsfrauen sowie dem *Stadtbund Münchner Frauenverbände* und dem ihm angehörenden *Verein für Fraueninteressen* die Standpunkte von Akteursgruppen, die bereits über eine lange Tradition in der Frauenarbeit verfügten und trotz zum Teil ähnlicher Zielsetzungen nicht notwendigerweise mit der neuen Frauenbewegung an einem Strang zogen.

Darüber hinaus wurden weitere Archive in München konsultiert, die dem bewegten Milieu nahestehen bzw. nach wie vor in ihm verwurzelt sind. Dazu zählen das Archiv der Münchner Arbeiterbewegung, das sich unter anderem auch für gewerkschaftliche und sozialdemokratische (Frauen-)Politik vor Ort interessiert, sowie das Archiv 451, das sich in der Tradition von „1968“ sieht und Material zur „lokalen Opposition“ beherbergt⁴⁹. Quellen zur neuen Frauenbewegung vor Ort finden sich aber selbstverständlich nicht nur in München. Die großen überregionalen Frauenarchive wie der FrauenMediaTurm Köln oder das Frauen-, Forschungs-, Informations- und Bildungszentrum in Berlin haben mit ihren Sammlungen vor allem im Hinblick auf die Themenfelder Frauenzentren und -projekte, die Diskussion um „Lohn für Hausarbeit“ oder eine Frauenpartei wichtige Bestände für diese Arbeit zur Verfügung gestellt.

Allerdings sind auch die im Vergleich eher kleinen Privatarchive nicht zu vergessen, die die heutigen Inhaberinnen von *Lillemor's Frauenbuchladen*, Andrea Gollbach und Ursula Neubauer, und das ehemalige Mitglied der *Frauenkommune*, Adelheid Opfermann, unterhalten. Die Hintergrundgespräche, die ich mit ihnen

⁴⁹ Körner: Der Trikont-Verlag. Das Archiv 451 ging nach dem Tod seiner Inhaberin Christine Dombrowsky im Sommer 2010 an das Archiv der Münchner Arbeiterbewegung über.

und anderen Protagonistinnen der Münchner Frauenbewegung führte, haben zudem dazu beigetragen, Verständnisfragen zu klären und Lücken in der Überlieferung zu schließen. Den bereits genannten Interviewpartnerinnen sei an dieser Stelle ebenso herzlich für ihre Auskunftsbereitschaft gedankt wie Christine Dombrowsky, Gisela Erler, Anita Heiliger, Karin Jurczyk, Barbara Riedmüller und Barbara Tedeski.

Die vorliegende Untersuchung ist grundsätzlich chronologisch aufgebaut. Das erste Kapitel zeichnet anhand der Bereiche Recht und Politik, Bildung und Beruf sowie Familie und Privates nach, wie sich insbesondere weibliche Lebenszusammenhänge in den 1960er Jahren veränderten und welchen Gestaltungsmöglichkeiten bzw. welchen Grenzen sich Frauen dabei gegenüber sahen. Im Zentrum stehen die grundlegenden Wandlungerscheinungen bei Frauenpolitik und Geschlechterbildern, sozioökonomischen Entwicklungen und Wertehaltungen, die den Rahmen für die Entstehung der neuen Frauenbewegung bildeten. Kapitel 2 widmet sich dem Verhältnis von „1968“ und Geschlecht sowie zentralen Betätigungsfeldern, aus denen Rückschlüsse darauf zu ziehen sind, inwieweit sich die Wurzeln des berühmten feministischen Slogans „Das Private ist politisch“ auf den studentischen Protest zurückführen lassen und sich auch Frauen das Denken und den Lebensstil von „1968“ aneigneten. Als Beispiele dienen neben den Kinderläden, die in München vor allem im Umfeld der Universitäten entstanden und 1968/69 mit der Eskalation der Studentenproteste an den Hochschulen hohe öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zogen, auch Wohngemeinschaften und als frühestes und wohl auch schillerndstes Beispiel die *Frauenkommune* in der Türkenstraße, die wie die Berliner *Kommune 1* die sexuelle Befreiung hochhielt. Nicht zuletzt sind einige Gruppen vorzustellen, die sich unter den rebellierenden Studierenden gerade im Umfeld der Soziologie mit der „Frauenproblematik“ intensiv beschäftigten.

Kapitel 3 und 4 haben die feministischen Gruppen und ihre Themen, wie sie sich im Lauf der 1970er Jahre herauskristallisierten, zum Inhalt. Dabei kommt eine für die Geschichtsschreibung zur neuen Frauenbewegung typische Zäsurierung zum Tragen, die auf den Aufbruch der Gruppen in der ersten und ihre zunehmende Differenzierung in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts abhebt.⁵⁰ Kapitel 3 zeigt zum einen Zusammensetzung, Motivation, feministisches Denken und Handeln von vier Münchner Gruppen auf: der *Roten Frauenfront*, der *Siemensfrauengruppe*, der *Sozialistischen Frauenorganisation* und dem *Frauenforum*, die ebenso von der Neuen Linken wie vom gesamtgesellschaftlichen Wandel geprägt waren und sich an der Wende zu den 1970er Jahren aufmachten, die „Frauenproblematik“ zum Politikum zu erklären. Zum zweiten geht es in Kapitel 3 um die Kampagnen und Strategien, mit denen sich in der Zeit wohl fast jede Frauengruppe beschäftigte und über die sie sich auch zunehmend von ihrer Umwelt abgrenzte: um den Kampf gegen Paragraph 218 StGB sowie um Selbsterfahrung und Selbsthilfe.

⁵⁰ Zu der Frage zuletzt Lenz: *Neue Frauenbewegung*, S. 25–36, die von einer Transformation der Bewegung dann spricht, wenn sich mindestens zwei von den insgesamt vier Dimensionen Trägerschaft, Diskurse, Organisation und Semiöffentlichkeit ändern.

Kapitel 4 steht unter der Überschrift der feministischen Gegenwelten, die durch die Schaffung eigener Orte – den Frauenzentren – und eigener Arbeitsweisen – den Frauenprojekten – seit Mitte der 1970er Jahre entstanden. Diese Gegenwelten waren nicht nur lokaler Kitt, sondern konnten auch bundesweite bzw. internationale Zusammenhänge herstellen. München hatte mehrere solcher Zentren, in denen sich Frauen trafen, austauschten, neue Ideen diskutierten, Gruppen bildeten, Veranstaltungen organisierten. Außerdem galt München in der Bewegung als die Stadt der Frauenprojekte, die den Frauen als Arbeits- und Lebensform galten, in denen sie ihre feministischen Ideale umsetzen konnten. Beispiele sind hier vor allem der *Frauenbuchladen Lillemor's* oder der *Verlag Frauenoffensive*. Neben der Leidenschaft, mit der Frauen hier zu Werke gingen, lassen sich hier aber auch Probleme der Frauenbewegung zeigen, etwa Geldmangel, Fluktuation oder die intern intensiv geführte Auseinandersetzung um den „richtigen“ Feminismus. Dieser Punkt weist auf die verschiedenen Kampagnen und Strategien hin, die die Frauenbewegung in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre vorantrieb. Wichtig ist dabei die Diskussion um die Organisationsform in der Frauenbewegung, wobei die Praxis vom politischen Lesbianismus bis zum Versuch reichte, eine Frauenpartei zu gründen. Es wurde auch um politische Veränderungen gerungen, etwa bei der Auseinandersetzung um einen „Lohn für Hausarbeit“. Außerdem prangerte die Frauenbewegung die Gewalt gegen Frauen an und skandalisierte durch die Walpurgisnacht-Demonstrationen oder den Aufbau von Notrufzentralen und Zufluchtshäusern für Frauen ganz unterschiedliche Ausprägungen der Gewalt, die von psychischem Druck und Diskriminierung über Sexismus und Misshandlung bis hin zu Vergewaltigung reichten.

Neben den Trägerinnen, Leitideen, Arbeitsansätzen und dem Austausch innerhalb der neuen Frauenbewegung, die nicht selten von Spontaneität und Autonomie geprägt war, interessiert auch das gesamtgesellschaftliche Umfeld dieser Bewegung, das vielen Feministinnen als „Männerherrschaft“ erschien, auch wenn es sich dabei um den Einsatz für Frauen handelte. In Kapitel 5 geht es um die Berührungspunkte zwischen der „neuen“ Frauenbewegung und der „alten“, also den Frauenverbänden und -gruppierungen wie dem *Stadtbund Münchner Frauenverbände*, dem *Verein für Fraueninteressen* sowie Gewerkschafts- und SPD-Frauen, die sich meist bereits seit längerem und oft mit anderen Prämissen als die neue Frauenbewegung einer Politik für Frauen verschrieben hatten. Wie diese Politik ihren Weg in die Institutionen fand, wird am Beispiel der Arbeit des *Bayerischen Landesfrauenausschusses* und der Einrichtung von Gleichstellungsstellen im Freistaat und in München Anfang bzw. Mitte der 1980er Jahre nachgegangen.

I. Die Situation der Frauen in der Bundesrepublik der „langen 1960er Jahre“

1. Demokratische Ordnung und Geschlechterordnung

a) Recht

Der rechtliche Status der Frauen ist in der Bundesrepublik seit 1949 durch „einen relativ umfassenden Gleichheitsgrundsatz“¹ geregelt. Das Grundgesetz garantiert in Artikel 3 nicht nur die Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz, sondern präzisiert in Absatz 2: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ In Absatz 3 untersagt es die Benachteiligung eines Menschen im Hinblick auf sein Geschlecht. Mit diesen Formeln legten die Männer und Frauen des Parlamentarischen Rats 1949 das Gleichberechtigungsgebot und das Diskriminierungsverbot für alle Rechtsbereiche unverrückbar fest. Durch diese verfassungsrechtliche Kodifizierung wurde eine Anpassung insbesondere einer Vielzahl zivilrechtlicher Bestimmungen notwendig, die mit den Aussagen des Grundgesetzes nicht übereinstimmten.² Um dies zu erledigen, gewährte Art.117 Abs.1 GG dem Gesetzgeber eine Übergangsfrist bis zum 31. März 1953.

Die Fixierung der Gleichberechtigung im Grundgesetz beurteilt gerade die Frauengeschichtsschreibung als eine „verfassungsgeberische Leistung“³, zumal die allgemeine Formulierung im Parlamentarischen Rat anfänglich äußerst umstritten war.⁴ Einige Historikerinnen sehen in Artikel 3 Absatz 2 GG sogar ein frühes Anzeichen für einen Wandel der Geschlechterordnung.⁵ Gleichzeitig wird aber auch auf die „Alibifunktion“⁶ des Verfassungsgrundsatzes hingewiesen, dem eine ganz andere gesellschaftliche Realität gegenübergestanden habe: Keinesfalls dürfe deswegen die Bundesrepublik der 1950er Jahre als „Paradies der Gleichberechtigung“ gelobt werden. Als Beleg für diese These dient vor allem eine alles andere

¹ Berghahn: Frauen, Recht und langer Atem, S.79.

² Die Weimarer Verfassung hielt in Artikel 109 fest: „Alle Deutschen sind vor dem Gesetz gleich. Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.“ Die Gleichberechtigung wurde damit als Verfassungsgrundsatz anerkannt. Allerdings ließ die Einschränkung „grundsätzlich“ Auslegungen zu, die der unterschiedlichen Behandlung der Geschlechter in bestehenden bzw. neu hinzukommenden Rechtsnormen nicht notwendigerweise entgegenstanden. Vgl. hierzu z.B. Frevert: Frauen-Geschichte, S.166.

³ Vogel: Frauen und Frauenbewegung, S.164.

⁴ Zur Genese des Gleichberechtigungsartikels vgl. u. a. Böttger: Recht auf Gleichheit, v. a. S.160-237; Claas: Gleichberechtigt, v. a. S.17-57.

⁵ So z. B. Bock: Frauen in der europäischen Geschichte, S.316.

⁶ Vogel: Frauen und Frauenbewegung, S.164.

als eifertige Politik, die das Gleichberechtigungsgebot und die notwendigen Anpassungsmaßnahmen ignoriert habe.⁷

Tatsächlich genoss die Frage der Gleichberechtigung im Bundestag keine Priorität. Die vom Grundgesetz vorgegebene Übergangsfrist verstrich, ohne dass es zu einer Reform vor allem im Bereich des Ehe- und Familienrechts kam. Die darin festgelegte übergeordnete Stellung des Ehemanns und Vaters blieb somit unverändert erhalten. In der Folge traten ab dem 1. April 1953 zunächst alle rechtlichen Bestimmungen außer Kraft, die dem Art. 3 Abs. 2 GG entgegenstanden; für eine gewisse Zeit oblagen diesbezügliche Streitigkeiten allein der Rechtsetzung durch Gerichte.⁸ Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Dezember 1953, das die Bestimmung zur „echten Rechtsnorm“ erhob⁹, verlangten die Verfassungshüter in Karlsruhe letztlich auch nach verbindlichen Gesetzen.

Im Jahr 1957 wurden mit dem Gleichberechtigungsgesetz¹⁰ schließlich entsprechende Paragraphen im Bürgerlichen Gesetzbuch novelliert; die neuen Regelungen traten am 1. Juli 1958 in Kraft.¹¹ Tatsächlich verbesserte sich dadurch die Stellung der Frau in Ehe und Familie, da einige männliche Befugnisse ihre Gültigkeit verloren. So wurde das bisherige Recht des Ehemanns nichtig, in allen das gemeinschaftliche eheliche Leben betreffenden Angelegenheiten allein zu entscheiden.¹² Zudem konnte der Mann nicht länger Rechtsverhältnisse seiner Frau kündigen.¹³ Gestrichen wurde auch der Paragraph über die Entscheidungshoheit des Vaters in strittigen Erziehungsfragen, der sogenannte Stichentscheid¹⁴ – allerdings erst, nachdem ein weiteres Urteil des Bundesverfassungsgerichts¹⁵ von 1959 diese im Gleichberechtigungsgesetz noch enthaltene Bestimmung für verfassungswidrig erklärt hatte.¹⁶ Die elterliche Gewalt sollte nun in gegenseitigem Einvernehmen zum Wohle des Kindes ausgeübt werden.¹⁷ Überdies ging das Vermögen der Frau nicht mehr in die Verwaltung und Nutznießung des Mannes über: ehelicher Güterstand wurde die Zugewinngemeinschaft, wobei jeder Ehegatte über sein Vermögen selbst verfügte.¹⁸

Begünstigungen des Ehemanns und Vaters fielen mit diesen neuen Bestimmungen weg. Das sich im Gleichberechtigungsgesetz widerspiegelnde traditionelle Rollenbild allerdings blieb weitgehend erhalten: Die Geschlechter ergänzten sich, vor allem durch eine arbeitsteilig angelegte Ehe, in der die Aufgaben im Haus und in der Erziehung bei der Frau und Mutter lagen und der Mann durch Erwerbsar-

⁷ Vgl. Frevert: Umbruch der Geschlechterverhältnisse, S. 642–660, das Zitat S. 644.

⁸ Vgl. zur außergewöhnlichen Situation von April 1953 bis zum Inkrafttreten des Gleichberechtigungsgesetzes Vaupel: Familienrechtsreform, S. 150–199.

⁹ BVerfGE 1953, Bd. 3, Nr. 15, S. 225–248.

¹⁰ Gesetz über die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts (Gleichberechtigungsgesetz – GleichberG) vom 18. Juni 1957, BGBl. I (1957), S. 609–640.

¹¹ Zu Vorgeschichte und Inhalt des Gesetzes weiterführend: Müller-List: Gleichberechtigung als Verfassungsauftrag; Claas: Gleichberechtigt, v. a. S. 58–69.

¹² § 1354 BGB a.F.

¹³ § 1358 BGB a.F.

¹⁴ § 1328 BGB a.F.

¹⁵ Vgl. Leicht-Scholten: Recht auf Gleichberechtigung, v. a. S. 122ff.

¹⁶ BVerfGE 1959, Bd. 10, Nr. 5, S. 59–89.

¹⁷ § 1327 BGB nach dem Gleichberechtigungsgesetz von 1957.

¹⁸ §§ 1363 und 1364 BGB nach dem Gleichberechtigungsgesetz von 1957.

beit für den Unterhalt sorgte. Zudem wurde die juristisch festgeschriebene Nachrangigkeit der Frau nicht vollends ausgeräumt. So war sie zwar berechtigt, erwerbstätig zu sein, aber nur, wenn „dies mit ihren Pflichten in der Ehe und Familie vereinbar“ war.¹⁹ Zum Unterhalt der Familie trug die Frau „in der Regel“ durch die Führung des Haushalts bei.²⁰ Innerhalb „ihres häuslichen Wirkungskreises“ handelte die Frau eigenverantwortlich und durfte auch Geschäfte für den Mann besorgen.²¹ Reichten Arbeitskraft und Einkünfte des Mannes für ein angemessenes Auskommen nicht aus, so wurde die Erwerbstätigkeit für die Frau zur Pflicht.²² Ehe- und Familienname blieb der Name des Mannes, an den die Frau ihren Mädchennamen anfügen konnte.²³

Zu Beginn der 1960er Jahre standen damit tradierte Wertvorstellungen neben einem zaghaften Aufbruch. Die Historikerin Ute Frevert warnt deshalb davor, die Adenauer-Zeit ausschließlich als eine Restauration angestammter Geschlechterverhältnisse zu verurteilen, denn immerhin seien mit dem Gleichberechtigungsgesetz die „meisten männlichen Privilegien“ im Bürgerlichen Gesetzbuch beseitigt worden.²⁴ Allerdings weist sie auch darauf hin, dass die Reform nichts an der Vorstellung einer quasi natürlichen Funktionsteilung zwischen Männern und Frauen geändert habe; auch sei das Leitbild der Hausfrauenehe im Bürgerlichen Gesetzbuch verankert geblieben; im Falle der erwerbstätigen Ehefrauen habe der Gesetzgeber die „Doppelbelastung in Familie und Beruf“ sogar noch offiziell sanktioniert.²⁵ Gleichwohl: Auch wenn das Gleichberechtigungsgesetz realiter keine Geschlechterparität nach sich zog und die Beschneidung der Entscheidungsbefugnisse des Mannes letztendlich sogar der Urteile des Bundesverfassungsgerichts bedurften, so änderte sich doch der Rechtsstatus der verheirateten Frauen und Mütter grundlegend. Zumindest formal verschob das Gesetz das Autoritätsgefüge innerhalb der Familie: Während angestammte Hierarchien abgetragen wurden, erhielten partnerschaftliche Elemente eine Aufwertung. Das Gleichberechtigungsgesetz kann deshalb als Vorstufe für die geschlechtsneutrale Reformulierung des Ehe- und Familienrechts betrachtet werden, die die sozial-liberale Koalition in den 1970er Jahren in Angriff nahm.²⁶

b) Politik

Da das demokratische Selbstverständnis der Bundesrepublik ein „staatlich festgelegtes Frauen- und Familienleitbild“ verbot²⁷, hing die politische Einflussnahme auf die Geschlechterverhältnisse vor allem von den Parteien und deren gesellschaftspolitischen Präferenzen ab. Hier zeichneten sich im Laufe der 1960er Jahre Veränderungen ab. Obwohl die Bundesrepublik in der Regel keine Frauen-, son-

¹⁹ § 1356 BGB nach dem Gleichberechtigungsgesetz von 1957.

²⁰ § 1360 BGB nach dem Gleichberechtigungsgesetz von 1957.

²¹ §§ 1356 und 1357 BGB nach dem Gleichberechtigungsgesetz von 1957.

²² § 1360 BGB nach dem Gleichberechtigungsgesetz von 1957.

²³ § 1355 BGB nach dem Gleichberechtigungsgesetz von 1957.

²⁴ Frevert: Umbruch der Geschlechterverhältnisse, S. 643.

²⁵ Frevert: Frauen-Geschichte, S. 268.

²⁶ Vgl. ausführlicher Kap. I.3.a.

²⁷ Schulz: Soziale Sicherung von Frauen, S. 122.

dern zumeist eine Familienpolitik betrieb²⁸, wurde der weiblichen Bevölkerung öffentlich zunehmendes Interesse zuteil. Die Auffassungen davon, wie das Leben von Frauen idealerweise verlaufen sollte, differenzierten sich dabei immer mehr aus; der Begriff der Gleichberechtigung begann eine immer wichtigere Rolle zu spielen.

CDU und CSU waren dabei Trägerinnen von „traditionellen familien- und frauenpolitischen Konzepten“²⁹. Sie definierten die Rolle der Frauen in erster Linie über Ehe und Familie, die wiederum einer „natürlichen Ordnung“³⁰ gehorchten, wie es etwa die CDU im Hamburger Programm von 1953 festhielt. Frauen gehörte demnach der private Bereich. Verbunden war damit das Ideal einer sorgenden Mutter, die eigene Ansprüche hintanstellte und sich ohne finanzielle und berufliche Belastungen den häuslichen und erzieherischen Aufgaben widmen konnte. Besonders deutlich formulierte dies die CSU im Grundsatzprogramm aus dem Jahr 1957: „Ausreichendes Kindergeld soll wirtschaftliche Not lindern und Berufstätigkeit der Mütter möglichst entbehrlich machen.“³¹

Das Ziel, Ehe und Familie zu fördern und den Ehefrauen und Müttern besondere Fürsorge zuteil werden zu lassen, machten die Regierungsparteien CDU und CSU in den 1950er und 1960er Jahren in mehreren Politikfeldern geltend. So wurde etwa ab Sommer 1958 das sogenannte Splitting-Verfahren³² für Verheiratete eingeführt, mit dem steuerrechtlich nicht nur die Berufstätigkeit des Ehemanns, sondern auch die Leistungen der Ehefrau in Haushalt und Erziehung anerkannt werden sollten.³³ Seit 1962 wurde die Ehescheidung erschwert, da unter anderem mit dem Argument des Schutzes der Ehefrau als Scheidungsgrund allein das Verschulden eines Ehegatten galt.³⁴ Das Kindergeld, das in den 1960er Jahren mehrmals erhöht und im Empfängerkreis erweitert wurde³⁵, begünstigte vor allem kinderreiche Familien und sollte den Müttern das Dasein für ihre Angehörigen ermöglichen.³⁶ Das Mutterschutzgesetz wiederum bezog sich auf erwerbstätige Mütter, deren Situation erleichtert werden sollte, indem die Schutzfrist bis 1968 auf sechs Wochen vor und acht Wochen nach der Entbindung ausgeweitet wurde.³⁷

Ziele und Maßnahmen zeigen, dass die christlichen Parteien ein arbeitsteiliges Familienmodell zum Standard erhoben, wie es sich auch im Gleichberechtigungsgesetz von 1957/58 niedergeschlagen hatte. Die Funktionen der Frauen in der Fa-

²⁸ Vgl. Niehuss: Zwischen Hausarbeit und Karriere, S. 556.

²⁹ Münch: Familien-, Jugend- und Altenpolitik 1957–1966, S. 558.

³⁰ CDU: Hamburger Programm für den zweiten Bundestag, 1957, in: Mommsen: Parteiprogramme, S. 582–596, hier S. 583.

³¹ Grundsatzprogramm (1957), in: Kunz/Maier/Stammen: Programme der politischen Parteien, Bd. 1, S. 217–221, hier S. 218.

³² Steuerliche Vergünstigung von Verheirateten, wonach das Haushaltseinkommen nach dem (niedrigeren) Grenzsteuersatz besteuert wird, der für das halbe Haushaltseinkommen gelten würde.

³³ Vgl. Münch: Familien-, Jugend- und Altenpolitik 1957–1966, S. 565.

³⁴ Vgl. ebd., S. 565f. Eine einvernehmliche Scheidung war bis zu einer weiteren Reform 1977 nicht möglich.

³⁵ Vgl. zur Kindergeld-Gesetzgebung Nelleßen-Strauch: Kampf ums Kindergeld, S. 91–270, zu den „langen 1960er Jahren“ insbesondere Kuller: Familienpolitik, S. 176–222.

³⁶ Schulz: Soziale Sicherung von Frauen, S. 130.

³⁷ Ebd.

milie galten als schütz- und stützenswert, wobei die Ehefrau und Mutter – meist in Abhängigkeit von ihrem Mann – als die Regel, alleinstehende und/oder erwerbstätige Mütter zunächst als die Ausnahme erschienen und Frauen außerhalb des familialen Verbundes keine Beachtung fanden. Im Großen und Ganzen wurde damit einer Andersartigkeit der Geschlechter das Wort geredet.³⁸ Diese politische Überzeugung wirkte sich mitunter nachteilig auf die gesellschaftliche Gleichstellung der Frauen aus.³⁹

Bei der SPD stellte sich die Situation im Grunde ähnlich dar. Zwar forderte die Sozialdemokratie im Gegensatz zu CDU und CSU seit dem Godesberger Programm aus dem Jahr 1959 mit klaren Worten, die Gleichberechtigung der Frauen zu verwirklichen und ihnen die „gleichen Möglichkeiten für Erziehung und Ausbildung, für Berufswahl, Berufsausübung und Entlohnung“ zu eröffnen wie den Männern. Gleichzeitig betonte die Sozialdemokratie aber ebenso wie die beiden christlichen Parteien Unterschiede zwischen den Geschlechtern, denn die Gleichberechtigung sollte ihrer Meinung nach „die Beachtung der psychologischen und biologischen Eigenarten der Frau“ nicht aufheben. Beide Volksparteien ließen demzufolge eine Ungleichbehandlung von Männern und Frauen explizit zu; nichts deutete auf eine Abkehr von diesem polar angelegten Geschlechterverhältnis hin. Auch die SPD sah den Wirkungsbereich von Frauen zuvorderst auf Heim und Erziehung beschränkt und befand, dass Hausfrauen und Mütter „besonderer Hilfe“ bedürften; auch hier sollten vor allem Mütter kleiner Kinder nicht genötigt sein, aus wirtschaftlichen Gründen einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Abhilfe versprach sich die SPD von einer Aufwertung der „Hausfrauenarbeit“, die als „Berufsbearbeitung“ anzuerkennen sei.⁴⁰

Im Dezember 1964 ersuchte der Bundestag auf Antrag der SPD-Fraktion die Bundesregierung, einen Bericht „über die Situation der Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft“ zu verfassen. Anscheinend ging man bereits beim Antrag davon aus, dass Handlungsbedarf bestand, denn neben statistischem Material sollten auch Vorschläge unterbreitet werden, wie die Lage der Frauen in den verschiedenen Lebensbereichen zu verbessern sei.⁴¹ Dieses Vorgehen rechtfertigte in erster Linie eine Beobachtung, und darin waren sich die Rednerinnen der SPD-, der CDU/CSU- und der FDP-Fraktion einig: es gebe große strukturelle Veränderungen in der Gesellschaft, deren Folgen es nötig machten, einen „umfassenden Überblick über den Problemkreis der Frauen“ zu gewinnen: Wie war es mit der im Grundgesetz garantierten Gleichberechtigung bestellt? Wie sah es bei beruflichen Aufstiegschancen der Frauen, wie bei ihrer Rolle in der Öffentlichkeit aus? Wie kamen alleinstehende, verheiratete, ältere Frauen mit den an sie gerichteten Anforderungen zurecht? Welche Auswirkungen hatten neue Arbeits- und Lebensformen auf die Familie und die Betreuung der Kinder? Das waren die Fragen, die die Politikerinnen bewegten und die nun in einer Enquete behandelt werden soll-

³⁸ Claas: Gleichberechtigt, S. 177.

³⁹ Vgl. das gleichlautende Urteil bei: Bösch: Adenauer-CDU, S. 300.

⁴⁰ Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Godesberger Programm) (1959), in: Kunz/Maier/Stammen: Programme der politischen Parteien, Bd. 1, S. 325–337, hier S. 333.

⁴¹ Beschluss des Deutschen Bundestages vom 9. 12. 1964, Drucksache IV/2771.

ten.⁴² In gewisser Weise scheint die deutsche Politik mit diesem Unterfangen aber auch von dem Wunsch geleitet gewesen zu sein, dem zeitgenössischen Problembewusstsein im In- und Ausland zu entsprechen. Denn in der politischen Bildungsarbeit wurde zur Entstehung des Frauenberichts hervorgehoben, dass sich das Interesse der Bundestags an der Lage der weiblichen Bevölkerung auch dadurch erkläre, dass dieses Thema international in Wissenschaft und Politik diskutiert werde: Neben entsprechender Literatur, die, wie noch zu zeigen sein wird, in den Frauenbericht und in die öffentlichen Debatten der Zeit einfluss, war dabei auch von ähnlich gelagerten Untersuchungskommissionen in den USA, Kanada und Skandinavien die Rede.⁴³

Der Bericht der Bundesregierung wurde im September 1966 vorgelegt. Auf über 750 Seiten enthielt er Informationen über Frauen in Familie, Haushalt, Erwerbsbereich und Landwirtschaft, über Bildungsstand und -möglichkeiten, politisches Verhalten und Gesundheitszustand. Die Federführung für das gesamte Dokument oblag dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, das – so hieß es bei der Antragstellung – dem „gesellschaftspolitischen Gesichtspunkt“⁴⁴ der Untersuchung am ehesten entsprach. Die Bandbreite der Themen, deren Dokumentation so umfangreich wie nie zuvor ausfiel, wurde von insgesamt zehn Arbeitsgruppen abgedeckt, die von den jeweiligen Fachministerien geleitet worden waren. Bereits an dieser Verteilung wird ersichtlich, dass weibliche Angelegenheiten mit großem Elan angegangen wurden. Organisatorisch gesehen war nämlich eigentlich ein seit 1949 im Bundesministerium des Innern angesiedeltes Fachreferat für Frauenfragen zuständig, das sich zwar frauenpolitisch vernetzte, aber in der Arbeit des Ministeriums wenig hervortrat; 1972 ging dieses Referat an das Bundesfamilienministerium über.⁴⁵

Der Frauenbericht der Bundesregierung von 1966 führt als amtliches Dokument Geschlechterrollenkonzepte und politische Zielvorstellungen vor Augen, die zur damaligen Zeit „konsens- oder zumindest mehrheitsfähig“⁴⁶ waren. Wie der im Text häufig benutzte Singular „die Frau“ zeigt, ging es der Regierung auch um einen allgemeinen und idealtypischen Lebensentwurf für Frauen als Angehörige einer sozialen Gruppe. Die Ausführungen setzten bei der Beobachtung an, dass sich das Leben der Menschen „mit der Entwicklung zur modernen Industriegesellschaft“ verändert habe und „die Frau“ davon „in besonderer Weise betroffen“ sei. Hervorgehoben wurde die Zunahme der außerhäuslichen Erwerbstätigkeit insbesondere von verheirateten Frauen und Müttern, die gestiegene Lebenserwartung, das niedrige Heiratsalter und die geringe Kinderzahl, das „neue Verständnis von der Ehe als Partnerschaft“ und veränderte Anforderungen in Haushalt und Erzie-

⁴² Vgl. Beschlussfassung betr. Enquete über die Situation der Frau in Beruf, Familie und Gesellschaft vom 9. 12. 1964, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 4. Wahlperiode. Stenographische Berichte. Bd. 56, S. 7487–7491, das Zitat S. 7488.

⁴³ Vgl. Frandsen/Dahldrup: Frauenbericht, S. 9–12.

⁴⁴ Vgl. Beschlussfassung betr. Enquete über die Situation der Frau in Beruf, Familie und Gesellschaft vom 9. 12. 1964, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 4. Wahlperiode. Stenographische Berichte. Bd. 56, S. 7488.

⁴⁵ Vgl. Ruhl: Verordnete Unterordnung, S. 226, FN 104; Kuller: Familienpolitik, S. 88.

⁴⁶ Leicht-Scholten: Recht auf Gleichberechtigung, S. 50.

hung.⁴⁷ Als Folge dessen konstatierte der Bericht, dass Frauen „in weitergehendem Maße als früher“ sowohl in der Familie als auch im Beruf wirken könnten.⁴⁸ In der Konsequenz müssten Frauen in der Gegenwart einer „doppelten Aufgabe“ gerecht werden.⁴⁹ Die Zuständigkeit von Frauen für den Privatbereich wurde damit aber nicht grundsätzlich in Frage gestellt, denn Männer blieben in dieser Angelegenheit weitgehend außen vor. Zwar sollte die Kindererziehung künftig nicht alleine der Mutter „aufgeladen“, sondern vom Vater, Verwandten, Nachbarn und Kindertagesstätten mitgetragen werden. Doch ließ man auch keinen Zweifel darüber aufkommen, dass die Hauptlast „infolge der starken beruflichen Inanspruchnahme des Vaters“ auch weiterhin bei der Mutter zu liegen habe.⁵⁰

Insgesamt hatte das Rollenmodell für Frauen über Küche und Kinder hinaus eine Erweiterung um eine freiwillige, nicht aus wirtschaftlichen Gründen notwendige Berufstätigkeit erfahren. Hier kündigte sich also ein Wandel an, der sich im übrigen auch an einer veränderten Semantik im weitesten Sinne ablesen lässt. Die neuen „Ansätze für ein anderes Leitbild der Frau“⁵¹ etwa rechtfertigte man unter Rekurs auf die französische Philosophin Simone de Beauvoir. Diese hatte in ihrer Abhandlung „Das andere Geschlecht“ argumentiert, dass das Frau-Sein nicht etwas von vornherein Gegebenes sei, sondern einem Wandel unterliege, der auch von den Erwartungen der Gesellschaft an die Frauen abhinge. Die Erwähnung dieser Thesen im Frauenbericht ist ein untrügliches Anzeichen dafür, dass zumindest in Fachkreisen wissenschaftlich erörtert wurde, ob und wie die Lage der weiblichen Bevölkerung zu formen sei. Bisher wird gerne davon ausgegangen, dass es vor allem bestimmte Strömungen in der Frauenbewegung der 1970er Jahre gewesen seien, die den Ideen Beauvoirs und damit dem Gedanken an eine Veränderbarkeit des Frau-Seins in der Bundesrepublik zum Durchbruch verhelfen.⁵²

Der Frauenbericht betonte also eine größere Rollenvielfalt und verstand diese durchaus als modernes Phänomen. Dies ging allerdings nicht so weit, dass er mit allen tradierten Vorstellungen vollends brach: Nach wie vor hielt die Untersuchung die „besondere mütterliche Fürsorge“⁵³ für ein intaktes Familienleben für unabdingbar. Beruf und gesellschaftliches Engagement hatten sich demzufolge auch weiterhin den „Verpflichtungen gegenüber Familie und Haushalt“⁵⁴ unterzuordnen.

Um den unterschiedlichen Wirkungsfeldern gerecht zu werden, riet der Bericht den Frauen zu einer Lebensplanung, in der sich der Wunsch nach Erwerbstätig-

⁴⁷ Auf diese Veränderungen gehen die beiden folgenden Unterkapitel ein.

⁴⁸ Bericht der Bundesregierung über die Situation der Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft, Drucksache V/909, S. XVII.

⁴⁹ Ebd., S. XVIII.

⁵⁰ Ebd., S. 12f.

⁵¹ Ebd., S. 9.

⁵² Simone de Beauvoir: *Le Deuxième Sexe*, Paris 1949, dt. Erstausgabe: *Das andere Geschlecht*, Reinbek 1951. Im Frauenbericht wird eine Ausgabe aus dem Jahr 1956 zitiert (vgl. Bericht der Bundesregierung über die Situation der Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft, Drucksache V/909, Fußnote 10, S. 9), was auf größeres Interesse an dem Werk und den Thesen schließen lässt, als Schulz: *Vom Buch zur „Bibel“*, S. 179–194, meint.

⁵³ Bericht der Bundesregierung über die Situation der Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft, Drucksache V/909, S. 21.

⁵⁴ Ebd., S. 10.

keit und die Versorgung der Familie im Nach- bzw. Nebeneinander trafen. Optimal erschien dabei ein Drei-Phasen-Modell, in dem der Ausbildung und Berufstätigkeit die Zeit folge, in der die verheiratete Frau in erster Linie ihre Pflichten als Hausfrau und Mutter wahrnehme, um danach wieder in den Beruf einzusteigen.⁵⁵ Als eine weitere Strategie wurde Teilzeitarbeit genannt.⁵⁶ Eingehend problematisiert wurden diese Vorschläge nicht, vor allem nicht im Hinblick auf die zu Grunde liegende Geschlechterordnung: Die dem angebotenen Lebenslauf innewohnenden Benachteiligungen gegenüber Männern – wie Doppelbelastung, geringere Einkommen oder schlechtere Aufstiegsmöglichkeiten – wurden zwar erwähnt, aber nicht beanstandet, da nach Ansicht des Berichts ohnehin „meist“ der Stellung der Hausfrau und Mutter „mehr Gewicht“⁵⁷ beigemessen und häusliche und erzieherische Leistungen zunehmend „als ein der Erwerbstätigkeit des Mannes entsprechender Beitrag zum Unterhalt der Familie“⁵⁸ eingeschätzt würden.

Was die Verantwortung der Politik anbelangte, sah der Bericht wenig Handlungsbedarf. Er wies in erster Linie auf das bereits Erreichte hin: So verfügten Frauen über zahlreiche Möglichkeiten, am öffentlichen Leben mitzuwirken, seit die Bestrebungen „insbesondere der Frauenbewegung“ nach Recht auf Bildung und staatsbürgerlicher Mitverantwortung zum Erfolg geführt hätten. Auch die Rechtsordnung habe der veränderten Stellung der Frau bereits „in weitem Umfang“ Rechnung getragen.⁵⁹ Insgesamt hob der Bericht deshalb auch weniger die Gesetzgebung als den kognitiven Nachholbedarf gerade in der weiblichen Bevölkerung hervor. Denn Wandel und Vielfalt weiblicher Lebensgestaltung seien noch nicht Bestandteil des allgemeinen Bewusstseins geworden, „auch nicht immer bei den Frauen selbst“. Als Schlüssel für die Vorbereitung auf die „doppelte Aufgabe“ in Familie und Beruf betrachtete das Dokument Bildung, vor allem eine qualifizierte Berufsausbildung. Obwohl die Bildungsinstitutionen der Bundesrepublik den Mädchen Chancen offerierten, nähmen junge Frauen diese aufgrund ihrer „herkömmlichen Vorstellungen“ kaum wahr. „Die Frauen selbst, die Familien, die Verbände sowie die Regierungen und Parlamente des Bundes und der Länder“ sah man deshalb in der Pflicht, den Frauen und Mädchen die Notwendigkeit von Bildung bewusst zu machen. Zudem sei die Aufklärung der Öffentlichkeit – „und zwar der Frauen wie der Männer“ – erforderlich, um „für die Vielgestaltigkeit der veränderten Lebensverhältnisse“ Verständnis zu wecken. Mit konkreten Verbesserungsvorschlägen hielt sich der Bericht allerdings bewusst zurück: Schlussfolgerungen seien nur „in begrenztem Umfang“ möglich, da „einige Probleme“ sich „als so vielschichtig“ darstellten, dass aufgrund eines Berichts keine politischen Entscheidungen getroffen werden könnten.⁶⁰

⁵⁵ Vgl. ebd., S. XVII. Vorbild für das Drei-Phasen-Modell war die Studie der schwedischen Soziologinnen Myrdal/Klein: Doppelrolle der Frau.

⁵⁶ Vgl. Bericht der Bundesregierung über die Situation der Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft, Drucksache V/909, S. 85ff.

⁵⁷ Ebd., S. 87.

⁵⁸ Ebd., S. XVII.

⁵⁹ Ebd.

⁶⁰ Bericht der Bundesregierung über die Situation der Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft, Drucksache V/909, S. XVIIff.

Trotz des Fehlens eines Maßnahmenkatalogs und weitergehender Einsichten in das Geschlechterverhältnis, was bereits zeitgenössische Stimmen kritisierten⁶¹, illustriert der Frauenbericht der Bundesregierung den Politikstil der 1960er und frühen 1970er Jahre auf anschauliche Weise: Die offizielle umfangreiche Bestandsaufnahme machte weibliche Lebenssituationen zu einer Angelegenheit, die man – fundiert durch wissenschaftliche Erkenntnisse – gesteuert und planerisch zu erfassen und anzugehen gedachte.⁶² In dem grundlegenden Wandel, der sich auch auf das Lebensumfeld von Frauen erstreckte, spiegelt sich eine weitere Signatur der Zeit wider. Trotz des Beharrens auf einem klassischen Familienmodell differenzierte sich das tradierte Rollenbild allmählich aus. Die Gestaltungsfähigkeit von Frauen über häusliche Aufgaben hinaus wurden dabei als ebenso zeitgemäß angesehen wie die Ebenbürtigkeit und Partnerschaft von Männern und Frauen in Ehe und Familie. Die konkrete Ausgestaltung dieser neuen Beziehungen und Möglichkeiten überließ die Politik allerdings den Beteiligten selbst.

Bisweilen wurde in der historischen Forschung gemutmaßt, dass die Diskussion um die Notstandsgesetze eine umfassende Debatte des Frauenberichts unmöglich gemacht habe.⁶³ Dem widerspricht die Tatsache, dass das Dokument in den Medien, in Frauenorganisationen und in der Erwachsenenbildung durchaus kritisch diskutiert wurde.⁶⁴ Der Soziologin Helge Pross zum Beispiel ging die Materialsammlung nicht weit genug: Sie sei ein „Koloß ohne Geist“, deren Verfasser mit den behandelten Problemen wie der kinderreicher Mütter oder alleinstehender Frauen zu wenig vertraut seien und ihre Daten „mit der konservativen Ideologie“ harmonisieren würden.⁶⁵ Angesichts solcher zeitgenössischer Beanstandungen, die darauf abhoben, dass der Bericht das Innovationspotenzial nicht ausgeschöpft habe, scheint es allerdings auch überzogen, den Bericht als „Wendepunkt zwischen traditioneller und moderner Frauenpolitik“⁶⁶ zu bewerten. Als Wegmarke für beachtenswerte Veränderungen in den Entwürfen zur Geschlechterordnung kann er aber dennoch gelten. Spätestens seit der zweiten Hälfte der 1960er Jahre lassen sich nämlich auch Veränderungen in der Rhetorik der Parteien beobachten: Die weibliche Bevölkerung betreffende Passagen in den Parteiprogrammen wurden nun nach und nach modifiziert: Leistungen und Bedürfnisse von Frauen gewannen an Bedeutung und wurden zunehmend vom Begriff der Gleichberechtigung geleitet.

CDU und CSU hielten zwar am Gedanken einer weiblichen Andersartigkeit fest, doch gingen die sozioökonomischen Veränderungen wie die steigende Zahl erwerbstätiger Ehefrauen und Mütter nicht spurlos an den Parteien vorüber. Dies zeigte sich zum Beispiel auf dem Bundesparteitag der CDU 1965 in Düsseldorf: Indem Helmut Kohl „Probleme der modernen Gesellschaft“ und insbesondere „Fragen der modernen Frau“ thematisierte, unterstrich der damalige Fraktionsvorsitzende der Christdemokraten im rheinland-pfälzischen Landtag, wie wichtig die

⁶¹ Vgl. zur Einschätzung des Berichts durch die Öffentlichkeit etwa Notz: Mehr als bunte Tupfen, S. 21f; Münch: Familien-, Jugend- und Altenpolitik 1966–1974, S. 643f.

⁶² Zur Regierungspraxis der Großen Koalition und der ersten sozial-liberalen Koalition vgl. allgemein: Metzler: Konzeptionen politischen Handelns.

⁶³ Vgl. Vogel: Frauen und Frauenbewegung, S. 184.

⁶⁴ Vgl. Frandsen/Dahldrup: Frauenbericht, S. 17f.

⁶⁵ Vgl. Pross: Koloß ohne Geist, S. 338–343, das Zitat S. 341.

⁶⁶ Leicht-Scholten: Recht auf Gleichberechtigung, S. 50.

Tätigkeit von erwerbstätigen verheirateten Frauen für die Wirtschaft sei und schimpfte auf „patriarchalische“ und „altbackene“ Betrachtungsweisen, die diesem beruflichen Engagement entgegenstünden und die sich auch in seiner Partei zu verflüchtigen hätten.⁶⁷ Ihre familienpolitischen Konzeptionen und die gesellschaftliche Realität brachte die CDU zu diesem Zeitpunkt dahin gehend überein, dass sie zwischen einer objektiv notwendigen sowie einer überflüssigen und schädlichen Berufstätigkeit von Frauen unterschied.⁶⁸ Die Schwesterpartei CSU hob in ihrem Grundsatzprogramm von 1968 den „entscheidenden Beitrag“ hervor, den die Frau „in Familie und Beruf“ für die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft erbringe. Für die öffentliche und berufliche Präsenz von Frauen schienen aber Anpassungen erforderlich zu sein, denn die Partei wollte hierfür Bedingungen schaffen, die den „besonderen Lebensphasen“ der Frau und dem „Grundsatz der Gleichberechtigung“ entsprächen.⁶⁹

Fast gleichlautend ging es 1971 auch der CDU in der zweiten Fassung des Berliner Programms darum, ein Manko auszugleichen. Damit die Frau „vollen Anteil“ am politischen und wirtschaftlichen Leben erhalte, setzte die CDU auf „gerechte“ und „gleiche“ Chancen im Bildungs- und Berufsbereich und erkor die Wahlfreiheit zum Prinzip: Eine Frau müsse frei entscheiden können, ob sie sich ausschließlich der Familie und dem Haushalt zuwenden oder „außerdem ganz oder teilweise berufstätig“ sein wolle. Hausfrauen und Mütter wurden dabei der berufstätigen Frau gleichgestellt. Für die Familie wiederum wurde die „partnerschaftliche Familie“ zum Leitbild erhoben.⁷⁰

Bei der Regierungsübernahme durch die sozial-liberale Koalition im Herbst 1969 zeigte sich auch bei der SPD der Wille zu frauenpolitischen Reformen. Obwohl es keine Aussagen im Parteiprogramm gibt⁷¹, führen gerade die Regierungserklärungen Willy Brandts vor Augen, dass Frauen zu einem politischen Thema geworden waren. Im Oktober 1969 beschied der neue Bundeskanzler, dass für die gesellschaftspolitischen Reformen und die moderne Gestaltung eines demokratischen Industriestaates eine „starke Mitwirkung der Frauen“ notwendig sei und deshalb die „Frauenenquete“ beschleunigt fortgeführt werden müsse, was durch die Einsetzung der Enquete Frau und Gesellschaft⁷² 1973 auch geschah. Mit seinen Äußerungen bezog sich Brandt eindeutig auf den Frauenbericht von 1966. Dem Bundeskanzler zufolge gelte es nun, Hindernisse für die Teilhabe an der Öffentlichkeit aus dem Weg zu räumen. Er versprach, die „weithin unzureichenden personalen Hilfen [...] für berufstätige Mütter“ zu verbessern. Den im Frauenbericht angekündigten Reformvorschlägen schienen nun tatsächlich politische

⁶⁷ Helmut Kohl: Bericht aus dem Arbeitskreis IV (Probleme der modernen Gesellschaft), in: CDU: 13. Bundesparteitag, S. 656–660, hier S. 658.

⁶⁸ Vgl. Münch: Familien-, Jugend- und Altenpolitik 1957–1966, S. 559f.

⁶⁹ Grundsatzprogramm (1968), in: Kunz/Maier/Stammen: Programme der politischen Parteien, Bd. 1, S. 222–227, hier S. 227.

⁷⁰ Berliner Programm – 2. Fassung (1972), in: Kunz/Maier/Stammen: Programme der politischen Parteien, Bd. 1, S. 81–109, hier S. 101f.

⁷¹ Auf das Godesberger Programm von 1959 folgte ein „Ökonomisch-politischer Orientierungsrahmen für die Jahre 1975–1985“, der auf dem Parteitag der SPD in Mannheim im November 1975 verabschiedet wurde.

⁷² Zu den Ergebnissen der Enquete vgl. Kap. V.2.

Konsequenzen zu folgen, zumal Frauen „mehr als bisher“ unterstützt werden sollten, „ihre gleichberechtigte Rolle in Familie, Beruf, Politik und Gesellschaft zu erfüllen“.⁷³ Der Abbau rechtlicher Benachteiligungen allein reichte laut Brandts Regierungserklärung vom Januar 1973 nicht aus, um der „Gleichberechtigung der Frau in Staat und Gesellschaft“ Genüge zu tun. Vielmehr müsse das gesellschaftliche Klima in der Bundesrepublik verbessert werden, so dass „das neue Selbstbewusstsein und das politische Engagement der Frauen“ wirksam werden könne. Deshalb wolle die Regierung mithelfen, Vorurteile abzubauen, um „einem der großen Wandlungsprozesse unserer Zeit besser als bisher gerecht zu werden“. Als reformwürdige Bereiche nannte der Bundeskanzler das Ehe- und Familienrecht, die eigenständige soziale Sicherung für alle Frauen und die Reform des Paragraphen 218 StGB.⁷⁴

Noch deutlicher wurde die FDP, die bis zum Ende der 1960er Jahre in Sachen Frauen- und Familienpolitik kaum Position bezogen hatte⁷⁵: Sie mahnte 1967 die „weitere Verwirklichung des Gleichheitsgrundsatzes des Grundgesetzes“ an.⁷⁶ Ausführlich widmeten sich die Liberalen diesem Ziel im „Programm zur Gleichberechtigung der Frau“ von 1972, in dem sie „Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung“ verlangten. Der Partei ging es um „Emanzipation“ der weiblichen Bevölkerung, verstanden als „Befreiung von der gesellschaftlichen Fremdbestimmung“, „Ausdehnung des Freiheitsraumes“ und die „Beseitigung ihrer derzeitigen Benachteiligung“. Ansatzpunkt war hier die Geschlechterordnung selbst geworden, denn die weibliche Diskriminierung erklärten sich die Freidemokraten aus der „überkommenen Arbeits- und Rollenverteilung der Geschlechter“, die ihren Ausdruck etwa im Ehe- und Scheidungsrecht und der Rentenversicherung, in unterschiedlichen Lehrplänen, der Lohnungleichheit, geringerer Schul- und mangelnder Berufsausbildung finde.⁷⁷

Der Frauenbericht der Bundesregierung von 1966 und die Programmatik der Parteien verdeutlichen, dass sich im Laufe der 1960er Jahre – und beschleunigt um die Wende zu den 1970er Jahren – Spuren einer Veränderung in den politischen Leitbildern von den Geschlechtern ausmachen lassen, zumindest was den weiblichen Part anbelangte: Das Rollenideal begann nach und nach einem Verhaltensideal zu weichen. Zwar wurden dabei tradierte Werteordnungen und Gesellschaftskonzepte nicht gänzlich über Bord geworfen, doch erfuhren sozioökonomische Entwicklungen und demokratisches Selbstverständnis eine zunehmend stärkere Betonung. Eine Folge davon war, dass die Vielfalt weiblicher Lebensstile und -inhalte politisch denkbar, ja sogar erstrebenswert wurde. Darüber hinaus wuchs der Wille, die Geschlechterordnung zu hinterfragen, um Frauen ihren Bedürfnissen

⁷³ Willy Brandt: Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969, in: Stüwe: Regierungserklärungen, S. 161–180, die Zitate S. 175.

⁷⁴ Willy Brandt: Regierungserklärung vom 18. Januar 1973, in: Stüwe: Regierungserklärungen, S. 180–198, die Zitate S. 195.

⁷⁵ Vgl. Münch: Familien-, Jugend- und Altenpolitik 1966–1974, S. 646.

⁷⁶ Aktionsprogramm der FDP (107 Thesen), gebilligt vom 18. Ordentlichen Bundesparteitag, 3.–5. April 1967 in Hannover, in: Flechthelm/Kupper/Meisner: Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung, S. 96–118, das Zitat S. 113.

⁷⁷ Programm zur Gleichberechtigung der Frau 1972, in: Verheugen: Das Programm der Liberalen, S. 166–173, die Zitate S. 166.

gemäß unterstützen zu können. Jetzt musste sich die Politik auch daran messen lassen, ob sie diesem Willen Taten folgen ließ. Seit dem Ausgang der 1960er Jahre waren Selbstbestimmung, Mitwirkung und Gleichberechtigung zu wichtigen Begriffen geworden. Das Brandtsche Diktum „Mehr Demokratie wagen“ galt damit gerade auch für die weibliche Bevölkerung.

c) Weibliche Teilhabe

Freilich waren Frauen in Sachen demokratischer Beteiligung auch bis zur Regierungsübernahme durch die sozial-liberale Koalition nicht gänzlich untätig geblieben. Teilhabe und Engagement von Frauen in eigener Sache fanden aber in den ersten beiden Dekaden der Bundesrepublik vor allem in Organisationen des politischen Vorfelds statt, deren Dach der *Informationsdienst und Arbeitskreis deutscher Frauenverbände und Frauengruppen gemischter Verbände e. V.* bildete. Im Jahr 1951 von 14 Organisationen gegründet, vergrößerte sich der *Informationsdienst* bis 1966 auf 18 und Anfang der 1970er Jahre auf 26 Trägergruppen. Damit stand er für rund 80 bundesweite (Frauen-)Organisationen, denen wiederum insgesamt etwa sechs Millionen Frauen angehörten.⁷⁸ Der *Informationsdienst* fasste sehr unterschiedliche frauenpolitische Orientierungen zusammen. In der Frühzeit dominierten fast ausschließlich konfessionelle und berufsständische Vereinigungen wie die *Arbeitsgemeinschaft katholischer Frauenverbände*, die *Evangelische Frauenarbeit*, der *jüdische Frauenbund*, der *Landfrauenverband*, der *Hausfrauenbund*, die *Frauenabteilungen der Deutschen Angestelltengewerkschaft* und des *Deutschen Gewerkschaftsbunds* oder der *Akademikerinnenbund*. Seit der Wende zu den 1970er Jahren traten zu diesen Vereinigungen, die in der Mehrzahl an frauenbewegte Traditionen vor 1933 anknüpften, Gruppen hinzu, die auf bisher nicht ausreichend berücksichtigte Problemlagen abhoben, etwa der *Verband alleinstehender Mütter*⁷⁹, oder die mit der bundesrepublikanischen Parteienlandschaft verbunden waren wie die Frauengruppen von CDU und SPD.⁸⁰

Als allgemeinen Zweck definierte die Satzung des *Informationsdiensts* seit Mitte der 1950er Jahre vor allem „die Förderung der staatsbürgerlichen Bildung zur Sicherung der Demokratie“⁸¹. Dieser Aufgabe kam die Vereinigung unter anderem durch die monatliche Herausgabe des Pressediensts „Informationen für die Frau“ nach, der – „unter bewusstem Verzicht auf eigenen Kommentar“ und von finanziellen Mitteln des Bundes unterstützt – Dokumente bereitstellte, die über die Gesetzgebung und die Arbeit von Verbänden, Verwaltung und anderen Institutionen unterrichten und zu Diskussionen aktueller Fragen anregen sollten. Darüber

⁷⁸ Diese Zahlen ergeben sich aus den Übersichten in: Icken: Frauenrat, S. 260f.; Bericht der Bundesregierung über die Situation der Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft, Drucksache V/909, S. 257.

⁷⁹ Gegründet 1967 als „Verband lediger Mütter“ mit dem Ziel, die Stellung von unehelich geborenen Kindern und Alleinerziehenden zu verbessern. 1970 in „Verband alleinerziehender Mütter“ unbenannt und 1976 um den Zusatz „und Väter“ ergänzt. Vgl. zur Geschichte des Verbandes: www.vamv.de/index.php?id=15 (Zugriff: 12.5.2009).

⁸⁰ Vgl. zur Vergrößerung des Informationsdiensts bzw. Deutschen Frauenrats in den 1960er und frühen 1970er Jahren die Tabelle in: Icken: Frauenrat, S. 260f.

⁸¹ Zitiert nach: Ebd., S. 81.

hinaus suchte der Informationsdienst die Politik im Sinne der weiblichen Bevölkerung zu beeinflussen, indem er Frauen zum Wirken in der Öffentlichkeit ermutigte und über Stellungnahmen und Eingaben Kontakte zu Parteien, Parlament und Regierung pflegte.⁸²

In historischen Gesamtschauen zu politischen Aktivitäten von Frauen in der Bundesrepublik wird das Wirken des *Informationsdiensts* in den ersten Jahrzehnten seines Bestehens bislang weitgehend negativ beurteilt: Aufgrund der Heterogenität der Mitglieder und einem Beschlussverfahren, das Einstimmigkeit voraussetzte, habe man sich im *Informationsdienst* nur auf kleinste gemeinsame Nenner einigen können. Konservative Prägung und hohes Alter engagierter Frauen hätten prinzipielle Neuerungen verhindert. Infolgedessen seien typische Frauenthemen wie Verbraucherfragen, Preisentwicklung, Wohnungsbau, Kultur- und Sozialpolitik zentral gewesen, während man der Situation von Arbeiterinnen oder kleinen Angestellten oder der Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf keine Aufmerksamkeit geschenkt habe. Die Anlehnung an den Staat habe den *Informationsdienst* zu einem Ausdruck einer „korporativen“ und „verwalteten“ Frauenbewegung werden lassen, der es trotz einer hohen Mitgliederzahl nicht gelungen sei, öffentlich bekannt und politisch erfolgreich zu werden.⁸³ Demgegenüber ist einzuwenden, dass sich diese Kritik gleichsam negativ teleologisch auf die neue Frauenbewegung in den 1970er Jahren bezieht und Tradition und Selbstverständnis des *Informationsdiensts* und vieler seiner Trägerorganisationen an den radikalisierten Forderungen des kommenden Jahrzehnts misst. In dieser Sichtweise fällt die Identifikation des *Informationsdiensts* mit der ersten Frauenbewegung, die seit dem 19. Jahrhundert für die weibliche Bevölkerung Bildungsmöglichkeiten und die staatsbürgerliche Anerkennung erstritten hatte, während des Dritten Reichs aber von weiteren Wirkungsmöglichkeiten abgeschnitten war, weitgehend unter den Tisch.⁸⁴

Wiederaufbau bedeutete für die Frauenverbände auch, ihre Bestrebungen aus der Zeit vor 1933 aufzunehmen, nicht selten mit bekannten, wenn auch wenig sichtbaren und leisen Mitteln: Es ging um weibliche Gleichberechtigung und Mitsprache, die aus Sicht des *Informationsdiensts* in der Bundesrepublik zwar formal erreicht waren, sich aber in der Realität noch nicht ideal darstellten. Der Weg zu Verbesserungen sollte über klassische Öffentlichkeitsarbeit, Arbeit im politischen Vorraum und Förderung der (staatsbürgerlichen) Bildung der weiblichen Bevölkerung geebnet werden. Zugang und Nähe zu einer demokratischen (Neu-)Ordnung und Bejahung dieses Systems waren damit integraler Bestandteil des frauenpolitischen Wirkens, das gerade in Ermangelung einer Oppositionshaltung wenig Aufsehen erregte: „Nicht die Gesellschaft sollte verändert werden, sondern die vermeintlichen Defizite [...] sollten behoben werden.“⁸⁵ Zweifelsohne brachten

⁸² Vgl. Bericht der Bundesregierung über die Situation der Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft, Drucksache V/909, S.257f., das Zitat S.257.

⁸³ Diese Zusammenfassung folgt den Einschätzungen von: Frevert: Frauen-Geschichte, S.276; Nave-Herz: Geschichte der Frauenbewegung, S.63f; Vogel: Frauen und Frauenbewegung, S.179-184, die Charakterisierungen der Frauenbewegung ebd., S.179, 183.

⁸⁴ Den neuesten Überblick über die „erste“ Frauenbewegung bietet: Schaser: Frauenbewegung in Deutschland.

⁸⁵ Icken: Frauenrat, S.81.

die Organisationsform und der unterschiedliche Trägerkreis Probleme mit sich, doch wies die bislang jüngste Studie zum Thema nach, dass sich der *Informationsdienst* seit den 1950er Jahren als Repräsentant und Ansprechpartner in Frauenfragen etablieren konnte.⁸⁶ Ebenso zeigte sich bereits um 1970, dass die Bandbreite frauenpolitischer Themen parallel zum Selbstbewusstsein des Verbunds wuchs. Besonders offensichtlich wurde dies, als er 1969 seinen Namen änderte und damit auch Ansprüche auf eine offizielle Vertretung der weiblichen Bevölkerung geltend machte: Bei weitem weniger bescheiden als bisher hieß der Zusammenschluss nun *Deutscher Frauenrat – Bundesvereinigung deutscher Frauenverbände und Frauengruppen gemischter Verbände e. V.*⁸⁷

Der *Deutsche Frauenrat* und andere Organisationen und Zusammenschlüsse, wie sie zum Beispiel im Fall des *Stadtverbands Münchner Frauenverbände* auch in der bayerischen Landeshauptstadt existierten⁸⁸, standen für den Wunsch, weibliche Interessen im öffentlichen und politischen Leben einzubringen. Über die Notwendigkeit dieses Engagements waren sich (frauen-)politisch engagierte Zeitgenossinnen weitgehend einig, gerade auch deshalb, weil sie das Auftreten von Frauen und ihren Themen neben den Männern als einen Wert an sich betrachteten. Ganz in diesem Sinne bezeichnete die SPD-Bundestagsabgeordnete Käthe Strobel 1959 Politik als eine viel zu ernste Sache, als dass man sie allein den Männern überlassen könne.⁸⁹ Teilhabe und Teilnahme der weiblichen Bevölkerung schienen also geboten in einem Bereich, in dem es Möglichkeiten zu nutzen und zugleich im Vergleich zu organisierten Männern nach- und aufzuholen galt.

Gabriele Strecker, Journalistin und CDU-Politikerin aus Hessen⁹⁰, rechnete in diesem Zusammenhang Mitte der 1960er Jahre vor, dass Frauen zwar über 50 Prozent der Bevölkerung in der Bundesrepublik ausmachten, sich dieser Anteil aber in den politischen Organisationen nicht widerspiegle. Ihrer Meinung nach war dies vor allem weiblicher „Organisationsscheu“ – „ganz besonders der jungen Frauen“ – geschuldet, die den Weg in die Politik hemme. Auf der Suche nach einer Lösung empfahl Strecker den Frauen, sich zu betätigen: in Frauenorganisationen, in Berufsverbänden, in Parteien und durch den Gang zur Wahlurne, der gerade angesichts einer hohen weiblichen Wahlbeteiligung als „schlagendes Argument“ benutzt werden könne.⁹¹ Dies führt in den Bereich der sogenannten formellen Partizipation, der im folgenden in Form der Wahlbeteiligung, Parteipräferenzen und der Vertretung von Frauen in Parlament und Regierung auf den Grund gegangen wird.

⁸⁶ Vgl. zu den „frauenpolitischen Erfolgen“ der 1950er Jahre: Icken: *Frauenrat*, S. 75f.

⁸⁷ Mittlerweile mit dem Zusatz „Lobby der Frauen“ versehen ist dies bis heute der Name der Vereinigung, vgl. Satzung des Deutschen Frauenrates in der Fassung vom 6.11.2005, www.frauenrat.de/deutsch/frauenrat.html, (Zugriff: 12.5.2009).

⁸⁸ Der Stadtbund Münchner Frauenverbände konstituierte sich 1914 und hat seine Wurzeln damit auch in der „alten“ Frauenbewegung bzw. deren „bürgerlicher“ Strömung. Eine Neugründung erfolgte 1949. Vgl. ausführlicher Kap. V.

⁸⁹ Zitiert nach: Ernst Goyke: *Zur Sozialdemokratin erzogen*, in: *Das Parlament* vom 10./17.7.1992.

⁹⁰ Vgl. zu Streckers (frauen-)politischer Position: Lenz: Strecker, S. 176–183.

⁹¹ Vgl. Strecker: *Der Weg der Frau in die Politik*, S. 26–31, die Zitate S. 27, 30.

Partizipationsforschung und Geschichtsschreibung weisen nach, dass die weibliche Bevölkerung in den 1960er Jahren Wahlen entscheidend beeinflusst hat, zumal Frauen mehr Wahlberechtigte stellten und nur unwesentlich seltener den Urnen fernblieben als Männer.⁹² Der hohe Anteil von Frauen an der Bevölkerung und ihre rege Beteiligung an den Wahlen verleitet zu der Vermutung, dass mit diesen „schlagenden Argumenten“ eine besondere auf die Gleichberechtigung von Frauen ausgerichtete Politik und eine entsprechende Vertretung von Frauen in politischen Funktionen korrespondierte. Diese Annahme kann nicht aufrechterhalten werden, denn die Politik der 1960er (und auch 1970er) Jahre war eine „männliche Domäne“.⁹³

Frauen präferierten bis zur Bundestagswahl 1972 bei ihrer Stimmabgabe die christlich-konservativen Parteien. In der Bundestagswahl 1965 war das Ergebnis der CDU/CSU zu 51,7 Prozent auf Wählerinnen und zu 42 Prozent auf Wähler zurückzuführen, bei der SPD stand das Verhältnis bei 36,2 Prozent zu 44 Prozent.⁹⁴ Die Gunst der Frauen galt also trotz der expliziten Betonung der Gleichberechtigung im Parteiprogramm der SPD mehrheitlich nicht den Sozialdemokraten, sondern CDU und CSU. In seiner Geschichte der CDU erklärt der Historiker Frank Bösch die weiblichen Parteipräferenzen vor allem damit, dass Frauen stark an die Kirchen gebunden und selten in Gewerkschaften (und anderen Interessenvertretungen) organisiert gewesen seien. Außerdem habe sich die CDU vor Wahlen etwa in Fragen der Preispolitik erfolgreich an Hausfrauen und Mütter als „wirtschaftende Konsumentinnen“ gewandt. Dass mit der CDU – so Böschs Einschätzung – vornehmlich jene Partei Unterstützung fand, die die gesellschaftliche Gleichstellung insgesamt behinderte, scheint bei der Wahlentscheidung der Frauen keine Rolle gespielt zu haben.⁹⁵ Wahrscheinlich lag der größere Zuspruch zu CDU und CSU gerade an deren Wertschätzung einer Geschlechterordnung, die auch der eigenen familialen und sozialen Position entsprach. So zeigte sich etwa bei der *Arbeitsgemeinschaft der Frauen in der CSU* im Jahr 1968/69, der Frauen unabhängig von der Parteimitgliedschaft beitreten konnten⁹⁶, dass sich mehr als die Hälfte ihrer Angehörigen als Hausfrauen verstanden.⁹⁷

Die SPD konnte in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre bei der weiblichen Bevölkerung an Boden gut machen: Zum einen glich sich das Wahlverhalten von Männern und Frauen soweit an, dass 1972 die Kampagne „Willy wählen“ bei beiden Geschlechtern einen ähnlichen Erfolg zeitigte. Zum zweiten stieg seit 1970

⁹² Dieses Wahlverhalten kann – grob gesprochen – für die gesamte Zeit der Bundesrepublik als typisch gelten und wurde zum Beispiel auch im Bericht der Bundesregierung über die Situation der Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft, Drucksache V/909, S.234, festgehalten. Zentral für den hier angesprochenen Themenkomplex sind die Untersuchungen von Beate Hoecker, die sich seit ihrer Dissertation „Frauen in der Politik. Eine soziologische Studie“, Opladen 1987, mit Fragen nach der politischen Partizipation von Frauen in der Bundesrepublik beschäftigt.

⁹³ Hoecker: 50 Jahre Frauen in der Politik, S.11.

⁹⁴ Die Zahlen nach Bericht der Bundesregierung über die Situation der Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft, Drucksache V/909, S.512.

⁹⁵ Vgl. Bösch: Adenauer-CDU, S.299ff.

⁹⁶ Vgl. zur bislang wenig erforschten Geschichte der Frauenorganisationen bei CSU und CDU v.a.: Frauen-Union der CSU: 50 Jahre Frauen-Union; Süßmuth: CDU-Frauen-Union.

⁹⁷ Vgl. Mintzel: CSU, S.458.

der Frauenanteil in der Partei nach einem Jahrzehnt der Stagnation sowohl absolut als auch prozentual an. Mit 17,4 Prozent lag die SPD damit knapp vor der FDP mit 17,2 Prozent, auf die mit etwas größerem Abstand die CDU mit 13,6 Prozent und die CSU mit 10,5 Prozent folgten.⁹⁸ Außerdem erhielt die Frauenarbeit in der SPD ab 1973 offiziell einen neuen Akzent: Wie Gisela Notz in ihrer Monographie zu Lebensbildern von SPD-Parlamentarierinnen erläutert, versuchten Sozialdemokratinnen lange Zeit, Schulter an Schulter mit den Genossen ihre Ziele zu erreichen. Erst Ende der 1960er Jahre wandte man sich einer gesonderten Frauenpolitik zu und baute in der Folge die *Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)* aus. In diesem innerhalb der Partei nun eigenständigen Organ formulierten in den folgenden Jahren weibliche Parteiangehörige, vor allem auch „viele junge Frauen“, ihre politischen Vorstellungen.⁹⁹

Die ersten Spuren für eine Verjüngung der weiblichen SPD-Mitglieder und ein verändertes politisches (Selbst)Bewusstsein macht der Parteien-Historiker Klaus Schönhoven sogar schon während der 1960er Jahre aus; bei den Neumitgliedern stellten zwar nach wie vor Hausfrauen die Mehrheit, doch begann ihr Anteil zugunsten von Studentinnen, Akademikerinnen und Frauen, die im Dienstleistungsbereich tätig waren, zu sinken; dieser Nachwuchs wiederum sei besonders aktiv gewesen.¹⁰⁰ Allgemein gesprochen weisen die Angleichung des Wahlverhaltens der Geschlechter und eine seit den 1960er Jahren langsam einsetzende Politisierung gerade auch jüngerer Frauen darauf hin, dass sich weibliche Lebenslagen wandelten. Als Ursachen nennt die historische Wahlforschung vor allem erhöhte Bildung und Erwerbstätigkeit, die Veränderung des generativen Verhaltens oder auch die Urbanisierung¹⁰¹, wodurch sich tradierte soziale und religiöse Bindungen lösten und sich in der Folge auch politische Interessen oder auch Rollenbilder zu verändern begannen.

Freilich handelte es sich hierbei um längerfristige Prozesse, die in der Politik nicht direkt ihren Niederschlag fanden. Dies galt insbesondere für die Vertretung von Frauen in Parlament und Regierung. Der Anteil weiblicher Abgeordneter im Bundestag sank zwischen 1957 und 1972 von 9,2 auf 5,8 Prozent und stieg erst danach langsam an.¹⁰² In den Länder- und Kommunalparlamenten sah die Situation nicht sehr viel anders aus. Im Bayerischen Landtag stellten Frauen zwischen 1958 und 1974 nie mehr als 6,9 Prozent der Parlamentarier¹⁰³; in München machten die Stadträtinnen 1966 immerhin einen Anteil von 16,6 Prozent aus.¹⁰⁴ Frauen waren auf der politischen Bühne, selbst wenn es sich lediglich um die unterste Ebene des Regierungssystems handelte, eine Minderheit. Ohne an dieser Stelle nä-

⁹⁸ Die Zahlen bei: Hoecker: 50 Jahre Frauen in der Politik, S. 13.

⁹⁹ Vgl. Notz: Mehr als bunte Tüpfen, S. 44.

¹⁰⁰ Vgl. Schönhoven: Wendejahre, v. a. S. 514–518.

¹⁰¹ Vgl. Hoecker: Frauen in der Politik, S. 93–102.

¹⁰² Die Zahlen bei: Hoecker: 50 Jahre Frauen in der Politik, S. 13.

¹⁰³ Vgl. die Tabelle in: Mabry: Unkraut ins Parlament, S. 244f.

¹⁰⁴ Auf die Entwicklung in den 1970er Jahren wird in Kapitel III. und IV. eingegangen. Die Zahl vgl. Liesel Michel: Bericht über die Kommunalwahlen in Bayern, in: Information des Frauenforum München 1 (1972) 2, S. 12–16, hier S. 13.

her auf mögliche Hintergründe dieses Befunds einzugehen¹⁰⁵, sei darauf hingewiesen, dass allein dieser Minderheitenstatus Probleme mit sich brachte, etwa was die Wahrnehmung oder die Durchsetzungsfähigkeit von Politikerinnen und ihrer Ideen anging. Das politische Geschäft richtete sich an der männlichen Mehrheit aus, was sich etwa darin ausdrückte, dass die SPD 1969 mit dem Motto „Wir haben die besseren Männer“ in den Bundestagswahlkampf zog.¹⁰⁶

Einige Frauen gelangten trotz ihres Minderheitendaseins in den 1960er Jahren vereinzelt auch in politische Spitzenpositionen. Auf kommunaler und Länderebene ist etwa die langjährige FDP-Politikerin Hildegard Hamm-Brücher zu nennen, die neben ihrem Engagement im Münchner Stadtrat Mandate im Bayerischen Landtag und im Bundestag innehatte, 1966 als erste weibliche Staatssekretärin ins hessische Kultusministerium und ab 1969 ins Bundesbildungsministerium einzog und von 1976 bis 1982 schließlich Staatsministerin im Auswärtigen Amt wurde.¹⁰⁷ Auf Bundesebene wurde, nachdem der Widerstand des Bundeskanzlers Konrad Adenauer auch dank des Einwirkens von CDU-Frauen und Frauenverbänden überwunden war, 1961 mit Elisabeth Schwarzhaupt (CDU) erstmals eine Frau ins Bundeskabinett berufen; sie stand bis 1966 an der Spitze des Gesundheitsministeriums. Ihr folgte unter der Regierung Kiesinger/Brandt die Sozialdemokratin Käte Strobel; Bundesfamilienministerin wurde Aenne Brauksiepe (CDU). In der sozial-liberalen Koalition leitete Käte Strobel das Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, das von 1972 bis 1976 von Katharina Focke (SPD) übernommen wurde.¹⁰⁸ Gerade bei diesen Politikerinnen zeigte sich, dass sie auch der wandelnden Lebenssituation der weiblichen Bevölkerung gerecht werden wollten, wenn sie sich – je nach Ressort und mit unterschiedlichem Erfolg – etwa für den Ausbau des Bildungswesens, die Reform des Unehelichenrechts, die Teilzeitarbeit, die Kinderbetreuung oder die sexuelle Aufklärung einsetzten.

Wandel und Widersprüchlichkeit – mit diesen beiden Stichworten lässt sich die Situation von Frauen in der Politik der Bundesrepublik während der 1960er Jahre beschreiben. So verbesserte sich die Rechtslage und die programmatische Aufmerksamkeit der Parteien den Frauen gegenüber. Zudem verschloss sich die demokratische Ordnung der Bundesrepublik einem vielfältigen Engagement von Frauen keineswegs und begann zunehmend, Veränderungen in weiblichen Lebenszusammenhängen und die Gleichberechtigung der Geschlechter zu akzeptieren. Gleichzeitig wirkten tradierte Werte fort. Politik von und für Frauen schien nach wie vor etwas Ungewöhnliches anzuhaften, so dass sie insgesamt doch eher die Ausnahme als die Regel war.

¹⁰⁵ Zur Frage nach dem Verhältnis von Frauen und (institutionalisierter) Politik vgl. v. a. Meyer: Frauen im Männerbund.

¹⁰⁶ Vgl. Schönhoven: Wendejahre, v. a. S. 533.

¹⁰⁷ Zur Selbst-Wahrnehmung dieser politischen Karriere vgl. Hamm-Brücher: Als erste Frau.

¹⁰⁸ Vgl. zu den genannten Politikerinnen, soweit bereits (auto)biografisch gefasst: Hamm-Brücher: Freiheit ist mehr als ein Wort; Saletin: Schwarzhaupt, v. a. S. 60–64; Hessische Landesregierung: Schwarzhaupt, v. a. S. 88–92; den Beitrag zu Käte Strobel in: Notz: Frauen in der Mannschaft, S. 483–501; Kaff: Brauksiepe, S. 277–289.

2. Zwischen Mutterdasein und Berufsorientierung

a) Erziehung

Die These von den 1960er Jahren als einem „geschlechterpolitischen Experimentierraum“¹⁰⁹ führt in das sozioökonomische Umfeld von Frauen und lenkt die Aufmerksamkeit auf die Geschlechterwelt in den Bereichen Erziehung, Bildung und Erwerbstätigkeit. In der Tat mehrten sich in diesem Jahrzehnt die Anzeichen dafür, dass im Zuge eines grundlegenden gesellschaftlichen Wandels sowohl das, was für Mädchen und Frauen als wesensgemäß angesehen wurde, als auch das Verhalten von Mädchen und Frauen selbst eine Erweiterung erfuhren.

Die Erziehung im Elternhaus ging Frauen als Mütter und Töchter an. Das traditionelle Rollenbild einer quasi natürlich besten Erzieherin betraf zweifellos beide Gruppen. Festgeschrieben war dieses Ideal zum Beispiel auch im Frauenbericht der Bundesregierung. Denn dort hieß es, dass die Frauen gemäß „ihrer körperlichen und geistig-seelischen Beschaffenheit auf die Mutterschaft hin angelegt“¹¹⁰ seien. Allerdings, so räumte das Dokument zugleich ein, stünden Mütter in der Gegenwart vor „recht schwierigen neuen Aufgaben“. Allgemein ging es dabei um Funktionen, die das Modell von Kleinfamilien Müttern auferlegte: So müssten Frauen den erzieherischen Alltag weitgehend allein bewältigen. Auf das „väterliche Element“ hätten sie ebenso zu verzichten wie auf die „Zuhilfenahme von Verwandten und Nachbarn“. Für die Beziehung zu den Kindern formulierte der Bericht einen pädagogischen Spagat zwischen „Nüchternheit und Strenge“ sowie „Nachsicht und einfühlendem Verstehen“, der bei dem „teilweise recht fragwürdigen Angebot von Möglichkeiten der Freizeitgestaltung“ schwer zu bewerkstelligen sei. Dass sich bei Erziehungsinhalten die Standards verschoben hatten, machte der Bericht an zwei Einzelbeispielen fest: Zum einen bei der Hausaufgaben-Betreuung, bei der den Müttern zwar nicht die Materie, wohl aber die „modernen Lehrmethoden“, die in den Schulen angewendet würden, fremd seien. Zum zweiten bei der sexuellen Aufklärung, bei der „zahlreiche Mütter und Väter“ an der „Klapperstorchlegende“ und „sonstigen Tabuisierungen“ festhielten.¹¹¹

Im Gegensatz zu früher hatten sich die Zeiten also geändert: Zwischen den Zeilen deutete sich der Wunsch nach einer gewissen Partnerschaftlichkeit zwischen Eltern und Kindern ebenso an wie die Entstehung einer Wohlstands- und Bildungsgesellschaft und ein damit einhergehender Wertewandel (der sich nicht allein auf die Sexualität bezog). Doch gerade in Bezug auf das (zukünftige) Mutterdasein trat während der 1960er Jahre eine Kluft zwischen dem weiblichen Rollenideal und der tatsächlichen Situation zu Tage, wie sie sich auch in den Ausführungen des Frauenberichts spiegelt. Angesichts der problematischen Lage erwerbstätiger Mütter sprach dieser von den Möglichkeiten, den Nachwuchs zeitweise außer Haus in Kindertagesstätten unterzubringen. Aller Wertschätzung einer angeblich

¹⁰⁹ Frevert: Umbruch der Geschlechterverhältnisse, S. 642–660.

¹¹⁰ Bericht der Bundesregierung über die Situation der Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft, Drucksache V/909, S. 12.

¹¹¹ Vgl. ebd., S. 12.

vor allem aus mütterlicher Fürsorge resultierenden „Nestwärme“¹¹² zum Trotz schienen solche Einrichtungen unabdingbar. Gerade aber die steigende Zahl erwerbstätiger Mütter führte den amtlichen Ausführungen zufolge dazu, dass der Bedarf an Plätzen vor allem in größeren Städten nicht mehr gedeckt werden konnte.¹¹³

Die zeitgenössische Diagnose, dass die Nachfrage größer gewesen sei als das Angebot, wird mittlerweile durch die historische Forschung erhärtet. So ist auch für Bayern während der 1960er Jahre von einer „Krise der Kindergärten“ die Rede, die schließlich legislative Konsequenzen nach sich zog. In Bayern konnten zwischen 1960 und 1970 lediglich für gut 30 Prozent der Kinder zwischen drei und sechs Jahren Kindergartenplätze bereitgestellt werden – eine Zahl, die nach der Verabschiedung des bayerischen Kindergartengesetzes 1975 auf 57 Prozent stieg.¹¹⁴ In Zeiten eines umfassenden Wandels stießen Mütter im Hinblick auf Rollenideal und die Vervielfältigung ihrer Aufgaben im Bereich der Erziehung offensichtlich an Grenzen: das Mit- und Nebeneinander der Pflichten war mit individuellem wie gesellschaftlichem Anpassungsdruck verbunden.

Bei der jüngeren Frauengeneration schien der allgemeine Wandel bereits in den 1960er Jahren sowohl in eine gewisse Geschlechternivellierung als auch in eine Doppelung und Konkurrenz von Lebensmodellen zu münden. So machte eine Zeitgenossin im Rückblick auch eine im Bezug auf das weibliche Geschlecht flexiblere Gestaltung der Erziehung am eigenen Beispiel aus: Neben dem adretten Kleidchen am Sonntag habe sie wochentags Latzhosen und Jeans getragen, lange Zöpfe seien einem praktischen Kurzhaarschnitt gewichen, Haushaltserziehung daheim und höhere Schulbildung hätten sich nicht ausgeschlossen, und ihre Beschwerde, immer im Haushalt helfen zu müssen, habe dazu geführt, dass sie ihrem Vater in Haus und Garten zur Hand gehen durfte.¹¹⁵ Dieser Einzelfall weist zumindest darauf hin, dass eine zeitgemäße Erziehung die Mädchen auf unterschiedliche Lebenssituationen vorbereiten wollte. Die Art und Weise, wie Eltern ihre Kinder kleideten oder beschäftigten, sind Beispiele dafür, dass die Mädchen den Jungen ähnlicher behandelt wurden.¹¹⁶ Getragen war dies auch vom Gedanken der Gleichberechtigung, der Mädchen und jungen Frauen zunehmend eine unabhängige Lebensgestaltung zugestand. Ein Erziehungsratgeber für Mädchen kam deshalb 1973 zu dem Schluss: „Emanzipierte Frauen sind richtige Frauen.“¹¹⁷

Freilich verfestigte sich damit in der Pädagogik die weibliche Doppelrolle. Dies wurde etwa auch daran deutlich, dass der Frauenbericht der Bundesregierung eindringlich dafür warb, dass die weibliche Bevölkerung auf ihre familiären Pflichten entsprechend vorbereitet werden müsse, etwa durch Hauswirtschaftsunterricht in den Schulen oder eine (später) ergänzende Mädchen- und Mütterbildung. Allerdings würden solche Unterfangen, so hieß es im Text weiter, „durch die Berufs-

¹¹² Vgl. ebd., S. 21.

¹¹³ Vgl. ebd., S. 30.

¹¹⁴ Vgl. Kuller: Familienpolitik, S. 298–325, das Zitat und die Zahlen S. 298.

¹¹⁵ Vgl. Koch: Zwischen Konservatismus und Moderne, S. 55f.

¹¹⁶ Ausführlicher dazu: Weber-Kellermann: Kindheit, S. 244–271.

¹¹⁷ Wyss: Das rosarote Mädchenbuch, S. 204.

orientierung der jungen Mädchen manchmal zurückgedrängt“.¹¹⁸ Das vom Frauenbericht anvisierte Erziehungsziel war in Bayern Verfassungsgrundsatz. Artikel 131 Abs. 4 der bayerischen Verfassung wies die Schulen an, die Mädchen in Säuglingspflege, Kindererziehung und Hauswirtschaft besonders zu unterweisen.¹¹⁹

Unwiderrprochen blieben solche einem traditionellen Rollenbild entsprechende Festschreibungen allerdings nicht. Bereits in den 1960er Jahren meldeten sich Stimmen zu Wort, die die unterschiedliche Behandlung der Geschlechter im Bildungsbereich thematisierten und diese als Benachteiligung der Mädchen kritisierten. Die Soziologin Helge Pross schrieb es 1969 „der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern und der Ideologie des weiblichen ‚Wesens‘“ zu, dass es um die Bildungschancen der Mädchen in der Bundesrepublik schlecht bestellt sei.¹²⁰ Dass Schülerinnen den Schülern zahlenmäßig hinterherhinkten, war auch der FDP-Politikerin Hildegard Hamm-Brücher ein Dorn im Auge: Sie kritisierte vor allem die bayerische Bildungspolitik als „Gemisch weltanschaulicher Widerstände“, das den Mädchen den Zugang zum höheren Schulwesen und die Entwicklung „zu freien, selbständigen Menschen“ erschwere.¹²¹

b) Bildung

Im Zuge der Diskussion um die „deutsche Bildungskatastrophe“¹²² rückte die weibliche Bevölkerung in den Fokus der Aufmerksamkeit: Sie wurde als Reservoir entdeckt, mit dessen Hilfe dem diagnostizierten Notstand begegnet werden sollte. Bei den Reformansprüchen ging es nicht allein darum, mit der Mobilisierung von „Begabungsreserven“ ökonomischen Notwendigkeiten gerecht zu werden. Mit der bekannten Forderung des Soziologen Ralf Dahrendorf nach „mehr Bildung für mehr Menschen“ war auch eine Gesellschaftspolitik verbunden, die im Sinne der Chancengleichheit den „systematischen Bevorzugungen oder Benachteiligungen bestimmter Gruppen auf Grund leistungsfremder Merkmale“¹²³ eine Absage erteilte.¹²⁴ Zu diesen Merkmalen zählte neben Herkunft, wirtschaftlicher Lage

¹¹⁸ Vgl. Bericht der Bundesregierung über die Situation der Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft, Drucksache V/909, S. 205–208, das Zitat S. 205.

¹¹⁹ Durch Gesetz vom 20. Februar 1998 (GVBl. S. 38) wurden im Absatz 4 nach den Worten „Die Mädchen“ mit Wirkung vom 1. März 1998 die Worte „und Buben“ eingefügt.

¹²⁰ Vgl. Pross: Bildungschancen von Mädchen, S. 33.

¹²¹ Vgl. Hamm-Brücher: Gegen Unfreiheit, S. 266ff. Dies muss an dieser Stelle als Ausschnitt von Hamm-Brüchers umfassendem bildungspolitischen Engagements genügen. Eine wissenschaftliche Aufarbeitung des Wirkens der FDP-Politikerin steht ohnehin noch aus. Grundlegend aber hierzu der Bestand „Hamm-Brücher, Hildegard“ in IFZ-Archiv, ED 379. Neben unzähligen Reden und Aufsätzen zur Bildungspolitik insbesondere die Bde. 5ff. und 19f.

¹²² Den Begriff prägte der Philosoph Georg Picht, der mit der Artikelserie „Die deutsche Bildungskatastrophe“, die Anfang des Jahres 1964 in der Wochenzeitung Christ und Welt abgedruckt wurde, eine breite Debatte auslöste. Die Artikelserie wurde in einer erweiterten Taschenbuchausgabe publiziert: Picht: Bildungskatastrophe.

¹²³ Dahrendorf: Bildung ist Bürgerrecht, die Zitate S. 28, 24.

¹²⁴ Zur Gewichtung von bildungspolitischen Argumenten, die auf die Ökonomie bzw. die Chancengleichheit in der Gesellschaft abhoben, vgl. Rohstock: Ist Bildung Bürgerrecht?, hier v.a. S. 144ff.; Rohstock: Von der „Ordinarienuniversität“, Kapitel I.1.a. Rohstock weist nach, dass gesellschaftlicher Wandel und Bildungsexpansion schon eingesetzt haben, als sich die Politik zum Handeln entschloss. Aufgenommen wurden dabei v.a. die bildungspolitischen Argumente rund um Wettbewerbsfähigkeit, Modernisierung und Ökonomisierung, wofür auch die

und Konfession auch das Geschlecht: Das viel zitierte katholische Arbeitermädchen vom Land wurde zum Inbegriff eines unangebrachten Traditionalismus, der einer zeitgemäßen Liberalität entgegenstand. Ähnlich wie Helge Pross und Hildegard Hamm-Brücher erklärte auch Dahrendorf das herkömmliche soziale Rollenbild der Frau als problematisch, da es in „geradezu unheimlicher Konsequenz“ Mädchen und Frauen „von den zentralen Bereichen der Bildungs- und Berufswelt“ abhalte und sie „auf eigene, ihnen ‚angemessene‘ Wege“ lenke. Ein „Minimum an Ausbildung“ und ein Leben in „Bereichen von Kindern, Küche und Kirche“ seien die unerwünschten Folgen.¹²⁵

In den 1960er Jahren spiegelte sich in Statistiken zu Bildung und Ausbildung der Befund deutlich wider, dass die Bildungsbeteiligung eine am Geschlecht ausgerichtete Schräglage aufwies und zudem geschlechtsspezifischen Präferenzen folgte. So hielt sich der Anteil von Jungen und Mädchen an den Volks- und Hauptschulen als der in den 1960er Jahren dominierenden Schulform zwar einigermaßen die Waage. Gleichzeitig spielten jedoch im Stundenplan der Mädchen praktische Fächer wie Hauswirtschaft eine wichtigere Rolle; und es waren auch Mädchen, die nach Ablauf der Schulpflicht seltener eine Berufsausbildung begannen als Jungen.¹²⁶ Bei den weiterführenden Schulen wurde das Ungleichgewicht zwischen den Geschlechtern greifbarer: Während sich die Mittelschule unter Mädchen größerer Beliebtheit erfreute – 1964 zum Beispiel waren 51,4 Prozent der Realschüler weiblich –, lag ihr Anteil in den Gymnasien nur bei 40,7 Prozent; die Abiturientinnen machten schließlich noch 36,5 Prozent aus.¹²⁷

Höhere Bildung für Mädchen schien angesichts des idealtypischen weiblichen Lebenslaufs mit späterer Heirat und Mutterschaft wenig lohnenswert: Dem Frauenbericht der Bundesregierung galt nämlich gerade die Realschule als gute Voraussetzung, einen „Lebensberuf“ zu erlangen, der den Mädchen „ausreichendes Einkommen und soziales Ansehen“ sichere und „wegen der nicht zu langen Ausbildung noch einige Jahre Berufstätigkeit vor der Eheschließung“ erlaube. Solche Lebensberufe seien „traditionelle Frauenberufe auf dem sozialen, pflegerischen und hauswirtschaftlichem Sektor“, die der „Neigung vieler Mädchen“ entsprächen und „für ihre künftigen Aufgaben in der Familie wertvolle Kenntnisse und Fertigkeiten“ vermittelten.¹²⁸ Zu dieser Interpretation passte auch die Beobachtung, dass trotz guter Leistungen mehr Schülerinnen als Schüler das Gymnasium bereits nach der 10. Klasse verließen.¹²⁹

Unter den Studierenden setzte sich die numerische Dominanz von Männern und eine geschlechtstypische Fächerwahl fort. Im Sommersemester 1965 lag der

Terminologie der wirtschaftlich wertvollen weiblichen „Begabungsreserven“ spricht, die es noch zu mobilisieren galt. Es steht daher zu vermuten, dass sich die Forderung nach Chancengleichheit in der Politik auch deshalb schnell durchsetzte, weil sie einen Verbund mit einer wirtschaftlichen Rechtfertigung eingehen konnte.

¹²⁵ Dahrendorf: Bildung ist Bürgerrecht, S. 73.

¹²⁶ Vgl. Metz-Göckel: Frauen als Bildungsreserve, S. 379; Bericht der Bundesregierung über die Situation der Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft, Drucksache V/909, S. 186.

¹²⁷ Die Zahlen nach: Bericht der Bundesregierung über die Situation der Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft, Drucksache V/909, S. 189.

¹²⁸ Ebd., S. 187.

¹²⁹ Vgl. ebd.

Anteil der Frauen, die an wissenschaftlichen Hochschulen der Bundesrepublik studierten, bei 23,3 Prozent; die Studentinnen bevorzugten die nichttechnischen Fächer der Kultur- und Geisteswissenschaften sowie Pharmazie und Medizin. Wie auch im Falle der Gymnasien verließen Frauen die Hochschule öfter als Männer vorzeitig und ohne Studienabschluss. Insgesamt entschieden sich Abiturientinnen häufiger für ein Studium an einer pädagogischen Hochschule. An diesen Einrichtungen stellten Frauen sogar die Mehrheit von rund 60 Prozent; ausgebildet wurde hier für einen typischen Frauenberuf: das Lehramt für Schulformen unterhalb des Gymnasiums.¹³⁰

All dieser unverkennbaren Tendenzen zum Trotz darf aber nicht übersehen werden, dass in den 1960er Jahren die Bildungsexpansion bereits in Gang gekommen war und dies auch Folgen für die weibliche Bevölkerung zeitigte. In der öffentlichen Debatte wurde die ungünstigere Lage von Mädchen im Bildungssystem nun nicht mehr hingenommen. Der Beobachtung, dass für Mädchen und Frauen im Durchschnitt die Bildungskarriere deutlich früher zu Ende ging als für Jungen, folgte eine tiefer gehende Ursachenforschung, die auch Anspruch auf eine zunehmende Egalisierung und Liberalisierung der Geschlechterordnung erhob – zumindest, was die Entwicklungschancen der Mädchen anging, die sich denen der Jungen annähern sollten. So gerieten vorgegebene Orientierungen im Elternhaus im Stile von „Du heiratest ja doch“ ebenso in die Kritik wie die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern, die sich augenscheinlich auch im Bildungsbereich niederschlug. Demzufolge sah etwa Dahrendorf Reformen weniger bei den Schulen geboten als bei den „Institution gewordenen Wertungen der Gesellschaft [...], die an sich Begabten einen Weg versperren, auf den diese ein Anrecht als Bürger haben.“¹³¹

Zum zweiten öffneten sich der weiblichen Bevölkerung in dieser Zeit neue Wege, so dass die Forschung die Frauen mittlerweile sogar gemeinhin zu den „Gewinnerinnen der Bildungsreformen der 60er Jahre“¹³² erklärt. Auch Helge Pross interpretierte die von ihr nachgewiesenen schlechteren Bildungschancen von Mädchen gegen Ende des Jahrzehnts bereits in dieser Richtung: Sie sprach von den Mädchen nicht als Außenseitern, sondern als Minderheit und zog daraus den Schluss, dass Frauen in ihren Bildungsbestrebungen „nicht länger extreme Widerstände“ zu überwinden hätten; deshalb seien weder der Besuch einer Hochschule noch der Abschluss eines Lehrvertrags atypische Phänomene.¹³³

Diese These lässt sich mit Blick auf die Bildungsbeteiligung von Frauen seit den 1960er Jahren bestätigen. Für Bayern, für das Hildegard Hamm-Brücher noch 1964 im Vergleich zum Bundesdurchschnitt ein „alarmierendes Bildungsgefälle“ zwischen Jungen und Mädchen konstatierte¹³⁴, kann man einen Trend hin zu einer weiblichen Bildungsoffensive feststellen. Insgesamt waren in den 1960er Jahren in

¹³⁰ Vgl. ebd., S. 201ff. Dem Problem des Studienabbruchs von Frauen widmete sich zeitgenössisch insbesondere Gerstein: Studierende Mädchen.

¹³¹ Dahrendorf: *Bildung ist Bürgerrecht*, S. 73.

¹³² So z. B. Metz-Göckel: *Frauen als Bildungsreserve*, S. 373. Eine Studie, die sich dieser These monografisch widmet und an den verschiedenen Bildungsgängen nachweist, gibt es bislang aber nicht.

¹³³ Pross: *Bildungschancen von Mädchen*, S. 12.

¹³⁴ Vgl. Hamm-Brücher: *Gegen Unfreiheit*, S. 266f.

allen Schulformen die absoluten Schülerzahlen dank geburtenstarker Jahrgänge im Steigen begriffen. Misst man den prozentualen Anteil der Geschlechter, so fällt folgendes auf: Während sich das fast ausgeglichene Verhältnis an bayerischen Volks- und Hauptschulen seit 1960 ganz leicht, aber kontinuierlich zu Gunsten der Jungen verschob und die Realschule die von Mädchen bevorzugte Schulform blieb, stieg der Anteil der Gymnasiastinnen von 34,1 Prozent im Schuljahr 1960/61 auf 36,4 Prozent 1965/66. 1970 schließlich erklomm er 40 Prozent, 1975 gar 45,3 Prozent. Ähnlich entwickelten sich die Zahlen im Falle der Abiturientinnen: Von 30,8 Prozent im Jahr 1961 kletterte ihr Anteil 1966 auf 32 Prozent, 1971 auf 35,6 Prozent und 1976 auf 44,2 Prozent.¹³⁵ Auch der Unterricht und seine Formen unterlagen einem Wandel, selbst wenn die Mädchen in bestimmten Ausbildungsrichtungen wie den neusprachlichen, sozialwissenschaftlichen oder musischen Zweigen an den Gymnasien überwogen. Wie eine Studie über diesen Schultyp nachwies, näherten sich die Geschlechter insgesamt an: In den 1960er Jahren verlor das Modell einer polaren Ordnung in den Schulen an Attraktivität und die Koedukation wurde zur Regel.¹³⁶

Nach einem eher bedächtigen Zuwachs in den 1960er Jahren¹³⁷ nahm in Bayern seit 1970 auch die Zahl der weiblichen Studierenden beträchtlich zu. Die absolute Zahl der Studienanfängerinnen an bayerischen Hochschulen verdoppelte sich von 4302 auf 8445 im Jahr 1974. Gleichzeitig verschoben sich die Geschlechteranteile: Machten die weiblichen Erstsemester 1970 noch 32,6 Prozent aus, waren es 1974 schon 37,4 Prozent. Besonders deutlich wird dies an einem kleinen Zweig der Universitäten: den Kunsthochschulen, an denen im gleichen Zeitraum der Anteil der Frauen von 35 auf 49,8 Prozent stieg.¹³⁸ Auch für die Ludwig-Maximilians-Universität München als größter Hochschule sowohl Bayerns als auch der Bundesrepublik kann von „einem beispiellosen Anwachsen der Anzahl studierender Frauen“ gesprochen werden.¹³⁹ Damit unterschieden sich Studentinnen der späten 1960er und frühen 1970er Jahre in zweierlei Hinsicht deutlich von ihren Vorgängerinnen: Sie seien, so die Feststellung, „nicht nur zahlenmäßig ungleich stärker“, sondern als Folge des Protests um „1968“ auch „in einem vorher nicht gekannten Maße politisiert“ gewesen.¹⁴⁰

Das bayerische Beispiel bekräftigt die These, dass in den 1960er Jahren von den Bereichen Jugend und Bildung entscheidende Impulse für eine Veränderung der Geschlechterverhältnisse ausgegangen seien, auch wenn es zu „veritablen Um-

¹³⁵ Zahlen und Trends nach: Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Bayerischer Frauenbericht 1980. Eine Untersuchung über die Situation der Frauen in Bayern, München 1980, S. 31f. [im folgenden: Bayerischer Frauenbericht 1980].

¹³⁶ Vgl. Gass-Bolm: *Gymnasium*, v. a. S. 251–259; zum Wandel der Mädchenbildung in den 1950er und 1960er Jahren allg.: Klimek: *Mädchenbildung*, S. 75–99.

¹³⁷ Vgl. die Tabelle in: Bußmann: *Stieftöchter der Alma Mater*, S. 175.

¹³⁸ Zahlen und Trends nach: Bayerischer Frauenbericht 1980, S. 3, 112f.

¹³⁹ Freilich macht sich 1972 die Eingliederung der Pädagogischen Hochschule München-Pasing in die LMU (nun erziehungswissenschaftliche Fakultät) besonders bemerkbar. Das Zitat: Bußmann: *Stieftöchter der Alma Mater*, S. 86. Unter allen immatrikulierten Studierenden an der LMU waren im Wintersemester 1968/69 28,1 Prozent Frauen, 1971/72 31,7 Prozent, 1972/73 36,5 Prozent und 1973/74 38,8 Prozent. Zahlen nach: Landeshauptstadt München: *100 Jahre Städtestatistik*, S. 221, Tabelle 0411.

¹⁴⁰ Bußmann: *Stieftöchter der Alma Mater*, S. 87; vgl. zur Politisierung der Studentinnen um „1968“ v. a. Kap. II.

brüchen“¹⁴¹ erst im darauf folgenden Jahrzehnt gekommen sei. Statt die 1960er Jahre lediglich als „Inkubationszeit“¹⁴² zu kennzeichnen und damit Gefahr zu laufen, die weibliche Bildungsexpansion in den 1960er Jahren vor dem Hintergrund der Bildungsexplosion in den 1970er Jahren zu beurteilen, sollten die im Vergleich weniger sicht- und messbaren Veränderungen des vorangegangenen Jahrzehnts nicht unterschätzt werden. Denn bereits in den 1960er Jahren mehrten sich die Zeichen dafür, dass Politik und Gesellschaft die Situation der Frauen im Bildungsbereich als ungerecht bewerteten und zudem bereit waren, Frauen Möglichkeiten für einen sozialen Aufstieg durch Bildung zu eröffnen. So hob der Frauenbericht der Bundesregierung etwa ausdrücklich den zweiten Bildungsweg als Chance insbesondere für Frauen hervor, die „keine ihrer Begabung entsprechende Schul- und Berufsausbildung erhalten haben und sich in späteren Jahren für eine gehobene Berufsposition qualifizieren möchten“.¹⁴³ Einschränkend ist zu bemerken, dass die Bildungsoffensive zweifellos nicht alle Gesellschaftsschichten gleichermaßen erreichte; vor allem Mädchen aus Arbeiterhaushalten blieben lange außen vor.¹⁴⁴

Dennoch zeigte sich bereits seit dem Ende der 1950er Jahre, dass eine Lern- und Bildungsgesellschaft Konturen annahm, da mentale und finanzielle Hindernisse, die der Bildung und Ausbildung von Mädchen und Frauen entgegenstanden, überwindbar geworden waren. Auch wenn es sich nicht unmittelbar in den Ausbildungszahlen niederschlug, so hielt bereits in der ersten Hälfte der 1960er Jahre eine Mehrheit der Mütter die Berufsausbildung der Mädchen für ebenso wichtig wie die der Jungen.¹⁴⁵ Eine Untersuchung über Akademikerinnen in der Nachkriegszeit argumentiert, dass nur „ein verschwindend geringer Anteil der Frauen“ gegen den Willen der Eltern studiert habe, denn die Väter seien meist „willens und in der Lage“ gewesen, den Töchtern das Studium zu finanzieren.¹⁴⁶ Seit 1955 gab es außerdem die Möglichkeit, das Studium durch die öffentliche Hand fördern zu lassen, zunächst in Form eines Darlehens nach dem sogenannten Honnefer Modell, das 1971 durch die Bundesausbildungsförderung abgelöst wurde und den Kreis der Empfangsberechtigten noch erweiterte.

Darüber hinaus schien der Lerneifer von Frauen bereits in den 1960er Jahren eine breite Grundlage zu haben. Denn nicht nur die Hochschulen, sondern auch die Einrichtungen der außeruniversitären Erwachsenenbildung konnten weiblichen Zuwachs vermelden, und das in doppelter Hinsicht: Zwar würden Frauen, so meldete der Frauenbericht der Bundesregierung, an den Volkshochschulen am ehesten Kurse besuchen, die „in erster Linie für die Frau“ bestimmt seien. Doch neben Kochen, Nähen und Säuglingspflege hätten die Frauen vermehrtes Interesse an politischer Bildungsarbeit. Zurückgeführt wurde diese Entwicklung vor allem auf die steigende Zahl der Dozentinnen. Des Weiteren wies der Bericht darauf hin, dass sich die Volkshochschulen zunehmend an den zeitlichen und inhaltlichen

¹⁴¹ Frevert: Umbruch der Geschlechterverhältnisse, S. 660.

¹⁴² Ebd., S. 651.

¹⁴³ Bericht der Bundesregierung über die Situation der Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft, Drucksache V/909, S. 200f.

¹⁴⁴ Vgl. zur spezifischen Problematik der „Töchter der Unterschicht“: Pross: Bildungschancen von Mädchen, S. 56–65.

¹⁴⁵ Vgl. Plastrotmann: Zwergschule, S. 57.

¹⁴⁶ Hier und im folgenden: Maul: Akademikerinnen, S. 89ff., die Zitate S. 90.

Wünschen ihres vorwiegend weiblichen Publikums orientierten, etwa durch ein größeres Angebot an Vor- und Nachmittagskursen für Hausfrauen, die abends seltener Zeit fänden, oder an Auffrischkursen in Fremdsprachen „insbesondere für Mütter, deren Kinder weiterführende Schulen besuchen“.¹⁴⁷

Dass das sich in den 1960er Jahren immer stärker entfaltende Credo des lebenslangen Lernens und der lebenslauforientierten Bildung¹⁴⁸ und eine individuelle Wissbegierde Hand in Hand gingen und dabei nichts weniger als die Situation der Frauen und ihr Wandel selbst zur Debatte stand, zeigen auch regionale Beispiele. So sprach die Volkshochschule Ulm ihre in der Mehrzahl weiblichen Hörer mit langjährigen Programmen einer „Elternschule“ und eines „Frauentreffs“ ebenso an wie mit dem Aufgreifen aktueller Fragen, etwa als 1967 eine mit über 300 Personen gut besuchte Podiumsdiskussion die „noch nicht gefundene Rolle der Frau in der Gesellschaft“ thematisierte.¹⁴⁹ Auch in München setzten sich spätestens in den 1970er Jahren Kurse durch, mit denen man auf die veränderte Lage von Frauen reagierte: „Infolge der gesellschaftlichen Umbrüche der 68er Jahre“, so erinnern sich zwei damalige Pädagoginnen der Münchner Volkshochschule, habe man in Veranstaltungen Themen wie die Bedeutung der Frau im öffentlichen Leben oder der weiblichen Emanzipation erörtert. Außerdem sei das Interesse an der Entwicklung der neuen Frauenbewegung groß gewesen. Um diesem Interesse zu begegnen, habe man im Lauf der 1970er Jahre deswegen das Bildungsangebot ausgebaut, das sich mit Frauenfragen beschäftigte.¹⁵⁰

c) Erwerbstätigkeit

Es ist auf die wachsende Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften und den Mentalitätswandel in den späten Jahren des „Wirtschaftswunders“ zurückzuführen, dass auch in der Berufswelt im Hinblick auf die weibliche Bevölkerung Veränderungsprozesse in Gang kamen. Gemäß des Frauenberichts der Bundesregierung von 1966 war es „fast allgemein üblich“ geworden, „dass auch das Mädchen, jedenfalls zunächst, eine Erwerbsarbeit aufnimmt“. Auch wenn junge Frauen und ihre Eltern im Gegensatz zu jungen Männern die Erwerbstätigkeit nicht durchwegs als selbstverständlich erachteten, so setzte sich doch die Auffassung durch, „dass nur ein erlernter Beruf und das eigene Können wirtschaftliche Sicherheit für die Frau in den Wechselfällen des Lebens“ biete.¹⁵¹ Dieses Credo erreichte auch die Öffentlichkeit. Eine Überschrift der *Süddeutschen Zeitung* formulierte den Einstellungswandel pointiert: „Die beste Mitgift: Ein Beruf.“¹⁵²

¹⁴⁷ Vgl. Bericht der Bundesregierung über die Situation der Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft, Drucksache V/909, S.191f., das Zitat S.192.

¹⁴⁸ Vgl. zur Durchsetzung dieser Prinzipien in den 1960er Jahren: Olbrich: Erwachsenenbildung, S.364–367.

¹⁴⁹ IfZ-Archiv, ED 474/439: Jahresbericht der Ulmer Volkshochschule für das Jahr 1967, S.14; vgl. auch das Kapitel zur Geschichte der Volkshochschule Ulm in: Schüler: Weiße Rose, v. a. S.313.

¹⁵⁰ Vgl. Eichler/Schreyögg: Frauenbewegung und Erwachsenenbildung, v. a. S.302f.

¹⁵¹ Bericht der Bundesregierung über die Situation der Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft, Drucksache V/909, die Zitate S.77, 193.

¹⁵² Karin Friedrich: Die beste Mitgift: ein Beruf, in: Süddeutsche Zeitung vom 16.1.1967.

Frauen strebten deshalb in zwar geringerem Maße als Männer, aber in dennoch steigender Zahl eine Lehre an: Ähnlich der sich verbessernden schulischen Ausbildung kletterte die Zahl der weiblichen Auszubildenden gemessen an der Gesamtheit der Mädchen von 31,8 Prozent 1950/51 auf 63,4 Prozent 1964/65. Allerdings blieben deutliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern bestehen, denn Berufsanfängerinnen schienen gemeinhin ihre beruflichen Ziele weniger hoch zu stecken als ihre männlichen Kollegen; zudem betrachteten sie Erwerbsarbeit meist als Übergangsstadium bis zur erstrebten Eheschließung: Nicht nur, dass die Zahl der Frauen in an- und ungelernten Beschäftigungen höher war als die der Männer: Frauen suchten sich vielmehr Ausbildungsplätze vor allem in den Bereichen, die als typisch weiblich galten und zeitliche Flexibilität versprachen: im Handel, in Büroberufen, als Friseurin oder Schneiderin, in der Kinder- und Krankenpflege.¹⁵³

Im Grunde hatte dieses Bild über den Berufseinstieg hinaus Bestand. Frauen machten zwischen 1958 und 1972 fast gleich bleibend zwischen 36 und 37 Prozent aller Erwerbstätigen aus und verteilten sich vor allem auf einige wenige „frauen-typische“ Berufe und Tätigkeiten.¹⁵⁴ Doch gerade der Arbeitskräftebedarf in größeren Städten kam dem Arbeitswillen der weiblichen Bevölkerung offenbar erheblich entgegen. So berichtete der *Münchener Stadtanzeiger* im April 1975 vom „Vormarsch der Münchner Frauen“. Denn seit 1950 war der Anteil der Münchnerinnen, die im Erwerbsleben standen, von 49 Prozent auf 58 Prozent gestiegen. Damit gehe, so der Bericht weiter, auch eine soziale Umschichtung einher: Es sei eine weibliche „Mittelschicht“ entstanden. Statt „dienender Berufe“ oder der Mithilfe im Familienbetrieb besetzten Frauen nun Positionen als Stenotypistinnen, Sachbearbeiterinnen und kaufmännischer oder technischer Assistentinnen.¹⁵⁵

Die Zeitungsmeldung ist ein untrüglicher Hinweis darauf, dass sich das Erwerbsverhalten von Frauen seit den 1960er Jahren in markanter Weise gewandelt hatte. Zum einen stellten sich Frauen zunehmend dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. Verbunden war dies mit der Vorstellung, dass sich Familie und Beruf nicht in einem Entweder-oder, sondern in einem Sowohl-als-auch aufeinander bezogen. Frauen orientierten sich also stärker als bisher an einem „doppelten Lebensentwurf“¹⁵⁶. Seit den 1950er Jahren gingen vor allem verheiratete Frauen und Mütter immer häufiger einer Arbeit nach, was bereits zeitgenössisch zu gleichen Teilen auf den „großen Bedarf der Wirtschaft einerseits, veränderte Lebensvorstellungen andererseits“ zurückgeführt wurde: Im Einzelnen machten Ehefrauen bundesweit 1962 bei den weiblichen abhängig Beschäftigten 39,6 Prozent, bei den Selbstständigen 48 Prozent und bei den sogenannten mithelfenden Familienangehörigen 82,5 Prozent aus. Im Jahr 1950 lagen diese Zahlen noch deutlich niedriger bei 18,9, 30,4 und 67,2 Prozent.¹⁵⁷ Darüber hinaus wurde eine Altersgruppe besonders aktiv: Es waren dies verheiratete Frauen zwischen 20 und 30 Jahren, für

¹⁵³ Vgl. im Einzelnen: Bericht der Bundesregierung über die Situation der Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft, Drucksache V/909, S. 192–196.

¹⁵⁴ Vgl. Maier: Zwischen Arbeitsmarkt und Familie, hier die Tabellen auf S. 259 und 263.

¹⁵⁵ Vormarsch der Münchner Frauen, in: *Münchener Stadtanzeiger* vom 22. 4. 1975.

¹⁵⁶ Maier: Zwischen Arbeitsmarkt und Familie, hier S. 260.

¹⁵⁷ Bericht der Bundesregierung über die Situation der Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft, Drucksache V/909, Zitat und Zahlen S. 62.

die die Erwerbsarbeit zum festen Bestandteil ihres Lebens wurde; diese Gruppe stellte seit 1961 bisweilen mehr als die Hälfte der berufstätigen Frauen.¹⁵⁸ Aus der Beobachtung, dass es insbesondere junge Ehefrauen auch mit kleinen Kindern waren, die einer Erwerbsarbeit nachgehen wollten, lässt sich schließen, dass die Familienpolitik der Bundesrepublik, die etwa bei der Kindergeldgesetzgebung auch darauf gerichtet war, die Erwerbsbeteiligung der Mütter zu minimieren, ihre Wirkung offenbar teilweise verfehlt hat.¹⁵⁹

Zum zweiten fand sich in den 1960er Jahren Frauenarbeit immer mehr im Bereich der modernen Dienstleistungen¹⁶⁰ – eine Entwicklung, die im Grunde dem Strukturwandel in der bundesdeutschen Wirtschaft entsprach und mit dem Begriff der „Feminisierung“ des tertiären Sektors¹⁶¹ umschrieben wird. Während Frauen aufgrund der volkswirtschaftlichen Umschichtungen immer seltener in Familienunternehmen der Landwirtschaft, des Handwerks oder des Handels „mithalfen“, fanden sie im produzierenden und verarbeitenden Gewerbe und in der Industrie Arbeit. Allerdings war der Anteil der Arbeiterinnen an den weiblichen Beschäftigten rückläufig: er schrumpfte von 40,4 Prozent im Jahr 1950 auf 36,5 Prozent im Jahr 1970.¹⁶² Gleichzeitig ergriffen immer mehr Frauen dienstleisterische Tätigkeiten. In diesem Bereich arbeiteten ohnehin mehr Frauen als Männer: die Branche war zu 60 Prozent weiblich, mit in den 1970er Jahren noch weiter steigender Tendenz.¹⁶³ In dieser expandierenden Branche wurden also noch mehr Frauen integriert: als Angestellte (und Beamtinnen) im Handel, in den Büros der betrieblichen und öffentlichen Verwaltung, in Banken oder im Gesundheits- und Bildungswesen.¹⁶⁴ Als Gründe für die sektorale Segregierung der Geschlechter werden aber nicht nur Arbeitszeiten angeführt, die den Frauen eher entgegenkamen als die der Industrie, sondern auch bessere Ausbildungs- und Erwerbschancen im Dienstleistungsbereich.¹⁶⁵

Zum dritten erweiterte sich die Palette der Motive, die Frauen dazu bewogen, eine Beschäftigung aufzunehmen. Neben die naheliegende finanzielle Notwendigkeit, der sich Frauen gegenüber sahen, die nicht oder in nicht ausreichendem Maße auf einen männlichen „Ernährerlohn“ zurückgreifen konnten, trat das „Zweiteinkommen“, mit dem die Arbeitnehmerin die Familie über die Einkünfte der männlichen Mitglieder hinaus dabei unterstützen konnte, an der Wohlstandsgesellschaft zu partizipieren: das Auto, der Kühlschrank, das Eigenheim, die Ausbildung der Kinder – auch der Verdienst der Frauen leistete einen Beitrag zur Vermögensbildung. Frauen schienen aber eine Berufstätigkeit nicht nur des Geldes wegen, sondern auch aus lebensgestalterischen Gründen insgesamt interessant zu finden: der Wunsch nach eigenem Status, nach Wohlstand und nach außerhäuslichen Er-

¹⁵⁸ Vgl. Willms-Herget: Frauenarbeit, S. 90.

¹⁵⁹ So auch die These von Ruhl: Verordnete Unterordnung, S. 198ff.

¹⁶⁰ Vgl. Willms: Frauenarbeit von 1880 bis 1980, S. 46–51.

¹⁶¹ Schildt: Sozialgeschichte, S. 36.

¹⁶² Vgl. hierzu: Maier: Zwischen Arbeitsmarkt und Familie, S. 262–269; Schildt: Sozialgeschichte, S. 36.

¹⁶³ Vgl. die Tabelle bei: Maier: Zwischen Arbeitsmarkt und Familie, S. 262.

¹⁶⁴ Vgl. die grafischen Übersichten zu einzelnen Zweigen des tertiären Sektors bei: Willms-Herget: Frauenarbeit, S. 181.

¹⁶⁵ Vgl. Oertzen: Teilzeitarbeit für die „moderne“ Ehefrau, S. 74.

fahrungen – damit wurde Erwerbsarbeit von Frauen in zunehmendem Maße in Zusammenhang gebracht.¹⁶⁶

Auch der Frauenbericht der Bundesregierung sprach von einer „Bereicherung“, die berufstätige Frauen über monetäre Belange hinaus erführen: So gingen mit der Erwerbsarbeit die „Entfaltung der Persönlichkeit und der Selbstverwirklichung“ einher, ebenso ein „Bewusstsein, eine qualifizierte Leistung zu erbringen“, die „Begegnung mit anderen oder die Gelegenheit, Kenntnisse zu erweitern und Einblick in Zusammenhänge zu gewinnen.“¹⁶⁷ In der wissenschaftlichen Forschung wurde die Verschiebung hin zu eher individualisierten Bedürfnissen bereits als „Lust am Zuverdienen“ titulierte.¹⁶⁸ Die noch aus den 1950er Jahren stammende Interpretation des Soziologen Helmut Schelsky von weiblicher Berufstätigkeit als einem „durch die Not erzwungenen Emanzipationserfolges“¹⁶⁹ hatte damit nur noch wenig zu tun. Dass sich die Einstellung von Frauen zur Berufsarbeit veränderte, zeugt dabei sowohl von der insgesamt prosperierenden Wirtschaft als auch von einem damit einhergehendem gesellschaftlichen Wertewandel.

In der Bezeichnung „Zuverdienst“ deutete sich aber bereits an, dass die Berufstätigkeit von Frauen anderen Wertmaßstäben gehorchte als die von Männern. Das weibliche Erwerbsleben wurde meist in Abhängigkeit von der fast ausschließlich den Frauen zugeschriebenen Verantwortung für Haus und Familie und als Ergänzung zur Erwerbsarbeit der Männer gesehen. Auch wenn solche Vorstellungen in den 1960er Jahren bereits Risse erhielten, so ist wiederholt darauf hingewiesen worden, dass das Modell vom Mann als dem materiellen Ernährer und der Frau als Hausfrau und (höchstens) Zuverdienerin nach wie vor nachhaltig in die Gesellschafts- und Wirtschaftsverhältnisse eingeschrieben ist und die Stellung und Situation der weiblichen Bevölkerung präformiert hat.¹⁷⁰

Dies war auch am Frauenbericht abzulesen, der zwar zum Beispiel erkannte, dass die Berufstätigkeit von Müttern umso seltener wurde, je mehr Kinder zu versorgen waren¹⁷¹, und dass erwerbstätige Frauen – anders als erwerbstätige Männer – meist eine „Doppelaufgabe“¹⁷² zu bewältigen hatten. Infrage gestellt wurde dieser Zustand aber in dem amtlichen Dokument keineswegs. In der Medienöffentlichkeit aber wuchs die Anteilnahme am Balanceakt, den erwerbstätige Frauen angesichts ihrer vielen Pflichten erbringen mussten: Die schwerste Arbeit dieser Frauen käme nach Feierabend, da war sich die *Süddeutsche Zeitung* 1969 sicher.¹⁷³ Insgesamt erhärtet die sozialgeschichtliche Forschung die Feststellung, dass bei

¹⁶⁶ So Schildt: *Rebellion und Reform*, S. 31, 33.

¹⁶⁷ Bericht der Bundesregierung über die Situation der Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft, Drucksache V/909, S. 78.

¹⁶⁸ Oertzen: *Teilzeitarbeit und die Lust am Zuverdienen*, zur Veränderung der Arbeitsmotive von Frauen v. a. S. 76–84 und 90–98.

¹⁶⁹ Schelsky: *Wandlungen der deutschen Familie*, S. 312.

¹⁷⁰ Vgl. Hausen: *Frauenerwerbstätigkeit*, S. 21–25.

¹⁷¹ Vgl. Bericht der Bundesregierung über die Situation der Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft, Drucksache V/909, S. 64.

¹⁷² Der „Doppelaufgabe“ war sogar ein eigenes Unterkapitel gewidmet: Vgl. Bericht der Bundesregierung über die Situation der Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft, Drucksache V/909, S. 83f.

¹⁷³ Christel Buscher: *Ihre schwerste Arbeit kommt am Feierabend*, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 30. 4./1. 5. 1969.

der Erwerbstätigkeit von Frauen lediglich eine „Integration in Grenzen“ gelungen sei, die sich zum Beispiel in der bereits erwähnten Branchensegregation niederschlagen habe und unter anderem auch vom Familienstand der Frauen und der Anzahl ihrer Kinder abhängig gewesen sei.¹⁷⁴

Die bereits erwähnte „Krise der Kindergärten“ oder die Diskussion des Drei-Phasen-Modells¹⁷⁵ sind Beispiele dafür, dass erwerbstätige Frauen gerade im Hinblick auf die mit ihrem Geschlecht verbundenen Erwartungen im Vergleich zu Männern vor anderen Herausforderungen standen. Angesichts der insgesamt steigenden Zahl von Arbeitnehmerinnen und des Wandels ihrer Motive wurden diese Problemlagen umso offensichtlicher. So verdienten Frauen bei weitem weniger als ihre männlichen Kollegen. Dies lag in den 1960er Jahren allerdings nicht mehr an einer offenen sichtbaren Diskriminierung: Spezielle Frauenlohngruppen oder Frauenabschlagsklauseln verstießen gegen die Rechtssetzung, was eine Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts vom Januar 1955¹⁷⁶ unterstrich. Dem Urteil nach war das Gleichberechtigungsgebot des Grundgesetzes auch im Arbeitsrecht anzuwenden und galt sowohl für den Staat als auch die Tarifvertragsparteien: Demnach mussten Männer und Frauen für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn erhalten, ein Prinzip, das auch für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft 1957 festgeschrieben wurde, die für die Bundesrepublik direkt anwendbares innerstaatliches Recht setzte.¹⁷⁷

Allerdings schlich sich die Ungleichbehandlung der Geschlechter durch ein Hintertürchen wieder ein. Das Bundessozialgericht billigte 1955 nämlich eine Lohnpolitik, die Tätigkeiten nach Kraftaufwand klassifizierte und schwere körperliche Arbeit besser vergütete als leichte – eine Kategorie, unter die auch Büro- oder eine lediglich angelernte Arbeit fallen konnte. In der Folge fanden sich Arbeiterinnen und weibliche Angestellte häufig statt in Frauenlohngruppen in sogenannten Leichtlohngruppen wieder.¹⁷⁸ Insgesamt bestanden also deutliche Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen fort, die sich aber im Lauf der 1960er Jahre verringerten: So machte der Bruttostundenlohn von Industriearbeiterinnen 1960 60 Prozent des Männerlohns aus, 1972 waren es immerhin schon 72 Prozent. Bei weiblichen Angestellten in Industrie und Handel kletterte das Gehalt im gleichen Zeitraum von 56 auf 61 Prozent des männlichen Verdiensts.¹⁷⁹

Die Lohnunterschiede gingen auch damit einher, dass Frauen im Erwerbsleben meist eine Stellung einnahmen, die der Frauenbericht der Bundesregierung gemeinhin als „noch wenig befriedigend“ bezeichnete.¹⁸⁰ Karrieren, die Frauen in gehobene Positionen führten, waren die Ausnahme. Freilich gab es von den Medien entsprechend registrierte Pionierinnen. Mit der Überschrift „Eine Kribochefin namens Mathilde“ etwa begrüßte die *Süddeutsche Zeitung* Mathilde Karl, die

¹⁷⁴ Vgl. Willms-Herget: *Frauenarbeit*, S. 169–204.

¹⁷⁵ Vorbild des auch vom Frauenbericht der Bundesregierung verfochtenen Drei-Phasen-Modells war die Studie der schwedischen Soziologinnen Myrdal/Klein: *Doppelrolle der Frau*.

¹⁷⁶ BAG, Urteil vom 15.1.1955 – 1AZR/305/54.

¹⁷⁷ Zu Inhalt und Stellenwert des Art. 119 des EWG-Vertrags vgl. Pfarr/Bertelsmann: *Diskriminierung im Erwerbsleben*, S. 48f.

¹⁷⁸ Die Problematik erläutert: Frevert: *Frauen-Geschichte*, S. 265f.

¹⁷⁹ Die Zahlen nach: Maier: *Zwischen Arbeitsmarkt und Familie*, S. 272.

¹⁸⁰ Bericht der Bundesregierung über die Situation der Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft, Drucksache V/909.

im April 1971 als erste Frau die Leitung eines Münchner Kriminalamts übernahm. Dass es eine Frau in einer typisch männlichen Domäne zum „Kriminalamtmann“, so Karls Titel, gebracht habe, war für den Artikel der Beweis für „die absolute Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen“ bei der Stadtpolizei.¹⁸¹ Gleichzeitig meldeten sich in den Medien aber auch kritische Stimmen zu Wort, die über die Situation von weniger erfolgreichen berufstätigen Frauen berichteten: Reportagen, denen nicht selten der Selbstversuch Authentizität verlieh, machten auf schlechte Bedingungen aufmerksam, denen Fließbandarbeiterinnen ausgesetzt waren; Berichte nahmen sich der Diskriminierung von Arbeitnehmerinnen an: hier war vorwurfsvoll von Abspeisung mit niedrigen Löhnen, Sackgassen-Berufen, Monotonie am Arbeitsplatz und familiären Belastungen die Rede, mit denen die Frauen notgedrungen zurechtkommen müssten.¹⁸² Wie auch bei der bildungspolitischen Debatte wurden die Benachteiligungen von Frauen im Beruf im Lauf der 1960er Jahre öffentlich aufgegriffen.

Insgesamt wird die Diskussion um die Frauenentlohnung in der Bundesrepublik zu Recht als „kontinuierlicher Prozess“ bezeichnet.¹⁸³ Im Engagement von Gewerkschaften ging es, auch wenn sie die allgemeinpolitischen Forderungen häufig am männlichen Arbeitnehmer ausrichteten, auch darum, das untere Lohnniveau anzuheben und berufstätige Mütter zu entlasten. Ein Höhepunkt wurde 1972 erreicht: Damals rief der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) das „Jahr der Arbeitnehmerin“ aus. Gewerkschaftliche Frauenarbeit wurde dabei als „integrierter Bestandteil gesellschaftspolitischer Tätigkeit des DGB“ bestimmt. Ziel sei, das Recht auf Arbeit, die Gleichberechtigung und die Chancengleichheit der Frau zu verwirklichen. Im Einzelnen sollte dies durch die Überprüfung von Rechtsvorschriften, das Prinzip des gleichen Entgelts für gleichwertige Arbeit, die Chancengleichheit in der Bildung, eine vom Ehemann unabhängige soziale Sicherung der Frau und einem Ausbau der Hilfen im Bereich von Familie und Beruf erreicht werden.¹⁸⁴ Auch Bundeskanzler Willy Brandt hob wiederholt seine Absicht hervor, dass auch Frauen von Reformvorhaben der sozial-liberalen Koalition profitieren sollten. „Die berufstätige Frau“, so formulierte er in einer Regierungserklärung vom März 1971, „die für die gleiche Arbeit vielfach immer noch einen niedrigeren Lohn erhält als ihr männlicher Kollege, die trotz gleicher Tätigkeit schlechtere Aufstiegschancen hat als die männliche Konkurrenz, erwartet eine Beseitigung dieser Ungerechtigkeit.“¹⁸⁵

Dieses Problembewusstsein setzte voraus, dass weibliche Berufstätigkeit gesellschaftlich akzeptiert wurde. Über den Arbeitskräftebedarf der Wirtschaft und das

¹⁸¹ Ursula Willke: Eine Kripochefin namens Mathilde, in: Süddeutsche Zeitung vom 27.4.1971.

¹⁸² Z. B. Christiane Ehrhardt: Arbeitsplatz 80042. Menschen als Maschinen, in: Abendzeitung am Sonntag vom 12.1.1969; „Wer am Fließband sitzt, steht nicht mehr im Leben“. Spiegel-Report über sozial benachteiligte Gruppen (IV): Arbeitnehmerinnen, in: Der Spiegel vom 3.2.1971.

¹⁸³ Weiler: Frauenlöhne, S. 59.

¹⁸⁴ Vgl. Maria Weber: Programmmatische Forderungen des DGB im Jahr der Arbeitnehmerin, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 23 (1972) H. 11, S. 673–687, zu den Forderungen v. a. S. 679–685, das Zitat S. 673.

¹⁸⁵ Erklärung des Bundeskanzlers zum Arbeitsprogramm der Bundesregierung zu innenpolitischen Vorhaben (innere Reformen) vom 24.3.1971, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 6. Wahlperiode. Stenographische Berichte. Bd. 75, S. 6393–6399, hier S. 6397.

veränderte Erwerbsverhalten von Frauen hinaus trug dazu ein Arbeitszeitmodell bei, das sich in den 1960er Jahren etablierte: die Teilzeitarbeit¹⁸⁶, die offene Stellen zu besetzen versprach. Denn in einem Nebeneinander von Berufs- und Familienleben suchte man den Bedürfnissen insbesondere von verheirateten Frauen und Müttern entgegenzukommen. Christine von Oertzen kann in ihrer Studie zur Teilzeitarbeit nachweisen, dass diese Situierung von Frauen zwischen Erwerbs- und Familienarbeit nicht ohne Folgen für den weiblichen Status blieb. Mit der Einbeziehung teilzeitbeschäftigter Ehefrauen in die Arbeitslosenversicherung, wie sie das Bundessozialgericht im Juni 1963 verfügte, wurden diese Frauen zu „schutzwürdigen Arbeitnehmerinnen“ und unabhängig vom Ehemann abgesichert.¹⁸⁷

Zwischen 1960 und 1969 institutionalisierte auch der Arbeitgeber Staat im Beamtenrecht auf Landes- und Bundesebene die Teilzeitarbeit – nicht zuletzt aufgrund frauenpolitischer Lobbyarbeit etwa durch den *Akademikerinnen-* und *Juristinnenbund*. Beamtinnen, die bis 1953 noch einer sogenannten Zölibatsklausel unterlagen, also im Falle der Eheschließung entlassen werden konnten, erhielten somit das Recht, ihre Arbeitszeit zu verkürzen, sofern sie dies, etwa weil sie heirateten oder Kinder bekamen, wünschten.¹⁸⁸

Anhand ihrer Untersuchungen kommt von Oertzen zu dem Schluss, dass in den 1960er Jahren eine „spezifische Modernisierung der Geschlechterverhältnisse“ und eine „Demokratisierung gesellschaftlicher Teilhabe“ stattgefunden habe. Denn weibliche Handlungsspielräume hätten sich durch den neuen Lebensentwurf für verheiratete Frauen vergrößert, ohne dass die Geschlechterordnung insgesamt in Frage gestellt worden sei.¹⁸⁹ Im Grunde genommen gilt für die hier skizzierten Entwicklungen in den Bereichen Erziehung, Bildung und Erwerbstätigkeit, dass neue Impulse neben Traditionsbindung standen. Für Mädchen und Frauen vergrößerten sich die Möglichkeiten, auch wenn die Macht des Althergebrachten andauerte. Die Situation der weiblichen Bevölkerung änderte sich – bei allen individuellen Unterschieden – beträchtlich. Verbunden war dies mit einer Vielzahl von Chancen, die mit der An- und Einpassung an die gegebenen Verhältnisse einhergingen. Gleichzeitig standen Frauen aber auch vor Schwierigkeiten, die das steigende Angebot an Lebensgestaltung mit sich brachte und die für das männliche Pendant nicht in gleicher Weise galten.

3. Zwischen ersehnter Heirat und Individualisierung

a) *Beziehungs- und Familienformen*

Nicht nur in der Berufswelt und der Politik veränderte sich die Situation der weiblichen Bevölkerung bereits in den 1960er Jahren signifikant. Auch innerhalb der Kernfamilie, also in den eigenen vier Wänden, zeichneten sich wichtige Wand-

¹⁸⁶ Dazu grundlegend: Oertzen: Teilzeitarbeit und die Lust am Zuverdienen.

¹⁸⁷ Vgl. ebd., S. 164–186.

¹⁸⁸ Vgl. Oertzen: Teilzeitarbeit für die „moderne“ Ehefrau, S. 69f.

¹⁸⁹ Ebd., die Zitate S. 64 und 80.

lungsprozesse ab. In den 1960er Jahren waren Ehe und Familie in der Bundesrepublik die ersehnte und angestrebte Lebensform von Männern und Frauen. In Bayern zum Beispiel waren in den 1960er und 1970er Jahren weit über 60 Prozent der Bevölkerung verheiratet, freilich mit fallender Tendenz. Im Jahr 1960 wurden im Freistaat noch gut 88 000 Ehen geschlossen. Die Heiratsziffer, die die Zahl der Eheschließungen auf 1 000 Einwohnern abbildet, lag damit bei 9,3. Dieser Wert verringerte sich in den folgenden Jahren zusehends. 1965 gaben sich noch 82 700, 1970 nur mehr gut 73 500 Paare das Ja-Wort. Somit läuteten – bemessen an 1 000 Einwohnern – nur noch sieben Mal die Hochzeitsglocken. 1972 fiel die Heiratsziffer auf 6,4, 1973 auf 6,1, 1974 schließlich auf 5,9. Bei diesem allgemeinen Abwärtstrend fällt eine Entwicklung besonders ins Auge: Es geriet mehr und mehr aus der Mode, als Frau jung zu heirateten. 1960 waren mehr als die Hälfte der Frauen, die den Bund fürs Leben schlossen, zwischen 20 und 25 Jahre alt, doch auch dieser Anteil war im Fallen begriffen, zumindest in den Städten: In München sank die Zahl der Bräute unter 25 Jahren zwischen 1964 und 1973 um mehr als 50 Prozent – eine Entwicklung, die die allgemein sinkende Heiratsbereitschaft noch überbot.¹⁹⁰

Gleichzeitig hatte der sogenannte Babyboom in den 1960er Jahren seinen Höhepunkt überschritten; in Bayern war dieser im Jahr 1964 erreicht. Damals wurden im Freistaat über 185 000 Kinder geboren, was einem Geburtenüberschuss von rund 76 500 Säuglingen entsprach. Doch diese Zahlen gingen in den folgenden Jahren zurück. 1970 kamen in Bayern knapp 143 700 Kinder auf die Welt, der Geburtenüberschuss lag nur noch bei etwas über 21 000. 1973 zählte man noch 114 658 Babys, doch erstmals war die Zahl der Todesfälle größer als die der Geburten. Das erste Bevölkerungsdefizit des Freistaats lag bei knapp unter 9 000. Der Babyboom hatte sich innerhalb weniger Jahre in sein Gegenteil verkehrt. Dies hing vor allem damit zusammen, dass sich die Familien verkleinerten; Eltern mit ein bis zwei Kindern wurden zur Norm. Gehörten im Bayern 1950 durchschnittlich 3,2 Menschen einem Haushalt an, waren es gegen Ende der 1970er Jahre nur noch 2,6. In diesen Jahren hatte sich nicht nur die Zahl der Alleinlebenden erheblich vergrößert; zugleich gab es immer weniger Familien mit drei oder mehr Kindern.¹⁹¹ Dies hing mit verbesserten Möglichkeiten der Familienplanung – überspritzt als „Pillenknicke“ apostrophiert – ebenso zusammen wie mit dem Trend zur Kleinfamilie, der bereits im 19. Jahrhundert einsetzte.¹⁹²

Auch an den steigenden Scheidungsraten lässt sich ablesen, dass Ehe und Familie als dominante und verbindliche Lebensformen an Bedeutung verloren. Gingen 1960 in Bayern 7,9 von 100 Ehen in die Brüche, waren es 1965 bereits 9,8. Diese Entwicklung setzte sich in noch größeren Schritten fort: 1970 lag die Scheidungsrates bereits bei 15,6, 1972 bei 19,3, im Jahr 1974 schließlich bei 24,3. In größeren Städten schienen diese Phänomene Mitte der 1970er Jahre zu kulminieren. Dem *Münchner Stadtanzeiger* galt die bayerische Landeshauptstadt sogar als schwerer

¹⁹⁰ Bayerischer Frauenbericht 1980, S. 25f., 109; Landeshauptstadt München: 100 Jahre Städtestatistik, S. 152.

¹⁹¹ Bayerischer Frauenbericht 1980, S. 23, 64.

¹⁹² Vgl. die Kapitel „Die ‚Kleinfamilie‘ des 19. Jahrhunderts“ und „Die Familie der Gegenwart“ bei Weber-Kellermann: Deutsche Familie, S. 97–161, 204–222.

Fall, als er über den „Scheidungsrekord“ klagte: Die Münchnerinnen erwiesen sich der Zeitung zufolge als ausgesprochene „Heiratsmuffel“. Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt würden sie weniger von der Ehe halten als je zuvor, sich öfter scheiden lassen und bei ohnehin sinkenden Geburtenraten immer mehr nicht-ehelichen Kindern das Leben schenken. Die Statistik sprach für sich: Anfang der 1970er Jahre wurden in der Metropole an der Isar 40 von 100 Ehen getrennt, wobei es zu drei Viertel der Fälle die Frauen waren, die die Scheidung einreichten. Insgesamt waren 42 Prozent der Frauen in München ledig oder geschieden. Etwa jedes achte Kind hatte Eltern, die nicht miteinander verheiratet waren.¹⁹³

Der Wandel in der Demografie und den ehelichen und familiären Lebensverhältnissen spiegelte sich in den parallel laufenden Reformbemühungen der Politik. So setzten in der Bundesrepublik während der 1960er Jahre Diskussionen um eine Änderung des Scheidungsrechts ein, als sich zum Beispiel in der Evangelischen Kirche Stimmen mehrten, bei der Ehescheidung nicht mehr vom Schuld-, sondern vom Zerrüttungsprinzip auszugehen. Letzteres böte eine realitätsnähere und objektivere Beurteilung der betroffenen Beziehung. Zwischen 1968 und 1972 bereitete eine auf Antrag der SPD einberufene Kommission im Bundesministerium der Justiz eine Reform des Ehe- und Scheidungsrechts vor, die vor allem nach Ansicht von SPD und FDP geboten schien. Bundeskanzler Willy Brandt unterstrich dies bereits in seiner ersten Regierungserklärung, als er die Reform des Eherechts als „dringend“ bezeichnete. „Weltanschauliche Meinungsverschiedenheiten“ dürften nicht verhindern, „die Not der in heillos zerrütteten Ehen lebenden Menschen zu beseitigen.“ Dabei ging es dem Kanzler in erster Linie um Frauen und Kinder, die nicht die „sozial Leidtragenden“ einer Scheidung sein sollten.¹⁹⁴

Die angestrebte Novellierung der entsprechenden Paragraphen des Bürgerlichen Gesetzbuches war mit schwierigen und langwierigen Beratungen in Bundestag, Bundesrat und dem Vermittlungsausschuss verbunden, die erst im Juni 1976 zum Abschluss kamen. Das verabschiedete Reformwerk zum Ehe- und Familienrecht war erstmals geschlechtsneutral formuliert: Es war fortan von „Ehegatten“ die Rede. Bei einer Scheidung gab von nun an das Scheitern der Ehe, nicht mehr das Verschulden eines Partners den Ausschlag. Zudem wurde die Person, die nach der Scheidung die gemeinsamen Kinder erzog oder aus anderen Gründen nicht selbstständig für sich sorgen konnte, unterhaltsberechtig.¹⁹⁵

Ledige Mütter und unehelich geborene Kinder¹⁹⁶ waren schon etwas früher Gegenstand staatlichen Reformwillens geworden. Auch hier setzten bereits in den 1960er Jahren breitere Diskussionen über eine zeitgemäße Sexualethik, die Diskriminierung der Mütter und Kinder und die Rechte sowohl der Kinder als auch der Eltern ein. In der Politik schlug sich dies in einem (auch begrifflich) neuem

¹⁹³ Scheidungsrekord in München, in: Münchner Stadtanzeiger vom 21.2.1975. Die für Bayern skizzierten Entwicklungen treffen also, zum Teil sogar noch deutlicher sichtbar, für die Landeshauptstadt zu. Vgl. dazu den Tabellenteil „Bevölkerung“ in: Landeshauptstadt München: 100 Jahre Städtestatistik, v. a. S. 134, 139, 142, 152ff.

¹⁹⁴ Willy Brandt: Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969, in: Stüwe: Regierungserklärungen, S. 170.

¹⁹⁵ Vgl. zu den hier skizzierten Reformschritten beim Ehe- und Familienrecht: Schubert: Reform des Ehescheidungsrechts von 1976, S. XII-XXIII, S. 257f.

¹⁹⁶ Zu dieser Frage ausführlich Buske: Fräulein Mutter.

„Nichtehelichenrecht“ nieder, das wenige Wochen vor dem Ende der Großen Koalition, im August 1969, verabschiedet wurde. Das war auch die Zeit, darauf weist die Historikerin Sybille Buske ausdrücklich hin, als die Rate der unehelichen Kinder auf das ganze 20. Jahrhundert betrachtet den niedrigsten Stand seit dem Zweiten Weltkrieg gehabt habe.¹⁹⁷

Durch die Reform erhielt nun die Mutter, nicht mehr das Jugendamt, die elterliche Gewalt über das Kind. Die Vaterschaft wurde entweder von dem Mann anerkannt oder vom Gericht festgestellt, wobei im Gegensatz zu früher die biologische Vaterschaft als bewiesen angesehen werden musste. Das Familienrecht ging neuerdings von einem Verwandtschaftsverhältnis zwischen dem nichtehelichen Kind und seinem Vater aus. Daraus folgten auch die Unterhaltspflicht und die Erbberichtigung, die seit der Reform für alle Kinder gleichermaßen galt, egal ob ihre Eltern verheiratet waren oder nicht. Während in den politischen Debatten um die unverheirateten Mütter und ihre Kinder Argumente um Sittlichkeit und Moral an Gewicht verloren, rückte die Frage nach dem Recht der Individuen in den Mittelpunkt. Zu diesem Schluss kommt auch Sybille Buske in ihrer Studie über die Unehelichkeit im Lauf des 20. Jahrhunderts. Sie konstatiert dabei, dass sich die Unehelichkeit im öffentlichen Diskurs von einem Makel zu einer „Lebensform“ gewandelt habe. In dieser Entwicklung erblickt die Autorin ein Beispiel für Demokratisierung, das in den 1960er und 1970er Jahren ein „zentrales Projekt“ politischen Engagements gewesen sei.¹⁹⁸

Seit den 1960er Jahren machten sich also vielfältige Veränderungen in den Beziehungs- und Familienformen bemerkbar, die der „heilen Geschlechterwelt“, die aus stabilen Ehen mit mehreren Kindern und einer klarer Rollenverteilung bestand, „Risse“ zufügten.¹⁹⁹ Auch die hier skizzierten bayerischen und Münchner Zahlen weisen darauf hin, dass die Lebenspraxis und damit auch die Einstellungen der Menschen in Bewegung geraten waren. Das Verhältnis von Männern und Frauen blieb davon keineswegs unberührt. Dafür spricht auch ein besonders drastisch formulierter Artikel, der sich im September 1971 in der *Münchner Abendzeitung* fand. Aufmerksamkeit heischend war hier in der Überschrift von „Krieg“ und den Männern als den „Feinden“ der Frauen die Rede, als es um eine angeblich abnehmende Bereitschaft von werdenden Müttern ging, den Vater ihres Kindes zu heiraten. Die Journalistin erblickte in der Weigerung lediger Mütter, die – wie tagesaktuell die Schauspielerin Iris Berben – den Namen der Väter ihrer Kinder nicht preisgäben, einen Akt der „Emanzipation“. Denn auf diese Art und Weise würden die Frauen „auf gesellschaftliche Vorurteile und Konventionen pfeifen und sich stolz zu ihren unehelichen Kindern bekennen – ob es nun unbedingt Wunschkinder sind oder nicht“.²⁰⁰ In diesem Artikel waren damit gehäuft Hinweise darauf zu finden, dass sich die persönlichen Lebensformen änderten. Auch hier wirkte die Geschlechterordnung im Hintergrund, wenn diese Beobachtungen sich zuvorderst an den Frauen und Müttern festmachte. Gerade bei den Angehö-

¹⁹⁷ Vgl. ebd., S. 343.

¹⁹⁸ Ebd., S. 349, 357.

¹⁹⁹ Vgl. Frevert: Umbruch der Geschlechterverhältnisse, S. 651 f., das Zitat S. 652.

²⁰⁰ Ingeborg Münzing: Es ist Krieg und die Männer sind unsere Feinde, in: *Abendzeitung* vom 3. 9. 1971.

rigen des weiblichen Geschlechts schien es besonders offensichtlich, wenn sie sich nicht mehr nur nach den Vorgaben ausrichteten, die die Umwelt in althergebrachter Weise an sie stellte.

Die Forschung zur Geschichte der Bundesrepublik spricht mittlerweile von einem grundlegenden Wertewandel, der in einer weiträumigen Epoche von den 1960er bis in die 1980er Jahre angesiedelt²⁰¹ und damit nicht maßgeblich mit einem Aufbruch um „1968“ verbunden wird. Im Zentrum dieser Interpretation steht häufig der Prozess zunehmender „Individualisierung“²⁰², der – je nach Forschungsschule – mit dem Übergang von materiellen zu postmateriellen Werten oder (treffender) dem Geltungsgewinn von Selbstentfaltungswerten gegenüber Pflicht- und Akzeptanzwerten einhergegangen sei.²⁰³ Der Wertewandel wird dabei gemeinhin mit dem Ausbau des Dienstleistungssektors, dem Entstehen einer Konsumgesellschaft, der wachsenden Bedeutung von Freizeit, einer abnehmenden Prägung durch Institutionen wie Parteien und Kirchen sowie der sie umgebenden Milieus und auch den demografischen Veränderungen in Zusammenhang gebracht, die alles in allem „zu einer individuelleren Lebensgestaltung und zur Pluralisierung und Liberalisierung der Lebensstile“²⁰⁴ geführt hätten. Zudem werden neue, mit der Tradition brechende Kulturmuster, Lebens- und Denkstile auf die „moderne Massenkultur“, einen „gesamtgesellschaftlichen Egalisierungstrend“ und die „Wohlstandserfahrung“ zurückgeführt.²⁰⁵

Freilich, auch da sind sich die Historiker weitgehend einig, ist dieser Wertewandel „nicht einheitlich, sondern differenziert“²⁰⁶ verlaufen und hat die Menschen, abhängig etwa von sozialem Status, Alter, Konfession und Herkunft, unterschiedlich stark erfasst. Träger des Wandels seien vor allem „die nachwachsenden Generationen, zumal die akademisch gebildeten unter den jungen Menschen“²⁰⁷ gewesen. Außerdem habe der Wertewandel dazu beigetragen, dass sich eine „Alternativkultur“ entfaltete, die sich vor allem bei den vielen neuen sozialen Bewegungen der 1970er Jahre artikuliert habe.²⁰⁸ Diese Beobachtungen lassen auf „erhebliche

²⁰¹ So z. B. Kaelble: Sozialgeschichte Europas, S. 125.

²⁰² Ebd.

²⁰³ Das Phänomen eines „Wertewandels“ wurde in den 1970er Jahren v. a. von dem amerikanischen Soziologen Ronald Inglehart erforscht, der von einer „stillen Revolution“ ausging. Demnach habe die (westliche) Gesellschaft ein hohes Maß an materieller und physischer Sicherheit erreicht und würde sich stärker an „postmateriellen“ Werten orientieren; für den Einzelnen komme dies zum Beispiel mit einem Mehr an Freiheit und Selbstverwirklichung sowie mit einer größeren Bereitschaft gleich, sich zu engagieren. Vgl. Inglehart: Silent Revolution (dt.: Kultureller Umbruch). Freilich passte diese Einschätzung wenig zu der zeitgenössisch weit verbreiteten Überzeugung eines „Werteverfalls“. V. a. in den Erhebungen des Instituts für Demoskopie Allensbach wurde eine dramatische Erosion „bürgerlicher Werte“ (z. B. Bejahung von Arbeit, Leistung Wettbewerb; Sparsamkeit, Respekt vor Besitz, Höflichkeit) abgelesen. Vgl. z. B.: Noelle-Neumann: Werden wir alle Proletarier? – Mit bewusst verringerter Betonung der Verbesserung bzw. Verschlechterung spricht der deutsche Soziologe Helmut Klages weniger von einem „Wertewandel“ als von einer „Wertesynthese“, die von einer deutlicheren Betonung von „Selbstentfaltungswerten“ (z. B. Emanzipation, Partizipation, Lebensqualität) gegenüber Pflicht- und Akzeptanzwerten (z. B. Disziplin, Fleiß, Bescheidenheit) geführt habe. Vgl. z. B. Klages: Wertorientierungen im Wandel.

²⁰⁴ Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik, S. 622.

²⁰⁵ Wolfrum: Die geglückte Demokratie, S. 254.

²⁰⁶ Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik, S. 626.

²⁰⁷ Kielmansegg: Nach der Katastrophe, S. 429.

²⁰⁸ Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik, S. 626.

Irritationen“ und einen „konfliktreichen Prozess“ schließen, die der Wertewandel für die Gesellschaft, aber auch für ihre einzelnen Mitglieder mit sich brachte.²⁰⁹

Im Falle der weiblichen Bevölkerung machten sich Veränderungen in den Wertorientierungen seit den 1960er Jahren auf sehr vielen Ebenen bemerkbar. Das sich in Richtung der (teilweise) berufstätigen Mutter entwickelnde Rollenleitbild gehörte ebenso dazu wie die weibliche Bildungsoffensive, die steigende Erwerbsbeteiligung und die Problematik, alle Aufgaben und Wünsche unter einen Hut zu bringen. Geschlechterordnung, Ehe und Familie konnten von diesem Wertewandel, der „eine Art von Zentrum des vielgestaltigen Gesamtprozesses vehementen sozialen Wandels“²¹⁰ darstellte, nicht unangetastet bleiben. Etwa, wenn seit den 1960er Jahren eine „wachsende Permissivität“ konstatiert wird, die sich in einer „zunehmend liberaleren Haltung bei Themen wie Abtreibung, Scheidung, Sterbehilfe, Homosexualität, ehelichen [sic] Seitensprüngen und Prostitution“ widerspiegeln.²¹¹ Gerade die schwindende Heiratsbereitschaft und die steigenden Scheidungsraten seit der Mitte der 1960er Jahre werden gerne mit „unerfüllten Erwartungen“ der Frauen in Verbindung gebracht. Beispielhaft wird hier oft die Sexualitätsdebatte angeführt, in der die Frage nach einem guten Funktionieren von Ehe und Familie zunehmend davon abhängig gemacht worden sei, inwieweit die Beziehung auch den Bedürfnissen des weiblichen Parts gerecht werden konnte.²¹²

Natürlich spielten bei der Vervielfältigung von Ehe- und Familienformen seit den 1960er Jahren nicht nur zeitgenössische Einstellungen, sondern auch längerfristige Entwicklungen eine wichtige Rolle, die zudem nicht nur Deutschland, sondern fast alle westeuropäischen Gesellschaften betrafen. Dass die demografischen Veränderungen in der Bundesrepublik seit den 1960er Jahren ein geradezu „atemberaubendes Tempo“ vorlegten, darf den Blick auf die vorangegangenen Jahrzehnte nicht verstellen.²¹³ So ist zum Beispiel bei den rückläufigen Geburtenraten seit den mittleren 1960er Jahren mit Recht darauf verwiesen worden, dass es sich im Grunde um eine „Normalisierung und eine Rückkehr zum säkularen Trend“ gehandelt habe, da die Zahl der Kinder pro Frau in Deutschland trotz einiger Turbulenzen seit gut 100 Jahren rückläufig gewesen sei.²¹⁴

Insgesamt zeigte sich seit den 1960er Jahren immer deutlicher, dass sich die Lebens- und Beziehungsformen vervielfältigten und es dabei auch zu einer „Entinstitutionalisierung der Beziehungen zwischen Mann und Frau“²¹⁵ kam: Ein vor dem Staat und Gott abgesicherter Verbund von Menschen in einer Ehe und die Gründung einer Familie wurde zu einer Option neben anderen, wenn auch zu einer, die nach wie vor bevorzugt gewählt wurde. Daneben traten immer häufiger Ehen mit wenigen oder keinen Kindern, Ein-Eltern-Familien, nicht-eheliche Lebensgemeinschaften, Alleinlebende oder WGs auf.

²⁰⁹ Wolfrum: Die geglückte Demokratie, S. 255.

²¹⁰ Kielmansegg: Nach der Katastrophe, S. 429.

²¹¹ Kaelble: Sozialgeschichte Europas, S. 125.

²¹² Vgl. Frevert: Umbruch der Geschlechterverhältnisse, S. 652f.

²¹³ So auch die Argumentation z. B. bei Kielmansegg: Nach der Katastrophe, S. 400–404, das Zitat S. 403.

²¹⁴ Rödder: Wertewandel und Postmoderne, S. 14.

²¹⁵ Kielmansegg: Nach der Katastrophe, S. 404.

b) Hausarbeit und Familienalltag

Seit den 1960er Jahren waren nicht nur die Beziehungsformen, sondern auch das Leben in den Partnerschaften und Familien in Fluss geraten. Auch wenn, wie betont wird, die Abgeschlossenheit des privaten Heims und die Häuslichkeit nach wie vor ausgeprägt gewesen seien²¹⁶, machte der Wandel nicht vor den Bereichen Halt, die – eherechtlich fundiert – vorwiegend Frauen oblagen: der Hausarbeit und dem Familienalltag.

In westdeutsche Haushalte hielten Technik und Konsum mehr und mehr Einzug. Ende der 1960er Jahre besaßen bereits 95 Prozent der (Durchschnitts-)Haushalte mit vier Personen einen Kühlschrank und 80 Prozent eine Waschmaschine. Supermärkte, die unter anderem Fertiggerichte sowie Gemüse- und Obstkonserven verkauften, und das wachsende Angebot elektrischer Kleingeräte vom Mixer über das Bügeleisen bis hin zum Staubsauger hatten Einfluss darauf, wie die häuslichen Aufgaben wie Einkauf, Kochen, Vorratshaltung, Wäsche- oder Wohnungspflege erledigt wurden. In der Innenarchitektur dominierte die Einbauküche²¹⁷, die mehr als die Wohnküche auf industriell gestaltete Arbeitsabläufe einer unbehelligt und professionell wirtschaftenden Hausfrau angelegt war.²¹⁸ Der Technisierungsschub legt die Vermutung nahe, dass die Hausarbeit rationalisiert ablaufe²¹⁹, ja die Menschen in gewisser Weise von ihr befreit worden seien. Zweifellos haben Wohndesign und Automatisierung dazu beigetragen, viele Handgriffe zu erleichtern.

Nicht nur berufstätige Frauen dürften es als Entlastung empfunden haben, dass sich der Washtag oder der Aufwand, frische Lebensmittel zu beschaffen und zu verarbeiten, nicht mehr so anstrengend und zeitintensiv gestalteten wie früher. Hausarbeit gab sich in den 1960er Jahren modern, strukturiert und ökonomisiert. Schon allein das breite Warenangebot rund um Küche und Wohnen kann als Sinnbild für die Konsumgesellschaft sowie für Fortschrittlichkeit, Planbarkeit und „Selbst-Bedienung“ stehen. Es war in den 1960er Jahren verstärkt möglich geworden, das Leben zu gestalten: auf unterschiedliche Weise und individuell. Die (Aus-)Wahl beförderte bei breiteren Bevölkerungsschichten ganz unterschiedliche Fähigkeiten: abzuwägen, zu entscheiden, aber auch zu hinterfragen und gegebenenfalls abzulehnen.²²⁰

²¹⁶ Vgl. Schildt: *Materieller Wohlstand*, S. 29.

²¹⁷ Die sogenannte Frankfurter Küche wurde Mitte der 1920er Jahre von der Wiener Architektin Margarete Schütte-Lihotzky entworfen. Auf kleinen Raum und rationalisierte Handlungsabläufe ausgerichtet, gilt sie als funktionalistisches Vorbild der Einbauküche. Mit diesem Beispiel sei darauf verwiesen, dass Wohnungsbau und Haushaltstechnisierung über eine längere als die hier dargestellte Geschichte verfügen und in engem Zusammenhang mit Modernitätsdiskursen und Gesellschaftspolitik stehen, wie dies z. B. am Beispiel Frankfurt am Main nachgewiesen wurde. Vgl. hierzu Heßler: *Mrs. Modern Woman*, S. 263–333.

²¹⁸ Vgl. Lindner: *Rationalisierungsdiskurse*, S. 83–106, die Zahlen S. 88.

²¹⁹ Vgl. die (auch zeitlich) ausführlicheren Argumentationen bei: Lindner: *Rationalisierungsdiskurse*, S. 88–101; Heßler: *Mrs. Modern Woman*.

²²⁰ Diese Argumentation ist angelehnt an: Schildt/Siegfried: *Between Marx. Der Sammelband macht zur Erklärung für Wandel und Protest im westlichen Europa der 1960er Jahre den Begriff der „Konsum-Kultur“ stark, die z. B. über Warenangebot, Motorisierung und Mobilität oder Pop-Musik gerade jungen Menschen unzählige Möglichkeiten, Unabhängigkeit und damit auch Kritikfähigkeit vermittelt habe. Vgl. insbesondere dies.: *Youth, Consumption, and Politics in the Age of Radical Change*, in: ebd., S. 1–35, hier v. a. S. 12–17.*

Gleichzeitig sind die Vorteile, die das Warenangebot und die Technisierung des Haushalts mit sich brachten, mit einem Fragezeichen zu versehen, nicht zuletzt weil sie ambivalente Folgen zeitigen konnten. So kostete die Anschaffung neuer Geräte Geld, was – trotz allgemein steigender Einkommen – gerade bei Ehefrauen und Müttern Anreize lieferte²²¹, eine bezahlte Arbeit außer Haus und damit eine zusätzliche Aufgabe auf sich zu nehmen. Außerdem sparten Waschmaschine oder Elektro-Herd zwar Zeit, doch konnte diese bald an der gleichen Stelle investiert werden, etwa wenn Standards und Ansprüche in Sachen Reinlichkeit und Ernährung stiegen. Wie tückisch die Vorstellung war, dass Hausarbeit ganz einfach sei, griff letztendlich auch die Populärkultur auf. In ihrem Schlagerhit aus dem Jahr 1977 stellte Johanna von Koczian ironisch fest: „Das bisschen Haushalt macht sich von allein – sagt mein Mann.“²²²

Verhinderten die Neuerungen bei der Hausarbeit etwa gar die Einbindung der Männer in die Hausarbeit? Tatsächlich hatte sich die Geschlechterordnung durch die Technisierung der Hausarbeit kaum verschoben. Im Grunde stärkte sie die Person, die die Hausarbeit informiert und professionell anging – und das war in den meisten Fällen die Frau. Gleichzeitig verfestigte sich damit aber auch eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, da sich wenig an der Ernährerrolle des Manns änderte und die Vorstellung von der autarken Kleinfamilie mit Eigenheim dominierte. Hausfrauen liefen somit Gefahr, isoliert zu sein, wie dies die Historikerin Ulrike Lindner unterstreicht. Ihr ausgesprochen kritisches Resümee: „Der Mythos von der befreienden, emanzipierenden Kraft der Technik ist also in der Realität des Haushaltes kaum zu finden.“²²³

Freilich darf man dabei keinesfalls vergessen, dass es Frauen nicht zuletzt aufgrund von Erleichterungen im Haushalt möglich geworden war, sich neben den ihnen traditionellerweise zugeschriebenen Bereichen auch neue zu erschließen. Dieser Chance waren sich Frauen bereits in der damaligen Zeit durchaus bewusst. Der Frauenbericht der Bundesregierung von 1966 hielt fest, dass sich immer mehr Frauen veranlasst sähen, die Vor- und Nachteile „ihres häuslichen Wirkungskreises“ besser zu erkennen und das Für und Wider häuslicher und außerhäuslicher Aufgabenbereiche gegeneinander abzuwägen. Anscheinend genossen haushälterische Tätigkeiten einen immer schlechteren Ruf. Denn obwohl das Dokument ausdrücklich die „unternehmerische Leistung“ betonte, die in der Hausarbeit zu vollbringen sei, kamen die Berichtersteller nicht umhin einzugestehen, dass „gerade intellektuell anspruchsvolle Hausfrauen“ die häufige Wiederholung vieler Arbeiten als bedrückend empfänden und es ihnen an geistiger Anregung und menschlichem Kontakt mangle. Zudem stehe es um das soziale Ansehen und das Selbstbewusstsein der Hausfrau nicht zum Besten: Häufig abfällig als „Nur-Hausfrau“ betitelt, sei sie allein von der sozialen Position des Ehemanns abhängig und fühle sich deshalb gegenüber erwerbstätigen Frauen benachteiligt. Der Bericht verlangte

²²¹ Insbesondere M. Rainer Lepsius weist darauf hin, dass es zwischen 1950 und 1970 die Verdienste erwerbstätiger Hausfrauen waren, die gerade bei den unteren Einkommensgruppen dazu beitrugen, dass der Lebensstandard stieg, sog. „langfristige Konsumgüter“ gekauft und Spareinlagen geschaffen werden konnten. Vgl. Lepsius: *Demokratie in Deutschland*, S. 156–162.

²²² Single des Labels Philips Nr. 6003 328 von 1977.

²²³ Lindner: *Rationalisierungsdiskurse*, S. 101.

deshalb, dieses „verzerrte Bild“ zu korrigieren und „das Verhalten der Gesellschaft gegenüber der Hausfrau zu ändern“. Es sollte eine Gleichwertigkeit der Arbeit, die die Frau zu Hause leistete, und der Erwerbstätigkeit des Mannes erzielt werden, weshalb etwa die Einführung des ehelichen Güterstands der Zugewinngemeinschaft als Schritt in die richtige Richtung angesehen wurde.²²⁴

Einschätzungen wie diese zeigen erneut, dass in den 1960er Jahren bestimmte Probleme, verbunden mit den Rollenidealen, an denen sich die Mehrheit der Bevölkerung orientierte, durchaus wahrgenommen wurden und es zumindest für die weibliche Seite zu bestimmten Modifikationen kam. Auch Untersuchungen über Frauenzeitschriften wie *Constanze* und *Brigitte* kommen für die 1960er Jahre zu dem Schluss, dass sich das Frauenleitbild veränderte hatte: Dieses Leitbild, ließe sich zusammenfassen, orientierte sich kaum an einer Frau, die sich ausschließlich für andere unermüdlich aufopferte. Vielmehr erledigte die moderne Frau ihre Pflichten in Haushalt und Familie kompetent, trug über Mode und Kosmetik eine jugendliche Weiblichkeit und Leichtigkeit nach außen und verfügte über mehr als nur häusliche Erfahrung, da sie – teilweise – berufstätig war.²²⁵

Neben die traditionelle Aufgabe, ein gepflegtes und geborgenes Heim zu schaffen, traten also eine auf der Höhe der Zeit liegende Attraktivität und Selbstverwirklichung als Säulen weiblichen Daseins. Da hierbei zum Beispiel auch die beschriebene Krise, in der sich manche Hausfrauen befanden, popularisiert wurde²²⁶, spiegelten sich in der Medienöffentlichkeit die im Grunde international geführten Debatten, in denen es darum ging, weibliche Lebensläufe reichhaltiger zu gestalten. Das Interesse, ein Vorhaben wie den Frauenbericht der Bundesregierung auf den Weg zu bringen, war in der Bundesrepublik nicht zuletzt dadurch geweckt worden, dass sich Frauen in diesem grenzüberschreitenden Diskurs zur gegenwärtigen Entwicklung selbst äußerten.²²⁷

Ein Beispiel wurde vom Frauenbericht sogar besonders hervorgehoben: Es waren dies die schwedischen Soziologinnen Alva Myrdal²²⁸ und Viola Klein, die in ihrem 1956 erstmals aufgelegten und 1960 ins Deutsche übersetzten Buch „Die Doppelrolle der Frau in Familie und Beruf“²²⁹ ein Drei-Phasen-Modell vorschlugen, in dem Frauen in einem zeitlichen Nacheinander unterschiedlichen Wirkungsfeldern gerecht werden sollten. Betty Friedan stellte in ihrem Buch, das sich wenig später zur Pflichtlektüre vieler feministischer Gruppen entwickelte, ebenso wie Myrdal und Klein die Dominanz des Hausfrauen- und Mutterdaseins im Leben von Frauen in Frage. Erstmals 1963, in deutscher Übersetzung 1966, the-

²²⁴ Bericht der Bundesregierung über die Situation der Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft, Drucksache V/909, S.11.

²²⁵ Vgl. Lindner: Rationalisierungsdiskurse, S.101–106; Horvath: Bitte recht weiblich.

²²⁶ Vgl. die Darstellung zur Brigitte-Berichterstattung bei Horvath: Bitte recht weiblich, S.218–249.

²²⁷ Vgl. Frandsen/Dahldrup: Frauenbericht, S.9ff.

²²⁸ Das Leben der Soziologin ist bereits biografisch abgehandelt: Hirdman: Myrdal. Die Autorin arbeitet dabei auch heraus, dass Geschlechterbeziehungen und Kindererziehung nicht nur einen frühen Schwerpunkt in Myrdals wissenschaftlicher Arbeit bildeten. Wie Alva Myrdal und ihr Mann, der Wirtschaftswissenschaftler Gunnar Myrdal, ihre Paar- und Arbeitsbeziehung sowie die Erziehung ihrer drei Kinder miteinander verknüpften, genoss in Schweden der 1960er und 1970er Jahre große Aufmerksamkeit und erhielt Vorbildfunktion.

²²⁹ Myrdal/Klein: Doppelrolle der Frau.

matisierte die Publizistin aus den USA und spätere Mitbegründerin der dortigen Frauenbewegung den „Weiblichkeitswahn“.²³⁰ Am Beispiel amerikanischer Vorort-Hausfrauen kritisierte die Autorin, dass Hausarbeit Frauen krank mache, sofern sie ihren einzigen Lebensinhalt darstelle. Dennoch würden Frauen gemeinhin auf eine Rolle als Hausfrauen und Mütter reduziert, was durch Werbung und Konsumgüterindustrie noch weiter unterstützt werde. Die Folge sei ein unerfülltes Dasein, das Friedan, da weithin unbemerkt, als „Problem ohne Namen“ folgendermaßen umschreibt: „Hausarbeit lässt sich wie Gummi dehnen, um die Zeit auszufüllen, die für sie zur Verfügung steht, oder Muttersein lässt sich wie Gummi dehnen, um die Zeit auszufüllen, die für sie zur Verfügung steht.“ Dabei wäre es für die Frauen wichtiger, „eine neue Identität außerhalb des Hauses zu finden, [denn so] würden die rein praktischen Aspekte der Haushaltsführung dieselbe untergeordnete Rolle in ihrem Leben gespielt haben wie Auto, Garten oder Hobelbank im Leben des Mannes. Mutterschaft, geschlechtliche Liebe hätten lediglich – wie auch für den Mann – eine neue emotionelle Bedeutung gewonnen.“²³¹

Dabei verkehrte Friedans Gegenvorschlag die gängigen Verhältnisse zwischen Männern und Frauen keineswegs. Aber die Autorin zweifelte – als eine der ersten und mit größerer Resonanz – an der vermeintlichen Natürlichkeit bestimmter, den Geschlechtern zugeschriebener Eigenschaften und rückte die Ordnung etwas zurecht: Die Frauen sollten wie die Männer im öffentlichen Leben aktiv werden, ohne aber dabei Heim und Familie hinter sich zu lassen: In den Worten Friedans: „Selbst eine sehr junge Frau muss sich heute zuerst als ein menschliches Wesen betrachten, nicht als eine Mutter, die viel Zeit hat, und muss sich je nach ihren Fähigkeiten einen Lebensplan aufstellen, sie muss ein Engagement gegenüber der Gesellschaft eingehen, das sich mit ihren Pflichten als Ehefrau und Mutter vereinbaren lässt. Wie für einen Mann führt auch für die Frau der einzige Weg zu sich selbst über schöpferische Arbeit.“²³²

Die Frauen standen also bereits im Laufe der 1960er Jahre vor einer Vielzahl zum Teil widersprüchlicher Anforderungen und Gestaltungsmöglichkeiten in ihrem Leben, was sich auch im Innenleben von Ehe und Familie ablesen lässt. Zum idealen weiblichen Wesen addierte sich hier ein gewisser Grad an Selbstbestimmung und Erfüllung persönlicher emotionaler Bedürfnisse. Allerdings bezog sich dies nicht nur auf die Frau, sondern galt auch für Mann und Kind. Im Hinblick auf den Nachwuchs war zum Beispiel im Frauenbericht der Bundesregierung davon die Rede, dass seit Generationen geübte Erziehungspraktiken versagen würden und deshalb „moderne Psychologie und Pädagogik“ wichtig seien. Das veränderte Frauenleitbild wirkte sich auf die gesamtfamiliären Konstellationen aus. Tatsächlich schien man verstärktes Gewicht auf die einzelnen Mitglieder der Familie und partnerschaftliche Elemente zu legen.

Die Gesellschaft beschäftigte sich unter ganz unterschiedlichen Blickwinkeln mit dem sich veränderten Binnengefüge in Ehe und Familie. So wandte sich auch

²³⁰ Dt. Erstausgabe: Betty Friedan: *Der Weiblichkeitswahn oder Die Selbstbefreiung der Frau. Ein Emanzipationskonzept*, Reinbek bei Hamburg 1966 (zunächst: *The Feminine Mystique*, 1963).

²³¹ Ebd., S. 153f.

²³² Ebd., S. 222.

eine katholische Theologin – Elisabeth Gössmann, die Anfang der 1960er Jahre in München an ihrer Habilitation arbeitete – mit einem Büchlein an eine breitere Öffentlichkeit, in dem sie die Frage nach den Rollen von Mann und Frau in der modernen Gesellschaft zu bestimmen suchte. Die Autorin kritisierte die häufig behauptete Dualität von Männern und Frauen. Stattdessen sei von einem „gleich wesentlichen Menschsein“ und der Eigenständigkeit der Geschlechter auszugehen. Für die „besondere Partnerschaft“ der Ehe leitete Gössmann ab, dass Mann und Frau „in einem personalen Zueinander“ stünden.²³³

Das große Interesse an Ehe und Familie zeigte sich vor allem am Aufschwung, den die Familiensoziologie seit den 1950er Jahren erlebte.²³⁴ Freilich überwog angesichts der Beobachtung tief greifender Umbrüche oft die Skepsis: Die steigende Frauenerwerbstätigkeit und die mit ihr verbundene Angst vor „Rabenmüttern“ und „Schlüsselkindern“, die abnehmende Autorität der Väter oder die Scheidungszahlen legten die Vermutung nahe, dass es um die Bedürfnisse der Familienmitglieder und die Stabilität der Beziehungen schlecht bestellt sei. So hielt Helmut Schelsky zwar fest, dass der grundlegende Wandel auf „eine Verselbständigung, eine Gleichberechtigung und eine Erhöhung des sozialen Gewichts der familiären und gesellschaftlichen Rolle der Frau“ hinausgelaufen sei. Der Soziologe bewertete dies allerdings alles andere als positiv, denn er konstatierte ein soziales Dilemma, das er als „Funktionsüberlastung“ der Frau bezeichnet: Während diese früher „ausschließlicher“ von den „Intimbeziehungen der kleinen familiären Gruppe“ geprägt gewesen sei, habe sie die moderne Gesellschaft „immer mehr in die industrielle und bürokratische Öffentlichkeit hineingerissen“, so dass die Frauen immer stärkeren „Spannungen zwischen primären und abstrakten Sozialbeziehungen“ ausgesetzt seien, „die das Leben des Mannes in der modernen Gesellschaft schon lange bestimmen und die Wurzeln der modernen sozialen und seelischen Unsicherheit und Krise bilden“.²³⁵

Frauen befanden sich gewissermaßen im Zwiespalt, ihrer persönlichen Entwicklung ein höheres Gewicht zuzumessen, gleichzeitig aber verantwortlich dafür zu sein, ein geborgenes Heim zu schaffen. Politik, Wissenschaft und öffentliche Debatten behandelten den an die weibliche Bevölkerung gerichteten doppelten Anspruch im Lauf der 1960er Jahre immer differenzierter, auch deshalb, weil man Frauen mehr und mehr eine vielfältigere Lebensplanung zugestand. Dies zeigte sich etwa in der Diskussion um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wie dies zum Beispiel in der Studie von Myrdal und Klein geschehen war, oder im Frauenbericht der Bundesregierung, der dazu riet, dass Ehepartner ihr gemeinsames Leben in der Gegenwart mehr als früher bewusst gestalten müssten.²³⁶

²³³ Vgl. Gössmann: Mann und Frau, die Zitate S. 23, 64. Nach eigener Aussage konnte sich Elisabeth Gössmann als Frau in der männlich dominierten Welt der Theologie allerdings nicht behaupten. Sie habilitierte sich erst 1978 im Fach Philosophie. Eine akademische Karriere in Deutschland blieb ihr verwehrt, weshalb sie sich an Universitäten in Japan mit Fragen der Theologie und Frauenforschung beschäftigte. Vgl. Gössmann: Geburtsfehler.

²³⁴ Mit diesem Thema beschäftigt sich ausführlicher: Paulus: Familienrollen, S. 108–111.

²³⁵ Schelsky: Wandlungen, die Zitate S. 335 und 345.

²³⁶ Bericht der Bundesregierung über die Situation der Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft, Drucksache V/909, S. 13.

Frauen realisierten bereits in den 1960er Jahren, dass der Wandel der Zeit, der Ideale und der Anforderungen mitnichten leicht unter einen Hut zu bringen waren. Dementsprechend diagnostizierten Tagungen zur Erwachsenenbildung, wie sie zum Beispiel in der ersten Hälfte der 1960er Jahre an der Evangelischen Akademie Tutzing bei München stattfanden, eine „unfertige Emanzipation“. Organisiert wurde die genannte Veranstaltung von der Journalistin Erika Wisselinck, 1926 geboren, alleinstehend und erst Ende der 1970er Jahre in der neuen Frauenbewegung politisch beheimatet.²³⁷

Die einzelnen Beiträge des nach der Tagung publizierten Sammelbandes spiegelten die Sorge um die „tief greifenden Änderungen in den Lebensformen und dem Lebensgefühl aller Frauen“, deren Richtung in der Übergangsphase der Gegenwart noch nicht auszumachen sei.²³⁸ Verunsicherung und der Verlust von Verhaltensmaßgaben waren vor allem dort zu spüren, wo es um die Beziehung der Mütter zu ihren Töchtern ging (Väter und Söhne kamen nicht zur Sprache). Die Mütter, so hieß es in einem Beitrag, hätten Angst, „schlechte Lotsen“ zu sein. Denn die Mütter würden häufig noch „bürgerliche Erziehungsideale“ aufrechterhalten, obwohl die Töchter sähen, dass bereits die Mütter „alles, was [sie] predigen, selbst nicht tun.“ Die Autorin des Aufsatzes stellte demzufolge eine „Schizophrenie“ fest, in der die weibliche Bevölkerung lebe. Ihrer Meinung nach zeigte sich dies umso deutlicher, je jünger die Frauen waren. Denn Ansichten, wonach der Platz der Frau am Herd sei oder die Frau der Sicherheit der Ehe bedürfe, gehörten für die junge weibliche Generation ins Reich der Vergangenheit. Vielmehr könnten junge Frauen leben wie Männer. Doch für die Zukunft sah die Autorin schwarz. Ihrer Meinung nach würde es zu Schwierigkeiten kommen, sobald die Töchter selbst heirateten und Kinder zur Welt brächten: „Sie [die Töchter] sind keine hundertprozentigen Frauen mehr und noch keine hundertprozentigen Männer.“²³⁹

c) Sexualität und Freizügigkeit

Die Annäherung der Geschlechter zeichnete sich auch auf sexuellem Gebiet ab. In den 1960er Jahren wurden Themen rund um Sexualität und Verhütung öffentlicher behandelt als dies früher der Fall war. Verbunden ist diese Entwicklung vor allem mit dem Journalisten Oswald Kolle, der mit Artikeln, Büchern und Filmen Aufmerksamkeit auf sich zog. Seine zwischen 1968 und 1972 entstandenen Aufklärungsfilme füllten Kinosäle, indem sie versuchten, das „Wunder der Liebe“ oder das „unbekannte Wesen“ der Frau und des Mannes zu entschlüsseln.²⁴⁰ Auch das Bundesgesundheitsministerium, an dessen Spitze während der Großen Koalition die Sozialdemokratin Käte Strobel stand, widmete sich der sexuellen Aufklärung und der Familienplanung. Zu den wichtigsten Projekten des Ministeriums

²³⁷ Vgl. dazu die Biografie: Meixner: Wisselinck.

²³⁸ Wisselinck: Die unfertige Emanzipation, das Zitat S. 7.

²³⁹ Langewiesche: Wie wünsche ich mir meine Tochter, in: Wisselinck: Die unfertige Emanzipation, die Zitate S. 15, 11, 16.

²⁴⁰ Über die Motivationen, aber auch die öffentlichen Auseinandersetzungen um seine Arbeit vgl. die Autobiografie: Kolle: Ich bin so frei, zu den Filmen v. a. S. 206–240.

zählten der Aufklärungsfilm „Helga“ (1967) und ein Sexualexemplar (1969), mit dessen Hilfe Jugendliche in den Schulen vor allem über die biologischen Aspekte der Sexualität, also die Geschlechtsorgane, Menstruation, Befruchtung, Schwangerschaft und Geburt, aber auch über Verhütung und Körperhygiene informiert werden sollten. Wie sehr das Thema polarisierte, zeigte sich unter anderem daran, dass das Buch an bayerischen Schulen nicht zugelassen war, weil das Kultusministerium Abbildungen zur Thematik als anstößig empfand.²⁴¹

Trotz vieler zeitgenössischer Vorwürfe, die sich gegen die Gefährdung der Moral im Allgemeinen und der Geldmacherei der Medien im Besonderen richtete, war der offenere Umgang mit Fragen der Sexualität – hier ist sich die Geschichtswissenschaft heute weitgehend einig – ein Schritt dahin, Sexualität aus der Tabuisierung zu holen, mit irrigen Ansichten aufzuräumen und den Menschen ein natürliches und freies Sexualverhalten zu ermöglichen. Ziel sei vor allem gewesen, durch mehr Wissen über Sexualität und sexuelle Befriedigung Ehe und Familie zu stabilisieren.²⁴² Dabei ging es vor allen Dingen um die Frauen: Gerade sie seien in den Aufklärungsmaterialien als sexuell empfindsame Geschöpfe gezeigt worden, auf deren Bedürfnisse ihre Partner einfühlsam und zärtlich eingehen sollten.²⁴³

Dass gerade bei Frauen Erotik und die sexuelle Zufriedenheit eine wichtigere Rolle zu spielen begannen, hing nicht zuletzt damit zusammen, dass eine sicherere Möglichkeit zur Verhütung und Familienplanung zur Verfügung stand. 1961 war in der Bundesrepublik die Anti-Baby-Pille eingeführt worden, die zunehmend Verbreitung fand. Die durch das Wissen und Nutzen von Empfängnisverhütung ermöglichte Trennung von Fortpflanzung und Sexualität wird mit einem „unschätzbaren Freiheitsgewinn“ gerade für junge und unverheiratete Frauen umschrieben.²⁴⁴ Gleichzeitig werden die Wirkung eines offeneren Umgangs mit der Sexualität für die 1960er Jahre mittlerweile relativiert, die häufig benutzten Begriffe des „Pillenkicks“ und der „Sexwelle“ sogar abgelehnt. Die in den 1960er Jahren deutlich verminderte Zahl an Neugeborenen hänge nicht in erster Linie mit neuen Verhütungsmöglichkeiten, sondern vor allem mit den Veränderungen der Familien und ihrer Umwelt zusammen.²⁴⁵ Darüber hinaus spricht man von dem Jahrzehnt „eher als Phase der sexuellen Informalisierung und Verunsicherung denn als Phase realer tiefgreifender Verhaltensänderung“²⁴⁶.

Strenge Moralvorstellungen hatten jedoch weiter Bestand. Dies zeigte sich zum Beispiel in der Haltung der Katholischen Kirche. In der Enzyklika „Humanae Vitae“ untersagte Papst Paul VI. im Juli 1968 selbst Eheleuten mit Ausnahme der Enthaltensamkeit jegliche Form der Empfängnisverhütung – ein Verbot, das in seiner Vehemenz freilich manchen Kirchenoberen in der Bundesrepublik empörte und angeblich kaum Auswirkungen auf das tatsächliche Verhalten katholischer

²⁴¹ Notz: Frauen in der Mannschaft, S. 496ff.

²⁴² Vgl. Schildt: Materieller Wohlstand, S. 33.

²⁴³ Vgl. Frevert: Umbruch der Geschlechterverhältnisse, S. 653f.

²⁴⁴ Frevert: Umbruch der Geschlechterverhältnisse, S. 654. Die Frage, was die Pille für Frauen in den 1960er und 1970er Jahren bedeutete und ob bzw. wie sich die Erfahrungen unterschiedlicher Frauengenerationen unterschieden, untersucht Silies: Liebe, Lust und Last.

²⁴⁵ Vgl. Niehuss: Einführung, S. 28ff.

²⁴⁶ Vgl. Schildt: Materieller Wohlstand, S. 33.

Paare hatte.²⁴⁷ Die *Bild*-Zeitung stellte sich dabei eindeutig auf die Seite der weiblichen Bevölkerung, als sie um die „Millionen Frauen“ fürchtete, die die päpstliche Entscheidung „in schwere Gewissenskonflikte“ stürze.²⁴⁸ Dies verriet, dass die Medien eine gewisse sexuelle Freizügigkeit durchaus für angebracht hielten. Der Springer-Verlag unterstützte dies seit 1968 auch selbst, indem er *Jasmin*, eine „Zeitschrift für das Leben zu zweit“, aus der Taufe hob, die ein Erotik-Lexikon enthielt und reißenden Absatz fand. Der Verleger Axel Springer selbst tat sich aber nicht ganz leicht mit seinem neuesten Produkt und sprach verächtlich von einem „Fick-Blatt“.²⁴⁹ Eine Liberalisierung, wie sie sich politisch 1969 zum Beispiel auch in der Aufhebung der „Kuppelei“ als Straftatbestand niederschlug²⁵⁰, war von Vorbehalten und Scham gegenüber einer freieren Sexualität begleitet.

Gleichzeitig lässt sich die zweifellos vorhandene sexuelle Informalisierung kaum quantifizieren. Denn einmal von der Auflage einer *Jasmin* abgesehen verschließt sich der Geschichtswissenschaft der Blick ins Intimleben der Menschen weitgehend. Die Suche nach neuen Verhaltensregeln beschleunigte sich allerdings, als die „68er“-Generation sich anschickte, das Privatleben zu politisieren und Sexualität als „revolutionäre Praxis“ zu vollziehen. Die „68er“ sahen darin einen Beitrag zur Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit, denn ihrer Ansicht nach bestand ein enger Zusammenhang zwischen sexueller Sittenstrenge und Auschwitz. Sexuelle Freizügigkeit bannte demnach die Gefahr des Faschismus. Die Historikerin Dagmar Herzog hat bereits nachgewiesen, dass dieses Argument sowohl Konstrukt als auch historischer Trugschluss war.²⁵¹ Trotzdem fand die unverbrüchliche Überzeugung der selbst ernannten Revolutionäre, dass Sexualität frei mache, ihren Niederschlag in Kinderläden, Kommunen und Krawallen, in denen sich gerade Frauen ein Handlungsfeld für sich und ihre Anliegen erschloss.

*

In der Morgendämmerung der 1970er Jahre offenbarten sich der weiblichen Bevölkerung in der Politik, in der Welt der (Aus) Bildung und des Berufs sowie in den eigenen vier Wänden „ambivalente Aufbrüche“.²⁵² Es zeichnete sich ein tief greifender Wandel ab, der vor den Frauen nicht Halt machte – mit all seinen Chancen und Fortschritten, aber auch mit all seinen negativen Folgen und den nach wie vor vorhandenen Beharrungsresten. Gleichberechtigung und Emanzipation wurden zu Modewörtern der Zeit, obwohl althergebrachte Rollenbilder noch lange nicht der Vergangenheit angehörten und sich die Gesellschaft gerade einmal auf die Suche danach machte, wie sie diesen Wandel gestalten könnte. Dabei knirschte es auch im Gebälk der Geschlechterordnung, die Männer, aber vor allen

²⁴⁷ Vgl. zu den unterschiedlichen Reaktionen deutscher Katholiken auf die Enzyklika: Jütte: Lust ohne Last, S.288ff.

²⁴⁸ Papst verbietet die Pille, in: Bild vom 24.7.1968.

²⁴⁹ Vgl. Schwarz: Springer, S.392.

²⁵⁰ Bis zum 1. Strafrechtsreformgesetz vom 25.6.1969 wurden laut §180 und 181 StGB Eltern, Vermieter und Verwandte bestraft, die unverheirateten Paaren Räumlichkeiten zur Verfügung stellten. Vgl. Busch: Strafrechtsreform, S.64, 190f.

²⁵¹ Vgl. ausführlich Herzog: Politisierung der Lust.

²⁵² So auch Mattes: Ambivalente Aufbrüche, S.215–228.

Dingen Frauen nicht selten vor einen Zwiespalt stellte, was wiederum einer sozialen Bewegung der Frauen großes Potenzial verschaffte. In anderen Worten: „Die Frauen befinden sich [...] in einem Widerspruch zwischen entwickelten Bedürfnissen und Ansprüchen an ihre persönliche Lebensgestaltung, neuen gesellschaftlichen Möglichkeiten und Chancen persönlicher Veränderung und den gleichzeitig in der Gesellschaft existierenden Schranken der Realisierung, der Unzulänglichkeit, Diskriminierung und Benachteiligung ihrer Situation als Frau.“²⁵³

²⁵³ Pust: Frauen in der BRD, S.188.

II. Die Politisierung des Privaten: Frauen und „1968“

1. „1968“ – eine chauvinistische Veranstaltung?

Der in München geborene Autor Paul Wühr verarbeitete seine Eindrücke über die Zeit Ende der 1960er Jahre in einer Gedichtsammlung, der er den Namen „Gegenmünchen“ gab. Mit unterschiedlichen Textgattungen experimentierend zeigte der Dichter darin das „Bewusstsein“ seiner unruhigen Gegenwart. Auf eine der ersten Seiten setzte er dabei eine Wortcollage, die man als Sinnbild für das gesamte Buch verstehen kann: In ihr vereinte Wühr die unterschiedlichen Menschen, die die Revolte seiner Meinung nach zusammenbrachte: So finden sich zum Beispiel die Schriftzüge „Pantomimen, Studenten, Apoleute, Okkupanten“, „Arbeiter, Kleinbürger, Christen, Demonstranten“, „Intellektuelle, Atheisten, Säufer“, „Schmierer“ und „Scheintote“. Der Schriftsteller sprach dabei von Männern *und* von Frauen, denn die Worte bildeten die Konturen für ein Paar, das sich im Arm hält. Dieses Bild wurde zu einem Symbol, das das gesamte Buch durchzieht. Es ging dem Literaten um das Neben- und Miteinander der Geschlechter. Die Collage überschrieb Wühr mit einem Satz, den man gleichsam als Untertitel für die gesamte Gedichtsammlung sehen kann: „Gegenmünchen ist ihr und sein Bewusstsein“.¹

Die Geschichtswissenschaft schärft erst seit kurzem ihren Blick dafür, dass an „1968“ Männer wie Frauen beteiligt waren.² Letztere verschwanden lange in der Schar der Protestierenden, an deren Spitze Männer standen.³ Erst nach und nach wurden auch Frauen zum Gegenstand des Forschungsinteresses.⁴ Mittlerweile kristallisieren sich zwei Herangehensweisen heraus, wenn es um die Frage geht, wie sich Frauen in der Revolte und schließlich für ihre eigenen Anliegen in der Frauenbewegung engagiert haben. Bei dem einen Interpretationsansatz werden Frauen in Zusammenhang mit der „Lebensstilrevolution“⁵, die „1968“ ausgelöst beziehungsweise beschleunigt habe⁶, zum integralen, aber nicht näher bestimmten

¹ Wühr: Gegenmünchen. Wühr, 1927 in München geboren, verfasst Romane, Hörspiele, Prosagedichte und Lyrik. Die Literaturwissenschaft hat sich noch nicht eingehender mit dem Schriftsteller beschäftigt. Einige Informationen finden sich auf der Internet-Seite eines „Freundeskreises“: www.paul-wuehr.de (Zugriff: 15.7.2009).

² Die „Geschlechtsneutralität“ der Historiografie über die Studentenbewegung kritisiert auch: Etzemüller: 1968 – ein Riss, S.175.

³ Zum Beispiel das Kapitel zur Studentenbewegung bei: Rolke: Protestbewegungen, S.242-304; Fels: Aufruhr der 68er; Kraushaar: 1968 als Mythos.

⁴ Vgl. Kätzel: 68erinnen; Schulz: Bräute.

⁵ Der Begriff geht zurück auf: Kleßmann: 1968 – Studentenrevolte, S.99.

⁶ Mit diesem Ansatz, der v.a. den allgemeinen kulturellen Wandel betont, arbeiten z.B.: Faulstich: Kultur der 60er Jahre; Siegfried: Time is on my side; Schildt/Siegfried: Between Marx; Klimke/Scharloth: 1968-Handbuch.

Bestandteil der Revolte. Bei dem anderen Interpretationsansatz geht es um die Politisierung, die sich bei manchen Frauen des „68er“-Protests aufgrund ihres angeblich schlechten Verhältnisses zu den rebellierenden Männern beziehungsweise zu einer männlich geprägten Führungselite vollzogen habe.⁷ Damit stehen sich im Grunde zwei Sichtweisen gegenüber, die in ihrer Polarität typisch für die Bewertungen von „1968“ sind. Zugespielt lässt sich formulieren: In einem Fall wird die Summe von „Frauen und Protest“ positiv als Gipfel weiblicher Emanzipation ausgelegt, von der die Frauenbewegung ihren Ausgang nehmen konnte. Im anderen Fall werden „Frauen und 1968“ negativ zum Beispiel dafür, dass die Revolte fundamentale Werte missachtete: Die Frauenbewegung wird so zur notwendigen Gegenreaktion auf „1968“.

Im Erzählstrang der „Lebensstilrevolution“ ist meist von einem „protestkulturellen Milieu“ die Rede, das die Möglichkeiten der „Selbstverwirklichung“, die sich in Form neuer Freiheiten, Bildung und Konsum seit den 1960er Jahren eröffneten, zum politischen Widerspruch genutzt habe. Nachgerade notgedrungen kommen dabei auch Frauen ins Spiel, vor allem dann, wenn es um das gängigste Beispiel des Wandels geht, nämlich um eine sich „rasant verändernde Sexualmoral“. Bei diesem Prozess hätten die Rebellierenden lediglich eine „radikale Spitze“ dargestellt, da diese – wie in den Kommunen – „freie Liebe“ und lose Geschlechterbeziehungen vollkommen auslebten und dank „weiblicher Emanzipiertheit“, Minirock und „Siegeszug der Pille“ auch ausleben konnten. Mit diesen neuen Chancen seien aber auch die Zwänge gewachsen, denen sich die aufkommende Frauenbewegung schließlich widersetzt habe.⁸

Diese Argumentation hat einiges für sich, denn der Hinweis auf eine mobilisierende Wirkung des gesellschaftlichen Wandels ist nicht von der Hand zu weisen. Die tief greifenden Veränderungen, die die 1960er Jahre kennzeichneten, machten gerade vor der jüngeren Generation nicht Halt und bezogen Frauen sehr wohl ein. Das war auch in München nicht anders. Ersichtlich wird dies zum Beispiel an einer offenen Kommunikation über Sexualität, etwa wenn die *Münchner Studentenzeitung* im November 1967 gleich auf der ersten Seite mit Bild und Text darauf hinwies, dass das Sozialreferat des AStA der LMU Adressen von Ärzten weitergebe, „die die Pille auch unverheirateten Studentinnen verschreiben“.⁹ Eine kritische Einschätzung über mögliche negative Auswirkungen dieser Freizügigkeit fehlte hier noch völlig.¹⁰ Erst die Frauenbewegung machte auf etwaige Nebenwirkungen des Verhütungsmittels aufmerksam und wies darauf hin, dass die Pille die Frauen zum sexuellen Objekt degradieren könne.

⁷ Diese Argumentation findet sich v.a. bei den ersten Publikationen über die Geschichte der westdeutschen Frauenbewegung, die aus der Feder von feministischen Aktivistinnen stammen, z.B.: Schenk: Feministische Herausforderung, S.84f.; Doormann: Keiner schiebt, S.23ff.; Schwarzer: So fing es an!, S.13–19.

⁸ So die Argumentation bei Frei: 1968. Jugendrevolte, die Zitate S.131, 134ff.

⁹ Münchner Studentenzeitung vom 7.11.1967. Dass sich das Sozialreferat des AStA der LMU für Fragen rund um die Pille, aber auch rund um Kinderkrippen zuständig sah, zeigen auch die entsprechenden Abschnitte bei IfZ-Archiv, ZG/HS München/1: Broschüre „Aus dem Sozialreferat“, in: Der AStA [der LMU] legt Rechen Schaft Ab, München 1968.

¹⁰ So auch die allgemeine Bewertung bei: Frevert: Umbruch der Geschlechterverhältnisse, S.655.

Allgemein lässt sich feststellen, dass der grundlegende gesellschaftliche Wandel bereits während der 1960er Jahre Spuren in den Lebensstilen hinterließ und auch im Protestmilieu die öffentliche Präsenz von Frauen beförderte. Dass Frauen zunehmend in Erscheinung traten, galt auch für das unmittelbare studentische Aufbegehren. In München etwa engagierte sich die Studentin Johanna Hund im hochschulpolitischen Arbeitskreis des *SDS*, wo sie einen Vorschlag „einer Art Gegenuniversität“ formulierte, der 1967 als „Kritische Universität“ in Berlin umgesetzt wurde.¹¹ Auch Zeitzeugen wie der Grafiker Wieland Sternagel, der im Sommersemester 1967 AStA-Vorsitzender an der Akademie der Bildenden Künste war, erinnern sich, dass das studentenpolitische Engagement zwar ursprünglich „mehrheitlich“ von einer „Männerclique“ ausgegangen, doch während der Proteste „nicht mehr geschlechtsspezifisch“ gewesen sei. Es habe sogar „eine riesige Emanzipationsbewegung“ an der Akademie gegeben.¹² Diese Beobachtung mag angesichts der Tatsache, dass gerade die Kunstakademie – nicht zuletzt aufgrund der Bildungsexpansion – über einen besonders hohen Studentinnenanteil von rund 40 Prozent verfügte¹³, nicht weiter verwundern. Doch allein durch den gesellschaftlichen Wandel lässt sich das weibliche Engagement in der Revolte, die an der Kunstakademie besonders heftig tobte, nicht erklären. Dies gilt vor allem dann, wenn es um die Frage geht, ob und wie „1968“ einen feministischen Aufbruch dynamisiert habe.

Um auf diese Frage eine Antwort zu finden, versucht der zweite Interpretationsansatz die Stellung der Frauen im „68er“-Protest genauer in den Blick zu nehmen. Dieser richtet sich dabei vor allem auf den *SDS* als Träger der außerparlamentarischen Opposition. Eine häufig zu lesende Schlussfolgerung lautet, dass hier die „enttäuschten Genossinnen“¹⁴ den Aufstand geprobt hätten¹⁵, weil ihre Bedürfnisse und Interessen trotz des Versprechens ihres Verbands, die Gesellschaft zu revolutionieren, ignoriert worden seien. Als diese Frauen, so die Argumentation, die weibliche Emanzipation in den Mittelpunkt der Verbandspolitik stellen wollten, sei es zunächst darum gegangen, eine sich autoritär gebär-

¹¹ Anne Rohstock weist anhand dieses Beispiels nach, dass München nicht nur alles andere als eine Provinz der Studentenbewegung war, sondern dass auch das Bild von einer männlich dominierten Studentenrevolte dringend der Korrektur bedarf. Vgl. dazu Rohstock: Von der „Ordinarienuniversität“, Kapitel I.2.c.

¹² Schlumberger: Türkenstraße, S. 415.

¹³ In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre entsprach dies an der Kunstakademie zwischen 260 und 280 Studentinnen pro Semester. Insgesamt studierten an Münchner Hochschulen im gleichen Zeitraum zwischen 7000 und 8000 Studentinnen. Die meisten – die genauen Zahlen pendeln um 6000 – waren an der LMU eingeschrieben, was dort einem Frauenanteil von etwas über 28 Prozent entsprach. Einige Hundert Studentinnen besuchten die Hochschule für Musik und die 1967 gegründete Hochschule für Fernsehen und Film. An der Technischen Universität waren nur zwischen 5 und 8 Prozent der Immatrikulierten weiblich, was zwischen 400 und 770 Studentinnen entsprach. Gut 1500 Studentinnen besuchten die Pädagogische Hochschule München-Pasing, wo sie über 65 Prozent der Gesamtzahl stellten. Die PH geht Anfang der 1970er Jahre in der erziehungswissenschaftlichen Fakultät der LMU auf. Von frauenspezifischen Aktivitäten an der PH ist der Autorin allerdings nichts bekannt. Insgesamt gilt auch für München, wie im vorangegangenen Kapitel bereits gezeigt, dass die Studentinnenzahlen in den 1960er und v.a. in den 1970er Jahren deutlich stiegen. Vgl. Amt für Statistik und Datenanalyse der Landeshauptstadt München: 100 Jahre Städtestatistik, S. 220–223.

¹⁴ Krauss: 1968 und die Frauenbewegung, S. 145.

¹⁵ So die Wortwahl z. B. auch bei Gilcher-Holtey: 1968. Eine Zeitreise, S. 148–155.

dende und bereits brüchige Studentenbewegung zu revitalisieren. Dazu hätten die Frauen ein Anliegen aufgegriffen, das in der gesamten Gesellschaft unerledigt gewesen sei und eine größere Trägerschicht habe erschließen sollen.¹⁶ Aufgrund mangelnder Aufgeschlossenheit seitens der männlich dominierten Bewegung sei dies allerdings nicht gelungen und habe zur Verselbstständigung der Ideen geführt. Damit sei es schließlich zu „feministischen Sezessionen“¹⁷ gekommen.

Dieses Erklärungsmuster wird vor allem auf der Grundlage einer Rede exemplifiziert¹⁸, die die Berliner *SDS*-Genossin Helke Sander im Namen des von ihr mitgegründeten *Aktionsrats zur Befreiung der Frauen* auf der 23. Delegiertenkonferenz des Verbands im September 1968 in Frankfurt hielt. Denn diese Rede, der darauf folgende Tomatenwurf und die Gründung eigenständiger Frauengruppen¹⁹ vermögen zu zeigen, dass es schwelende Konflikte im *SDS* gab, zu denen auch die Frage nach dem Umgang mit Frauen gehörte. Helke Sander warf dem *SDS* schlichtweg Diskriminierung vor. Ihrer Meinung nach gewährte der Verband seinen weiblichen Mitgliedern zwar Redefreiheit, untersuchte aber nicht die Ursachen, „warum sie sich so schlecht bewähren, warum sie passiv sind, warum sie [...] in der Lage sind, die Verbandspolitik mit zu vollziehen, aber nicht dazu in der Lage sind, sie auch zu bestimmen“. Laut Sander war es nichts anderes als „Verdrängung“, wenn der *SDS* bei den wenigen Frauen, die innerhalb des Verbands eine bestimmte Position erworben hatten, nicht danach frage, welche „Versagungen“ ihnen die dafür notwendige „Anpassung an ein Leistungsprinzip“ auferlegt habe.

Sander machte für die Benachteiligung der Frauen im *SDS* eine ganz bestimmte und grundlegende Ursache aus: Der Verband sei ein „Spiegelbild gesamtgesellschaftlicher Verhältnisse“, da er eine „Trennung zwischen Privatleben und gesellschaftlichem Leben“ nachvollziehe, die Frauen in ein „spezifisches Ausbeutungsverhältnis“ zurückwerfe, den Männern aber „ihre alte, durch das Patriarchat gewonnene Identität“ erhalte. Dabei begegne der *SDS* trotz seiner fortschrittlichen Absichten den Schwierigkeiten der Frauen mit Ignoranz und vergeude damit Revolutionspotenzial. Gerade bei „Frauen mit Kindern“ nämlich seien „die Aggressionen am stärksten und [...] die Sprachlosigkeit am geringsten.“ Dies zeigte sich der Einschätzung Sanders zufolge vor allem bei den Studentinnen. Diese Frauen würden, sobald sie Kinder bekämen, „auf Verhaltensmuster zurückgeworfen, die sie meinten, dank ihrer Emanzipation schon überwunden zu haben“. Das Studium und die geistige Entwicklung gerieten aufgrund der „Ansprüche des Mannes und des Kindes“ ins Hintertreffen. Dies löse bei den Frauen „Unsicherheit“ aus, weil „man es nicht fertig gebracht hat, zwischen Blaustrumpf und Frau fürs Haus zu wählen, entweder eine Karriere aufzubauen, die mit einem weitgehenden Verzicht auf Glück erkaufte werden muss oder eine Frau für den Konsum zu sein.“

¹⁶ Vgl. Schmidtke: Aufbruch, v. a. S. 251–254.

¹⁷ Koenen: Das rote Jahrzehnt, S. 233.

¹⁸ Sander: Rede zur Befreiung der Frau (1968), in: Ebbinghaus: Die 68er, S. 154–159, hier S. 154f. Die Rede wurde als Tondokument bei dem Projekt „100(0) Schlüsseldokumente der deutschen Geschichte“ aufgenommen: http://mdzx.bib-bvb.de/cocoon/de1000dok/dok_0022_san.html.

¹⁹ Zu den Ereignissen, die hier nicht erneut wiedergegeben werden sollen, vgl. z. B. Notz: Warum flog die Tomate?, v. a. S. 12–33.

Die düsteren Perspektiven, die Helke Sander hier entwickelte, zeugen von der Unzufriedenheit mancher Frauen mit dem *SDS* ebenso wie von den Bestrebungen, sich für sich selbst und das eigene Geschlecht einzusetzen. Die Rede machte nämlich auch deutlich, dass sich die Gruppe um Sander in ihrer Arbeit in den sogenannten Kinderläden auf die Konflikte von Frauen mit Kindern konzentrieren und die daraus erwachsenden Ansprüche vom *SDS* umgesetzt sehen wollte. Andernfalls seien die Frauen auf einen „Machtkampf“ angewiesen – eine Drohung, die letztendlich auch die Loslösung vom *SDS* bedeuten konnte.

Zwar unterstreicht diese Innenansicht die These, dass die Abgrenzung mancher Frauen von der „68er“-Bewegung sie teilweise dazu motivierte, eigenständig und „in eigener Sache“²⁰ aktiv zu werden. Dennoch bleibt zu untersuchen, ob die individuelle Politisierung von Frauen innerhalb der Revolte nicht auch noch andere Ursachen hatte. Diese Frage ist schon allein deshalb angebracht, weil sich der außerparlamentarische Protest sehr unterschiedlich gestaltete. So wurde zum Beispiel für die Studentenbewegung in München festgestellt, dass der *SDS*, gegen den Sander ihre Vorwürfe richtete, hier eine „nicht so bedeutende Rolle“²¹ einnahm wie in anderen Hochburgen von „1968“ und neben dem *Gewerkschaftlichen Arbeitskreis der Studenten (GAS)*, dem *Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB)* oder dem *Liberalen Studentenbund Deutschlands (LSD)* stand. Angesichts der sich hier abzeichnenden Vielstimmigkeit des Protests soll deshalb nicht nach einzelnen Organisationen und ihrer Frauenpolitik gefragt werden. Es ist allgemeiner der Überlegung nachzugehen, ob der in Helke Sanders Rede anklingende und gemeinhin der Frauenbewegung zugeschriebene Slogan „Das Private ist politisch“ nicht so sehr eine Distanzierung von den Strukturen rund um „1968“ darstellte, als vielmehr die Tatsache widerspiegelte, dass Frauen hier Ideen und Praktiken aufgriffen, die ihnen die politische Unruhe im Verbund mit dem allgemeinen gesellschaftlichen Wandel am Ende der 1960er Jahre boten.

Tatsächlich waren Frauen auch im Protestmilieu der bayerischen Hauptstadt unterrepräsentiert. Die „Idole der Bewegung“ rekrutierten sich ausschließlich aus Männern. Zu den bekanntesten Protagonisten zählte Rolf Pohle. Der Rechtsreferendar und Soziologiestudent gehörte dem Liberalen Hochschulbund an und machte sich als Vorsitzender des AStA der LMU im Sommer 1967 durch „anti-autoritäre“ und „provokative Protestformen“²² ebenso einen Namen wie durch die Leitung der *Rechtshilfe* der APO, die die Verteidigung derer übernahm, die während der Proteste mit der Staatsmacht in Konflikt geraten waren.²³ Zunächst im *Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB)* und schließlich als Sprecher des Münchner *SDS* engagiert, trat Reiner Jendis, der an der LMU Soziologie und Wirtschaftswissenschaften studierte, in München als Ideologe der Neuen Linken

²⁰ Derart wohlwollend kommentierte auch die damalige Chef-Redakteurin der Zeitschrift *konkret* die Ereignisse und trug damit dazu bei, dass die Rede Sanders und der Tomatenwurf im Protestmilieu bundesweit bekannt wurden: Ulrike Meinhoff: Die Frauen im SDS oder In eigener Sache, in: konkret vom 7. 12. 1968, S. 5.

²¹ Hemler: München '68 – war da was?, S. 135.

²² Ebd., S. 124, 125; ähnlich: Hemler: Von Kurt Falthäuser, S. 226ff.

²³ Sein Engagement führte Rolf Pohle (1942–2004) in den 1970er Jahren in das Umfeld der RAF. Bisher existieren nur biografische Notizen zu Pohle, z. B. bei: Stankiewicz: München '68, S. 25f. Pohles eigene Sicht der Dinge: Pohle: Mein Name ist Mensch.

auf.²⁴ Mit diversen so genannten Happenings und der Teilnahme an Demonstrationen sorgten in München nicht nur der Berliner Kommunarde mit bayerischen Wurzeln Fritz Teufel, sondern auch der Arbeiter Siegfried Graue und der Student Heinz Koderer für Aufsehen.²⁵ Eine weitere Symbolfigur der „68er“ in München war Reinhard Wetter. Der Philosophie-Student wurde von der Bewegung sogar zu einem „Opfer der Staatsmacht“ erhoben, als er wegen Amtsanmaßung – er war bei einer Demonstration in Polizei-Uniform aufgetreten – zu einer Haftstrafe verurteilt wurde. Während Wetter 1969 in der Justizvollzugsanstalt Ebrach bei Bamberg einsaß, veranstalteten seine Sympathisanten – Männer wie Frauen – ein „Knast-Camp“.²⁶

Die sich „1968“ zurechnenden Frauen schienen in München zunächst kaum Anstoß daran genommen zu haben, dass es häufig Männer waren, die den Ton angaben. Bei einigen Frauen mag dabei auch Bewunderung und Solidarität eine Rolle gespielt haben, zumindest wenn man einem Journalisten glaubt, der die Ereignisse in München 1968 hautnah und mit Sympathie verfolgte. Er erinnert sich zum Beispiel daran, dass Reinhard Wetter „immer“ „von einem Schwarm hübscher Mädchen“ umgeben gewesen und durch „einige seiner Anhängerinnen“ auch bei seinem Prozess tatkräftig unterstützt worden sei.²⁷ Zudem lassen sich kaum Hinweise dafür finden, dass sich innerhalb der Münchner Protestgruppen Auseinandersetzungen geschlechtsspezifisch aufgeladen hätten und als Konflikt zwischen Männern und Frauen öffentlich gemacht worden wären. Ganz im Gegenteil, wie dies ein Beispiel aus dem Münchner *SDS* zeigt: Unstimmigkeiten wurden hier eher auf das unterschiedliche Alter der Kontrahenten zurückgeführt, etwa wenn es um die Unordnung in den vom *SDS* genutzten Räumen ging. Zwar wurde das Problem von einer Studentin vorgetragen, doch diese thematisierte die Angelegenheit nicht als ein Problem zwischen Männern und Frauen. Vielmehr stellte sie das Verhalten älterer Genossinnen und Genossen an den Pranger, die nichts dafür tun würden, die Wohnung sauber zu halten oder den Mülleimer auszuleeren, und damit die unangenehme „Kehrseite“ der politischen Arbeit den Jüngeren überließen.²⁸

Auch in der Rückschau bringen studenten- und frauenbewegte Zeitzeuginnen ihr Engagement weniger mit einer Unzufriedenheit mit dem „68er“-Protest in Verbindung als mit den Inspirationen, die sie durch „1968“ erhielten. So räumte die damalige Studentin Barbara Riedmüller, die seit dem Sommer 1968 in München immatrikuliert war, zwar ein, dass eine *SDS*-Mitgliedschaft für sie „nicht attraktiv“ gewesen sei, nicht zuletzt deshalb, weil es dort „zu viele Chauvis“ ge-

²⁴ Vgl. Stankiewitz: München '68, S. 26.

²⁵ Vgl. ebd., S. 26, 41 ff.; Erinnerungen Heinz Koderers in: Schlumberger: Türkenstraße, S. 396–402. Heinz Koderer pflegte bis zu seinem Tod 2009 auch das APO-Archiv in München, dessen Sammlungen ins IfZ-Archiv übergegangen sind.

²⁶ Vgl. zuletzt Willi Winkler: Sieben wilde Tage, in: Süddeutsche Zeitung vom 11./12.7.2009. Wetter wurde durch die Strafrechtsreform von 1970 wie die meisten studentischen Demonstrationstäter amnestiert. Zur Kritik der APO an der Justiz vgl. auch Wetters persönliche Erfahrungen: Wetter: Knast-Report. Ausführliche Darstellung auch bei Kraushaar: Bombe, S. 105–115.

²⁷ Stankiewitz: München '68, S. 50.

²⁸ Archiv 451, Ordner Hochschule, SDS Gruppe München 1962–1969: Blatt „Die Kehrseite einer Theorie oder wie im SDS-München junge Genossen verheizt werden“ [Juli 1967].

geben habe. Trotzdem sei sie in den Räumen des *SDS* „ein- und ausgegangen“ und habe bei Demonstrationen mitgemacht, weil sie „angehaucht“ worden sei von der Frage, „was los ist in der Welt“. Ihr Interesse an Frauenfragen wiederum sei auf einen „aha-Effekt“ zurückzuführen, den sie durch ihr Soziologie-Studium erhalten habe und der schließlich dazu führte, eine eigene Frauengruppe zu gründen.²⁹

Die hier geschilderte Aufbruchsstimmung war eine wichtige lebensgeschichtliche Erfahrung, die viele Frauen, die sich zu den „68ern“ zählten, teilen. Bildlich formulierte dies auch Erika Runge, die damals als Autorin und Journalistin in München lebte: „Für mich geht ein Riß durch dieses Jahr: ein Riß, der durch mich selbst ging. Alles, was ich tat, war der Versuch, mit den Widersprüchen in unserer Gesellschaft auch meine Widersprüche zu bewältigen.“³⁰

Diese Widersprüche lastete Runge ganz in „68er“-Manier einer kapitalistischen Klassengesellschaft an und übertrug sie in den „Bottroper Protokollen“³¹, einer Sammlung sozialkritischer Reportagen über Arbeiter und Arbeiterinnen im Ruhrgebiet, auf die Bundesrepublik. Der nachfolgende Dokumentarfilm über die Lebensumstände einer Bergarbeiterwitwe³² führte die Journalistin zum Nachdenken über die Lage ihres eigenen Geschlechts und über die Strukturen einer Gesellschaft, „die [auch] mich geprägt hatten“.³³ In ihrem Buch „Frauen“ aus dem Jahr 1969 suchte Erika Runge nach Identifikationsmöglichkeiten und Vorbildern für eine „gelungene Emanzipation“, sei aber, so ihr Resümee, nicht fündig geworden: Die Erklärung dafür spiegelte die Ideologie von „1968“ wider: Denn dass die Emanzipation nicht gelang, lag Runge zufolge „weniger an den Frauen selbst, als an den Umständen, unter denen sie sich behaupten müssen“.³⁴ Mit der Kritik der „gesellschaftlichen Verhältnisse“ zeigt sich hier eine deutliche Parallele zu dem Gedankengut der „68er“.³⁵

Auf die Anziehungskraft und die Anschlussfähigkeit der Argumente der (Neuen) Linken kommt auch Dagmar Seehuber-Przytulla zu sprechen, die sich seit Mitte der 1960er Jahre in München an einem Arbeitskreis beteiligte, in dem gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Interessenten aus dem *SDS* Marx-Texte lasen und diskutierten. Sie bewegte sich auch im Umkreis der *Subversiven Aktion*³⁶, einer Künstler- und Politgruppe, die während der 1960er Jahre in München immer wieder mit Happenings und Flugblatt-Aktionen für Furore gesorgt hatte. Ihre Beziehung zu einem Mitglied der *Subversiven Aktion*, Dieter Kunzelmann³⁷,

²⁹ Hintergrund-Gespräch mit Barbara Riedmüller vom 20. 12. 2008.

³⁰ Runge: Riß, S. 136.

³¹ Runge: Bottroper Protokolle, Frankfurt am Main 1968.

³² Warum ist Frau B. glücklich? (Fernsehdokumentation 1968) Regie: Erika Runge, z. B. in: Erika Runge: Bottroper Protokolle – Mit der DVD des Fernsehfilms: Warum ist Frau B. glücklich?, Frankfurt am Main 2008 (Sonderausgabe).

³³ Runge: Riß, S. 136.

³⁴ Runge: Frauen. Versuche zur Emanzipation, Frankfurt am Main 1969, die Zitate S. 271.

³⁵ Vgl. Runge: Riß, S. 136.

³⁶ Eine Selbstbeschreibung: Böckelmann/Nagel: Subversive Aktion. Die wissenschaftliche Aufarbeitung z. B. bei: Holmig: Aktionistische Wurzeln der Studentenbewegung, v. a. S. 107–110; Kraushaar: Kritische Theorie und Studentenbewegung, v. a. S. 26ff. In der Forschungsdiskussion über die 1968er Jahre in München wurde die Subversive Aktion einmal als „ein in den frühen sechziger Jahren aktiver, ‚antiautoritärer‘ Münchner Vorläufer des SDS“ beschrieben: Fürmetz: Protest oder „Störung“?, S. 16.

³⁷ Zum Lebensweg des „lebenslangen Berufsprovokateurs“ (S. 306): Reimann: Kunzelmann.

beendete Seehuber-Przytulla nach eigenen Angaben auch deshalb, weil sie sich (finanziell) ausgebeutet gefühlt habe. Dies sei in eine Zeit gefallen, so ihre Erklärung, als sie gerade Friedrich Engels Buch „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“ und damit „viel über die Unterdrückung der Frauen“ gelesen habe. Trotzdem sei sie – unabhängig von Kunzelmann – 1967 nach Berlin gegangen, wo sie die *Kommune 1* mitbegründete. Die dortige Realität scheint sie jedoch ernüchert zu haben. Seehuber-Przytulla beschreibt ihre Erfahrungen in der Kommune als „Verlust einer ‚Idee‘“, die sie letztendlich bewogen hätte, wieder nach München zurückzukehren.³⁸

Auf die Möglichkeiten, die „1968“ gerade Frauen bot, stellte auch eine weitere Münchner APO-Aktivistin ab, Reingard Jäkl, die ebenfalls bereits seit den frühen 1960er Jahren entsprechenden politischen Anschluss gesucht hatte. Zu den Gruppen, „denen ich mich als weibliche Person anschließen konnte“, zählte sie – im Gegensatz zu „traditionellen Studentenverbindungen“ – vor allem die Träger der studentischen Revolte in München: den *Gewerkschaftlichen Arbeitskreis der Studenten (GASt)*, den *SDS*, den *Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB)* und den *Liberalen Studentenbund Deutschlands (LSD)*.³⁹ Die damalige Studentin hatte sich ihrer eigenen Einschätzung nach in diesen Zusammenhängen „gleichberechtigt und als Frau anerkannt“ gefühlt. Dementsprechend empfand sie Helke Sanders Vorwürfe in Frankfurt „als eher peinlich“. Vielmehr sei sie von der studentischen Arbeit „in Richtung Hochschul- und Studienreform“, dem „kollektiven Zugehörigkeitsgefühl zu allen Befreiungsbewegungen auf der ganzen Welt“ und den „Unmengen von Büchern und Zeitschriften“, die linke Verlage und Buchhandlungen offerierten, angetan gewesen. Zweifel habe es im Verlauf der „Sex-Revolution“ zwar gegeben, da es für viele Frauen ein „bitteres Erwachen“ gewesen sei, wenn ein „Nein“ unter „konterrevolutionären Verdacht“ geriet. Sie habe sich deshalb für „Frauenaktivitäten“ begeistern können. An eine „autonome“, allein aus Frauen bestehende Bewegung habe sie allerdings noch keinen Gedanken verschwendet. So habe sie „noch Jahre“ gebraucht, bis sie sich aus den dann als „Männerbünden“ verstandenen politischen Vereinigungen gelöst habe.⁴⁰

Dass die „68er“-Bewegung Frauen involvierte und sich „Frauenthemen“ keineswegs verschloss, zeigt auch das Beispiel des *Trikont-Verlags*, der seinen Sitz in München hatte. Gegründet wurde dieser Verlag 1967 von den *SDS*-Mitgliedern Herbert Röttgen und Gisela Erler, die die Verlagsarbeit vor allem unter dem Aspekt sah, Leute zu erreichen und das Nachdenken zu fördern.⁴¹ In der Absicht, Texte zu veröffentlichen, die in der Bundesrepublik kaum erhältlich waren, widmete sich das Verlagsteam vor allem internationaler Literatur aus den Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt, aber auch linkstheoretischen Auseinandersetzungen – ein Unterfangen, das in der Protestbewegung großen Anklang fand.⁴²

³⁸ Przytulla: Niemand ahnte, das Zitat S.205, 216.

³⁹ Zu den Münchner hochschulpolitischen Gruppierungen und ihren Lagern vgl. Fürmetz: Protest oder „Störung“?, S.15f.; Hemler: Von Kurt Falthäuser, S.216f.; Hemler: München '68 – war da was?, S.119ff.

⁴⁰ Jäkl: Kleine radikale Minderheit, S.145–148, die Zitate passim.

⁴¹ Hintergrund-Gespräch mit Gisela Erler vom 12.12.2008.

⁴² Zu den größten Erfolgen des Trikont-Verlags zählte die sog. „Mao-Bibel“, die sich über 500000-mal verkaufte. Vgl. Hintergrundgespräch mit Gisela Erler vom 12.12.2008; weitere In-

Zur Diskussion stand dabei auch die „Frauenemanzipation“, die 1970 mit einem Sammelband mit Aufsätzen amerikanischer Feministinnen aufgegriffen wurde. Für die „Verlagskooperative“ stand fest, dass die „Unterdrückung der Frau“ am Arbeitsplatz „nur ein Teil ihrer spezifischen Lage ist, und dass ihre Lage ursächlich zusammenhängt mit ihrer sonstigen Funktion als Hausfrau und Mutter.“⁴³ Ganz im Sinne Helke Sanders tauchten die Probleme von Frauen als einer sozialen Gruppe dabei durchaus als möglicher weiterer Beitrag zur Konsolidierung der Protestbewegung auf.

Die „68er“-Bewegung war für Frauen also keineswegs allein mit Enttäuschung und Unzufriedenheit verbunden, weil chauvinistische Verhältnisse ihnen die Teilhabe unmöglich gemacht und in der Folge einem eigenständigen weiblichen Aktivismus Vorschub geleistet hatten. Vielmehr gingen viele Frauen in ihrem Einsatz für die APO auf, waren von ihm geprägt und formten dabei ein eigenes geschlechtsspezifisches politisches Bewusstsein, das auch mit den allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungen in enger Verbindung stand. Demzufolge war das frühe feministische Engagement also weder ausschließlich ein Höhenflug der Revolte noch die reine Distanzierung von ihr, wie manche Darstellungen das glauben machen. Das feministische Engagement war vielmehr Ergebnis von und Reaktion auf „1968“ zugleich.⁴⁴

Ähnliches konstatiert Kristina Schulz, die in ihrer Dissertation die Frauenbewegungen in Frankreich und in der Bundesrepublik vergleicht und den allgemeinen Protest der ausgehenden 1960er Jahre als auslösenden Faktor für das frühe feministische Engagement bezeichnet. Die Historikerin weist durch ihren ideengeschichtlichen Ansatz darauf hin, dass die Frauenbewegung stark von „1968“ beeinflusst gewesen sei und letztendlich sein ideelles Erbe angetreten habe. Entscheidend scheint ihr aber die Beobachtung zu sein, dass sich das feministische Aufbegehren von „1968“ zunehmend absetzte: So sei die Frauenbewegung aus der „68er“-Bewegung hervorgegangen und habe „in entscheidenden Punkten an diese ihrem Selbstverständnis nach neue linke Bewegung“ angeknüpft. „Sie gewann ihr Profil aber zugleich aus der Abgrenzung.“⁴⁵

Demgegenüber ist hervorzuheben, dass der Geist um „1968“ für die aufkeimende Frauenbewegung großes Potenzial bot, womit der Boden für ein feministisches Engagement bereitet worden war, noch bevor manche Frauen der allgemeinen Protestbewegung den Rücken kehrten. Dies verdeutlicht auch ein Hinweis auf einen studentischen Arbeitskreis in München. Dieser wollte unter dem Titel „Sexualität und Herrschaft“ die Rolle der Sexualität „bei der Herausbildung des gesellschaftlichen Bewusstseins und der gesellschaftlichen Verhaltensweisen“ ergründen und dabei ein „Modell praktischer Aufklärung“ erarbeiten. Dabei sollten neben schichten- vor allem geschlechtsspezifische „Sexualnormen“ erkannt

formationen auch in der Broschüre des Archivs 451 – Die Trikont-Bücher und ihre Zeit in München.

⁴³ Verlagskooperative Trikont: Frauenemanzipation, S. 5.

⁴⁴ So auch Horn: Spirit of '68, S. 218: „Nonetheless, it would be wholly ahistorical and misleading to present the feminist movement of the 1970s and subsequent decades primarily as a reaction to 1968. Second-Wave feminism was simultaneously a product and a response to 1968.“

⁴⁵ Die Zusammenfassung folgt: Schulz: Langer Atem, das Zitat S. 59.

werden, um die gängige „Sexualmoral als Mittel zur Erziehung der autoritären Persönlichkeit“ zu entlarven.⁴⁶ Die Bemühungen von „1968“, den Alltag und die Erziehung zu revolutionieren, aber auch die oft unterschwelligen Veränderungen in allgemeinen Lebenseinstellungen ließen sich somit eng mit der Sache der Frauen verknüpfen. Im Folgenden ist deshalb empirisch zu untermauern, dass sich weibliche Emanzipation und frühe Frauenbewegung am Ende der 1960er Jahre unter der Gleichzeitigkeit von politischer Unruhe und allgemeinem Wandel entwickelten und sowohl als Erzeugnisse dieser Zeit als auch als Erwidern auf sie gelten können.

2. Wider die Isolierung der Kleinfamilie: Kinderläden

Ein Betätigungsfeld der Revolte, auf dem sich eine konstruktive Schnittmenge zwischen „1968“ und ersten Ansätzen einer Frauenbewegung ergaben, waren Erziehungsimpulse, die gemeinhin unter dem Stichwort der Kinderläden subsumiert werden.⁴⁷ Auch Helke Sander und der *Aktionsrat zur Befreiung der Frauen* verfolgten seit Anfang des Jahres 1968 diesen Ansatz⁴⁸, damit Mütter den von der Gesellschaft an sie gerichteten Anspruch, die Kinder zu erziehen, erfüllen könnten – und zwar explizit zu ihrem Nutzen und dem Nutzen der Kinder: Um den vom *Aktionsrat* verachteten „Prinzipien des Konkurrenzkampfes und des Leistungsprinzips“ zu entkommen, sollten Mütter „durch Unterstützung ihrer eigenen emanzipatorischen Bemühungen“ den Kindern „die Kraft zum Widerstand geben, damit sie ihre eigenen Konflikte mit der Realität zugunsten einer zu verändernden Realität lösen können.“⁴⁹

Mit den Kinderläden gingen also Anstrengungen einher, zugleich die Situation von Frauen und Kindern zu verbessern. Sie wurden zu einem fassbaren Ort, an dem auch die Beziehungen zwischen Männern und Frauen verhandelt wurden. Öffentliche Aufmerksamkeit erlangten diese Einrichtungen allerdings weniger über die Geschlechterfrage als über die Erziehungsideale, die sich zuvorderst gegen Zwang und Obrigkeit wandten. An diesen als antiautoritär oder repressionsfrei bezeichneten Maximen zeigt sich, dass die Initiativen eindeutig auf die Außerparlamentarische Opposition am Ende der 1960er Jahre zurückzuführen sind, deren Ideologie zumindest teilweise mit ebendiesen Schlagworten operierte. Das Ziel von Kinderläden-Projekten, bereits unter den Kleinsten freie und vor allen Dingen kritische Persönlichkeiten hervorzubringen, die in der Lage sein sollten,

⁴⁶ IfZ-Archiv, ZG/HS München/11: Broschüre „Demokratische Universität. Kritische Arbeitskreise in München“, hrsg. vom Arbeitskreis Demokratische Universität, München 1968.

⁴⁷ Es gibt noch wenig wissenschaftliche Literatur zur Geschichte der Kinderläden, z. B.: Berndt: Gründung erster antiautoritärer Kinderläden; Jansa: Pädagogik der Studentenbewegung. Neuerdings: Baader: Kinderläden.

⁴⁸ Zu den Aktivitäten in Berlin vgl. den Quellenbestand: IfZ-Archiv, ED 914 (Bestand Sander, Helke), v. a. Bde. 37–40, 48–50.

⁴⁹ Helke Sander: Rede zur Befreiung der Frau (1968), in: Ebbinghaus: Die 68er, S. 154–159, die Zitate S. 157, 158.

Unterdrückung zu entlarven und Widerstand zu leisten⁵⁰, stellte langfristig jegliche Herrschaft in Frage – auch eine geschlechtsspezifische.⁵¹

In München geriet ein Kindergarten deshalb sogar ins Visier des bayerischen Verfassungsschutzes. Wenn die Verfassungshüter das Projekt auch nicht als staatsgefährdend einstufen, so mutete es den Beamten dennoch äußerst befremdlich an – und dies sowohl im Hinblick auf die frühkindliche Pädagogik als auch auf die Geschlechterordnung. Der Bericht erläuterte die in den Augen der Polizisten ungewöhnliche Arbeit des Kinderladens ausführlich und band dabei auch immer wieder Selbstbeschreibungen der Initiative ein: Auf einem Plakat hieß es: „Dies ist ein anti-autoritärer Kindergarten, in dem die Eltern zusammen die Erziehung der Kinder bestimmen, d.h. sie kümmern sich um die Arbeit im Kindergarten und arbeiten selbst mit. Strafen sind hier kein Erziehungsmittel und die gemeinsame freie Entwicklung der Kinder geht hier über Ordnung und Sauberkeit.“ Nicht nur die hier festgehaltenen Wertepreferenzen wichen stark von dem ab, was sich die Verfassungsschützer unter den Erziehungszielen eines Kindergartens vorstellten. Auch das Verhältnis zwischen Männern und Frauen schien aufgrund der ausdrücklichen Betonung von Gemeinschaftlichkeit und Partnerschaft nicht mehr das gewohnte zu sein, hatte man doch zudem in Erfahrung bringen können, dass zu einer Informationsveranstaltung für Eltern „normal‘ gekleidete Mütter [...] von vornherein abgewiesen worden“ seien.⁵²

In München gab es seit der zweiten Hälfte der 1960er Jahre eine Vielzahl von Initiativen, die nach Möglichkeiten suchten, die Erziehung der Kinder und den Alltag der Eltern alternativ zu gestalten. Eine Schätzung geht für Anfang der 1970er Jahre von etwa 15 Projekten aus.⁵³ Da diese ausnahmslos auf privates Engagement zurückzuführen sind, meist klein angelegt waren und nur über wenige Jahre existierten, handelt es sich bei dieser Angabe lediglich um einen Näherungswert. In den Archivbeständen lassen sich nur eine Handvoll eindeutig zuzuordnender Namen finden: etwa die eben genannte Stadtteilinitiative aus Fürstenried oder eine Unternehmung in der Königinstraße, die Ende der 1960er Jahre aus einem *Arbeitskreis Emanzipation*⁵⁴ hervorgegangen sein soll.⁵⁵ Gleichzeitig spricht ein Flugblatt aus dem Umfeld der Münchner Universitäten gleich von vier Elterngruppen, die sich in antiautoritären Kindergärten engagierten.⁵⁶ Im Folgenden konzentriert sich die Untersuchung deshalb vor allem auf zwei Unterfangen, die

⁵⁰ Zum revolutionären Gehalt, das der antiautoritären Erziehung beigemessen wurde, vgl. z. B.: Kommune 2: Kindererziehung in der Kommune; Dermittel: Thesen zur antiautoritären Erziehung.

⁵¹ Bisher fanden v. a. Kinderläden in Berlin und Frankfurt am Main Beachtung. Dies liegt auch daran, dass diese bereits zeitgenössisch eine größere Publizität erhielten. Vgl. z. B. Berliner Kinderläden: Antiautoritäre Kinderläden und sozialistischer Kampf, Köln 1970; Bott: Erziehung zum Ungehorsam, Frankfurt am Main 1970 (Berichte aus Berlin, Stuttgart und Frankfurt, die Botts Dokumentarfilm von 1969 fortführten); Seifert: Kinderschule in Frankfurt, in: Vorgänge. Eine kulturpolitische Korrespondenz (1979) 5, S. 158–162.

⁵² BayHStA, MInn 97716: Bericht des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz an das Bayerische Staatsministerium des Innern und das Polizeipräsidium München vom 26. 10. 1970.

⁵³ Vgl. Schäfer/Wilke: Neue Frauenbewegung in München, S. 65.

⁵⁴ Vgl. Kap. II.4.

⁵⁵ IfZ-Archiv, ED 899/5: Praktikumsbericht zu einem Schülerhort in München [1975].

⁵⁶ IfZ-Archiv, ZG/HS München/5: Flugblatt für eine Protestveranstaltung und eine Fragebogen-Aktion „Lustfest“ [nach 1969].

in München während des studentischen Protests für Furore und damit für Niederschlag in den amtlichen Akten sorgten, was die Stetigkeit der Überlieferung im Vergleich zu einer rein privaten Sammlung befördert. Bei den Vorhaben handelt es sich um die Kindertagesstätte, die sich an der Ludwig-Maximilians-Universität etablierte, und den „Freien Kindergarten“ an der Kunstakademie. Beide Unternehmungen rührten aus der zweiten Hälfte der 1960er Jahre her, gingen auf studentische Initiativen zurück und bestanden sowohl aus Männern als auch aus Frauen.

Die Münchner Projekte waren ihrem Selbstverständnis nach Gegenmodelle zu einem aus ihrer Wahrnehmung heraus völlig unzureichenden System der öffentlichen Kinderbetreuung⁵⁷ und eines Familienleitbilds, das Frauen und Kinder benachteilige. Dementsprechend wollten sie nicht nur die Situation der Kinder, sondern auch die der Eltern, vor allem aber die der Mütter, verbessern. Der allgemeine (Werte-)Wandel und der außerparlamentarische Protest gingen in der Begründung der Vorhaben Hand in Hand. In einem Flugblatt der Universitätskindertagesstätte⁵⁸ hieß es, dass Kinder nicht länger „wehrlose Opfer gesellschaftlicher Verhältnisse“ sein dürften: Nicht nur, dass Kindergärten und -krippen „hoffnungslos überbelegt“ seien. Bei diesen Einrichtungen handele es sich zudem lediglich um „Verwahrnstanalten“, die die Kinder neurotisierten. Diese Missstände waren gemäß des Flugblatts allerdings erst die Folge eines anderen Problems, nämlich dem des Fortbestands einer Familienidylle, die mit der „Wirklichkeit der heutigen Kleinfamilie“ nichts mehr zu tun habe. Festgehalten wurde dabei insbesondere die veränderte Lage der Frauen: „Die Zeiten der patriarchalischen Großfamilie sind vorbei, in denen liebe Omas und Tanten der überforderten ‚Gehilfin‘ des Mannes ‚selbstlos‘ zur Seite standen.“ Eine geschlechtliche Arbeitsteilung, gar die Hierarchisierung weiblicher und männlicher Aufgaben, die die Frauen ebenso belastete wie diskriminierte, hatte sich der Initiative zufolge also überlebt.

Stattdessen galt es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es auch Frauen ermöglichen, sich eigenständig zu entwickeln, ohne dass dabei die Kinder auf der Strecke blieben. Die gegebenen Umstände würden dies dem Flugblatt zufolge aber nicht zulassen und damit den Müttern wie den Kindern schaden: „In den meisten Fällen gibt die Frau das Studium auf, jobbt oder wird Hausfrau und Mutter, jede Möglichkeit zur Emanzipation geht verloren, die autoritäre Kleinfamilie reproduziert ihre Charakterstruktur in den Kindern. Wenn sie weiterstudiert, ist sie unter dem Druck ihrer von der Gesellschaft als naturgegeben und zur Privatangelegenheit erklärten Doppelbelastung unfähig, sich kritisch zu ihrem Studienfach zu verhalten.“ Für die Gründerinnen und Gründer der Kindertagesstätte an der Universität war unbestritten, dass diese Beobachtungen kein individuelles Problem darstellten. Ihnen zufolge konnten Frauen den hier geschilderten Zwiespalt nicht für sich allein lösen. Vielmehr müssten Mütter wie Väter die eigenen vier Wände verlassen und den Umgang mit Kindern politisieren: „Die Erziehung der Kinder

⁵⁷ Wie in Kap. I.2. bereits angesprochen, entsprach diese Wahrnehmung den Tatsachen, wie auch von staatlicher Seite eingeräumt wurde.

⁵⁸ Hier und im folgenden: Universitätsarchiv München, Puffer-Ordner 1: Flugblatt der Uni-Kindertagesstätte vom 10.6.1969.

ist nicht Privatsache ihrer Eltern, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe. Wir müssen unsere Bedürfnisse selbst organisieren.“

Das hier zitierte Flugblatt datiert auf Juni 1969 und damit auf die Zeit nach der Rede Helke Sanders, von deren Argumentation es stark inspiriert scheint. Allerdings stand der Aufbau einer Kindertagesstätte an der LMU bereits seit dem Sommer 1966 auf der studentenpolitischen Agenda. Die Dringlichkeit dieses Vorhabens trug die studentische Selbstverwaltung auch zunehmend nach außen. Im Vordergrund stand dabei zunächst die missliche Lage studierender Eltern, die nur unter großen Schwierigkeiten geeignete Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder fanden. Eine Umfrage des Sozialreferats des AStA hatte ergeben, dass es deshalb weit über zwei Drittel der Befragten begrüßen würden, „wenn sie ihre Jüngsten tagsüber in einer Universitätskinderkrippe oder einem Universitätskindergarten unterbringen könnten.“⁵⁹ Dieses Anliegen stieß in der Öffentlichkeit auf breites Verständnis: Unter den „rund 700 Kindern der verheirateten 1400 Studenten“ seien viele „Sorgenkinder“, für die es keinen Betreuungsplatz gebe, hieß es in einer Zeitungsmeldung.⁶⁰

Seit 1967 schickten sich auch Studierende an der Kunstakademie an, ihren Nachwuchs zum Politikum zu machen.⁶¹ Unterstützung fanden sie dabei auch beim Lehrpersonal und der Leitung der Hochschule. Der Präsident der Kunstakademie, Paolo Nestler, nahm sich der „Belastungen junger Studentenehepaare mit Kindern“ an und bezeichnete in einem Schreiben an das Kultusministerium im August 1968 eine Kinderkrippe als „wirksamste Hilfe“. Schließlich gehöre es „während des Semesters bereits zum alltäglichen Bild“, „dass Kleinstkinder in Kinderwagen oder Laufställen im Akademiepark oder in den Gängen vor den Ateliers stehen und für längere Zeit völlig ohne Aufsicht sind.“⁶²

Obwohl in diesen Begründungen der Betreuungsnotstand in den Mittelpunkt rückte, darf nicht übersehen werden, dass sich die studentischen Pläne vor allem an einer als verbesserungsbedürftig empfundenen Lage der Frauen ausrichteten. So war eine *Studiengruppe* aus der Fachrichtung Psychologie, die das Projekt an der LMU wissenschaftlich begleiten wollte, explizit auf der Suche nach einer „neuen Form der Betreuung von Kleinkindern“, um „berufstätigen oder studierenden Müttern – im Gegensatz zu den üblichen Kinderkrippen – eine verantwortliche Beteiligung an ihren Elternrechten und -pflichten“ zu eröffnen. Statt Kinder lediglich irgendwo abzuliefern, müsse ein „sinnvolleres System“ aufgebaut werden, bei dem die Eltern die Kindererziehung „als ihre eigene Aufgabe annehmen und durch Gruppenbildung in weitgehender Selbsthilfe mitverantwortlich“

⁵⁹ BayHStA, MK 69934: Schreiben des AStA der LMU/Sozialreferat an das Kultusministerium vom 21. 6. 1966. Dem Schreiben beigefügt: Statistische Erhebung über die Situation der verheirateten Studentinnen und Studenten an der Ludwig-Maximilians-Universität München, durchgeführt vom Sozialreferat des AStA in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt bei der Rückmeldung zum Sommersemester 1966; Staatsarchiv München, Pol. Dir. 15985: Bericht einer Aktivistin über die „Child-Power-Demonstration für einen Kindergarten an der Universität“ [Frühjahr 1969].

⁶⁰ Wohin mit Studentenkindern? Wenn die Eltern studieren – Sorgen auch mit Wohnungen, in: Münchner Merkur vom 16./17. 7. 1966.

⁶¹ BayHStA, MK 74351: Freier Kindergarten der Kunstakademie München e. V.: Bericht 1971 für das Schulreferat der Stadt München, Januar 1971.

⁶² BayHStA, MK 74351: Schreiben des Präsidenten der Akademie der Bildenden Künste Paolo Nestler an das Bayerische Kultusministerium vom 19. 8. 1968.

gestalten.⁶³ Die Betreuung des Nachwuchses erhielt hier also eindeutig politische Relevanz besonders für die Frauen, denen eine – offenbar im Gegensatz zu bisherigen Möglichkeiten – aktivere Rolle zugeschrieben wurde, die den Anspruch auf Mitbestimmung erhob.

Die Umsetzung dieser Absichten hielt mit der Entwicklung der „68er“-Revolute Schritt. Die universitären Kinderläden wurden dabei zu einem weiteren Beispiel⁶⁴ dafür, dass zunächst relativ konsensual begonnene Reformen von der Protestbewegung aufgegriffen und polarisiert wurden. Dies hing vor allem damit zusammen, dass sich an der Frage der universitären Kinderbetreuung ein Konflikt mit dem Kultusministerium entzündete, der aus der Sicht der Rebellierenden ein Paradebeispiel für das Agieren des so verabscheuten „Obrigkeitsstaats“ darstellte. Zum Problem wurde, dass man allen Ansätzen zur Selbsthilfe zum Trotz die Vorhaben „nicht nur aus eigenen Mitteln finanzieren“⁶⁵ konnte. Die studentischen Selbstverwaltungen von LMU und Kunstakademie hatten sich deshalb bereits 1966 beziehungsweise 1968 mit der Bitte an das Kultusministerium gewandt, die Idee einer universitären Kinderbetreuung zu unterstützen: Neben Geld sollte das Kultusministerium vor allem passende Gebäude zur Verfügung stellen.⁶⁶

Diese Gesuche beschied das Kultusministerium über mehrere Jahre abschlägig, obwohl man behördenintern Kinderkrippen für ein „berechtigtes Anliegen der Studentenschaft“⁶⁷ hielt, das in der Bundesrepublik so allgemein vertreten werde, „dass Bayern [dem] kein Hindernis entgegenzusetzen sollte“.⁶⁸ Anscheinend waren die Ministerialbeamten sogar dazu bereit, bestimmte Veränderungen anzuerkennen. „Unabhängig davon, ob man die Studentenehe für sinnvoll hält oder nicht“, hieß es in einem Vermerk, seien diese ebenso wie Kinder aus solchen Verbindungen ein Faktum. Dem Ministerium ging es dabei vor allem um die Lage der Studentinnen, denen universitäre Krippen das Leben insoweit erleichtern würden, als dass „studierende Mütter ihre Kinder dort ohne Zeitverlust hinbringen und abholen könnten.“⁶⁹

⁶³ BayHStA, MK 70109: Schreiben der Studiengruppe für politische Psychologie und Kommunikationsforschung an das Kultusministerium vom 2.1.1967; BayHStA, MK 69934: Schreiben der Studiengruppe für politische Psychologie und Kommunikationsforschung an das Kultusministerium vom 4.2.1967. Dass Studierende der Psychologie besonderes Interesse an alternativen Erziehungsstilen hatten, zeigt auch: IfZ-Archiv, ZG/HS München/4: Artikel „Universitätskindertagesstätte. Projektgruppe antiautoritärer Kindergarten“, in: Psycho-Polit. Information für Psychologen [an der LMU] vom 18.6.1969.

⁶⁴ Vgl. hierzu die Einzelstudien des Forschungsprojekts „Reform und Revolte“ im Institut für Zeitgeschichte München-Berlin: Bernhard: Zivildienst; Hein: Die Westdeutschen; Rohstock: Von der „Ordinarienuniversität“; Kittel: Marsch durch die Institutionen.

⁶⁵ Statt Kinderkrippe Parkplatz?, in: Münchner Studentenzeitung vom 13.4.1969.

⁶⁶ BayHStA, MK 69934: Schreiben des AstA der LMU/Sozialreferat an das Kultusministerium vom 21.6.1966; BayHStA, MK 74351: Freier Kindergarten der Kunstakademie München e.V.: Bericht 1971 für das Schulreferat der Stadt München, Januar 1971.

⁶⁷ BayHStA, MK 70109: Vormerkung des Referats I/11 zur Errichtung einer Kinderkrippe an der Universität Erlangen/Nürnberg vom 25.7.1968; ebenso BayHStA, MK 70109: Antwort des Bayerischen Kultusministeriums auf die Anfrage des Kultusministers von Schleswig-Holstein zur Frage der Kindertagesstätten an Universitäten vom 31.7.1968.

⁶⁸ BayHStA, MK 69934: Vormerkung des Ref. I/11 des Kultusministeriums vom 26.7.1968.

⁶⁹ BayHStA, MK 70109: Vormerkung des Referats I/11 zur Errichtung einer Kinderkrippe an der Universität Erlangen/Nürnberg vom 25.7.1968; ebenso BayHStA, MK 70109: Antwort des Bayerischen Kultusministeriums auf die Anfrage des Kultusministers von Schleswig-Holstein zur Frage der Kindertagesstätten an Universitäten vom 31.7.1968.

Die von den Kinderbetreuungs-Projekten erhofften Früchte trug dieses Verständnis nicht. Zwar war den studentischen Initiativen bis 1969 aus eigener Leistung und mit Zustimmung der Hochschulen gelungen, in Universitäts- beziehungsweise Akademiegebäuden provisorische Kindergärten einzurichten.⁷⁰ Offiziell überließ das Kultusministerium den Engagierten entsprechende Räumlichkeiten jedoch nicht, was bereits in früheren Ablehnungsbescheiden mit formalen Einwänden begründet wurde. So sei die Errichtung von Kinderkrippen keine staatliche Aufgabe, sondern obliege laut Jugendwohlfahrtsgesetz und Gemeindeordnung den Trägern der freien Jugendhilfe beziehungsweise den Kommunen – hier also der Stadt München.⁷¹ Zu diesem rechtlichen Verweis, der auch aus der Angst vor weiteren finanziellen Belastungen infolge weiterer Anfragen aus anderen bayerischen Universitäten herrührte⁷², traten konkrete Bedenken hinzu, was die Gebäude anbelangte. So kollidierten die Interessen der Initiativen mit der politisch forcierten Expansion der Hochschulen. Dem Ausbau der Universität wurde von Seiten des Kultusministeriums dabei Vorrang vor den Belangen frühkindlicher Erziehung eingeräumt. Zudem fürchtete man, dass der Universitätsbetrieb durch die Lärmbelästigung der Kinder gestört würde. Es sei nicht zweckmäßig, so war als Erklärung zu lesen, „eine Kinderkrippe in einem Gebäude in enger räumlicher Verbindung mit der Studentenbücherei, der akademischen Buchhandlung, Club- und Studioräumen unterzubringen.“⁷³

Den Studierenden erschienen die Absagen des Kultusministeriums alles andere als einleuchtend, ja sogar fadenscheinig. Es herrschte Enttäuschung darüber, dass sich der Einsatz für ein aus Sicht der Kinderkrippen-Initiativen demokratisches wie soziales Anliegen nicht gelohnt hatte: „Verhandlungen und Petitionen, Eingaben und Briefe“ seien völlig wirkungslos geblieben, obwohl „es schien, dass dieses Mal studentische Interessenvertretung im traditionellen Stil erfolgreich sein würde.“⁷⁴ Die regelkonforme Partizipation wurde aber zu dieser Zeit ohnehin bereits von radikaleren und extrovertierteren Formen der Meinungsäußerung überlagert. In der turbulenten Zeit am Ende der 1960er Jahre geriet die Frage der Kinderbetreuung damit in den Strudel der Revolte, denn die Reaktion des Kultusministeriums auf die Kindergärten an den Hochschulen eignete sich für eine Polarisierungstaktik: An der LMU wie an der Kunstakademie hatten sich sogenannte *Basisgruppen* gebildet, die den Aufbau der universitären Kindergärten vorantreiben wollten und die langwierigen Verhandlungen mit dem Kultusministerium ganz nach den Grundsätzen der „68er“-Bewegung als Auseinandersetzung mit einer autoritären Bürokratie stilisierten.⁷⁵ Die ablehnenden Bescheide des Ministe-

⁷⁰ Provisorischer Studentenkindergarten in den Räumen des AStA Uni, in: Münchner Studentenzeitung vom 29. 10. 1969; BayHStA, MK 74351: Freier Kindergarten der Kunstakademie München e. V.: Bericht 1971 für das Schulreferat der Stadt München, Januar 1971.

⁷¹ BayHStA, MK 69934: Entschließung des Kultusministeriums vom 19. 9. 1968.

⁷² BayHStA, MK 69934: Vormerkung des Ref. I/11 des Kultusministeriums vom 18. 3. 1968.

⁷³ BayHStA, MK 69934: Entschließung des Kultusministeriums vom 19. 9. 1968.

⁷⁴ Statt Kinderkrippe Parkplatz?, in: Münchner Studentenzeitung vom 13. 4. 1969.

⁷⁵ Universitätsarchiv München, Puffer-Ordner 1: Flugschrift der Uni-Kindertagesstätte vom 10. 6. 1969; BayHStA, MK 51411: Zusammenstellung des AStA der Kunstakademie „Dokumentation zu den obrigkeitstaatlichen Maßnahmen der Kultusbürokratie“ vom Sommer 1969; Staatsarchiv München, Pol. Dir. 15985: Berichte einer Aktivistin und eines Aktivisten über die „Child-Power-Demonstration für einen Kindergarten an der Universität“ [Frühjahr 1969].

riums riefen bei den *Basisgruppen* Widerspruch hervor: Man fühlte sich und die Kinder in die Rolle der „kleinen radikalen Minderheit“⁷⁶ gedrängt, verstand aber, darauf entsprechend zu reagieren – und das in zweierlei Hinsicht: Zum einen wies man verstärkt auf den revolutionären Gehalt der angestrebten Erziehungsmethoden hin, zum zweiten setzte man bewusst auf einen nach außen gerichteten Aktionismus. Beide Reaktionen verfügten dabei klar ersichtlich über eine weibliche Komponente.

Ein „repressionsfreier“ beziehungsweise „antiautoritärer“ Umgang mit Kindern⁷⁷ erschien nun als die einzig glaubwürdige Alternative zu den vorhandenen Kindergärten, die als Sinnbild des verachteten „Establishments“ lediglich eine „rigorose Anpassung an eine nicht weiter auf Ziele oder Veränderbarkeit hin befragte Realität“ vollzögen. An deren Stelle musste aus Sicht der *Basisgruppen* eine Erziehung treten, die eine „freie Entfaltung der kindlichen Bedürfnisse“ fördere und dabei die „Eltern als Gruppe“ einbeziehe. Dies solle, so die Absicht, eine „Veränderung ihrer Haltungen und Lebensweisen“ nach sich ziehen und letztendlich ein „Elternkollektiv“ formen, das „an Stelle der ramponierten Vaterfigur [...] und unkontrollierbarer und unkritisierbarer Einflüsse der Gesellschaft (Konsum, Massenmedien) ein Identifikationsobjekt werden kann“.⁷⁸

Zu der theoretischen Beschäftigung mit den Geschlechterrollen, die hier ganz im Sinne des Psychoanalytikers Alexander Mitscherlich (und der „68er“-Bewegung) nicht zuletzt aufgrund der nationalsozialistischen Vergangenheit an väterlichen Vorbildern zweifelte⁷⁹, trat ein unübersehbares Engagement von und für Frauen, die sich im Stil der Hochschulrevolte auch an spektakulären Kindergarten-Aktionen beteiligten. Als sich die *Basisgruppen* im ersten Halbjahr 1969 in eingetragene Vereine umwandelten, um unabhängig von Wohlfahrtsverbänden oder der Stadt München selbst als Träger ihrer Projekte auftreten zu können, war das Verhältnis von männlichen und weiblichen Mitgliedern fast ausgeglichen: So verzeichnete die Satzung des *Freien Kindergartens der Kunstakademie München* 25 Unterschriften, von denen elf von Frauen stammten. Die *Universitätskindertagesstätte e. V.* verfügte über 19 Gründungsmitglieder, von denen zehn weiblich waren.⁸⁰ In den politischen Bemühungen um den Aufbau einer universitären Kinderbetreuung traten ebenfalls Frauen hervor, sei es, dass sie im Kultusministerium vorsprachen und ihre Sicht der Dinge schilderten⁸¹, sei es, dass sie für Flugblätter verantwortlich zeichneten⁸².

⁷⁶ Archiv der Münchner Arbeiterbewegung, Flugblattsammlung; Flugblatt der Initiative zu einer Universitätskindertagesstätte „Wir sind eine kleine radikale Minderheit“ [Frühjahr 1969].

⁷⁷ Universitätsarchiv München, Puffer-Ordner 1 und 2, die mehrere sog. „Kinderflugblätter“ enthalten.

⁷⁸ Projekt Kinderkrippe, in: Münchner Studentenzeitung vom 4.7.1969.

⁷⁹ Die Gruppe bezog sich hier auf Mitscherlich: Vaterlose Gesellschaft.

⁸⁰ BayHStA, MK 74351: Satzung des Vereins „Freier Kindergarten der Kunstakademie München“ vom 20.1.1969; BayHStA, MK 69934: Protokoll der Gründungsversammlung der Universitätskindertagesstätte e. V. vom 20.5.1969.

⁸¹ BayHStA, MK 74351: Vormerkung des Ref. IV/2 des Kultusministeriums vom 31.1.1969.

⁸² Universitätsarchiv München, Puffer-Ordner 1: Flugschrift der Uni-Kindertagesstätte vom 10.6.1969; Universitätsarchiv München, Puffer-Ordner 2: Kinderflugblatt IV. Literaturliste [1969/70].

Die Frauen fielen aber vor allen Dingen bei den Happenings auf, mit denen die Kinderbetreuungs-Initiativen, inspiriert von den Formen des allgemeinen Protests, auf die Dringlichkeit ihrer Vorhaben aufmerksam machten. So ist in Berichten von offizieller Seite, die sonst gemeinhin von „Studenten“ sprechen, zu lesen, dass im März 1969 „rund 50 Studentinnen und Studenten mit ihren Kindern“ in einer unangemeldeten Demonstration von der Kunstakademie zum Kultusministerium gezogen seien, um einen Kindergarten zu fordern. Dort hätten sie „bunte Papierschnitzel“ verstreut und dort anwesende Polizeibeamte beleidigt, weshalb „drei Demonstranten“ vorläufig festgenommen worden seien. Dem Polizeibericht ist zu entnehmen, dass die Polizisten mit der Situation vollkommen überfordert waren. Die Beamten bezeichneten es nicht nur als ungewöhnlich, dass sie „durchwegs jüngere weibliche Angehörige [des SDS und der APO]“ vor sich hatten, die mit Kleinkindern Flugblätter verteilten. Vielmehr seien sie „besonders von den Mädchen“ beschimpft und bei den Festnahmen von „männlichen und weiblichen Demonstranten“ geschlagen worden, nachdem einem Polizisten ein „Ballen Papierschnitzel in den Mund geschleudert“ worden sei, „so dass ihm für kurze Zeit die Luft wegblieb und Übelkeitserscheinungen auftraten.“ Als man eine „dunkelhäutige Demonstrantin“ festgehalten habe, hätte ihr eine andere ein Kind in die Arme gedrückt, worauf man „sofort“ von der „Mulattin“ abgelassen habe.⁸³

Für die LMU sind für Juni 1969 einige „Kinderdemonstrationen“ überliefert, die studierende Eltern als bewusste Provokation veranstalteten.⁸⁴ Der Rektor Audomar Scheuermann vermeldete dabei, dass „Leute“ mit mehreren Kindern „wiederholt“ in den Lichthof gekommen seien, um diese dort „spielen, Wände beschmieren und schreien [zu] lassen“. Dabei sei „Schlagermusik“ gelaufen. Gegenüber solcher Zweckentfremdung universitären Raums räumte der Rektor Machtlosigkeit ein, „da man Polizei gegen Kinder nicht einsetzen kann“⁸⁵ – eine Reaktion, auf die die Initiatorinnen und Initiatoren, die zu diesen „teach-ins“ aufgerufen hatten⁸⁶, vermutlich auch setzten. Im Juli 1969 schließlich, als „linksgerichtete Studenten“ aus Protest gegen die geplante Hochschulreform die LMU in Franz-Gans-Universität umbenannten, waren den Aufzeichnungen des bayerischen Innenministeriums zufolge etwa 80 Demonstranten, darunter „viele Studentinnen mit Kindern“, in einem nicht angemeldeten Aufzug von der Universität zum Leopoldpark gezogen. Ihnen seien weitere 150 Teilnehmer gefolgt. Zur

⁸³ BayHStA, MInn 97893: Zusammenfassende Darstellung bemerkenswerter studentischer Aktionen, Demonstrationen und Veranstaltungen während des Wintersemesters 1968/69 durch das Bayerische Staatsministerium des Innern vom 23.5.1969; Staatsarchiv München, Pol. Dir. 15985: Polizeibericht des Polizeiamtes Nord „betreffend ‚Unerlaubter Demonstrationenzug am 13.3.1969‘“. Die Demonstration fand als „Papierschnitzel-Happening“ auch Niederschlag in der Presse: Dorothea Goebel: Blumen-Kinder zogen zum Kultusminister, in: tz vom 14.3.1969; Thomas Gebel: Protest mit Kinderwagen. APO-Sprößlinge bewarfen Polizisten mit Papierblumen, in: Süddeutsche Zeitung vom 14.3.1969; Erst war's fröhlich, dann kam die Polizei, in: Abendzeitung vom 14.3.1969.

⁸⁴ So sprechen Flugblätter vom Erfolg solcher Demonstrationen, z. B.: IfZ-Archiv, ZG/HS München/8: Flugblatt [studierender Eltern der LMU] „Unsere Lichthof-Aktionen mit den Kindern haben Erfolg gehabt“ [1969].

⁸⁵ Universitätsarchiv München, Sen 389/19b/5: Bericht des Rektors der Universität München an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus vom 30.6.1969.

⁸⁶ Universitätsarchiv München, Puffer-Ordner 1: Flugschrift der Uni-Kindertagesstätte vom 10.6.1969.

Unterhaltung der Kinder habe man „fünf Ponys“ gemietet, ansonsten „artete die Veranstaltung [...] zu einem Biergelage aus“.⁸⁷

Wie sehr der Konfrontation der Revolte mit der „Staatsmacht“ über die Frage der Kinderbetreuung Ausdruck verliehen wurde, zeigte sich aber vor allem in der Kunstakademie. Als die Akademie nach einer Besetzungsaktion und mehreren lebhaften Happenings im Juli 1969 zum zweiten Mal in diesem Jahr vom Kultusministerium geschlossen wurde⁸⁸, setzte die studentische Vollversammlung alles daran, sich gegenüber den Behörden zu behaupten. Als Gegenmaßnahme beschloss man, den Betrieb des Kindergartens, der zu diesem Zeitpunkt bereits in den Steinbaracken des Akademiegartens untergebracht war, aufrechtzuerhalten. Zudem sollte die Wiese vor dem Gebäude in einen Kinderspielplatz verwandelt werden.⁸⁹ Diese Strategie zeitigte den gewünschten Erfolg: Die Münchner Zeitungen reagierten auf die Entscheidung des Kultusministeriums fast ausnahmslos im Sinne der Studierenden. Da sogar der Akademiekindergarten mit einem Vorhängeschloss versehen worden sei, schrieb die *Abendzeitung*, hätten sich die Eltern notgedrungen „mit Gewalt“ Zugang verschaffen müssen.⁹⁰ Auch beim *Münchner Merkur* fühlte man mit den „Studentenmüttern“, die mit ihren Kindern vor der Akademie stehen und auf das Eintreffen der Polizei warten müssten, obwohl sie sich so bemüht hätten, das „politische Hin und Her“ von ihrem Nachwuchs fernzuhalten.⁹¹ Die Kritik am Kultusministerium war aber nicht nur publizistischer Natur. Auch der Senat der Kunstakademie sprach davon, dass sich das Ministerium im Falle des Kindergartens „asozial“ verhalte, wenn es die studentische Eigeninitiative durch Formalia „verzögert und boykottiert“ habe, „obwohl offensichtlich politisch-inhaltliche Motive die Ursache sind.“⁹²

Anhand der Akten des Kultusministeriums lässt sich eine solche Interpretation weder zweifelsfrei bestätigen noch zurückweisen. Die Institution lavierte zwischen einem gewissen Verständnis gegenüber einer universitären Kinderbetreuung und ihrer Ablehnung, die sie aber ausnahmslos mit der rechtlich fixierten Zuständigkeit von Wohlfahrtsverbänden bzw. Gemeinden begründete. Allerdings zeigt der Verlauf der Ereignisse auch, dass die Dynamik der Revolte eine Verständigung weder auf Seiten der alternativen Kindergarten-Projekte noch auf Seiten des Ministeriums beförderte. Die gütliche Lösung, die man letzten Endes doch noch erreichte, kam vor allem durch die vermittelnde Position der Stadt München zustande.

Diese hatte Gesuche, die die Kinderbetreuungsinitiativen an beiden Hochschulen neben dem Kultusministerium auch an die Kommune gerichtet hatten, positiv beantwortet. Anfang Juli 1969 entschied der Münchner Stadtrat, den Aufbau und das notwendige Personal der beiden Einrichtungen durch finanzielle Zuschüsse

⁸⁷ BayHStA, MK 70345: Bayerisches Staatsministerium des Innern an die bayerische Staatskanzlei vom 14. 7. 1969.

⁸⁸ Zu den Ereignissen an der Kunstakademie: Schneider: 1969; Schmidt-Grohe: Blick zurück ohne Zorn.

⁸⁹ BayHStA, MK 51411: Protokoll der studentischen Vollversammlung der Kunstakademie vom 14. 5. 1969.

⁹⁰ Knut Nievers: Schloss vor dem Kindergarten, in: *Abendzeitung* vom 23. 7. 1968.

⁹¹ Heinz Borkert: Klage gegen Akademieschließung, in: *Münchner Merkur* vom 20. 7. 1969.

⁹² BayHStA, MK 51411: Stellungnahme des Senats der Akademie der Bildenden Künste München zu den ministeriellen Erlassen des Bayerischen Kultusministeriums vom 7. 7. 1969.

abzusichern.⁹³ Im Falle des Akademiekindergartens übernahm die Stadt sogar die Trägerschaft und führte ihn als Modellversuch, mit dem ein neuer Erziehungsstil erprobt werden sollte.⁹⁴ Unwidersprochen blieben diese Entscheidungen im Stadtrat nicht: Einwände kamen aus der CSU-Fraktion nicht nur wegen der im Vergleich zur Unterstützung der bestehenden städtischen Kindergärten höheren Kosten. Fragwürdig erschien auch die Absicht, sich in enger Abstimmung mit dem Verein an der Kunstakademie an einer „repressionsfreien Erziehung im Kollektiv“ zu versuchen.⁹⁵ Diese Bedenken wurden aber von der SPD-Mehrheit unter Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel nicht geteilt, dessen Politik in Bezug auf die Studentenbewegung in München meist als eine Suche nach Konsens beschrieben wird.⁹⁶

Im Hinblick auf die studentische Kinderbetreuung ist eine Einigung aller Beteiligten vor allem Anton Fingerle zu verdanken, der sich in seiner Funktion als Stadtschulrat pädagogischen Neuerungen gegenüber sehr aufgeschlossen zeigte.⁹⁷ So machte er sich im Stadtrat, vor allem aber beim Kultusministerium, für die Sache der Studierenden stark: Die Beschlüsse der Stadt seien „nicht zuletzt im Interesse des Friedens der Akademie“ gefällt worden. Neben dem „Beitrag zur Entspannung der Situation“ erkannte der Stadtschulrat in den Ansätzen der beiden Initiativen Potenzial für München: Durch die gezielte Förderung der Kindergärten habe man die Möglichkeit, „Methoden und Ergebnisse der bereits in allen westlichen Demokratien verbreiteten repressionsfreien Erziehung aus nächster Nähe zu beobachten und die daraus gewonnenen Erkenntnisse für die Gesamtheit der städtischen Kindergärten zu verwerten“. Auf Befehle oder Strafen zu verzichten und auf die Wirkung von Kinder- und Elterngemeinschaft zu setzen, waren aus der Sicht Fingerles „positive pädagogische Absichten, wenn auch auf ungewohnten Wegen“. Diese würden aber keinesfalls zu einer negativen „Erziehung zum Ungehorsam“ oder zur einer „politischen Indoktrination“ führen, schon allein deshalb nicht, weil die Stadt als Trägerin der Einrichtungen Einwirkungsmöglichkeiten habe. Allerdings betonte der Stadtschulrat auch die Einmaligkeit des Vorgehens, denn seiner Meinung nach konnten die hier angeführten Argumente die Übernahme weiterer „repressionsfreier“ Kindergärten durch die Stadt nicht begründen.⁹⁸

⁹³ Stadtarchiv München, Bd. 742/1: Niederschrift über die 11. Sitzung des Stadtrates der Landeshauptstadt München vom 2. 7. 1969.

⁹⁴ Stadtarchiv München, Bd. 742/2: Niederschrift über die 21. Sitzung des Stadtrates der Landeshauptstadt München vom 3. 12. 1969. – Nach dem bisherigen Stand der Forschungen zu den Kinderläden handelt es sich hierbei um einen Präzedenzfall in der Bundesrepublik. Bisher war nur für Frankfurt am Main nachgewiesen, dass eine Stadt die antiautoritäre Erziehung als Modell erprobte. Das Projekt begann hier aber erst 1972. Vgl. Schmid: Das Frankfurter Modellprojekt Kita 3000.

⁹⁵ Stadtarchiv München, Bd. 742/2: Niederschrift über die 21. Sitzung des Stadtrates der Landeshauptstadt München vom 3. 12. 1969.

⁹⁶ Vgl. Rumschöttel: Vogel, S. 173; Vogels persönliche Erinnerungen an die Münchner Ereignisse um „1968“, die er mit „Diskussionen und Demonstrationen“ überschrieb: Vogel: Amtskette, S. 179–197.

⁹⁷ Diese Einschätzung folgt: Hahnzog: Oberbürgermeister und Referenten, S. 253.

⁹⁸ BayHStA, MK 74351: Schreiben des Stadtschulrats Anton Fingerle an das Kultusministerium vom 30. 4. 1970; Stadtarchiv München, Bd. 743/68: Schulreferat: Fragestunde: Anfrage von Herrn Stadtrat Hans Jürgen Jäger vom 27. 5. 1970.

Diese Argumentation fand schließlich auch das Plazet des Kultusministeriums, indem es die von den Kindergärten bereits bezogenen Gebäude auf dem Hochschulgelände offiziell diesen Einrichtungen überließ. Die Trägerschaft übernahm aber die Stadt München⁹⁹ beziehungsweise die Arbeiterwohlfahrt, die dort in Zusammenarbeit mit den Eltern „nach neuen pädagogischen Gesichtspunkten“ handeln wollte.¹⁰⁰

Bilanzen über das Engagement der Kinderläden fielen bereits zeitgenössisch äußerst unterschiedlich aus, was in erster Linie damit zusammenhing, dass sich die Initiativen in ihren Anfängen dezidiert als Teil einer „Gegengesellschaft“¹⁰¹ verstanden, die provozierte und damit polarisierte. Die Urteile über die Kinderläden reichten dementsprechend vom Inbegriff der erzieherischen Innovation bis hin zum Hort aller möglichen Gefährdungen. Auch in den Münchner Zeitungen fand sich einerseits Lob für den Einsatz und die Leistung der Eltern.¹⁰²

Andererseits zweifelten manche Journalisten an den guten Absichten der Projektbetreiber. Das „blinde Vertrauen in den revolutionswissenschaftlichen Jargon“ würde dazu führen, dass die Studierenden ihre Lage vollkommen falsch einschätzten. So hätten auch viele andere junge Ehepaare „zum Beispiel bei der Post, beim Einzelhandel und in allerhand Dienstleistungen“ ähnliche Sorgen um ihre Kinder und müssten sich „arrangieren“ – ohne den „Luxus“, dass der Staat am Arbeitsort sogar noch einen „repressiv-freien Kindergarten“ fördere.¹⁰³ Der *Bayernkurier* fürchtete weniger um soziale Ungerechtigkeit als um die Kinder, die zu „Versuchskaninchen für sozialistische Planspiele“ würden – in einer „Umgebung, die weder als sozialistisch, noch als zu irgendeiner Erziehung überhaupt geeignet bezeichnet werden kann.“ Die Einrichtung sei chaotisch, „die fleckigen Wände“ mit „meist vulgären, linken Losungen“ bepinselt. Besondere Sorgen bereitete dem Journalisten die Beobachtung, dass die Kinder weitgehend sich selbst überlassen blieben und es bestenfalls einseitige Gespräche mit den Erwachsenen gebe, die sogar vollkommen unterblieben seien, als ein Kind „Scheißgott“ sagte.¹⁰⁴

Dass man in den Kinderläden bereit war, althergebrachte Werte über Bord zu werfen und damit einen allgemeinen Wandel ebenso aufzunehmen wie zu gestalten, zeigt auch das Selbstverständnis der Münchner Projekte. So erinnerte sich eine Mutter, deren Tochter den Akademiekindergarten besuchte, dass man ihrem Mann und ihr dort anfangs zögerlich begegnet sei. Sie führte dies darauf zurück, dass sie verheiratet waren und auch noch zusammen lebten, obwohl in dieser Zeit so viele Ehen auseinandergegangen seien. Zudem habe ihr Mann, in der „Arbeitskluft“ eines Lektors, den Kindergarten erstmals „mit Anzug und Krawatte“ be-

⁹⁹ BayHStA, MK 51411: Entschließung des Kultusministeriums vom 7.9.1970; Karin Müller: Amtsschimmel ärgert 20 Eltern, in: Abendzeitung vom 11.9.1970.

¹⁰⁰ BayHStA, MK 69934: Überlassungsvertrag zwischen dem Freistaat Bayern und der Arbeiterwohlfahrt/Kreisverband München Stadt vom 3.8.1970; BayHStA, MK 69934: Schreiben der Arbeiterwohlfahrt an die LMU vom 23.6.1970.

¹⁰¹ Diesen Begriff benutzte Helke Sander: Rede zur Befreiung der Frau (1968), in: Ebbinghaus: Die 68er, S. 158.

¹⁰² Bernd Eberle: Kindergarten soll abgerissen werden. Kultusministerium hat kein Verständnis für Studenten-Eltern, in: Abendzeitung vom 16.7.1969.

¹⁰³ Aber „repressiv-frei“ muss er sein, in: Münchner Merkur vom 23.7.1969.

¹⁰⁴ Wolfgang Wurm: Versuchskaninchen für sozialistische Planspiele. Chaotische Zustände im Studentenkindergarten, in: Bayernkurier vom 23.7.1970.

treten. Deshalb sei die Familie, so die Schlussfolgerung, zunächst als „ziemlich bürgerlich und somit suspekt“ abgestempelt worden.¹⁰⁵

Angesichts der Erziehungsziele antiautoritär geführter Kindergärten¹⁰⁶ mag dieses Erlebnis wenig verwundern, setzte man doch bewusst darauf, dass Kinder und Erwachsene befähigt werden müssten, „ihre Bedürfnisse, die häufig den gesellschaftlichen Normen widersprechen, zu ermitteln, auszudrücken und durchzusetzen“. Deshalb hielt man die „Repressionsfreiheit“ – das bedeutete „freie Sexualität, Nichtanpassung an bürgerliche Leistungsanforderungen, Solidarität, kollektives Verhalten“ – hoch. Die Kinder sollten sich innerhalb ihrer Gruppe weitgehend selbst organisieren, wobei die Erwachsenen lediglich helfend, nicht aber als Autoritäten eingreifen sollten. Vielmehr waren die Eltern angehalten, sich selbst in einem Verbund zusammenzufinden und „ihre eigenen Verhaltensweisen [zu] überprüfen und [zu] reflektieren.“

Von den Müttern und Vätern wurde also viel erwartet, was sich auch in Protokollen der Kinderläden über die Aufnahme neuer Kinder spiegelte: Die Eltern sollten sich „aus ihrer kleinfamiliären Isolierung“ lösen und an dem „emanzipatorisch wirkenden Selbstdarstellungsprozess“ im Elternkollektiv teilnehmen.¹⁰⁷ Die großen Hoffnungen konnten aber gerade hier leicht enttäuscht werden. So räumte ein Bericht aus dem Akademiekindergarten „störende Faktoren seitens des Elternhauses“ ein, die wiederum „durch psychische Konflikte der Eltern“ bedingt seien. Außerdem sei die Fluktuation von Kindern, Eltern und den Bezugspersonen groß.¹⁰⁸

Dieses Problem zeigte sich 1970, also bereits nach rund zwei Jahren des Bestands und zu einem Zeitpunkt, als die „68er“-Revolution bereits abgeflaut war. Es hat den Anschein, als ob sich dies auch auf die Mobilisierung von Eltern, die an einer antiautoritären Erziehung ihrer Kinder interessiert waren, auswirkte. Die studentische Selbstverwaltung der Kunstakademie stellte damals fest, dass nur noch vier Kinder von Akademieangehörigen den so hart erkämpften Kindergarten besuchten. Der AStA hob deshalb zur Kritik an den „individualistischen und unpolitischen Eltern“ an, die es vorzögen, „ihr Kinderproblem auf traditionell bürgerliche Weise zu lösen“, indem sie ihren Nachwuchs bei den Großeltern oder in einer Pflegestelle unterbrächten und damit an „althergebrachten Zwangsmitteln“ festhielten.¹⁰⁹

Die Unbeständigkeit des Kindergarten-Kollektivs führte der bereits erwähnte Bericht aus der Akademie aber vor allem auf die Überbelastung der Eltern zurück. Entgegen der anfänglichen Absicht, gerade den Müttern neue Freiräume zukom-

¹⁰⁵ Schlumberger: Türkenstraße, S. 410–415.

¹⁰⁶ Die folgenden Zitate stammen aus Berichten von zwei Münchner Einrichtungen: IfZ-Archiv, ED 899/5: Praktikumsbericht zu einem Schülerhort in München [1975]; BayHStA, MK 74351: Freier Kindergarten der Kunstakademie München e.V.: Bericht 1971 für das Schulreferat der Stadt München, Januar 1971.

¹⁰⁷ IfZ-Archiv, ED 899/5: Papier „Begründung für die Aufnahme von Maria, Klaus und Barbara“ [1972/73].

¹⁰⁸ BayHStA, MK 74351: Freier Kindergarten der Kunstakademie München e.V.: Bericht 1971 für das Schulreferat der Stadt München, Januar 1971.

¹⁰⁹ BayHStA, MK 51434: Flugschrift „Zum Programm des AStA“ [der Kunstakademie von 1970].

men zu lassen, beobachtete man, dass die Eltern über Beruf, Studium oder Ausbildung hinaus auch noch drei Abende in der Woche für das Engagement im Kindergarten zur Verfügung zu stehen hätten.¹¹⁰ Wie viel Arbeit eine Elterngruppe mit sich brachte, zeigte sich auch an den umfangreichen, teilweise minutiös protokollierten Diskussionen zum Programm der Kinderbetreuung, bei denen man sich Punkten wie Tagesablauf, Reinlichkeitserziehung, Konflikte unter den Kindern, Spielen und Sexualität immer wieder in theoretischer Fundierung und anhand praktischer Beispiele zu nähern suchte.¹¹¹

Eine weitere Schwierigkeit stellte der Umgang mit der „freien Sexualität“ dar. Für das Umfeld der Münchner Kinderläden lässt sich ein Vorfall belegen, der nach heutiger Einschätzung eindeutig als Kindesmissbrauch zu bezeichnen ist. Damals wurde darüber wenig kritisch diskutiert. Im Protokoll des Elterngesprächs wurde lediglich festgehalten, dass „von einem Teil der Gruppe“ abgelehnt werde, infolge von Zärtlichkeiten eines Kindes „zum Orgasmus zu kommen“.¹¹²

Trotz negativer Begleiterscheinungen hatte man aber auch Erfolge vorzuweisen. Laut Bericht des Akademiekindergartens funktionierte die Mitarbeit der Eltern insgesamt gut. Außerdem werde die Isolation des Einzelnen aufgehoben; es existiere sogar eine „breite Vertrauensbasis untereinander“. Nicht zuletzt würden sich die Kinder gut entwickeln: sie seien „selbstbewusster und selbständiger geworden“ und würden „bei Befehlen sofort rationale Erklärungen verlangen“.¹¹³

Hier zeigt sich, dass die antiautoritäre Erziehung vermutlich nie in Reinform praktiziert wurde. Vielmehr sei man, wie es in einem späteren Bericht eines Münchner Schülerhorts hieß, zu einem „repressionsarmen Erziehungsstil“ übergegangen, weil man sich die ursprünglich geplante Umgehung gesellschaftlicher Normen doch etwas zu einfach vorgestellt habe.¹¹⁴ Auch im Akademiekindergarten wurden „Freiräume“ nach wie vor großgeschrieben, doch müssten die Kinder ebenfalls lernen, „sich als Teile unserer Gesellschaft zu verstehen“. Ohne Vorschul- oder Verkehrserziehung wollte man deshalb nicht mehr auskommen. Allerdings, und an dieser Maxime hielt man nach wie vor fest, müsse den Kindern die Bedingtheit mancher Verhaltensregeln einsichtig gemacht werden, vor allem wenn es um die „Unterordnung unter institutionalisierte Autoritäten“ gehe. Eindeutig abgelehnt wurde weiterhin eine geschlechtsspezifische Erziehung.¹¹⁵

Mit dem Eintritt der Kinder in die Schule rief eben jene Praxis erhebliche Schwierigkeiten hervor. Dort würden die Kinder, so die Beobachtungen der Erzieherinnen eines Schülerhorts, ein Rollenverhalten imitieren, das sie in den Kinderläden nicht gelernt hätten. In der Folge seien die Mädchen „ständigen Angriffen

¹¹⁰ BayHStA, MK 74351: Freier Kindergarten der Kunstakademie München e.V.: Bericht 1971 für das Schulreferat der Stadt München, Januar 1971.

¹¹¹ Archiv der Münchner Arbeiterbewegung, Flugblattsammlung: Sozialreferat der Universität München: „Kindergartenprogramm. Zusammenfassung der Diskussionen von Donnerstag abends“ [vom 6. 3. 1969], 12 Seiten.

¹¹² IfZ-Archiv, ED 899/5: Protokoll einer Besprechung der Erwachsenen über die Sexualität der Kinder im Kindergarten vom 21. 3. [1973]. – Um welchen Kindergarten es sich handelte, geht aus dem Protokoll nicht hervor.

¹¹³ BayHStA, MK 74351: Freier Kindergarten der Kunstakademie München e.V.: Bericht 1971 für das Schulreferat der Stadt München, Januar 1971.

¹¹⁴ IfZ-Archiv, ED 899/5: Praktikumsbericht zu einem Schülerhort in München [1975].

¹¹⁵ IfZ-Archiv, ED 899/5: Bericht über den Akademiekindergarten [1972/73].

und Diskriminierungen“ der Jungen ausgesetzt und wüssten sich nicht zu wehren. Dieses Problem müsse man deshalb gesondert angehen.¹¹⁶

Es zeigte sich also, dass für die Kinder Kontakte zu anderen Gruppen dringend notwendig waren, zumal, so lautete die Einsicht der Eltern, „unsere Kinder durchwegs aus demselben Milieu stammen.“¹¹⁷ Demzufolge handelte es sich bei den Kinderläden um eine „Elitkultur“¹¹⁸, deren Grenzen nur bedingt durchlässig waren, wofür sich auch in den Münchner Initiativen Spuren finden lassen. So beschrieb sich die *Basisgruppe* der Universitätskindertagesstätte als „Studenten mit und ohne Kinder, Psychologen, Kindergärtnerinnen und Architekten“.¹¹⁹ Auch für die Eltern des Akademiekindergartens galt eine gewisse Akademikerlastigkeit: Mindestens ein Elternteil studierte laut Angabe des Vereins; andere Erwachsene seien entweder aufgrund ihres Studien- oder Ausbildungsschwerpunkts Pädagogik oder „aufgrund ihres politischen Bewusstseins“ beigetreten.¹²⁰

Die Kinderläden waren von der „68er“-Revolution getragen, mobilisierten die Tatkraft vieler Frauen und thematisierten dabei immer wieder auch die Beziehungen der Geschlechter. Die Frage nach den Chancen und Grenzen des allgemeinen gesellschaftlichen Wandels spielte dabei genauso eine Rolle wie der Geist des außerparlamentarischen Protests.

In München konnten sich zwei Erziehungsinitiativen bis zu einem gewissen Grad durchsetzen. Dafür bedurfte es der Vermittlung der Stadt beziehungsweise eines bewährten Trägers der Jugendwohlfahrt, was neben der Relativierung durch die Elterngruppen oder die Einschulung der Kinder ebenfalls dazu beitrug, dass manche pädagogische Thesen in der Praxis gemäßigtere Formen annahmen. Allerdings darf die Reichweite der Kinderläden nicht überschätzt werden. Abgesehen von mehreren kleineren privaten Initiativen gab es in München offiziell nur die beiden dargestellten Einrichtungen an den Hochschulen. Dabei bot der Akademiekindergarten Platz für bis zu 30 Kinder. Er existierte bis 1978, wurde dann aufgrund einer baulichen Erweiterung der Kunstakademie abgerissen und ging in anderen Kindergärten auf.¹²¹ Die Kindertagesstätte an der LMU war anfangs für 60 bis 100 Kinder ausgelegt. Sie war die erste in den Universitätsalltag integrierte Form der Kinderbetreuung, wie es sie an der LMU bis heute gibt.

Dennoch waren die Kinderläden am Ende der 1960er Jahre die Orte, an denen bewusst nach Alternativen gesucht wurde: Traditionelle Beziehungen und Aufgabenverteilungen zwischen Männern und Frauen, die Entwicklungsmöglichkeiten von Müttern, vermeintlich private Angelegenheiten wie Kindererziehung und das Verhältnis der Eltern zueinander und zu den Kindern wurden hier unter politischen Gesichtspunkten diskutiert. Trotz aller Schwierigkeiten, die in einem

¹¹⁶ IfZ-Archiv, ED 899/5: Praktikumsbericht zu einem Schülerhort in München [1975].

¹¹⁷ IfZ-Archiv, ED 899/5: Bericht über den Akademiekindergarten [1972/73].

¹¹⁸ So auch das Urteil bei: Baader: Kinderläden zwischen Gegen- und Elitkulturen, S. 16–35.

¹¹⁹ Universitätsarchiv München, Puffer-Ordner 1: Flugschrift der Uni-Kindertagesstätte vom 10. 6. 1969; ebenso bei: Staatsarchiv München, Pol. Dir. 15985: Bericht einer Aktivistin über die „Child-Power-Demonstration für einen Kindergarten an der Universität“ [Frühjahr 1969].

¹²⁰ BayHStA, MK 74351: Freier Kindergarten der Kunstakademie München e. V.: Bericht 1971 für das Schulreferat der Stadt München, Januar 1971.

¹²¹ BayHStA, MK 51411: Schreiben der Kunstakademie an das Kultusministerium vom 18. 5. 1978; Elke Dietrich: „Mini-Akademie“ muss schließen, in: Abendzeitung vom 25. 4. 1978.

Kinderladen anfallen mochten, erlebten Frauen gerade hier, dass über die „68er“-Revolve das gesellschaftliche wie das familiäre Umfeld einer grundlegenden Kritik unterzogen und Veränderungen angestrebt werden konnten.

Es war diese Erfahrung und nicht nur das angeblich so schlechte Verhältnis zu den Genossen, die bei manchen Frauen, die im Umfeld von „1968“ sozialisiert worden waren, dazu führte, sich feministisch zu orientieren. Dies bestätigt auch die Erinnerung der Münchnerin Birgit Daiber, die sich in den 1970er Jahren in der Stadtteil- und Mütterarbeit engagierte. In den 1960er Jahren war sie Mitglied der bereits erwähnten *Subversiven Aktion* gewesen, die sie in der Rückschau als „Männerdiktat“ bezeichnet: Die Frauen seien in dieser Gruppe vor allem „Sekretärin, Dekorateurin, Aktmodell“ gewesen, was sie habe resignieren lassen. „Erst die Kinderladenbewegung [...] erfasste mich wieder.“ Während sie vorher die Männer nachgeahmt habe, sei es nun möglich geworden, „Fragen zu stellen – im Rahmen der sich politisierenden Studentengruppen.“¹²²

3. „Nicht mehr Pünktchen zwischen Männern sein“: Die Münchner Frauenkommune und Frauenwohngemeinschaften

Das Vorhaben, an der LMU einen antiautoritären Kindergarten einzurichten, ist in seinen Anfängen mit einer „stadtbekanntem revolutionären Adresse“¹²³ verknüpft: Die der Münchner *Frauenkommune*, die bisweilen als bayerische Kontaktstelle für die westdeutsche Kinderladen-Szene fungierte.¹²⁴ Die *Frauenkommune* war in den Jahren 1968 und 1969 in der Türkenstraße 68a im Zentrum Schwabings beheimatet, dem Viertel, in dem sich mit Hochschulen und Studentenlokalen die Zentralen des studentischen Protests befanden.¹²⁵ Die Wohnung war 1967 von einem Ehepaar angemietet worden, das in Künstler- und Medienkreisen verkehrte. Über diese Kontakte wurde die Wohnung unter anderem zum Schauplatz des Films „Zur Sache, Schätzchen“, einer Komödie, bei deren Dreharbeiten eine junge Regisseurin, May Spils, die Federführung hatte. Dieses kommerziell erfolgreiche Beispiel des „Neuen deutschen Films“ beschäftigt sich mit der Subkultur der 1960er Jahre und mit dem wenig angepassten Verhalten der jüngeren Generation im Hinblick auf Autoritäten und Sexualität. Besonders bekannt wurde eine Film-Szene, in der die Schauspielerin Uschi Glas in ihrer Rolle als Barbara einen Striptease vorführt, um einen Polizisten abzulenken.¹²⁶

Als die Beziehung des Mieterpaars Anfang 1968 in die Brüche ging, behielt die Frau die Wohnung und suchte sich eine Mitbewohnerin, die ebenfalls getrennt

¹²² Kommentar von Birgit Daiber, in: Böckelmann/Nagel: *Subversive Aktion*, die Zitate S.462, 464f.

¹²³ Marielouise Jurreit: Kampf gegen Unterdrückung und Monogamie, in: *Twen* vom 7.7.1969.

¹²⁴ IFZ-Archiv, ED 914/40: KL-Info überregional. Sozialistische Kinderläden Westberlin und BRD, Nr.7 vom 7.5.1969.

¹²⁵ Vgl. die Erinnerungsberichte in den Kapiteln zu den „wilden Jahren“: Schlumberger: *Türkenstraße*, S.316–471.

¹²⁶ *Zur Sache, Schätzchen* (BRD 1968), Regie: May Spils. Vgl. Fischer/Hembus: *Neuer Deutscher Film*, S.41f. Zum weiblichen Beitrag zum Neuen Deutschen Film vgl. Knight: *Frauen und der Neue Deutsche Film*.

lebte und Mutter von zwei Kindern war. Zur Hochzeit der Revolte fiel in dieser Konstellation die Entscheidung, eine Kommune zu begründen. Laut eigener Aussage handelte es sich dabei um ein „Befreiungskonzept“, das den Frauen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen sollte und das die Wohnung als eine Art „Schutzraum“ vorsah, über den seine Bewohnerinnen allein verfügten.¹²⁷ Insgesamt fanden in der weiträumigen Sieben-Zimmer-Wohnung von der ersten Jahreshälfte 1968 bis zur zweiten Jahreshälfte 1969 sechs Frauen und zwei Kinder zusammen. Die Frauen waren allesamt Anfang/Mitte 20 und – bis auf die Mutter der Kinder – Studentinnen aus sozialwissenschaftlichen, sprachlichen und künstlerischen Fachrichtungen, die sich in der Protestbewegung, teilweise auch als Mitglieder des SDS, bei Demonstrationen, bei der APO-Rechtshilfe oder in der Kinderladenarbeit engagierten.

Die Absichten der *Frauenkommune* waren (zunächst) keineswegs gegen das männliche Geschlecht gerichtet. Vielmehr dienten die Männer des außerparlamentarischen Protests als Vorbilder, denn im Tenor weiblicher Mündigkeit habe es damals geheißt, so die ehemalige Kommunardin Adelheid Opfermann: „Wir machen’s wie die Männer.“¹²⁸ Auch waren Männer nicht als Mitbewohner ausgeschlossen, zumindest dann nicht, wenn es sich um „assoziierte Mitglieder“¹²⁹ handelte – gemeint waren die Gefährten der Frauen. Erklärtes Ziel war die Emanzipation beider Geschlechter jenseits der Idylle romantischer Partnerschaften. Dabei wollte man die Gesellschaft an dem Punkt treffen, „an dem sie am verwundbarsten ist, nämlich in der Aufhebung der Kleinfamilie“.¹³⁰

Die *Frauenkommune* glich in diesem auf Umsturz ausgerichteten Aktivismus den Kommunen in Berlin. Sie standen in regem Austausch miteinander und besuchten sich auch gegenseitig.¹³¹ Die Berliner *Kommune 2* formulierte ihre Kritik ebenfalls – und unabhängig von den Geschlechtern – an der „bürgerlichen Familie“ als einer „Institution“, deren Herrschaftsstrukturen die Mitglieder in materielle und psychische Abhängigkeiten setze, so dass diese vor allem ihre erotischen und sexuellen Wünsche nicht befriedigen könnten. Das Resultat seien „labile, an infantile Bedürfnisse und irrationale Autoritäten fixierte Individuen.“ Davon wollte man keinesfalls betroffen sein und ging daran, die „individuelle Isolierung in der Verbindung von Privatsphäre und revolutionärer Politik“ zu überwinden. Der „neuen Lebensform“ Kommune wurde damit „politische Bedeutung“ beigemessen.¹³² In diesem Sinne trieben auch die Frauen aus München die „Vergesellschaftung“ und das (auch sexuell) befreite Leben im Kollektiv voran. Wie sie erzählen,

¹²⁷ Zur Entwicklung der Münchner Frauenkommune ein Hintergrundgespräch mit Adelheid Opfermann vom 16. 10. 2008.

¹²⁸ Hintergrundgespräch mit Adelheid Opfermann vom 16. 10. 2008.

¹²⁹ Vgl. die Rückschau zweier ehemaliger Kommunardinnen: Schlumberger: Türkenstraße, S. 432.

¹³⁰ Modell einer matriarchalischen Gemeinschaft innerhalb der patriarchalischen Gesellschaft, Programm der Frauenkommune München, September 1968, zit. nach: Mühlbauer: Strategiemodelle der neuen Frauenbewegung, S. 227.

¹³¹ Was war denn da los, Frau Opfermann?, in: Süddeutsche Zeitung/Magazin vom 9. 3. 2001. Hier ist ein Foto abgebildet, dass das Matratzenlager der K1 in Berlin/Moabit zeigt. Auf ihm sitzen die Kommunardinnen und Kommunarden nackt, unter ihnen Vertreterinnen der Münchner Frauenkommune.

¹³² Kommune 2: Kindererziehung in der Kommune, S. 148f.

haben die Kommunardinnen alles geteilt: „Geld, Männer weniger, aber Kleider und Mobiliar“.¹³³

Die Nähe zu „1968“ zeigte sich auch an der Lektüre, die man in der Kommune zum großen Teil gemeinschaftlich durcharbeitete und diskutierte.¹³⁴ Zum bevorzugten Lesestoff, der erwiesenermaßen einen wichtigen theoretischen Hintergrund für die Entstehung der Frauenbewegung darstellte¹³⁵, zählten nicht nur die „Blauen Bände“ von Karl Marx und Friedrich Engels. Die *Frauenkommune* hielt auch ein weiteres „Kultbuch“¹³⁶ der antiautoritären Bewegung hoch: „Die Sexuelle Revolution“ von Wilhelm Reich. Der Autor, der seit den 1920er und 1930er Jahren als Psychoanalytiker tätig war, machte einem freudomarxistischen Ansatz folgend die Sexualität als einzigen Glücksspender der Menschen aus und plädierte für ihre freie Entfaltung. Denn nur auf diese Weise könnten sich gesunde und sozial agierende Menschen entwickeln, die die Machtverhältnisse der kapitalistischen Gesellschaft nicht länger akzeptierten.¹³⁷

Die Glaubensgrundsätze von „1968“ waren damit für Geschlechterfragen anschlussfähig, die zunehmend politisch aufgeladen wurden. Das war in der *Kommune 1*¹³⁸, die vor allem von Männern getragen war, im Übrigen nicht anders. Die politische Wohngemeinschaft glaubte beobachtet zu haben, dass die „Staatsmacht“ mit den männlichen Kommunarden härter ins Gericht ging als mit den weiblichen. Diese Diskriminierung führte die *Kommune 1* auf die gängigen Vorstellungen vom Wesen der Geschlechter zurück, die die „Mädchen“ als „nicht zurechnungsfähig“ abstempelten. Deshalb ereiferte sich die Gruppe darüber, dass die Umwelt ganz im Gegensatz zur Kommunerealität davon ausgehe, dass Frauen keine Flugblätter machten und nicht politisch seien. Die Schlussfolgerung, die manche Kommunardin wenig später wohl kaum mehr unterschrieben hätte¹³⁹, brachte es ironisch auf den Punkt: „Mädchen habens gut bei uns – ihnen passiert nichts.“¹⁴⁰

„1968“ setzte also ganz selbstverständlich auf die Teilnahme von Frauen, die diese Gelegenheit auch zu nutzen wussten. Wie eine Münchner Kommunardin es ausdrückte, wollten die Frauen „nicht mehr Pünktchen zwischen Männern“¹⁴¹ sein und taten es ihnen deshalb gleich. So sei man abends in die Lokale der Bewegung wie den *Alten Simpl*, den *Bungalow* oder das *Chez Mago* in Schwabing gezogen und habe diese Orte der „Männerdominanzen“ für sich erobert. Bei den Demonstrationen, etwa während der Osterunruhen im April 1968, seien Kommunardinnen „in den ersten Reihen“ gestanden und teilweise auch verhaftet worden.¹⁴² Die Frauen setzten – ganz im „68er“-Geist – darauf, aufzufallen und

¹³³ Schlumberger: Türkenstraße, S. 429.

¹³⁴ Hintergrundgespräch mit Adelheid Opfermann vom 16. 10. 2008.

¹³⁵ Vgl. Schulz: Langer Atem, S. 55–75; Schulz: 1968: Lesarten der „sexuellen Revolution“, S. 121–133.

¹³⁶ Schulz: 1968: Lesarten der „sexuellen Revolution“, S. 123.

¹³⁷ Reich: Sexuelle Revolution.

¹³⁸ Vgl. Holmig: Die aktionistischen Wurzeln der Studentenbewegung, zur Kommune 1 v. a. S. 110–117; zu den Gründerinnen und Gründern der Kommune S. 109, FN 10.

¹³⁹ Vgl. die Schilderung bei: Przytulla: Niemand ahnte, S. 201–219.

¹⁴⁰ Archiv 451: Broschüre der Kommune 1: Gesammelte Werke gegen uns, Berlin 1967, S. 36.

¹⁴¹ Marielouise Jurreit: Kampf gegen Unterdrückung und Monogamie, in: Twen vom 7. 7. 1969.

¹⁴² Hintergrundgespräch mit Adelheid Opfermann vom 16. 10. 2008.

zu provozieren, nicht zuletzt auch durch Make-up, Kleidung und „ungehöriges“ öffentliches Auftreten, wie bei einer Besetzung der Münchner Universität. So erinnern sich zwei ehemalige Kommunardinnen an ein „Bild der mondänen, ins Rektorat einbrechenden Frauen und der um die Tische herumlungernenden Revoluzzer“. Selbstbewusst seien sie damals aufgetreten, „mit wehenden blonden Locken und einem Rotfuchs um die Schulter“¹⁴³ Auch Farbe und Einrichtung wurden zum Ausdruck einer Einstellung: So war ein Zimmer der *Frauenkommune* „teufelsrot, sozialistenrot, morgenrot“ gestrichen, „und in der Mitte dieses triebhaften Rots schwimmt eine gelbe Kugel, da geht eine leichte östliche Sonne auf.“¹⁴⁴

Der Hang zur Protestinszenierung zeigte sich auch bei dem Einsatz der Münchner *Frauenkommune* für das geplante Knast-Kamp in Ebrach. Im Juni 1969 waren die Frauen zum Beispiel nach Frankfurt am Main gefahren, um an der dortigen Universität gegen die aus APO-Sicht unmenschlichen Bedingungen in Justizvollzugsanstalten und für die Freilassung des „politischen Gefangenen“ Reinhard Wetter zu agitieren. Dabei sprengten die Kommunardinnen, Pop-Art imitierend mit gefärbten Haaren, rosa Cord-Hosen, schwarzen Lackstiefeln und engen Pull-overn, ein Seminar der Soziologie. Der Leiter, Hans-Jürgen Krahl, Adorno-Schüler und einer der Theoretiker des *SDS*¹⁴⁵, wusste mit dieser Provokation ebenso wenig anzufangen wie mit den Tomaten, die das *SDS*-Mitglied Sigrid Rüger im September 1968 auf der Frankfurter Delegiertenkonferenz des Verbands erbost in Krahls Richtung auf das Podium des Bundesvorstands schleuderte.¹⁴⁶ Kurzerhand ließ Krahl die Frauen aus der Münchner Kommune deshalb ob ihres „unwissenschaftlichen Auftretens“ aus dem Hörsaal werfen.¹⁴⁷

Der Aktionismus der Kommunardinnen spielte also bewusst mit Weiblichkeit, Sexualität und den Rollen von Frauen und Männern. Das Geschlecht wurde so ein Politikum, das sich im Sinne der Bewegung einsetzen ließ. Allerdings notfalls auch gegen sie – eine Zweigleisigkeit, die sich bei der Münchner *Frauenkommune* deutlich zeigte, vor allem bei der „Justizarbeit“, die die *Frauenkommune* leistete, und den Ereignissen, die als „Münchner Tomatenwürfe“ gelten können.

So engagierten sich einige Kommunardinnen in der *Rechtshilfe*, die der Rechtsreferendar Rolf Pohle für die APO in München in den Räumen des AStA der LMU eingerichtet hatte¹⁴⁸, um die Rebellierenden zu unterstützen, denen aufgrund ihrer Aktionen ein Gerichtsverfahren bevorstand. Die Frauen traten dabei in erster Linie als Prozessbegleiterinnen auf, die öffentlichkeitswirksam den Protest in die Gerichte trugen. Wie es für die „68er“-Revolte typisch war, taten sie das durch die „direkte Aktion“ und (symbolische) Regelbrüche. Dadurch wollten sie die vermeintliche juristische Härte mit der eigenen Lebenseinstellung konfrontieren, zu der die „freie Liebe“ gehörte. Um gerade den weiblichen Angeklagten, die

¹⁴³ Schlumberger: Türkenstraße, S. 430.

¹⁴⁴ Marielouise Jurreit: Kampf gegen Unterdrückung und Monogamie, in: Twen vom 7.7.1969.

¹⁴⁵ Vgl. Claussen: Krahl, S. 65–70.

¹⁴⁶ Vgl. Steffen: *SDS, Weiberräte, Feminismus*, v. a. S. 131; Schwarzer: *So fing es an!*, S. 13.

¹⁴⁷ Privatarchiv Adelheid Opfermann, Ordner 1968: Handschriftliche Notiz von Adelheid Opfermann, o. D.

¹⁴⁸ Vgl. Schlumberger: Türkenstraße, S. 427.

im Februar und im März 1969 vor Gericht standen¹⁴⁹, den Rücken zu stärken, verteilten die Kommunardinnen zum Beispiel ein Flugblatt, auf dem sie ankündigten, die Verhandlungen zu sprengen, indem sie unbekleidet erscheinen würden. Die Provokation lag nicht allein in einer potenziellen Störung der öffentlichen Ordnung. Ganz im Sinne der sexuellen Revolution ging es den Kommunardinnen vielmehr darum, der Jurisprudenz vor Augen zu führen, wie unterdrückerisch sie agiere, weil sie „der ständigen sexuellen Frustration“ unterliege. Deshalb lautete die Parole: „Nackte Frauen machen Richter frei“, die durch einen „Freispruch“ die Chance zur „freien Liebe“ erhielten.¹⁵⁰

Die Wolldecken, die die Gerichtsdienere vorab besorgt hatten, um die Ordnung im Gerichtssaal im Notfall wiederherzustellen, kamen allerdings nicht zum Einsatz. Es gab bei den Prozessen keinen Striptease, wie auch die Münchner Zeitungen enttäuscht vermeldeten. Dennoch waren die Vertreter der Presse vom Auftritt der Kommunardinnen angetan, denn einem Zeitungsartikel zufolge versuchte ein „attraktives Aufgebot“ der APO, „die Justiz mit natürlichen Mitteln ein wenig aus der Fassung zu bringen“. So hätten „etwa 20 malerisch gekleidete Demonstrantinnen zum Teil mit Kindern“ der Angeklagten „mit Blumen, Bonbons und durchsichtigen Blusen Schützenhilfe geleistet“.¹⁵¹

In ihrer Selbstbezeichnung, aber vor allem in einer Reihe von Zeitungsartikeln kamen diese Frauen oft scheinbar niedlich und harmlos als „APO-Mädchen“ daher. Doch ihre Aufsässigkeit und Extravaganz brachte die Vorstellungen davon, wie sich Frauen (und Kinder) im öffentlichen Raum verhalten sollten, ins Wanken. Dabei konnten sich die Frauen aber auch „gegen die eigenen Männer“ richten, wie bereits ein zeitgenössischer Zeitschriftenartikel bemerkte. So seien die Kommunardinnen bei einer Diskussion in der *Rechtshilfe* im AStA auf ein verabredetes Signal hin über ein SDS-Mitglied hergefallen, dessen Monolog kein Ende genommen habe. Die Frauen hätten den kurzsichtigen Mann zunächst seiner Brille, dann seiner Hose entledigt, wobei der Reißverschluss ziemlich geklemmt habe. Den Frauen zufolge war die Aktion erfolgreich: Die Genossen hätten „plötzlich gemerkt, dass ihr Gerede Scheiße war“.¹⁵² Den Kommunardinnen ging es also in jedem Fall darum, ihren Positionen Ausdruck zu verleihen, und sie machten dabei keineswegs vor den eigenen Reihen Halt. Dies zeigt auch das „Schweinchen-Attentat“: Hier stürmten die Kommunardinnen einen Keller, der von einer „SDS-Splittergruppe“ bewohnt war, um die „vor sich hinschwadronierenden Genossen mit rosa Plastikschweinchen“ zu bewerfen. Diese Auftritte führten ein bewegungsinternes Gebaren vor, das die Kommunardinnen als mit den Ideen von

¹⁴⁹ Vgl. zur strafrechtlichen Verfolgung von Delikten, die mit den Ereignissen um 1968 zusammenhängen, und die Reaktionen der APO-Aktivistinnen in München: Fürmetz: Protest oder „Störung“?, S. 61–72.

¹⁵⁰ Privatarchiv Adelheid Opfermann, Ordner 1968: Flugblatt „Nackte APO-Mädchen kämpfen [sic] für den Freispruch der Studentin und Striptease Tänzerin Adelheid Schuster Opfermann [Feb. 1969].

¹⁵¹ APO-Mädchen machten keinen Striptease, in: Abendzeitung vom 1.3.1969; Ohne Robe und oben ohne, in: tz vom 25.2.1969.

¹⁵² Marielouise Jurreit: Kampf gegen Unterdrückung und Monogamie, in: Twen vom 7.7.1969; Hintergrundgespräch mit Adelheid Opfermann vom 16.10.2008; Schlumberger: Türkenstraße, S. 433.

„1968“ unverträglich einstuften und vor allem den Männern zuschrieben. Denn die Aussage war eindeutig: „Ihr seid die Schweine, haltet die Klappe.“¹⁵³

Inwieweit Männer von den Aktionen der Kommunefrauen beeinflusst wurden, ist anhand der Quellen schwer nachzuvollziehen. Für die Kommunefrauen stand immerhin fest, dass sie nicht nur bei den Aktionen, sondern auch im Alltag jegliches „bürgerliche“ Verhalten überwinden wollten und die Männer davon keinesfalls unberührt bleiben sollten. So berichten zwei ehemalige Kommunefrauen vom „Küchenproblem“, das sich „jeden Tag neu“ gestellt habe: Die Frauen hätten nicht eingesehen, dass sie „den Besuchern und Männern als eine Art Hausgehilfin schöne Stunden machen sollten“.¹⁵⁴ Die Frauen haben eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung also nicht hingenommen und sie in Frage gestellt. Gerade der intime Umgang mit den Partnern schien so unüblich zu sein, dass er Männer zumindest verunsicherte. So beobachtete ein „assoziiertes Mitglied“ einem fast wehmütigen Erfahrungsbericht zufolge, dass sich eine Kommunefrau längst anderen Aufgaben widmete, während ein Mann in ihrem Bett lag, „der noch schlief, um den sie sich aber gar nicht kümmerte, der auch einfach zu gehen hatte“.¹⁵⁵

Frauen waren durchaus fester Bestandteil in der „68er“-Revolution und hatten deren Mittel verinnerlicht. Das Vorbild, das sie der Gesellschaft, aber auch den Genossinnen und Genossen damit geben wollten, setzte auf eine Politik gegen herkömmliche Geschlechterverhältnisse, die durch Trugschlüsse und Enttäuschungen sogar noch an Kontur gewann. So berichten die ehemaligen Bewohnerinnen der Münchner Kommune davon, dass sie sich im Lauf der Zeit ausgebeutet gefühlt hätten, und das weniger von den Frauen als von den Männern: Das kollektive Leben habe es zum Beispiel zugelassen, dass die gemeinsame Telefonkasse, Langspielplatten und Kleider verschwanden. Ganz im Widerspruch zur ursprünglichen Idee hätten Gäste, namentlich das Kommunepaar Uschi Obermaier und Rainer Langhans, nur für sich Lebensmittel gekauft und sich wie ein „kleinbürgerliches Spießergeschlecht“ in ein Zimmer zurückgezogen. Die Bilanz einer Münchner Kommunefrau war nach solchen Erfahrungen ernüchternd: „Ich habe von keiner Gruppe je soviel über Solidarität und Revolution gehört und so wenig dabei verwirklicht gesehen.“¹⁵⁶ Auch die Auswirkungen der „freien Liebe“ belehrten die Frauen eines Besseren: Ihrer eigenen Einschätzung nach waren die Frauen in der APO nämlich vor allem deshalb akzeptiert, „weil sie den Genossen ihre Bedürfnisse befriedigen“. Zu Veränderungen führe dies aber nicht, denn „jeder Linke, der einen Schreibtisch vorm Penis hat, benimmt sich gleich wie ein Bürokrat“, stellten die Kommunefrauen resigniert fest.¹⁵⁷

Außerdem fiel der *Frauenkommune* gerade über die bewusste öffentliche Inszenierung und Übertreibung ihres Lebensstils auf, dass sie Gefahr lief, sich von den politischen Zielen dieser Lebensform zu entfernen. Wenn Kommunefrauen

¹⁵³ Hintergrundgespräch mit Adelheid Opfermann vom 16.10.2008; Schlumberger: *Türkenstraße*, S. 430.

¹⁵⁴ Schlumberger: *Türkenstraße*, S. 425.

¹⁵⁵ Privatarchiv Adelheid Opfermann, Ordner 1968: Erfahrungsbericht von G.C. über die Münchner Frauenkommune [1969].

¹⁵⁶ Schlumberger: *Türkenstraße*, S. 426.

¹⁵⁷ Marielouise Jurreit: Kampf gegen Unterdrückung und Monogamie, in: Twen vom 7.7.1969.

in den Zeitschriften *Der Spiegel* oder *Freundin* für die „Haschisch-Welle“ oder die homosexuelle Liebe posierten¹⁵⁸, gewannen sie dadurch Aufmerksamkeit. Doch tat man dies unter anderem deshalb, um sich zu finanzieren, wobei sich die Skandallust der Medien und der Wunsch nach Auffälligkeit seitens der *Frauenkommune* gegenseitig bedingten.¹⁵⁹ So zeigt ein Bild in der Jugend-Zeitschrift *Twen* die sechs Kommunnardinnen in einer gestellten Szene vor einer roten Wand, auf der der Schriftzug „Revolution“ prangt. Die Frauen selbst waren ganz in Schwarz gekleidet, stark geschminkt und hielten (Spielzeug-)Maschinenpistolen in Händen; vor ihnen spielt ein kleines Mädchen im weißen Kleid mit roten Stäben – ein Symbol für Dynamit.¹⁶⁰ Doch die *Frauenkommune* sprengte das System nicht. Vielmehr, so eine der Akteurinnen im Rückblick, sei man sich darüber klar geworden, dass man Beziehungen und Gefühle nicht ausblenden könne und dass es ein Irrglaube sei, dass allein eine freie Sexualität den Menschen zu einem sozialen Wesen mache.¹⁶¹

Trotz geplatzter Illusionen ist die *Frauenkommune* als ein Weg, das Private im Kontext von „1968“ zu politisieren, gerade aufgrund ihres experimentellen Charakters nicht unterzubewerten. Zudem finden sich hier Ansätze, die nicht nur für eine Revolution in den Geschlechterverhältnissen stehen, sondern in denen sich auch der allgemeine gesellschaftliche (Werte-)Wandel Bahn brach. Die *Frauenkommune* hat laut den Angaben einer ehemaligen Mitbewohnerin Paarbeziehungen und traditionellen Familienstrukturen eine Absage erteilt, dabei im Sinne weiblicher Selbstbestimmung auch den weiblichen „Gebärzwang“ analysiert und für die homosexuelle Liebe gekämpft.¹⁶² Für die Frauen hat das Lebensmodell eine wichtige Rolle gespielt. So sei man bewusst nicht dem Grundsatz „Frau zuhause, gebiert, ist folgsam, Mann hat in der Welt was zu tun“ gefolgt, sondern habe studiert und sei selbständig gewesen.¹⁶³

Dies erregte Aufsehen, zumal es sich, wie eine Zeitschriftenreportage 1969 festhielt, um die „erste deutsche Frauenkommune“ handelte.¹⁶⁴ Die Politisierung des Alltags verstärkte dabei feministische Haltungen der Frauen: Zum einen, weil man sich mit Dingen auseinandersetzte, die man bislang als privat abgetan hatte: Beziehungsprobleme, Hausarbeit oder Kindererziehung. Zum zweiten, weil man das Lebensgefühl genoss: „Das Emanzipatorische war für die damalige Zeit etwas Ungeheuerliches. Dass sich Frauen zusammentaten und Spaß hatten.“ Die Frauen sahen sich als eingeschworene Gemeinschaft und bewunderten sich auch. Sie seien „berührt und affiziert“ gewesen von den Mitbewohnerinnen, die sich über „diesen

¹⁵⁸ Spiegel-Titel: „Die Haschisch-Welle“, in: *Der Spiegel* vom 10.11.1969; Report über lesbische Liebe, in: *Freundin* vom Oktober 1969.

¹⁵⁹ Zum Verhältnis von „1968“ und den Medien vgl. Fahlenbrach: *Protestinszenierungen*, v.a. S.165-236. Als Beispiel führt Fahlenbrach insbesondere die Kommune 1 als eine der öffentlichen Repräsentanten des Protests und die Jugendzeitschrift *Twen* als Medium der „Re-Inszenierung expressiver Protestcodes“ an.

¹⁶⁰ Marielouise Jurreit: *Kampf gegen Unterdrückung und Monogamie*, in: *Twen* vom 7.7.1969.

¹⁶¹ Hintergrundgespräch mit Adelheid Opfermann vom 16.10.2008.

¹⁶² Privatarchiv Adelheid Opfermann, *Ordner 1970-1980*: Artikel von Adelheid Opfermann [1977 oder 1978].

¹⁶³ Schlumberger: *Türkenstraße*, S.427.

¹⁶⁴ Zumindest um die erste Frauenkommune, die eine derartige Medienpräsenz erhielt. Das Zitat: Marielouise Jurreit: *Kampf gegen Unterdrückung und Monogamie*, in: *Twen* vom 7.7.1969.

hermetischen Riegel der Männergemeinschaft“ hinweggesetzt und durch ihre Aktionen die Aufmerksamkeit auf sich gezogen hätten.¹⁶⁵ Nach eigener Einschätzung blieb dies für die Kommunardinnen nicht ohne Folgen: Sie seien darauf bedacht gewesen, sich „in Frage zu stellen“, angeblich im Gegensatz zu den Männern: Während diese sich „da immer rausgehalten“ hätten, seien von den Frauen die neuen „Lebensformen gelebt und diskutiert“ worden. Genau hier erblicken die weiblichen Kommune-Mitglieder die Relevanz ihres Tuns für die Gesellschaft: „Dass jede normale Hausfrau das nachmachen konnte, das war das Gefährliche an unserem Modell.“¹⁶⁶

Die Kommunardinnen projizierten ihre Erfahrungen zunehmend auf die Lage der weiblichen Bevölkerung. Das zeigt auch eine Photographie aus dem Jahr 1970. Das Bild ist als eine Art erste Erinnerung an eine gemeinsame Zeit zu sehen, die in der zweiten Jahreshälfte 1969 ihr Ende fand, als die Kommune aufgrund der unterschiedlichen Lebensplanungen der Frauen aufgelöst wurde. Auf dem Foto sitzen die ehemaligen Mitbewohnerinnen unbekleidet nebeneinander. Doch stellen sie sich nicht mehr zur Schau: die Geschlechtsteile sind mit Händen und Beinen verdeckt. Stattdessen ziehen die Frauen Bilanz. Auf einem Schild ist zu lesen: „Die nackte Wahrheit. X100 Jahre Patriarchat sind genug.“¹⁶⁷ Die *Frauenkommune* hatte einen Freiraum eröffnet, der es den Frauen möglich machte, über ihre Lage nachzudenken und sie zu politisieren. In diesem Sinne erinnert sich auch ein „assoziiertes Mitglied“ an eine seiner Mitbewohnerinnen: Diese sei oft zu Hause gewesen und habe viel gelesen: „sie las bücher über emanzipation der frau. sie versuchte den frauen immer etwas von solidarität zu erzählen.“¹⁶⁸

Diese vom Mitbewohner belächelte Absicht ließ manche Kommunardin nicht los. Einige von ihnen zogen nach dem Ende der Kommune in die Bauerstraße, um ihre gemeinsamen Unternehmungen fortzusetzen. Die Rede war von einem „Wohnprojekt“, das aufgrund der „Solidarisierung der Frauen und unter Einschluss der Männer“ zustande kommen sollte. Zwar wurde dies nicht verwirklicht, doch liegen hier die Wurzeln einer Frauengruppe, die unter dem Namen *Rote Frauenfront* auftrat und auf die noch einzugehen sein wird.

Obwohl eng mit der „68er“- und der Frauenbewegung verbunden, blieb das Konzept der *Frauenkommune* in den eigenen Reihen alles andere als unwidersprochen. Dies hing damit zusammen, dass diese Lebensform selbst für die selbsternannten Revolutionäre äußerst ungewöhnlich war. Auch die Berliner *Kommune 2* stellte fest, dass ihr Lebensstil „überall starke – positive wie negative – Faszination“ ausgeübt habe und nicht zuletzt „im antiautoritären Lager selbst auf Begeisterung wie Ablehnung“ gestoßen sei.¹⁶⁹ Dass es sich bei dem Münchner Projekt zuvorderst um Frauen handelte, sorgte dabei für besondere Irritationen. Der Presse galt die *Frauenkommune* als „völlig aus der Apo-Art geschlagen“, da der

¹⁶⁵ Schlumberger: Türkenstraße, S. 430.

¹⁶⁶ Ebd., S. 427.

¹⁶⁷ Hintergrundgespräch mit Adelheid Opfermann vom 16. 10. 2008, Privatarchiv Adelheid Opfermann: Ordner 1970–1980: Foto [1970].

¹⁶⁸ Privatarchiv Adelheid Opfermann, Ordner 1968: Erfahrungsbericht von G.C. über die Münchner Frauenkommune [1969].

¹⁶⁹ Kommune 2: Kindererziehung in der Kommune, S. 148.

Münchener SDS die Aktionen der Kommunardinnen an die „Peripherie der Bourgeoisie“ verwiesen habe.¹⁷⁰ Dennoch kam man nicht umhin zu bemerken, dass die *Frauenkommune* ebenso wie die Gruppe um Helke Sander, der *Frankfurter Weiberrat* oder andere Emanzipationskreise etwas Besonderes darstellten: Hier schien ein „neuer Feminismus“ am Werk, ersichtlich an der Art, wie die Frauen ihre Argumente vortrugen. Ungewohnt sei vor allem „der vehemente emotionale Protest im Kampf um ein neues Selbstbewusstsein; das Gefühl sich solidarisieren zu müssen wie in den Anfangszeiten der [ersten] Frauenbewegung.“¹⁷¹

Dass es im Kontext von „1968“ zu einem Aufbruch der Frauen in eigener Sache gekommen war, machte auch die neue Frauenbewegung geltend. So hielt eine Münchener Gruppe in der ersten Hälfte der 1970er Jahre über ihre eigene Geschichte fest, dass die Frauenbewegung „speziell in München“ eine Entwicklung „analog der Studentenrevolte“ durchlaufen habe, und nannte als Beispiel die *Frauenkommune*. Allerdings hieß es herablassend, dass diese „linken Frauen“ ganz ohne theoretischen Ansatz, „durch averbale und exzentrische Auftritte in der Öffentlichkeit“, auf ihre Lage aufmerksam gemacht hätten, um das „Machtmonopol der Männer in Sachen Politik und in der Familie“ in Frage zu stellen. Damit hätten sie, ebenso wie die Kinderläden, zwar einen „Teilaspekt revolutionärer Praxis“ abgedeckt, „jedoch ganz im Rahmen traditioneller fraulicher Bereiche“.¹⁷²

Die Suche nach einem feministischen Selbstverständnis hatte also bereits begonnen – und zwar in Anlehnung an „1968“. Die Kritik an der *Frauenkommune* ist dabei wohl am ehesten der Tatsache geschuldet, dass die Frauenbewegung der 1970er Jahre darüber uneins war, was Feminismus bedeutete, und auch nach einer Rechtfertigung der eigenen Existenz verlangte. Für eine andere Münchener Feministin war die feministische Grundtendenz der *Frauenkommune* nämlich eindeutig: Sie habe „die Männergesellschaft im allgemeinen und die Verhaltensweisen der jeweiligen Männer im besonderen“ angegriffen. Dies sei „zunächst nicht im Namen einer legitimierenden Emanzipationstheorie“ geschehen, die erst mittels der Erfahrungen in den Aktionen entwickelt worden sei. Um das „männliche Leistungsprinzip“ zu negieren, habe die *Frauenkommune* alle Lebensbereiche erotisiert. Damit verbindet die Autorin eine Strategie, die den weiblichen Anliegen letztendlich nutzen sollte, da die *Frauenkommune* „verknöcherte Würdenträger“ mit Weiblichkeit und Lust konfrontierte: „Muffiger Männerstolz sollte gewissermaßen unter der Gürtellinie verletzt und die Reaktion der gereizten Herren der Lächerlichkeit preisgegeben werden.“¹⁷³

Indem sie sich der Methoden des „68er“-Protests bediente, wurde die *Frauenkommune* zu einer der frühen Repräsentantinnen der neuen Frauenbewegung. Freilich gilt diese Feststellung nicht nur für die Aktionsformen, sondern auch für die Alltagspraxis der Frauenbewegung: Denn die Kommune wurde als (Frauen-) Wohngemeinschaft zu einer wichtigen Lebensform feministisch engagierter Frauen. Darin spiegelt sich letztendlich ein grundlegender gesellschaftlicher Wandel, in fol-

¹⁷⁰ Marielouise Jurreit: Kampf gegen Unterdrückung und Monogamie, in: Twen vom 7.7.1969.

¹⁷¹ Ebd.

¹⁷² IfZ-Archiv, ED 899/8: Thesenpapier „Vorstellung des Projekts ‚Frauenarbeit‘ als Einführung der Übungsproblematik“ [1. Hälfte der 1970er Jahre].

¹⁷³ Mühlbauer: Strategiemodelle, S.224f.

gedessen sich unter anderem verwandtschaftliche Beziehungen informalisierten.¹⁷⁴ In einem Gesprächskreis über die Frage „Mit wem wohnen wir zusammen?“ stellten Münchnerinnen, die sich zur Frauenbewegung zählten, in den 1970er Jahren fest, dass die Vorteile die Nachteile einer Wohngemeinschaft bei weitem überwiegen würden. Die Frauen, die bereits in WGs lebten, waren sich der positiven Wirkung dieser Lebensform sicher: Persönlich empfanden sie sich weniger isoliert, auch habe man es in einer Wohngemeinschaft mit ganz unterschiedlichen Menschen zu tun. Dies trage zur emotionalen Stabilisierung bei, was dazu führe, dass sich neue Bedürfnisse entwickeln könnten.¹⁷⁵

In München gab es eine Reihe von bekannten Frauenwohngemeinschaften, etwa ein Haus in der Gewürzmühlstraße im Lehel, das fast ausschließlich Frauengruppen beherbergte, unter ihnen die *Siemens-Frauen*, die *Grafik-Frauen* und die *Film-Frauen*, wie sich die Gruppen in Anlehnung an ihr Engagement in Unternehmen und auf kulturellem Feld nannten.¹⁷⁶ Auf Flugblättern und Informationsmaterial der Frauenbewegung tauchten in der ersten Hälfte der 1970er Jahre auch immer wieder Adressen in der Ungererstraße, der Mariannenstraße und der Herzogstraße auf, wo allem Anschein nach feministisch engagierte Frauen wohnten, ihre Aktionen planten und ihre Wohnungen zum Teil auch als erste Frauentreffpunkte zur Verfügung stellten.¹⁷⁷

4. „Bis die Frauen aufgewacht sind“: Erste Frauengruppen innerhalb des „68er“-Protests

Neben den Kinderläden und der *Frauenkommune* zeigen auch die Ende der 1960er Jahre entstehenden ersten Frauengruppen, dass „1968“ eine wichtige Rolle für die Mobilisierung von Frauen spielte. Die Zeitzeugin Rita Mühlbauer beschreibt ihre Studienzeit an der Kunstakademie als „Spielraum, um herauszukriegen, was ich eigentlich wollte und was möglich war“. Dabei sei sie in die Studentenbewegung „mit Karacho hinein“, weil man dort „gelesen und diskutiert“ habe. Dieser „Aufbruch“ sei durch „linke Vorbilder“ und vom festen Glauben geprägt gewesen, dass „Erziehung und gesellschaftliches Umfeld“ die Menschen bestimmten. Der dem zugrunde liegende Impetus von Gestaltung und Veränderung zielte auf Männer wie auf Frauen gleichermaßen ab und setzte im Hinblick auf ein Miteinander der Geschlechter Überlegungen in Gang, die als bereichernd empfunden wurden: Dabei nannte Mühlbauer neben den Ideen auch die vermeintlich privaten Lebensstile, die man nun politisch betrachtete: „Die Wohngemeinschaften waren gemischt.

¹⁷⁴ Vgl. Meyer/Schulze: Frauen in der Modernisierungsfalle, S. 178f.

¹⁷⁵ IfZ-Archiv, ED 899/19: Papier „Mit wem wohnen wir zusammen?“, o. D.

¹⁷⁶ Hintergrundgespräch mit Christine Dombrowsky vom 5. 3. 2008.

¹⁷⁷ Z. B.: IfZ-Archiv, ED 899/6: Information 3 der „Sozialistischen Arbeitsgruppe zur Befreiung der Frau/Aktion 218 in München“ [August 1971]; Flugblatt der Aktion 218 zur Demonstration am 6. 11. 1971 in München „Wir Frauen für Frauen“; IfZ-Archiv, ED 899/7: Adressliste der auf dem Bundesfrauenkongress am 11./12. 3. 1972 anwesenden Gruppen; Archiv 451, Mappe 218: Flugblatt der „Aktion 218 – München, Herzogstr. 65“: „Wir Frauen für Frauen“, o. J.; FrauenMediaTurm, Pressedokumentation 1968–1981: Liste „Gruppen, die auf der Delegationenkonferenz am 5./6. Mai [1973] in Frankfurt waren“.

[...] Ich habe viel dabei gelernt.“ „1968“ bildete damit sowohl durch seine Theorie als auch durch seine Praxis eine entscheidende Maßgabe (auch) für seine Aktivistinnen, „bis“, wie die Zeitzeugin meinte, „die Frauen aufgewacht sind.“¹⁷⁸

Unter diesem Aufwachen ist aber weniger ein abrupter Bruch oder ein konkret fassbarer Neuanfang zu verstehen. Die ersten Frauengruppen in München, bei denen sich auch Rita Mühlbauer engagierte, sind Beispiele dafür, dass die frühe Frauenbewegung nicht allein ein Reflex auf die Revolte war. Vielmehr handelte es sich dabei um eine Reflexion des gesellschaftlichen Wandels ebenso wie der politischen Unruhe am Ende der 1960er Jahre: Bei vielen Frauen (und manchen Männern) setzte ein Bewusstwerdungsprozess ein, der sich immer stärker auf die Geschlechterverhältnisse bezog.

Anhand der Quellen ist diese Entwicklung allerdings nicht ohne Schwierigkeiten nachzuvollziehen, weil nur wenig Material überliefert ist. Meist handelt es sich dabei um kurze Notizen oder Rückschauen der weiblichen Beteiligten. So fanden sich auch für München lediglich Splitter, die meist relativ unspezifisch und zum Teil kaum unterscheidbar von *Arbeitskreis Emanzipation*, *Basisprojektgruppe Emanzipation der Frau* oder unspezifisch von „Frauengruppen“ sprechen.¹⁷⁹ Zeitlich sind diese Unternehmungen in den Jahren 1968 und 1969 zu verorten, als Umfeld ist die Außerparlamentarische Opposition genannt, vor allem an der LMU, der Kunstakademie oder im *Republikanischen Club*¹⁸⁰.

An allen Münchner Vorhaben hatten anfangs Frauen wie Männer Anteil. Glaubt man den Berichten mitwirkender Frauen, zeitigte dieses gemeinsame Interesse aber kaum Erfolge. Allem Anschein nach hing dies mit einem geschlechtsspezifischen Verständnis von Emanzipation zusammen. Während es Frauen eher allumfassend um den Menschen ging, sie also auch Männer als „Opfer ihrer Erziehung“ betrachteten, die sich emanzipieren müssten, nahmen die Männer dieses Anliegen nicht sonderlich ernst und begriffen Emanzipation zuvorderst als Sache der Frauen. So kam es zu Reibereien: „Jeder äppelte rum“, erinnerte sich ein weibliches Mitglied einer Gruppe. Schon bei der ersten Sitzung sei es zu einer „Frontstellung“ gekommen, die bereits an der Sitzordnung abzulesen gewesen sei: „hier die Männer, da die Frauen“.¹⁸¹ Manche Genossen hätten sogar „ungeheuer aggressiv reagiert“, so eine andere Zeitzeugin, und das obwohl sie bei Treffen durchaus willkommen gewesen seien, „sofern sie ein glaubhaftes Motiv nennen konnten“. Ein Beweggrund für die wenigen Männer, die zu Beginn mitgemacht hätten, sei

¹⁷⁸ Zitate nach den Erinnerungen von Rita Mühlbauer in: Schlumberger: *Türkenstraße*, S. 405f.

¹⁷⁹ Nennungen z.B. bei Schlumberger: *Türkenstraße*, S. 406; Marielouise Jurreit: *Kampf gegen Unterdrückung und Monogamie*, in: Twen vom 7.7.1969; Runge: *Riß*, S. 136; Jäkl: *Kleine radikale Minderheit*, S. 148; BayHStA, MK 51411, Zusammenstellung des AStA der Kunstakademie „Dokumentation zu den obrigkeitsstaatlichen Maßnahmen der Kultusbürokratie“ vom Sommer 1969.

¹⁸⁰ Der Republikanische Club wurde im April 1967 in West-Berlin gegründet; eine ähnliche Unternehmung, für die bisweilen auch der Name „Club Voltaire“ auftaucht, bestand in München. Die Form eines uneigennütigen Clubs sollte den sich der APO zurechnenden Gruppen und Personen vor Ort Möglichkeiten geben, sich zu treffen, politische Fragen zu diskutieren und gemeinsame Aktionen zu planen. Vgl. Seeliger: *Die außerparlamentarische Opposition*, S. 104–107; *Republikanischer Club*. Rundschreiben 2. Anfang März 1968, in: Bauer: *Nachrichten aus der Provinz 1968*, S. 17f.

¹⁸¹ Marielouise Jurreit: *Kampf gegen Unterdrückung und Monogamie*, in: Twen vom 7.7.1969.

etwa gewesen, die Freundin besser zu verstehen. Dabei wurden von den Männern mitunter recht eigenwillig anmutende Analogien gezogen. So begründete ein Teilnehmer sein „Engagement“ mit der Tatsache, dass es ihm schließlich auch genutzt habe, zu lernen, wie ein Motor funktioniere. Anders als im geschilderten Fall erhielt der Mann offensichtlich nicht den erwünschten Schlüssel zum Verständnis der Frau: Jedenfalls erschien er Berichten einer Zeitzeugin zufolge zu den Sitzungen der Gruppe „kein zweites Mal“.¹⁸²

Aufgrund dieser Erzählungen ist davon auszugehen, dass in einigen Gruppen Männer trotz anfänglichem Interesse den Frauen das Feld überließen. Frauen haben sich also nicht ausschließlich in bewusstem Rückzug und im Alleingang geschlechtsspezifischen Anliegen zugewandt, die die Revolte angeblich unberücksichtigt ließ, wie dies beispielsweise Helke Sander für den *Aktionsrat der Befreiung der Frauen* und den *SDS* beschrieb.¹⁸³ Unabhängig davon, wie unterschiedlich Männer und Frauen im Einzelfall reagiert haben mochten, lässt sich dennoch feststellen, dass Frauen der Außerparlamentarischen Opposition ihre Situation als Angehörige des weiblichen Geschlechts immer schärfer in den Blick nahmen. Die Antwort auf die Frage, welche Rolle dabei das Gegenüber – „der Mann“ – einnahm, blieb unentschieden und ließ sich auch nach eigenen Aussagen nicht einfach auf „Unterdrücker“ oder „Kampfgefährte“ reduzieren.¹⁸⁴

Inwieweit die Frauen, die Gruppen ins Leben riefen, diese Beziehungsfrage bereits stellten, ist ohnehin fraglich. Darüber hinaus bleibt offen, ob es von Anfang an ein politisches Selbstverständnis über weibliche Lebenslagen gegeben hat. Zeitzeuginnen berichten, dass sich die Frauen zunächst verbunden gefühlt hätten, „weil sie Hilfe brauchten“.¹⁸⁵ Sie seien in den Kneipen oft zusammengestanden und hätten „angefangen zu reden“.¹⁸⁶ Die Treffen hatten Zulauf und wurden häufiger, es habe teilweise sogar „richtige Metastasen“ gegeben: „Man hat Erfahrungen ausgetauscht und vor anderen zum ersten Mal so richtig ausgepackt. Das hat man üben müssen, richtig üben.“¹⁸⁷

Von diesen Gesprächszirkeln profitierten Frauen mindestens in zweierlei Hinsicht: Zum ersten lernten sie, ihre unmittelbaren Probleme zu verbalisieren, zum zweiten stellten sie frauenspezifische Anliegen dadurch in größere Zusammenhänge. Dies war eine wichtige Bedingung zur eigenständigen Formulierung feministischen Gedankenguts. Allerdings ist zu vermuten, dass sich die Frauen in diesem frühen Stadium der möglichen Tragweite ihres Handelns noch nicht bewusst waren, zumal sie es als einen von außen abgeschirmten Selbstbezug und deshalb nicht notwendigerweise als politisch verstanden. So ist noch in einem Protokoll vom Januar 1971 überaus bescheiden festgehalten, dass man erst ein „Programm ausarbeiten und schriftlich festlegen müsse“, bevor man in die Öffentlichkeit gehen könne.¹⁸⁸

¹⁸² Jäkl: Kleine radikale Minderheit, S. 147f.

¹⁸³ Sander: Rede zur Befreiung der Frau (1968), in: Ebbinghaus: Die 68er, S. 156.

¹⁸⁴ Runge: Riß, S. 136.

¹⁸⁵ Ebd.

¹⁸⁶ Jäkl: Kleine radikale Minderheit, S. 147.

¹⁸⁷ Schlumberger: Türkenstraße, S. 406.

¹⁸⁸ Archiv 451, Mappe Genossin Blaustrumpf: Protokoll [der Gruppe Genossin Blaustrumpf] über die Arbeitssitzung vom 25. 1. 1971.

Das politische Selbstbewusstsein war aber im Wachsen begriffen. Dies zeigte sich auch daran, dass die eben zitierte Gruppe *Genossin Blaustrumpf* die bislang benutzten Begriffe „Arbeitskreis“ und „Emanzipation“ für „abgenutzte Schlagworte“ bei der Namensgebung ihres Zirkels hielt. Angebracht erschien stattdessen ein Titel, der „zugkräftig, nicht zu deutsch-ernst und einseitig festlegend, dazu Spaß machend sein“ sollte. Mit *Genossin Blaustrumpf* fiel die Wahl auf einen Namen, der zu „1968“ ebenso einen Bezug herstellte wie zur historischen und zur sich gegenwärtig formierenden Frauenbewegung – ein Beweis dafür, dass Wissen über Vorläuferinnen vorhanden war und auch der (internationale) Austausch oder zumindest die Aufnahme von Ideen bereits funktionierte. Angelehnt hatte sich die Gruppe nämlich an ein Vorbild aus den Niederlanden: an eine Frauengruppe, die unter dem Namen *Dolle Minnas* über die holländischen Grenzen hinaus von sich Reden machte.¹⁸⁹

Weiterhin wollten die Münchnerinnen eine Beschimpfung ironisierend aufnehmen, der „emanzipationssüchtige Frauen“ schon „immer“ ausgesetzt gewesen seien. „Und die Genossin zum Blaustrumpf zeigt deutlich an, dass wir uns mit allen Frauen solidarisieren, die auf Emanzipationswegen sich vorwärts kämpfen. Gleichzeitig aber benutzen wir die solidarisierende Anredeform – die von der sozialistischen Bewegung ja nicht zu trennen ist – um anklingen zu lassen, dass wir die Frauenbewegung nur als eine von vielen Emanzipationsbestrebungen in der Welt sehen, die uns in eine gerechtere, menschlichere, in jedem Fall erst einmal sozialistische Gesellschaft bringen sollen.“¹⁹⁰

Die Frauengruppen verstanden sich als integraler Bestandteil des Protests um „1968“. Dies zeigt sich auch an der konkreten Arbeit dieser Unternehmungen, die häufig mit Initiativen für Kinderläden in Verbindung standen. Allerdings konnte eine solche Themenfokussierung auch dazu beitragen, dass manche Teilnehmerinnen andere Wege einschlugen. Auf diese Weise fächerte sich das frauenzentrierte Handeln sehr bald auf. Die Journalistin Erika Runge gab zum Beispiel an, dass man in ihrer Gruppe schnell gelernt habe, „dass eine Frau zu sein nicht unbedingt heißt, die gleichen Interessen wie eine andere Frau zu haben. Die Studentinnen fanden das Kinderladenprojekt unwichtig, die Frauen, die unter ihrer Zweierbeziehung litten, wollten [...] Gruppentherapie machen“.¹⁹¹

Obwohl es also nicht immer einfach war, den verschiedenen Bedürfnissen gerecht zu werden, wurde das Geschlecht insgesamt doch zu einem einenden Moment. Außerdem waren die Gruppen am Ende der 1960er Jahre bereits in der Lage, bestimmte Unterschiede, wie sie Familienstand oder Werdegang mit sich bringen konnten, durch das Frau-Sein, wenn nicht zu überwinden, so doch immerhin auszugleichen. Von einem Münchner Arbeitskreis wird etwa berichtet, dass er aus „150 Frauen“ bestand. Dabei seien zwar „die ersehnten Arbeiterinnen ausgeblieben“; die Teilnehmerinnen stammten also „hauptsächlich aus dem Mittelstand“. Unter ihnen waren aber „Hausfrauen, die ihre Ausbildung nicht nutzen

¹⁸⁹ Zum Hintergrund: Rang: Frauenbewegung in den Niederlanden, S. 164–169.

¹⁹⁰ Archiv 451, Mappe Genossin Blaustrumpf: Protokoll [der Gruppe Genossin Blaustrumpf] über die Arbeitssitzung vom 25. 1. 1971.

¹⁹¹ So die Gruppen bei: Marielouise Jurreit: Kampf gegen Unterdrückung und Monogamie, in: Twen vom 7. 7. 1969; Runge: Riß, S. 137.

konnten, weil sie für die Kinder da sein mussten“, „Studentinnen, die begreifen wollten, was ihre Rolle ist“ und die „wenigen“, „die ihr eigenes Geld verdienen“, also berufstätig waren.¹⁹²

Andere Gruppen waren bei weitem kleiner, verfügten aber über Ausbaupotenzial: So hätten sich an der Kunstakademie zu den „10, 15 Akademiefrauen“ bald „die Kunsthistorikerinnen der Uni“ gesellt.¹⁹³ Dagmar Seehuber-Przytulla, die nach ihrer Kommune-Zeit in Berlin wieder nach München zurückgekehrt war und im Sommer 1968 einen *Arbeitskreis für Emanzipation* ins Leben rief, sprach von „acht bis zehn Leuten, die da mitmachten.“¹⁹⁴ Ihr Name findet sich wenig später bei *Genossin Blaustrumpf* wieder, die ausschließlich aus Frauen bestand und bei den Treffen zwischen zehn und zwölf Teilnehmerinnen vermerkte. Als Interessentin hatte sich auch Erika Runge eingetragen. Aus den Protokollen der *Genossin Blaustrumpf* geht hervor, dass die Mitglieder vorwiegend studierten oder berufstätig waren.¹⁹⁵ Die vor allem aus der Soziologie stammenden Frauen wollten insbesondere die Lage von Sekretärinnen untersuchen.

Nicht selten angeregt durch die allgemeine Protestbewegung setzten sich in München Frauen um 1970 also immer nachhaltiger mit ihrer eigenen Situation auseinander. Sie taten dies bereits in einem Verbund, in dem man sich kannte, Kontakt untereinander hielt und sich austauschte. Von den Pionierinnen profitierten auch jüngere Gruppen: Eine von ihnen hielt anlässlich ihrer Gründung im März 1971 fest, dass man bereits Ansatzpunkte vorgefunden hätte, zum Beispiel die „etwa sechs Frauen“ in der Bauerstraße (die Fortsetzung der *Frauenkommune*), den „Akademiekreis“ und „noch einige andere“.¹⁹⁶

Was bewog nun aber diese Gruppen, „Frauenfragen“ hochzuhalten und die Themen zu verstetigen? Am Anfang scheinen häufig Unsicherheiten im unmittelbaren Umfeld und das Streben nach individueller Befreiung gestanden zu haben. So berichteten Mitglieder früher Gesprächskreise, dass es um „psychologische Themen“¹⁹⁷ gegangen sei, etwa in Beziehungen. Eine Frau nannte als Anlass, sich zu einer Frauengruppe zu gesellen, zum Beispiel die „gravierende Untreue eines Partners“¹⁹⁸, eine andere eine schwierige Trennung, die ihr vor Augen geführt habe, dass sie und ihr Partner kein „emanzipiertes Verhältnis“ gehabt hätten und sie selbst entgegen den eigenen Vorstellungen auch „nie souverän und autonom gewesen“ sei.¹⁹⁹ Neben Motive, die „durch persönliche Probleme in Zweierbeziehungen“ entstanden waren, standen die Auseinandersetzung mit einer „erfahrenen Zurücksetzung“ etwa in der Ausbildung und der Wunsch, es manchen „Vorbildern aktiver Gruppen in USA, Holland, England, Frankfurt, Berlin“ gleichzutun.²⁰⁰

¹⁹² Runge: Ribß, S. 136.

¹⁹³ Schlumberger: Türkenstraße, S. 406.

¹⁹⁴ Marielouise Jurreit: Kampf gegen Unterdrückung und Monogamie, in: Twen vom 7.7.1969.

¹⁹⁵ Archiv 451, Mappe Genossin Blaustrumpf, Namensliste [der Gruppe Genossin Blaustrumpf], o. D.; Protokoll über die Arbeitssitzung [der Gruppe Genossin Blaustrumpf] vom 25.1.1971; Protokoll des Treffens [der Gruppe Genossin Blaustrumpf] am 8.2.1971.

¹⁹⁶ IfZ-Archiv, ED 899/6: Protokoll der Wochenendsitzung der Frauengruppe am 20./21.3.1971.

¹⁹⁷ Schlumberger: Türkenstraße, S. 406.

¹⁹⁸ Ebd.

¹⁹⁹ Marielouise Jurreit: Kampf gegen Unterdrückung und Monogamie, in: Twen vom 7.7.1969.

²⁰⁰ IfZ-Archiv, ED 899/6: Protokoll der Wochenendsitzung der Frauengruppe am 20./21.3.1971.

Frauen nahmen in den Frauengruppen ihre eigene Situation zuvorderst als „sinnliche Erfahrung von Unfreiheit und Ausbeutung“ wahr, die es zu überwinden galt, indem man „verändernd in die gesellschaftlichen Verhältnisse“ eingriff. Grundlage hierzu war zum einen ein „erkenntnistheoretisches Interesse“ an der „sexuellen und ökonomischen Unterdrückung“ von Frauen in den unterschiedlichen Bereichen, in denen sie sich bewegten, etwa Ehe, Familie, Universität oder Arbeitsplatz. Zum zweiten sah man die Frauengruppen als eine Möglichkeit, individuelle Probleme aufzuarbeiten, und das in einem „solidarischem, gemeinsamen Vorgehen“, das zum „Abbau von Rivalitäten untereinander“ beitrug.²⁰¹

Einigen Frauen zufolge wurden dabei „keine greifbaren Ergebnisse“ erzielt, man habe eher „Gruppentherapie“ betrieben.²⁰² Andere wiederum sind sich in der Rückschau sicher, dass die frühen Frauengruppen „nach innen [...] in die Freundschaften, in die Beziehungen“ gewirkt hätten; dies habe die Frauen bereichert und verbündet, so dass sie bei neuen Themen, zum Beispiel der *Aktion 218*, „auch wieder dabei“ gewesen seien.²⁰³ Obwohl man „noch keinen Gedanken an eine autonome Frauenbewegung“ verschwendete, fühlten sich Frauen „von Frauengruppen angesprochen“.²⁰⁴

Von „1968“ erhielten die Gruppen dabei viele Anregungen, etwa wenn sie „politische Arbeit und revolutionären Kampf“ als Mittel ansahen, um emanzipatorische Prozesse einzuleiten und „auch im privaten Bereich traditionelles Rollenverhalten und überlieferte Symbolgehalte in Frage“ zu stellen.²⁰⁵ Allerdings zeigte die allgemeine Protestbewegung am Ausgang der 1960er Jahre immer deutlichere Verfallserscheinungen, die bei der Münchner APO, die bislang eher „antiautoritär“ geprägt gewesen war, zu einer „marxistischen Phase“ führte, in der man besonders nachdrücklich auf klassische Theorie und Schulung, straffe Organisation und Strukturnetze setzte.²⁰⁶

Manchen Aktivistinnen schien diese Wende sehr zu missfallen: „Die K-Gruppen entstanden, diese ganzen kommunistischen Zersplitterungen und schon war der Spaß weg,“ erinnerte sich etwa Rita Mühlbauer. „Mit dem Dogmatismus und der Rechthaberei“ sei wenig anzufangen gewesen.²⁰⁷ Dies war gerade im Hinblick auf die Frauengruppen der Fall, die vor „dem Hintergrund des engen marxistischen Arbeitsbegriffs und ohne Patriarchats-Kritik [...] bald im Sande verlaufen“ seien.²⁰⁸ Seit 1969/70 findet sich deshalb in den Quellen zu Münchner Frauengruppen immer häufiger Kritik an der dogmatischen Linken – eine Auseinandersetzung, die die Frauenbewegung das ganze folgende Jahrzehnt über begleiten sollte.

²⁰¹ IfZ-Archiv, ED 899/8: Thesenpapier „Vorstellung des Projekts ‚Frauenarbeit‘ als Einführung der Übungsproblematik“ [1. Hälfte der 1970er Jahre].

²⁰² Marielouise Jurreit: Kampf gegen Unterdrückung und Monogamie, in: Twen vom 7.7.1969.

²⁰³ Schlumberger: Türkenstraße, S. 406.

²⁰⁴ Jäkl: Kleine radikale Minderheit, S. 148.

²⁰⁵ IfZ-Archiv, ED 899/8: Thesenpapier „Vorstellung des Projekts ‚Frauenarbeit‘ als Einführung der Übungsproblematik [1. Hälfte der 1970er Jahre].

²⁰⁶ Vgl. Hemler: München '68 – war da was?, S. 132–135.

²⁰⁷ Schlumberger: Türkenstraße, S. 406.

²⁰⁸ Jäkl: Kleine radikale Minderheit, S. 148.

Letztendlich entfernten sich Frauen von den Restbeständen der Außerparlamentarischen Opposition, weil sie sich einer „autoritären Bewegung“ gegenüber sahen, die „ein wichtiges Gebiet“ – die „Frauenproblematik“ – auslasse. Dem vermeintlichen „Nebenwiderspruch“ setzten sie die „Erfahrung doppelter Unterdrückung“ entgegen, wonach die weibliche Bevölkerung nicht nur durch den Kapitalismus, sondern auch durch das Patriarchat ausgebeutet werde.²⁰⁹ Es herrschte unter den Frauen, die sich zu „1968“ zählten, aber keine Einigkeit darüber, ob nun die Klassenfrage der Frauenfrage voranzustellen sei oder umgekehrt. In München gab es genauso Frauen, die „Frauenarbeit“ als „Vehikel zur Vermittlung sozialistischer Inhalte“ sahen und sich bewusst im Umkreis der Organisationen zum Wiederaufbau einer kommunistischen Partei engagierten. Die durch Agitation zu erwirkende Einsicht, dass die weibliche Bevölkerung sowohl im Beruf als auch in der Familie unterdrückt würde, sollte Frauen dazu bewegen, dass es nicht allein um die Gleichberechtigung der Geschlechter gehen müsse, sondern „in bewusster Zusammenarbeit mit nicht-repressiven Männern“ um die „Emanzipation aller“.²¹⁰

Die Anfänge der Frauenbewegung der 1970er Jahre finden sich im linksgerichteten Protest von „1968“. Die ersten Zusammenschlüsse von Frauen sind gleichermaßen als Nachhut und als Kontrahentinnen dieses Protests zu sehen. Ihre einzelnen Mitglieder profitierten von „1968“ ebenso sehr, wie sie sich von ihm distanzieren. Nicht zu vergessen ist dabei, dass einige Fortsätze von „1968“ nicht nur mit der Frauenbewegung um Anhängerinnen konkurrierten, sondern auch einen taktischen Vorteil aus ihrer Existenz zogen, etwa wenn sich kommunistische Gruppen wenig später ebenso wie die Frauenbewegung in der Frage des Paragraphen 218 StGB engagierten.²¹¹

Dass Frauen begannen, die Überwindung des Patriarchats für mindestens genauso wichtig, wenn nicht gar wichtiger als den Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung zu erachten, hing auch damit zusammen, dass Gruppen ihre Aufgabe darin sahen, „Realität zusammen[zu]tragen“. Gemeint war damit: „Die Erziehung der Mädchen in den Familien. Was wird in Schulbüchern angeboten? Das Frauenbild in der Reklame? Die Billiglöhne in der Industrie? Keine Aufstiegschancen für Frauen [...]. Die Schuldgefühle der Mütter.“²¹²

Die Frauengruppen diskutierten damit den gesellschaftlichen Wandel, der gerade für die weibliche Bevölkerung selbst seit den 1960er Jahren ambivalente Folgen zeitigte. Die grundlegenden Veränderungen und die politische Unruhe gingen dabei eine Symbiose ein, die auch zur Entstehung der Frauenbewegung beitrug. Dies soll im Folgenden an einem Studienschwerpunkt gezeigt werden, der viele (angehende) Feministinnen, die auch in München häufig aus den Reihen jüngerer und gut gebildeter Frauen stammten, einte: die Soziologie.

Die Soziologie an der LMU ist ein Beispiel für ein wissenschaftliches Institut, das noch Mitte der 1960er Jahre keine besondere Affinität für weiblichen Nach-

²⁰⁹ IfZ-Archiv, ED 899/6: Protokoll der Wochenendsitzung der Frauengruppe am 20./21. 3. 1971.

²¹⁰ Ebd.

²¹¹ Vgl. dazu Kap. III.2.a.

²¹² Runge: Rifß, S. 136.

wuchs oder Geschlechterfragen offenbarte. Im Wintersemester 1966/67 setzte sich das Lehrpersonal unter der Leitung der Professoren Karl Martin Bolte und Emeric Francis ausschließlich aus Männern zusammen und die Studierenden konnten eine Vorlesung über das „Denken und Wirken bedeutender Männer der deutschen Verwaltung vom Frhr. von Stein bis zur jüngsten Gegenwart“ besuchen. Dass die Lage der weiblichen Bevölkerung zu einem wissenschaftlichen Thema aufstieg, wird aber an einem Hauptseminar zu „Universität und Gesellschaft“ deutlich.²¹³ Unter dem Titel einer „gebremsten Emanzipation“ gingen gleich zwei umfangreiche Seminararbeiten der „sozio-psychologischen Situation der Frau an den Universitäten“ nach, von denen die eine 1968 in den Gewerkschaftlichen Monatsheften abgedruckt, die andere zur Magisterarbeit ausgebaut wurde.²¹⁴

Geschrieben wurden diese Untersuchungen von Studentinnen, die über den zweiten Bildungsweg bzw. das „Begabtenabitur“ in der ersten Hälfte der 1960er Jahre an die Universität gekommen waren. Elfriede Bode und Eleonore Romberg gehörten dem Jahrgang 1927 bzw. 1923 an und engagierten sich vor wie nach ihrem Studium in der (Frauen-)Gewerkschafts- bzw. der (Frauen-)Friedensarbeit.²¹⁵ Dabei sind Bode und Romberg nicht nur Beispiele dafür, dass Frauen bereits in den 1960er Jahren an der Bildungsexpansion teilhatten. Vielmehr zeigt sich an ihrem Engagement, dass die „Frauenfrage“ in der Bundesrepublik der 1970er Jahre keineswegs vollkommen neu erfunden wurde, sondern über Traditionen verfügte, die zur Frauenbewegung an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert zurückreichten. Diese Wurzeln waren nicht vollends in Vergessenheit geraten und wurden von der Generation der „45er“²¹⁶ – obgleich nicht so geräuschvoll und öffentlichkeitswirksam wie von der Frauenbewegung der 1970er Jahre – zum Beispiel in den Gewerkschaften oder der *Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit*, denen Bode und Romberg angehörten, aufgegriffen und weiter getragen.

Beide Studien sahen die Frauen in der Universität in der Minderzahl. Im Gegensatz zu den Männern seien sie auch besonderen Vorurteilen – etwa der „Unvereinbarkeitsideologie“ von Beruf und Familie – ausgesetzt. Grundlage der Seminararbeiten war nicht nur der Frauenbericht der Bundesregierung von 1966, sondern auch soziologische Fachliteratur, die zu diesem Zeitpunkt bereits auf Probleme von Frauen im Studium hinwies. Neben Ralf Dahrendorfs Plädoyer „Bildung ist Bürgerrecht“ gehörten dazu etwa Hermann Veters Aufsatz „Zur Lage der Frau an westdeutschen Hochschulen“, Hannelore Gersteins Studie über „Studierende Mädchen“ oder die Untersuchung des Hochschulverbandes „Zur

²¹³ Vgl. LMU: Personen- und Vorlesungsverzeichnis für das Wintersemester 1966/67, München 1966, S. 138, 203f.

²¹⁴ Beide Arbeiten als Kopie zu finden in: IfZ-Archiv, ED 900/284; Elfriede Bode: Gebremste Emanzipation? Die soziopsychologische Situation der Frau an den Universitäten, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 19 (1968) H. 7, S. 410–418; Eleonore Romberg: Die sozio-psychologische Situation der Frau an der Universität, unveröffentlichte Magisterarbeit o.D. der Hohen Philosophischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität zu München.

²¹⁵ Vgl. den Beitrag zu Elfriede Bode in: Pilwousek: Münchner Gewerkschafterinnen, S. 13–33; zu Eleonore Romberg (1923–2004): Interview in: Krafft: Münchner Frauen, S. 435–447; speziell zu Rombergs Tätigkeit in der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit“ seit 1956: Hertrampf: Feministisches Denken internationaler Aktivistinnen, S. 271–274.

²¹⁶ Eine Literatur-Auswahl zu diesem Thema: Schelsky: Skeptische Generation; Bode: Flakhefer-Generation; Moses: Die 45er, S. 233–263.

Situation der weiblichen Hochschullehrer“.²¹⁷ Dass es dabei nicht nur um eine Beschreibung der Schwierigkeiten von Frauen, sondern auch um Verbesserungen ging, zeigte auch die Verwertung der Studie Alva Myrdals und Viola Kleins zur „Doppelrolle“ von Frauen und Betty Friedans Buch über den „Weiblichkeitswahn“.²¹⁸

Weibliche Bildungsexpansion und ein gestiegenes Interesse an der Situation von Frauen machten sich in der zweiten Hälfte der 1960er Jahren also im soziologischen Institut der LMU deutlich bemerkbar. Mit der Vergrößerung des Instituts wurden Frauen eingestellt. Auch wenn sich an der männlichen Leitung des Instituts nichts änderte²¹⁹, näherte sich um 1970 das Verhältnis seiner männlichen und seiner weiblichen Studierenden bereits der Parität an. So waren von den 25 gelisteten Teilnehmern eines Diplomanden-Seminars vom Sommersemester 1971 elf weiblich.²²⁰

Die Münchner Soziologie war damit ein Abbild des gesellschaftlichen Wandels, mit dem sie sich auch fachbedingt auseinandersetzte. In den 1960er Jahren geschah dies unter dem Vorzeichen einer „neuen Kritik“.²²¹ Dafür standen auch die beiden Münchner Hochschullehrer Bolte und Francis. Der Erstgenannte etwa wandte sich während der Revolte dezidiert im Sinne der studentischen Forderungen an „die Studierenden“ des Instituts und wies wiederholt auf die Notwendigkeit von Reformen „in vielen Bereichen unserer Gesellschaft“ hin. Ihm ging es dabei zuvorderst um die Neugestaltung von Studium und Lehre – etwa Ausbau der Universitäten und neue, die Studierenden einbeziehende Lehrformen. Allerdings sah er dies als eines von vielen Reformprojekten in „einer komplizierten Industriegesellschaft“, deren Zusammenhänge man erkennen müsse. Die Soziologie bot Boltens Meinung nach das nötige Handwerkszeug, um die „Zeit des Wandels“ zu verstehen und die „veränderten Maßnahmen“ zu erkennen, derer eine solche Zeit bedürfe.²²²

Die Nähe zur Gegenwart, die von politischer Unruhe und gesellschaftlichen Veränderungen geprägt war, schlug sich auch in den Vorlesungen, Seminaren und Übungen Boltens und Francis' nieder, die mit Titeln wie „Deutsche Sozialstruktur im Wandel“, „Soziale Schichtung II – Marxsche Klassentheorie“, „Herrschafts- und Staatssoziologie“ oder „Gesellschaft und Sexualität“ überschrieben waren. Viele angehende Soziologinnen, deren Namen sich auch in den Quellen zu Münch-

²¹⁷ Vetter: Zur Lage der Frau an den westdeutschen Hochschulen, S. 644 ff.; Gerstein: Studierende Mädchen; Felgenträger: Zur Situation weiblicher Hochschullehrer, S. 9-23.

²¹⁸ Vgl. zum Inhalt Kap. I.

²¹⁹ Vgl. LMU: Personen- und Vorlesungsverzeichnis für das Wintersemester 1969/70, München 1969; LMU: Personen- und Vorlesungsverzeichnis für das Sommersemester 1972, München 1972, S. 141.

²²⁰ IfZ-Archiv, ED 900/362: Teilnehmerliste des Diplomanden-Seminars vom Sommersemester 1971 bei Horst Holzer.

²²¹ Vgl. zur Wissenschaftsgeschichte: Gerhardt: Soziologie im zwanzigsten Jahrhundert, zu den 1960er Jahren v. a. S. 231-277.

²²² Universitätsarchiv München, Puffer-Ordner 1: Zwei Verlautbarungen Karl Martin Boltens an die Studierenden der Soziologie an der Universität München vom Juni 1969 unter den Stichwörtern „Frustrierte Gesellschaft – Frustrierte Münchner Soziologen“ und „Gegen repressive Reformer und Utopisten“. Die Münchner Soziologie führte 1968 auch einen halbparitätisch besetzten Institutsrat ein und ging damit sogar weiter als die Soziologie in West-Berlin oder Frankfurt am Main. Herzlichen Dank an Anne Rohstock für diesen Hinweis.

ner Frauengruppen finden, setzten sich dabei mit dem Wandel und seiner Ambivalenz, insbesondere aber mit den negativen Auswirkungen für Frauen auseinander.²²³ Eine Reihe von Diplom-, Magister- und Doktorarbeiten macht deutlich, dass die Situation von Frauen unter den Studentinnen seit der zweiten Hälfte der 1960er Jahre auf großes Interesse stieß. Die bearbeiteten Themen lauteten etwa „Die Frau in den Parteien und Parlamenten Westdeutschlands“ (1967), „Die Problematik der Emanzipation der Frau in Familie, Beruf, Gesellschaft“ (1969), „Elemente der sozialen Rolle der Frau als Determinanten geschlechtsspezifischer Berufsmöglichkeiten“, „Frauenbefreiungsbewegung in den USA, England und der BRD seit 1967“ (beide 1972) oder „Interessenwahrnehmung weiblicher Arbeitnehmer“ (1974).²²⁴

Das Studium der Soziologie, aber auch der Politikwissenschaft oder der Psychologie hat zweifellos viele Studentinnen dazu angeregt, sich intellektuell mit der Situation von Frauen auseinanderzusetzen und sie kritisch zu hinterfragen. Dies deckte sich bisweilen mit Aktivitäten der Studentenbewegung, etwa wenn die Fachschaft Soziologie 1968 dazu aufrief, sich in *Betriebsbasisgruppen* zu engagieren. Studierende konnten dabei über ihren Tellerrand hinausschauen: Sie sollten in Münchner Unternehmen arbeiten und mit Arbeitern, Arbeiterinnen und Angestellten über die Lage der bundesdeutschen Gesellschaft sprechen, um eine empirische Grundlage zu erhalten, die es ihnen erlaubte, „zu reflektieren, [zu] diskutieren und eine allgemeine Orientierung zu erlangen“. Es ging dabei zum Beispiel um das Selbstverständnis bestimmter Gruppen und seine Darstellung in den Medien, Interessenvertretung oder betriebliche Mitbestimmung. An diesem Modell für ein selbsttätiges und selbstorganisiertes Lernen beteiligten sich auch viele Soziologinnen, die sich wenig später in Frauengruppen engagierten, etwa Hannelore Mabry oder Sieglinde Tömmel.²²⁵

Die Soziologie hat damit, obwohl sie in den oberen Rängen männlich geprägt war, Frauen zu Kritik und Gestaltung ermuntert und dabei auch Verbindungen zu deren eigener Situation zugelassen. Damit bot das Fach eine wichtige Voraussetzung für die Entstehung der Frauenbewegung der 1970er Jahre. So hielt zum Beispiel Sieglinde Tömmel unter der Federführung von Professor Francis im Wintersemester 1972/73 und im Sommersemester 1973 ein Seminar²²⁶, das sich explizit mit der „Frauenemanzipation“ beschäftigte. Ausgangspunkt war dabei eine von der Seminarleiterin beobachtete Diskrepanz. Ihrer Ansicht nach werde in den Medien vermittelt, dass die weibliche Emanzipation unaufhaltsam sei. Demgegenüber müsse allerdings festgestellt werden, dass Frauen schon für „beschränkte Forde-

²²³ IfZ-Archiv, ED 900/345-362: Studienunterlagen und Skripten von Hannelore Mabry, die von 1968 bis 1972 an der LMU Soziologie studierte.

²²⁴ Dies ist eine Auswahl an Titeln aus Zusammenstellungen in: IfZ-Archiv, ED 899/19: Liste „Diplom- und magisterarbeiten am soziologischen institut ab 67 zum thema frau“, o. A., o. D.; Spazier/Dombrowski: Bibliografie, Bd. 1: unveröffentlichte Arbeiten zu frauenspezifischen Themen: Diplom-, Magister-, Seminar- und Zulassungsarbeiten. Dissertationen und Referate, München 1976.

²²⁵ IfZ-Archiv, ED 900/363: Informationsbroschüre der Fachschaft Soziologie vom 28. 6. 1968.

²²⁶ Hier und im folgenden: IfZ-Archiv, ED 900/362: Thesenpapiere des Seminars Tömmel/Francis „Frauenemanzipation“ im Wintersemester 1972/73; LMU: Personen- und Vorlesungsverzeichnis für das Sommersemester 1973, München 1973. Hier wird erneut eine Veranstaltung zu „Soziologische Aspekte der Frauenemanzipation“ angeboten, vgl. S. 228.

rungen nach praktischer Veränderung des gegenwärtigen Zustands“ kämpfen müssten, etwa für Kindergartenplätze, bessere Berufs- und Ausbildungschancen oder das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

Das Seminar sprach sich dabei eindeutig für politische Reformen aus, denn in den einzelnen Sitzungen ging es auch darum herauszuarbeiten, dass die genannten Forderungen berechtigt seien. Gleichzeitig schwang die Notwendigkeit einer grundlegenden Umgestaltung der Gesellschaft mit, denn die Situation der Frau wurde als die einer „doppelten Unterdrückung“ verstanden. Trotz teilweiser Anlehnung an sozialistische und marxistische Argumentationen trat die Klassenfrage hier aber in den Hintergrund. In einer Einleitung stellte Tömmel vielmehr fest, dass der kapitalistischen die patriarchale Ausbeutung vorgeordnet sei. Sie wandte sich damit gegen „die gesellschaftliche Vorherrschaft des Mannes“, die eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung nach sich ziehe und die Frau in allen Lebensbereichen – so der monogamen Ehe, der Familie und in der Öffentlichkeit – unterdrücke. Die Popularisierung dieses Argumentationsschemas, das in gemäßigter Form bereits im Lauf der 1960er Jahre angelegt war, erfolgte schließlich durch eine Vielzahl von Frauengruppen, die sich in 1970er Jahren in der Bundesrepublik engagierten.

III. Frauenbewegte Aufbrüche in den frühen 1970er Jahren

Jürgen Habermas unterscheidet zur Charakterisierung der sozialen Bewegungen in den 1970er Jahren zwischen Widerstands-, Rückzugs- und Emanzipationsbewegungen. Letzterer Gruppe ordnet der Philosoph auch die Frauenbewegung zu, die er als offensiv beschreibt: „In der Tradition der bürgerlich-sozialistischen Befreiungsbewegungen“ stehend beziehe sie ihre Schubkraft aus dem Kampf, den sie gegen die patriarchalische Unterdrückung und für die Einlösung eines Versprechens führe, das in den anerkannten „universalistischen Grundlagen von Moral und Recht“ seit langem verankert sei. Allerdings reiche die angestrebte Emanzipation über die „formale Gleichberechtigung“ hinaus. Denn die feministische Bewegung wolle männliche Vorrechte nicht nur beseitigen; vielmehr gehe es ihr darum, „konkrete, von den männlichen Monopolen geprägte Lebensformen um[zu]stürzen“. Habermas zufolge kam Frauen dabei zugute, dass sie über „Kontrasttugenden, über ein zur Männerwelt komplementäres, der einseitig rationalisierten Alltagspraxis entgegengesetztes Wertregister“ verfügen, die ihnen „aus dem historischen Erbe der geschlechtlichen Arbeitsteilung“ zugewachsen seien.¹

Die meisten Frauengruppen, die sich seit den ausgehenden 1960er Jahren zusammenschlossen und sich schließlich als Teil einer neuen Bewegung verstanden, gründeten auf nichts weniger als Revolutions- oder immerhin Rebellionsgedanken. Diese speisten sich aus unterschiedlichen Quellen. Linke Vorbilder und damit auch der Geist von „1968“ kamen dabei ebenso zum Zuge wie Ansprüche auf eine selbstbestimmte Weiblichkeit, die auf demokratischen Gleichberechtigungskonzepten² und dem grundlegenden gesellschaftlichen Wandel beruhten. Das vorliegende Kapitel bietet eine Innenansicht von vier Münchner Frauengruppen. In den Quellen haben diese Zusammenschlüsse in der Regel eher Spuren hinterlassen als ihre Angehörigen: Die einzelnen Protagonistinnen tauchen in den schriftlichen Zeugnissen selten auf. Zum Teil sind in den Protokollen ihre Vornamen zu lesen, zum Teil fehlen solche Hinweise aber auch völlig. Häufig ist hingegen von „uns“ und dem „Kollektiv“ die Rede, das der Logik einer sozialen Bewegung (der Frauen) gemäß mehr wog als das Individuum.

Die Gruppenporträts zeichnen im folgenden die Bewusstwerdungs- und Gruppenbildungsprozesse, die Mitgliederstruktur, die organisatorische Entwicklung

¹ Habermas: Theorie des kommunikativen Handelns, Bd. 2, S. 578f.

² Mit dem „marxistischen/radikal-sozialistischen“ und dem „Gleichberechtigungskonzept“ werden hier zwei von vier Grundorientierungen aufgegriffen, die Rosemarie Nave-Herz für die (deutsche) Frauenbewegung ausmacht. Weiterhin nennt die Historikerin das „humanistisch-aufklärerische“ und das „radikal-feministische“ Konzept. Vgl. Nave-Herz: Geschichte der Frauenbewegung, S. 104ff.

sowie die Motivationen und Leitideen der Zusammenschlüsse, aber auch die Unterschiede nach. In einem weiteren Schritt werden zwei inhaltliche Schwerpunkte erläutert, denen sich (fast) keine Frauengruppe, die in der ersten Hälfte der 1970er Jahre aktiv war, entzog und die eine erhebliche Mobilisierungs- und Partizipierungsgrundlage für Frauen und ihre – bisweilen andere – Sicht der Dinge darstellten. Es handelt sich dabei um den Kampf gegen Paragraf 218 StGB sowie die Praxis der Selbsterfahrung und der Selbsthilfe.

1. Organisationen

a) *Über den Nebenwiderspruch hinaus: Die Rote Frauenfront*

Bei den ersten überregionalen Frauentreffen, die Anfang der 1970er Jahre in der Bundesrepublik stattfanden, trat eine ganze Reihe von Münchnerinnen auf, die Zusammenschlüsse wie die *Frauenemanzipation*, die *Frauenbefreiungsgruppe*, die *Siemens-Frauengruppe*, die *Sozialistische Frauenorganisation*, das *Frauenforum* und andere mehr repräsentierten. Als Ausgangspunkt frauenbewegter Aktivitäten in München nannten sie dabei das Jahr 1970.³ Obwohl bei weitem nicht jede Gruppe und ihr Entstehungskontext anhand von Quellen genauer festgemacht werden kann, lässt sich diese Jahreszahl mit einer Vereinigung in Verbindung bringen, die sich unter dem Namen *Rote Frauenfront* formierte.⁴

Der Gründung der *Roten Frauenfront* waren Treffen einer Handvoll Frauen in der Wohngemeinschaft in der Bauerstraße – dem Nachfolgeprojekt der *Frauenkommune* –, aber auch anderen Gesprächskreisen vorausgegangen, die letztendlich „an persönlichen Auseinandersetzungen“ gescheitert waren. Im Juni 1970 fanden sich einige Frauen jedoch erneut zusammen, um Geschlechtsgenossinnen für die – so die selbst gewählte Bezeichnung – „Frauenproblematik“ zu interessieren. Der Anspruch war dabei von Anfang an frauenzentriert und politisch: Man verstand sich als „reine“ Frauengruppe, die „nicht zu einem privatistischen Zirkel“ geraten dürfe. Vielmehr galt es, Solidarität zwischen Frauen zu befördern und Rivalitäten untereinander abzubauen, vor allem aber „Öffentlichkeit herzustellen“. Deshalb wurde als Tagungsort ein Raum des AStA an der LMU gewählt. Dass sich die Gruppe in ihrem politischen Selbstverständnis im Umfeld der Studierenden und ihres Protests bzw. dessen Ausläufern bewegte, zeigte sich nicht nur an diesem Treffpunkt. Denn die *Rote Frauenfront* setzte zur Klärung der eigenen Positionen auf „Marx-Schulung“, und dies ausdrücklich „unter nicht repressi-

³ IfZ-Archiv, ED 899/7: Adressliste der auf dem Bundesfrauenkongress am 11./12.3.1972 anwesenden Gruppen; IfZ-Archiv, ED 914/41: Bericht einer Münchner Frauengruppe im Vorfeld eines Frauentreffens in München [1973]; FrauenMediaTurm, Pressedokumentation 1968–1981: Protokoll des Frauentreffens in München am 10./11.2.1973 mit der Vorstellung der repräsentierten Gruppen, Papier „Gruppen, die auf der Delegiertenkonferenz am 5./6.Mai [1973] in Frankfurt waren“.

⁴ IfZ-Archiv, ED 899/6: Überblick über „Vorläufige Termine, Treffpunkte und Teilnehmer der Untergruppen“ [der RFF von 1970]. Mit den Quellen decken sich zumindest weitgehend auch die Rückschauen von: Schwarzer: So fing es an!, S.21ff.; Jäkl: Kleine radikale Minderheit, S.147f.

ven Bedingungen“ – ein weiterer Hinweis darauf, wie wichtig manchen weiblichen APO-Angehörigen ihre politische Heimat war, was allerdings nicht ausschloss, dass sie innerhalb dieses Rahmens eigene Positionen formulierten.⁵

Das Vorhaben der *Roten Frauenfront* stieß zunächst auf unerwartet hohe Resonanz: Die damalige Studentin Barbara Riedmüller berichtet, dass auf eine von ihr und einer Studienkollegin verteilte Einladung hin 150 Frauen im AStA erschienen seien, und das, obwohl noch gar kein Programm existiert habe.⁶ Dieser Überraschungserfolg war allerdings nicht aufrechtzuerhalten: Über den Sommer 1970 wurden „bis zu 30 immer wieder andere Frauen“ bei der freitäglichen Zusammenkunft gezählt. Der feste Kern setzte sich nach einer Analyse vom Frühjahr 1971 lediglich aus etwa 15 Mitgliedern zusammen. Wichtig war den Initiatorinnen bei ihrem Unterfangen, Frauen außerhalb der Universität anzusprechen. Dies gelang auch, denn während die Gruppe in den Anfängen „überwiegend aus Studentinnen“ bestanden habe, seien wenig später „zeitweilig Berufstätige in der Mehrzahl“ gewesen.⁷

Frauen in Lohn und Brot stellten die eigentliche Zielgruppe dar, die man als breite Trägerschicht einer „Frauenfront“ anvisierte. Denn erwerbstätige Frauen erschienen als Sinnbild für eine doppelte Benachteiligung der weiblichen Bevölkerung, die die Gruppe bereits bei einem der ersten Treffen in einer „ökonomischen Unterdrückung“ ausmachte, die wiederum „durch Verinnerlichung bestimmter Verhältnisse“ fortgesetzt werde. Freilich musste dieses Konzept erst noch unterfüttert werden. Wissenschaftliches Interesse und agitatorischer Eifer standen in einem dynamischen Verhältnis, als sich die Frauen daran machten, die Lebensumstände der weiblichen Bevölkerung zu erschließen.

So fiel den Angehörigen der Gruppe zum Beispiel auf, dass man entgegen klassischer sozialistischer Argumentationen „Kapital“ und (Frauen-) „Arbeit“ nicht nur in Fabriken, sondern auch im Handel- und Dienstleistungssektor berücksichtigen müsse, in dem Frauen in der Gegenwart „hauptsächlich“ beschäftigt seien. Die *Rote Frauenfront* nahm den gesellschaftlichen Wandel also durchaus wahr und reagierte darauf, indem sie ihn zunächst einmal zu erfassen suchte. Entsprechende Informationen gedachte der Verbund von bundesdeutschen Institutionen wie dem „Deutschen Dachverband für Frauenorganisationen“ – der Titel *Frauenrat*⁸ war allem Anschein nach unbekannt –, den Arbeits- und statistischen Landesämtern, aber auch aus der Wissenschaft, insbesondere den Diplomarbeiten am soziologischen Institut an der LMU, zu erhalten. Die dadurch erworbenen Kenntnisse sollten wiederum in eine „Anfängerübung“ des Faches Soziologie eingespeist werden, um so zu einem „kritischem Verständnis und [einer] eventuellen Entwicklung eines eigenen Projekts“ zu gelangen.⁹

⁵ IfZ-Archiv, ED 899/6: Protokoll der Wochenendsitzung der Frauengruppe [RFF] am 20./21.3.1971.

⁶ Hintergrundgespräch mit Barbara Riedmüller vom 20.12.2008.

⁷ IfZ-Archiv, ED 899/6: Protokoll der Wochenendsitzung der Frauengruppe [RFF] am 20./21.3.1971.

⁸ Vgl. Kap. I.1.c.

⁹ IfZ-Archiv, ED 899/6: Protokolle [der RFF] vom 15.7. und 24.7.1970. Zur Frage, inwieweit diese Absicht der RFF mit dem bereits erwähnten Seminar zur „Frauenemanzipation“ in Einklang zu bringen ist, finden sich in den Quellen keine eindeutigen Hinweise.

Obwohl die *Roten Frauen* damit einer gewissen Langfristigkeit des Unternehmens das Wort redeten, hatte die Gruppe intern große Schwierigkeiten, ihre Arbeit zu verstetigen. Es gebe, so ist in den Sitzungsprotokollen immer wieder zu lesen, Artikulations- und Autoritätsprobleme. Bremsend wirkten sich aber vor allem die große Fluktuation und die Heterogenität der Teilnehmerinnen aus. Die *Rote Frauenfront* meinte dabei aber nicht die Tatsache, dass ein Teil der Frauen studierte und der andere berufstätig war. Eventuell darauf beruhende Unterschiede wies man sogar dezidiert von sich, sah man sich doch bereits durch ein Bewusstsein verbunden, das die Lage aller Frauen auf einen gemeinsamen Nenner brachte, nämlich: „die grundlegende Erfahrung als Unterprivilegierte im jeweiligen Arbeits- bzw. Studienbereich“.¹⁰

Dennoch musste die *Rote Frauenfront* einräumen, dass ihre Mitglieder bisweilen an verschiedenen Strängen zogen. Die Gruppe führte dies auf zwei unterschiedliche Beweggründe zurück, die Frauen dazu brächten, sich mit ihrer „Problematik“ auseinanderzusetzen. Genannt wurde dabei einerseits ein „subjektives Bedürfnis“, die eigene Lage zu verändern, andererseits die Erwartung einiger Frauen, die „das Frauenproblem im Zusammenhang [mit] ihrer bisherigen politischen Arbeit sehen“.¹¹

Die Notwendigkeit, diese beiden unterschiedlichen Motivationen auszubalancieren, spiegelten sich auch in der organisatorischen Entwicklung der Gruppe: In den ersten Monaten ihres Bestehens bildete die *Rote Frauenfront* mehrere Untergruppen, die sich über regelmäßige Treffen eines Plenums koordinierten und sich zuvorderst über eine linke Kampfrhetorik verbanden, wovon nicht nur die Selbstbezeichnung der Gruppe zeugte. Auf Informationszetteln wurde in Parolen die „Befreiung der Frau und aller Unterdrückten“ zum Ziel erhoben und die „Frauensolidarität“ neben die „Solidarität mit allen Ausgebeuteten“ gestellt. Außerdem ist von einer „Zerschlagung des Systems“ die Rede, die „in den Fabriken, Schulen, Universitäten, Krankenhäusern, Familien“ ihren Ausgang nehmen sollte.¹² Entsprechend findet man in den Sitzungsprotokollen die Zahl von fünf Untergruppen, namentlich werden allerdings nur zwei Bereiche – „Gesundheitswesen (Krankenschwestern)“ und „Schulwesen (Lehrerinnen)“ – genannt.¹³ Eine solche Einteilung versprach Erfolg, weil man damit diejenigen Frauen direkt erreichte, die „vom Berufsleben her, wo man isoliert steht, frustriert“ seien und deshalb politische Veränderungen anstreben.¹⁴

Allerdings war es alles andere als einfach, trotz des revolutionären Ansinnens nicht in einen „anekdotischen Erfahrungsaustausch“¹⁵ oder „in eine pseudo-gewerkschaftliche Richtung“¹⁶ abzudriften. So lautete zumindest die Kritik derjeni-

¹⁰ IfZ-Archiv, ED 899/6: Protokoll [der RFF] vom 25.9.1970.

¹¹ Ebd.

¹² IfZ-Archiv, ED 899/6: Überblick über „Vorläufige Termine, Treffpunkte und Teilnehmer der Untergruppen“ [der RFF von 1970].

¹³ Ebd.; IfZ-Archiv, ED 899/6: Protokoll der Wochenendsitzung der Frauengruppe [RFF] am 20./21.3.1971. Dies deckt sich auch mit einem Erinnerungsbericht von: Jäkl: Kleine radikale Minderheit, S. 148.

¹⁴ IfZ-Archiv, ED 899/6: Protokoll [der RFF] vom 25.9.1970.

¹⁵ Ebd.

¹⁶ Jäkl: Kleine radikale Minderheit, S. 148.

gen Gruppenmitglieder, die sich der „Politökonomie“ linker Provenienz verschrieben hatten. Diesen Positionen hielten manche jedoch entgegen, dass mit der Lektüre von Marx, Engels oder Bebel „keine direkte Ausarbeitung ihrer Probleme“ verbunden sei.¹⁷ Diese unvereinbaren Haltungen führten schließlich dazu, dass sich die ursprünglich fünf Untergruppen auf zwei reduzierten, von denen die eine „Textarbeit“ betrieb, während sich die andere vor allem der „persönlichen Problematik“ widmete.¹⁸ So beruhten die Aktivitäten der *Roten Frauenfront* schließlich auf zwei Säulen: einem eher gesellschaftstheoretischen Interesse, das sich um die Frage drehte, wie sich Frauen- und Klassenfrage zueinander verhielten, sowie dem Ansatz, konkrete Diskriminierungserfahrungen zu definieren und etwas dagegen zu unternehmen. Die Gruppenzusammenhänge schienen durch diese Zweiteilung aber immer lockerer geworden zu sein, wobei einige Frauen, die zum Teil auch akademische Laufbahnen einschlugen, das wissenschaftliche Interesse an der Frauenfrage weitertrugen, andere wiederum eher auf unmittelbare politische Aktionen setzten, die sich rund um die Forderung „Mein Bauch gehört mir“ entfalteten.¹⁹

Doch auch wenn die Beschäftigung mit der „Frauenproblematik“ bereits um 1970/71 unterschiedliche Schwerpunkte haben konnte, zeigt sich in den wenigen Quellen zur *Roten Frauenfront*, dass die einzelnen Zusammenschlüsse schon zu diesem frühen Zeitpunkt Austausch und Vernetzung des weiblichen Engagements beförderten, das im Kontext von „1968“ entstanden war. Kommunikation ergab sich zum Beispiel dadurch²⁰, dass bei den Sitzungen „Material anderer Frauengruppen“ verteilt wurde, man das *Kursbuch 17* zum Thema „Frau, Familie und Gesellschaft“ aus dem Jahr 1969 auf die Leseliste setzte und die Veröffentlichung des Münchner *Trikont-Verlags* zur Frauenemanzipation aus dem Jahr 1970 inständig erwartete.²¹ Zudem kursierten die Rede, die Helke Sander auf dem Delegiertenkongress des SDS im September 1968 gehalten hatte, und Exemplare von *Pelagaea*²², einer der ersten Zeitschriften, die die Frauenbewegung der 1970er Jahre hervorbrachte. Sie wurde vom Berliner *Aktionsrat zur Befreiung der Frauen* bzw. seinem Nachfolger, dem *Sozialistischen Frauenbund Westberlin*, herausgegeben.

Nicht zuletzt traf sich die *Rote Frauenfront* mit anderen Münchner Gruppen, wobei hier einige Frauen- und Gruppennamen fallen, die auch später in den Quel-

¹⁷ IfZ-Archiv, ED 899/6: Protokoll der Wochenendsitzung der Frauengruppe [RFF] am 20./21.3.1971. Auf den Leselisten der RFF standen neben Marx: Kapital, auch Engels: Ursprung der Familie, und Bebel: Die Frau und der Sozialismus.

¹⁸ IfZ-Archiv, ED 899/6: Protokoll der Wochenendsitzung der Frauengruppe [RFF] am 20./21.3.1971.

¹⁹ Hintergrundgespräch mit Barbara Riedmüller vom 20.12.2008.

²⁰ Im folgenden: IfZ-Archiv, ED 899/6: Protokoll [der RFF] vom 24.7.1970; Protokoll der Wochenendsitzung der Frauengruppe [RFF] am 20./21.3.1971.

²¹ *Kursbuch 17* (1969) enthielt bereits Texte deutscher bzw. österreichischer Autorinnen, die für die bundesdeutsche Frauenbewegung zentral wurden, etwa: Schrader-Klebert: Die kulturelle Revolution der Frau; Runge: Emanzipation; Jochimsen: Frauen in der Bundesrepublik; Verlagskooperative *Trikont*: Frauenemanzipation.

²² Vgl. eine Sammlung der Zeitschrift zwischen 1971 und 1977 in: IfZ-Archiv, Dq 826. Die Zeitschrift nutzte der Sozialistische Frauenbund West-Berlin in erster Linie dazu, sein Selbstverständnis, seine politischen Positionen und Aktionen über Berlin hinaus bekannt zu machen. Zur Entwicklung der Frauengruppen in West-Berlin vgl. v.a. Nienhaus: „Frauen erhebt Euch ...“, S. 84–119.

len zur Münchner Frauenbewegung gelegentlich wieder auftauchen. Bis auf Hinweise, dass es sich häufig um Hochschulangehörige aus dem Umfeld der Soziologie gehandelt haben muss und bei den Begegnungen die Einstellung von Frauen gegenüber den K-Gruppen bzw. einer kommunistischen Partei verhandelt wurde, schweigt die Überlieferung. Bei dem Austausch kam es auf Wunsch der *Roten Frauenfront* zu keiner direkten Zusammenarbeit; dennoch diente er dazu, „an die eigene Position heranzukommen“.²³

Obwohl der frauenbewegte Aufbruch um 1970 vor allem eine Suche nach dem eigenen Selbstverständnis war und es noch an Begriffen mangelte, mit denen die Situation von Frauen erörtert werden konnte, so lassen sich dennoch einige Leitideen ausmachen, die die *Rote Frauenfront* in Sachen Emanzipation und Befreiung vertrat. Für diese führte der Weg der weiblichen Emanzipation – und mit dieser Ansicht befand sich diese Münchner Gruppe und mit ihr viele andere gleichgesinnte Gruppen nicht so sehr in Opposition, sondern im Trend der Zeit – über die Erwerbsarbeit, da die *Rote Frauenfront* den „Boden für die Agitation erst bereitet“ sah, „wenn die Frauen berufstätig sind“.²⁴ Mit der eindeutigen Ablehnung eines ausschließlich häuslichen Wirkungsfelds, das ohnehin nicht die Umgebung war, in der sich die Mitglieder der *Roten Frauenfront* hauptsächlich bewegten, wurde aus Sicht der Gruppe die allen Frauen gemeinsame Erfahrung der „doppelten Unterdrückung“ – „also Beruf und Hausarbeit und deren Wechselwirkung“ – offensichtlich.²⁵ Da die *Rote Frauenfront* hier einen Mechanismus erblickte, der in der gesamten Gesellschaft zu Ungerechtigkeiten gegenüber Frauen führe, griff sie zu Mitteln, mit denen sie sich zunehmend sowohl von Männern als auch von klassischen linken Theorien absetzte.

Denn zum ersten verlangten die Probleme der weiblichen Bevölkerung aus Sicht der *Roten Frauenfront* nach der politischen Arbeit „von Frauen mit Frauen“. Dabei wollte sich die Gruppe aber ausdrücklich nicht mit „spezifischen, Frauen zudiktierten Betätigungsfeldern befassen“, wie dies in München und andernorts zum Beispiel im Falle der Kindergärten geschehen sei. Den Charakter solcher vermeintlich weiblicher Bereiche würden Frauen ganz im Unterschied zum anderen Geschlecht ohnehin zur Genüge kennen, lautete die Begründung. Veränderungen waren zwar auch hier angesagt, aber die *Frauenfront* sah sich dabei ausdrücklich nicht auf den Plan gerufen: „Eher sollten die Männer veranlasst werden, sich damit zu befassen,“ hieß es deshalb knapp. Der „Reproduktionsbereich“ – gemeint waren damit Angelegenheiten, die gemeinhin mit „privat“ betitelt wurden wie Hausarbeit, Kindererziehung oder Ehe und Familie – galt in den Überlegungen der *Roten Frauenfront* zwar als ein möglicher Ansatzpunkt, um dem Übel, dem Frauen ausgesetzt waren, den Garaus zu machen. Wichtiger, weil von den Frauen bislang angeblich unbeachtet, erschienen aber andere Felder, allen voran die politische Schulung und die Erwerbsarbeit. Denn hier müssten sich die Frauen im Gegensatz zu den Männern emanzipieren, indem sie „Informationen erhalten, sich

²³ IfZ-Archiv, ED 899/6: Protokoll [der RFF] vom 24. 7. 1970.

²⁴ Ebd.

²⁵ IfZ-Archiv, ED 899/6: Protokoll der Wochenendsitzung der Frauengruppe [RFF] am 20./21. 3. 1971.

artikulieren lernen, die eigene Problematik nicht als individuelle begreifen“. Deshalb wurde eine „spezifischere, zielgerichtete Aufarbeitung“ weiblicher Lebenssituationen in einer Frauengruppe als unumgänglich erachtet. Die Zusammenarbeit mit Männern war aber zumindest „in projektbezogenen Untergruppen“ nicht gänzlich ausgeschlossen, vor allem deshalb, weil man die „Isolation der Frauenrolle“ nicht fortsetzen wollte und die „Auseinandersetzung mit Männern“ zumindest zeitweise forderte.²⁶

Zum zweiten schien die Theoriearbeit mittels althergebrachter sozialistischer Texte die *Rote Frauenfront* nicht sonderlich weit geführt zu haben. So war den Diskussionen nicht gerade zuträglich, dass es in der Gruppe „vortragende Autoritäten“ gab und ein gemeinsamer Wissensstand aufgrund des hohen Durchsatzes von Teilnehmerinnen ohnehin schwer zu erreichen war. Außerdem erwies sich das Marxsche „Kapital“ im Hinblick auf das weibliche Geschlecht als wenig ergiebig. Deshalb suchte man nach „Schulungstexten“, die „näher an der Frauenproblematik liegen“, und begründete dies erneut mit der besonderen Lage der Frauen: Ihnen bereitete es demnach „im Gegensatz zu vielen Männern“ Schwierigkeiten, sich mit der „Politökonomie“ auseinanderzusetzen. Die Gruppe schob dies einerseits auf die „theoriefeindliche Erziehung“ von Mädchen. Andererseits könne es aber auch nicht mehr angehen, „lediglich aus Anpassung an die Männerwelt“ eine bestimmte Lektüre erzwingen zu wollen.²⁷ Die *Rote Frauenfront* fand also in den Gedankengebäuden der Linken die als so wichtig erachtete „Frauenproblematik“ nicht bzw. lediglich als „Nebenwiderspruch“ wieder. Mit einem Verbund, der ausschließlich aus Frauen bestand und mit der eingängigen Formel der „doppelten Unterdrückung“ arbeitete, schaffte sich der Zusammenschluss deshalb bewusst einen „anderen Ansatz als [bei] den linken Gruppen bisher“.²⁸ Begriffe wie „Feminismus“ oder „Frauenbewegung“ fanden sich in den Protokollen jedoch nicht. Ganz im Gegenteil: Die *Rote Frauenfront* wahrte auf der Suche nach dem eigenen Selbstverständnis die Nähe zu „1968“ und hielt deshalb fest: „Arbeitsmöglichkeiten müssten im Einklang stehen mit der Arbeit der Linken.“²⁹

Allerdings schickte sich die *Rote Frauenfront* an, diesen Rahmen mit neuen Inhalten zu füllen. Es handelte sich dabei aber um Innovationen, die die Gruppe nicht weiter verfolgte, zumindest, wenn man der Überlieferung glaubt, die bislang nicht über 1972 hinausreicht. Vor diesem Quellenproblem stand übrigens auch schon die Frauenzeitschrift *Brigitte*, die sich im April 1971 auf die Suche nach Frauengruppen in der Bundesrepublik machte: Nachdem sie in München eine *Rotfrauenfront* gefunden hatte, monierte die Journalistin, dass diese Vereinigung ihre Reihen fest geschlossen halte und Kontakte mit der „bürgerlichen Presse“ als Verrat werte.³⁰ In jedem Fall hat es den Anschein, dass die *Frauenfront* die Stadt-

²⁶ IfZ-Archiv, ED 899/6: Protokoll [der RFF] vom 25. 9. 1970; Protokoll der Wochenendsitzung der Frauengruppe [RFF] am 20./21. 3. 1971.

²⁷ IfZ-Archiv, ED 899/6: Protokoll [der RFF] vom 25. 9. 1970.

²⁸ IfZ-Archiv, ED 899/6: Protokoll der Wochenendsitzung der Frauengruppe [RFF] am 20./21. 3. 1971.

²⁹ IfZ-Archiv, ED 899/6: Protokoll [der RFF] vom 15. 7. 1970.

³⁰ Sina Walden: Der Protest findet in aller Stille statt, in: *Brigitte* vom April 1971.

teil- und Betriebsarbeit³¹, wie sie sie nach Vorbildern der „68er“-Revolte in Angriff nehmen wollte, nicht mehr in die Tat umsetzte. Trotzdem trugen einzelne Frauen die Gedanken weiter; vor allem aber gab es andere Frauengruppen, die sich diese Ideen auf die Fahnen schrieben.

b) „*Frauen machen Dampf, Frauen machen Klassenkampf*“: Betriebsarbeit und die Siemens-Frauengruppe

Dem Ansatz der sogenannten Betriebsarbeit hatten sich in München seit dem Ende der 1960er Jahre mehrere Vereinigungen verschrieben, die sich meist an marxistisches Gedankengut anlehnten und dieses in eine soziale Bewegung umsetzen wollten. Dazu brachte man in bestimmten Firmen – etwa in den Standorten des Autobauers BMW in Milbertshofen oder des Elektro-Konzerns Siemens in Giesing – Angehörige der jeweiligen Gruppe als Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen unter. Die Aufgabe dieser Personen bestand darin, die Belegschaft des anvisierten Unternehmens vor Ort von der Notwendigkeit des Klassenkampfes zu überzeugen, indem sie gezielt Missstände in den Fabriken anprangerten. Betriebsarbeit wurde in München vor allem vom größeren Verbund der *Arbeitersache* geleistet, der oftmals in enger Zusammenarbeit mit dem italienischen Vorbild der *Lotta continua*³² und ähnlich ausgerichteten Organisationen in der Bundesrepublik wie dem *Revolutionären Kampf* in Frankfurt am Main und weiteren Gruppen in anderen Großstädten agierte.³³

Betriebsarbeit war also Teil des globalen Protests, der in den 1960er Jahren eingesetzt hatte. Ihre Protagonisten verstanden das Engagement allerdings als Taktik, die sich von der der Studentenbewegung, die meist auf eine revolutionäre Avantgarde setzte, ebenso unterschied wie von bereits damals als dogmatisch bezeichneten Strömungen, die auf Strukturen in Form von K-Gruppen und dem Wiederaufbau einer kommunistischen Partei Wert legten.³⁴ Mit Hochschulpolitik oder der strategischen Eroberung des Staats und seines Apparats hatte Betriebsarbeit wenig

³¹ Dieser Ansatz des Protests um bzw. nach „1968“ ist bereits als „proletarische Wende“ beschrieben worden. Vgl. Demirovic: *Der nonkonformistische Intellektuelle*, S. 937.

³² Ital. für „Der Kampf geht weiter“; eine Selbstbeschreibung: Sofri/Della Mea: *Lotta continua*; eine historische Darstellung: Bobbio: *Lotta continua*.

³³ Betriebsarbeit ist ein von der Forschung bislang wenig beachtetes Phänomen. Die Unruhe in der bundesdeutschen Arbeitswelt nach 1968 thematisiert mit einem Schwerpunkt in der Stahl- und Autoindustrie und des Ruhrgebiets Birke: *Wilde Streiks*, v. a. S. 218–249, 274–304; Quellenmaterial zur *Arbeitersache* und ihrer Zusammenarbeit mit dem *Revolutionären Kampf* in Frankfurt am Main findet sich in: IfZ-Archiv, ED 308/3ff. und ED 328/12; eine publizierte Selbstbeschreibung der Münchner Vereinigung: Gruppe *Arbeitersache*: Was wir brauchen, müssen wir uns nehmen. Dass derartige Kritik am bestehenden Wirtschaftssystem Anfang der 1970er Jahre über eine bestimmte Unterstützung verfügte und in der Lage war, Furore zu machen, zeigt auch ein sich als „Dokumentensatire“ verstehendes Buch, das auf den Leselisten der hier behandelten Gruppen weit oben stand. Laut Klappentext stellte die fingierte Festschrift „stellvertretend für das deutsche Großkapital“ die Siemens-AG an den Pranger: Delius: *Unsere Siemens-Welt*. Um die Verbreitung des Buchs zu verhindern, reagierte das Unternehmen mit mehrjährigen Prozessen, die die Richter aber im Sinne der Meinungsfreiheit zugunsten des Autors entschieden. Vgl. Dieterle: *Ein Dokument der Dokumentarliteratur*, S. 33–47.

³⁴ Archiv 451, Mappe Betriebsarbeit: Papier „Diskussionsbeitrag [der SFG] über Methodik zur Konfliktbewältigung im marxistischen Sinne [September 1973].“

gemein. Vielmehr wollte man sich, selbst wenn einem – was bei vielen Mitgliedern der Betriebsarbeits-Projekte der Fall war – Geburt und Ausbildung die Zugehörigkeit zur „Arbeiterklasse“ versagt hatten, auf das „Proletariat“ zu bewegen und dessen Probleme aufgreifen, um die ersehnte Revolution von unten her anzustoßen.

Einen Eindruck von dieser Idee vermittelt eine Selbstbeschreibung aus der Feder von Aktivistinnen, die sich Anfang der 1970er Jahre unter dem Namen *ptm-Frauengruppe*³⁵ als Bestandteil eines Zusammenschlusses im Umfeld von Studierenden der Technischen Universität München begriffen: „durch die arbeit in der produktion“, hieß es hierin, „stellen wir uns in den gleichen arbeitszusammenhang wie das proletariat, können von daher konflikte direkt am arbeitsplatz aufgreifen und praktische solidarität initiieren.“ Die *ptm-Frauen* verstanden ihren Beitrag „lediglich als katalysatorfunktion“, die „bereits bestehende konflikte und widersprüche sichtbar und zusammen mit den arbeitern gemeinsame erfahrungen im kampf gegen das kapital machen“ sollte.³⁶

Hier ging es um eine neue und radikalere Form der Arbeiterbewegung jenseits der Gewerkschaften. Die Frage nach dem Geschlecht der Träger stand dabei meist hintan. Wenn sich Frauen in der Betriebsarbeit engagierten und sogar eigene Gruppen ins Leben riefen, hatte dies zunächst damit zu tun, dass man sich bei der Agitation eine bestimmte Zielgruppe, nämlich den weiblichen Teil der Arbeiterschaft, nicht entgehen lassen wollte. So nahm eine Frauengruppe in Milbertshofen in der ersten Hälfte der 1970er Jahre die „frauenspezifische Untersuchungsarbeit“ in Angriff, um „Frauenbetriebe“ ausfindig zu machen, die es den „Genossinnen“ ermöglichten, mit der *Arbeitersache* zu kooperieren.³⁷

Auch die eben zitierte *ptm-Frauengruppe* fühlte sich dem größeren Zusammenhang der Linken verbunden und war sich sicher, dass sie lediglich eine Übergangsexistenz führte: „Reine Frauengruppen werden geschaffen, um ihre eigene Überwindung möglich zu machen.“ Denn die weibliche Doppelrolle resultiere aus einer „patriarchalischen Ideologie des Kapitals“, der man sich nur „durch einen gemeinsamen Kampf mit den Männern gegen den Kapitalismus“ entledigen könne.³⁸ Freilich blickten die *ptm-Frauen* mit einem solch klaren Statement auch etwas argwöhnisch auf ein weiteres Münchner Unterfangen, auf die *Siemens-Frauengruppe*, deren zunehmend am weiblichen Geschlecht ausgerichtete Politik sie kaum nachvollziehen konnten, weil es sich bei dieser Gruppe doch nur um das „Ergebnis jahrelangen Bettgeflüsters mit den ptm-Männern“³⁹ handele.

Dieser Vorwurf war vermutlich weniger der Eifersucht geschuldet als dem Widerspruch, den Außenstehende am von der *Siemens-Frauengruppe* propagierten

³⁵ Die Abkürzung „ptm“ steht für „Projektgruppe Technologie München“.

³⁶ Archiv 451, Mappe Betriebsarbeit: Papier „Vorstellung der ptm-Frauengruppe zur Betriebsarbeit“ [Sommer 1972].

³⁷ Archiv 451, Mappe Betriebsarbeit: Kopie eines Protokolls zur Versammlung der Frauengruppe Milbertshofen vom 15. 5. 1973.

³⁸ Archiv 451, Mappe Betriebsarbeit: Papier „Vorstellung der ptm-Frauengruppe zur Betriebsarbeit“ [Sommer 1972].

³⁹ Archiv 451, Mappe Betriebsarbeit: Papier „Die Vorstellungen der [ptm-] Frauengruppe zur Betriebsarbeit mal unter die Lupe genommen hinsichtlich ihres realen Gehalts“ [Sommer 1972].

Ansatz auszumachen glaubten.⁴⁰ Denn einerseits bekannte sich die *Siemens-Frauengruppe* ausdrücklich zu einem Miteinander der Geschlechter in der Betriebsarbeit und in der Klassenfrage, wenn sie „im Zusammenhang mit einer allgemeinen Betriebsgruppe“⁴¹ stand und „die Frauen zu gleichberechtigten Partnern im Klassenkampf“⁴² machen wollte. Andererseits gab sich die Gruppe betont frauenzentriert: Im Weltbild der *Siemens-Frauen* trat das Geschlecht in einer die Gesellschaft hierarchisierenden Funktion an die Seite der „Klasse“: Denn die „spezielle Problematik der Frauen“ sei nicht nur „durch ihre Stellung im Produktionsprozess“ bestimmt, „sondern ebenfalls durch ihre sozialisationsbedingte Diskriminierung als Frau“.⁴³ Im Lauf der Zeit lief die Kategorie „Geschlecht“ der Kategorie „Klasse“ den Rang ab: Der „Kampf gegen Unterlohngruppen“ müsse als „Kampf gegen die Bindung der Frau an den Mann“ geführt werden, hieß es in einer Selbstbeschreibung von 1973, ja, die *Siemens-Frauen* seien sogar eine Vereinigung, die sich „von Männern abgespalten“ habe.⁴⁴

Auch wenn die Berührungspunkte zum Entstehungskontext damit nicht vollständig abrissen, verselbständigte sich die Gruppe innerhalb kurzer Zeit: Dass die *Siemens-Frauen* wie auch die *Rote Frauenfront* die „Frauenproblematik“⁴⁵ immer nachdrücklicher aufgriffen, war dabei eindeutig vom linken Protestmilieu, in dem sich diese Gruppen bewegten, inspiriert. Doch häuften sich bei den *Siemens-Frauen* Schwierigkeiten, die dazu führten, dass die Aktivistinnen andere Schwerpunkte setzten, als dies im Rahmen der Betriebsarbeit möglich war. Die *Siemens-Frauen* warben deshalb immer häufiger für öffentliche Demonstrationen und trieben den Aufbau eines der ersten Münchner Frauenzentren sowie die Frauenprojekte-Arbeit voran.⁴⁶ Dies hing nicht nur damit zusammen, dass die Betriebsarbeit allem Anschein nach stark männlich geprägt war und dieser Ansatz die tatsächliche Lage berufstätiger Frauen nur zum Teil erfasste. Darüber hinaus ging von einer „allgemeinen Frauenarbeit“⁴⁷, wie sie von einer zunehmenden Zahl von Vereinigungen angestrebt wurde, eine ungeheure Attraktion aus.

Seit ihren Anfängen im Jahr 1971⁴⁸ trat die *Siemens-Frauengruppe* mit einem revolutionären Impetus auf. Verbündete hoffte sie dabei vor allem in den Reihen der Akkord- und Fließbandarbeiterinnen zu finden, die sie als Verkörperung der

⁴⁰ Dass sich die Siemens-Frauengruppe [im folgenden SFG] immer wieder rechtfertigen musste, zeigte sich auch überregional: Laut Protokoll eines Frauentreffens 1973 wollte sie „nicht noch einmal die Frage diskutieren, ob Betriebsarbeit überhaupt ein sinnvoller Ansatz sei.“ Vgl. FrauenMediaTurm, Pressedokumentation 1968–1981: Protokoll zum „Frauentreffen in München, 10./11.2.1973“.

⁴¹ Archiv 451, Mappe Betriebsarbeit: Papier „Stellungnahme zur Arbeit der SFG und zu meiner Position dort!“ [Oktober 1972].

⁴² Archiv 451, Mappe Betriebsarbeit: Papier „Versuch, die Buchöd-Diskussion zusammenzufassen“ vom 22.10.1972.

⁴³ Ebd.

⁴⁴ IfZ-Archiv, ED 914/41: „Bericht über München“ anlässlich eines überregionalen Frauentreffens im Februar 1973.

⁴⁵ So auch die Begrifflichkeit bei der SFG. Vgl. z.B. Archiv 451, Mappe Betriebsarbeit: Papier „Stellungnahme zur Arbeit der SFG und zu meiner Position dort!“ [Oktober 1972].

⁴⁶ Vgl. dazu Kap. IV.2.

⁴⁷ IfZ-Archiv, ED 914/41: „Bericht über München“ anlässlich eines überregionalen Frauentreffens im Februar 1973.

⁴⁸ Ebd.

Erbarmslosigkeit ausmachte, mit der das bestehende Wirtschaftssystem den Menschen gegenübertrat. Gegen den „Großkapitalismus“ gerichtet drohte man Unternehmen, die in München-Giesing bei der Herstellung technischen Geräts oder der Textilverarbeitung auf weibliche Erwerbstätigkeit setzten: „Womit machen Siemens, Agfa, Konen ihren Profit – durch Frauenarbeit – wir machen nicht mehr mit!“⁴⁹

Die Frauengruppe suchte den Kontakt zu den Arbeiterinnen: an Werkstoren, in Arbeiterwohnheimen, im Stadtviertel und vor allen Dingen am Arbeitsplatz, um sie dazu zu bewegen, etwas gegen die bestehenden Arbeits- und Lebensbedingungen zu unternehmen. Deshalb entwarfen die *Siemens-Frauen* Kampagnen zu Themen wie Gesundheit oder Akkord und äußerten sich zu aktuellen Anlässen im Unternehmen wie Arbeitsunfällen, Tarifrunden oder Versetzungen. Dabei bezogen sie sich explizit auf die weibliche Belegschaft, die sie als Teil der Arbeiterschaft als besonders diskriminiert ansahen, weil dieser häufig in sogenannten Leichtlohngruppen eingestuft war.⁵⁰ Im Grunde lagen den *Siemens-Frauen* damit ursprünglich aber „proletarische“ Nöte am Herzen, die sie nicht notwendigerweise als geschlechtsspezifisch betrachteten. Dies ist auch an einer ganzen Flut von Flugblättern abzulesen, die die Gruppe in der ersten Hälfte der 1970er Jahre entwarf. Die Aufmerksamkeit heischenden Überschriften auf den Flugblättern, die zum Beispiel „Säure, Zinndämpfe, Mikroskoparbeit machen uns Frauen kaputt“, „Akkord macht uns Frauen kaputt“ oder „Frauen streiken: 1 Mark mehr für alle – weg mit der Lohngruppe 2“ lauteten⁵¹, hätten sich problemlos auch auf ein männliches Publikum übertragen lassen.

Die selbst ernannten Revolutionärinnen hatten sich mit der Betriebsarbeit ein politisches Betätigungsfeld in einem Bereich gesucht, der ihnen weitgehend fremd war. Dem Bericht des ehemaligen Mitglieds Christine Dombrowsky zufolge setzte sich die *Siemens-Frauengruppe* aus einem „Kern von zehn Frauen“ zusammen, der sich in einem Zeitraum von etwa 1971 bis 1976 der Betriebsarbeit widmete. Diese habe die Gruppe schließlich als „linken Männeransatz“ verstanden, der der Auffächerung bedürfe.⁵² Die Protagonistinnen waren allesamt Anfang 20, studierten oder waren – meist nach Beendigung einer Ausbildung – wie die 1951 geborene Christine Dombrowsky als Berufsanfängerinnen in die bayerische Landeshauptstadt gekommen.⁵³ Damals beschrieben sich die Frauen deshalb als „mehr oder weniger Intellektuelle mit bürgerlicher Sozialisation“⁵⁴, wobei einige von ihnen „in der Studentenbewegung, der sich die Kinderladenbewegung und die

⁴⁹ Archiv 451, Mappe Betriebsarbeit: Zusammenfassung von „Frauenparolen“ der SFG [o.D.].

⁵⁰ Archiv 451, Mappe Zentrum Giesing: Flugblatt der SFG „Frauen machen Dampf – Frauen machen Klassenkampf“ [Februar 1973]. Zu den Leichtlohngruppen vgl. Kap. I.2.

⁵¹ Archiv 451, Mappe Betriebsarbeit: Flugblattsammlung der SFG [1972-1974].

⁵² Hintergrundgespräch mit Christine Dombrowsky am 5.3.2008.

⁵³ Vgl. dazu die Erinnerungsberichte zweier Frauen, die Anfang der 1970er Jahre als gerade ausgebildete Bankkauffrau und Buchhändlerin von Augsburg nach München gekommen waren und politisch im Umfeld des Trikont-Verlags Anschluss fanden: Inea Gukema: „Da könnt ihr sagen, was ihr wollt, ich weiß auch nicht, was das soll, aber ich mach's trotzdem“, in: ab 40 3 (1996), S. 90-97; Radio-Feature von Grace Yoon: Die 68erinnen. Porträt einer rebellischen Frauengeneration, Erstsendung in NDR Info am 25.5.2008.

⁵⁴ Archiv 451, Mappe Betriebsarbeit: Papier „Versuch, die Buchöd-Diskussion zusammenzufassen“ vom 22.10.1972.

Arbeit in einer Betriebsfrauengruppe anschloss“⁵⁵, bereits politische Erfahrungen gesammelt hatten. Die *Siemens-Frauen* waren aber vor allem im Umfeld der *Arbeitersache* und des linksalternativen *Trikont-Verlags* zu finden. Gerade letzterer diente oft als Anlaufstelle für junge Neu-Münchner, Männer wie Frauen, die, von den Büchern des Verlags begeistert, die Welt verändern wollten.⁵⁶ Als erste Kontaktadresse der *Siemens-Frauen* fungierte deshalb auch eine Adresse in der Josephsburgstraße im Münchner Westen, wo der Verlag und eine Wohngemeinschaft untergebracht waren; später gründeten einige Frauen in der Gewürzmühlstraße im Lehel eine eigene WG.⁵⁷

Die *Siemens-Frauengruppe* setzte sich aus „Externen“ und „Internen“ zusammen. Es waren die „Internen“, die für eine gewisse Zeit ihre bisherige Existenz aufgaben, um – zum Teil mit gefälschten Biografien – in den Fertigungsabteilungen von Siemens anzuheuern: In der Fräseerei, der Bohrererei und der Dreherei, wie sie in München in der St.-Martin- und der Balanstraße in Giesing zu finden waren, gingen die „Internen“ in Akkord- und Fließbandarbeit zu Werke und versuchten, das Motto „Frauen machen Dampf – Frauen machen Klassenkampf“ unter die Leute zu bringen.⁵⁸

Mit der Umsetzung dieses Wahlspruchs taten sich die *Siemens-Frauen* allerdings alles andere als leicht: Nicht nur, dass – wohl wie bei der *Roten Frauenfront* infolge der Zweiteilung – ein „Strukturproblem in der Gruppe“ zu Tage trat, das man auf „Leistungsmechanismen“ zurückführte, die kaum zu überwinden waren.⁵⁹ Dabei mussten sich gerade die „Internen“ eingestehen, dass sie bisweilen falschen Vorstellungen unterlagen: „Man opfert sich auf und malocht und entwickelt dann so ein Märtyrerbewusstsein.“ Trotz dieser Erkenntnis kamen sie dennoch nur schwer darüber hinweg, dass der ursprüngliche Idealismus bald von der Realität überholt wurde. Frustriert waren die Aktivistinnen vor allem davon, „dass man zwar im Betrieb ist, aber nicht sofort Revolution machen kann“. Stattdessen fühlten sie sich „nach einigen Monaten völlig desillusioniert [...] und kaputt“. Das war zum einen darauf zurückzuführen, dass die Arbeit ungewohnt und anstrengend war. Zum zweiten fiel den Frauen auf, dass sie entgegen des eigenen hohen Einsatzes keine Massen bewegten: Die Handvoll „Internen“ seien, so das Resümee, „für einen so riesigen Betrieb zu wenige“.⁶⁰

Tatsächlich gibt es kaum Hinweise darauf, dass es der *Siemens-Frauengruppe* gelungen wäre, den Ablauf im Unternehmen ernst- und dauerhaft zu stören.

⁵⁵ Cramon-Daiber: Schwesterstreit, S. 8.

⁵⁶ Gisela Erler, 1967 (Mit-)Gründerin des Trikont-Verlags, berichtet, dass nach einem ihrer Vorträge über die Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt in Augsburg junge Menschen nach München gekommen seien, die etwas gegen die Ungerechtigkeit in der Welt zu unternehmen gedachten; unter ihnen waren auch Frauen, die wenig später zu Aktivistinnen der SFG wurden. Vgl. Hintergrundgespräch mit Gisela Erler vom 12. 12. 2008.

⁵⁷ FrauenMediaTurm, Pressedokumentation 1968–1981: Papier „Gruppen, die auf der Delegiertenkonferenz am 5./6. Mai [1973] in Frankfurt waren; Hintergrundgespräch mit Christine Dombrowsky am 5. 3. 2008.

⁵⁸ Hintergrundgespräch mit Christine Dombrowsky am 5. 3. 2008; Archiv 451, Mappe Zentrum Giesing: Flugblatt der SFG „Frauen machen Dampf – Frauen machen Klassenkampf“ [Februar 1973].

⁵⁹ Archiv 451, Mappe Betriebsarbeit: Protokoll [der SFG] vom 16. 7. 1972.

⁶⁰ Archiv 451, Mappe Betriebsarbeit: Protokoll [der SFG] vom 28. 9. 1972.

Nur ein einziges Flugblatt vom März 1974 kündete von einem „Warnstreik“ am Siemens-Standort St.-Martin-Straße. Angeblich haben 500 Leute eine halbe Stunde lang gestreikt und sich an einer „Unterschriftenaktion“ für „mehr Lohn, Urlaub und Urlaubsgeld“ beteiligt. Neben der „Begeisterung der vielen Frauen und ausländischen Kollegen“ ist aber auch von „mangelnder Unterstützung“ der Aktion die Rede.⁶¹ Der Wahrheitsgehalt der Meldung ist zu bezweifeln. Denn die *Siemens-Frauengruppe* sprach nur wenige Wochen nach dem Flugblatt im Juni 1974 von ihrem „nicht mehr funktionierenden Betriebsansatz“.⁶² Auch im Unternehmensarchiv haben sich zu einem solchen Vorfall keine Dokumente gefunden.⁶³

Insgesamt lässt sich anhand des Materials der *Siemens-Frauengruppe* feststellen, dass die Leserinnen und Leser der Flugblätter mit der Gruppe dahin gehend übereinstimmten, dass es um manche Arbeitsbedingungen nicht zum Besten stand. Das bedeutete aber nicht, dass die Belegschaft die von der *Siemens-Frauengruppe* vorgeschlagenen Gegenstrategien anwenden wollte. Vermutlich hatte dies auch damit zu tun, dass ihr das Konzept des Klassenkampfes nicht vollständig einleuchtete. Wenn die *Siemens-Frauen* etwa dazu rieten, sich angesichts der „Akkord-Hetze“ zu solidarisieren und sich gemeinschaftlich krank schreiben zu lassen⁶⁴, wurde dies von manchem Angesprochenen als „Krankfeiern“ verworfen, das dem Arbeitnehmer selbst genauso schade wie den Kollegen.⁶⁵

Dass die revolutionären Hoffnungen der Agitierenden nicht umstandslos auf die „Arbeiterschaft“ übersprangen, hing auch damit zusammen, dass sich die Welten, in denen die beiden Parteien lebten, stark voneinander unterschieden. So klagten die „Internen“ der *Siemens-Frauengruppe* über „sehr große Identifikationschwierigkeiten“.⁶⁶ Auch die *ptm-Frauengruppe*, die offenbar nicht in einem Betrieb aktiv wurde, sondern sich eher der „theoretischen Erfassung der Lage der arbeitenden Frau“⁶⁷ widmete, kam nicht umhin, zerknirscht zuzugeben, dass es ein Fehler sei, „von den eigenen Problemen auf diejenigen anderer zu schließen ohne dabei zu berücksichtigen, dass die Situation und die Aufgaben einer identifikationslosen, täglich 24 Stunden herumhängenden Studentin sich vollkommen unterscheidet von der Stellung der Proletarierin im kapitalistischen Produktionsprozess“.⁶⁸

⁶¹ Archiv 451, Mappe Betriebsarbeit: Flugblatt der SFG: „Warnstreik Siemens/Martinstraße“ [14.3.1974].

⁶² Archiv 451, Mappe „Hausarbeitslohn“: Arbeitspapier der „Untergruppe Hausfrauenlohn“ [der SFG, Juni 1974].

⁶³ Die Anfrage der Autorin wurde am 17.9.2009 negativ beschieden. Bei Siemens Corporate Archives München ist unter der Signatur 13515 lediglich ein anderer Vorfall belegt. Es handelte sich dabei um eine Flugblatt-Aktion der SFG unter dem Motto „Skandalöse Zustände in den Siemens-Wohnheimen“. Beim Verteilen der Flugblätter in einem Wohnheim wurden zwei Frauen wegen Hausfriedensbruch verhaftet. Vermutlich zeitigte dies aber keine Folgen, denn zu einem Fortgang der Ereignisse fanden sich weder im Unternehmensarchiv noch in den Unterlagen der SFG Hinweise.

⁶⁴ Archiv 451, Mappe Betriebsarbeit: Flugblatt der SFG „Beschiss bei Siemens“ [18.6.1973].

⁶⁵ Archiv 451, Mappe Betriebsarbeit: Bericht zur „Toragitation“ [der SFG] am 14.3.1972.

⁶⁶ Archiv 451, Mappe Betriebsarbeit: Protokoll [der SFG] vom 28.9.1972.

⁶⁷ FrauenMediaTurm, Pressedokumentation 1968–1981: Protokoll zum „Frauentreffen in München, 10./11.2.1973“.

⁶⁸ Archiv 451, Mappe Betriebsarbeit: Papier „Die Vorstellungen der [ptm-]Frauengruppe zur Betriebsarbeit mal unter die Lupe genommen hinsichtlich ihres realen Gehalts“ [Sommer 1972].

Ob solcher lebensweltlicher Unterschiede stießen auch die *Siemens-Frauen* an klare Grenzen: Sie schrieben sich dies einerseits selbst zu und kritisierten die eigenen Flugblätter als undifferenziert, wenn diese den Kapitalismus lediglich als „globale Scheiße“ bezeichneten.⁶⁹ Andererseits verwunderte es die *Siemens-Frauengruppe* wenig, dass die „Arbeiterinnen ihrerseits nicht kapieren können, warum man in der Lage ist, überhaupt aufzumucken“.⁷⁰ Denn die Erfahrungen der „Internen“ bei Siemens gingen dahin, dass der Begriff des „Proletariats“ eine zunehmend unhaltbare Vereinfachung darstelle: Neben den Polen von „Kapital“ und „Arbeit“ begegnete die Frauengruppe nämlich auch anderen Hierarchien: etwa zwischen den Geschlechtern, so zwischen den meist männlichen Vorarbeitern und den Fließbandarbeiterinnen, aber auch zwischen Frauen selbst, abhängig etwa von Alter, Familienstand, Kinderzahl und Nationalität.

Gerade die Situation der ausländischen Arbeitnehmerinnen ging den *Siemens-Frauen* dabei besonders nah: Durch Gespräche mit den Frauen aus Italien, Jugoslawien, Griechenland, der Türkei oder Tunesien, die bei Siemens Anfang der 1970er Jahre arbeiteten, erfuhr die Gruppe über den oftmals schweren Stand der sogenannten Gastarbeiterinnen.⁷¹ Diese waren meist als ungelerntes und schlecht bezahltes Personal eingesetzt, hatten Probleme mit der deutschen Sprache und lebten in Wohnheimen auf engem Raum.⁷² Die *Siemens-Frauen* gingen deshalb verstärkt auf die Migrantinnen zu. Dies geschah zum Beispiel über Flugblätter und Zeitungen, die nicht nur auf deutsch, sondern auch in verschiedenen Fremdsprachen wie italienisch oder serbokroatisch verfasst waren.⁷³ Wichtig war aber vor allem der persönliche Kontakt, wobei dabei wohl eher die Ansprache durch die *Siemens-Frauen* als deren politische Utopie wirkte. Denn ein Protokoll hielt fest, dass die Ausländerinnen für Gespräche „dankbarer“ seien als deutsche Frauen.⁷⁴

Um die Unterschiede zwischen den Frauen zu überwinden, setzte die *Siemens-Frauengruppe* schließlich immer stärker auf das „Frau-Sein“ und verkündete: „Wir wenden uns an die proletarischen Frauen, an Genossinnen und Studentinnen. Unter proletarischen Frauen verstehen wir nicht nur Arbeiterinnen, sondern auch Verkäuferinnen, Frauen in Großraumbüros und Hausfrauen.“⁷⁵ In der Begegnung mit Gastarbeiterinnen und der Feststellung, dass Frauen ganz unterschiedliche Werdegänge haben konnten, klang der gesamtgesellschaftliche Wandel an. Gleichzeitig spiegeln sich im eben angeführten Zitat sowohl die Nähe als auch die Distanz, die das Verhältnis des frauenbewegten Aufbruchs zu seinem linken Entstehungskontext gleichermaßen bestimmten.

⁶⁹ Archiv 451, Mappe Betriebsarbeit: Protokoll [der SFG] vom 20.3.[1973].

⁷⁰ Archiv 451, Mappe Betriebsarbeit: Protokoll [der SFG] vom 28.9.1972. Dort auch die im folgenden genannten Kategorisierungen.

⁷¹ Wissenschaftlich hat sich diesen Themen Monika Mattes in einer Dissertation angenommen, die deutlich von der „Ausgrenzung“ der ausländischen Arbeitnehmerinnen spricht. Vgl. Mattes: Gastarbeiterinnen, S. 236.

⁷² Dies bestätigt auch eine Darstellung zu München: Dunkel/Stramaglia-Faggion: Für 50 Mark einen Italiener. Die Darstellung nimmt immer wieder Bezug auf Frauen, zur Sicht der Gastarbeiterinnen v. a. S. 105–119.

⁷³ Archiv 451, Mappe Betriebsarbeit: Flugblattsammlung der SFG [1972–1974].

⁷⁴ Archiv 451, Mappe Betriebsarbeit: Protokoll [der SFG] vom 28.9.1972.

⁷⁵ Archiv 451, Mappe Zentrum Giesing: Flugblatt der SFG „Frauen machen Dampf – Frauen machen Klassenkampf“ [Februar 1973].

Die Kritik der *Siemens-Frauen* hing dabei auch mit dem Verhalten ihrer männlichen Mitstreiter zusammen. Die Aktivistinnen fühlten sich zurückgesetzt und ihre Ideen zu wenig berücksichtigt. Auch wenn noch lange keine Tomaten fliegen mussten, wie dies auf der SDS-Delegierten-Konferenz im September 1968 in Frankfurt am Main der Fall war⁷⁶, gingen die Münchner Betriebsarbeiterinnen deshalb auf Abstand zu den Genossen. So monierten die *Siemens-Frauen* im Sommer 1972, dass bisher nie „Frauenarbeit“ gemacht worden sei, „wo die Genossinnen in der Minderzahl waren“.⁷⁷ Dabei ging es der Frauengruppe nicht ausschließlich um bislang unerkanntes Revolutionspotenzial. In gleichem Maße hoffte sie, linken Männern mit einem frauenspezifischen Engagement auf die Sprünge zu helfen. In langfristiger Perspektive sollten die Genossen in die „Frauenproblematik“ einbezogen werden, „damit sie das auch mal kapieren und vor allem mit der Zeit auch ihre eigenen Hanguks gegenüber Frauen und Genossinnen verarbeiten können“.⁷⁸ Beschwerden über die Partner kamen auch von den *ptm-Frauen*, die sich vom „Busenfreund“ bevormundet fühlten, der häufig nur allzu gut verstehe, „aus jedem zaghaften Denkansatz mit Hilfe des reinen Marxismus die unpolitischen Konsequenzen“ des weiblichen Erkenntnistrebens anzuprangern.⁷⁹

Obwohl nun manche Frauen einerseits Distanz gegenüber den Genossen durchaus für angebracht hielten, bekannten sie sich andererseits eindeutig zum Umfeld der sich als „spontanistisch“ und „undogmatisch“ bezeichnenden „neuen Linken in der BRD“. Deren Grundsätzen folgend hielten die *Siemens-Frauen* fest, dass sie von einer ideologischen Linientreue oder festen kommunistischen Strukturen nichts hielten. Sie wollten „eben nach nicht übernommenen und aus ihrem historischen Kontext herausgerissenen Modellen“ und in „unverbindlichen Organisationsformen“ arbeiten.⁸⁰ Solche Maximen machten sich letztendlich viele Frauengruppen mit dem Begriff der „Autonomie“⁸¹ zu eigen. Die eben geschilderten Grundfesten haben damit das Engagement von Frauen in eigener Sache bereits innerhalb des linken Protests immens befördert, indem sie Eigenständigkeit und Andersartigkeit, wie sie weibliche Aktivistinnen zunehmend betonten, zugelassen, aber letztendlich auch dynamisiert haben.

Die *Siemens-Frauen* konnten in ihren Anfängen noch nicht abschätzen, was bei ihren Bemühungen herauskommen würde. Die „politische Linie des frauenspezifischen Ansatzes“ gedachten sie erst noch zu finden, „aber nicht theoretisch, und vor Beginn der Arbeit, sondern im Verlauf der konkreten politischen Arbeit“. Immerhin war die Gruppe davon überzeugt, dass Frauen „mehr Motivation“ hätten, „Arbeit mit Frauen zu machen“. Dabei spielten Probleme mit dem männlichen Gegenüber eine Rolle, denn die Betriebsarbeiterinnen waren sich sicher: „Selbst

⁷⁶ Vgl. Kap. II.1.

⁷⁷ Archiv 451, Mappe Betriebsarbeit: Papier „Versuch, die Buchöd-Diskussion zusammenzufassen“ vom 22. 10. 1972.

⁷⁸ Archiv 451, Mappe Betriebsarbeit: Papier „Stellungnahme zur Arbeit der SFG und zu meiner Position dort!“ [Oktober 1972].

⁷⁹ Archiv 451, Mappe Betriebsarbeit: Papier „Die Vorstellungen der [ptm-]Frauengruppe zur Betriebsarbeit mal unter die Lupe genommen hinsichtlich ihres realen Gehalts“ [Sommer 1972].

⁸⁰ Archiv 451, Mappe Betriebsarbeit: Papier „Diskussionsbeitrag [der SFG] über Methodik zur Konfliktbewältigung im marxistischen Sinne“ [September 1973].

⁸¹ Vgl. dazu Kap. IV.2.a.

intellektuelle Frauen befinden sich in einer Situation, sich gegenüber Männern behaupten zu müssen.“⁸² Doch es ging nicht allein um das andere Geschlecht oder um „die Autoritätsstrukturen linker Männergruppen“, die man durchaus bemerkte. Stärker fiel der erklärte Wille ins Gewicht, Frauen als soziale Gruppe zu mobilisieren, wobei sie davon ausgingen, dass Frauen angeblich „meist nicht aus abstrakter politischer Einsicht, sondern aus dem Bedürfnis“ heraus politisch agierten.⁸³

Um dem gerecht zu werden, boten die *Siemens-Frauen* Geschlechtsgenossinnen Raum, um ihre Anliegen selbst zu artikulieren. So titelte eine Zeitschrift, die die Gruppe im Frühjahr 1973 gemacht und verteilt hatte: „Jetzt reden wir – Frauen brechen das Schweigen!“ In den gesammelten Interviews trat eine Verdichtung von Problemen zu Tage, denen sich Frauen unabhängig davon, ob sie nun eine Siemens-Mitarbeiterin aus der Bundesrepublik, der Türkei oder Griechenland, eine Verkäuferin oder eine Aktivistin der Frauengruppe waren, qua Geschlecht und damit im Gegensatz zu den Männern ausgesetzt sahen. Es handelte sich dabei um die Erfahrung, „dass zur Arbeit noch die Hausarbeit kommt“. Geschildert wurde dabei ein Teufelskreis, aus dem kein Entkommen war: Die Rede war von den ungerechten und schlechten Löhnen der Arbeiterinnen, die nicht zum Leben reichten. Dies führe die Frauen in die Abhängigkeit von Ehe und Familie. Zuhause wiederum schufteten sie unbezahlt, was ihnen wiederum die Gleichberechtigung in der Erwerbswelt verwehre.⁸⁴ Mit der Thematisierung dieser Doppelbelastung verließen die *Siemens-Frauen* das Gelände der Fabriken und wandten sich „immer mehr an die Öffentlichkeit“⁸⁵.

Im März 1973 riefen sie zu einer Frauendemonstration in Giesing auf, an der etwa 300 Frauen teilgenommen haben sollen. Das Motto lautete: „14 Stunden Arbeit in Haushalt und Fabrik – das ist unser Frauenglück!“⁸⁶ Hier wiederholte sich ein Hochgefühl, das infolge einer gleichen Gesinnung entstanden war und das die Aktivistinnen bereits im Jahr davor anlässlich einer (gemischtgeschlechtlichen) Veranstaltung zum 1. Mai wie folgt beschrieben: „Zum ersten Mal traten wir Frauen in einer Demonstration geschlossen mit eigenen Transparenten und Parolen auf. Wir wollten damit zeigen, dass es notwendig ist, uns zu organisieren.“ Begründet wurde dieses Vorgehen mit den Worten: „Ob wir in die Arbeit gehen oder Hausfrauen sind, wir sind alle gleich betroffen von den ständig steigenden Preisen und Mieten.“ Ausdrücklich ging es dabei um den Willen von Frauen, sich zu befreien und mutig für die eigene Sache einzutreten: „Frauen, die ihre Kinder mit zur Demonstration brachten, zeigten, dass sie sich weder durch ihren Mann noch durch den Haushalt oder die Kinder davon abhalten lassen, für ihre Interessen zu kämpfen.“⁸⁷

⁸² Archiv 451, Mappe Betriebsarbeit: Papier „Versuch, die Buchöd-Diskussion zusammenzufassen“ vom 22. 10. 1972.

⁸³ Archiv 451, Mappe Betriebsarbeit: Protokoll der SFG vom 4. 8. 1973.

⁸⁴ Archiv 451, Mappe Betriebsarbeit: Frauenzeitschrift der SFG „Jetzt reden wir – Frauen brechen das Schweigen“ [Februar 1973].

⁸⁵ IfZ-Archiv, ED 914/41: „Bericht über München“ anlässlich eines überregionalen Frauentreffens im Februar 1973.

⁸⁶ Archiv 451, Mappe Betriebsarbeit: Plakat der SFG „Frauendemonstration“ am 3. 3. 1973.

⁸⁷ Archiv 451, Mappe Betriebsarbeit: Zeitung der SFG „Was können wir tun?“, Nr. 1 [Juni 1972].

1973 skandierten die Demonstrantinnen noch selbstbewusster: „Frauen erwacht – wir sind eine Macht!“⁸⁸ Zu diesem Zeitpunkt tauschten sich die *Siemens-Frauen* auch schon mit anderen Frauengruppen aus, die sich seit Ende der 1960er Jahre in der gesamten Bundesrepublik in immer größerer Zahl bildeten. Die Münchner Vereinigungen scheinen sich in ihrer vollen Bandbreite spätestens seit Jahresanfang 1972 regelmäßig in einem Plenum getroffen zu haben.⁸⁹ Nachdem auch die *Siemens-Frauen* erstmals an einem Treffen teilgenommen hatten, zeigten sie sich überrascht, dass es „so viele“ und vor allem „218er-Gruppen“ gab, „die sich doch alle einmal kennen lernen sollten“. Dabei entwickelten sich auch neue Möglichkeiten, aktiv zu werden, vor allen Dingen in der „Stadtteilarbeit“. Das jedenfalls versprachen sich die *Siemens-Frauen* aus Giesing zumindest „im Blick auf die 218er Gruppe, die in Perlach ‚Hausfrauenagitation‘ machen will“.⁹⁰ Die *Siemens-Frauen* traten auch bei überregionalen Frauentreffen auf, von denen eines im Februar 1973 in München veranstaltet wurde. Damals erklärte die Gruppe, dass sie „von der Betriebsarbeit zur allgemeinen Frauenarbeit“ kommen wolle, auch wenn sie noch nicht genau wisse, wie dies funktioniere.⁹¹

Die Gruppe fand einen Weg, und dieser wich nach eigenem Ermessen nur ein Stück vom bisherigen Engagement ab. Der Begriff des „Feminismus“ gewann zunehmend an Bedeutung. Dabei wuchs weniger die Kritik an Männern, da sich die Frauen nicht schlüssig waren, ob „nun die Ehemänner wie Meister oder Gewerkschaften zu behandeln“ seien oder nicht.⁹² Sehr wohl prangerten die *Siemens-Frauen* aber eine als negativ verstandene „Männlichkeit“ an, weil sie sich „als sogenannte intellektuelle Emanzipierte“ nicht mehr länger „männlichen Denkmustern“ anpassen wollten. Als Beispiel für ein solches Denkmuster nannte ein Papier der Gruppe die Hausarbeit und ihre Einschätzung als „dumm, bewusstlos, stumpfsinnig“⁹³, und das zu einer Zeit, als gemeinhin die Hausarbeit angesichts von Technisierung und der zunehmenden Erwerbstätigkeit von Frauen an Bedeutung verlor⁹⁴.

Hier zeigt sich erneut ein Nachdenken über die Wandlungerserscheinungen der Gegenwart. In der Folge änderte die *Siemens-Frauengruppe* ihre theoretischen Ansatzpunkte, weniger aber die praktischen. Die Aktivistinnen bekannten sich zu ihrem Vorbild, denn sowohl bei der „revolutionären Linken“ als auch bei der „feministischen Bewegung“ leiste man eine „Arbeit für andere“ und eine „Arbeit nach außen“.⁹⁵ Die *Siemens-Frauen* befanden es aber an der Zeit, den Vorzügen, die sie der weiblichen Bevölkerung zuschrieben, den gebührenden Platz einzuräumen

⁸⁸ Archiv 451, Mappe Betriebsarbeit: Zusammenfassung von „Frauenparolen“ der SFG [o.D.].

⁸⁹ IfZ-Archiv, ED 899/6: Protokoll zu einem Plenumstreffen [der Aktion 218 in München] vom 17.1.1972; FrauenMediaTurm, Pressedokumentation 1968–1981: Informationsschreiben vom „2. Plenum Münchner Frauengruppen“ vom 30.9.1972.

⁹⁰ Archiv 451, Mappe Betriebsarbeit: Protokoll der SFG vom 14.11.1972.

⁹¹ IfZ-Archiv, ED 914/41: „Bericht über München“ anlässlich eines überregionalen Frauentreffens im Februar 1973.

⁹² Archiv 451, Mappe Hausarbeitslohn: Arbeitspapier der „Untergruppe Hausfrauenlohn“ [der SFG vom Juni 1974].

⁹³ IfZ-Archiv, ED 899/16: Papier der SFG-Untergruppe „Lohn für Hausarbeit“ [Februar 1975].

⁹⁴ Vgl. dazu Kap. I.2 und I.3.

⁹⁵ Archiv 451, Mappe Hausfrauenlohn: Arbeitspapier der „Untergruppe Hausfrauenlohn“ [der SFG vom Juni 1974].

men: „Als Frauen haben wir ein anderes Interesse am Leben, am Zusammenhang von Arbeit und Bedürfnisbefriedigung“, hieß es in einem internen Papier, das von der Überzeugung geleitet war, dass es einen Unterschied mache, ob nun Männer oder Frauen politisch tätig wurden. Die Frauen „wollen nicht Ausbeutung der Natur, sondern Erhaltung der Natur. Unser gesellschaftliches Ziel ist, dass nicht die Produktion die Reproduktion beherrscht, sondern dass die Reproduktion die Produktion beherrscht.“⁹⁶ Hier fand sich der bekannte Slogan der Frauenbewegung „Das Private ist politisch“ ebenso wie die Überzeugung, dass eine frauenzentrierte Politik allen Menschen ein qualitativ besseres Leben beschere würde. Die *Siemens-Frauen* wiesen deshalb wiederholt darauf hin, dass ihre Tätigkeit keineswegs unpolitisch sei, sondern eine Möglichkeit, „dass wir für uns selbst kämpfen“. Die Frauen müssten lernen, dem „inneren Druck der internalisierten männlichen Normen, der sich wieder gegen andere Frauen richtet“, nicht länger nachzugeben und auf weibliche Solidarität zu bauen.⁹⁷

Die *Siemens-Frauengruppe* setzte fortan nicht mehr auf die Agitation in Betrieben, die im Grunde genommen eine radikale Gewerkschafts- und gerade im Hinblick auf die sogenannten Gastarbeiterinnen auch Sozialarbeit war. Vielmehr passte sie ihr Engagement den neuen theoretischen Prämissen an. Die Gruppe wollte „den Zusammenhang von Ehe, Mutterschaft und Reproduktion des Mannes“ aufbrechen, denn es gehe nicht nur um Lohnforderungen und die Anerkennung, „dass wir arbeiten, wir wollen, dass die andere Qualität der Reproduktionsarbeit wirkliche Macht gewinnt“.⁹⁸ Deshalb verlangten die *Siemens-Frauen* anstelle von höheren und gleichen Löhnen für Männer und Frauen zum Beispiel einen „Existenzlohn für alle Frauen, gleich in welchem Beruf, der die ökonomische Unabhängigkeit der Frauen garantiert“.⁹⁹ Außerdem planten die Frauen ein „Frauenzentrum in Giesing“. Gemeint war damit ein „Laden, der zum Kommunikationszentrum für alle interessierten Frauen werden soll, in dem Initiativen zur Selbsthilfe angeregt werden“.¹⁰⁰ In den Augen der Aktivistinnen wurde der Grundcharakter der Gruppe um eine weitere gesellschaftspolitische Forderung erweitert und „auf den Stadtteil übertragen“, nämlich „unser Konzept der Betriebsarbeit, dass die Frauen selber aktiv werden“.¹⁰¹

Um die Mitte der 1970er Jahre löste sich die *Siemens-Frauengruppe* langsam auf. Ihre Mitglieder schlugen ganz unterschiedliche Lebenswege ein, einige von ihnen blieben aber der Frauenbewegung treu und zeichneten für eine Fülle von neuen Initiativen verantwortlich. Dazu zählte die eben genannte „Selbsthilfe“, die die Frauen als Versuch betrachteten, „unsere ideellen Forderungen nach Emanzi-

⁹⁶ IfZ-Archiv, ED 899/16: Papier der SFG-Untergruppe „Lohn für Hausarbeit“ [Februar 1975].

⁹⁷ IfZ-Archiv, ED 899/16: Protokoll zur Diskussion über das Arbeitspapier „Wir wollen an die Macht“ am 22./23. 3. 1975.

⁹⁸ IfZ-Archiv, ED 899/16: Papier der SFG-Untergruppe „Lohn für Hausarbeit“ [Februar 1975].

⁹⁹ Archiv 451, Mappe Zentrum Giesing: Flugblatt der SFG „Frauen machen Dampf – Frauen machen Klassenkampf“ [Februar 1973]. Zur Diskussion „Lohn für Hausarbeit“ vgl. Kap. IV.

¹⁰⁰ Archiv 451, Mappe Zentrum Giesing: Flugblatt der SFG „Frauen machen Dampf – Frauen machen Klassenkampf“ [Februar 1973].

¹⁰¹ Archiv 451, Mappe Betriebsarbeit: Protokoll der SFG vom 4. 8. 1973.

pation oder gar Befreiung an uns selbst zu erforschen“.¹⁰² Über eine intensive Auseinandersetzung mit sich selbst hinaus hofften die Frauen auf eine Breitenwirkung der eigenen Ansichten. Neben dem Kampf gegen Paragraph 218 StGB entstanden dabei Ideen, sich zuvorderst „als Frau bzw. für Frauen“ zu betätigen und in Form der sogenannten Frauenprojekte „überhaupt langfristig Arbeitsplätze von, mit und für Frauen [zu] schaffen“.¹⁰³

c) *Gegen Patriarchat und Kapitalismus: Die Sozialistische Frauenorganisation München (SFOM)*

Den „richtigen Platz“, so formulierte die ehemalige SFOM-Aktivistin Karin Jurczyk, fanden Frauen, die sich in der ersten Hälfte der 1970er Jahre für die Lage der weiblichen Bevölkerung interessierten und dabei zugleich von einem „Analyse- und Veränderungsbedürfnis“ geleitet waren, in der *Sozialistischen Frauenorganisation München*, damals meist abgekürzt und als ein Wort gesprochen: SFOM.¹⁰⁴ 1975 führte die Gruppe¹⁰⁵ ihre eigene Geschichte bis ins Jahr 1969 zurück. Damals hätten einige Frauen, die an der Universität sozialwissenschaftliche Fächer studiert hätten und in „linken Organisationen“ aktiv gewesen seien, eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen und dies damit begründet, dass sie es Leid gewesen seien, wie die „Frauenproblematik übergangen oder nur oberflächlich berücksichtigt worden“ sei. Aufgrund eines „diffusen Unbehagens“ und einer „vagen Erkenntnis“ strebten sie nach „gezielter Frauenarbeit“.¹⁰⁶

Diese vorsichtigen Formulierungen sind erneut ein Hinweis darauf, dass es um 1970 keine eindeutigen Grenzen zwischen dem gemischtgeschlechtlichen und überwiegend studentischen Protest um „1968“ und den Frauengruppen gab. Auch das Verhältnis der Geschlechter scheint in der politischen Unruhe der ausgehenden 1960er Jahre nicht ausschließlich schlecht gewesen zu sein, denn ehemalige SFOM-Mitglieder sind in der Frage nach dem Verhältnis von „1968“ und den Frauen unterschiedlicher Ansicht. Während ein Teil in „1968“ den entscheidenden Schritt zur eigenen Politisierung sieht, macht der andere Teil hauptsächlich Ereignisse wie den „Tomatenwurf“¹⁰⁷ und damit die bewusste Abgrenzung von der Revolte für sein politisches Engagement verantwortlich. Bei den Diskussionsrunden der SFOM-Vorläufer seien Männer sogar „rausgeschmissen“ worden, da es den Frauen mit ihnen zusammen nicht möglich gewesen sei, inhaltlich voranzukommen.¹⁰⁸

¹⁰² Archiv 451, Mappe Betriebsarbeit: Papier „Ein Protokoll oder was von der Sitzung noch in mir übrigblieb“ [Juni 1974].

¹⁰³ IfZ-Archiv, ED 899/16: Papier „Protokoll vom Seminar am 27.4.1975“.

¹⁰⁴ Hintergrundgespräch mit Karin Jurczyk vom 13.3.2009.

¹⁰⁵ IfZ-Archiv, ED 899/12: Sammlung von Selbstdarstellungen verschiedener Frauengruppen, die sich im Frühjahr 1975 im Münchner Frauenzentrum trafen. Diese decken sich mit der ersten gedruckten Broschüre des Münchner Frauenzentrums, z. B. in: FrauenMediaTurm, FE.03.048: Frauenzentrum München: Selbstdarstellung autonomer Frauengruppen München-Ingolstadt, München 1975.

¹⁰⁶ IfZ-Archiv, ED 899/12: Sammlung von Selbstdarstellungen verschiedener Frauengruppen, die sich im Frühjahr 1975 im Münchner Frauenzentrum trafen.

¹⁰⁷ Vgl. Kap. II.1.

¹⁰⁸ Diskussion ehemaliger Mitglieder der SFOM beim Besuch des IfZ-Archivs am 10.3.2007.

Für die Frühzeit der *SFOM* lässt sich feststellen, dass der gesellschaftliche Wandel – in diesem Falle vor allem die Bildungsexpansion – und der Protest in den ausgehenden 1960er Jahren Frauen beflügelt hat, sich mit ihrer eigenen Situation auseinanderzusetzen.¹⁰⁹ Die frühe Arbeitsgruppe hatte sich zunächst darauf gestürzt, was die „Bibeln“ des „68er“-Protests – die Zeitschriften *Kursbuch* und *Argument* sowie die sozialistischen Klassiker von Marx, Engels und Bebel – zur Frauenfrage zu sagen hatten. Während einige Frauen „ihr Wissen und Engagement“ dazu nutzten, sich in die „bestehenden linken Organisationen“ einzubringen, denen sie bereits angehörten, befanden es die „übrigen sechs Frauen“ für dringlicher, eine „autonome Frauengruppe“ zu gründen. Nur auf sich selbst gestellt, davon war dieser Kreis überzeugt, könnten Frauen lernen, ihre eigenen politischen Vorstellungen zu entwickeln, zu vertreten und durchzusetzen.¹¹⁰

Dass Frauengruppen sich an „1968“ ebenso anlehnten wie sie sich davon abwandten, demonstrierte auch der theoretische Grundsatz, den der neue Zusammenschluss gewählt hatte: Als Wurzel des Übels, dem die weibliche Bevölkerung ausgesetzt sei, benannte die Gruppe von nun an „die doppelte Unterdrückung der Frau in der Gesellschaft durch Patriarchat und Kapitalismus“¹¹¹, die es gleichermaßen zu überwinden galt. Dabei waren die Gruppenzusammenhänge nach 1970 zunächst wohl eher diffus. So decken sich die Erläuterungen der eben zitierten Gesellschaftsanalyse weitgehend mit Materialien aus dem Seminar über „Frauenemanzipation“¹¹², das Sieglinde Tömmel Anfang der 1970er Jahre mehrfach am soziologischen Institut der LMU gehalten hatte. Die Dozentin trat ab 1973 eindeutig als Mitglied der *SFOM* auf¹¹³, und sicherlich haben auch andere Gruppenangehörige als Teilnehmerinnen einen wichtigen Beitrag zu diesem Seminar geleistet. Denn das Fach Soziologie war in München im Allgemeinen ein Treffpunkt für politisch engagierte Frauen, so zum Beispiel für die Studentinnen, die die *Rote Frauenfront* begründeten, oder für Hannelore Mabry, die dem *Frauenforum München*¹¹⁴ vorstand, auf das die *SFOM* wiederum alles andere als gut zu sprechen war.

Auch in den Materialien zur *Aktion 218*¹¹⁵, die bei der Arbeit der *SFOM* einen zentralen Stellenwert einnahm¹¹⁶, tauchten zunächst nur eine *Sozialistische Ar-*

¹⁰⁹ Das ehemalige *SFOM*-Mitglied Karin Jurczyk zum Beispiel spricht von sich als einer „Profiteurin der Bildungsreformen“ und verweist auf ihr großes politisches Interesse, als sie 1972 ihr Studium der Soziologie in München begann. Vgl. Hintergrundgespräch mit Karin Jurczyk vom 13. 3. 2009.

¹¹⁰ IfZ-Archiv, ED 899/12: Sammlung von Selbstdarstellungen verschiedener Frauengruppen, die sich im Frühjahr 1975 im Münchner Frauenzentrum trafen.

¹¹¹ IfZ-Archiv, ED 899/12: Sammlung von Selbstdarstellungen verschiedener Frauengruppen, die sich im Frühjahr 1975 im Münchner Frauenzentrum trafen.

¹¹² IfZ-Archiv, ED 899/1 und 2, besonders Bd. 1: Thesenpapier zur Situation der Frau in Gesellschaft und Partnerschaft [o. D.], und IfZ-Archiv, ED 900/362: Thesenpapiere des Seminars Tömmel/Francis „Frauenemanzipation“ im Wintersemester 1972/73, und die Ausführungen in Kap. II.3.

¹¹³ Vgl. die Kontaktadresse der *SFOM* bei der Liste bundesdeutscher Frauengruppen in: Von F.R.A.U. bis S.O.F.A., in: Brigitte vom 12. 10. 1973.

¹¹⁴ Vgl. Kap. III.1.d.

¹¹⁵ Vgl. Kap. III.2.a.

¹¹⁶ IfZ-Archiv, ED 899/12: Sammlung von Selbstdarstellungen verschiedener Frauengruppen, die sich im Frühjahr 1975 im Münchner Frauenzentrum trafen.

*beitsgruppe zur Befreiung der Frau*¹¹⁷ oder eine *Sozialistische Frauengruppe*¹¹⁸ auf, und das nur teilweise mit Namen von Repräsentantinnen, die später in den Akten der *SFOM* zu lesen sind. Die Uneindeutigkeit, die hier aus den Quellen spricht, zeugt davon, dass die Zugehörigkeiten zu den unzähligen Gruppen, die sich seit dem Ende der 1960er Jahre gründeten und sich letztlich zur Frauenbewegung zählten, meist unbeständig und fließend waren. Gerade bei den Vorläufern und Untergruppen der *Roten Frauenfront* und der *SFOM* kann es angesichts der großen Ähnlichkeit von Entstehungskontext und politischer Ausrichtung auch dazu gekommen sein, dass sich Mitgliedschaften überlappten.

Ebenso wie viele andere Zusammenschlüsse beklagte die *SFOM* die Fluktuation ihrer Mitglieder und verwies darauf, wie schwierig es war, die Geschlechtszugehörigkeit dauerhaft zum einenden Movers für eine politische Betätigung zu machen. Die Gruppe räumte beispielsweise ein, dass sie aus Mitgliedern mit unterschiedlichen Charakterzügen bestehe: die einen brächten sich intensiv in die Organisation ein, den anderen entspräche ein verbindliches Engagement nicht. Aufgrund eines hohen Durchsatzes stünden sich außerdem immer wieder „alte“ und „neue“ Teilnehmerinnen gegenüber, weshalb nur punktuell ein Fortschritt in inhaltlichen Diskussionen zu verzeichnen sei.¹¹⁹ So blieben bei der *SFOM* Auseinandersetzungen und gegenseitiges Unverständnis nicht aus, womit die Frauen oft nicht umzugehen wussten und deshalb den „ganzen unausgetragenen Ballast“¹²⁰ mit sich herum schleppten.

Ein Mitglied schrieb diese Konflikte den „zu hoch gesteckten politischen Ansprüchen“ zu, die auch damit zusammenhängen, dass die Gruppe die Funktionsweisen patriarchaler wie kapitalistischer Herrschaft von Grund auf verstehen wollte. Wie eine Angehörige der *SFOM* es ausdrückte, habe die Gruppe eine „starke Tendenz“ gezeigt, „im Differenzieren und Rationalisieren zu versacken“. Verbunden sei dies mit einem „Bedürfnis nach ungestörter Harmonie“, das ergebnisorientierte Diskussionen und eindeutige Stellungnahmen verhindere. In einem Brief beantragte die eben zitierte Frau deshalb das Ruhen der Mitgliedschaft, weil sie die Kraft dazu nicht mehr aufbringe, „jedenfalls nicht, solange ich promoviere.“¹²¹

Trotz der Anziehungskraft, die von frauenzentrierter Arbeit ausgehen mochte, ließen sich die Lebensplanungen von Frauen also nicht in jedem Fall durchgängig mit dem Einsatz vereinbaren, den die Gruppe forderte. Die von der *SFOM* intern immer wieder kritisierte „desolate Lage“ und „Ineffektivität“¹²² hing aber noch mit einem anderen Umstand zusammen, der in einem Sitzungsprotokoll von 1974 einmal besonders drastisch als „problematisches Verhältnis von ‚Kopf‘ und

¹¹⁷ FrauenMediaTurm, Pressedokumentation 1968–1981: Flugblatt „Information zu Aktion 218“ von der „Sozialistischen Arbeitsgruppe zur Befreiung der Frau“ [München vom Juli 1971].

¹¹⁸ IfZ-Archiv, ED 899/7: Adressliste der auf dem Bundesfrauenkongress am 11./12.3.1972 anwesenden Gruppen.

¹¹⁹ IfZ-Archiv, ED 899/12: Sammlung von Selbstdarstellungen verschiedener Frauengruppen, die sich im Frühjahr 1975 im Münchner Frauenzentrum trafen.

¹²⁰ IfZ-Archiv, ED 899/1: Protokoll der *SFOM* vom 20.3.1974.

¹²¹ IfZ-Archiv, ED 899/1: Brief eines Mitglieds der *SFOM* an das Plenum vom 10.4.1975.

¹²² IfZ-Archiv, ED 899/1: Abdruck eines Briefes aus der Privatkorrespondenz eines *SFOM*-Mitglieds vom Februar 1975; Protokoll des *SFOM*-Plenums vom 28.1.1974.

„Basis“¹²³ beschrieben wurde. Tonangebend seien demnach „*SFOM*-Autoritäten“, in deren Köpfen „vage Vorstellungen über eine Praxis herumschwirren, die von den anderen Mitgliedern konkretisiert werden sollen“. Intellektueller Ehrgeiz und aktionistische Leidenschaft mussten also nicht zwingend Hand in Hand gehen, zumal wenn, so hieß es im Protokoll weiter, sich die Ideen offensichtlich nicht in die Tat umsetzen ließen und sich dann „der ‚Kopf‘ frustriert zurück“ zöge. Wie ernst es der *SFOM* mit ihrem Anliegen war, sich der Belange von Frauen jenseits jeglicher Unterdrückung anzunehmen, zeigte aber auch der Umgang mit diesen und ähnlich gelagerten Problemen. Diese sollten besprochen und diskutiert werden, in der Hoffnung, sie dadurch zu bewältigen und etwaigen Hierarchien in der Gruppe den Garaus zu machen. So wurde auch hier das Private politisch gemacht. Ein Ratschlag, der gut gemeint war, aber, sofern er beherzigt wurde, den Mitgliedern vermutlich doch einiges abverlangte, lautete deshalb: „Ein Anfang wäre wohl, dass man nicht nur privat über die nicht Anwesenden klatscht, sondern den Betroffenen Inhalt des Klatsches mitteilt.“

Neben den Unterschieden, die ein eher theoretisches bzw. ein eher praktisches Interesse an der Situation der weiblichen Bevölkerung mit sich bringen konnten, offenbarte sich eine weitere Schwierigkeit: Ähnlich wie bei der *Siemens-Frauen-gruppe* war die soziale Zusammensetzung der *SFOM* nicht mit der ihrer Zielgruppe identisch. Auch hier übte die Organisation zunächst Selbstkritik. Diese stellte vor allem darauf ab, dass Frauen vollkommen verschieden seien – eine Beobachtung, die angesichts der großen Hoffnung, dass eine Bewegung *aller* Frauen entstehen würde, besonders schwer wog. Eine Frau, die sich zur *SFOM* zählte, sah die eigene „kleine elitäre Gruppe“ in einen krassen „Gegensatz zu dem angesprochenen Publikum“, das in Hausfrauen, Arbeiterinnen und Angestellten gesucht werde. Viele *SFOM*-Mitglieder aber studierten, promovierten und strebten in die Wissenschaft oder in Berufe, für die, wie etwa im Falle des Journalismus, eine universitäre Ausbildung nützlich war.

Im Gegensatz zu den eigenen besten Absichten musste sich die eben zitierte *SFOM*-Angehörige deshalb eingestehen, dass sie sich bisweilen „intellektuell überlegen“ fühle, wenn sie etwa auf Gewerkschaftsveranstaltungen mit anderen Frauen zusammentreffe. Dafür schäme sie sich, wo es doch gerade bei dem von der *SFOM* bearbeiteten „Problemkreis Frauenerwerbstätigkeit“ darum gehen müsse, dass sich die weibliche Bevölkerung solidarisch verhalte.¹²⁴ Eine andere kritische Stimme stellte ebenfalls auf eine Theorielastigkeit ab, die bei weitem nicht alle Frauen begrüßten: Die *SFOM* dürfe kein „kleines reflektierendes Zirkelchen“ bleiben. Auch wenn es noch in weiter Ferne läge, eine „Massenbasis“ aufzubauen, müssten Frauen positiv integriert werden, anstatt sie „frustriert gehen“ zu lassen. Erreicht werden müsse dies durch einen Spagat zwischen der Offenheit und der organisatorischen Straffung der Gruppe.¹²⁵

Obwohl Enttäuschungen also durchaus zum Alltag gehörten, verstand es die *SFOM* immer wieder, Konfliktherde einzudämmen. Im Laufe der Zeit erhielt die

¹²³ Hier und im folgenden: IfZ-Archiv, ED 899/1: Protokoll [der *SFOM*] vom 14.3.1974.

¹²⁴ IfZ-Archiv, ED 899/1: Protokoll eines Arbeitstreffens [der *SFOM*] vom 10.4.1974.

¹²⁵ IfZ-Archiv, ED 899/1: Papier „Vorschläge zur Arbeitsgruppe [der *SFOM*] ‚Bürgerliche Frauenbewegung‘“ [November 1975].

Gruppe Strukturen, die die Frauen unter einem Dach zusammenschlossen und die Arbeit verstetigten, ohne dass die *SFOM* dafür ihre grundsätzliche Kritik an Herrschaft, die Suche nach alternativen politischen Formen und die Basisdemokratie aufgeben musste. So ist bereits für 1971 festgehalten, dass die *SFOM* in Untergruppen zunächst vier Bereiche angehen wollte, nämlich „Hochschule, Schülerinnen, Sozialisation, Betrieb“, von denen zumindest die beiden zuerst genannten auch ins Leben gerufen wurden. Diese Schwerpunkte kamen der gesamten Organisation dabei in zweierlei Hinsicht entgegen. Zum ersten entsprachen die Themen der Sozialstruktur der Teilnehmerinnen, die sich mit jung und akademisch umreißen ließe. Die inhaltliche Arbeit, so hieß es in der Selbstdarstellung, leisteten „Frauen mit ähnlichem Erfahrungshintergrund“. Dabei ergaben sich, und das war der zweite Vorteil, nicht nur „Gespräche über die eigene Situation“: Aufgrund der eigenen Erfahrung wurden politische Vorstellungen entwickelt, die auf „die Notwendigkeit und Möglichkeit von Änderungen“ gerichtet waren.¹²⁶

Die Einheit der *SFOM* wurde über regelmäßige Mitgliederversammlungen erreicht, die anfangs wöchentlich über Fortschritte und Probleme in den Arbeitsgruppen informierten. Darüber hinaus verfügte die Organisation über einen Vorstand von sechs Frauen, die auf ein halbes Jahr gewählt wurden. Diese fungierten als Anlaufstelle für Interessierte und „kollektive Vertretung der Gruppe nach außen“. Die Selbstdarstellung der *SFOM* von 1975 nannte als Zeitpunkt für die Einführung eines Vorstandskollektivs den Januar 1972 und setzte dies mit der offiziellen Gründung der Gruppe gleich.¹²⁷ Als Gründungsdatum kursierte allerdings auch der Januar 1973¹²⁸, wohl aus dem Grund, weil sich die *SFOM* zu diesem Termin eine Satzung gab.

Um es interessierten Frauen möglichst leicht zu machen, sich in die *SFOM* zu integrieren, wurden schließlich Sympathisantinnengruppen gegründet. Über diese Gruppen konnten sich Frauen der *SFOM* schrittweise annähern, zum Beispiel, indem sie sich auf den letzten Stand von Lektüre und Diskussionen brachten, ohne dass die sogenannten beständigen Mitglieder immer aufs Neue der „Irritation durch ständig wechselnde Teilnehmer“ ausgesetzt waren.¹²⁹ Durch die Sympathisantinnen verfügte die *SFOM* über einen Pool an Personen, die dem festen Kern unterstützend zur Seite standen und die Ideen nach außen trugen, nicht nur, weil sie an den Mitgliederversammlungen teilnahmen, sondern auch durch das Verteilen von Flugblättern, der Präsenz bei den Informationsständen in der Münchner Fußgängerzone, der Teilnahme an Demonstrationen oder – für das weibliche Zusammengehörigkeits- und Lebensgefühl ebenso entscheidend wie die politische Arbeit – bei der Veranstaltung von Frauenfesten.¹³⁰

¹²⁶ IfZ-Archiv, ED 899/12: Sammlung von Selbstdarstellungen verschiedener Frauengruppen, die sich im Frühjahr 1975 im Münchner Frauenzentrum trafen.

¹²⁷ Ebd.

¹²⁸ Vgl. FrauenMediaTurm, Pressedokumentation 1968–1981: Protokoll des Frauentreffens in München am 10./11.2.1973 mit der Vorstellung der repräsentierten Gruppen; Von F.R.A.U. bis S.O.F.A., in: Brigitte vom 12.10.1973.

¹²⁹ IfZ-Archiv, ED 899/1: Schreiben [der *SFOM*] an Mitglieder und Sympathisantinnen [Januar 1975].

¹³⁰ IfZ-Archiv, ED 899/1: Schreiben des [*SFOM*]-Vorstands an Mitglieder und Sympathisantinnen vom 20.6.1974.

Die *SFOM* wies in der ersten Hälfte der 1970er Jahre kontinuierlich zwischen 40 bis 50 Mitglieder auf. Nachdem die Gruppe 1969 von sechs Frauen initiiert worden war, konnte sie auf dem überregionalen Frauentreffen in München im Februar 1973 verkünden, dass sie aus „21 Frauen + 21 Sympathisantinnen“ bestehe.¹³¹ Mit dieser Teilnehmerinnenzahl gehörte die *SFOM* quantitativ zum Mittelfeld der Frauengruppen. Im Hinblick auf die Zahlen standen damals das *Frauenzentrum Berlin*, der *Frankfurter Weiberrat* und das *Frauenforum München* mit jeweils rund 150 Mitgliedern an einsamer Spitze. Ihnen folgten einige Gruppen – neben der *SFOM* zum Beispiel der *Revolutionäre Kampf* und die *Frauenaktion 70* aus Frankfurt am Main und der Verbund § 218 Köln – mit 40 bis 70 Teilnehmerinnen. Schließlich kam eine ganze Reihe von Vereinigungen, die sich nur über ihre Herkunftsstädte – darunter Bonn, Bochum, Bremen, Darmstadt, Gießen, Düsseldorf, Nürnberg, Tübingen oder Ulm – benannten oder bereits bestimmte Richtungen frauenbewegten Engagements vertraten wie Betriebsarbeits-Aktivistinnen, die sogenannten CR-Gruppen¹³² oder die *Homosexuellen Frauen West-Berlin*. Es handelte sich dabei meist um Kleingruppen mit zehn bis 20 Personen, die sicherlich die Masse der Frauenbewegung der 1970er Jahre ausmachten.¹³³ Für die bayerische Hauptstadt zählte die *SFOM* aber neben dem *Frauenforum* zu den bekanntesten Vereinigungen, daran lässt eine Liste, die die Frauenzeitschrift *Brigitte* anlässlich einer Reportage über Frauengruppen in der Bundesrepublik im Herbst 1973 abgedruckt hatte, keinen Zweifel.¹³⁴

Der Frauenkongress, der im Februar 1973 in München stattfand, erfüllte die Teilnehmerinnen ob der Bandbreite, Anzahl und Größe der anwesenden Gruppen mit Stolz. Auch die *SFOM*-Frauen blickten auf einem Kongress-Foto, das den Artikel über die Veranstaltung in der Zeitschrift *Brigitte* illustrierte, selbstbewusst von einem Podium und wurden ob des Meers an weiblichen Köpfen sicherlich über die Tatsache hinweggetröstet, dass die Veranstaltungsräume des Münchner Kunstvereins kurz vor dem Frauentreffen von der Sportzeitschrift *Kicker* genutzt worden waren, die ihre Wanddekoration mit Schnappschüssen aus der männlichen Fußballwelt stehen gelassen hatte.¹³⁵ Die Euphorie, die die Gemeinsamkeitserlebnisse der frühen Feministinnen oft begleitete, war nicht mehr zu bremsen. Wie auch bei vorangegangenen Frauenkongressen in Frankfurt am Main¹³⁶ wurde vorgeschlagen, einen solidarisierenden Namen für die gleich gesinnten Frauengruppen zu benutzen: „NFB (Neue Frauenbewegung)“¹³⁷ sollte er kurz und bündig lauten. Die einzelnen Gruppen sahen sich also immer stärker als Teil eines großen Ganzen, dessen historische Vorläufer bereits bekannt waren und das noch nicht

¹³¹ IfZ-Archiv, ED 914/41: „Bericht über München“ anlässlich eines überregionalen Frauentreffens im Februar 1973.

¹³² Vgl. dazu Kap. III.2.b.

¹³³ IfZ-Archiv, ED 914/41: „Bericht über München“ anlässlich eines überregionalen Frauentreffens im Februar 1973.

¹³⁴ Von F.R.A.U. bis S.O.F.A., in: *Brigitte* vom 12. 10. 1973.

¹³⁵ Ebd.

¹³⁶ Vgl. Schulz: *Langer Atem*, S. 145–161.

¹³⁷ IfZ-Archiv, ED 914/41: „Bericht über München“ anlässlich eines überregionalen Frauentreffens im Februar 1973.

einmal vor nationalen Grenzen Halt machte, waren in München doch auch Frauen aus Belgien, England, Frankreich, Italien und der Schweiz anwesend.

Der frauenbewegte Zusammenhalt spiegelte sich trotz aller Schwierigkeiten einer Organisation, die keine formelle Mitgliedschaft kannte und sehr viel auf Freiheit und Selbstbestimmung hielt, auch bei den *SFOM*-Frauen. Über mehrere Jahre kamen bei den in der Regel zweiwöchigen, zum Teil wöchentlich stattfindenden Treffen „regelmäßig 15 Frauen“¹³⁸ zusammen; 1975 war nach wie vor von etwa 25 beständigen Mitgliedern, von denen sieben „besonders aktiv“ seien, und 21 Sympathisantinnen die Rede.¹³⁹ Für die zweite Hälfte der 1970er Jahre wird die Quellenlage der *SFOM* dünn. Der Selbstdarstellung der Gruppe von 1975, die für die Öffentlichkeitsarbeit eines neu entstehenden Frauenzentrums in der Adlzreiterstraße gemacht worden war, folgte keine weitere; die Broschüre des *Frauenzentrums München* von 1978 nannte die *SFOM* oder eine ähnlich gelagerte Gruppe nicht mehr.¹⁴⁰

Dennoch ist die *SFOM* keineswegs untergegangen. Eher ist von einer Professionalisierung der Gruppe zu sprechen, die sicherlich auch damit zusammenhing, dass die meisten *SFOM*-Mitglieder im Laufe der Zeit ihr Studium bzw. ihre Dissertation abgeschlossen hatten und ins Berufsleben eingestiegen waren. 1975 fasste die Organisation den Beschluss, nur noch einmal im Monat eine öffentliche Mitgliederversammlung abzuhalten, die Gruppe ansonsten aber zu schließen, um „kontinuierlich an bestimmten Themen“ arbeiten zu können.¹⁴¹ In der Folge ist von Arbeitsgruppen die Rede, die längerfristig – es finden sich Angaben von über einem Jahr – angelegt und von einer wissenschaftlichen Herangehensweise geprägt waren, wenn es etwa um die Frage nach der Entwicklung und den Forderungen der Frauenbewegung seit dem 19. Jahrhundert oder um – ein thematischer Dauerbrenner – das Verhältnis von Marxismus und Feminismus ging.¹⁴²

Am Beispiel der *SFOM* zeigt sich deutlich, dass die Zugehörigkeit zu einer wachsenden Frauenbewegung, ein gewisser organisatorischer Rahmen und das eigene Verständnis von Politik aufs Engste miteinander verzahnt waren. Der Münchner Verbund hielt den Aufbau der eigenen Gruppe und den einer großen Frauenbewegung für unabdingbar, um „neue Strukturen in die zwischenmenschlichen Beziehungen, v.a. in die zwischen Frauen zu bringen“. Notwendig sei nichts weniger als ein „permanenter Reflexions- und Veränderungsprozess“, an dem jede einzelne Frau „aktiv und kontinuierlich“ mitarbeiten solle.¹⁴³

Wofür trat die *SFOM* nun aber im Einzelnen ein? Wie sah ihre konkrete Arbeit aus? Antworten auf diese Fragen gab vor allem die Satzung¹⁴⁴, die die *SFOM* als

¹³⁸ IfZ-Archiv, ED 899/7: Protokoll zur „Depotsitzung“ vom 18.5.1973.

¹³⁹ IfZ-Archiv, ED 899/12: Sammlung von Selbstdarstellungen verschiedener Frauengruppen, die sich im Frühjahr 1975 im Münchner Frauenzentrum trafen.

¹⁴⁰ FrauenMediaTurm, FE.03.045: Frauenzentrum München: Selbstdarstellung, München 1978.

¹⁴¹ IfZ-Archiv, ED 899/1: Schreiben der *SFOM* an Mitglieder und Sympathisantinnen [Januar 1975].

¹⁴² IfZ-Archiv, ED 899/1: Schreiben der *SFOM* an Mitglieder und Sympathisantinnen vom 30.7.1975; IfZ-Archiv, ED 899/12: Sammlung von Selbstdarstellungen verschiedener Frauengruppen, die sich im Frühjahr 1975 im Münchner Frauenzentrum trafen.

¹⁴³ IfZ-Archiv, ED 899/12: Sammlung von Selbstdarstellungen verschiedener Frauengruppen, die sich im Frühjahr 1975 im Münchner Frauenzentrum trafen.

¹⁴⁴ Hier und im folgenden: IfZ-Archiv, ED 899/1: Satzung der *SFOM* vom Januar 1973.

weiteren Schritt zu einem engeren Zusammenhalt zum Jahresanfang 1973 aufstellte, ohne es freilich etablierten Verbänden gleichzutun, die die *SFOM* eher kritisch beäugte: Ein Verein mit fester Ordnung und Eintrag im Vereinsregister kam für die *SFOM* nicht in Frage. In der Satzung bezeichnete sich die Gruppe aber unmissverständlich als „politische Organisation“, die für die „wirtschaftliche, rechtliche, ausbildungsmäßige und soziale Gleichberechtigung der Frauen“ sowie für die „Emanzipation der Frauen und Männer in der BRD“ eintrete. Mit diesen beiden Zielen war ein Bezug zum Grundgesetz und zum allgemeinen gesellschaftlichen Wandel hergestellt: Das Gleichberechtigungsversprechen des Artikels 3 des Grundgesetzes verstand die *SFOM* allumfassend und verband es mit der Hoffnung einer Angleichung und Weiterentwicklung der Geschlechterverhältnisse.

Allerdings waren der Gruppe alle bisherigen Bemühungen zugunsten der weiblichen Bevölkerung viel zu bescheiden, zeigte sie sich doch davon überzeugt, dass sich bislang „trotz vorhandener theoretischer Ansätze“ keine der bestehenden politischen Organisationen „hinreichend“ für eine „grundlegende Veränderung der Situation der Frauen“ eingesetzt habe. Der ausdrückliche Hinweis darauf, dass die Diskussion um weibliche Lebenslagen bereits im Fluss war, zeugt vom gesamtgesellschaftlichen Wandel ebenso wie vom Aufschwung der Sozialwissenschaften und von (den Ausläufern von) „1968“, allesamt Ideengeber, mit denen die Mitglieder der *SFOM* eng verbunden waren. Zweifellos wirkte sich dieser Kontext auch darauf aus, dass die *SFOM*-Aktivistinnen die Zeit für gekommen sahen, Dämme zu brechen und die Frauen als gesellschaftliche Gruppe zum Politikum zu erklären.

Ihr Ansinnen wollte die *SFOM* gut begründet wissen und setzte sich deshalb intensiv mit Erkenntnissen zu weiblichen Lebensumständen auseinander: Nach der von der Studentenbewegung geprägten Lektüre wandten sich einzelne Arbeitsgruppen deshalb sowohl der Tagespolitik als auch der Frauenbewegung in Gegenwart und Vergangenheit zu. Neben Paragraf 218 StGB war Frauenerwerbsarbeit ein großes Thema, dem sich die *SFOM* näherte, indem sie statistisches Material auswertete und Tarifverträge las.¹⁴⁵ Zudem widmete sich die Gruppe Publikationen, die belegten, dass die Frauenbewegung im Aus- und im Inland im Wachsen war. So finden sich auf den Leselisten der *SFOM* viele feministische Schriften aus dem angloamerikanischen Raum, die um 1970 erstmals veröffentlicht, relativ schnell ins Deutsche übersetzt und innerhalb der Frauenbewegung zu Bestsellern wurden.

Dazu gehörte etwa das Buch „Frauenbefreiung oder sexuelle Revolution“, in dem die Amerikanerin Shulamith Firestone für die Loslösung der Frau von ihrer Biologie, also der Mutterschaft, plädierte.¹⁴⁶ Oder „Der Weibliche Eunuch“, in dem die Australierin Germaine Greer die Auffassung von der Frau als Sexualobjekt angriff.¹⁴⁷ Oder „Sexus und Herrschaft“, in dem die Amerikanerin Kate

¹⁴⁵ Z. B. IfZ-Archiv, ED 899/1: Schreiben der SFOM an Mitglieder und Sympathisantinnen vom 20. 4. 1974.

¹⁴⁶ Firestone: *Dialectic of Sex*, New York 1970, dt.: *Frauenbefreiung oder sexuelle Revolution*, Frankfurt am Main 1974; IfZ-Archiv, ED 899/1: Papier „Frauen zwischen Natur und Gesellschaft“ [Juni 1975].

¹⁴⁷ Greer: *The Female Eunuch*, London 1970, dt.: *Der weibliche Eunuch*, Frankfurt am Main 1970; IfZ-Archiv, ED 899/1: Schreiben der SFOM an Mitglieder und Sympathisantinnen vom 22. 5. 1975.

Millett der Politik des Patriarchats eine Politik der ersten Person gegenüberstellte, was bedeutete, dass die Frauen für ihre Sache selbst eintreten sollten.¹⁴⁸ Die *SFOM* beschäftigte sich aber auch mit deutschen Autorinnen, etwa mit der Berliner Soziologin und Mitherausgeberin der Zeitschrift *Das Argument*, Frigga Haug, die mit einem 1973 erschienenen Aufsatz unter linksalternativ engagierten Frauen für Furore sorgte, indem sie sich für eine sozialistische Frauenbewegung stark machte und vor der Gefahr des Feminismus warnte.¹⁴⁹

Die Lektüre der *SFOM* war also – ebenso wie die Frauenbewegung in ihrer Gesamtheit – international und beinhaltete unzählige Muster, mit denen die Unterdrückung der Frauen erklärt und ihre Befreiung gefordert wurde. Um einen Gruppenkonsens zu finden, setzte sich die Münchner Vereinigung wie viele andere sehr intensiv und kritisch damit auseinander, was sie und andere unter Frauenbewegung und Feminismus verstanden. Dass diese Begriffe dabei umstritten waren, gehört – im Grunde bis heute – zum Charakter dieser sozialen Bewegung und ihres Gedankengutes. Das Interesse der *SFOM* galt dabei nicht nur der unmittelbaren frauenbewegten Umgebung, sondern auch der Geschichte feministischen Engagements. Es war das Wissen um die Vorläuferinnen im 19. und im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts, das die *SFOM* in ihrem politischen Impetus bestärkte, wenn sie etwa in einer Arbeitsgruppe die „bürgerliche Frauenbewegung“ ergründete¹⁵⁰ oder Clara Zetkins „Geschichte der proletarischen Frauenbewegung“ las, wobei sie sich Letzterer ihrem Weltbild entsprechend näher fühlte¹⁵¹.

Die *SFOM*-Mitglieder steckten ihre Nasen aber nicht nur in Bücher und Broschüren. Das stille Kämmerlein war nicht der Ort, an dem die *SFOM* gedachte, politisch tätig zu werden. Vielmehr galt es, der Umwelt zur Einsicht zu verhelfen – durch die „Veröffentlichung politischer Analysen, mit Straßenaktionen, Demonstrationen und Streiks“. Deren Ziel waren dabei keineswegs moderate Reformen. Für eine bessere Welt schienen „grundsätzliche Veränderungen von Eigentums- und Herrschaftsverhältnissen“ ebenso notwendig wie „die völlige Abschaffung des Patriarchats“.¹⁵²

Mit dem Begriff des „Patriarchats“, der „männlichen Vorherrschaft“, geriet auch die männliche Bevölkerung in den Blick – und in die Kritik, zumindest dann, wenn die *SFOM* die Strategie der Frauenbewegung diskutierte. Obwohl ihr Ziel die Emanzipation von Frauen und Männern war, glaubte die *SFOM* nicht, dass Letztere den Kampf der Frauen unterstützen würden, schließlich seien sie „partielle Nutznießer der bestehenden Verhältnisse“. Einzig eine „separate Frauenorganisation“ versprach hier Erfolg. Trotzdem bezeichnete die *SFOM* aber alle politischen Vereinigungen, die Gleichberechtigung und Emanzipation als ihre Ziele

¹⁴⁸ Millett: *Sexual Politics*, Illinois 1970; dt: *Sexus und Herrschaft*, München 1971; IfZ-Archiv, ED 899/1: Schreiben der *SFOM* an Mitglieder und Sympathisantinnen vom 22. 5. 1975.

¹⁴⁹ Haug: Verteidigung der Frauenbewegung gegen den Feminismus, in: *Das Argument* 83 (1973), S. 938–947; IfZ-Archiv, ED 899/1: Schreiben der *SFOM* an Mitglieder und Sympathisantinnen vom 20. 4. 1974.

¹⁵⁰ IfZ-Archiv, ED 899/1: Papier „Vorschläge zur Arbeitsgruppe [der *SFOM*] ‚bürgerliche Frauenbewegung‘“ [November 1975].

¹⁵¹ Zetkin: *Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands*; IfZ-Archiv, ED 899/2: Protokoll der *SFOM* vom 12. 4. 1976.

¹⁵² IfZ-Archiv, ED 899/1: *Satzung der SFOM* vom Januar 1973.

erkoren, als potenzielle Bündnispartner, obgleich sie dabei in erster Linie die bereits bestehenden Frauengruppen und die noch zu mobilisierenden Frauen im Auge hatte.¹⁵³

Doch die *SFOM* missbilligte nicht nur das Patriarchat. Gleichmaßen lehnte sie kapitalistische Strukturen ab. Mit diesem doppelten Ansatz grenzte sich die *SFOM* von zwei Richtungen des außerparlamentarischen und frauenbewegten Protests ab: zum einen von dem rein sozialistischen bzw. marxistischen, der sich Vorteile für die weibliche Bevölkerung allein von der Überwindung der Klassengesellschaft versprach; zum zweiten von Zusammenschlüssen, die die *SFOM* als „feministisch“, ja gar als „theorielos“ abtat. Die „Extremformen von solchem Politikverständnis“, mahnte die Gruppe an, gingen allein vom Frau-Sein und der eigenen Subjektivität, den „eigenen leidvollen Erfahrungen“ im vermeintlich Privaten aus und ignorierten „sachliche Zusammenhänge“.¹⁵⁴

Im Theoriegebäude, in dem sich die *SFOM* in der ersten Hälfte der 1970er Jahre bewegte, versprach einzig eine „neue, sozialistische und später kommunistische Gesellschaft“ die Emanzipation für beiderlei Geschlecht, die als „bewusste, freie Bestimmung aller Menschen über ihr Leben“ verstanden wurde. Die gegenwärtig vorgefundenen und dem Patriarchat geschuldeten „gesellschaftlichen Interessenunterschiede“ zwischen Männern und Frauen verlangten nun aber, dass die Frauen den Weg zur Emanzipation selbstständig beschritten.¹⁵⁵ Ebenso wie bei der *Roten Frauenfront* führte dieser Weg über die Erwerbstätigkeit, denn nur im „Produktionsprozess“ könne sich die weibliche Bevölkerung darüber klar werden, dass sie unterdrückt und einer Doppelrolle unterworfen sei.¹⁵⁶ Auch Solidarisierungsmöglichkeiten und die Stoßrichtung des Kampfes seien hier leichter zu erkennen.

Nach Ansicht der *SFOM* war die Erwerbstätigkeit der Frauen die „notwendige Voraussetzung für die gesellschaftliche Gleichstellung mit den Männern“: Von dieser Position aus könnten Frauen dann die Forderungen stellen, die ihnen in der Berufs- wie in der Familienwelt nutzen: Bessere Arbeitsbedingungen oder die „Vergesellschaftung der Kindererziehung“ – gemeint waren damit staatliche oder betriebliche Kindergärten und Ganztagschulen – waren oft benutzte Schlagworte.¹⁵⁷ Auch wenn die *SFOM* in der weiblichen Berufstätigkeit das größere Potenzial für die Emanzipation erblickte, ließ sie den sogenannten Reproduktionsbereich nie außen vor: Die Arbeit in der *Aktion 218* oder Debatten über die weibliche Sexualität¹⁵⁸ standen neben den Forderungen nach „Arbeitskampf“ oder dem Kampf „um Frieden, Gleichberechtigung und Sozialismus“¹⁵⁹.

Dabei war die *Sozialistische Frauenorganisation München* in der ersten Hälfte der 1970er Jahre stets bestrebt, „das ‚S‘ vor unserem Namen mit Inhalt zu

¹⁵³ Ebd.

¹⁵⁴ IfZ-Archiv, ED 899/2: Protokoll der SFOM vom 12. 4. 1974.

¹⁵⁵ IfZ-Archiv, ED 899/1: Thesenpapier zur Situation der Frau in Gesellschaft und Partnerschaft, o. D.

¹⁵⁶ IfZ-Archiv, ED 899/2: Papier „Fragen zur Berufstätigkeit der Frau“, o. D.

¹⁵⁷ Ebd.

¹⁵⁸ Z. B. IfZ-Archiv, ED 899/2: Papier „Thesen zur Sexualitätsdiskussion“ [April 1975].

¹⁵⁹ FrauenMediaTurm, FB.03.019: Flugblatt der SFOM „Münchener Frauen“ zum 8. 3. 1975.

füllen“.¹⁶⁰ So nahm die *SFOM* den „Tag der Arbeit“ und den „Internationalen Frauentag“ regelmäßig zum Anlass, um ihre Anliegen in die Öffentlichkeit zu tragen. Damit knüpfte die Gruppe auch an Traditionen an, die aus der Arbeiter- bzw. der sozialistischen Frauenbewegung nach 1900 stammten. Am 1. Mai nutzte die *SFOM* die Kundgebungen der Gewerkschaften, aber auch Veranstaltungen aus den Reihen der APO dazu, um auf „frauenspezifische Probleme“ wie die Leichtlohngruppen aufmerksam zu machen.¹⁶¹ Hier zeigt sich auch die Bündnisbereitschaft der *SFOM*, die zum Beispiel die Mitgliedschaft von Frauen in einer Gewerkschaft guthieß, sah sie darin doch eine Möglichkeit, eine „Kampffront für gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ aufzubauen.¹⁶² Den 8. März wiederum beging die *SFOM* als „Kampftag der Frauen in der ganzen Welt“ und förderte damit ebenfalls einen älteren sozialistisch geprägten Brauch, der in der Bundesrepublik kaum gepflegt wurde. Auf Flugblättern erinnerte die *SFOM* deshalb an einen Streik amerikanischer Textilarbeiterinnen im Jahr 1909, auf den das Datum angeblich zurückgeht, und an die deutsche Sozialistin und Frauenrechtlerin Clara Zetkin, die sich zur selben Zeit auf internationaler (Frauenbewegungs-)Bühne für einen politischen Feiertag der weiblichen Bevölkerung eingesetzt hatte.¹⁶³

Wichtig war der *SFOM* auch, sich mit Gleichgesinnten zu vernetzen. Sie nahm deshalb im Jahr 1973 an mehreren Konferenzen teil, auf denen sich sozialistisch und gewerkschaftlich orientierte Frauengruppen aus der gesamten Bundesrepublik trafen. Mit Vereinigungen wie dem *Arbeitskreis Emanzipation Bonn*, der *Politischen Fraueninitiative Heidelberg*, dem *Sozialistischen Frauenbund West-Berlin* oder der *Sozialistisch-feministischen Aktion (SOFA)* aus Köln verabschiedeten die Münchnerinnen ein Papier, das die Grundsätze ihrer Politik festhielt. Zentral waren dabei folgende Punkte: Die Frauengruppen verstanden sich als „linkspluralistisch“. Das Streben nach Gleichberechtigung wurde als notwendig, wenn auch nicht ausreichend betrachtet. Gleichwohl erleichtere es die Gleichberechtigung der weiblichen Bevölkerung immerhin, sowohl gegen den Kapitalismus als auch gegen traditionelle Rollenerwartungen in den Kampf zu ziehen. Weibliche Erwerbsarbeit erschien deshalb unabdingbar. Ein vereintes Vorgehen mit Männern konnten sich die Frauengruppen nicht vorstellen.¹⁶⁴

Auch wenn sich die Spuren über den Fortgang dieser Zusammenarbeit verlieren, finden sich hier Prinzipien, in denen sich viele frauenbewegte Vereinigungen der 1970er Jahre wiederfanden. Es war den am Grundsatzpapier beteiligten Gruppen ein großes Anliegen, diese Prinzipien zu verschriftlichen, um „grundsätzliche

¹⁶⁰ IfZ-Archiv, ED 899/1: Papier „Vorschläge zur Arbeitsgruppe [der SFOM] „Bürgerliche Frauenbewegung“ [November 1975].

¹⁶¹ IfZ-Archiv, ED 899/1: Einladung der SFOM zur Mitgliederversammlung am 8.5.1973.

¹⁶² IfZ-Archiv, ED 899/1: Protokoll der SFOM vom 20.3.1974.

¹⁶³ Demonstration am Marienplatz zum „Internationalen Frauentag“, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 6.3.1973; Demonstration für mehr Gleichberechtigung, in: *Die Abendzeitung* vom 9.3.1973; *FrauenMediaTurm*, FB.03.019: Flugblatt der SFOM „Münchner Frauen“ zum 8.3.1975. Zur Geschichte des Internationalen Frauentages z. B.: Kandel/Picq: *Le Mythe des origines à propos de la journée internationale des femmes*. In der deutschsprachigen Historiografie finden sich über den 8. März bislang nur kurze Abhandlungen, zuletzt: Notz: Clara Zetkin und die internationale sozialistische Frauenbewegung, S. 9–21.

¹⁶⁴ Grundsatzpapier der sozialistischen Frauengruppen, überliefert z. B. in: Archiv 451: *Frauenzeitung*. Frauen gemeinsam sind stark 2 (Januar 1974), S. 7.

Probleme und Standpunkte“ zu klären und der „Gesamtfrauenbewegung“ zur Diskussion zu stellen.¹⁶⁵ Dass die Frauen auf diese Grundsätze pochten, weist auf zweierlei hin: Zunächst darauf, dass die Aktivistinnen gewillt waren, die Bewegung als Ganzes voranzubringen. Zugleich ist das Papier aber auch ein Anzeichen dafür, dass frauenbewegtes Handeln bereits in der ersten Hälfte 1973 viele verschiedene Gesichter hatte, die bei weitem nicht immer unter einen Hut zu bringen waren.

Unabhängig von dieser Beobachtung, die für die Frauenbewegung Fluch und Segen in einem bedeutete, lässt sich für die SFOM festhalten, dass ihre Mitglieder ihr Engagement sowohl für ihre eigene Person als auch für die (weibliche) Allgemeinheit positiv bewerteten. Bereits in den 1970er Jahren verwiesen die Frauen darauf, dass die Arbeit in der Gruppe die Art der Gespräche über Probleme gewandelt habe: Die „scheinbar individuellen Probleme“ von Frauen würden „nicht mehr einzeln, sondern in größerem Rahmen gesehen“, lautete das Fazit.¹⁶⁶ Zudem sind viele der SFOM-Frauen, die bis heute zu Ehemaligen-Treffen zusammenkommen, der „Frauenfrage“ treu geblieben. Die Zugehörigkeit zu dieser Gruppe habe, da sind sich viele der damaligen Aktivistinnen einig, „eine lebenslange Leidenschaft oder besondere Aufmerksamkeit für Frauenthemen, die Frauen- und Geschlechterforschung oder ein politisches Engagement für weibliche Interessen bewirkt“.¹⁶⁷

d) *„Danke für die Blumen, Rechte wären uns lieber!“: Das Frauenforum München*

Das *Frauenforum München*¹⁶⁸, dem bereits in den ersten Ansätzen zur Historisierung des Feminismus der 1970er Jahre „eine gewisse Eigenständigkeit“¹⁶⁹ zugeschrieben wurde, unterschied sich von den bisher porträtierten Gruppen in mehrerlei Hinsicht. So spielte ein studentisches und protestbewegtes Milieu für die Initiierung des Zusammenschlusses eine bei weitem geringere Rolle, als dies bei den anderen Münchner Vereinigungen der Fall war. In einer Vereinsgeschichte aus den 1990er Jahren ist zu lesen, im November 1971 sei der Versuch gescheitert, Soziologie- und Psychologiestudentinnen, also „überwiegend theoretisch engagierte Frauen“, für „eine starke Organisation außerhalb der Universität“ zu gewinnen.¹⁷⁰ Am 14. Dezember schließlich hoben elf Frauen – unter ihnen „eine Soziologin, eine Rechtsstellenleiterin, eine Studienrätin, eine Sekretärin, zwei Studentinnen und vier Hausfrauen“ – das *Frauenforum* aus der Taufe.¹⁷¹ Dieser Kreis hatte sich ursprünglich als *FFF* – „*Frauen für Frauen*“ bezeichnen wollen,

¹⁶⁵ IfZ-Archiv, ED 899/7: Bericht der SFOM über eine Arbeitskonferenz aller sozialistisch und gewerkschaftlich orientierten Frauengruppen in Bonn am 30.6. und 1.7.1973, in: Info 1 der SSK-Frauen [1973].

¹⁶⁶ IfZ-Archiv, ED 899/1: Protokoll der SFOM über eine CR-Sitzung vom 2.3.1975.

¹⁶⁷ IfZ-Archiv, ED 899/4: Einladungsschreiben an die SFOM-Frauen zum Jahrestreffen vom 28.1.1997.

¹⁶⁸ Dazu auch: Zellmer: Danke.

¹⁶⁹ Schenk: Feministische Herausforderung, S. 86.

¹⁷⁰ Ein langer Blick zurück in Freude, Liebe, Wehmut und Zorn, in: Der Feminist. Beiträge zur Theorie und Praxis 14 (1991) 1, S.24.

¹⁷¹ Archiv 451, Loseblattsammlung; Hannelore Mabry: Das Frauenforum München [vor 1975].

war dann aber übereingekommen, es der damals angeblich größten „Emanzipationsgruppe“, dem *Frauenforum Köln*, gleichzutun. Obwohl die Münchnerinnen durch Satzung und Vereinsaufbau eigenständig auftraten, erklärten sie sich mit der Gruppe aus Köln solidarisch und wollten mit ihr zusammen langfristig eine „Großorganisation“ aufbauen.¹⁷²

Zu einer Zeit, als studentische „Weiberräte“ und die Selbstbeziehungsaktion „Ich habe abgetrieben“ in der Illustrierten *Stern* im Juni 1971 in der Bundesrepublik den Boden für einen feministischen Aufbruch bereitet hatten, ging es dem *Frauenforum* aus München darum, eine breite Lobby zu schaffen. Deshalb wollte es sich laut Satzung „auf überparteilicher und überkonfessioneller Ebene für die Verwirklichung der im Grundgesetz garantierten Gleichberechtigung von Mann und Frau [...] einsetzen“ und „die Interessen und Bedürfnisse der berufstätigen Frau, der Hausfrau und Mutter, der ledigen, verheirateten, geschiedenen und der verwitweten Frau ermitteln, artikulieren und vertreten“. Der Bezug auf Art. 3 GG und der Hinweis darauf, wie vielfältig die Lebenswege von Frauen sein konnten, führten dazu, dass das *Frauenforum* die weibliche Bevölkerung aller individuellen Unterschiede zum Trotz als soziale Gruppe wahrnahm, deren politische Ansprüche bewusst und geltend gemacht werden mussten. Um feministisches Denken und Handeln zu befördern, sah es seine Aufgabe darin, „die Eigeninitiative der Frau an[z]uregen und alle Bestrebungen [zu] unterstützen, die die materielle Gleichberechtigung und Emanzipation der Frau und Mutter zum Ziele haben“. Deshalb wollte der Verein Frauen helfen, „ohne Bevormundung durch männliche Ideologien, Dogmen, Institutionen und Organisationen ihre eigene Identität in freier demokratischer Selbstbestimmung zu finden“.¹⁷³

Das *Frauenforum München* zeichnete sich innerhalb der Frauenbewegung der 1970er Jahre durch zwei Besonderheiten aus: Zum einen teilte es die weit verbreitete Skepsis gegenüber einer fest gefügten Organisation nicht, zum zweiten setzte es auf die Zusammenarbeit der Geschlechter. Das *Frauenforum* gab sich die Struktur eines eingetragenen Vereins, der über einen (zumindest theoretisch) auf mehrere Jahre gewählten Vorstand verfügte und langfristig zu einer feministischen Gewerkschaft oder Partei ausgebaut werden sollte, um so die Arena etablierter Politik für die eigenen Anliegen zu nutzen. Diese Ideen wurden vor allem von einer Person geprägt, die die Gruppe trotz mehrerer interner Krisen bis 1975 nach außen repräsentierte: Hannelore Mabry. Wie viele andere Frauen, die sich in München seit Ende der 1960er Jahre in Frauengruppen engagierten, studierte Mabry Soziologie an der LMU. Allerdings unterschied sich Mabrys Lebenslauf von dem der Mehrzahl ihrer Kommilitoninnen, denn Mabry war rund 10 Jahre älter als ihre Mitstudentinnen und hatte bereits Beruf und Familie.

Hannelore Mabry war 1930 geboren worden und hatte in jungen Jahren eine Schauspielausbildung absolviert. Danach übernahm sie mehrere Bühnen- und Fernsehrollen und trat als Radio- und Synchronsprecherin auf. Nachdem zwei Ehen gescheitert waren, zog sie ihre Tochter allein groß und entschied sich 1968

¹⁷² Warum Bundestreffen der Frauenforen vom 15. bis 17. November 1974 in Bonn?, in: *Frauenforum. Stimme der Feministen* 3 (1974) 4, S. 9.

¹⁷³ IfZ-Archiv, ED 900/1: Satzung des Frauenforums [1971].

schließlich für ein Studium, auch in der Hoffnung auf ein sichereres Auskommen, als es die Schauspielerei ermöglichte. Ihr Interesse an der „Frauenfrage“ führte Mabry auf diesen Lebensweg zurück. Sie habe ihr Studium „erst mit 36 Jahren“ aufgenommen, stellte sie Anfang der 1970er Jahre fest, nachdem sie „die Diskriminierung der Frau in der Familie – im Berufsleben – im Steuer-, Arbeits-, und Familienrecht seit langem in der Praxis beobachtet und erlebt hatte“.¹⁷⁴

In ihrer 1971 verfassten Abschlussarbeit beschäftigte sich Hannelore Mabry mit der mangelhaften Repräsentation von Frauen in den Parlamenten. In ihren Schlussfolgerungen zeigten sich Mabrys feministische Grundüberzeugungen: Die Marginalisierung von Frauen und ihrer Anliegen in der Öffentlichkeit sei der geschlechtlichen Arbeitsteilung „Frau im Haus – Mann außer Haus“ geschuldet. Diesem Missstand müsse die weibliche Bevölkerung abhelfen. Der Ausweg lag Mabry zufolge in einer Partei der Frauen, in der diese ihre politischen Forderungen selbst formulierten.¹⁷⁵

Was sich nach liberaler und systemkonformer Verbandsarbeit anhört, zielte jedoch letztlich darauf ab, das Gemeinwesen nach neuen Grundsätzen zu gestalten. Ganz in radikalfeministischer Manier wollte Mabry zusammen mit Gleichgesinnten im *Frauenforum München* das „allgegenwärtige Patriarchat“ abschaffen, das sie als Herrschaftssystem definierte, in dem das Recht des Ausbeuters – des Stärkeren in körperlicher, intellektueller und ökonomischer Hinsicht – Gesetz sei. Diese Definition war ganz bewusst geschlechtsneutral gefasst. Feminismus war im *Frauenforum* Aufgabe beider Geschlechter, weshalb Frauen wie Männer Mitglied werden konnten. Das *Frauenforum* hielt die Partnerschaft hoch und wünschte eine „politische und auch geschlechtsbetonte“ Beziehung zwischen Männern und Frauen, in der Partei für den Schwächeren ergriffen wurde. Die Schwächeren erblickte das *Frauenforum* aber hauptsächlich in der weiblichen Bevölkerung, da sich diese infolge der biologischen Fähigkeit, Kinder zu gebären, und der ihr von der Gesellschaft zugewiesenen Alleinverantwortung für die unbezahlte Haus- und Erziehungsarbeit in der „größeren Abhängigkeit“ befinde.¹⁷⁶

Das *Frauenforum München* trat bis 1975 durch Aktionen und Netzwerkarbeit hervor. In unzähligen Vorträgen und Podiumsdiskussionen zur Stellung der Frauen in der Gesellschaft, in Schulungsabenden zu feministischer Literatur, durch Informationsstände in der Münchner Fußgängerzone und auf Demonstrationen versuchte der Verein, über die Benachteiligung der Frauen und ihre Überwindung aufzuklären. Kurz vor der Kommunalwahl im Juni 1972 lud der Verein zum Beispiel Politikerinnen, die für den Münchner Stadtrat kandidierten, in den Schwabinger Bräu ein, einem bekannten Versammlungslokal an der Münchner Freiheit. Dort mussten die Vertreterinnen von CSU, SPD, FDP, Münchner Block, GDP, Bayernpartei, DKP und NPD vor 500 Gästen – dem Bericht des *Frauenforums* zufolge „darunter etwa ein Drittel Männer“ – Rede und Antwort

¹⁷⁴ Bericht über die erste Großveranstaltung des Frauenforums München am 7. Juni 1972 im Schwabingerbräu, in: *Information des Frauenforum München* 1 (1972) 1, S. 4.

¹⁷⁵ Vgl. Mabry: *Unkraut ins Parlament*, München 1971; in der 2. Auflage: Gießen 1974.

¹⁷⁶ Hannelore Mabry, *Partnerschaft zwischen Mann und Frau – ein weißer Elefant*, in: *Frauenforum. Stimme der Feministen* 4 (1975) 1, S. 2ff.

stehen.¹⁷⁷ Begleitet waren diese und spätere Wahlen von Flugblättern und Aktionen, mit denen die Gruppe die weibliche Bevölkerung aufrief, das Wahlrecht für Frauen und frauenspezifische Anliegen zu nutzen und sich nicht als „Stimmvieh“ für andere Zwecke missbrauchen zu lassen.¹⁷⁸

In der Nachlese der Münchner Stadtratswahl 1972 stellte das *Frauenforum* fest, dass der Anteil der Stadträtinnen gestiegen war: Statt 16,6 lag er nun bei 20 Prozent. Diese Zahl wurde vor allem dadurch erreicht, dass drei Sozialdemokratinnen von hinteren Listenplätzen nach vorne gewählt worden waren. Das *Frauenforum* schrieb sich dies als eigenen Erfolg auf die Fahnen, hatte es doch den Wählerinnen geraten, eine Besonderheit des bayerischen Kommunalwahlrechts zu nutzen, die es ermöglicht, durch Kumulieren der Stimmen die Reihenfolge der Kandidatenlisten zu beeinflussen.¹⁷⁹

Das *Frauenforum* erinnerte aber auch zwischen den Wahlen an politische Anliegen der weiblichen Bevölkerung. Und es war damit nicht allein. „Danke für die Blumen, Rechte wären uns lieber“, hieß es in einem Flugblatt¹⁸⁰, das im Frühjahr 1973 zu Zehntausenden in bundesdeutschen Städten verteilt wurde. Das *Frauenforum München* demonstrierte damit zusammen mit Gruppen wie der *Fraueninitiative Berlin*, dem *Frauenforum Köln* oder dem *Aktionskreis Frau* aus Nürnberg gegen den Muttertag, um ihn als zweifelhafte Ehre zu entlarven: Der Blumenstrauß zum Muttertag mochte schmeicheln, doch für die Frauengruppen war er ein Symbol für das ungleiche Geschlechterverhältnis, das den Frauen nur wenige Entfaltungsmöglichkeiten bot – eine gut gemeinte Geste also, die für viele Pflichten und Belastungen, aber nur für wenige Rechte stand. Es galt, diese verborgenen Machtbeziehungen im Verhältnis der Geschlechter aufzudecken und Themen wie Sexualität, geschlechtsspezifische Arbeitsteilung oder Gewalt gegen Frauen auf die politische Agenda zu setzen. Deshalb verlangte das Muttertagsflugblatt kostenlose Verhütungsmittel, straffreien Schwangerschaftsabbruch, die gleiche Verantwortung beider Elternteile für Erziehung und Hausarbeit und die Elternzeit – damals als „bezahltes Babyjahr“ bezeichnet. Vermeintlich private Angelegenheiten wurden so zum Politikum gemacht, und von hier aus geriet auch die Diskriminierung von Frauen in der Öffentlichkeit in die Kritik, weshalb das Flugblatt ungerechte Entlohnung oder ungleiche Berufs- und Bildungschancen beanstandete.

Die städteübergreifende Zusammenarbeit ist ein Beispiel dafür, dass das Münchner *Frauenforum* die Kontakte zwischen Frauengruppen fördern und zu ihrer Verständigung beitragen wollte. Diese Netzwerkarbeit wurde insbesondere durch die Zeitschrift des Vereins geleistet, die unter dem Titel *Information des Frauenforum München* bzw. *Frauenforum – Stimme der Feministen* Auskunft gab über Ansprechpartnerinnen und Aktivitäten der Bewegung sowie über feministische

¹⁷⁷ Bericht über die erste Großveranstaltung des Frauenforums München am 7. Juni 1972 im Schwabingerbräu, in: *Information des Frauenforum München* 1 (1972) 1, S. 2ff.

¹⁷⁸ Hannelore Mabry: Die Frauen – nach wie vor nur Stimmvieh in Bayern, in: *Information des Frauenforum München* 1 (1972) 2, S. 19.

¹⁷⁹ Lisel Michel: Bericht über die Kommunalwahlen in Bayern, in: *Information des Frauenforum München* 1 (1972) 2, S. 12–17.

¹⁸⁰ Das Flugblatt ist abgedruckt in: *Information des Frauenforum München* 2 (1973) 3, S. 9f.; Gaby Bacher: Die Mütter pfeifen auf den Muttertag. „Frauenforum“ will informieren, in: *Abendzeitung* vom 9. 5. 1975.

Anliegen und Debatten. Dieser Austausch war für eine Bewegung, die sich an alle Frauen richtete und sich damit als global verstand, in der Praxis aber häufig in kleinen Gruppen und lokal agierte, ungemein wichtig.

Denn der Austausch stellte auch die Attraktivität und die Impulse der Bewegung zur Schau, die viele Frauen als sehr bereichernd empfanden. Freilich ist dies nur die eine Seite der Medaille, denn die Frauenbewegung hatte auch Schwierigkeiten, wenn es galt, große Netzwerke auf die Beine zu stellen. Illustriert werden kann dies an einem Bericht, den das *Frauenforum München* verfasste, nachdem sieben seiner Mitglieder im November 1972 an einem internationalen Treffen der Frauenbewegung, der „Frauenmanifestation“ in Brüssel, teilgenommen hatten. Die Münchnerinnen waren begeistert: „Man hatte mit etwa 2000 Frauen gerechnet, es kamen über 7000. Für Internationalität sorgten Gruppen aus Frankreich, Großbritannien, Holland und außer uns Frauen vom Frauenforum Köln, Hamburg, Reutlingen.“ Neben dem Massenandrang beeindruckte aber vor allem der Veränderungswille und der Erfahrungsaustausch unter den Teilnehmerinnen: „Beifall und Stimmung steigerten sich zum Orkan, als Germaine Greer und Simone de Beauvoir ihre militanten Thesen den Frauen zuriefen. Befreit von allen Zwängen sprachen die Frauen spontan über ihre Probleme. Das Mikrofon wurde weit in den Saal hineingereicht, der schier aus allen Nähten platzte.“¹⁸¹

Ob dieses „überwältigenden Eindrucks“ regten einige Frauengruppen, darunter auch das *Frauenforum München*, ein europäisches Komitee zur Koordinierung nationaler feministischer Aktionen und eine europaweite Frauen-Demonstration an. Diese großen Pläne wurden aber nie umgesetzt, denn schon im Kleinen war keine Einigung zu erreichen. Auch das belegte ein Bericht des *Frauenforums* minutiös: Auf einem Vorbereitungstreffen in München gerieten die Teilnehmerinnen über Motti und Forderungen einer solchen Demonstration in Streit. Große Verärgerung hatte ausgerechnet die Diskussion über den Slogan „Abschaffung des §218“ ausgelöst, auf den einige Frauen als ein Kernthema der Bewegung keinesfalls verzichten wollten, den gemäßigtere Frauen in dieser Radikalität aber nicht vertreten mochten. Das *Frauenforum München*, das die Koordination der europaweiten Frauendemonstration für die Bundesrepublik übernehmen wollte, zog sich daraufhin enttäuscht zurück. Es hoffte darauf, dass – so seine Kritik – „unsolidarische Verhaltensweisen einzelner Frauengruppen und persönliche Diffamierungen sowie die bis heute auch noch theoretisch nicht abgeklärte Priorität von Klassenfrage und Frauenfrage“ in einem „kollektiven Lernprozess“ zurechtgerückt und die Demonstration „im kommenden Jahr“ stattfinden würde.¹⁸²

Dennoch suchte das Münchner *Frauenforum* immer wieder die Öffentlichkeit und verschaffte sich Gehör, um den Bedürfnissen von Frauen in Gesellschaft und Politik einen angemessenen Platz zu sichern. Das *Frauenforum*, das seinen Sitz in

¹⁸¹ Hier und im folgenden: Ninon Coneric/Hannelore Mabry/Melitta Marschall: Frauenmanifestation am 11. November 1972 in Brüssel, in: Information des Frauenforum München 2 (1972) 1, S. 11 f.

¹⁸² Warum gibt es dieses Jahr keine große Muttertagsdemonstration in Europa?, in: Information des Frauenforum München 2 (1972) 2, S. 3–8, die Zitate S. 7. Wie bereits geschildert, ist dies aber nur im kleineren Rahmen unter Beteiligung einer Handvoll Frauengruppen in der Bundesrepublik geschehen.

München hatte, aber auch über Untergruppen bzw. „Kontaktfrauen“ in anderen Städten wie Berlin, Freiburg, Göttingen, Hamburg, Kleve, Lörrach und Tübingen verfügte¹⁸³, konnte bis Mitte der 1970er Jahre viele Mitglieder und Sympathisanten gewinnen, vor allem Frauen, aber auch einige Männer. Die Zahl der Sympathisanten reichte von einer Handvoll Besucherinnen und Besuchern der Diskussionsabende¹⁸⁴ bis hin zu etwa 5000 Demonstrantinnen und Demonstranten am „Frauenkampftag“¹⁸⁵, den der Verein zusammen mit anderen Frauengruppen anlässlich des zu erwartenden restriktiven Urteils des Bundesverfassungsgerichts über die Reform des Paragraphen 218 StGB am 25. Februar 1975 in München veranstaltete. Dass feministische Theorie und Praxis auf Interesse stießen, zeigte auch die Zeitschrift des Vereins. Die Auflage der *Information des Frauenforum München*, die seit 1974 den Namen *Frauenforum – Stimme der Feministen* trug, stieg bis 1975 auf 7000. In dem Blatt präsentierte sich der Verein Anfang 1975 mit 268 Mitgliedern stolz als „die größte Emanzipationsgruppe der BRD“¹⁸⁶ – eine Angabe, die freilich schwer nachzuprüfen ist, da die Frauenbewegung aufgrund ihrer informellen und autonomen Struktur nicht über verlässliche Statistiken verfügte.

Das *Frauenforum* gab auch Aufschluss über die Sozialstruktur seiner Mitglieder und legte damit offen, dass es eine generations- und schichtübergreifende Organisation war. In der Gruppe fanden sich Menschen zwischen 18 und 80 Jahren zusammen, Berufstätige ebenso wie Hausfrauen und Studentinnen. Dass Feminismus keineswegs nur junge, gebildete Frauen und damit Vertreterinnen einer neuen Mittelschicht ansprach, wie dies in der Forschung häufig angenommen wird¹⁸⁷, machen auch Hinweise zur Schullaufbahn der Forumsmitglieder deutlich: Drei Viertel verfügten über einen Volks- oder Realschulabschluss, nur ein Zehntel konnte einen Hochschulabschluss vorweisen.¹⁸⁸

Der Anteil der Männer im *Frauenforum* lag übrigens zwischen fünf und zehn Prozent. Obwohl das *Frauenforum* in Selbstdarstellungen oder Veranstaltungsprotokollen die Zahl der teilnehmenden Männer gerne erwähnte, blieben diese als Personen im Hintergrund. Das *Forum* machte nämlich seinen Einsatz für die Frauen sehr stark: Es gehe, so hieß es in einem Strukturentwurf, um eine „Organisation von Frauen für Frauen“, die eine „weibliche Gegenmacht gegen die totalitäre und monopolistische Gewalt der Männerorganisationen“ darstellen sollte. Männer konnten ihren Beitrag leisten, indem sie Mitglied wurden, aber nur wenn sie „durch feministisches Verhalten und Taten“ bewiesen, dass sie die eigene Klasse – die der „Patriarchen“ – verlassen hatten und sich mit Frauen solidarisch

¹⁸³ Warum Bundestreffen der Frauenforen vom 15. bis 17. November 1974 in Bonn?, in: *Frauenforum. Stimme der Feministen* 3 (1974) 4, S. 12f.

¹⁸⁴ Das *Frauenforum* führte bei verschiedenen Veranstaltungen genauestens Protokoll und verzeichnete dabei zwischen zehn und 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Dabei waren neben Vereinsmitgliedern oft auch Gäste anwesend. Vgl. v. a. ED 900/2–4.

¹⁸⁵ Der Bericht des Frauenforums spricht von 6000 bis 7000 Menschen: Das Urteil von Karlsruhe, in: *Frauenforum. Stimme der Feministen* 4 (1975) 2, S. 4. Der Polizeibericht spricht von etwa 4000, eine Bildbeschreibung eines Polizeifotos von 4000 bis 5000 Anwesenden: Staatsarchiv München, Pol. Dir. 16246.

¹⁸⁶ Ein Wort in eigener Sache, in: *Frauenforum. Stimme der Feministen* 1 (1975) 1, S. 1.

¹⁸⁷ Vgl. Roth/Rucht: Veralltäglichsung des Protests, S. 16.

¹⁸⁸ Zur Statistik des Frauenforums München vgl.: Ein Wort in eigener Sache, in: *Frauenforum. Stimme der Feministen* 4 (1975) 1, S. 1.

verhielten. Hierfür wurden, quasi als Aufnahmevoraussetzungen, auch Beispiele genannt: „mehrjähriger Haushalts- und Kinderdienst“, „keine sexistischen Attitüden“.¹⁸⁹

In der Überlieferung des *Frauenforums* sind die Vereinsangehörigen im Einzelnen und unabhängig davon, ob sie nun männlich oder weiblich waren, kaum greifbar. In der Vereinszeitung reflektierte nur ein einziges Mal ein Mann darüber, warum er „als Mann Feminist“ geworden sei. Ulrich Finkenmeyer stellte dabei auf seine Erfahrungen mit dem „Patriarchat“ ab, dem er – als 1945 Geborener – durch eine ärmliche Kindheit, einen strengen Vater, den Wehrdienst und die Ausbildung zum Metall-Facharbeiter ausgesetzt gewesen sei. Erst das Studium der Soziologie und Philosophie, das er in den 1970er Jahren aufnahm, habe ihm den Blick für den Zustand der Gesellschaft geschärft und ihn erkennen lassen, dass „unsere‘ Neger in der Regel weiß und Frauen sind“. In seinem Engagement in einer feministischen Gruppe sah Finkenmeyer wiederum eine Möglichkeit, diesen von Männern begangenen „Fehler“ wiedergutzumachen und „Frauen und Kindern den Beweis der Änderung unseres Verhaltens zu liefern“. Der Autor ließ dabei keinen Zweifel daran, dass er unter Männern eine große Ausnahme darstellte. Sein Einsatz brächte, so hielt er fest, „viel Ärger, Unverständnis und meist abfälliges Mitleid seitens seiner Geschlechtsgenossen“ mit sich.¹⁹⁰

Im Hinblick auf die Frauen zeigt die soziale Zusammensetzung des *Frauenforums* jedoch, dass das sprichwörtliche Lieschen Müller in der Frauenbewegung der frühen 1970er Jahre eine Plattform für politisches Handeln gefunden hatte. Die Statistik des *Frauenforums* hatte bis Ende 1975 eine stark steigende Tendenz und verzeichnete nach eigenen Angaben schließlich knapp 400 Mitglieder.¹⁹¹ Der Aktionismus und die Ideen des Vereins fanden also Anklang, auch wenn die Aktivistinnen beispielsweise beim Verteilen des Muttertagsflugblatts durchaus feststellen mussten, dass manche Passanten und Passantinnen „solches Theater“ für unangebracht hielten.¹⁹² Was Frauen zu feministischem Engagement bewog, erläuterte Hannelore Mabry, die Gründerin und Vorsitzende des *Frauenforums*, in einer Rede 1972 folgendermaßen: „1. Die Probleme und die besonderen Belastungen der berufstätigen Mutter in dieser Gesellschaft – mit denen ich selbst seit 18 Jahren konfrontiert bin. 2. Die wissenschaftliche Analyse der Situation und Rolle der Frau in unserer Gesellschaft – ganz speziell die Rolle der Frau in der Politik.“¹⁹³

Mabrys frauenpolitische Betätigung basierte auf zwei Motiven: Neben ihrer Arbeit als Soziologin waren dies die negativen Erfahrungen, die sie damit gemacht hatte, die traditionelle Frauenrolle mit anderen Erfordernissen in Einklang zu

¹⁸⁹ IfZ-Archiv, ED 899/9: Papier „Die feministische Forendemokratie. Organisationsmodell für eine Frauen-Massenorganisation, zusammengestellt vom Komitee der Feministinnen im Exil. Basel – London – Paris – New York im Januar 1975, verteilt durch das Frauenforum“.

¹⁹⁰ Ulrich Finkenmeyer: Als Mann Feminist ... Reflexionen eines 32jährigen Mannes, in: *Der Feminist. Beiträge zur Theorie und Praxis* 2 (1977) 2, S. 17–20, die Zitate S. 20.

¹⁹¹ Vgl. Hannelore Mabry: Theorie und Praxis des Frauenforum, in: *Frauenforum. Stimme der Feministen* 4 (1975) 3, S. 18–23, hier S. 20.

¹⁹² Danke für die Blumen – Rechte wären uns lieber!, in: *Information des Frauenforum München* 2 (1973) 3, S. 8–11, hier S. 11.

¹⁹³ Bericht über die erste Großveranstaltung des Frauenforums München am 7. Juni 1972 im Schwabingerbräu, in: *Information des Frauenforum München* 1 (1972) 1, S. 4.

bringen. Hier kam die eigene Betroffenheit ins Spiel, die zum politischen Aktivismus führte und alles in allem ein Beweggrund war, den Mabry mit vielen Unterstützerinnen und Unterstützern (nicht nur) des *Frauenforums* teilte: der Mutter, die alleinerziehend und ohne Unterhalt ihr Leben nur schwer bestreiten konnte, dem Lehrer, der gegen einen Unterricht rebellierte, der allein die Mädchen auf Kindererziehung und Hauswirtschaft vorbereitete, oder der Krankenschwester, die sich über den Abtreibungsparagrafen erboste, der die Frauen in die Hände von Kurpfuschern treibe.¹⁹⁴ Schwierige Lebenssituationen und konkrete Diskriminierungserfahrungen führten zu gesellschaftskritischen Einstellungen. Zustände, die zunehmend als anachronistisch und menschenunwürdig empfunden wurden, machten Frauen ungeduldig und riefen sie zum Handeln auf.

Der Traum von der feministischen Bewusstseinsbildung und einer „Frauen-großorganisation“ stieß jedoch an Grenzen. Es zeigte sich, dass feministisches Engagement trotz Themenvielfalt und relativ offener Strukturen mit Schwierigkeiten verbunden war. Arbeitsüberlastung, Geldmangel, hohe Fluktuation und unterschiedliche Erwartungen der Mitglieder an frauenbewegtes Arbeiten stellten den Zusammenhalt im Verein immer wieder auf harte Proben. Zwar hatte sich die Mitgliederversammlung noch im ersten Jahr des Bestehens per Abstimmung auf das in der Frauenbewegung typische „Solidaritäts- und Arbeits-Du“¹⁹⁵ geeinigt, doch dokumentierten die Veranstaltungs-Protokolle immer wieder Konflikte. Im Laufe des Jahres 1975 kam es zu einem Streit. Stein des Anstoßes war der Führungsstil der Vorsitzenden, den viele Mitglieder als dominant und dirigistisch empfanden.

Hannelore Mabry, die die ursprünglich angestrebte akademische Laufbahn nicht einschlug und sich stattdessen ganz und gar dem Feminismus verschrieb, verlangte von ihren Mitstreiterinnen ein Maß an Einsatz, das viele nicht zu leisten vermochten.¹⁹⁶ Auch nach außen wirkte Mabry trotz ihres Anspruchs, die Frauenbewegung zu einen, häufig wenig integrierend, wenn sie die Strategie des *Frauenforums* absolut setzte und andere Gruppen als fehlgeleitet, ineffektiv oder gar unpolitisch brandmarkte. Bereits auf dem Münchner Frauenkongress vom Februar 1973 begegneten ihr die anderen Gruppen deshalb mit größtem Misstrauen. Argwohn erregte bei dem sich meist als „linksalternativ“ und „autonom“ verstehenden Publikum, dass Mabry öffentlich bekundete, mit allen Frauen „von links nach rechts“ und auch mit Männern zu kooperieren. In den Augen der Beobachterinnen trat sie dabei mit „hoher Aggressivität“ auf. Das *Frauenforum* sei, stellte der Kongressbericht deshalb fest, völlig von der Vorsitzenden beherrscht, die die Vereinsmitglieder mit „autoritärem Verhalten, Zurückhaltung und Verdrehung von Informationen“ überrollen würde.¹⁹⁷

¹⁹⁴ Leserbriefe, in: Information des Frauenforum München 1 (1972) 2 und 2 (1973) 1, S. 23 und S. 20, sowie Frauenforum. Stimme der Feministen 4 (1975) 2, S. 36f.

¹⁹⁵ IfZ-Archiv, ED 900/3: Protokoll des Frauenforums zu einer Plenar-Versammlung vom 12. 9. 1972.

¹⁹⁶ Derartige Vorwürfe gegen Hannelore Mabry begleiteten den Verein im Grunde seit seiner Gründung. Eine Zusammenfassung der Einzelheiten findet sich in: IfZ-Archiv, ED 900/13: Wortprotokoll der außerordentlichen Mitgliederversammlung des Frauenforum München e. V. am 18. 10. 1975.

¹⁹⁷ IfZ-Archiv, ED 914/41: „Bericht über München“ anlässlich eines überregionalen Frauentreffens im Februar 1973.

Auch Vereinigungen aus anderen Städten, die sich ursprünglich für den Aufbau einer bundesweiten Organisation in Form eines „Frauenforums“ interessiert hatten, zogen sich alsbald von Hannelore Mabry zurück. Nachdem sich die Gruppen im November 1974 getroffen hatten, schien eine Zusammenarbeit nicht mehr möglich: Mabry diskutierte nicht demokratisch, hieß es in einem Bericht von Bonner Frauen, und verlange, dass die einzelnen Gruppen in das Münchner *Forum* eintreten, dessen Satzung mit der „streng hierarchischen Gliederung“ übernehmen und auch die Mitgliedsbeiträge nach München abführen.¹⁹⁸ Hannelore Mabry wiederum hatte erwartet, dass die Gruppen ihre Linie einschlagen würden, hatte sie doch, wie sie in einem bitteren Artikel über das Forumstreffen schrieb, die Initiative ergriffen. Dabei musste der geplante Zusammenschluss ihrer Ansicht nach groß und politisch schlagkräftig sein und sich durch ideologische Übereinstimmung und strukturelle Gleichheit auszeichnen, um die „wirklich große, massive Gefahr“ des Patriarchats bekämpfen zu können.¹⁹⁹

Da diese Grundsätze so wenig zu dem fluiden und vielschichtigen Phänomen Feminismus der 1970er Jahren passten, und Hannelore Mabry im Allgemeinen sehr streitlustig zu Werke ging, wurde die Münchnerin innerhalb der Frauenbewegung zwar zu einer berühmten, aber zugleich zu einer berüchtigten Stimme. Der Streit im *Frauenforum* konnte nicht mehr bereinigt werden. Er endete mit dem Austritt vieler Mitglieder, der Abwahl der Vorsitzenden und Prozessen über die Rechtmäßigkeit dieses Vorgangs und das Vermögen des Vereins.²⁰⁰ Diese Vorgänge waren ein gefundenes Fressen für die Presse. Sogar die Hamburger Wochenzeitung *Die Zeit* berichtete über den Ort, „wo Schwestern aufeinander schlugen“.²⁰¹ Mit der bundesweiten öffentlichen Aufmerksamkeit war es nach 1975 aber vorbei; das *Frauenforum* und Hannelore Mabry gingen getrennte Wege.

Das *Frauenforum München* führte danach eine basisdemokratische „feministische“ Organisation ein: Um die Strukturen, die eine „bürgerliche Vereinsatzung“ vorschrieb, zu umgehen, setzte man auf einen rotierenden Vorstand und mehrere kleine Arbeitskreise, die sich in öffentlichen „Aktiventreffen“ koordinieren sollten.²⁰² Hannelore Mabry gründete einen neuen Verein, den *Förderkreis zum Aufbau der Feministischen Partei (FFP)*, und führte die ehemalige Vereinszeitschrift unter dem neuen Titel *Der Feminist. Beiträge zu Theorie und Praxis* weiter. Obwohl sich beide Gruppen weiterhin für die Themen „Lohn für Hausarbeit“ und den Aufbau einer Frauenpartei²⁰³ einsetzten, machten sie sich nicht mehr gemeinsam für diese Anliegen stark.

*

¹⁹⁸ FrauenMediaTurm, Z-118: Bericht von der Bonner Arbeitstagung zur bundesweiten Organisation der Frauenforen vom 15.–17.11.1974, in: Fraueninfo [des Frauenforums Bonn] Nr. 1 vom Dezember 1974.

¹⁹⁹ Das Bundestreffen der Frauenforen und was daraus zu lernen ist!, in: Frauenforum. Stimme der Feministen 4 (1975) 1, S. 26ff.

²⁰⁰ Vgl. Vereinsprotokolle, Korrespondenz, Prozessakten, Zeitungsberichte in: IfZ-Archiv, ED 900/13–18.

²⁰¹ Wo Schwestern aufeinander schlagen, in: *Die Zeit* vom 14. 11. 1975.

²⁰² In eigener Sache, in: Frauenforum. Stimme der Feministen 5 (1976) 1, S. 1.

²⁰³ Vgl. dazu Kap. IV.2 und IV.3.

An den vier Gruppenporträts aus der frühen Münchner Frauenbewegung lässt sich nachweisen, dass sich in den ausgehenden 1960er und beginnenden 1970er Jahren immer mehr Frauen zusammenfanden, um die Lage der weiblichen Bevölkerung einer grundsätzlichen Kritik zu unterziehen und daraus einen spezifisch weiblichen Protest zu formulieren. Es waren meist jüngere Frauen, die sich für ein Studium oder einen Beruf entschlossen hatten und sich im Umfeld der „68er“-Revolte aufhielten. Zu diesem Schluss kommt auch Kristina Schulz, die den aktiven Kern der Frauen im Kampf gegen Paragraph 218 StGB wie folgt umreißt: Meist nach 1940 geboren habe es sich zuvorderst um angehende und ausgebildete Akademikerinnen bzw. um Frauen, die im Pflege- und Sozialbereich arbeiteten, gehandelt, die sich in einem großstädtischen und studentischen Milieu bewegt hätten sowie überwiegend unverheiratet und kinderlos gewesen seien.²⁰⁴ Allerdings zeigte sich bereits in der Frühphase der Frauenbewegung, dass diese Charakteristika der Anhängerschaft keineswegs zwingend waren, sondern einzelne Gruppen sehr wohl in der Lage waren, Frauen über Grenzen, die das Alter, der berufliche oder familiäre Status und die parteipolitische Einstellung auferlegen mochten, hinweg zu mobilisieren.

Wenn es um die Anfänge der Frauenbewegung geht, spielte „1968“ nicht selten eine anstoßende und anregende Rolle, obgleich nicht gänzlich von der Hand zu weisen ist, dass sich Frauen von der Revolte und ihren Ausläufern auch abgrenzten, weil sie sie als „männlich“ und „autoritär“ wahrnahmen. Neben dem gemeinhin linken Selbstverständnis fällt bei der Formierung der Bewegung aber auch der gesamtgesellschaftliche Wandel ins Gewicht, dessen Ambivalenz vor den Protagonistinnen der Bewegung keineswegs Halt machte, allerdings nicht nur im negativen Sinne. Es waren gerade die Profiteurinnen der (Aus-)Bildungsexpansion, die ihre eigene Situation und die ihrer Geschlechtsgenossinnen auf den Prüfstand stellten. Sie wurden dabei auf ganz unterschiedlichen Feldern tätig, zum einen ermuntert von einer von linksintellektuellem und aktionistischem Interesse geleiteten Herrschaftskritik. Zum zweiten wirkte aber unter den Frauen auch die Vorstellung, zumindest potenziell davon betroffen zu sein, dass sie als Angehörige des weiblichen Geschlechts benachteiligt seien bzw. benachteiligt sein würden. Motivation und soziale Zusammensetzung der Frauenbewegung sind im Anschluss an Habermas tatsächlich als „bürgerlich-sozialistisch“ zu bezeichnen.

Darüber hinaus gaben sich die frühen Feministinnen kämpferisch und versprachen Befreiung und Emanzipation, wobei die Erklärungen dafür, warum Frauen benachteiligt wurden, aber auch die Ansatzpunkte, wie dieser Benachteiligung ein Ende bereitet werden konnte, sehr weit gestreut waren. Feminismus war deshalb ein Wort, das erst entdeckt und mit Inhalt gefüllt werden musste. Schließlich entwickelte es sich aufgrund der ganz unterschiedlichen Antworten, die die Protagonistinnen gefunden hatten, zu einem umstrittenen Begriff.²⁰⁵ So gab es in den frühen 1970er Jahren keine einheitliche Haltung zu der Frage, ob nun der Kapitalismus oder das Patriarchat den Frauen schlimmer zusetzte, oder ob der Weg der Befreiung von der Erwerbs- zur Reproduktionsarbeit führte oder umgekehrt.

²⁰⁴ Schulz: Langer Atem, S. 28–32.

²⁰⁵ So auch das Urteil bei: Ergas: Feminismus der siebziger Jahre, S. 564.

Einigkeit bestand in der treffend als „fluid“ bezeichneten Frauenbewegung der frühen 1970er Jahre²⁰⁶, dass das weibliche Geschlecht in seiner Gesamtheit unterdrückt und in dem Unterfangen, dem ein Ende zu bereiten, weitgehend auf sich allein gestellt sei.

Diese Beobachtung führt zu den Ressourcen, die der Frauenbewegung Dynamik verliehen. Im Kontext des gesellschaftlichen Wandels und der politischen Unruhe am Ende der 1960er Jahre erhielt diese den Antrieb weitgehend aus sich selbst. Eine Bewegung, die sich der Emanzipation verschrieb und sich von den „herrschenden Verhältnissen“ lossagen wollte, bekam wenig Unterstützung, obgleich die Frauenbewegung seit ihren Anfängen in der Bundesrepublik (und der westlichen Welt) in einem Umfeld agierte, das dieses Ansinnen zumindest zuließ. Ihre Kraft bezog die Bewegung zunächst aus dem festen Glauben an die Gemeinsamkeit aller Frauen, gerade deshalb, weil das Bild der Unterdrückung über alle zeitlichen und nationalen Grenzen hinweg gültig erschien und dringend der Veränderung bedurfte. Dabei diente die Gleichzeitigkeit, die die Bewegung in vielen Ländern aufwies, und das Neue, das mit dem Gedankengut und dem Aktionismus verbunden war, als Inspiration und Rechtfertigung zugleich. Die von der Frauenbewegung selbst immer wieder unterstrichenen Merkmale des globalen und des anscheinend noch nie da gewesenen Protests zeugen aber auch davon, dass es in den 1960er und 1970er Jahren nicht unbedingt selbstverständlich war, dass Frauen für die eigenen Anliegen eintraten und die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern zum Skandal erhoben. Dies weist auch auf Brüche hin, die zwischen „alter“ und „neuer“ Frauenbewegung bestanden.²⁰⁷

Insgesamt gelang es der Frauenbewegung aber bereits Anfang der 1970er Jahre, die weibliche Bevölkerung in ihren Lebensumständen und ihren Eigenschaften zu etwas Besonderem zu erklären. „Frauen gemeinsam sind stark“, skandierte die Bewegung deshalb oft. Das hier geschilderte Innenleben und das Auftreten einzelner Gruppen nach außen sind aber auch ein Beispiel dafür, dass die Frauenbewegung ihren kraftvollen Slogan nicht immer in die Tat umsetzen konnte. Es ist allerdings weniger einzelnen Akteurinnen anzulasten, dass sich die Frauenbewegung spätestens ab Mitte der 1970er Jahre immer stärker differenzierte und Konflikte dabei nicht ausblieben. Feministische Interessenpolitik im Verbund mit Männern, wie sie etwa das *Frauenforum München* forderte, war nur eine von vielen Strömungen der Bewegung, die sich mehr durch Vielstimmigkeit als durch Einstimmigkeit auszeichnete.

Die Heterogenität von Akteurinnen und Aktionsfeldern verlieh dem gemeinsamen Ziel der „Frauenbefreiung“ ganz unterschiedliche Züge: Feministischer Sozialismus, hierarchie- und männerfreie Autonomie und schließlich auch Selbsterfahrung, Selbsthilfe, Frauenliebe oder Frauenprojekte standen hier dicht nebeneinander. Der Weg zur Frauenbefreiung war umstritten. Dies sei, so die Historikerin Gisela Bock, „angesichts der unterschiedlichen und oft kontrastierenden Prioritäten einer Bewegung“ kein Wunder, die „mit dem Anspruch auftrat, für alle

²⁰⁶ Schulz: Langer Atem, S. 23.

²⁰⁷ Vgl. dazu Kap. V.1.

Frauen zu sprechen“, zugleich aber „auf Individualisierung, Subjektwerdung, Subjektivität und Raum zur Selbstentfaltung insistierte“.²⁰⁸

2. Kampagnen und Strategien

a) „*Ob Kinder oder keine, entscheiden wir alleine!*“: Die Aktion 218 in München

Der Anspruch der Frauenbewegung, für die gesamte weibliche Bevölkerung einzutreten, wurde vor allem an ihrem Engagement für die eigenständige Entscheidung von Frauen über Schwangerschaft und Abtreibung deutlich. Dieses Anliegen war in der Bundesrepublik in der ersten Hälfte der 1970er Jahre höchst umstritten.²⁰⁹ Selbst die sozial-liberale Koalition richtete ihre Reformbestrebungen nur langsam darauf aus, das in den Paragrafen 218 bis 220 StGB angelegte Verbot der Abtreibung zu lockern.

Die wissenschaftlichen Urteile über die Rolle, die die Frauenbewegung in diesem gemeinhin als Liberalisierung bezeichneten Prozess²¹⁰ spielte, könnten dabei kaum unterschiedlicher ausfallen. Zwar besteht weitgehend Konsens darüber, dass sich die Frauenbewegung intensiv in die Debatte einschaltete.²¹¹ Über die Folgen dieses Engagements allerdings gehen die Meinungen weit auseinander. Den „ideologisch motivierten“ Frauengruppen, heißt es auf der einen Seite, sei es letztlich nicht um eine Rechtsvorschrift und ihre Ausgestaltung gegangen. Vielmehr hätten sie die strafrechtlichen Bestimmungen über die Abtreibung aus einer „auf Systemveränderung ausgerichteten Gesellschaftskritik“ heraus bekämpft. Dabei habe es sich allerdings nur um „außerparlamentarische Randgruppen“ gehandelt, deren gesellschaftspolitische Bedeutung marginal gewesen sei.²¹²

Während diese Interpretation der Frauenbewegung politische Gestaltungsmacht abspricht, eben weil diese sich als Teil der APO bewusst außerhalb des (parlamentarischen) Systems verortet habe, schlägt die Frauen-Geschichtsschreibung ganz andere Töne an. Zwar stellt auch sie die Radikalität der Aktivistinnen heraus. Gerade diese Radikalität aber habe erst für die „große Resonanz“ gesorgt²¹³, die die von einer Vielzahl von Gruppen getragene sogenannte *Aktion 218* erhielt. Die Frauenbewegung sei mit ihrer Kampagne für die ersatzlose Streichung des Paragrafen 218 StGB – da sind sich viele Autorinnen einig – sogar „zu einer sozialen Kraft und zu einem unübersehbaren politischen Faktor“²¹⁴, ja zu einer

²⁰⁸ Bock: Frauen in der europäischen Geschichte, S. 323.

²⁰⁹ Dass die Frage nach einem Ja oder Nein zur Abtreibung nicht nur in diesem Jahrzehnt, sondern das gesamte 20. Jahrhundert über ein Politikum war, zeigen in komprimierter Form die Aufsätze von Dienel: Klassenjustiz und das Recht auf Selbstbestimmung der Frau, und Gante: Rechtspolitik und Rechtswirklichkeit, in: Jütte: Geschichte der Abtreibung, S. 140–168 und 169–206.

²¹⁰ Vgl. Schwartz: Zwei Fristenregelungen, v. a. S. 188.

²¹¹ Vgl. die Gesamtdarstellungen zur Geschichte der Bundesrepublik: Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik, S. 635f.; Wolfrum: Die geglückte Demokratie, S. 318ff.; Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 5, S. 177; Conze: Suche nach Sicherheit, S. 402f.

²¹² Vgl. Gante: § 218, S. 128.

²¹³ Apostolidou: Neue Frauenbewegung, S. 23.

²¹⁴ Doormann: Die neue Frauenbewegung, S. 255–289.

„Massenbewegung“²¹⁵ geworden. Vor allem mit dem Ansinnen, die Frauenbewegung von „1968“ und dem Protest der Studierenden abzugrenzen, wird deshalb der Widerstand gegen die Kriminalisierung der Abtreibung häufig als „der eigentliche Schmelztiegel für das Entstehen der Neuen Frauenbewegung“²¹⁶ oder zumindest als bedeutenderer Auslöser für das kollektive Auftreten von Frauengruppen gewertet²¹⁷.

Die strafrechtliche Regelung des Schwangerschaftsabbruchs gab in der Bundesrepublik seit spätestens Ende der 1960er Jahre Anlass für Diskussionen. Zwar wurde das Abtreibungsverbot auch schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit erörtert. Die rechtliche Handhabe avancierte sogar zum „Modethema“²¹⁸ in der Presse, was vermutlich eng mit dem Elend und der Rechtsunsicherheit in der damaligen Zeit zusammenhing. So meldeten sich auch reformorientierte Vereine, Gruppen und Interessenverbände zu Wort, meist mit dem Tenor, zumindest bestimmte Ausnahmen vom Abtreibungsverbot zuzulassen, vor allem angesichts materieller Not oder bei Schwangerschaft nach Vergewaltigung. Doch ließen die parlamentarischen Gremien in den Ländern²¹⁹ und im Bund das grundsätzliche Verbot des Schwangerschaftsabbruchs unangetastet. Das Thema verschwand wieder von der Bildfläche, vermutlich auch deshalb, weil sich die Lage normalisierte und der Schutz des ungeborenen Lebens einen sehr hohen Wert darstellte, der sich damals kaum in Frage stellen ließ.²²⁰

In den 1960er Jahren deuteten vor allem Stellungnahmen aus medizinischen und juristischen Fachkreisen darauf hin, dass die strengen Bestimmungen nicht mehr in jedem Fall als zeitgemäß empfunden wurden.²²¹ Auch die Zeichen auf der internationalen Bühne, in West wie Ost, standen auf Lockerung der jeweiligen Vorschriften. Michael Schwartz hat in diesem Zusammenhang bereits nachgewiesen, dass die Reformbestrebungen im Ausland, vor allem aber in der DDR, einen Beitrag dazu leisteten, dass sich die Positionen in der bundesdeutschen Politik änder-

²¹⁵ Notz: *Warum flog die Tomate?*, S. 39.

²¹⁶ Schenk: *Feministische Herausforderung*, S. 87.

²¹⁷ So auch Schulz: *Langer Atem*, S. 105.

²¹⁸ Gante: § 218, S. 45, zum hier referierten Aspekt v. a. S. 43–55.

²¹⁹ Während der Verfassungsgebung in Bayern und in der ersten Sitzungsperiode des Bayerischen Landtags scheint die Frage der Schwangerschaftsunterbrechung in den Gremien keine Rolle gespielt zu haben. In der Studie von Fait: *Demokratische Erneuerung*, wird diese Frage ebenso wenig erwähnt wie bei Gante: § 218; ein Blick in die Landtags-Protokolle zeigt lediglich, dass der Sozialausschuss über einen Antrag diskutierte, der das Verbot der Herstellung von Verhütungsmitteln aufheben wollte. Der Antrag hatte keinen Erfolg: Das Verbot wurde letztendlich nur neu formuliert. Vgl. Bericht des Ausschusses für Sozialpolitische Angelegenheiten mit anschließender Abstimmung auf der 94. Sitzung des Bayerischen Landtags am 2. 12. 1948.

²²⁰ Dagmar Herzog diagnostiziert nach den „bemerkenswert freizügig-debattierfreudigen ersten Nachkriegsjahren“ einen „außerordentlichen Sexualkonservatismus“, der Ausdruck dessen war, dass es nach den Erfahrungen des Dritten Reiches auf vielen Ebenen geboten schien, ein „Normalisierungsprojekt“ auf den Weg zu bringen und dabei auch viele moralische Belange neu zu verhandeln. Vgl. Herzog: *Politisierung der Lust*, v. a. S. 127–131, die Zitate S. 127f.

²²¹ So wurde zumindest in einer engeren Fachöffentlichkeit eine Uminterpretation der Bestimmungen des Abtreibungsverbots eingeleitet, etwa in einer Diskussion der Geburtenkontrolle durch die zunehmend Verbreitung findenden Nidationshemmer, also die „Pille danach“, die verhindert, dass sich die befruchtete Eizelle in der Gebärmutter-schleimhaut einnistet, oder durch Hinweise auf bestimmte ethische Indikationen, die einen Abbruch rechtfertigen könnten (etwa bei Schwangerschaft nach Vergewaltigung). Vgl. Gante: § 218, S. 100–123.

ten.²²² Diese hatte sich noch bis zum Ende der 1960er Jahre abwartend verhalten. Abtreibung galt in Westdeutschland als Straftatbestand; die Einführung einer ethischen Indikation war 1962 gescheitert. Die Regierung Brandt/Scheel verfolgte aber auch im Strafrecht einen Reformkurs und erweiterte ihre Änderungsvorstellungen hinsichtlich der Paragrafen 218 bis 220 StGB bis Mitte der 1970er Jahre sukzessive. In einem ersten Schritt wurde 1969 der Freiheitsentzug, der bei Eigen- und Fremdadtreibung drohte, auf bis zu fünf Jahre bzw. bei besonders schweren Fällen der Fremdadtreibung auf bis zu zehn Jahre reduziert.²²³ Wenngleich sich auch die sozial-liberale Koalition dem heißen Eisen Schwangerschaftsabbruch nur zögernd näherte, so lag um 1970 eine Reform der Abtreibungsparagrafen also im Bereich des Möglichen.

Versuche von unten, einer Reform den nötigen Nachdruck zu verleihen, blieben nicht aus. Der bekannteste Vorstoß kam aus Frankfurt am Main, wo aus der *Humanistischen Union*, einer 1961 gegründeten Bürgerrechtsorganisation, die *Frauenaktion 70*²²⁴ entstanden war. Diese plädierte in Briefen an Vertreter aus Politik und Kirche, auf Teach-ins und bei Straßenaktionen seit Sommer 1970 unter dem Motto „Mein Bauch gehört mir“ dafür, das Abtreibungsverbot gänzlich aus dem Strafgesetzbuch zu tilgen. Während sich die zwölf Initiatorinnen aus der Metropole am Main als kinderlose Berufstätige und „Nur-Hausfrauen“ mit Kindern beschrieben, fanden sich in München Ansätze zu einer Kritik an den Paragrafen 218 bis 220 StGB im studentischen Protestmilieu.

So dachte eine *Basisgruppe Medizin* bereits im Juli 1969 in der *Münchener Studentenzeitung* öffentlich über eine „Abtreibungskampagne“ nach.²²⁵ Die Verfasser des Artikels hielten diese für angebracht, denn ihrer Meinung nach war die Kriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs der Gipfel einer widrigen Realität, die sich etwa im Fehlen familiengerechter Wohnungen, in der hohen Dunkelziffer von Abtreibungen, der Kurpfuscherei und den strikten, vor allem gegen ledige Mütter und deren Kinder gerichteten Moralvorstellungen spiegele. Der Wertewandel brach sich also hier bereits langsam Bahn, auch wenn die (materielle) Not in der Argumentation noch an erster Stelle stand.

Die Studierenden forderten zwar noch nicht die strafrechtliche Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs; es fielen lediglich Stichwörter wie soziale, medizinische und psychische Indikation: Eine Abtreibung sollte also nur unter bestimmten Bedingungen zugelassen werden. Gleichzeitig jedoch erhoben die Studierenden das juristisch verankerte Verbot zum Ansatzpunkt eines Protests gegen das System. So plante die *Basisgruppe* die Gründung von *Sexpolgruppen*. Diese sollten Dokumentationen anlegen, die den „Zusammenhang zwischen sexuellem Verhalten, Folgen dieses Verhaltens und den politischen gesellschaftlichen Umständen“ erläuterten. Zumindest indirekt war in der Stellungnahme bereits der bewusste Regelbruch angelegt. Der Artikel enthielt einen eindeutigen Hinweis auf eine beim

²²² Vgl. Schwartz: Frauen und Reformen; ders.: Frauenpolitik.

²²³ Damit hatten die Bestimmungen das Maß erreicht, das vor der Verschärfung im Dritten Reich gegolten hatte. Vgl. Busch: Deutsche Strafrechtsreform, S. 64.

²²⁴ Vgl. eine Selbstbeschreibung: Scheunemann: Kampagne der „Frauenaktion 70“, S. 68–84.

²²⁵ Hier und im folgenden: Basisgruppe München: Abtreibungskampagne, in: Münchener Studentenzeitung vom 28. 7. 1969.

AStA hinterlegte Adressliste von Ärzten, die Abtreibungen vornahmen. Darüber hinaus seien Fragebögen auszuteilen und Broschüren zu erstellen, die rechtliche und organisatorische Hilfestellung bei Schwangerschaftsabbrüchen bieten sollten. Der medizinische Eingriff selbst, so die Forderung, müsse von den Krankenkassen finanziert werden. Vor allem im Falle von Prozessen versprach sich die *Basisgruppe* eine Ausweitung der Revolte, etwa durch groß angelegte Justizkampagnen und die Zusammenarbeit der Studenten- mit der Schüler- und Lehrlingsbewegung.

Obleich es hier nur um Pläne ging, deren Umsetzung sich nicht belegen lässt, so ist der Artikel doch ein Anhaltspunkt dafür, dass das Abtreibungsverbot im Münchner Protestmilieu zur Sprache kam, nicht zuletzt in der Hoffnung darauf, dem Auslaufmodell „1968“ neue Dynamik zu verleihen. So liegen die Münchner Wurzeln der bundesweiten Kampagne *Aktion 218*, die im Frühjahr 1971 ihren Ausgang nahm, in der Studentenbewegung. In einem Bericht, der Anfang 1972 verfasst wurde, war zu lesen, dass eine *Sozialistische Frauengruppe*, die nach eigenen Angaben aus acht Studentinnen und Assistentinnen bestand und wohl eine Vorläuferin der *SFOM*²²⁶ war, seit über einem Jahr an einem Fragebogen-Projekt zum Schwangerschaftsabbruch arbeite. Allerdings schieden sich die Geister daran, inwieweit dies wiederum einem allgemeinen Protest nützlich war. Denn gleichzeitig ist von einer zweiten Münchner Gruppe, einer „älteren Frauengruppe“, die Rede, die sich über die Frage, den Paragraphen 218 StGB zum Politikum zu machen, gespalten habe.²²⁷

Allem Anschein nach handelte es sich dabei um die *Rote Frauenfront*.²²⁸ Diese Organisation steht stellvertretend für die Tatsache, dass sich Frauen aus dem Protestmilieu bereits um 1970 für die eigenen Anliegen interessierten; einige von ihnen griffen in der Folge auch das Thema Schwangerschaft auf. Gleichzeitig franste die „68er“-Revolte zunehmend aus. Es herrschte immer weniger Einigkeit darüber, wie die Theorie und der Aktionismus auszusehen hätten, die eine Revolution einleiteten. Eine „Rettung von außen“²²⁹ kam den bestehenden Frauengruppen also gerade Recht. Dabei fiel nicht nur ins Gewicht, dass in bestimmten Kreisen der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit über die Regelung der Schwangerschaftsunterbrechung zumindest gesprochen wurde. Vor allem gerieten ähnliche Gesetze im Ausland ins Kreuzfeuer der Kritik. Besonderes Aufsehen erregte eine Aktion von 343 Französinen, die sich im April 1971 in der linksliberalen Wochenzeitschrift *Le nouvel Observateur* selbst der Abtreibung bezichtigten und für alle Frauen das Recht auf Schwangerschaftsabbruch forderten.²³⁰

Alice Schwarzer, die damals als Korrespondentin in Paris tätig war und sich bereits in der französischen Frauenbewegung engagierte, importierte diese Idee in die Bundesrepublik und begann im Frühjahr 1971 Unterschriften zu sammeln. Ihren Angaben zufolge erwies es sich als schwierig, Unterstützung von deutschen Frauengruppen zu bekommen: Etablierten Vereinigungen wie den SPD- oder

²²⁶ Vgl. Kap. III.1.c.

²²⁷ Hier und im folgenden: FrauenMediaTurm, Pressedokumentation 1968–1981: Liste „Angaben über die Gruppen der Aktion 218, Stand: Ende Jan. 1972“.

²²⁸ Vgl. Kap. III.1.a.

²²⁹ Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik, S. 635.

²³⁰ *Le nouvel Observateur* vom 5. 4. 1971.

Gewerkschaftsfrauen sei der Plan zu „unseriös“ gewesen, studentischen Aktivistinnen erschien er oft „unpolitisch“ oder „reformistisch“. Erfolge verzeichnete Schwarzer schließlich bei der *Frauenaktion 70* in Frankfurt, dem *Sozialistischen Frauenbund West-Berlin*, dem Nachfolger des *Aktionsrats zur Befreiung der Frauen*, und den *Roten Frauen* aus München. Zwar hätte ein Teil dieser Gruppe an theoretischen Schulungen festgehalten und den „blanken Aktionismus“ kritisiert, der Rest jedoch sei „hocherfreut“ gewesen, „endlich mal handeln zu können“, erinnert sich Schwarzer.²³¹

Alice Schwarzer, die nicht zuletzt aufgrund ihrer Initiative zur Selbstbeziehungsaktion zu einer der bekanntesten Feministinnen in der Bundesrepublik geworden ist²³², konnte in München an Netzwerke anknüpfen, die bereits Ende der 1960er Jahre entstanden waren.²³³ Obwohl solche Netzwerke auch in anderen Städten existierten, war der Beitrag aus der bayerischen Hauptstadt besonders groß. Innerhalb weniger Wochen hatten die *Roten Frauen* 68 Münchnerinnen davon überzeugen können, öffentlich zuzugeben, gegen Paragraph 218 StGB verstoßen zu haben. Bundesweit erklärten sich schließlich insgesamt 374 teils prominente Frauen bereit, im Juni 1971 in der Illustrierten *Stern* zu bekennen: „Wir haben abgetrieben!“ Der Artikel zeigte, dass die Frauen nicht bereit waren, sich dem Gesetz in der derzeitigen Form zu beugen und klein beizugeben: „Wir Frauen wollen keine Almosen vom Gesetzgeber und keine Reform auf Raten. Wir fordern die ersatzlose Streichung des Paragraphen 218.“²³⁴

Bei dieser Aktion handelte es sich um einen „Paukenschlag“²³⁵, der ebenso politisch kontrovers wie medienwirksam war. Auch die Journalistin Alice Schwarzer beschied, dass es hier um einen bewussten Tabubruch und eine strategische Partnerschaft ging: „Die Frauen hatten ihr Forum, und der ‚Stern‘ hatte seinen Skandal.“²³⁶ In der Tat war in der Bundesrepublik noch nie mit derartiger öffentlicher Aufmerksamkeit Stellung für eine Liberalisierung des Strafrechts bezogen worden. Selbst die reformorientierte sozial-liberale Koalition favorisierte in den frühen 1970er Jahren lediglich eine Indikationsregelung, die eine Abtreibung in bestimmten Fällen straffrei stellte. Dies war vor allem der SPD geschuldet, die aber nach 1972 nicht zuletzt aus Rücksicht auf die Vorstellungen ihrer Partnerin FDP auf eine Fristenregelung umschwenkte, die einen Abbruch in den ersten drei Schwangerschaftsmonaten erlauben sollte.²³⁷ Für Teile der CDU/CSU war ein eng gefasstes Indikationsmodell zumindest vorstellbar; dies galt auch für Teile der Evangelischen Kirche, die aber nach außen ebenso wie die Katholische Kirche einer Reform eine klare Absage erteilten.²³⁸

²³¹ Schwarzer: So fing es an!, S. 22.

²³² Zum Leben und Wirken Alice Schwarzers liegen bislang nur Sachbücher vor, die stark von der Haltung der Autorinnen und des Autors zu Schwarzer geprägt sind. Sympathisierend äußern sich Dünnebieber/Paczensky: Das bewegte Leben. Sehr kritisch dagegen: Bascha: Alice Schwarzer. Die Geschichtswissenschaft hat sich der Figur Schwarzer noch kaum genähert. Eine Ausnahme: Schulz: Langer Atem, S. 29f.

²³³ So auch Schäfer/Wilke: Neue Frauenbewegung, S. 170f.; Schulz: Langer Atem, S. 145–150.

²³⁴ Stern vom 6. 6. 1971.

²³⁵ Wolfrum: Die geglückte Demokratie, S. 318.

²³⁶ Schwarzer: So fing es an!, S. 22.

²³⁷ Im Detail: Gante: § 218, S. 129–156.

²³⁸ Vgl. dazu Mantei: Die evangelische Kirche in der Reformdebatte um § 218 StGB.

Für viele Frauen hatte die weitreichende Forderung nach einer ersatzlosen Streichung des Abtreibungsverbots aus dem Strafgesetzbuch und die eindeutige Opposition zu Staat und Kirche einen mobilisierenden Effekt. Die Aktivistinnen, die in München die Selbstbezeichnungaktion angestoßen hatten, beschrieben in einem Bericht, den sie zu der von Alice Schwarzer noch 1971 herausgegebenen Protokoll-Sammlung „Frauen gegen §218“ beisteuerten, wie sie durch die Kampagne gegen das Abtreibungsverbot „das Ende der Resignation“ erreicht hätten. Während sich die Münchner Gruppe, die in dem Buch unter dem Namen *Sozialistische Arbeitsgruppe zur Befreiung der Frau – Aktion 218 – München* auftrat, zuvor vor allem von den „theoretischen Ansprüchen von Frauen“ geleitet sah, „die bereits in anderen politischen Gruppen, zumeist an der Universität“, tätig waren, konnte sie nun angeben, dass sie aus dem vorwiegend studentisch geprägten Protestmilieu herausgetreten sei: Ebenso wie viele andere Frauengruppen setze sich der Münchner Zusammenschluss, wie der Bericht festhielt, „sehr vielfältig“ zusammen.²³⁹ An anderer Stelle wurde dies genauer gefasst: 25 Frauen würden die Gruppe tragen, „berufstätige Frauen und Studentinnen, verheiratet und ledig“, wiederum neun von ihnen seien „spontan“ auf Alice Schwarzers Vorschlag eingegangen und sähen nun eine Kampagne gegen das Abtreibungsverbot „vom Zeitaufwand und vom Interesse her als unser Hauptbestätigungsfeld“.²⁴⁰

Das große Potenzial dieses Vorhabens lag für die Münchner Gruppe vor allem darin, dass sich anhand des Paragraphen 218 StGB „das Gesamtbild der Situation der benachteiligten Frau“ nachvollziehen lasse, Frauen im Kampf für die freie Entscheidung über Schwangerschaft und Abtreibung also „nachfühlbar gegen die eigene Misere“ kämpften. Diese Notlage war in den Augen der Aktivistinnen eine umfassende. In der Reihung der Probleme „Kindererziehung, die sexuelle Beziehung zum Mann, die ökonomische Abhängigkeit [...], der Preis, den Frauen, die sich emanzipieren wollen, zahlen müssen“, konnte sich ein Großteil der weiblichen Bevölkerung zumindest theoretisch wiederfinden. Unabhängig davon, was Frauen möglicherweise trennte, sahen sie sich also auch hier über „ihre besondere Unterdrückung“ verbunden.²⁴¹

In der Folge weitete die Münchner Vereinigung ihre Aktionen aus, koordinierte ihre Kampagne und verzeichnete tatsächlich Zugänge. Zunächst einmal verkündete sie selbstbewusst, dass sie die Bildung neuer Frauengruppen in verschiedenen Stadtteilen anstrebe, weil sie „über das Verteilen von Flugblättern und das Sammeln von Unterschriften hinaus“ mit Frauen zusammenarbeiten wolle. Wie dieser Prozess verlief, ist zwar kaum nachzuvollziehen, denn die Mitgliederzahlen schwankten als Konsequenz spontaner Aus- und Eintritte ständig. Zu Jahresanfang 1972 berichteten die Münchnerinnen aber, dass es zu Paragraph 218 StGB „verschiedene kleine Gruppen“ gebe.²⁴² Gleichzeitig war immerhin von „ca. 35 festen

²³⁹ Howard: Das Ende der Resignation, in: Schwarzer: Frauen gegen den §218, S.117–130, die Zitate S.126f.

²⁴⁰ IfZ-Archiv, ED 899/6: Broschüre „Information 3“ der „Sozialistischen Arbeitsgruppe zur Befreiung der Frau – Aktion 218 – München“ [August 1971].

²⁴¹ Vgl. Howard: Das Ende der Resignation, die Zitate S.126ff.

²⁴² IfZ-Archiv, ED 914/41: „Bericht über München“ anlässlich eines überregionalen Frauentreffens im Februar 1973.

Mitgliedern“ und Plänen, ein „Kommunikationszentrum“ für Frauen einzurichten, die Rede.²⁴³ Zudem gab es zu dieser Zeit bereits regelmäßige Treffen, auf denen sich die Münchner *Aktion 218* abstimmte. Daran zeigten auch andere Frauengruppen, die in der bayerischen Hauptstadt entstanden waren, großes Interesse. Ein Protokoll über eine dieser Versammlungen verzeichnete zum Beispiel, dass eine „Frauengruppe gegr. von Frau Mabrie“, also das *Frauenforum München*²⁴⁴, an „unseren Plenen“ teilnehmen wolle.²⁴⁵ Auch die *Siemens-Frauengruppe* zog aus diesen Treffen verschiedene Anregungen.²⁴⁶

Die Erklärungen und die Tatkraft, die den Protest gegen das Abtreibungsverbot umgaben, wirkten anziehend, nicht zuletzt deshalb, weil die Frauengruppen leicht zugänglich waren und sich unmittelbar mit den sie umgebenden Veränderungen von Politik und Gesellschaft auseinandersetzten. Zwar schloss der Einsatz einer *Sozialistischen Arbeitsgruppe zur Befreiung der Frau* nach wie vor die linksgerichtete Kritik an „privatem Besitz an Produktionsmitteln“ und „Profitinteressen der Herrschenden“ ein. Allerdings bestimmte der Münchner Zusammenschluss die Lage der Frauen „nicht mehr ausschließlich aus unmittelbarer materieller Not“ heraus²⁴⁷, wie das noch im studentisch geprägten Protest am Ende der 1960er Jahre der Fall gewesen war. Hier wirkte letztlich der umfassende gesellschaftliche Wandel. Einerseits reagierte die Frauenbewegung auf diese Veränderungen; andererseits prägte sie selbst das Gesicht des Wandels, indem sie ihm eine eigene Stoßrichtung verlieh und seine Dynamik noch einmal erheblich beschleunigte.

Der Analyse der Münchner Gruppe zufolge erhielten Frauen zwar gegenwärtig häufig eine qualifizierte Ausbildung, seien nicht mehr nur von der Hausfrauen- und Mutterrolle abhängig, könnten anspruchsvollere Konsumwünsche äußern, verspürten Erleichterungen in der Hausarbeit und seien zunehmend erwerbstätig. Diesen Status quo empfand die Frauengruppe aber nicht allein positiv: Ihrer Einschätzung nach befand sich die weibliche Bevölkerung im Zustand einer „suspekten Ruhe“, die ihnen „längst als verlogen und damit als unerträglich“ erschien.²⁴⁸ Dieser Zwiespalt drückte sich nun in dem Einsatz für die Abschaffung des Paragraphen 218 StGB aus. Die Kritik an der Rechtsvorschrift wurde zum Vehikel, mit dem sich Anliegen von Frauen eingängig transportieren ließen.

Denn die „kriminalisierende und einschüchternde Wirkung“ des Paragraphen passte kaum zum Wunsch nach „angstfreier Sexualität“ und der Vielzahl von „emanzipatorischen Forderungen“²⁴⁹, die die 1960er und 1970er Jahre prägten.²⁵⁰ In einer von tief greifenden Veränderungen gekennzeichneten Umwelt stellte die Frauengruppe Tradition und Innovation gleichermaßen auf den Prüfstand: Da war auf der einen Seite das Verbot des Schwangerschaftsabbruchs und auf der anderen

²⁴³ FrauenMediaTurm, Pressedokumentation 1968–1981: Liste „Angaben über die Gruppen der Aktion 218, Stand: Ende Jan. 1972“.

²⁴⁴ Vgl. dazu Kap. II.1.d.

²⁴⁵ IfZ-Archiv, ED 899/6: Protokoll zu einem Plenumstreffen [der Aktion 218 München] vom 17. 1. 1972.

²⁴⁶ Archiv 451, Mappe Betriebsarbeit: Protokoll der SFG vom 14. 11. 1972; vgl. dazu Kap. II.1.b.

²⁴⁷ Hier und im folgenden: Howard: Das Ende der Resignation, die Zitate S. 128, 122.

²⁴⁸ Ebd., S. 122, 127.

²⁴⁹ Ebd., S. 122.

²⁵⁰ Vgl. hierzu Kap. I.

Seite die Pille, die für Frauen nicht allein Segen bringend war, sondern auch Risiken barg. Und neben dem Verständnis von Ehe und Familie als einer Institution stand das Streben nach Partnerschaft und Liebe in den privaten Beziehungen, die aber wiederum Anpassung erforderten. Nach Ansicht der Gruppe war die Gefahr groß, dass Frauen auf eine Rolle „als Sexualobjekt, als Gebärmechanismus und Haushaltsmaschine“²⁵¹ reduziert würden. An größere Zugeständnisse glaubte die Frauengruppe nicht. Vielmehr müsse die weibliche Bevölkerung selbst aktiv werden: Sie solle sich „endlich wieder als politische Kraft erfahren“. Die totale Absage an Paragraph 218 StGB versprach genau dies: dass „Frauen lernen, ihre Bedürfnisse zu erkennen“, dass sie „heraustreten aus der Isolation der Privatsphäre“ und dass sie „die Eingebundenheit in ihre traditionelle Geschlechterrolle nicht mehr als schicksalhaft hinnehmen“.²⁵²

In der Argumentation der Münchner Frauengruppe spiegeln sich die Signaturen, die den 1960er und frühen 1970er Jahren gerne zugesprochen werden: Individualisierung, Liberalisierung und Demokratisierung. In der Tat ist der Stellenwert des Kampfes gegen Paragraph 218 StGB für die Entstehung und Entwicklung einer sozialen Bewegung von Frauen nicht zu unterschätzen. Wie wichtig der Einsatz in der Abtreibungsdebatte für die Frauenbewegung war, zeigt sich auf drei Ebenen: den inhaltlichen Forderungen, den Protestformen und der Organisation der Frauenbewegung.

Die *Aktion 218* machte auch in München von Anfang an klar, dass sie „nicht nur für eine straffreie Abtreibung“ kämpfte, sondern auch „für bessere Lebensbedingungen für alle“.²⁵³ Dieses Ansinnen baute auf einem Grundsatz auf, den die Feministinnen immer wieder herausstellten: die „Selbstbestimmung für uns Frauen“, die „mehr“ und „etwas anderes“ sei als die formale Gleichstellung der Frauen mit den Männern.²⁵⁴ Dieses Zitat barg einen doppelten Bezug auf das Grundgesetz, der zum Beispiel in der unmittelbaren Nachkriegszeit noch nicht hergestellt werden konnte. Da war einmal Artikel 3, der die Gleichberechtigung der Geschlechter verankert, und schließlich Artikel 2, der das Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit zusichert. Die Frauenbewegung wandte sich an Staat und Öffentlichkeit, weil es ihrer Einschätzung nach um beide Verfassungsversprechen schlecht bestellt war. Mit dem Gleichberechtigungsgebot verbanden die frauenbewegten Protagonistinnen aber „nur“ eine „bessere Rechtsposition“ der einzelnen Frau, die für sich allein genommen die weibliche Bevölkerung noch nicht aus ihrer „Ohnmacht“ befreie und der „Gesellschaft keinen Lebensatem“ gebe.²⁵⁵

Im Kampf gegen das Abtreibungsverbot (und gegen alle anderen weniger weit reichenden Liberalisierungsvorschläge wie Fristen- oder Indikationsmodelle) bündelten sich die Ziele der Frauenbewegung: Sie widersprach einem „Gebärzwang“ und der „Bevormundung“, zog aber vor allen Dingen dagegen zu Felde, dass „die Gesellschaft Frauen Last und Verantwortung der Versorgung und Erziehung der

²⁵¹ Howard: Das Ende der Resignation, S. 122, 128.

²⁵² Ebd., S. 122, 123.

²⁵³ IFZ-Archiv, ED 899/6: Flugblatt der Aktion 218 München „Wer tötet wen?“ [1971].

²⁵⁴ IFZ-Archiv, ED 899/7: Extrajournal „Wir sind Frauen. Wir sind viele. Wir haben die Schnauze voll“, hrsg. von den Frauenzentren Adlzreiter- und Zugspitzstraße, München 1975.

²⁵⁵ Ebd.

Kinder aufbürdet, ihnen aber das Recht verweigert, selbst zu entscheiden, wann und ob sie ein Kind haben wollen“.²⁵⁶ An diese Sicht der Dinge ließen sich eine Vielzahl anderer Kritikpunkte anschließen, die die Frauenbewegung in ihrer Umgebung ausmachte: mangelnde sexuelle Aufklärung, Kinderfeindlichkeit, die Mehrfachbelastung von Frauen und die ausbleibende Unterstützung durch Männer, die Stellung der Frauen als Menschen 2. Klasse, die billige Arbeitskraft Frau sowie unzureichender Mutterschutz. Damit sind nur einige Stichwörter genannt, die der Flut an Flugblättern zu entnehmen sind, die die Frauenbewegung zum Paragrafen 218 StGB in der ersten Hälfte der 1970er Jahre entwarf.²⁵⁷

Da die Frauenbewegung der 1970er Jahre Frauen als eigenständige und handlungsfähige Subjekte verstand und Grundrechte wie freie Meinungsäußerung oder Selbstbestimmung einforderte, ist sie bereits als „Motor sozialen Wandels“ und als „demokratisches Projekt“ bezeichnet worden, wie dies zum Beispiel die Soziologin Ute Gerhard für Frauenbewegung und Feminismus im Allgemeinen tut.²⁵⁸ Diese Einschätzung deckt sich teilweise auch mit der Selbst-Wahrnehmung der Aktivistinnen in der damaligen Zeit. Am 25. Februar 1975 und damit an dem Tag, an dem das Urteil des Bundesverfassungsgerichts fiel, nach dem der Schutz des ungeborenen Lebens schwerer wog als das Selbstbestimmungsrecht der Schwangeren²⁵⁹, stellte eine Vertreterin der *Sozialistischen Frauenorganisation München (SFOM)* auf dem Marienplatz vor rund 5000 Demonstrantinnen und Demonstranten²⁶⁰ enttäuscht fest: „Wir Frauen haben [...] einen demokratischen Kampf gegen den §218 geführt – unser Argument war die soziale Wirklichkeit, unser Mittel die sachliche Auseinandersetzung.“²⁶¹

Allerdings verschaffte die Frauenbewegung ihren Anliegen nicht auf gewöhnlichem Wege Geltung, die eine repräsentative Demokratie zunächst anbot. Ganz im Gegenteil: Statt nach einer politischen Vertretung zu suchen, ergriffen Frauen für sich selbst Partei, wichtiger als das Parlament war die Straße, und es ging auch nicht um Konsens, sondern um Provokation und Polarisierung. Viele Gruppen aus der Frauenbewegung der frühen 1970er Jahre betonten in diesem Zusammenhang eine grundsätzliche Opposition zum System und sahen wie etwa auch die *SFOM* in der Demokratie eine Ausprägung politischer Herrschaft, „die wir doch auch kritisieren“.²⁶²

²⁵⁶ IfZ-Archiv, ED 899/6: Stellungnahme der 3. Bundesfrauenkonferenz der Aktion 218 vom 9./10.10.1971 in Westberlin; vgl. auch: Aktion 218: Presseerklärung anlässlich der 3. Bundesfrauenkonferenz vom 11.10.1971, in: Schroeder: Abtreibung, S.175–178.

²⁵⁷ IfZ-Archiv, ED 899/6: Flugblatt der Aktion 218 München „Wer tötet wen?“ [1971]; Frauen-MediaTurm, Köln, FB.05.003: Flugblatt der Aktion 218 München „Wir Frauen für Frauen“ [November 1971]; FB.05.017: Flugblatt der Aktion 218 München „Wem nützt der Muttertag?“ [Mai 1972]; FB.05.080: Flugblatt der Frauenzentren Giesing und Adlzreiterstraße München: „Wir sind Frauen. Wir sind viele. Wir haben die Schnauze voll“ [Frühjahr 1975]; Archiv 451, Mappe „218“: Flugblatt der Aktion 218 München „Ja zum Leben – nein zum §218“ [2.6.1973]; Flugblatt der Aktion 218/Münchner Frauengruppen „Kundgebung am Marienplatz“ [16.3.1974].

²⁵⁸ Gerhard: Atempause, v. a. S.15–20.

²⁵⁹ Vgl. dazu ausführlicher: Gante: §218, S.174–179.

²⁶⁰ Staatsarchiv München, Pol. Dir. 16246: Polizeibericht und Polizeifotos vom 25.2.1975.

²⁶¹ IfZ-Archiv, ED 899/1: Rede einer Vertreterin der *SFOM* zum „Frauenkampftag“ am 25.2.1975 auf dem Marienplatz in München.

²⁶² IfZ-Archiv, ED 899/1: Protokoll der *SFOM* zum Plenum vom 9.6.1975.

Nun darf diese Selbstzuschreibung nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Frauenbewegung und besonders die Ausdrucksformen, die sie seit dem Ende der 1960er Jahre annahm, wiederum nur in einer Demokratie möglich waren. Über ihren Protest, Provokation und Skandalisierung nahmen die Frauen die demokratischen Rechte in Anspruch, die sich um das Recht auf freie Meinungsäußerung gruppierten, vor allem die individuelle Selbstbestimmung sowie Presse- und Versammlungsfreiheit. In diesem Sinne ist die Frauenbewegung ebenso wie andere soziale Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre in der Tat als Projekt zu verstehen, dem es entgegen der häufig anders lautenden Selbstdarstellung nicht um die radikale Alternative zum Bestehenden ging, sondern darum, Reformen voranzutreiben, Inklusions- und Teilhabeansprüche anzumelden und die negativen Formen des gesellschaftlichen Wandels zu beseitigen.²⁶³ Dennoch ist der frauenbewegte Aufbruch in den frühen 1970er Jahren ein Beispiel dafür, dass sich die bundesdeutsche Demokratie zumindest in der ersten Hälfte des Jahrzehnts veränderte. Maßgeblich dafür ist nach Einschätzung Habbo Knochs ein sich seit den 1960er Jahren entwickelnder „Bürgersinn“, der auf politische Mitgestaltung außerhalb offizieller politischer Ämter ausgerichtet war. Diese politische Bürgerlichkeit habe sich unter anderem in den Protestschüben nach „1968“ ausgedrückt, die mehrheitlich Demokratie, Empathie und Solidarität bei lokalen Problemen und individueller Betroffenheit zu ihren Leitwerten erhoben und damit die partizipatorische Praxis in der Bundesrepublik letztlich ausdifferenzierten und pluralisierten.²⁶⁴

Diese Überlegungen führen zu den Protestformen, die die Feministinnen in ihrem Kampf gegen Paragraph 218 StGB wählten und die immens zum Zusammenhalt der Bewegung beitrugen. Die Münchner Frauengruppen riefen bewusst zu „pressewirksamen, spektakulären Aktionen“ auf. Von diesen versprach sich die Bewegung eine Mobilisierung der Frauen im öffentlichen Kampf gegen Diskriminierung. Außerdem schien ein extrovertierter Protest geeignet, den Gesetzgeber über den Druck der öffentlichen Meinung „zu bedrohen und zu beeinflussen“. Nicht zuletzt ging es auch um einen Lerneffekt für die Frauen selbst, die herausfinden wollten, „was wir mit unseren Mitteln erreichen können.“²⁶⁵ Dass dies gelang, zeigt ein Blick auf drei Demonstrationen, die die *Aktion 218* zwischen 1971 und 1975 in München veranstaltete.

Bereits der allererste Aufzug, der am 6. November 1971 stattfand, war für die beteiligten Frauen ein großes Erlebnis: „Uns hat es viel Spaß gemacht“, resümierten die Teilnehmerinnen im Nachhinein. Für diesen emotionalen Überschwang sorgte nicht nur das Wissen um ähnliche Veranstaltungen in anderen deutschen Städten, sondern auch der „bayerische Föhnhimmel“, der „milde Luft und viel Sonne – sprich: Demonstrationswetter“ bescherte. Auch dass sich die Demonstration an einem verkaufsoffenen Samstag in der Münchner Fußgängerzone abspielte, gereichte zum Vorteil: Viele Passanten hätten sich in den Zug eingereiht und

²⁶³ So Rucht: Gesellschaft als Projekt, S. 18f.

²⁶⁴ Vgl. Knoch: „Mündige Bürger“, v. a. S. 45–53.

²⁶⁵ Archiv 451, Mappe 218: Papier zum weiteren Vorgehen der Münchner Frauengruppen zu § 218 [Frühjahr 1974].

„insgesamt 941 Unterschriften“ gegeben, um sich mit den Frauen, die sich seit der Aktion im *Stern* selbst angezeigt hatten, zu solidarisieren. In Zeitungsartikeln war von bis zu 3000 Beteiligten – und zwar Frauen und Männern – die Rede. Am Herzen lagen der *Aktion 218* aber vor allem die Schlussansprachen, auf der vier Angehörige der Kampagne zu Wort kamen, und „politische Gruppen“ Grußadressen verlasen. Besonders hervorgehoben wurde, dass eine 74jährige Sympathisantin einen Brief rezitierte, mit dem sich Frauen bereits 1947 an den Bayerischen Landtag gewandt hatten, um die Abschaffung des Paragrafen 218 StGB zu fordern. Das Anliegen der Frauen überschritt also in vielerlei Hinsicht Grenzen, allen voran die der politischen Gesinnung und des Alters. Aus dieser Erfahrung hieß es nun zu lernen. Bei der nächsten Demonstration wollten sich die Frauen verbessern, etwa indem sie Megafone benutzten und ein „großes Transparent mit Aufschrift AKTION 218“ mitführten.²⁶⁶

Tatsächlich war das Presseecho²⁶⁷ sowohl bei dieser als auch bei den nachfolgenden Demonstrationen neutral bis wohlwollend, im Falle der Münchner *Abendzeitung* sogar sympathieträchtig. Entscheidend dafür war sicherlich nicht nur, dass es sich bei einer Demonstration journalistisch gesehen um ein außergewöhnliches Ereignis im Alltag einer Stadt handelte. Ausschlaggebend war wohl auch nicht die Tatsache, dass überwiegend weibliche Berichtersteller über die *Aktion 218* schrieben. Die *Abendzeitung* hieß vielmehr ein „neues Stadtgefühl“ gut, das sie sich von den großen Veränderungen, die sich in der bayerischen Hauptstadt vollzogen, versprach. So pries die *Abendzeitung* 1972 insbesondere die Selbstverständlichkeit, mit der die Münchner von der neuen Fußgängerzone Besitz ergriffen, sogar als „eine eminent politische Handlung“. Dadurch werde die Isolation aufgebrochen, man könne entdecken, „dass Bürger Mitbürger und Menschen Mitmenschen sind“. Dem Blatt war also daran gelegen, dass eine Großstadt „nicht nur Arbeitsstelle und Wohnzelle“ ist, und schloss dabei durchaus Perspektiven ein, „die für die Obrigkeit nicht immer bequem sein dürften.“²⁶⁸

Das ihr gebotene Terrain wusste die Frauenbewegung zu nutzen. Einen willkommenen Anlass bot der *Aktion 218* in München wie andernorts, dass im März 1974 kurzfristig eine Reportage des TV-Politmagazins *Panorama* abgesetzt wurde. In dem Beitrag nahmen 14 Berliner Ärzte an einer Schwangeren vor laufenden Kameras einen Abbruch nach der sogenannten Absaugmethode vor, um damit auf

²⁶⁶ Die Zitate aus: IfZ-Archiv, ED 899/6: Bericht über die Demonstration in München am 6.11.1971; zur Presseberichterstattung v.a.: Almut Hielscher: Frauen: Wir haben ein Recht auf Leben und Liebe, in: *Abendzeitung* vom 8.11.1971; Ein 24 Jahre alter Brief erschütterte die Teilnehmer der Kundgebung, in: ebd.

²⁶⁷ Z.B.: Almut Hielscher: Frauen: Wir haben ein Recht auf Leben und Liebe, in: *Abendzeitung* vom 8.11.1971; Neues Informationszentrum in Sachen Paragraph 218, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 8.3.1972; Kundgebung gegen §218 vor dem Rathaus, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 18.3.1974; Nina Grunenberg: Mit schwesterlichen Grüßen, in: *Die Zeit* vom 29.3.1974; Ingeborg Münzing: Ärzte kommen auf die schwarze Liste, in: *Abendzeitung* vom 14.2.1975; Krawalle in Frankfurt bei Demonstrationen gegen §218, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 17.2.1975; Ingeborg Münzing: Man zahlt mit Sex und über 1000 Mark, in: *Abendzeitung* vom 17.2.1975; Ingeborg Münzing: Frauen klagen an, in: *Abendzeitung* vom 17.2.1975.

²⁶⁸ Cornelia Jacobsen: Neue Paradiese, in: *Abendzeitung* vom 4.7.1972. Für den Hinweis danke ich Simone Egger, die sich in einem Dissertationsprojekt mit dem Charakter der Stadt München in den langen 1960er Jahren auseinandersetzt. Vgl. www.volkskunde.uni-muenchen.de/forschung/promotion/laufend/egger_abstract/index.html.

die Patientinnen schonende Verfahren hinzuweisen, die eine politische Entscheidung zugunsten einer Liberalisierung des Strafrechts erleichtern sollte.²⁶⁹ Die Absetzung, zu der sich die meisten ARD-Intendanten angeblich auf Druck der katholischen Kirche bereitgefunden hatten, wurde in den westdeutschen Medien heiß diskutiert.²⁷⁰ Die *Aktion 218* empfund sie als Schlag ins Gesicht und machte ihrem Ärger mit der Flugschrift „Das durften wir nicht sehen“ Luft.²⁷¹ Ihrer Empörung verliehen die Feministinnen aber nicht nur mit dem Verweis auf die Pressefreiheit Ausdruck.

Unter dem Motto „Jetzt reicht“²⁷² setzten Münchnerinnen ihren Widerstand vor dem Rathaus auf dem Marienplatz in Szene. Dem Polizeibericht zufolge²⁷³ marschierten rund 160 Personen, „überwiegend Frauen in schwarzer Kleidung“, an der Spitze eines Zugs und trugen schweigend drei Pappfiguren vor sich her. Diese symbolisierten Klerus, Justiz und Ärztervertretung, die in den Augen der Frauenbewegung die größten Gegner einer Strafrechtsreform darstellten. An den Füßen schleiften die Demonstrantinnen schwarze Kugeln und damit die Last des Paragraphen 218 StGB hinter sich her. Sprechchöre skandierten „Frauen erwacht, wir sind eine Macht“ und forderten mit Rufen wie „Aus der Pfaffenmoral schlägt die Kirche Kapital“ zum Kirchenaustritt auf.

Dieses Schauspiel, das rund 400 Zuschauerinnen und Zuschauer fand, wurde von einem Straßenstück des Münchner Theaterkollektivs *Rote Rübe*, das seinerseits auf die Proteste rund um „1968“ zurückging²⁷⁴, abgerundet. Im Zentrum mehrerer Dialoge, die in ironischer Absicht unter dem Begriff „Frauenpower“ zusammengefasst waren, stand die Machtlosigkeit und Verzweiflung einer ungewollt schwangeren Frau, die aus einfachen Verhältnissen stammte und weder von ihrem Mann, dem Pfarrer oder dem Arzt Hilfe erwarten konnte.²⁷⁵ Mit dem Auftritt erzielten die Initiatorinnen die gewünschte Wirkung: Sie wollten schockieren und zum Nachdenken zwingen. Auch wenn es keine Belege über die Reaktion der Umstehenden gibt, so rief die Inszenierung zumindest bei den Polizeibeamten Entsetzen hervor. Nicht nur, dass eine der Pappfiguren die Form eines Schweins hatte. Das Einsatztagebuch verzeichnete zudem pikiert, dass die Schauspielerinnen „die öffentliche Vorführung von beischlafähnlichen Bewegungen“ vollzogen

²⁶⁹ Kundgebung gegen §218 vor dem Rathaus, in: Süddeutsche Zeitung vom 18.3.1974.

²⁷⁰ Z. B. Die öffentliche Abtreibung. Ein deutsches Fernseh-Spektakel, in: Stern vom 21.3.1974; Sprengsatz für die Moral, in: Der Spiegel vom 24.3.1974; der Protest zeigte sich auch in Berufsvereinigungen: IfZ-Archiv, ED 899/8: Kopie einer Resolution Münchner Journalisten aus Zeitungen und Zeitschriften [März 1974].

²⁷¹ Archiv 451, Mappe 218: Flugschrift der Aktion 218 München „Das durften wir nicht sehen“ [März 1974].

²⁷² Archiv 451, Mappe 218: Flugblätter der Aktion 218 München „Kundgebung am Marienplatz“ und „Jetzt reicht“ vom 16.3.1974.

²⁷³ Staatsarchiv München, Pol. Dir. 16491: VfS-Bericht zu „Demonstrationszug und Kundgebung der ‚Aktion 218‘ am 16.3.1974“; Einsatztagebuch zur „Demonstration gegen §218 StGB am 16.3.1974“.

²⁷⁴ Hintergrundgespräch mit Barbara Tedeski vom 18.8.2008; zum Thema allgemein: Kraus: Theater-Proteste; zu München: Hemler: Protest-Inszenierungen.

²⁷⁵ Archiv 451, Sammlung der Münchner alternativen Zeitung „Blatt“: Aktion §218 organisiert sich in ganz Deutschland, in: Blatt vom 22.3.1974; Archiv 451, Mappe 218: Flugschrift der Aktion 218 München „Das durften wir nicht sehen“ [März 1974]; auch: Bernd Dohler: Verlebte Mäuler und ein angebrannter Hund ..., in: Abendzeitung vom 18.3.1974.

hätten.²⁷⁶ Weiter hieß es, die Nachahmung des Geschlechtsverkehrs und einer Abtreibung habe „nur vereinzelt“ Zustimmung bei den Passanten gefunden.²⁷⁷

Nachdem im April 1974 immerhin eine Fristenregelung mit einer knappen Mehrheit den Bundestag passiert hatte, glaubte sich die *Aktion 218* ihrem großen Ziel ein gutes Stück näher. Diese Hoffnung wurde enttäuscht, als das Bundesverfassungsgericht am 25. Februar 1975 auf eine Klage der Oppositionsparteien CDU und CSU hin entschied, dass es sich bei dem sich im Mutterleib entwickelnden Leben um ein selbstständiges Rechtsgut handle und der Staat deshalb aufgrund der im Grundgesetz verankerten Würde des Menschen verpflichtet sei, dieses werdende Leben zu schützen. Damit ist die Debatte um den Paragraph 218 StGB in den frühen 1970er Jahren neben den Reformvorhaben rund um den Zivildienst und der Hochschulgesetzgebung²⁷⁸ ein weiteres Beispiel dafür, dass die in der Geschichtswissenschaft so gern behauptete fundamentale Liberalisierung der Bundesrepublik nicht selten durch Urteile des Bundesverfassungsgerichts in Frage gestellt wurde.

Dem Spruch der Verfassungshüter zufolge war eine Abtreibung rechtlich zu missbilligen und eine Fristenregelung, die einen Abbruch für eine gewisse Zeit straffrei stellte, verfassungswidrig. Ein Indikationsmodell wiederum, das die Abtreibung selbst als Straftatbestand konstatierte, aber unter bestimmten Umständen Ausnahmen vorsah, hielten die Richter aus Karlsruhe mit dem Grundgesetz vereinbar. Eine solches Modell wurde in der Bundesrepublik schließlich im Mai 1976 Gesetz.²⁷⁹

Im Vorfeld der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts bereitete sich die Münchner Frauenbewegung auf alle Eventualitäten vor. Hannelore Mabry meldete im Namen der *Initiative Münchner Frauengruppen* eine Demonstration an, wobei sie noch gegensätzliche Slogans auflistete. In jedem Fall sollte der 25. Februar zum „Frauenkampftag“ werden. Doch je nach Tenor des Urteils verstanden ihn die Frauen als „kleinen Sieg, der Kampf geht weiter“ oder als Zeichen dafür, dass sie durch nichts aufzuhalten waren: „Jetzt erst recht – weg mit dem §218“ lautete schließlich die Parole.²⁸⁰

Für den Aufmarsch hatte sich eine breite Trägerschaft zusammengefunden, die aus etablierten Vereinigungen wie dem *Arbeitskreis Sozialdemokratischer Frauen*, der *Humanistischen Union* oder der *Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten Frauen* ebenso bestand wie aus feministischen Gruppen, etwa dem damals schon existierenden *Frauenzentrum Adlzreiterstraße*, der *SFOM* oder dem *Frauenforum*. Die Polizei begleitete schließlich eine Demonstration, die sich vom Geschwister-Scholl- und Odeonsplatz über die Briener Straße zum Lenbachplatz

²⁷⁶ Staatsarchiv München, Pol. Dir. 16491: Einsatztagebuch zur „Demonstration gegen §218 StGB am 16. 3. 1974“.

²⁷⁷ Staatsarchiv München, Pol. Dir. 16491: VfS-Bericht zu „Demonstrationszug und Kundgebung der ‚Aktion 218‘ am 16. 3. 1974“.

²⁷⁸ Vgl. dazu Bernhard: Zivildienst, zur „Postkartennovelle“ und der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts v. a. S. 294–324; Rohstock: Von der „Ordinarienuniversität“, Kap. IV.5.

²⁷⁹ Zum Bundesverfassungsgerichtsurteil und der Wiederaufnahme des Gesetzgebungsverfahrens im Bundestag ausführlich: Gante: § 218, S. 164–200.

²⁸⁰ Staatsarchiv München, Pol. Dir. 16246: VfS-Bericht des Polizeipräsidiums München KA III vom 21. 2. 1975.

und Stachus bewegte und von dort über Sonnenstraße, Sendlinger-Tor-Platz und Viktualienmarkt zum Marienplatz zog. Die Frauengruppen schafften sich damit aber nicht nur fast im gesamten Stadtzentrum Platz. Gemäß Polizeibericht marschierten etwa 5 000 Menschen, „überwiegend junge Mädchen und Frauen, aber auch zahlreiche Kinder“. Sie trugen Fackeln und Transparente und verteilten Flugblätter. Skandiert wurde unter anderem „218 ist der Paragraf, der immer nur die Armen traf“ oder „Ob Kinder oder keine, entscheiden wir alleine“.²⁸¹ Mehrere Rednerinnen erklärten ihre Entrüstung und versicherten, dass sie das Urteil aus Karlsruhe keinesfalls auf sich beruhen lassen würden.²⁸²

Die Frauenbewegung zeigte über die *Aktion 218* öffentliche Präsenz und trat dabei verhältnismäßig geschlossen auf, obwohl sie aus unzähligen Kleingruppen und Netzwerken bestand. Dies verlangte nach Organisation, die im Laufe der Kampagne gegen das Abtreibungsverbot Ausprägungen annahm, die sich schließlich ein Großteil der Frauengruppen auf die Fahnen schrieb. Kristina Schulz hat diesen Prozess als „Organisation durch Aktion“²⁸³ beschrieben, da die Selbstbechtigung in der Illustrierten *Stern* die bestehenden Frauenvereinigungen mit sich riss und sich eine Vielzahl von Gruppen und Grüppchen neu bildeten – was der Bewegung einen ebenso immensen wie notwendigen Auftrieb verlieh. Die einzelnen Zusammenschlüsse standen bundesweit in einem regen Austausch, der sich seit 1971 vor allem über regelmäßige Treffen in sogenannten „Bundeskonferenzen“ oder „Frauenkongressen“ in wechselnden Städten wie Frankfurt am Main, West-Berlin oder München entwickelte. Bereits im Sommer 1971 schrieben Münchnerinnen, die die *Aktion 218* unterstützten, wie wichtig das Wissen um die wachsende Zahl der Gruppen und der Kontakt mit ihnen sei. Sie werteten die beginnende Vernetzung als Beweis dafür, dass es „in den Anfängen gelungen“ sei, eine „noch vage definierte Frauenbewegung in der BRD zu schaffen“.²⁸⁴

Auf den Treffen der *Aktion 218* berichteten die Gruppen aus allen Regionen der Bundesrepublik über den Stand der Dinge in ihrer Stadt und verfestigten in den Diskussionen ihr Wissen und ihre Argumente für ihren Kampf gegen die Kriminalisierung der Abtreibung und die Unterdrückung von Frauen. Außerdem wurden Resolutionen und Presseerklärungen verabschiedet, Unterschriftenlisten gebündelt, Briefe an Politiker formuliert, Tage für bundesweite Demonstrationen festgelegt oder Aktionen zu bestimmten Anlässen wie einer anstehenden Lesung der Gesetzesentwürfe im Bundestag geplant. Münchnerinnen waren auf diesen Veranstaltungen zahlreich vertreten. So führte ein Bundesfrauenkongress, der im März 1972 in Frankfurt am Main stattfand und von rund 400 Frauen aus etwa 40 Städten besucht wurde, gleich vier Vereinigungen aus der bayerischen Hauptstadt

²⁸¹ Staatsarchiv München, Pol. Dir. 16246: Bescheid der Landeshauptstadt München an die Initiative Münchner Frauengruppen vom 20.2.1975; Polizeibericht zum Aufzug der Münchner Fraueninitiative am 25.2.1975.

²⁸² Das Urteil von Karlsruhe, in: Frauenforum. Stimme der Feministen 4 (1975) 2.

²⁸³ Vgl. ausführlich: Schulz: Langer Atem, S.145–174.

²⁸⁴ IfZ-Archiv, ED 899/6: Broschüre „Information 3“ der „Sozialistischen Arbeitsgruppe zur Befreiung der Frau – Aktion 218 – München [August 1971].

auf: eine *Sozialistische Frauengruppe*, das *Frauenforum*, einen Kreis *Frauenemanzipation* und eine *Frauenbefreiungsgruppe (Aktion 218)*.²⁸⁵

Obwohl sich die *Aktion 218* als bundesweite Kampagne verstand, war über die Nennung der einzelnen Gruppen klar, wer die Trägerinnen dieser Bewegung von Frauen waren und dass diese auf Dezentralität und Selbstständigkeit großen Wert legten. Dies zeigte sich auch an den Vorbereitungen zu einem symbolischen „Tribunal“, auf dem die *Aktion 218* über ihre erklärten Gegner – die pharmazeutische Industrie, Bundesjustizminister Gerhard Jahn (SPD), die Parteien, die Justiz, die Ärzteschaft, die Kirchen sowie Medien im Allgemeinen und die „Springerpresse“ und die „Werbung“ im Besondern – zu Gericht sitzen wollten. Die Münchner Gruppen sollten zusammen mit Heidelberger Frauen Anklage gegenüber den Kirchen erheben.²⁸⁶ Dieser Stoßrichtung entsprachen die Flugblätter, die in München etwa zur selben Zeit verteilt wurden: „Unser Protestschrei muss lauter sein als die Kirchenglocken“, hieß es dort – Bezug nehmend auf die Glocken des „Alten Peter“ und der Frauenkirche, die bei Demonstrationen in der Fußgängerzone immer wieder zu hören waren.

Neben dem Aufbau von unten, mit dem Rücksicht auf die lockere basisnahe Organisationsstruktur genommen wurde, zeichnete sich die Frauenbewegung durch ein weiteres Merkmal aus, das vor allem seit dem Bundeskongress im März 1972 in Frankfurt immer deutlicher zutage trat: Es handelte sich dabei um die Übereinkunft, sich „separat zu organisieren, so lange Frauen in besonderer Weise und mehr unterdrückt sind als Männer“.²⁸⁷ Im Hinblick darauf, dass die Frauenbewegung sich anschickte, bessere Lebensbedingungen für alle zu schaffen, wollten viele Frauengruppen diesen Grundsatz freilich nicht gegen die Männer formuliert wissen. So war in einer Selbstkritik aus München über die Demonstration in November 1971 zu lesen, dass ein Flugblatt „u. a. zu männerfeindlich abgefasst“ gewesen sei, zumal sich an dem Protest ja augenscheinlich auch Männer beteiligten.²⁸⁸ Der *Arbeitskreis Emanzipation* und die Gruppe *Aktion 218 München* setzte sich deswegen nochmals zusammen, um den eigenständigen Zusammenschluss für sich zu begründen.

Als problematisch empfanden die beiden Vereinigungen, dass „feministisch“ meist einen „negativen Beigeschmack von ‚gegen‘ Männer sein“ habe. Ein Thesenblatt hielt es für falsch, dass Frauen um sich herum „lauter Supermänner voller Herrschaftsbegierde“ konstruierten, um konkrete Feinde zu haben und „sich an ihnen kämpferisch zu stärken“. Dadurch würde übersehen, dass auch Männer ausgebeutet und unterdrückt seien. Neben dem Kapitalismus wurde dabei auch die „Tradition des patriarchalischen Prinzips“ verantwortlich gemacht, die zusammengekommen die Männer zu dem machten, was sie seien. Trotzdem erschien es den Frauen unumgänglich, sich ohne männliche Pendanten zu verbünden: Die durch das Patriarchat bedingten Interessensunterschiede zwischen den Geschlech-

²⁸⁵ IfZ-Archiv, ED 899/7: Adressliste der auf dem Bundesfrauenkongress am 11./12.3.1972 anwesenden Gruppen.

²⁸⁶ IfZ-Archiv, ED 899/7: Protokoll zum Plenum des Bundesfrauenkongresses am 12. März 1972 in Frankfurt am Main.

²⁸⁷ Ebd.

²⁸⁸ IfZ-Archiv, ED 899/6: „Teilprotokoll“ vom 8.11.1971.

tern seien so groß und die Einsicht der Männer in ihre „patriarchalen Denk- und Verhaltensweisen“ so gering, dass Frauen einer „besonderen Entwicklung“ bedürften: Sie müssten sich „Identifikationsobjekte“ und ein „positives Frauenbild“ schaffen. Nur so könnten sie ihre konkrete Situation verbessern und sich bewusst werden, „was wir wollen und warum“. Vor allem müssten die Frauen „das System zwingen, bestimmte Forderungen zu realisieren“. Es ging also eindeutig nicht darum, dass Frauengruppen quasi als „Durchgangslager“ Frauen darauf vorbereiten, in anderen politischen Gruppen zu arbeiten. Vielmehr sollte die weibliche Bevölkerung ihre „eigene Strategie und Taktik entwickeln und ein eigenständiger Teil, ein mitbestimmender in einem sich entwickelnden Klassenkampf sein, der nicht nur ein ökonomischer Kampf ist“.²⁸⁹

Letztendlich wurden durch diese Interpretation viele Anliegen der Frauenbewegung der 1970er Jahre zu einer rein weiblichen Angelegenheit. Wenn Flugblätter mit „Wir Frauen für Frauen“ oder „Frauen, kämpft für Eure Rechte“ überschrieben wurden²⁹⁰, mochten sie das Solidaritätsgefühl in der weiblichen Bevölkerung stärken, doch nahmen sie sich trotz ursprünglich gesamtgesellschaftlicher Ziele zunehmend ausschließlich der Sache der Frauen an. Forderungen, Protestformen und Organisation der Frauenbewegung der 1970er Jahre hingen in der Bundesrepublik also eng mit dem Kampf gegen die Kriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs zusammen.

Obgleich sich von diesem Kristallisationspunkt ausgehend zweifelsfrei eine Erfolgsgeschichte schreiben lässt, darf nicht übersehen werden, dass es während des Aufbruchs der Bewegung auch Schattenseiten gab. So stellte das Anliegen der *Aktion 218*, den Paragraphen aus dem Strafgesetzbuch zu tilgen, eine Maximalforderung dar, die bei weitem nicht alle Frauengruppen unterstützten. Auf einem Bundesarbeitstreffen in West-Berlin im Oktober 1971 wurde die ersatzlose Streichung allerdings zur Basis für alle erklärt, die sich in der Kampagne engagieren wollten. Andersdenkenden, etwa den Mitgliedern des *Frauenforums Köln*, die für ein Fristenmodell eintraten, „wurde nach kurzer Diskussion das Stimmrecht für die zu fällenden Entscheidungen über die Aktionen gegen den § 218 entzogen.“²⁹¹ Auch in München riefen die Trägerinnen der *Aktion 218* zu „äußerster Vorsicht“ gegenüber dem *Frauenforum* vor Ort auf, das zu Zugeständnissen bereit sei, um sogar Frauen aus dem *Katholischen Frauenbund* für sich zu gewinnen.²⁹² Mag dies als Hinweis gelten, dass im Grunde eine Reform des Paragraphen in der Bundesrepublik auf breite Unterstützung stieß, so zeigt sich gleichzeitig, dass sich ein Großteil der neuen Frauengruppen auf eine Strategie der Kompromisslosigkeit verständigt hatte, in der diejenigen, die sich mit dem Appell „Weg mit 218“ nicht identifizierten, allzu leicht ins Abseits gerieten.

²⁸⁹ IfZ-Archiv, ED 899/7: Thesenblatt aus dem Arbeitskreis Emanzipation München und der Aktion 218 München „Warum organisieren wir uns als Frauen separat?“ vom März 1972.

²⁹⁰ FrauenMediaTurm, FB.05.003: Flugblatt der Aktion 218 München „Wir Frauen für Frauen“ [November 1971]; IfZ-Archiv, ED 899/2: Flugblatt der SFOM „Frauen kämpft für Eure Rechte!“.

²⁹¹ IfZ-Archiv, ED 899/6: Protokoll des 3. Bundesarbeitstreffens der Gruppen der Aktion 218 in West-Berlin am 9./10.10.1971.

²⁹² IfZ-Archiv, ED 899/7: Protokoll Münchner Frauengruppen zum Frauentreffen in München am 10./11.1973.

Außerdem rief die Vehemenz, mit der viele Frauengruppen auftraten, Gegenreaktionen hervor, die das Weltbild der Protagonistinnen zwar oft bestätigten, zum Teil aber auch selbsterfüllende Prophezeiungen bzw. Ausdruck dessen waren, dass der gesellschaftliche Wandel Frauen nicht nur Negatives bescherte. Tatsächlich hatte die Frauenbewegung mit dem Paragraf 218 StGB ein Tabu aufgegriffen, mit dessen Bruch viele Zeitgenossen und Zeitgenossinnen bisweilen nur schwer zurechtkamen. So war gleich im Juni 1971 in der *Abendzeitung* zu lesen, dass einer der Münchner Organisatorinnen der Selbstbeziehungsaktion die Wohnung fristlos gekündigt worden sei. Der Vermieter habe dies damit begründet, dass die Frau das Haus in Verruf gebracht habe.²⁹³ Die Empathie, die der Artikel der Frau und ihrer Familie entgegenbrachte, ist allerdings gleichzeitig ein Zeichen dafür, dass in den Medien sehr wohl Debatten geführt wurden über das, was war, und über das, was sein bzw. nicht mehr sein darf.

Auch bei einem Einsatz der Polizei gegen die *Aktion 218* in München zeigte sich, dass in der Bundesrepublik um 1970 Beharrung und Liberalisierung nebeneinander standen. Kurz nach der Veröffentlichung der Selbstbeziehung durchsuchte die Polizei in München die Wohnung zweier Frauen, die in München die Vorbereitungen für die Kampagne übernommen hatten.²⁹⁴ Der Presseberichtserstattung zufolge war das Vorgehen der Polizei nichts anderes als ein Skandal. Von polizeilichen „Gestapo-Methoden“ und einer „Nacht-und-Nebel-Aktion“ war da die Rede, die aber nicht den gewünschten Erfolg gehabt hätten. Statt der erhofften Originalunterschriften unter die Selbstbezeichnungen, die die *Aktion 218* bereits vorsorglich beim Anwalt deponiert hatte²⁹⁵, beschlagnahmten die Ordnungshüter lediglich Solidaritätserklärungen.

Nachdem Landtagsabgeordnete der SPD in einem offenen Brief an Bayerns Justizminister Philipp Held (CSU) den Einsatz der Polizei kritisiert hatten, konnte dieser aber bereits darauf verweisen, dass es der Staatsanwaltschaft um die Ahndung strafbarer Handlungen gegangen sei und die Solidaritätserklärungen, die nicht unter diesen Tatbestand fielen, am gleichen Tag zurückgegeben worden seien.²⁹⁶ Für die Münchner Aktivistinnen handelte es sich bei dem Eingreifen der Polizei um „plumpe Einschüchterung“. Auf einem Flugblatt stellten sie postwendend ihre Sicht der Dinge klar: Frauen würden (auch) von der Justiz als „gefährlich“ eingestuft, und das deshalb, weil sie im „Kampf gegen die doppelte Unterdrückung der Frau“ voransritten. Den Vorfall verzeichneten die Frauen deshalb als Erfolg und riefen zum Weitermachen auf: „Üben wir Selbstbewusstsein! Üben wir uns in Ungehorsam!“²⁹⁷

²⁹³ Almut Hielscher: Aktion 218 muss aus dem Haus, in: *Abendzeitung* vom 26. 6. 1971.

²⁹⁴ Vgl. Rusch: Aktionen und Reaktionen bis Sommer '71, v. a. S. 97ff.

²⁹⁵ IfZ-Archiv, ED 899/6: Blatt der Sozialistischen Arbeitsgruppe zur Befreiung der Frau – Aktion 218 München „Information zu Aktion §218“ [Ende Juni 1971].

²⁹⁶ Almut Hielscher: Aktion 218 muss aus dem Haus, in: *Abendzeitung* vom 26. 6. 1971; Um sechs Uhr früh kam die Polizei zu den „218“-Gegnern, in: *Frankfurter Rundschau* vom 28. 6. 1971; Polizei-Aktion wegen Paragraf 218, in: *Frankfurter Rundschau* vom 28. 6. 1971; Nägel mit Köpfen, in: *Frankfurter Rundschau* vom 28. 6. 1971; Abtreibung: Polizeiaktion gegen Frauen, in: *Stern* vom 1. 7. 1971.

²⁹⁷ IfZ-Archiv, ED 899/6: Flugblatt der Aktion 218 München „die münchner justiz hat sich gewaltig verschätzt“ [Juli 1971].

Nun hatte die Frauenbewegung aber kein Monopol auf extrovertierten und exzentrischen Protest. Dass die Außenwelt mit den gleichen Mitteln kontern konnte, zeigte sich etwa, als es im März 1974 nicht nur der Schweigemarsch der Frauenbewegung, sondern auch ein „angebrannter Hund“ in die Schlagzeilen der *Abendzeitung* schaffte. Der Hintergrund war eine Provokation von Gegnern einer Reform des Paragrafen 218 StGB: Um auf das angebliche Desinteresse der Öffentlichkeit am hohen Gut des menschlichen Lebens hinzuweisen, hatte die *Junge Union* in Schwaben mit der öffentlichen Verbrennung eines Tieres gedroht.²⁹⁸ In der bayerischen Hauptstadt hatte zuvor ausgerechnet die Akteurin von sich Reden gemacht, die die *Aktion 218* zur Feindin schlechthin ausgerufen hatte: die katholische Kirche.

Im Juni 1973 veranstaltete der Katholikenrat München auf dem Odeonsplatz eine Kundgebung, zu der Zeitungsmeldungen zufolge 10 000 bis 15 000 Personen erschienen waren. Teilweise extra mit Sonderzügen und Bussen vor allem aus dem süddeutschen Raum, aber auch aus Österreich oder Italien angereist, demonstrierten diese Menschen damit gegen Lockerungen des Paragrafen 218 StGB. Unter dem Motto „Aktion für das Leben“ plädierten der Münchner Kardinal Julius Döpfner, aber auch ein evangelischer Pfarrer mit Unterstützung von Medizinern und Juristen für den Schutz des ungeborenen Lebens. Auch diese Demonstration spielte mit den Emotionen: Transparente verließen der Furcht Ausdruck, dass der „Geist von Auschwitz“ auferstehe und Krankenhäuser zum „Schlachthof für Kinder“ würden. Es gab einen eigens komponierten „Song für das Leben“, der laut Bericht der *Süddeutschen Zeitung* allerdings ein „eher trauriger Gesang“ war, und am Ende der Kundgebung läuteten die Glocken aller Kirchen der Innenstadt.²⁹⁹

Die Mitglieder der *Aktion 218* sahen allerdings nicht tatenlos zu, sondern veranstalteten eine nicht angekündigte Gegendemonstration, auf der etwa 100 Personen mit Trillerpfeifen, Transparenten und Flugblättern auf sich aufmerksam machten. Einem „unbekannten Störer“ gelang es sogar, ein Mikrofonkabel zu kappen, so dass einer der Redner vor der großen Versammlung kurzfristig ins Leere sprach. Zwischen den Gegendemonstranten und der Polizei kam es schließlich zu Auseinandersetzungen, die damit endeten, dass 31 Frauen und 20 Männer verhaftet wurden. Teilweise zogen diese Festnahmen Anklagen und Geldstrafen nach sich.³⁰⁰ Während die Polizei tätliche Angriffe auf ihre Beamten beobachtete, sprach die *Aktion 218* von „Schlägen, Tritten und gemeinen Kommentaren“ seitens der Ordnungshüter. Sie glaubte sich in ihrer Sicht der Dinge bestärkt, wonach Frauen an breiter Front der „Repression“ ausgeliefert seien: „Frauen gegen die

²⁹⁸ Bernd Dobler: Verklebte Münder und ein angebrannter Hund ..., in: *Abendzeitung* vom 18.3.1974.

²⁹⁹ Elmar Schnitzer: Krawalle am Odeonsplatz, in: *Abendzeitung* vom 4.6.1973; Ingeborg Münzing: Und die Glocken läuteten dazu, in: *Abendzeitung* vom 4.6.1973; Christa Schechtl/Roman Soumar: Lebens-Demonstration vor der Feldherrnhalle, in: *Bild* vom 4.6.1973; Der Paragraph 218 im Meinungsstreit, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 4.6.1973; Hubert Schöne: Demonstration für das ungeborene Leben, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 4.6.1973; Norbert Lewandowski: Heftige Krawalle um den Paragraph 218, in: *tz* vom 4.6.1973.

³⁰⁰ Ebd.; 51 Festnahmen bei der Kundgebung am Odeonsplatz, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 4.6.1973; IfZ-Archiv, ED 899/8: Protokoll zum Plenum des Frauenzentrums Adlzreiterstraße vom 17.7.1975.

Kirche, Polizei gegen die Frauen“, stellte ein Flugblatt fest und schloss offensiv: „Wir kämpfen weiter – gemeinsam sind wir stark.“³⁰¹

Obwohl der Meinungsstreit um eine Reform des Abtreibungsverbots also durchaus Eskalationspotenzial bot, sind für München bislang keine weiteren Vorfälle dieser Art nachweisbar. Nach der ersten Demonstration der *Aktion 218* im November 1971 berichteten Münchnerinnen sogar, dass sich die Polizei „von ihrer hilfreichen Seite“ gezeigt habe.³⁰² Im Vorfeld des Bundesverfassungsgerichtsurteils im Februar 1975 meldete die *Abendzeitung*, die angesichts ähnlicher Vorfälle in Frankfurt am Main Tötlichkeiten befürchtet hatte, dass bei einer Protestaktion in München „2000 Betroffene, junge Mädchen und Frauen aus allen sozialen Schichten zum Glück ungeprügelt“ geblieben seien.³⁰³

Polizeiberichte zeigen, dass manche Beamte den Demonstrationen der Frauen zwar nicht das größte Verständnis entgegenbrachten, aber in beobachtender Position verblieben und keinerlei Ernst zu nehmende Störungen vermeldeten.³⁰⁴ Dies hing allerdings nicht allein damit zusammen, dass sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Demonstrationen entsprechend der Auflagen zu benehmen wussten, die das Amt für öffentliche Ordnung gemacht hatte. Vielmehr setzten die Polizisten der bayerischen Hauptstadt im Angesicht großer Menschaufmäufe im Allgemeinen auf eine Strategie der Kommunikation und Deeskalation. Es handelte sich dabei um die bereits in den 1960er Jahren ausgearbeitete „Münchner Linie“, die der Münchner Polizei, die damals noch eine kommunale Angelegenheit war, einen liberalen Ruf einbrachte und Vorbildfunktion für die Polizeitaktik in der gesamten Bundesrepublik erhielt.³⁰⁵ Dass Bürger und auch Bürgerinnen ihren politischen Ansichten auf der Straße Ausdruck verliehen, scheint – im Gegensatz etwa zu den Demonstrationen für Kinderläden 1969³⁰⁶ – alltäglicher geworden zu sein. Was die bayerischen Sicherheitsorgane weit stärker bewegte als der Protest der Frauenbewegung war die Angst davor, dass bei Demonstrationen davon ausgegangen werden musste, so formulierte es ein Verfassungsschutzbericht kurz vor dem „Frauenkampftag“ am 25. Februar 1975, „dass sich sämtliche linksgerichteten Organisationen dem Aufzug anschließen.“³⁰⁷

Die Furcht vor Extremismus entbehrte nicht jeglicher Grundlage. Tatsächlich findet sich zum Beispiel bei den *Arbeiter-Basis-Gruppen für den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei (ABG)* in München seit spätestens 1972 die Forderung, das Verbot der Abtreibung abzuschaffen. Deutlicher als bei der *Aktion 218* wurde dies mit dem Kampf gegen den Kapitalismus und einer Klassenjustiz verbunden, um die Arbeiterschaft aus der Not zu befreien. 1972 gründete sich ein

³⁰¹ Archiv 451, Mappe 218: Flugblatt der Aktion 218 München „Frauen gegen die Kirche, Polizei gegen die Frauen“ [5. 6. 1973].

³⁰² IfZ-Archiv, ED 899/6: Bericht über die Demonstration in München am 6. 11. 1971.

³⁰³ Ingeborg Münzing: Frauen klagen an, in: *Abendzeitung* vom 17. 2. 1975.

³⁰⁴ Staatsarchiv München, Pol. Dir. 16491: VfS-Bericht zu „Demonstrationszug und Kundgebung der ‚Aktion 218‘ am 16. 3. 1974“; Staatsarchiv München, Pol. Dir. 16246: Polizeibericht zum Aufzug der Münchner Fraueninitiative am 25. 2. 1975.

³⁰⁵ Zur „Münchner Linie“ ausführlicher: Sturm: Die Rolle der Münchner Polizei, v. a. S. 100–105.

³⁰⁶ Vgl. dazu Kap. II.2.

³⁰⁷ Staatsarchiv München, Pol. Dir. 16246: VfS-Bericht des Polizeipräsidiums München KA III vom 21. 2. 1975.

ABG-Frauensekretariat, das die weibliche Bevölkerung „auf Basis ihrer materiellen Forderungen vereinigen“ wollte.³⁰⁸ Dies stimmte nun nicht mit den Vorstellungen der *Aktion 218* überein, die dieser Vereinigung alles andere als unkritisch gegenüberstand. Aus Angst, dass Frauen von den *Arbeiter-Basis-Gruppen* vereinnahmt werden könnten, störte die *Aktion 218* eine Veranstaltung, die das *Frauensekretariat* am 8. März 1973, also dem Weltfrauentag, organisiert hatte. Dieses wiederum sah „durch kindisches Tischeklopfen und mutwillige Provokationen“ die „Grundsätze der Solidarität verletzt“.³⁰⁹

Nachdem das Bundesverfassungsgericht im Februar 1975 die Fristenregelung für verfassungswidrig erklärt hatte, fanden in München gehäuft Kundgebungen und Informationsstände eines *Komitees für den Volksentscheid gegen § 218* statt, hinter dem der *Kommunistische Bund Westdeutschland* stand.³¹⁰ Auch hier verhielten sich die Gruppen der Münchner Frauenbewegung reserviert. So hatte beispielsweise die *SFOM* für sich entschieden, den Kampf gegen das Abtreibungsverbot trotz des Urteils des Bundesverfassungsgerichts nicht aufzugeben. Die Frage, ob ein Volksentscheid dabei die richtige Strategie sei, verneinte sie schließlich. Und das nicht nur, weil ein solches Instrument auf Bundesebene nicht existiert, sondern weil der Vorschlag vor allem vom *Kommunistischen Bund Westdeutschlands* getragen wurde, dem nur an der eigenen Organisation gelegen sei. Ein solches Instrument gehe deshalb, so die *SFOM* wörtlich, „an den Interessen der Frauen ganz vorbei“.³¹¹ Allerdings war zu diesem Zeitpunkt die Energie, die die Aktionen gegen den Paragraph 218 StGB auszeichnete, weitgehend verbraucht. Ein dauerhafter Protest ließ sich angesichts einer lockeren und stark fluktuierenden Mitgliederstruktur schwer aufrechterhalten. Außerdem verlor die Reformdiskussion insgesamt an Dynamik, als sich der Bundestag auf eine Indikationsregelung verständigte, die er schließlich im Mai 1976 verabschiedete. Bei den Veranstaltungen des *Komitees für den Volksentscheid gegen § 218* verzeichneten die Polizeiberichte immer weniger Interesse und bereits im Februar 1976 „weder einen Zulauf noch eine Anteilnahme der Bevölkerung“. Die Schlussfolgerung des Beamten lautete daher: „Offensichtlich wird das Thema zum § 218 bereits als überholt angesehen.“³¹²

Freilich galt dieses Desinteresse auch für die Veranstaltungen der *Aktion 218*, selbst als diese sich in München 1974 dazu entschied, auch eine Fristenregelung gutzuheißen³¹³ und damit mit etablierten Gruppen und Parteien wie der SPD und

³⁰⁸ IfZ-Archiv, ED 914/41: „Bericht über München“ anlässlich eines überregionalen Frauentreffens im Februar 1973.

³⁰⁹ IfZ-Archiv, ED 727/2: Schreiben des Frauensekretariats der Arbeiter-Basis-Gruppen für den Wiederaufbau der KPD an die Aktion 218 München [März 1973].

³¹⁰ Staatsarchiv München, Pol. Dir. 16262: Flugblatt des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands, Ortsgruppe München: „Weg mit dem Paragraph 218 – Das Volk soll selbst entscheiden – Volksentscheid“ [Juni 1975]; Staatsarchiv München, Pol. Dir. 16235: Polizeibericht zur Kundgebung „Gegen den § 218 StGB“ am 3. 11. 1975 in München; VfS-Bericht zum „Aufzug am 21. 2. 1976 in München“.

³¹¹ IfZ-Archiv, ED 899/1: Protokoll der SFOM zum Plenum vom 9. 6. 1975.

³¹² Staatsarchiv München, Pol. Dir. 16235: Polizeibericht zur Kundgebung „Gegen den § 218 StGB“ am 23. 2. 1976 in München.

³¹³ IfZ-Archiv, ZG/HS München/22: Aufruf der Aktion 218 München „Demonstration für die Fristenlösung“ vom April 1974.

FDP vor Ort zusammenzuarbeiten.³¹⁴ Im Oktober 1975 plante das mittlerweile entstandene *Frauenzentrum Adlzreiterstraße* noch einen Fahrzeugkorso gegen den Paragraf 218 StGB, den es mit 15 Autos, 100 Fahrrädern und 150 Teilnehmerinnen beim Amt für öffentliche Ordnung anmeldete. Es kamen schließlich 50 Frauen mit 16 Autos und ebenso vielen Fahrrädern.³¹⁵

Der Aktionismus, der sich um die Forderung nach der eigenständigen Entscheidung über Schwangerschaft und Abtreibung in der ersten Hälfte der 1970er Jahre auf den Straßen entfaltet hatte, war damit weitgehend Geschichte. Dennoch: Der Frauenbewegung war es gelungen, Frauen über Alters- und Schichtgrenzen hinweg zu mobilisieren. Auch wenn die Zahl derer, die sich fest zu bestimmten Gruppen zählten, überschaubar war, so fanden immerhin die Aufrufe zum öffentlichen feministischen Protest über einige Jahre viele Anhängerinnen (und einige Anhänger). Dementsprechend fällt auch das Urteil der Historikerin Dagmar Herzog aus, die dem Thema Abtreibung eine Katalysatorfunktion zuschreibt: In einem „Zusammenspiel von allgemeiner Liberalisierung und beharrlichem Kampf“ habe sich aus einer Erscheinung, die „ziemlich klein, links und feministisch“ gewesen sei, eine bundesweite Bewegung entwickelt.³¹⁶ Ein durchschlagender Erfolg blieb dem Kampf für die Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs aber verwehrt. Die feministische Überzeugungskraft reichte bei weitem nicht aus, um die Abstimmungen in Parlament und Justiz zu beeinflussen. Allerdings ist es in München spätestens ab 1974 zu einem Schulterchluss zwischen der Frauenbewegung und den politischen Parteien gekommen, die eine Reform des Paragrafen 218 StGB unterstützten, namentlich den Münchner Ortsvereinen von SPD und FDP und der *Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen*. Ein gewisses gegenseitiges Interesse zwischen etablierten und neuen Vereinigungen ist daher ebenso wenig auszuschließen wie eine Diffusion von Ideen, zumindest, wenn man auf die lokale Ebene blickt und eine mögliche mittelbare Wirkung des frauenbewegten Protests nicht gänzlich zurückweist.³¹⁷

Nimmt man allein das Urteil des Bundesverfassungsgerichts und die einschlägige Gesetzgebung in Augenschein, dann waren die Demonstrationen der *Aktion 218* in der Tat eher pracht- als machtvoll. Allerdings reicherte der öffentliche Protest der Frauen die politische Willensbildung an, durch Menschauflauf, durch Skandalisierung des Anliegens und den begrenzten Regelbruch. Für sich allein genommen ist die Öffentlichkeit, die die Kampagne gewann, aber noch kein Gradmesser für das Engagement in weiblicher Sache. Denn zum einen hat der Kampf gegen Paragraf 218 StGB Frauen dazu geführt, sich zusammenzufinden und gerade in Form von Frauenzentren eigene Orte für sich zu reklamieren. Zum anderen

³¹⁴ Staatsarchiv München, Pol. Dir. 16561: Bescheid der Landeshauptstadt München an die „Initiative zur Durchsetzung der Fristenlösung“ über den Vollzug des Versammlungsgesetzes vom 4. 4. 1974; IfZ-Archiv, ZG/HS München 22: Demonstrationsaufruf aus dem Umfeld der Münchner Frauenbewegung „Demonstration für die Fristenlösung“ am 6. 4. 1974.

³¹⁵ Staatsarchiv München, Pol. Dir. 16232: VfS-Bericht vom 23. 10. 1975 zum Aufzug des Frauenzentrums Adlzreiterstraße am 25. 10. 1975 in München; VfS-Bericht zum Aufzug des Frauenzentrums München am 25. 10. 1975 vom 27. 10. 1975.

³¹⁶ Herzog: *Politisierung der Lust*, S. 273.

³¹⁷ Zum Verhältnis von Frauenbewegung und Mehrheitsgesellschaft vgl. Kap. V.

war der Protest auf den Straßen auch noch von anderen Arbeitsansätzen wie der der Selbsterfahrung und der Selbsthilfe begleitet.

b) „Nicht ‚man‘, sondern ‚ich‘ sagen“: *Selbsterfahrung und Selbsthilfe*

Am „Anfang politischen Handelns“³¹⁸ stand bei vielen Feministinnen das Engagement in Selbsterfahrungs- und Selbsthilfegruppen. Mit der sogenannten Selbsterfahrung verfügte die Frauenbewegung über eine Methode, mit der Frauen lernen konnten, Konflikte und Schwierigkeiten nicht mehr mit sich alleine herumzutragen und sie der eigenen Persönlichkeit zuzuschreiben, sondern sie in Worte zu fassen und als gesellschaftlich bedingt wahrzunehmen. Im Grunde wurde hier der feministische Leitsatz „Das Private ist politisch“ für die Einzelne unmittelbar spürbar. Der Anspruch, der in den Anleitungen zum Aufbau entsprechender Vereinigungen immer wieder artikuliert wurde, war hoch gesteckt: Frauen sollte über Selbsterfahrung die Ungerechtigkeit vor Augen geführt werden, der jede von ihnen unter den „herrschenden Verhältnissen“ ausgesetzt sei. Dass die Teilnehmerinnen daraus Konsequenzen zogen, war ausdrücklich erwünscht, denn aufgrund der dem gesamten weiblichen Geschlecht gemeinsamen Unrechtserfahrungen würden sich Frauen – zumindest der Theorie nach – solidarisieren. Der Ansatz der Selbsterfahrung wurde damit zu einer zentralen Grundlage dafür, dass Frauen nicht in der diagnostizierten Unterdrückung verharrten, sondern von ihrem lebensweltlichen Nahbereich ausgehend politisch aktiv wurden, um ihrer Benachteiligung ein Ende zu bereiten.³¹⁹

Das Prinzip der Selbsterfahrung war keine deutsche Erfindung, sondern ein Transferprodukt, das den grenzüberschreitenden Charakter der Frauenbewegung – neben feministischer Literatur mit internationaler Autorinnenschaft und der in den westlichen Industriestaaten stattfindenden Selbstbeziehungsaktion – unterstreicht. Münchnerinnen berichteten auf dem überregionalen Frauenkongress, der im Februar 1973 in ihrer Stadt tagte, dass sie das Konzept der Selbsterfahrung während ihrer Aufenthalte in den USA kennen gelernt und übernommen hätten, so dass sich deshalb in München seit etwa 1971 solche Gruppen bildeten.³²⁰ Auf die amerikanischen Wurzeln der Selbsterfahrung verwies vor allem die sogenannte Amerikanummer, die Münchner Frauen 1973 für die *Frauenzeitung*. *Frauen gemeinsam sind stark*, eine der ersten feministischen Zeitungen in der Bundesrepublik, gestalteten. In den Artikeln, die sich hauptsächlich aus Gesprächen mit amerikanischen Feministinnen und Erfahrungsberichten zusammensetzten, wurden dabei häufig die englischen Originalbezeichnungen „consciousness raising“

³¹⁸ Krechel: Selbsterfahrung und Fremdbestimmung, S. 14.

³¹⁹ Zu Anspruch und Ausgestaltung der Selbsterfahrung vgl. die zeitgenössischen Anleitungen und Erläuterungen, z. B. Allen: Der Freiraum; Wagner: Bewusstseinsveränderung; Kleingruppen – Erfahrungen und Regeln, in: Frankfurter Frauen: Frauenjahrbuch '75.

³²⁰ IfZ-Archiv, ED 914/41: Bericht über die Diskussion mit einer Münchener Frauengruppe anlässlich eines überregionalen Frauentreffens in München am 10./11. 2. 1973; IfZ-Archiv, ED 899/8: Thesenpapier aus dem Umfeld Münchner Frauengruppen „Zur Dynamik der (amerikanischen) ‚consciousness-raising‘ Gruppen“ vom November 1971.

(abgekürzt CR) und „self help“ benutzt.³²¹ Auch Alice Schwarzer sprach in ihrem Buch über die Geschichte der Frauenbewegung von „consciousness raising“ als einem „Rezept“ aus den USA, das in der ersten Hälfte der 1970er Jahre zu einem „magischen Begriff“ geworden sei und „erstmalig offiziell“ auf dem Münchner Frauentreffen 1973 auf dem Programm gestanden habe, um von dort aus in sogenannten CR-, Klein- oder – so eine durchaus selbstironisch gemeinte Bezeichnung³²² – „Quatschgruppen“ die Runde zu machen.³²³ Am Beispiel der Selbsterfahrung zeigte sich die enge transatlantische Verflechtung der Frauenbewegung und ein Austausch über nationale Grenzen hinweg, von denen vor allem die deutschen Frauen profitierten.

Der Ansatz der Selbsterfahrung wurde meist in einem Gesprächszirkel praktiziert, der idealerweise aus acht bis zehn Frauen bestand. In regelmäßig stattfindenden Zusammenkünften näherten sich die Mitglieder vorab festgelegten Themen, etwa Kindheit, Jugend, Schule, Arbeit, Liebe, Ehe oder Sexualität bzw. Fragen wie „Woran denken wir bei Demütigung/Erfolg/Macht?“, „Was für Gefühle haben wir über unser Aussehen/Körper?“ oder „Was bedeutet Geld/Glück/Freundschaft für uns?“. Zunächst schilderte jede Teilnehmerin der Reihe nach und ohne unterbrochen oder kritisiert zu werden, ihre persönlichen Erfahrungen. Die einzelnen Beiträge wurden in der Gruppe dann auf gemeinsame Aspekte hin zusammengefasst, um auf diese Weise über das alltägliche Erleben hinaus mehr über die Rolle von Frauen in der Gesellschaft, ihre Lebensbedingungen und die Ursachen weiblicher Unterdrückung herauszufinden.³²⁴

Dokumentationen oder Protokolle solcher Treffen gibt es kaum³²⁵, so dass es schwer nachzuvollziehen ist, wie viele Frauen Selbsterfahrungsangebote wahrnahmen und wie sich die Treffen gestalteten. In der Überlieferung sind CR-Gruppen entweder unspezifisch zum Beispiel als *Wohngemeinschafts-CR* betitelt oder sogar gänzlich namenlos.³²⁶ Die Anzahl der Gruppen und ihrer Mitglieder lässt sich daraus nicht ableiten. Im Münchner Umfeld gibt es für Mitte der 1970er Jahre immerhin eine Momentaufnahme: Damals existierten sieben Vereinigungen, die sich als *Psycho-Selbsthilfegruppen* verstanden. Dabei handelte es sich offenbar bereits um eine spezialisierte Form des CR, da man sich der Selbstbeschreibung gemäß bereits daran gemacht habe, „Alternativen zu herkömmlichen Therapieformen“ zu entwickeln.³²⁷ In einer Broschüre des *Frauenzentrums Adlzreiterstraße* aus dem Jahr 1975 wurde wiederum sehr häufig darauf hingewiesen, dass Frauen sich

³²¹ Archiv 451, Frauenzeitung. Frauen gemeinsam sind stark, Nr.3 vom März 1974 (die sogenannte Amerikanummer). Die Frauenzeitung erschien zwischen 1973 und 1976; die Redaktion wechselte bei jeder Ausgabe und wurde von Frauengruppen aus verschiedenen Städten übernommen.

³²² Hintergrundgespräch mit Christine Dombrowsky am 5.3.2008.

³²³ Vgl. Schwarzer: So fing es an!, S.36.

³²⁴ Die Zusammenfassung folgt v. a. Wagner: Bewusstseinsveränderung, S.143–159.

³²⁵ Typischer sind eher persönliche Rückschau, z. B. im Falle einer Göttinger Selbsterfahrungsgruppe: Wegehaupt-Schneider: Das Private ist politisch, S.17–19.

³²⁶ Z. B. IfZ-Archiv, ED 899/8: Papier aus dem Umfeld des Münchner Frauenzentrums „Protokoll vom Seminar am 27.4.1975“.

³²⁷ IfZ-Archiv, ED 899/19: Papier „Schwierigkeiten von Psychoselbsthilfegruppen von Frauen. Unsere Alternativen“ [1975], vgl. dazu auch die Ausführungen zum Frauentherapiezentrum München in Kap. IV.1.a.

in einer Selbsterfahrungsgruppe trafen bzw. ihre jeweiligen Schwerpunkte mit CR-Gesprächen kombinierten, so zum Beispiel eine *Malgruppe*, die Treffen *Mütter mit Söhnen* oder die Arbeitsgruppe *Gewalt gegen Frauen*.³²⁸

In dem Heft des Frauenzentrums finden sich auch Berichte mehrerer Mitglieder einer CR-Gruppe, die ihre Eindrücke über die gemeinsamen Aktivitäten festhielten. Der Kreis begann demnach 1974 mit acht Frauen. Aufgrund von Austritten und Neuzugängen kam es zu einigen Veränderungen, bis sich die Gruppe 1975 auf elf Mitglieder einpendelte. Diese beschrieben sich und ihre Zusammensetzung „nach unserem Dafürhalten“ für eine CR-Gruppe als „relativ typisch“: Bis auf eine Zwanzigjährige seien die Teilnehmerinnen zwischen 26 und 32 Jahren alt und „keine typischen Hausfrauen“: Da die Frauen studierten oder einem Beruf nachgingen, gehörten sie nach eigenem Ermessen „also dem Mittelstand“ an und verfügten über „höhere Bildung“. Drei der elf Frauen waren verheiratet oder lebten mit einem Partner, drei hatten Kinder, wobei zwei Mütter nicht mehr mit den Vätern ihrer Kinder zusammenwohnten. Zudem gibt es Hinweise, dass sich manche Frauen vermutlich aus dem Umfeld der „68er“-Bewegung kannten: Während gerade die Frauen mit Kindern „an der Gründung und Erhaltung von Kinderläden“ mitgearbeitet hätten, heißt es in dem Porträt, seien einige andere „in linken Gruppen“ aktiv gewesen.³²⁹ Im Grunde spiegelte sich in diesen weiblichen Lebensbildern der gesellschaftliche Wandel und die „68er“-Revolte gleichermaßen.

Auf die Frage, was den Reiz der Selbsterfahrung ausmache, gaben die Frauen keine eindeutige Antwort. Es fiel ihnen offenbar schwer, die Anziehungskraft der Methode zu verdeutlichen. „CR kann man nicht beschreiben, CR muss man erleben!“, stellte einer der Münchner Erfahrungsberichte deshalb fest. In der Tat ist der Idealismus, der sich im hier zitierten Beispiel in den wöchentlich stattfindenden Treffen über 14 Monate zog, anhand der vorhandenen Quellen kaum nachzuzeichnen. In den verschriftlichten Bilanzen über den Wert von Selbsterfahrung schlugen sich im Allgemeinen eher die Kritikpunkte nieder: So würden CR-Gruppen immer wieder scheitern, hieß es in einem Protokoll aus dem *Frauenzentrum Adlzreiterstraße*, weil es den Teilnehmerinnen an Offenheit und Vertrauen fehle, weil sie zu unterschiedlich seien oder weil sie sich nicht an Regeln hielten, die Gesprächsführung an sich rissen und Kritik an den anderen übten.³³⁰ Des weiteren verkämen die Kleingruppen oft zu Orten, an denen Frauen allein ihren Frust abladen würden: Sie würden zu therapeutischen Gemeinschaften, die nur bestimmten Mitgliedern nützten, die anderen dafür überforderten.³³¹ Auch die Formulierung politischer Standpunkte schien am Ende der Gesprächsrunde nicht immer einfach zu sein. So wurde zum Beispiel beklagt, dass die Sitzungen manchmal nicht „über das Be- und Zerreden individueller Probleme“ hinauskämen.³³² Einige *SFOM*-Mitglieder, die sich bei ihren Zusammenkünften gelegentlich auch des Ansatzes

³²⁸ FrauenMediaTurm, FE.03.048: Frauenzentrum München: Selbstdarstellung autonomer Frauengruppen München-Ingolstadt, München 1975.

³²⁹ Ebd., S. 21.

³³⁰ Z. B. IfZ-Archiv, ED 899/8: Protokoll zum Plenum des Frauenzentrums Adlzreiterstraße vom 30. 4. 1975.

³³¹ IfZ-Archiv, ED 899/19: Papier „Selbsterfahrungsgruppen“, o. A., o. D.

³³² FrauenMediaTurm, FE.03.048: Frauenzentrum München: Selbstdarstellung autonomer Frauengruppen München-Ingolstadt, München 1975, S. 31.

der Selbsterfahrung bedienten, gaben in einer Rückschau gar zu bedenken, dass es „der Anfang vom Ende“ gewesen sei, „als wir anfangen, über unsere eigene Sexualität zu diskutieren“.³³³

Diese Monita dürfen jedoch nicht überdecken, dass die Methode für einige Frauen große Bedeutung hatte. So führten Münchner Selbsterfahrungsgruppen aus, dass sie mit dem Konzept positive Wirkungen verbänden, vor allem deshalb, weil die Gruppenarbeit jede Einzelne der Teilnehmerinnen unterstütze. Diese lernten, freier über ihre Probleme zu reden, sich nicht mehr als individuelle Versagerinnen zu fühlen, Selbstbewusstsein zu entwickeln und gegebenenfalls auch ihre Lebensumstände zu ändern.³³⁴ Die Frauen wurden also in den Sitzungen zu eigenständigen Subjekten, machten sich klar, was „Emanzipation“ für sie bedeutete, und gingen im Einklang mit einer CR-Regel daran, „nicht ‚man‘, sondern ‚ich‘ zu sagen“.³³⁵

Diese Praxis blieb für das Kollektiv der Frauenbewegung nicht ohne Auswirkung. Für viele Feministinnen war die Selbsterfahrung „eine systematische Politisierung des ‚Privaten‘, ‚Vorpolitischen‘, ‚Unpolitischen‘“.³³⁶ Das Verfahren beeinflusste damit sowohl die Organisation als auch den Politikbegriff der Frauenbewegung entscheidend. Zunächst förderte die Arbeit mit Selbsterfahrung die Nähe von Frauen und stärkte ihr Zusammengehörigkeitsgefühl. Für den Aufbau eines solch fluiden Phänomens wie der Frauenbewegung war dies sehr wichtig, denn die kleinen Zirkel hatten den großen Vorteil, überschaubar zu sein. Zudem leiteten Frauen mit Hilfe des Konzepts aus ihren individuellen Lebenssituationen politische Anliegen ab, die darauf abstellten, die Beziehungen zwischen Menschen qualitativ anders zu gestalten und vor allen Dingen die Selbstbestimmung und Gestaltungskraft jeder Frau zu verbessern. In einer Gruppe von „30 Leuten“ sei es schwer, argumentierte zum Beispiel die *Aktion 218 München*, „so zu diskutieren, dass auch die zu Wort kommen, die noch wenig Erfahrung damit haben“. In den Kleingruppen ging es deshalb darum, jede Frau zum Reden zu bringen und ihr Selbstvertrauen zu geben, da sie darüber, dass sie die Stimme erhob, Teil von einem großen Ganzen wurde. In der Frauenbewegung sollte es keine Hierarchien geben, wie sie Feministinnen häufig anderen politischen Vereinigungen zuschrieben. Konstellationen, in denen einige wenige den Ton angaben, während andere schwiegen, sollten in frauenbewegten Zusammenhängen gar nicht erst aufkommen.³³⁷

Eine Münchner Frauengruppe sah die Selbsterfahrung zudem als Instrument, den weiblichen Widerstand zu stärken, da die CR-Gruppen „die üblichen frustrierenden Theoriegruppen“³³⁸ ersetzen würden. In ihren Zusammenkünften wurde ein Politikverständnis angelegt, das sich vollends gegen die „herrschenden Ver-

³³³ IfZ-Archiv, ED 899/4: Einladungsschreiben an die SFOM-Frauen zum Jahrestreffen vom 28. 1. 1997.

³³⁴ Im folgenden: IfZ-Archiv, ED 899/19: Papier „Selbsterfahrungsgruppen“.

³³⁵ Kleingruppen – Erfahrungen und Regeln, in: Frankfurter Frauen: Frauenjahrbuch '75, S. 196.

³³⁶ Kontos: Von heute an gibt's mein Programm, S. 54.

³³⁷ IfZ-Archiv, ED 899/6: Papier „Information 3“ von der Sozialistischen Arbeitsgruppe zur Befreiung der Frau – Aktion 218 – München [August 1971].

³³⁸ IfZ-Archiv, ED 914/41: Bericht über die Diskussion mit einer Münchener Frauengruppe anlässlich eines überregionalen Frauentreffens in München am 10./11. 2. 1973.

hältnisse“ richtete: Frauen bezogen sich in den Gesprächen aufeinander und machten sich und ihre Sicht zum Maßstab der Dinge, was freilich auch Abgrenzung bedeutete, wenn sie daran gingen, „sich nicht mehr immer nur an Typen zu orientieren“. ³³⁹ Die Frauen hinterfragten ihren Alltag und die Rollenmuster, in denen sie sich wiederfanden, und begaben sich auf die Suche nach den Regeln, die dem zugrunde lagen und die frauenbewegten Grundsätzen zufolge der weiblichen Bevölkerung alles andere als zum Vorteil gereichten. Um dem entgegenzuhalten, artikulierten sie sowohl Unzufriedenheit als auch Hoffnung auf Besserung. Es ging um Alternativen zum „Jetzt“. Die vermeintlich privaten „Probleme sind allgemeine Probleme“, stellte eine CR-Gruppe fest und erklärte, dass diese nicht nur in den eigenen vier Wänden, sondern „an vielen Orten besprochen werden“ müssten. ³⁴⁰ Die Frauen verstanden ihre Situation als öffentliche Angelegenheit und damit als Politik: Durch eine „kollage von ähnlichen erfahrungen aller anwesenden frauen“ werde die Grundlage gelegt für ein „gemeinsames entwickeln von vertrauen, stärke, politische analyse, aktion“. ³⁴¹ In der Bewegung wuchs ihrer Meinung nach also Selbsterkenntnis ebenso wie Selbstverständnis: „Nicht mehr das ewige Gefühl zu haben, als unbewusstes Wesen oder Anhängsel der Umwelt durch die Weltgeschichte zu rennen.“ ³⁴²

Das Konzept der Selbsterfahrung erfüllte in der Frauenbewegung zwei wichtige Funktionen. Zum ersten schärfte es das feministische Bewusstsein, da viele Teilnehmerinnen während der Gespräche ihr „Frau-Sein“, den damit verbundenen Ballast, aber auch dessen Vorzüge verinnerlichten. Dadurch, dass die „ganz subjektiv formulierten Schwierigkeiten, Defizite, Beschädigungen, aber auch die Wünsche, Sehnsüchte und Fähigkeiten“ von allen Frauen geteilt und anerkannt worden seien, so formuliert Silvia Kontos, habe eine „kollektive weibliche Identität“ entstehen können. ³⁴³ Der Meinung der Sozialwissenschaftlerin nach ist es der Frauenbewegung auch gelungen, diese Erkenntnis politisch fruchtbar zu machen. In der Tat, und dies ist die zweite Funktion der Selbsterfahrung, schufen sich Frauen in diesen Runden eine eigene Öffentlichkeit, die sich bisweilen von der Kleingruppe ausgehend vergrößerte. Die hier aufgeworfenen „Frauenfragen“ wurden in der Bewegung weiter verarbeitet und bargen damit Potenzial für Schwerpunkte, an denen die Frauenbewegung ansetzen konnte. Mit Hilfe der Selbsterfahrung schuf die Frauenbewegung also auch neue Themen, deren Spektrum sich zunehmend erweiterte. Noch in den 1970er Jahren schlug sich dies etwa im Einsatz von Feministinnen gegen häusliche Gewalt nieder, in den 1980er Jahren zum Beispiel im Aufbau von Frauengesundheitszentren.

Weibliche Gesundheit und weibliches Wohlbefinden spielten bereits in der ersten Hälfte der 1970er Jahre eine wichtige Rolle in der Politik der Frauenbewegung. Dies war eng mit der Kampagne gegen die Kriminalisierung der Abtreibung verknüpft, die sich nicht nur in großen Demonstrationen oder Petitionen an das

³³⁹ Ebd.

³⁴⁰ IfZ-Archiv, ED 899/1: Protokoll [der SFOM] vom 2.3.1975.

³⁴¹ IfZ-Archiv, ED 899/19: über consciousness-raising, in: Info 1 der SSHK-Frauen [1973].

³⁴² IfZ-Archiv, ED 914/41: Bericht über die Diskussion mit einer Münchener Frauengruppe anlässlich eines überregionalen Frauentreffens in München am 10./11.2.1973.

³⁴³ Kontos: Von heute an gibt's mein Programm, S.56.

Parlament spiegelte, sondern auch in der sogenannten Selbsthilfe, die sich zwar ebenso wie die Selbsterfahrung mit den Problemen und der Unterdrückung von Frauen befasste, aber bei weitem stärker darauf setzte, die gegebene Situation nicht hinzunehmen. Zwar kamen beide Methoden einer „kollektiv organisierten Erfahrungs- und Wissensproduktion“³⁴⁴ gleich. Der Selbsthilfe ging es aber noch einmal stärker um unmittelbare Tatkraft, die sich schließlich in einer Vielzahl von Publikationen niederschlug, die wie der aus den USA stammende Leitfaden „Our Bodies – Ourselves“, die Broschüre „Hexengeflüster“ aus dem Frauenzentrum Berlin oder das ab 1976 in Berlin erscheinende Magazin *Clio – Eine periodische Zeitschrift zur Selbsthilfe* dafür warben, dass sich Frauen von der Schulmedizin unabhängig machen und sich selbst Wissen über ihren Körper und ihre Sexualität aneignen sollten.³⁴⁵ Ihren Anfang nahm die feministische Selbsthilfe in der Bundesrepublik aber darin, dass sich Aktivistinnen der Frauenbewegung die Aufgabe stellten, ungewollt schwangere Frauen zu beraten und ihnen Kontakte zu vermitteln, um Schwangerschaftsabbrüche vornehmen zu lassen.³⁴⁶ Dabei handelte es sich entweder um Ärzte oder „Engelmacher“ im Inland, die dies illegal gegen Bezahlung übernahmen, oder um Krankenhäuser im Ausland, vor allem in den Niederlanden oder Großbritannien, wo Schwangerschaftsabbrüche seit 1967 bzw. 1968 im Strafrecht liberaler gehandhabt wurden als in der Bundesrepublik.

Die Frauenbewegung schickte sich also an, über die Beratungen in Sachen Paragraph 218 StGB das ihr so widerwärtige Gesetz zu missachten oder es zumindest über ein Schlupfloch zu umgehen. Darin ist ein bewusster und direkter Regelbruch zu erkennen, der mancher Feministin durchaus auch Anzeigen wegen Beihilfe zu krimineller Abtreibung einbrachte.³⁴⁷ Allerdings erklärte die Frauenbewegung angesichts des zu erwartenden restriktiven Urteils des Bundesverfassungsgerichts im Februar 1975 auch in München, dass die Selbsthilfe die Form des Aktionismus sei, die sie in jedem Falle fortführen werde: „Die Aktion 218 wird weiterarbeiten. Wir werden weiter beraten und Adressen vermitteln. [...] Wir werden zusammen mit den Frauen Busfahrten nach Holland organisieren.“³⁴⁸

Wurde die Selbsthilfe in Sachen Paragraph 218 StGB nach außen bisweilen als relativ offener Widerstand gegen die bestehenden Gesetze eingesetzt, so war sie nach innen für die Organisation der Frauenbewegung und die Sammlung und Verbreitung feministischen Wissens unabdingbar. Nachdem im Juli 1975 zum Beispiel

³⁴⁴ Dackweiler: Ausgegrenzt und eingemeindet, S. 210.

³⁴⁵ Boston Women's Health Book Collective: *Our Bodies, Ourselves*, Boston 1970, dt. *Unser Körper, unser Leben*, Reinbek bei Hamburg 1980; Berliner Frauenzentrum: *Hexengeflüster. Frauen greifen zur Selbsthilfe*, Berlin 1975; vgl. weiter: Schmidt: *Frauengesundheit in eigener Hand*, S. 39–47; zur Rezeptionsgeschichte des Buchs „Our Bodies, Ourselves“, das aus seinen autonomen Anfängen in den USA zu einem internationalen Standardwerk aufgestiegen ist: Davis: *Making of Our Bodies, Ourselves*.

³⁴⁶ IfZ-Archiv, ED 899/7: Extrajournal „Wir sind Frauen. Wir sind viele. Wir haben die Schnauze voll“, hrsg. von den Frauenzentren Adlzreiter- und Zugspitzstraße, München 1975.

³⁴⁷ IfZ-Archiv, ED 899/8: Protokoll zum Plenum des Frauenzentrums Adlzreiterstraße vom 16.7.1975. Über den Ausgang kann hier nichts berichtet werden. Entsprechende, mit illegaler Abtreibung zusammenhängende Justiz-Akten waren im Staatsarchiv München aus Gründen des Personenschutzes nicht zugänglich. Zudem hat die Autorin die Erfahrung gemacht, dass ehemalige Aktivistinnen das Thema zwar andeuten, aber nicht vertiefen.

³⁴⁸ IfZ-Archiv, ED 899/7: Extrajournal „Wir sind Frauen. Wir sind viele. Wir haben die Schnauze voll“, hrsg. von den Frauenzentren Adlzreiter- und Zugspitzstraße, München 1975.

eine Frau aus dem *Frauenzentrum Adlzreiterstraße* mit einem Kleinbus in die Niederlande gereist war, um ihren fünf Beifahrerinnen in einer dortigen Klinik eine Abtreibung zu ermöglichen, berichteten diese im Nachhinein zwar von dem damit verbundenen „Stress“, aber zugleich von einer „prima“ Stimmung, die dazu geführt habe, dass diese Notgemeinschaft sich der Frauenbewegung anschließen und eine CR-Gruppe ins Leben rufen werde.³⁴⁹ Dabei war den Organisatorinnen sehr wohl gegenwärtig, dass solche „Kaffeefahrten“ keinen guten Ruf genossen. Doch um das „Geschrei“ von Zeitgenossen, die einer Frauenbewegung nicht wohlgesonnen waren, kümmerten sich viele Feministinnen erklärtermaßen nicht.³⁵⁰

Die gegenseitige Hilfe in kleinen Gruppen diente dem Zusammenhalt und war zugleich von der Überzeugung geprägt, dass Frauen darüber ihr Schicksal selbst in die Hand nähmen. Denn Selbsthilfe sollte in erster Linie der Beobachtung entgegenwirken, dass die weibliche Bevölkerung angesichts der allgegenwärtigen Unterdrückung sich selbst vollkommen entfremdet sei und niemand sie dabei unterstützen würde, dies zu ändern.³⁵¹ Über die Paragraf-218-Beratung hinaus beschäftigten sich die Selbsthilfe-Gruppen immer eingehender mit den physischen wie psychischen Bedürfnissen von Frauen, die nach Einschätzung der Frauenbewegung bislang zu kurz gekommen waren. So setzten sich einige Feministinnen immer stärker mit der Medizin auseinander und ergriffen dabei für die Sache der Frauen sowohl Wort als auch Partei: Sie untersuchten beispielsweise das Verhältnis von (Frauen-)Arzt und Patientin, teilten Fragebögen aus und schrieben je nach Ergebnis die „schwarzen Listen“ und die Kartei über empfehlenswerte Praxen fort, in denen man sich für die Patientin Zeit nahm und auf sie einging.³⁵² Außerdem wurde Informationsmaterial darüber erstellt, wie eine gynäkologische Untersuchung abliefe und was ein Arzt dabei zu tun oder zu lassen hatte.³⁵³

Die Skepsis gegenüber der Schulmedizin drückte sich in einem immer größer werdenden Interesse am weiblichen Körper aus. So lernten Frauen über Untersuchungen, die sie an sich selbst vornahmen, ihre Anatomie besser kennen, diskutierten die Vor- und Nachteile der Pille und dachten über alternative Verhütungsmethoden nach, sammelten Erkenntnisse über Sexualität, Schwangerschaft und Geburt sowie über Frauenkrankheiten und Wechseljahre. Hier wurde also im Grunde sexuelle Aufklärung betrieben, doch damit allein ist die Selbsthilfe, die in der ersten Hälfte der 1970er Jahre ihren Ausgang nahm, nicht ausreichend charak-

³⁴⁹ IfZ-Archiv, ED 899/8: Protokoll zum Plenum des Frauenzentrums Adlzreiterstraße vom 23.7.1975.

³⁵⁰ IfZ-Archiv, ED 899/8: Protokoll zum Plenum des Frauenzentrums Adlzreiterstraße vom 16.7.1975.

³⁵¹ Zum Ansatz vgl. z. B.: Schneider: *Selfhelp*, S. 34–38.

³⁵² In München wurden „schwarze Schafe“ unter den Ärzten sogar gebrandmarkt, indem ihre Namen bei einer Kundgebung der Aktion 218 öffentlich verlesen und entsprechende Flugblätter ausgeteilt wurden: Ingeborg Münzing: „Man zahlt mit Sex und über 1 000 Mark“, in: *Abendzeitung* vom 17.2.1975; *FrauenMediaTurm*, FE.05.064: Flugblatt aus dem Umfeld Münchner Frauengruppen „Vorsicht brutale Abtreiber“ [1975]; *FrauenMediaTurm*, FE.05.063: Flugblatt aus dem Umfeld Münchner Frauengruppen „Wie verhalten sich ‚Sachautoritäten‘ gegenüber Schwangerschaft“ [1975].

³⁵³ Vgl. dazu v. a. eine Broschüre des Münchner Verlags Frauenoffensive von 1976: Bohm/Korflür: *Frauenarzt*.

terisiert.³⁵⁴ Die Befürworterinnen beschrieben die Selbsthilfe als einen Weg zur Selbstbestimmung, da Frauen damit die „Machtfrage“ stellten: Sie würden nicht mehr den Platz einnehmen, der ihnen von den „Herrschenden“ und damit den Männern zugewiesen worden sei.³⁵⁵

Durch die Selbsthilfe wurde der „männliche“ Blick auf die Dinge nicht akzeptiert. Darüber hinaus wurden Alternativen entworfen, die Frauen eher gerecht werden sollten. Selbsthilfe war demnach ein Ansatz, der es erlaubte, „alternativ und unabhängig“³⁵⁶ handeln zu können. Dabei ist allerdings nicht völlig von der Hand zu weisen, dass patriarchalen Glaubensgrundsätzen, denen Frauen über die Selbsthilfe Paroli bieten wollten, teilweise matriarchale gegenübergestellt wurden. Solche Entwicklungen sind seit dem Ende der 1970er Jahre und in den 1980er Jahren zu beobachten, wobei einschränkend zu bemerken ist, dass allzu wohlklingende Hohelieder auf die Weiblichkeit in der Frauenbewegung alles andere als unwidersprochen blieben.³⁵⁷

Obgleich Selbsthilfe auch eine esoterische Richtung einschlagen konnte, nahm sie in der Regel sehr konkrete Formen an und professionalisierte sich im Lauf der Zeit, gerade auf therapeutischem und medizinischem Gebiet. Beispiele dafür sind das 1978 in München gegründete *FrauenTherapieZentrum*³⁵⁸, das bis heute existiert, oder die Frauengesundheitszentren. Die entsprechende Münchner Einrichtung³⁵⁹ nahm Anfang der 1980er Jahre ihre Arbeit auf. In den späten 1970er Jahren zeigten sich die Ergebnisse von Selbsthilfe und Selbsterfahrung in zahlreichen Projekten und Themenschwerpunkten, etwa, wenn in Form von sogenannten Frauenhäusern Zufluchtsstätten für misshandelte Frauen und deren Kinder aufgebaut wurden.³⁶⁰ Selbsthilfe musste aber nicht unbedingt mit Gesundheit und Körper zu tun haben. So machten sich in München Frauen daran, in einer *Frauenwerkstatt* und in einem *Frauenhandwerkskollektiv* männlich konnotiertes Wissen für sich zu nutzen oder bauten das Projekt *Arbeitslose Mädchen helfen sich selbst auf*.³⁶¹

Selbsterfahrung und Selbsthilfe waren damit Ermächtigungsstrategien, die der von der Frauenbewegung kritisierten Benachteiligung des weiblichen Geschlechts die gemeinsame Betroffenheit und das Bewusstsein entgegensetzten, dass Frauen selbst die Expertinnen für ihre Lage seien. Selbsterfahrung und Selbsthilfe traten in der ersten Hälfte der 1970er Jahre neben die sichtbareren und auf die breitere (Medien-)Öffentlichkeit zielenden Aktionen wie die Kampagne für die Legalisie-

³⁵⁴ Archiv 451, Mappe Zentrum Giesing; Flugblatt der Frauenberatungsstelle Zugspitzstraße [November 1974], das ein entsprechendes Kursangebot verzeichnete; entsprechend auch ein Erfahrungsbericht, der auf eine Gruppe aus München zurückging: Erfahrungen einer Selbsthilfe-Gruppe, in: Jahrbuchgruppe des Münchner Frauenzentrums: Frauenjahrbuch '76, S. 135–151.

³⁵⁵ IfZ-Archiv, ED 899/7: Extrajournal „Wir sind Frauen. Wir sind viele. Wir haben die Schnauze voll“, hrsg. von den Frauenzentren Adlzreiter- und Zugspitzstraße, München 1975.

³⁵⁶ Schneider: *Selfhilf*, S. 35.

³⁵⁷ Zur Kritik vgl. z. B. Schwarzer: *So fing es an!*, S. 95–108.

³⁵⁸ Vgl. <http://ftz-muenchen.de>; vgl. weiter Kap. IV.1.a.

³⁵⁹ Vgl. www.fgz-muc.de; vgl. weiter Kap. VI.

³⁶⁰ Vgl. dazu Kap. IV.2.c.

³⁶¹ Vgl. dazu z. B. die Projekte-Übersicht: Frauen gehen zu Frauen, in: Münchner Frauenzeitung vom September 1979, S. 1; vgl. weiter Kap. IV.1.b.

rung der Abtreibung. Zusammengenommen wurden beide Vorgehensweisen bereits als „Körperpolitik“ und eine „doppelte politische Strategie“³⁶² bezeichnet, mit der sich die Frauenbewegung anschickte, die Selbstbestimmung über den weiblichen Körper und die weibliche Sexualität durchzusetzen.

Da der Forderung der *Aktion 218*, den Schwangerschaftsabbruch als Straftat vollständig aus dem Gesetzbuch zu streichen, kein Erfolg beschieden war, hat die Historiografie der Frauenbewegung lange einen „Rückzug nach innen“ nachgesagt und dies vor allem mit dem Auftauchen von Selbsterfahrungs- und Selbsthilfegruppen begründet.³⁶³ Eine solche Bewertung wird von den Quellen aber nicht gestützt. Die mit der konstatierten Wende gemeinhin verbundenen Ansätze der Selbsterfahrung und Selbsthilfe verbreiteten sich bereits viel früher. Zudem zeigt sich, dass das Bild des Rückzugs, das der Frauenbewegung unterstellt, nach verlorenem Kampf die Strategie grundlegend geändert, sich weitgehend auf sich selbst bezogen und defensiv verhalten zu haben, die Methoden der Selbsterfahrung und Selbsthilfe missversteht.

Zwar büßte der Paragraph 218 StGB für seine Gegnerinnen und Gegner an Anstößigkeit ein, da durch die 1976 vom Bundestag verabschiedete Indikationsregelung gewissermaßen die Macht des Faktischen wirkte: Schwangerschaftsabbrüche wurden über die medizinisch, eugenisch, kriminologisch oder sozial begründbaren Ausnahmen realiter legalisiert, so dass Frauen, die eine Abtreibung vornehmen lassen wollten, nicht notwendigerweise die Beratung und Selbsthilfe der Frauenbewegung in Anspruch nehmen mussten. Allerdings bedeutete das nicht, dass die Bewegung ihre grundsätzliche Opposition gegen die Kriminalisierung der Abtreibung und die Selbsthilfe nach 1975 aufgegeben hat. Außerdem macht gerade das Beispiel München deutlich, dass das vermeintlich egozentrische Innenleben der Frauenbewegung ebenso wichtig war wie die Auftritte nach außen. Neben der „Organisation durch Aktion“³⁶⁴ stand die Organisation durch Selbsterfahrung und Selbsthilfe, die angesichts der Vielzahl von Kleingruppen, aus denen die Frauenbewegung bestand, mit dazu beitrug, dass sich ihre Anhängerinnen als feministisch verstanden und ein gemeinsames Bewusstsein entwickelten. Davon ausgehend konnten Ideen formuliert und weitergetragen werden, die die Frauenbewegung in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre prägten.

³⁶² Dackweiler: *Ausgegrenzt und eingemeindet*, S. 186.

³⁶³ Die These erstmals bei: Schenk: *Feministische Herausforderung*, v. a. S. 88–94. Das Bild des Rückzugs und der Wende fand seither häufig Nachahmung, z. B. bei: Apostolidou: *Die neue Frauenbewegung*, S. 28f.; von einer „inneren Wende“ am Ende der 1970er Jahre spricht: Nave-Herz: *Geschichte der Frauenbewegung*, v. a. S. 70–75.

³⁶⁴ So die Formulierung bei Schulz: *Langer Atem*, v. a. S. 145–174.

IV. Feministische Gegenwelten in den späten 1970er Jahren

München galt ab Mitte der 1970er Jahre im frauenbewegten Milieu als eine Stadt der Superlative. Hier nahm der erste feministische Verlag der Bundesrepublik, die *Frauenoffensive*, die Arbeit auf. Außerdem öffnete mit *Lillemor's* der erste Frauenbuchladen seine Pforten. Im Gegensatz zu anderen Städten mit Ausnahme Berlins¹ verfügte die Metropole an der Isar nicht nur über ein, sondern gleich über mehrere Frauenzentren. Große Veranstaltungen wie „Frauenbeziehung – Frauenliebe“, Walpurgisnacht-Demonstrationen und der Aufbau eines Frauenhauses sorgten für Schlagzeilen.² Der feministische Neuling auf dem Zeitschriftenmarkt, das Magazin *Emma*, fand in Bayern Anfang der 1980er Jahre entgegen der eigenen Erwartungen keinen bierseligen und rückständigen Freistaat vor, in dem es eine Frauenbewegung schwer haben würde. Vielmehr pries die Verfasserin eines Artikels über München zumindest die bayerische Hauptstadt als „feministisches Wunderland“³, ja, München war damals *Emma* zufolge sogar „die Stadt der Frauenprojekte“⁴ schlechthin.

Nach den Aufbrüchen in der ersten Hälfte der 1970er Jahre entwickelte sich die neue Frauenbewegung nicht nur in München, sondern bundesweit in einer Art und Weise, die ihren Anhängerinnen einer sympathisierenden Beschreibung zufolge einen „feministischen Alltag“ ermöglichte: Obwohl es Kraft kostete, wenn alles Gewohnte „problematisiert, diskutiert, neu definiert“ werde, sei dennoch „inmitten der Wüste des Patriarchats“ eine „frauenfreundlichere Welt“ entstanden. In diesem Sinne wurden Orte wie Frauenzentren und Frauenkneipen, das Engagement in Frauenprojekten oder der Einsatz gegen Gewalt an Frauen zu „Stützpunkten, befreiten Gebieten“ jenseits aller „frauenfeindlichen Denkmuster und Verhaltensstrukturen“.⁵

Dass die Frauenbewegung in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre immer neue Zusammenschlüsse und Netzwerke hervorbrachte sowie ein breites Themenspektrum entfaltete, hat die Geschichtsschreibung dazu bewogen, Feminismus als eine „Alternativbewegung“ und eine „Gegenkultur“⁶ zu charakterisieren. Seine Vertre-

¹ In München wie in Berlin gab es in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre mehrere Frauenzentren und -treffpunkte, nicht erst in den 1980er Jahren, wie dies festgestellt wird von: Doderer: Urbane Praktiken, S. 93; zu den Frauenöffentlichkeiten seit den 1970er Jahren bis in die Gegenwart in den einzelnen Städten Berlin, Hamburg, München, Frankfurt am Main und Stuttgart vgl. ebd., S. 169–254.

² Frauenkongress und Walpurgisnacht, in: *Emma* vom April 1977.

³ Feministisches Wunderland, in: *Emma* vom Februar 1981.

⁴ Frauenstudien – zum Beispiel München, in: *Emma* vom Juni 1982.

⁵ Köster: Feministischer Alltag, S. 8.

⁶ So die Begrifflichkeiten z. B. bei: Gerhard: Frauenbewegung in Deutschland, S. 90; ähnlich: Gerhard: Frauenbewegung, S. 218; Notz: Warum flog die Tomate?, S. 52–55.

terinnen fürchteten allerdings bei aller Hoffnung auf eine Veränderung der Gesellschaft die Gefahr, dass die Bewegung in eine „Frauensubkultur“⁷ abdrifte. Diese Begriffe – eine sichtbare Alternativbewegung und Gegenkultur auf der einen, eine unsichtbare Subkultur auf der anderen Seite – deuten darauf hin, dass sich die Frauenbewegung in einem Spannungsverhältnis befand, das sich zwischen der erklärten Absicht, sich einer als „patriarchalisch“ gekennzeichneten Umwelt zu entziehen, und dem gleichzeitigen Anspruch auf politische Gestaltung entwickelte. Der Frage, wie die Frauenbewegung mit diesen Ambivalenzen und Widersprüchlichkeiten umging, soll im folgenden anhand einiger Beispiele für Organisations- und Aktionsformen nachgegangen werden. Frauenzentren und Frauenprojekte gilt es dabei ebenso vorzustellen, wie die feministischen Diskussionen um weibliche Autonomie, den „Lohn für Hausarbeit“ und das Engagement gegen Gewalt an Frauen nachzuzeichnen.

1. Organisationen

a) „Bunt durcheinandergewürfelt, wie es dem Leben gefällt“: Frauenzentren

Der Wunsch nach einem eigenen Treffpunkt, den Frauen für Frauen organisieren sollten, wurde in München im Zuge der Kampagne für die Legalisierung der Abtreibung in der ersten Hälfte der 1970er Jahre immer wieder artikuliert. So überlegte die Münchner *Aktion 218* bereits im Sommer 1971, ein kleines Geschäft anzumieten und dort ein „Frauenkommunikationszentrum“ zu eröffnen. Hiervon erhoffte man sich nicht nur die Beförderung des feministischen Tatendrangs. Ausstellungen zur Geschichte der Frauenbewegung und die Auslage von „Emanzipationsliteratur“ sollten darüber hinaus „Bildungseffekte“ im Sinne der Bewegung zeitigen. Auch bauten die Aktivistinnen auf institutionelle Bereicherungen: Bei einer Tasse Tee könnten, so die Hoffnung, neue Gruppen entstehen. Dabei dachte man insbesondere an Initiativen, wie sie in München bereits seit „68er“-Zeiten erprobt wurden: Kinderläden⁸, die es gerade viel geforderten Müttern ermöglichen sollten, politisch tätig zu werden.⁹

Die *Aktion 218* hatte zu diesem Zeitpunkt eine Art Büro eingerichtet und damit für Sympathisantinnen und Ratsuchende eine Anlaufstelle geschaffen, bei der nach eigenen Angaben „großer Andrang“ herrschte. Außerdem wurden dort ein Schwarzes Brett gepflegt und Adressen weitergegeben, zum Beispiel von Ärzten, die Abtreibungen vornahmen, oder von anderen Frauengruppen vor Ort.¹⁰ Im Jahr 1973 schließlich warben Münchnerinnen für ein dauerhaft angelegtes „Projekt Frauenzentrum“¹¹, das nicht nur über ein Archiv und eine Bibliothek verfü-

⁷ Schenk: Die feministische Herausforderung, S.211.

⁸ Vgl. Kap. II.2.

⁹ IfZ-Archiv, ED 899/6: Broschüre „Information 3“ der „Sozialistischen Arbeitsgruppe zur Befreiung der Frau – Aktion 218 – München“ [August 1971].

¹⁰ IfZ-Archiv, ED 899/6: Papier „Vorschläge der Organisationsgruppe“ [der Aktion 218] vom 18.3.1972.

¹¹ IfZ-Archiv, ED 899/6: Projekt Frauenzentrum, in: Info 1 der SSHK-Frauen [1973].

gen, sondern Frauen in allen Lebenslagen offenstehen sollte: Neben Informationen über Empfängnisverhütung und Schwangerschaft(sabbruch) wollten die Aktivistinnen ihre Geschlechtsgenossinnen in Sachen Ehe und Scheidung, Ausbildung und Beruf oder Wohn- und Mietfragen beraten bzw. Kontakte zu Ärzten und Rechtsanwälten herstellen. Außerdem waren technische Kurse und CR-Gruppen¹² geplant.

Doch verfolgten auch andere Zusammenschlüsse, allen voran Stadtteilinitiativen in Giesing und Neuperlach, ähnliche Unternehmungen. In Giesing verabschiedete sich die *Siemens-Frauengruppe*¹³ seit 1973 langsam von ihrem Ansatz der Betriebsarbeit und suchte nach einem Weg, der ihr eine „systematischere Arbeit und gezielte, kontinuierliche Agitation“¹⁴ ermöglichen sollte. Ein Frauenzentrum erschien dabei vielversprechend, zumal in einem Stadtteil, der in den Augen der *Siemens-Frauen* besonders die Probleme des weiblichen „Proletariats“ offenlegte: Nicht nur, dass in den 1970er Jahren bei den dort angesiedelten Produktionsstätten von Agfa, Siemens oder Konen vorwiegend Frauen beschäftigt waren. Die *Siemens-Frauen* stellten zudem fest, dass „sehr viele Arbeiterinnen und [ihre] Familien“ in dem traditionellen Arbeiterviertel auch wohnten und deshalb von einem Frauentreffpunkt in unmittelbarer Nachbarschaft profitieren könnten.¹⁵

Die vormaligen Betriebsarbeiterinnen blieben damit auch in den Planungen für das *Frauenzentrum Giesing* ihrer Zielgruppe – erwerbstätigen Frauen mit Kindern – treu, obwohl sie sich beruflich und familiär meist nicht in einer vergleichbaren Position befanden. So gab ein Mitglied der *Siemens-Frauen* an: „Meine Existenz ist momentan noch nicht so festgelegt und auch noch nicht so funktionalisiert.“ Trotzdem wollte diese Frau gerade zusammen mit Frauen, die Kinder zu erziehen und einen Haushalt zu bewältigten hatten, aktiv werden, „weil ich gesellschaftlich mitmischen will“.¹⁶

Der erklärte Wille, sich aufgrund der Geschlechtszugehörigkeit zu solidarisieren und politisch tätig zu werden, zeigte sich auch an dem Ziel, das sich die *Siemens-Frauengruppe* beim Aufbau ihres Frauenzentrums setzte: Dort würde nicht mehr „reformistisch“ wie bei der „Caritas“ gearbeitet, die Frauen in Not irgendwelche Angebote mache. Vielmehr sollten die Frauen in einem solchen Zentrum aktiv werden und ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. Ihre „politische Arbeit“ sahen die *Siemens-Frauen* darin, „ein attraktives Gegenmilieu“ zu gestalten. Ebenso wie in Frauenwohngemeinschaften könne in einem Frauenzentrum der Versuch unternommen werden, bestimmte Verhaltensweisen, etwa die bedingungslose Akzeptanz der traditionellen Frauenrolle oder die Konkurrenz zwischen Frauen, abzulegen. Ihrem Einsatz an den Fließbändern entsprechend wollten die *Siemens-Frauen* dabei mit gutem Beispiel vorangehen. Ihrer Meinung nach brachte eine rein „verbale Vermittlung“ von politischen Vorstellungen nämlich

¹² Vgl. dazu Kap. III.2.b.

¹³ Vgl. Kap. III.1.b.

¹⁴ Archiv 451, Mappe Zentrum Giesing: Merkblatt zur Betriebszeitung, o. D.

¹⁵ Archiv 451, Mappe Zentrum Giesing: Flugblatt der Siemens-Frauengruppe „Frauen machen Dampf – Frauen machen Klassenkampf“ [Februar 1973].

¹⁶ Archiv 451, Mappe Hausarbeitslohn: Arbeitspapier der „Untergruppe Hausfrauenlohn“ [der SFG, Juni 1974].

nichts. Vielmehr müsse bei allen Frauen eine „Bewusstseinsänderung“ in Gang gesetzt werden, indem „die Genossinnen“ damit anfangen, ein „anderes Verhalten“ vorzuleben. Dieses sollte durch Aufklärung und Ratschläge an andere Frauen weitergegeben werden. Vor allem aber wollten die *Siemens-Frauen* „Widerstand initiieren“, obwohl sie selbst „nicht unmittelbar Betroffene“ waren.¹⁷

Im *Frauenzentrum Zugspitzstraße*, das die *Siemens-Frauengruppe* zwischen 1973 und 1976 unterhielt, zeigte sich das Anliegen, Frauen für ihre Befreiung den Rücken zu stärken, sehr deutlich. In den Aktivitäten der Einrichtung, die in den Dokumenten auch als *Frauenberatungsstelle Giesing* bezeichnet wird, spiegelten sich die Lebensumstände vieler Stadtteilbewohnerinnen wider, wie sie die *Siemens-Frauen* bereits in der Betriebsarbeit kennengelernt hatten. In dem Ladenlokal trafen sich mehrere Gruppen sogenannter Gastarbeiterinnen, die sich über das jeweilige Herkunftsland der Teilnehmerinnen benannten. So gab es eine türkische, eine griechische und eine tunesische „Nationalitätengruppe“.¹⁸ Um Migrantinnen das Leben im fremden Land leichter zu machen, organisierten die *Siemens-Frauen* Deutschkurse und begleiteten Ausländerinnen bei Behördengängen und Arztbesuchen.¹⁹

Zudem suchten die Aktivistinnen nach Strategien, die Mehrfachbelastung durch Familie und Beruf zu verringern. Eine Antwort war die „Initiative Tagespflege“, die das Zentrum seit 1974 betrieb. Diese Kontaktbörse führte berufstätige Mütter und Hausfrauen mit Kindern über ein Tagesmütter-Modell zusammen. Für beide Seiten hoben die Initiatorinnen der Beratungsstelle die Vorteile für die Emanzipation der Frauen hervor: Die Hausfrauen seien nicht länger isoliert und erhielten sogar Geld, „über das sie selbst frei verfügen können“ und das die Aufgaben in den eigenen vier Wänden zur anerkannten Arbeit aufwerte. Die berufstätigen Mütter wiederum entkamen der „Hetze“ und wüssten ihre Kinder gut untergebracht, weit weg von den öffentlichen Kindergärten, bei denen die Plätze rar und der Erziehungsstil entmündigend seien.²⁰

Darüber hinaus verfolgte das Giesinger Zentrum auch eine „Körperpolitik“²¹, die im Kampf gegen Paragraph 218 StGB und der Selbsterfahrung ihren Ausgang genommen hatte. Im November 1974 informierte ein Flugblatt seine Leserinnen, dass in der Zugspitzstraße kostenlose Kurse „nur für Frauen“ angeboten wurden, mit denen diese ihr Wissen über Sexualität verbessern und den Ärzten „auf die Finger schauen“ könnten: Alle 14 Tage standen in der Beratungsstelle Themen wie Verhütung, Menstruation, Untersuchung beim Frauenarzt, Abtreibung und Geburt auf der Agenda. Auch dabei war die Aktivität der Besucherinnen gefragt, denn über die Vorträge hinaus, darauf wies das Flugblatt hin, könne jede Frau fragen, „was sie interessiert und erzählen, was sie erlebt hat (wenn sie es möchte)“.²²

¹⁷ Archiv 451, Mappe Zentrum Giesing: Protokoll der Siemens-Frauengruppe vom 4. 8. 1973.

¹⁸ Archiv 451, Mappe Zentrum Giesing: Protokoll der Siemens-Frauengruppe vom 6. 3. 1973.

¹⁹ Archiv 451, Mappe Zentrum Giesing enthält Unterrichtsmaterialien zu Deutsch als Fremdsprache; Hintergrundgespräch mit Christine Dombrowsky am 5. 3. 2008.

²⁰ Archiv 451, Mappe Zentrum Giesing: Aufruf „Frauen in Giesing“ mit Erfahrungsberichten berufstätiger Mütter [1974]; Flugblatt „Initiative Tagespflege“ [Oktober 1974].

²¹ Vgl. Kap. III.2.

²² Archiv 451, Mappe Zentrum Giesing: Flugblatt der Frauenberatungsstelle Zugspitzstraße [November 1974].

Selbsterfahrung und Selbsthilfe lagen den Betreiberinnen des Zentrums sehr am Herzen, nicht zuletzt deshalb, weil sie diese Methoden innerhalb ihrer eigenen Gruppe weiterentwickelten und langfristig einen „psychologischen Beratungsdienst“ installieren wollten. Gerade die Selbsterfahrung galt den ehemaligen *Siemens-Frauen* dabei als „Probe aufs Exempel“, die zeigen sollte, dass sie bereit waren, die „ideellen Forderungen nach Emanzipation oder gar Befreiung“ an sich selbst zuzulassen und „die Grenzen unserer Privatheit aufzugeben“. Vermeintlich individuelle Fragen, die die *Siemens-Frauen* einer fest gefügten Geschlechterordnung zuschrieben, sollten damit als gesellschaftliche Probleme offengelegt und politisiert werden.²³

In einem Frauenzentrum, da war sich neben der *Siemens-Frauengruppe* auch die *Sozialistische Frauenorganisation München (SFOM)* sicher, könne dem Missstand, dem die weibliche Bevölkerung ausgesetzt sei, abgeholfen werden, und zwar nicht mit abstrakten Forderungen, sondern durch Arbeit „an der Basis“ und der „konkreten Hilfe in beschissenen Situationen“, wie es recht unverblümt hieß. Allerdings warf die *SFOM* auch eine Frage auf, die die Trägerinnen eines Frauenzentrums immer wieder beschäftigte: „Wer hat soviel Zeit und Energie?“²⁴ Neben dem enormen Zeitaufwand mangelte es den zu Beginn fast ausnahmslos von privatpolitischem Engagement getragenen Einrichtungen häufig an Geld. Alice Schwarzer etwa schildert in ihrer Geschichte der Frauenbewegung, welcher Idealismus hinter dem Aufbau von Frauenzentren stehen musste, von denen es in der Bundesrepublik 1974 immerhin schon etwa ein Dutzend gab, „alle selbst finanziert, selbst renoviert, selbst propagiert“.²⁵ Das sah bei den *Siemens-Frauen* nicht anders aus: Die Miete für die Räumlichkeiten und das Geld für die verschiedenen Unternehmungen wurden vor allem aus Spenden und dem Erlös von Frauenfesten bestritten.²⁶ Letztlich ging das Giesinger Zentrum um 1976 in einem größer angelegten Münchner Frauenzentrum auf.

Beschäftigte man sich in der *Frauenberatungsstelle Giesing* vor allem mit der Lage der ausländischen Arbeitnehmerinnen und der berufstätigen Mütter, so stellte in Neuperlach eine ganz andere Entwicklung viele Frauen vor Herausforderungen. Der Stadtteil im Südosten Münchens war als sogenannte Entlastungsstadt auf der grünen Wiese errichtet worden. Das Siedlungsprojekt, das zwischen 1968 und 1979 in Angriff genommen wurde, galt als Paradebeispiel für moderne Stadtentwicklung. Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Kultur und Sport sollten in einem Stadtteil integriert werden. Zwar war Neuperlach in den 1970er Jahren noch kein sozialer Brennpunkt. Trotzdem klappte zwischen den Planungen, die ganz von Modernisierungseuphorie und architektonischem Eifer geprägt waren, und der städtebaulichen Praxis oftmals eine große Lücke.²⁷

Die feministische Zeitschrift *Emma* beschrieb Neuperlach Ende der 1970er Jahre deshalb als einen Ort der „Grabesstille“²⁸: Vor allem alleinstehende Frauen und

²³ Archiv 451, Mappe Zentrum Giesing: Protokoll der Psycho-Untergruppe [Juni 1974].

²⁴ IfZ-Archiv, ED 899/1: Protokoll eines Arbeitstreffens [der SFOM] vom 10.3.1974.

²⁵ Schwarzer: So fing es an!, S.41.

²⁶ Archiv 451, Mappe Zentrum Giesing: Protokoll der Siemens-Frauengruppe vom 6.3.1973.

²⁷ Vgl. ausführlich: Mooseder/Hackenberg: Perlach, S.873-955, und v.a. Hartard: Neuperlach.

²⁸ Hier und im folgenden: Sonst herrschte hier Grabesstille, in: *Emma* vom Mai 1978.

berufstätige Mütter litten demnach unter Isolation, die unter anderem mit eingeschränkten Möglichkeiten der Freizeitgestaltung und fehlender Infrastruktur in Form von guter Verkehrsanbindung oder öffentlicher Kinderbetreuung zusammenhänge.²⁹ Die Anwohnerinnen reagierten selbst, indem sie einen *Frauentreffpunkt Neuperlach* einrichteten. Nach der Ansicht von *Emma* war diese Form des Zentrums zwar nicht mit den Zentren der „autonomen Frauenbewegung“ zu vergleichen, da diese meist in Altbau-Läden inmitten einer Stadt zu finden seien und von „privilegierten“ Frauen organisiert würden, „Studentinnen meist, oder junge Frauen, die es sich leisten können, wenig zu verdienen, die keine Familie haben“. Sowohl das Engagement der Frauen in Neuperlach als auch der von ihnen eingerichtete *Frauentreffpunkt* waren aber sehr wohl von feministischem Gedankengut getragen und damit letztlich der Bewegung sehr viel näher, als die bescheidene Selbsteinschätzung der Aktivistinnen am Rande der Stadt zunächst vermuten lässt. Die Frauenbewegung der 1970er Jahre, das wird auch an diesem Beispiel deutlich, kann somit nicht ausschließlich als „Elitephänomen“ gekennzeichnet werden.

Außerdem war der Frauentreffpunkt selbst eindeutig Resultat verschiedener Initiativen aus den Anfängen der Münchner Frauenbewegung. Insbesondere ein *Arbeitskollektiv für Frauen* wirkte hier prägend.³⁰ Was 1974 mit einer Kaffeestube und einem Kinderkleidertausch einen festeren Rahmen bekam, wurde zu einem Laden am Oskar-Maria-Graf-Ring ausgebaut, wo Informationen über Frauenärzte gesammelt und weitergegeben wurden und sich schließlich auch Gesprächs- und Selbsthilfegruppen zusammenfanden, die sich mit Kindererziehung ebenso beschäftigten wie mit Scheidungsfolgen. Ehefrauen und Mütter stellten dem *Emma*-Artikel zufolge die größte Teilnehmerinnengruppe; es gebe „keine einzige Akademikerin“, die Frauen hatten „höchstens Realschulbildung“. Was diese Frauen suchten, war wiederum nicht allein mit der alltäglichen Lebensführung, sondern auch mit den grundlegenden Veränderungen in der Gesellschaft und der Frage, wie man damit umgehen sollte, verknüpft. Da die meisten von ihnen nicht „kirchengläubig“ seien, so berichteten die Bewohnerinnen des Stadtteils der Zeitschrift, gebe es keine Frauengruppen für sie; und in Hausfrauenprogrammen der Volkshochschule würde nicht das vermittelt, was Frauen lernen müssten, nämlich „die eigene Initiative ergreifen“ und eine „eigene Position zu Frauenfragen“ entwickeln. Einige Neuperlacherinnen eckten mit dem Besuch des *Frauentreffpunkts* auch an, denn sie erzählten, dass sie bisweilen „lange Auseinandersetzungen mit Männern und Kindern“ zu bestehen hätten. Dennoch wollten sie ihr Ziel weiterverfolgen, „die anerzogenen Persönlichkeitsmängel“ durch „selbstverantwortliches Lernen, Planen, Diskutieren und Handeln“ zu beheben.³¹

Ein Unterschied bestand zu den Frauenzentren in der Innenstadt allerdings doch. Der Neuperlacher Laden erhielt bereits in den 1970er Jahren Zuschüsse, die freilich immer wieder erbeten und erkämpft werden mussten. Der Bauherr der Wohnsiedlung *Neue Heimat* stellte den Initiatorinnen Räumlichkeiten zu einem

²⁹ Ein knapper Überblick über den Ausbau des Stadtviertels und der damit verbundenen Lebensqualität bei: Tzschaschel: Neuperlach, S. 503–535.

³⁰ Archiv 451, Mappe Betriebsarbeit: Protokoll der SFG vom 14.11.1972; FrauenMediaTurm, FE.05.021: Flugblatt „Arbeitskollektiv für Frauen Neu-Perlach“ [1972].

³¹ Sonst herrschte hier Grabesstille, in: *Emma* vom Mai 1978.

verminderten Mietpreis zur Verfügung und ein *Verein für Gemeinwesenarbeit e. V.*, der von der Stadt München finanziert wurde, griff der Einrichtung unter die Arme. Der *Frauentreffpunkt* ist im Laufe der Jahre ein fester Bestandteil des gemeinnützigen Engagements im Stadtviertel geworden. Er existiert heute noch, ist nach wie vor selbst verwaltet und mittlerweile als eingetragener Verein auch Mitglied des *Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands*. Der Treffpunkt wird durch das Sozialreferat der Landeshauptstadt München gefördert.³²

Im Lauf des Jahres 1974 hatten sich schließlich auch Frauengruppen rund um die *Aktion 218 München* darauf verständigt, ein Frauenzentrum ins Leben zu rufen. Dieses fand seine Heimat zunächst in der Adlzreiterstraße in der Isarvorstadt und zog, als es dort „aus allen Nähten“³³ platzte, 1976 in die Gabelsbergerstraße in die Maxvorstadt um. Vorbereitet und organisiert wurde das Unternehmen anfangs von einer „festen Zentrumsgruppe“, die sich aus Delegierten der beteiligten Vereinigungen zusammensetzte. Im Frühjahr 1974 war eine ganze Reihe von Zusammenschlüssen – von der *Frauenbefreiung* über die *Siemens-Frauen* und die *SFOM* bis hin zu diversen Selbsthilfe- und CR-Gruppen – im Aufbau des Zentrums engagiert.³⁴ Die Aktivistinnen hofften, dass mit der Einrichtung eines Zentrums die „relativ heterogenen Gruppen“ miteinander kooperieren lernen würden. Informationsaustausch und Öffentlichkeitsarbeit könnten so zumindest ansatzweise koordiniert werden. Dieses Anliegen schien den engagierten Frauen umso dringlicher, als frauenbewegte Ideen immer noch „in vielen Wohngemeinschaften umherschwirren“, ohne über einen festen Ort zu verfügen. Die Frauenbewegung suchte also nach einer Organisationsform, die mit der Vielschichtigkeit feministischer Theorie und Praxis umzugehen wusste und die Anliegen der Frauen bündelte.

Ein Zentrum schien hier genau das Richtige zu sein. Gleichzeitig verstand sich die Münchner Zentrumsgruppe aber explizit als autonom. Das bedeutete nicht nur, dass das geplante Zentrum als Treffpunkt für alle Frauengruppen gedacht war. Auch Hierarchien innerhalb der Einrichtung sollten aufgegeben werden. Alle Zusammenschlüsse würden künftig, so die Absicht, gleichberechtigt, ohne Einmischung und Bevormundung, ihre Sitzungen abhalten können. Dass die Frauen trotz dieser tendenziell antiinstitutionellen, antihierarchischen und basisdemokratischen Ausrichtung eine Vereinsstruktur als Organisationsform wählten, hatte vor allem formale Gründe: Das Zentrum konnte auf diese Weise Mitgliederbeiträge erheben und Mietverträge eingehen.

Insgeheim strebten die Gründerinnen zwar auch danach, über die räumliche und organisatorische Integration der verschiedenen Frauengruppen inhaltlichen Anverwandlungen Vorschub zu leisten.³⁵ Dieser Prozess sollte aber von unten her angestoßen werden, denn die Erfahrungswerte der einzelnen Gruppen wurden als ein „wesentlicher Faktor für eine intensivere und effizientere Arbeit in der Bewegung“ betrachtet.³⁶ Hier zeigt sich eine Parallele zum Aufbau der Selbsterfah-

³² Vgl. www.frauentreffpunkt-neuperlach.de; eine ältere Selbstdarstellung: Frauen gehen zu Frauen e. V. (Hrsg.): *Feministische Frauenprojekte in München*, S. 75ff.

³³ Schwandes u. a. (Hrsg.): *Stadtbuch München 76/77*, S. 18.

³⁴ IfZ-Archiv, ED 899/8: Protokoll der Zentrumsgruppe vom 1.3.1974.

³⁵ Ebd.

³⁶ Ebd.

rungs- und Selbsthilfegruppen³⁷, die das Individuum hochhielten und von ihm und seinen Befindlichkeiten ausgehend eine gemeinsame, emanzipatorische Entwicklung in Gang setzen wollten. Die Frauengruppen behielten somit auch unter dem Dach eines Zentrums ihre Schwerpunkte bei, konnten (und sollten) aber den jeweiligen Stand der Dinge öffentlich diskutieren. Damit wurde der in München angemietete Laden zu einer Kommunikationsstätte, in der „konkret Gruppenprozesse“ vermittelt wurden. Davon versprachen sich die Frauen „Bestätigung“ und „Stärke“, „um unsere Identität zu finden, um neue Aufgaben anzugehen“.³⁸

Dies geschah vor allem durch regelmäßige Versammlungen aller Interessentinnen im sogenannten Plenum. Einen wichtigen Beitrag leisteten auch CR-Runden, in denen die Teilnehmerinnen zum Beispiel die Arbeits- oder die psychische Situation von Frauen und die Beziehungen unter Frauen ergründeten, um einen ersten Schritt im „Öffentlich-Machen der Privatsphäre, dieses heiligen Bezirks“ zu leisten.³⁹ Ein Frauenzentrum lieferte damit den lokalen Kitt, der feministisch gesinnten Frauen das Gefühl der Solidarität vermittelte. Dass die emotionale Bindung für das Engagement der Frauen eine große Rolle spielte, bestätigt auch ein anonymer Text, der die Atmosphäre im Münchner Zentrum in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre folgendermaßen schildert: „Junge, Ältere, bunt durcheinandergewürfelt, wie es dem Leben gefällt. Frauenforum-Müttergruppe-Gewaltgruppe“. Diese Zusammensetzung war es, die die Autorin „begierig“ machte, „mehr über den Feminismus zu erfahren“. Der Begeisterung schienen keine Grenzen gesetzt: „Vielleicht war es das faszinierende auf meiner Reise in den Feminismus, dass man untereinander das schwesterliche Du und den Vornamen sagte. Alter, Titel, Familienname zählten nicht.“⁴⁰

Für die Mobilisierung von Frauen hatte das Lebensgefühl einen unübersehbaren Effekt. Während der Verein *Münchner Frauen*, der das *Frauenzentrum Adlzreiter-* bzw. *Gabelsbergerstraße* unterhielt, bei seiner Gründung im November 1974 sieben Trägergruppen verzeichnete⁴¹, führte eine Broschüre mit dem Titel „Frauenzentrum München“ aus dem Jahr 1975⁴² bereits 19 Gruppen auf, die sich in der *Frauenberatungsstelle Giesing*, dem *Frauentreffpunkt Neuperlach* oder dem *Frauenzentrum Adlzreiterstraße* trafen. Benannt waren diese Gruppen entweder nach den Themenschwerpunkten wie 218-Beratung, Frauenfilme, Arbeit mit Ausländerinnen oder nach der sozialen Zusammensetzung der Mitglieder, von der Bezeichnungen wie *Gruppe „Mütter mit Söhnen“*, *Hochschul-* oder *Lesbengruppe* zeugen. Die Größe dieser Vereinigungen bewegte sich zwischen fünf Teilnehmerinnen bei der *Theorie-* oder *Töchter-Gruppe* über rund 20 Angehörige der

³⁷ Vgl. Kap. III.2.b.

³⁸ IfZ-Archiv, ED 899/8: Flugblatt der Zentrumsgruppe Adlzreiterstraße „An alle bewegten Frauen“ vom Frühjahr 1975.

³⁹ Vgl. eine Vielzahl von Protokollen aus dem Münchner Frauenzentrum in IfZ-Archiv, ED 899/8; das Zitat: Protokoll [eines Seminars des Frauenzentrums Adlzreiterstraße] vom 27.4.1975.

⁴⁰ IfZ-Archiv, ED 899/12: Anonymer Text „Im Frauenzentrum“ [nach 1975].

⁴¹ FrauenMediaTurm, Bestand Frauenzentrum München: Protokoll zum Plenum des Frauenzentrums Adlzreiterstraße vom 27.11.1974.

⁴² Hier und im folgenden: FrauenMediaTurm, FE.03.048: Frauenzentrum München: Selbstdarstellung autonomer Frauengruppen München-Ingolstadt, München 1975.

Verlagsgruppe Frauenoffensive bis hin zu gut 40 Mitgliedern bei der *SFOM*. Überschneidungen im Teilnehmerinnen-Kreis sind dabei nicht auszuschließen.

Gleichzeitig war offenkundig, dass die Frauenbewegung zwischenzeitlich über eine breitere Mitgliederbasis verfügte, als dies noch Anfang der 1970er Jahre der Fall gewesen war, auch wenn der Tendenz nach immer noch das junge und akademische Element überwog. Die Gruppe *rosa* etwa beschrieb sich als ein Kreis von 16 Frauen aus München und Ingolstadt, die sich an den Wochenenden trafen, um sich mit der Geschichte der Frauenbewegung zu beschäftigen und sich in Selbsterfahrung zu üben, wie es im zeitgenössischen Jargon hieß: Zwischen 23 und 40 Jahren alt, studierten die Teilnehmerinnen oder arbeiteten als Architektinnen, Juristinnen, Ärztinnen, Journalistinnen und Lehrerinnen. Unter den Frauen befanden sich aber auch eine Buchhalterin, zwei Arbeiterinnen und zwei Hausfrauen. Die Vielfalt weiblicher Lebenswege, der Wandel der Familienverhältnisse und ein nicht zuletzt vom frauenpolitischen Engagement befördertes Emanzipationsbewusstsein traten hier gleichermaßen offen zu Tage. Denn die Frauen, die in ihrer Mehrheit berufstätig waren, berichteten, dass sie insgesamt elf Kinder hätten, teilweise allein und teilweise mit Männern zusammenlebten. Drei Frauen waren geschieden, „mehrere“ lebten „in ‚nochandauernden‘ Ehen, die durch das Engagement in der Frauenbewegung noch schwieriger geworden sind“.⁴³

1978 umfasste das *Frauzentrum Gabelsbergerstraße* bereits 29 Gruppen.⁴⁴ Dabei zeigte sich ein noch höheres Maß an Professionalisierung, sowohl was die Arbeitsweise der Einrichtung als auch die vertieften Schwerpunkte der einzelnen Gruppen anbelangte. Neben dem eindeutigen Bekenntnis zur „autonomen Frauenbewegung“⁴⁵ fällt dabei vor allem das breite Angebot für die weibliche Öffentlichkeit ins Auge: „Autonom“ bedeute für das Frauzentrum München nun vor allem, dass es unabhängig von jeglichen Organisationen wie Parteien, Gewerkschaften oder linken Gruppen und „insbesondere unabhängig von Männern“ bestand. Dieses Organisationsprinzip beruhte auf der Überlegung, dass die weibliche Bevölkerung ihre „eigenen Interessen als Frauen“ entdecken und dafür kämpfen müsse, ohne weiterhin von der patriarchalischen Gesellschaft und den Interessen der Männer funktionalisiert zu werden.⁴⁶ Das Zusammensein von Frauen sollte deshalb allein auf der Selbstbestimmung beruhen. So fanden außer dem für jede Frau zugänglichen Plenum – der Vollversammlung, die in der Regel einmal wöchentlich stattfand –, offene Abende, ein Stammtisch sowie ein *Lesbentreff* und ein *Lesbenplenum* statt. Mit einer Teestube, die werktags jeden Abend geöffnet war, verfügte das Zentrum sogar über eine Art „Vereinslokal“. Zudem wurden Beratungen und Kurse zu Themen wie Paragraf 218 StGB, Verhütung, Schwangerschaft, Bewegungstherapie und Selbstverteidigung veranstaltet. Auch Frauen mit psychischen Problemen sowie vergewaltigte und geschlagene Frauen konnten sich mit der Bitte um Hilfe an das Zentrum wenden.

⁴³ Ebd., S. 16.

⁴⁴ FrauenMediaTurm, FE.03.045: Frauzentrum München: Selbstdarstellung, München 1978.

⁴⁵ Vgl. dazu Kap. IV.2.a.

⁴⁶ FrauenMediaTurm, FE.03.045: Frauzentrum München: Selbstdarstellung, München 1978, S. 9.

Die Gruppen, die sich um 1978 in der Gabelsbergerstraße trafen, wiesen zudem eine noch größere Bandbreite von thematischen Schwerpunkten auf als bisher. Die Interessen reichten von Psychoselbsthilfe und Selbstheilung über Diskussionsrunden wie *Frau und Beruf* bzw. *Frau und Gewerkschaft* bis hin zu Ökologie, Fotografieren oder Malen. Es trafen sich *Mütter mit Babys* und *Mütter mit pubertierenden Kindern* ebenso wie *Frauen über 30*. Auch eine *Frauenhausgruppe* oder *Lillemor's Frauenbuchladen* waren im Frauenzentrum vertreten. Die Arbeit in der Einrichtung wurde nach wie vor vom Verein *Münchner Frauen* unterstützt, vor allem im Hinblick auf die Ladenmiete in Höhe von 1 500 DM, die über Beiträge der Vereins-„Mitgliederinnen“ aufgebracht wurde.

Die Einrichtung in der Adlzreiter- bzw. Gabelsbergerstraße wurde damit im Verlauf weniger Jahre sowohl personell als auch inhaltlich zu einem „Ballungszentrum“, das die Frauenbewegung vor Ort zusammenhielt und zu ihrer Weiterentwicklung beitrug. Deshalb zeichnete diese Form der Organisation (mit)verantwortlich, dass die Münchner Frauenbewegung in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre weiter wuchs. Während für viele einzelne Anhängerinnen der Bewegung das oben geschilderte Lebensgefühl ein wichtiges Motiv für ihr feministisches Engagement darstellte, dürfen andere Faktoren, die die Frauenbewegung in ihrem Innersten zusammenhielten und die ein Frauenzentrum in besonderer Weise beförderte, nicht übersehen werden. Dazu zählten etwa verbesserte Werbemöglichkeiten durch neue Kommunikationskanäle wie eigene Broschüren und Zeitungen oder eine stärkere öffentliche Präsenz durch (Vereins-)Strukturen. Ein weiteres Beispiel ist die Professionalisierung der „Emanzipationsarbeit“, wie sie sich auch im *Frauenzentrum München* vollzog. Von hier aus verdichtete sich etwa das Thema Gewalt an Frauen zu einer *Beratungsgruppe für vergewaltigte Frauen*, einer *Aktion Frauenhaus* und Selbstverteidigungskursen.⁴⁷ Gleiches galt für den Schwerpunkt Gesundheit. Aus der Vielzahl von Beratungskursen zum psychischen wie physischen Wohlbefinden⁴⁸ entstanden hier eigene Einrichtungen, die ebenfalls Zentrumscharakter trugen. Als das *Frauenzentrum München* 1992 schloss, konnte es auf „mindestens zwölf Tochterprojekte“ verweisen, wie eine Broschüre über Münchner Frauenprojekte Mitte der 1990er Jahre nicht ohne Stolz berichtete.⁴⁹

Zu diesen Unternehmungen gehörte das *Frauengesundheitszentrum*, das zunächst die Räume im Obergeschoss des *Frauenzentrums Gabelsbergerstraße* nutzte und sich in der ersten Hälfte der 1980er Jahre mit eigenen Räumen und eigener Finanzierung selbständig machte.⁵⁰ Bereits im Juni 1978 nahm das *FrauenTherapieZentrum* in der Auenstraße in der Ludwigsvorstadt seine Arbeit auf.⁵¹ Die Initiatorinnen stammten aus dem Umfeld des Münchner Frauenzentrums, vor

⁴⁷ FrauenMediaTurm, FE.03.045: Frauenzentrum München: Selbstdarstellung, München 1978; vgl. Kap. IV.2.c.

⁴⁸ FrauenMediaTurm, FE.03.045: Frauenzentrum München: Selbstdarstellung, München 1978.

⁴⁹ Frauen gehen zu Frauen e.V. (Hrsg.): *Feministische Frauenprojekte in München*, München 1995, S. 9.

⁵⁰ Es ist bis heute aktiv. Vgl. zu den Anfängen in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre v.a.: *Frauengesundheits- und Selbsthilfezentrum*, in: *Frauen-Info* vom Mai 1978; *Frauengesundheits- und Selbsthilfezentrum*. Unser Minimalprogramm, in: *Münchner Frauenzeitung* vom Oktober 1979; *Frauengesundheits- und Selbsthilfezentrum*, in: *Münchner Frauenzeitung* vom Dezember 1979.

⁵¹ Diese Einrichtung besteht ebenfalls bis heute. *Frauentherapie Zentrum*, in: *Frauen-Info* vom Mai 1978.

allem aus den Gruppen, die Psychoselbsthilfe und psychosoziale Beratungen anboten. Dieses Betätigungsfeld entwickelten die Frauen in Richtung einer „feministischen Therapie“ weiter. Wie bereits in den Methoden der Selbsterfahrung und Selbsthilfe⁵² kamen die Vorbilder dazu vor allem aus den USA bzw. waren von der amerikanischen Frauenbewegung inspiriert. Autorinnen wie Phyllis Chesler und Anne Kent Rush hinterfragten mit ihren Büchern „Frauen – das verrückte Geschlecht“ und „Getting Clear“ gängige Definitionen von (psychischer) Gesundheit und Krankheit und kritisierten, dass eine patriarchal geprägte Medizin nicht berücksichtige, dass (psychische) Leiden bei Frauen ursächlich in der ungleichen Geschlechterordnung begründet lägen.⁵³

In der Bundesrepublik wurden diese Ideen aufgenommen.⁵⁴ Ähnlich wie die 1976 aus dem Berliner Frauenzentrum ausgegründete *Beratungs- und Informationsstelle für Frauen (BIFF)* machten sich auch Münchnerinnen mit einschlägiger Berufsausbildung wie „Psychologie, Sozialpädagogik, Soziologie, Pädagogik“⁵⁵ daran, nach alternativen Heilverfahren zu suchen. Ausgangspunkt war dabei, dass gesundheitliche Probleme von Frauen „nicht als irrealer Macke“ gesehen wurden, sondern als eine „ganz konkrete Internalisierung der gesellschaftlichen Abwertung von Frauen und deren Arbeit“, wie die Münchnerinnen nach einem überregionalen Workshop im Mai 1977 festhielten. So wurden (hetero-)sexuelle Probleme etwa als „Protest gegen die Überforderung und Machtlosigkeit in einer Beziehung“ gesehen.⁵⁶ Auch chronische „Kopfschmerzen, Schlaflosigkeit, diffuse Trauer, Gefühle von Leere und Sinnlosigkeit, Essprobleme“ wurden nicht so sehr als Krankheit definiert, sondern als „verständliche, aber selbstzerstörerische Antwort auf eine unmenschliche Lebenssituation“ verstanden.⁵⁷

Da die herkömmliche Medizin und ihre männlichen wie weiblichen Vertreter aber eine andere Sicht der Dinge verinnerlicht hätten und das Leid von Frauen als individuelle Fehllhaltung betrachteten, würden Patientinnen um jegliche Anerkennung, echte Unterstützung und damit um ihre Selbstverwirklichung gebracht. Deshalb hielten die Münchnerinnen eine Therapie für angebracht, „die den Frauen gerade die Möglichkeit gibt, die zum Leiden führenden unterdrückerischen Bedingungen zu erkennen und zu verändern“. Die Basis für den Umgang mit den Hilfesuchenden bildete dabei die Überzeugung, dass aufgrund der geschlechtsspezifischen Sozialisation nur Frauen in der Lage seien, andere Frauen zu verstehen. Zudem könnten die Therapeutinnen jeder Frau über eine „feministische“ oder „frauenfreundliche“ Therapie mit ihren Selbsthilfe- und Selbstbehauptungsansätzen die Kraft geben, sich „mit unserem persönlichen Leid [zu] konfrontieren und mit unserer Befreiung [zu] beginnen“.⁵⁸

⁵² Vgl. Kap. III.2.b.

⁵³ Chesler: *Women and Madness*, dt. *Frauen – das verrückte Geschlecht?*; Rush: *Getting Clear. Body Work for Women*, o. O. 1973, dt. *Getting clear. Ein Therapie-Handbuch für Frauen*.

⁵⁴ So werden die eben vorgestellten Titel in einem Aufsatz genannt, den die Initiatorinnen des Münchner FrauenTherapieZentrums 1977 verfassten: Blessing u. a.: *Anmerkungen zur feministischen Therapie*, S. 195f.

⁵⁵ *FrauenMediaTurm, frauen gehen zu frauen: Frauenprojekte in München*, München 1982, o. S.

⁵⁶ Blessing u. a.: *Anmerkungen zur feministischen Therapie*, S. 194.

⁵⁷ *FrauenMediaTurm, frauen gehen zu frauen: Frauenprojekte in München*, München 1982, o. S.

⁵⁸ Blessing u. a.: *Anmerkungen zur feministischen Therapie*, S. 195f., 202.

Dass Frauen dabei nicht zu Klientinnen und Opfern degradiert, sondern als handelnde Subjekte behandelt würden⁵⁹, machte das *FrauenTherapieZentrum* in den Augen seiner Betreiberinnen zu einer „Provokation in der Fachwelt“. Dies habe sich unter anderem in dem Kampf um staatliche Zuschüsse niedergeschlagen. Dennoch sei die Einrichtung im Lauf der Jahre aufgrund „vieler innovativer Konzepte“ zu einer „gefragten Kooperationspartnerin“ geworden, wie die Einrichtung in einer Selbstbeschreibung 1995 formulierte.⁶⁰ Trotz der hier angedeuteten Schwierigkeiten⁶¹ war das Zentrum bzw. einer seiner Schwerpunkte aber von Anfang an ein öffentlich gefördertes Projekt. Das Ansinnen, arbeitslose Mädchen mit ihren Problemen nicht alleinzulassen, sondern zu beraten und zur Selbsthilfe anzuleiten, fand in einer Zeit, in der die Arbeitslosenzahlen im Steigen begriffen waren, großes Interesse im bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung.⁶² Das Unterfangen wurde deshalb von 1978 bis 1985 als Modellprojekt finanziell unterstützt und ging dann in die Regelförderung des Stadtjugendamtes München über.⁶³

Das *Frauengesundheits-* und *FrauenTherapieZentrum* sind nur zwei Beispiele dafür, dass das Münchner Frauenzentrum seit der zweiten Hälfte der 1970er Jahre nicht selten den Weg für eine weitere Differenzierung und Professionalisierung der Frauenbewegung vor Ort bereitete. Hervorzuheben ist dabei auch seine Rolle als Umschlagplatz für Informationen. Nicht nur, dass sich feministisch orientierte Frauen an einem festen Ort treffen konnten. Das *Frauenzentrum München* verfügte darüber hinaus über ein eigenes Presseorgan, das ab 1977 unter dem Namen *Frauen-Info*, ab 1978 als *Münchner Frauenzeitung* monatlich erschien.⁶⁴ Das Blatt war dabei vor allem ein Spiegel des feministischen Unternehmungsgeists in der Großstadt. Es berichtete über die Entwicklung der Frauengruppen rund um das Frauenzentrum und verbreitete dabei Termine und Ideen. Im Herbst 1980 musste das Redaktionskollektiv seine Tätigkeit zwar wieder einstellen.⁶⁵ Trotzdem war die Publikation mit einer Auflage von etwa 1 600 Stück⁶⁶ über gut vier Jahre hinweg ein wichtiges Forum für Münchner Feministinnen.

Außerdem veranstaltete die Einrichtung regelmäßig Feste, auf denen auch Gäste aus anderen Städten zugegen waren, etwa beim Sommerfest 1975 die Frauen-

⁵⁹ Vgl. zu den Arbeitsansätzen die Selbstbeschreibung: Bericht aus dem frauentherapiezentrum. Therapiefrauen-Treffen, in: Münchner Frauenzeitung vom März 1979.

⁶⁰ Vgl. FrauenTherapieZentrum, in: Frauen gehen zu Frauen e. V. (Hrsg.): Feministische Frauenprojekte in München, München 1995, S. 74.

⁶¹ Dass die Finanzierung nicht dauerhaft gesichert war und öffentliche Zuschüsse immer aufs Neue eingeworben werden mussten, zeigen unter anderem: Irmi Schwartz: Frauen in Not: Die Stadt dreht den Geldhahn zu, in Münchner Merkur vom 14. 10. 1983, und ein Spendenaufruf: Ende?, in: Emma vom Dezember 1983.

⁶² Vgl. Hülsenbeck: Frauetherapie, S. 275.

⁶³ Vgl. Projekt für Mädchen und junge Frauen e. V., in: Frauen gehen zu Frauen e. V. (Hrsg.): Feministische Frauenprojekte in München, München 1995, S. 89f; eine Reportage zur Arbeit dieser Gruppe: Renate Kingma: Ich wäre sonst zur Putzkolonne gegangen, in: Frankfurter Rundschau vom 17. 3. 1979.

⁶⁴ Vollständig gesammelt ist das Frauen-Info bzw. die Münchner Frauenzeitung im FrauenMedia Turm.

⁶⁵ In eigener Sache..., in: Münchner Frauenzeitung vom November 1980.

⁶⁶ Die Münchner Frauenzeitung stellt ihr Erscheinen ein..., in: Münchner Frauenzeitung vom Februar 1980.

band *Lilith* aus Berlin.⁶⁷ Dies ist ein Hinweis darauf, dass eine bundesweite frauenbewegte Szene im Entstehen begriffen war. Dabei waren gerade die Frauenzentren als gewissermaßen dauerhafte Anlaufstellen in der Lage, Netzwerke und Verbindungen über ihre unmittelbare Umgebung hinaus aufzubauen und zu pflegen. Dies war auch eine wichtige Voraussetzung dafür, dass die Frauenbewegung über den Kampf gegen die Kriminalisierung der Abtreibung hinaus weiterhin den Anspruch erheben konnte, gestaltend auf Gesellschaft und Politik einzuwirken.

Demonstriert werden kann dies an den Frauenkongressen, die in München in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre organisiert wurden. So erhoben die *Frauenzentren Zugspitz- und Adlzreiterstraße* wenige Tage vor dem erwarteten Nein des Bundesverfassungsgerichts zum Fristenmodell im Februar 1975 im Versammlungsort Schwabinger Bräu Anklage gegen die Gegner einer Reform von Paragraph 218 StGB.⁶⁸ Rund 2000 Frauen sollen diese Veranstaltung besucht haben.⁶⁹ Dabei drohten die Teilnehmerinnen unverhohlen: „Wir sind Frauen, wir sind viele, wir haben die Schnauze voll!“ So lautete schließlich auch der Titel einer Broschüre, des „Extrajournals“, das die beiden Einrichtungen im Anschluss an die Veranstaltung herausgaben. Die Kritik an traditionellen Rollenbildern war deutlich, denn die Frauen wollten keineswegs „Kinderproduzentinnen, Hausfrauen, emotionale Stützen der Männer und minderbezahlte Arbeitskräfte bleiben.“ Stattdessen sahen sie es „in unserer Hand“, diese Verhältnisse so zu verändern, „dass wir in Freiheit und Selbstbestimmung leben können“.⁷⁰

Die Handlungsmöglichkeiten und Alternativen, die viele Feministinnen hieraus ableiteten, zeigten sich dabei vor allem auf dem „nationalen Frauenkongress“, den das *Frauenzentrum Gabelsbergerstraße* im März 1977 ausrichtete.⁷¹ Die Zeitschrift *Emma* schrieb im Nachhinein enthusiastisch davon, dass 1000 Frauen zu den inhaltlichen Veranstaltungen und sogar 2000 zum Fest auf dem Olympiagelände gekommen seien: „Wiedersehen, Kennenlernen, Adressen tauschen. Frauen aus dem Süden und Norden, aus den Städten und sogar Dörfern.“ Die Basis der Frauenbewegung hat sich in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre also spürbar verbreitert und war, wie das Magazin formulierte, nach Phasen der „Aktion“ und der „Selbstbesinnung“ in die Phase der Projekte eingetaucht: „Frauenzentren, Häuser für geschlagene Frauen, Verlage etc. etc.“⁷²

Dass die Frauenbewegung auf Einrichtungen und Modelle setzte, die den eigenen Regeln gehorchten und die Definitionshoheit über die weibliche (Selbst-)Bestimmung anstrebten, offenbarte sich ein Jahr später noch deutlicher, als das

⁶⁷ FrauenMediaTurm, FB.04.005: Flugblatt des Frauenzentrums Adlzreiterstraße „Frauen Sommer Fest“ am 26.7.1975. Zu dem Fest sollen „einige Hundert Mädchen und Frauen“ gekommen sein: Für Männer verboten, in: Abendzeitung vom 28.7.1975.

⁶⁸ FrauenMediaTurm, FE.05.067: Flugblatt des Organisationskomitees Münchner Frauengruppen „Wir laden ein“ vom Februar 1975.

⁶⁹ Ingeborg Münzing: Frauen klagen an, in: Abendzeitung vom 17.2.1975.

⁷⁰ IfZ-Archiv, ED 899/7: Extrajournal „Wir sind Frauen. Wir sind viele. Wir haben die Schnauze voll“, hrsg. von den Frauenzentren Adlzreiter- und Zugspitzstraße, München 1975.

⁷¹ Auch zu dieser Veranstaltung gab es im Nachhinein eine Zusammenfassung: Privatarchiv Lillemor's Frauenbuchladen: Extrajournal „Nationaler Frauenkongress am 5.-6.3.77 in München. Referate, Protokolle, Informationen“, hrsg. vom Frauenzentrum München, München 1977.

⁷² Frauenkongress und Walpurgisnacht, in: *Emma* vom April 1977.

Münchner Frauenzentrum im April 1978 bundesweit zum Treffen „Frauenbeziehung – Frauenliebe“ einlud. Auch hier war von 1500 bis 2000 Besucherinnen die Rede⁷³, und erneut sorgte ein „Extrajournal“ für eine gewisse Breitenwirkung.⁷⁴ Einem Bericht zweier Teilnehmerinnen zufolge einte die anwesenden Frauen „eine heilsame Wut, gemeinsam gegen diese Zustände [der Unterdrückung] anzugehen“. Dabei verbinde aber nicht nur der „gemeinsame Kampf“, sondern „gerade die gemeinsamen Sehnsüchte, gemeinsame Liebe und Leidenschaft für Frauen“. Hier wurde offensichtlich, dass es manche Feministinnen darauf abgesehen hatten, sich ihrer Umwelt und deren Normen vollständig zu entziehen, etwa indem sie die Heterosexualität für sich vollends ablehnten. Dabei erfüllte es die Frauen offensichtlich mit „Stolz“, „dass wir uns von der feindlichen Welt draußen nicht vereinnahmen ließen.“⁷⁵

Die Autonomie und die auf ihr beruhende Kreativität und Tatkraft gaben dem Feminismus der 1970er Jahre die Vielzahl von Gesichtern, die für die Bewegung mit ihren unterschiedlichen Strömungen und Arbeitsansätzen kennzeichnend ist. Gleichzeitig konnte sich das Credo der Unabhängigkeit und „Herrschaftsfreiheit“ aber auch gegen die Bewegung wenden. Hierfür finden sich in den Unterlagen des *Frauenzentrums München* eine ganze Reihe von Beispielen. Die immer wieder erklärte Absicht der Frauenbewegung, für alle Frauen zu sprechen und dabei ausnahmslos jede von ihnen zu Wort kommen zu lassen, stellte zweifellos ein attraktives Integrations- und Partizipationsangebot dar. Allerdings war der Frauenbewegung aber auch die Exklusion nicht fremd – und das auf unterschiedliche Art und Weise. Zum einen wurde die Frauenbewegung von ihrer Umwelt ausgeschlossen. So stellten die Zeitungsfrauen aus dem Münchner Frauenzentrum, die ihre *Info* regelmäßig in Kneipen, Geschäften und auf den Straßen verkauften, oftmals fest, dass nicht jede Frau, die auf den autonomen Feminismus angesprochen wurde, etwas damit zu verbinden wusste oder gar dafür zu haben war. Die Urteile gegenüber einer sich dezidiert als „Gegenmacht“ verstehenden Bewegung waren dabei breit gestreut. Während sich manche Zeitgenossin unter einem Frauenzentrum „Handarbeiten und solche Sachen“ vorstellte, die sie nicht interessierten, sahen sich die Zentrumsfrauen aber auch als „Lesbenhaufen“, „superschlaue Studentinnen“, „Schwarzer-Gefolge“ oder „Emanzen“, die Schwierigkeiten mit Männern hätten, verunglimpft.⁷⁶

Zum anderen wirkte die Bewegung selbst nicht immer integrierend. So mussten sich etwa Zentrumsfrauen die Kritik gefallen lassen, sie seien nicht ausreichend auf Interessentinnen zugegangen. Das stilisierte man mancherorts sogar zu einer Art „Generationskonflikt“, den einige Frauen zwischen den Aktivistinnen der ersten Stunde und neuen Mitgliedern aufbrechen sahen. Einerseits, so wurde in München argumentiert, machten es die bewegungserfahrenen Frauen den Neulingen, die

⁷³ Frauenbeziehung – Frauenliebe, in: *Frauen-Info* vom Mai 1978; Angelika Rogall: Männer dürfen nicht rein, als es um die Frauenliebe ging, in: *Abendzeitung* vom 17. 4. 1978.

⁷⁴ Privatarchiv Lillemor's Frauenbuchladen: Extrajournal „Frauenbeziehung – Frauenliebe. Eine Informationsveranstaltung des Frauenzentrum München vom 15.04.1978“, hrsg. vom Frauenzentrum München, München 1978.

⁷⁵ o. T., in: *Frauen-Info* vom Mai 1978.

⁷⁶ *Frauen-Info* vom März 1978.

„einen Schritt zögernd“ ins Zentrum setzten⁷⁷, nicht gerade leicht, sich einer der Gruppen anzuschließen. Dies wurde auf das „Klugschwätzen“⁷⁸ der Zentrumsfrauen ebenso zurückgeführt wie auf die Ignoranz derer, die es angesichts ihres bereits erworbenen Wissens nicht mehr für nötig hielten, die Auseinandersetzung und Vermittlung im Zentrum zu suchen⁷⁹. Andererseits wurde jüngeren Frauen nicht selten Passivität und Konsumhaltung vorgeworfen, die die „ungeheure intellektuelle Neugier“, wie sie die altgedienten Feministinnen noch an den Tag gelegt hätten, angeblich vermissen ließen.⁸⁰

Dabei verklärte der Blick durch die „Generationenbrille“ bisweilen die Tatsache, dass es auch zwischen den langjährigen Vertreterinnen der Frauenbewegung zu Konflikten kam. So konnte das *Frauenzentrum München*, das sich der herrschafts- und männerfreien Autonomie verschrieben hatte, zum Beispiel wenig mit einer Hannelore Mabry⁸¹ anfangen, die für einen Feminismus der beiden Geschlechter und den Aufbau einer Frauenpartei kämpfte. Eine *Theoriegruppe* in der Adelzreiterstraße stellte sich eigens der „Kontroverse: Frauenforum – Frauenzentren“ und ging daran, die Texte „Mabrys bis in ihre Widersprüche in ihrer Beweisführung“ auseinanderzunehmen.⁸² Neben diesen bewegungsinternen Exklusionsmechanismen stellten sich der ersehnten Autonomie aber noch andere Schwierigkeiten in den Weg. Arbeitsbelastung, Zeit- und Geldmangel gehörten hierzu ebenso wie eine größtenteils ungewollte „Rehierarchisierung“ der Bewegung. Obwohl die „Herrschaftsfreiheit“ zu den großen Idealen der Bewegung zählte, schlichen sich Hierarchien oft durch das Hintertürchen wieder ein, wie etwa bei den Gegensätzen von „alten“ und „neuen“ Feministinnen. Zuweilen hemmte das Ideal der „Herrschaftsfreiheit“ aber auch die Entstehung von Strukturen, die hätten helfen können, Konflikte auf weniger aufreibende Art und Weise zu klären und beizulegen.

So arbeitete sich die Vollversammlung des *Frauenzentrums München* nicht selten daran ab, dass die Teilnehmerinnen über unterschiedliche Erwartungen an frauenbewegtes Arbeiten stritten. Zuweilen war die Zahl der Anwesenden sehr gering, weil die Einsatzfreudigen von Misserfolgen frustriert waren und sich zurückzogen. Zudem machte sich nach und nach die bittere Erkenntnis breit, dass selbst zwischen Feministinnen Machtbeziehungen bestanden. Zu Frontstellungen kam es etwa zwischen den „alten“ und „neuen“, den „lesbischen“ und „heterosexuellen“, den „starken“ und „schwachen“ Mitgliedern oder zwischen den „Macherinnen“ und den „Schweigerinnen“.⁸³ Auch wenn das Frauenzentrum immer

⁷⁷ Neue Frauen im Zentrum, in: Frauen-Info vom April 1978.

⁷⁸ ... aus dem FZ, in: Frauen-Info vom April 1978.

⁷⁹ Das Frauenzentrum und die „Neuen“, in: Münchner Frauenzeitung vom April 1980.

⁸⁰ Über die Entwicklung der Münchener Frauenbewegung, in: Münchner Frauenzeitung vom Februar 1980.

⁸¹ Vgl. Kap. III.1.d.

⁸² FrauenMediaTurm, FE.03.048: Frauenzentrum München: Selbstdarstellung autonomer Frauengruppen München-Ingolstadt, München 1975.

⁸³ Zu den Konflikten im Frauenzentrum München finden sich in der Zeitschrift der Einrichtung eine ganze Reihe von Artikeln, z. B. Ein offensives Wochenende und seine Folgen, in: Frauen-Info vom April 1978; Ist das Plenum noch veränderbar? – Ja!, in: Frauen-Info vom August 1978; Frauen, wollte Ihr etwa ein Plenum, in: Münchner Frauenzeitung vom April 1979; Über Macht. Strukturen im Frauenzentrum, in: Münchner Frauenzeitung vom April 1979; Frauenzentrum – Tod oder Wiedergeburt?!?! in: Münchner Frauenzeitung vom Juni 1980; Frauenzentrum. Neues, in: Münchner Frauenzeitung vom Juli 1980.

wieder Neuanfänge wagte: Ende der 1970er Jahre ging es in der Einrichtung nicht mehr besonders lebhaft zu. So hielt ein Artikel der *Münchener Frauenzeitung* im Februar 1980 fest, dass das Frauenzentrum für die autonome Frauenbewegung an Bedeutung verloren habe.⁸⁴ Dazu hatten allerdings nicht nur die zahlreichen Konflikte beigetragen. Viele Feministinnen hatten mittlerweile neue Tätigkeitsbereiche gefunden und trieben die Politik der Frauenbewegung auf einem anderen Feld voran: dem der Frauenprojekte.

b) „Von heute an gibt's mein Programm“: Frauenprojekte

Unter Frauenprojekten versteht man gemeinhin „selbstorganisierte Einrichtung[en] von und für Frauen“, die die Frauenbewegung seit etwa Mitte der 1970er Jahre hervorbrachte, um ihre Emanzipationsvorstellungen umzusetzen und eine eigene Öffentlichkeit für die jeweiligen Anliegen zu schaffen.⁸⁵ Dem Ideal nach beruhten solche Projekte, die bisweilen auch mit Attributen wie „autonom“ oder „feministisch“ versehen werden, auf bestimmten Prämissen: der Ganzheitlichkeit, mit der die Aktivistinnen Arbeit, Politik und Alltag verbinden wollten, der Parteilichkeit und Betroffenheit, mit der sich das Projekt auf Frauen und ihre Lebensumstände beziehen sollte, sowie der Gleichheit der Projektarbeiterinnen.⁸⁶ Wie bei den Frauenzentren war mit solchen Projekten die große Hoffnung verbunden, der frauenbewegten „Suche nach dem ‚anderen‘ besseren Miteinander“⁸⁷ den nötigen Erfolg zu bescheren.

Für Münchner Zeitzeuginnen etwa kam eine weite Projekte-Landschaft einer „eigenständigen Frauenkultur“ gleich, die den weiblichen „Bedürfnissen und Fähigkeiten entspricht“ und in der sich Frauen „uneingeschränkt bewegen können, ohne [sich] ständig fremder Ansprüche erwehren zu müssen“.⁸⁸ Deshalb gingen Feministinnen ab Mitte der 1970er Jahre verstärkt daran, sich eigene, selbstbestimmte Tätigkeitsfelder in frauenbezogener Arbeit zu schaffen. Die ersten Frauenprojekte hatten meist soziale oder kulturelle Schwerpunkte, etwa auf dem Feld der gesundheitlichen Beratung, oder befassten sich mit dem feministischen Schrifttum.

Die Betreiberinnen dieser Unternehmungen gingen häufig direkt aus der Frauenbewegung hervor. Sie verfolgten mit ihren Vorhaben deshalb das Ziel, „unsere politischen Inhalte [zu] transportieren“⁸⁹. Dabei wollten viele Projekte nicht nur das Wissen und die Begabungen von Frauen fördern und weiterentwickeln, sondern auch der grundsätzlichen Kritik der Frauenbewegung an den gesellschaftlichen Zuständen Ausdruck verleihen. So zielten Frauenprojekte insbesondere darauf ab, in ihrer Organisation und Wirtschaftsweise keinesfalls als „patriarchal“ oder „männlich“ empfundene Verhaltensmuster wie die (geschlechtliche) Arbeits-

⁸⁴ Über die Entwicklung der Münchener Frauenbewegung, in: *Münchener Frauenzeitung* vom Februar 1980.

⁸⁵ Definition nach: Doderer/Kortendiek: *Frauenprojekte*, S. 684.

⁸⁶ Die Begriffe und ihre Erläuterungen nach: Brückner/Holler: *Frauenprojekte*, S. 18–35; Plogstedt: *Frauenbetriebe*, S. 53ff.

⁸⁷ Hänsch: *Feministische Verstrickungen*, S. 221.

⁸⁸ Heiliger/Neubauer: *München Frauenstadtbuch 83/84*, S. 16.

⁸⁹ Ebd.

teilung und die Hierarchiebildung nachzuahmen. Gearbeitet wurde nicht selten in einem gleichberechtigten Kollektiv von mehreren Frauen, die vor allem beabsichtigten, der „zerstörerischen Wirkung von Macht und Geld“⁹⁰ ein Ende zu bereiten.

Die Frauenprojekte waren damit gelebter Ausdruck eines Wandels, in dessen Zentrum der Geltungsgewinn von Selbstentfaltungswerten gegenüber Pflicht- und Akzeptanzwerten stand.⁹¹ Nicht selten spielten deshalb bei den Trägerinnen der Unternehmungen Lebensqualität, Partizipation, Ungebundenheit und Unkonventionalität auch im beruflichen Engagement eine gewichtigere Rolle als beispielsweise Gewinn- und Karrierestreben, Disziplin oder Regeltreue. Die Utopie einer besseren (Frauen-)Welt entfaltete spätestens in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre eine große Anziehungskraft. Gerade in größeren Städten war zu beobachten, wie „ein Frauenprojekt nach dem anderen“⁹² ins Leben gerufen wurde, so dass die Frauenbewegungsforschung die Zeit zwischen 1975 bis 1980 als „Phase der feministischen Projekte“⁹³ oder als „Projekte- und Konsolidierungsphase“⁹⁴ bezeichnet hat.

Zu den bekanntesten Frauenprojekten gehören zweifellos die Berliner Frauenzeitung *Courage*⁹⁵ und das Kölner Magazin *Emma*, die 1976 bzw. 1977 erstmals erschienen und in den späten 1970er Jahren mit einer Auflage von 70 000 bzw. 120 000 Stück⁹⁶ aufwarteten. Die Blätter gelten deshalb als „Flaggschiffe feministischer Kommunikation“⁹⁷. Pionierarbeit wurde aber auch in München geleistet, allen voran durch den Verlag *Frauenoffensive* und *Lillemor's Frauenbuchladen*.

Die Idee, einen Frauenverlag aufzubauen, kursierte in München seit 1973 und nahm bereits ein Jahr später Gestalt an. Im Lauf des Jahres 1974 fanden sich knapp 20 Frauen⁹⁸ zu einem Verlagskollektiv zusammen, um die „Herausgabe von feministischen Publikationen“⁹⁹ voranzutreiben. Die Aktivistinnen verstanden sich dabei ausdrücklich als „Teil der autonomen Münchner Frauenbewegung“¹⁰⁰. In den Selbstdarstellungen der *Frauenoffensive* aus den Jahren 1974 und 1975 wird diese personelle Verflechtung wiederholt hervorgehoben. So hatten sich die Frauen aus dem Verlagskollektiv an der *Aktion 218* beteiligt, die Stadtteilarbeit in Giesing in Angriff genommen und sich Themen wie Selbsthilfe, Ausländerinnen, Lesben, Frauenfilmen oder „Lohn für Hausarbeit“ gewidmet.¹⁰¹

⁹⁰ Ebd.

⁹¹ Vgl. dazu ausführlicher Kap. I.3.a.

⁹² Plogstedt: Frauenbetriebe, S. 17.

⁹³ Nave-Herz: Geschichte der Frauenbewegung, v. a. S. 63–70.

⁹⁴ Lenz: Bewegungen und Veränderungen, v. a. S. 201–206.

⁹⁵ Vgl. Dokumentation und Rückschau des ehemaligen Kollektivs, in: Notz: Als die Frauenbewegung noch Courage hatte.

⁹⁶ Zahlen nach: Schenk: Feministische Herausforderung, S. 100.

⁹⁷ Lenz: Bewegungen und Veränderungen, S. 205.

⁹⁸ In den verschiedenen Selbstdarstellungen und Zeitungsartikeln, die im Weiteren noch aufgeführt sind, schwanken die Zahlen zwischen 16 und 19 Frauen.

⁹⁹ FFBIZ, A Rep. 400 20.9a (1) Verlag Frauenoffensive München: Selbstdarstellung der Frauenoffensive „Zum Verhältnis Publikationswesen und Frauenbewegung“ [Frühjahr 1975].

¹⁰⁰ FFBIZ, A Rep. 400 20.9a (1) Verlag Frauenoffensive München: Offener Brief der Frauenoffensive [1975].

¹⁰¹ FFBIZ, A Rep. 400 20.9a (1) Verlag Frauenoffensive München: Blatt „Information Frauenoffensive“ [1974]; Offener Brief der Frauenoffensive [1975]; FrauenMediaTurm, FE.03.048: Frauenzentrum München: Selbstdarstellung autonomer Frauengruppen München-Ingolstadt, München 1975.

Die Hinweise auf diese Verflechtungen zeugen davon, dass die Frauenbewegung der 1970er Jahre in den wenigen Jahren ihrer Existenz bereits ganz unterschiedliche Ausprägungen angenommen hatte. Ein eigener Verlag versprach nun, über seine Veröffentlichungen einen Gleichklang in den Vielklang des frauenbewegten Aufbruchs zu bringen. Er sollte Anstöße „für uns selbst wie für Gruppen“ liefern, um „andere Erfahrungen und Einschätzungen mit den eigenen zu reflektieren und Schlüsse für unsere Praxis zu treffen“ und so das feministische Engagement vorantreiben. Mit einer breiten Palette von Literatur – gedacht war an so unterschiedliche Gattungen wie theoretische Texte, Erfahrungsberichte und Einschätzungen bisheriger feministischer Unternehmungen bis hin zu Gedichten – beabsichtigten die Begründerinnen der *Frauenoffensive*, dem weiblichen Geschlecht dazu zu verhelfen, sich mit der Sache der Frauen zu identifizieren und eine feministische Politik zu entwickeln.¹⁰²

Die Verlagsgruppe beförderte damit einen Prozess „der intellektuellen Selbstverständigung“¹⁰³ der Frauenbewegung in den 1970er Jahren. Nach Ansicht der *Frauenoffensive* konnte eine entsprechende Lektüre Frauen die geschlechtsspezifische Unterdrückung vor Augen führen und verhindern, dass sie sich weiter isoliert in ihren Problemen verstrickten. Im Gegenteil: Frauen sollten „ein Bewusstsein der Stärke unseres Geschlechts“ ausbilden, um sich gemeinsam zu wehren. Es erschien den Verlagsinitiatorinnen deshalb geboten, Informationen und marginalisiertes Wissen zugänglich zu machen, im Detail: „die Aufarbeitung unserer totgeschwiegenen Frauengeschichte, das Erfassen unserer komplexen, vielschichtigen Realität – unsere Visionen, Alternativen.“ Wort und Tat sollten bei der *Frauenoffensive* also Hand in Hand gehen. Entsprechend lautete das Verlagsmotto aus dem Jahr 1975: „Bewegung und Verlag müssen in einem dialektischen Zusammenhang stehen.“¹⁰⁴

Dieses eindeutige Bekenntnis zu einer Bewegung von Frauen darf aber nicht darüber hinweg täuschen, dass die *Frauenoffensive* in ihren Anfängen nicht unerheblich von der Dynamik von „1968“ profitierte. Denn im Grunde war die *Frauenoffensive* ein Kind des Münchner *Trikont-Verlags*, der 1967 von den SDS-Mitgliedern Herbert Röttgen und Gisela Erler gegründet worden war und mit seinen Publikationen zu den Befreiungs-Bewegungen in der Dritten Welt und den linkstheoretischen Auseinandersetzungen in der allgemeinen Protestbewegung auf großes Interesse stieß. Nicht zuletzt mit dem Vertrieb der sogenannten Mao-Bibel¹⁰⁵, die sich in der Bundesrepublik rund eine halbe Million Mal verkaufte, hatte sich der Verlag eine finanzielle Grundlage für weitere Projekte geschaffen.¹⁰⁶ Dazu zählte auch das Feld der Frauenemanzipation, die der Verlag 1970 in einer Publi-

¹⁰² FFBIZ, A Rep. 400 20.9a (1) Verlag Frauenoffensive München: Selbstdarstellung der Frauenoffensive „Zum Verhältnis Publikationswesen und Frauenbewegung“ [Frühjahr 1975].

¹⁰³ Holland-Cunz: Die alte neue Frauenfrage, S. 145.

¹⁰⁴ FFBIZ, A Rep. 400 20.9a (1) Verlag Frauenoffensive München: Offener Brief der Frauenoffensive [1975].

¹⁰⁵ Tse-Tung: Worte des Vorsitzenden Mao Tse-Tung.

¹⁰⁶ Hintergrundgespräch mit Gisela Erler vom 12.12.2008; weitere Informationen auch in der Broschüre des Archivs 451 – Die Trikont-Bücher und ihre Zeit in München.

kation noch recht unsicher irgendwo zwischen „antiautoritärem Missverständnis“ und einem „Beitrag zur Konsolidierung der Arbeiterbewegung“ verortete.¹⁰⁷

Vor allem Gisela Erler erkannte aber im Anwachsen der Frauengruppen und in der Kritik an Herrschaftsmechanismen in den vermeintlich privaten Beziehungen unterstützenswerte Bestrebungen. Die Mitbegründerin des *Trikont-Verlags*, die sich nach eigener Aussage damals keinesfalls als Feministin bezeichnet hatte, ermöglichte es deshalb einigen Frauen aus ihrem Umfeld, 1974 unter dem Dach des *Trikont-Verlags* eine Buchreihe herauszugeben, die den Namen „Frauenoffensive“ trug.¹⁰⁸ Die beteiligten Frauen, die zum Teil der *Siemens-Frauengruppe*¹⁰⁹ angehörten und gelegentlich auch bei *Trikont* mitarbeiteten, interpretierten dies als „Einsicht in die historische Notwendigkeit eines feministischen Verlags“¹¹⁰ und nahmen das Angebot gerne an, zumal es ihnen zunächst einmal die finanziellen Sorgen abnahm. Denn den frauenbewegten Aktivistinnen fehlte das Startkapital, um die Idee eines eigenen Verlags im Alleingang umzusetzen. Zum zweiten standen die Frauen dem Gedankengut des „68er“-Protests alles andere als fern. Denn die „Frauenarbeit“, so formulierte eine der ersten Selbstdarstellungen der *Frauenoffensive* 1974, sei auch ein „Kampf gegen die kapitalistische Ideologie, die noch mal krass die untertane und ausgebeutete Stellung der Frauen ausdrückt“.¹¹¹ Entsprechend lautete die These des ersten Buchprojekts „Lohn für die Hausarbeit“¹¹², dass Feminismus und Klassenkampf keine Gegensätze seien; vielmehr müsse eine feministische Bewegung die Benachteiligung von Frauen und insbesondere das „Hausfrauenproblem“ angehen, um so einem „Kampf der Arbeiterklasse als Ganzes“ den Weg zu bereiten.

Der Frauenbewegung wurde bereits hier und auch in den folgenden Publikationen der Vorrang vor allen anderen Befreiungsbewegungen eingeräumt. So konzipierte die *Frauenoffensive* ein Journal gleichen Namens, das Texte der Frauenbewegung aus dem In- und Ausland zügig an die Leserinnen bringen sollte, das aber 1978 aus finanziellen Gründen wieder eingestellt wurde.¹¹³ Der Titel einer Langspielplatte, die die *Offensive-Frauen* zusammenstellten und noch zweimal nachpressten, wurde schließlich zu einem Motto der Frauenbewegung¹¹⁴: „Von heute an gibt's mein Programm.“¹¹⁵ Auf der LP äußerten Frauengruppen aus verschied-

¹⁰⁷ Verlagskooperative Trikont: Frauenemanzipation.

¹⁰⁸ Hintergrundgespräch mit Gisela Erler vom 12. 12. 2008; Alice Schwarzer: Hat die Alleinherrschaft der Männerverlage ein Ende?, in: Emma vom Januar 1978.

¹⁰⁹ Vgl. dazu Kap. III.1.b.

¹¹⁰ Susanne Kahn-Ackermann: Einen Tag für Hausarbeit, einen für Menstruation, in: Courage 5 (1983), H. 8.

¹¹¹ FFBIZ, A Rep. 400 20.9a (1) Verlag Frauenoffensive München: Blatt „Information Frauenoffensive“ [1974].

¹¹² Ebd. sowie o. A.: Frauen in der Offensive. Lohn für die Hausarbeit oder: Auch Berufstätigkeit macht nicht frei, München 1974.

¹¹³ Frauenoffensive Journal Nr. 1–12, in unregelmäßigen Abständen erschienen zwischen Dezember 1974 und Oktober 1978, vollständig gesammelt z. B. in: IfZ-Archiv, 11/Z 2177.

¹¹⁴ Zur großen Bedeutung, die der LP bewegungsintern zugeschrieben wurde, vgl. Ingrid Strobl: Von heute an gibt's mein Programm, in: Emma vom Dezember 1979; Von damals an gab's unser Programm, in: Troubadoura 6/1979. Troubadoura war eine feministische Musik-Zeitschrift, die Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre in München erschien.

¹¹⁵ LP „Von heute an gibt's mein Programm. Lieder von Frauengruppen aus München, Frankfurt und Darmstadt“, hrsg. von der Frauenoffensive im Trikont-Verlag, München 1974 (Nr. US 3/L 35).

denen Städten ihre politischen Ansichten in Form von kämpferischen Liedern, die zuvorderst, so stellte eine Rezension in der *Frankfurter Rundschau* fest, mit dem Motiv der „doppelt begründeten Unterdrückung der Frau“ arbeiteten, „die ihren gesellschaftlichen Ausdruck in der Rollenerwartungen“ an das weibliche Geschlecht finde.¹¹⁶ Auch Münchnerinnen, insbesondere *Siemens-Frauen*, erklärten in Liedern wie „Wir sind die Roten Frauen“, „Frauenglück“ oder „Frauen gemeinsam sind stark“ ihren Willen, den Belastungen, den Frauen in Familie und Beruf allerorten ausgesetzt seien, den Garaus zu machen.

Dass aus der *Frauenoffensive* innerhalb eines Jahres schließlich ein eigenständiger Verlag wurde, hatte zwei Gründe. Da waren zum einen die Autonomiebestrebungen großer Teile der Frauenbewegung, die der engen Zusammenarbeit der *Offensive-Frauen* mit dem *Trikont-Verlag* zunächst wenig Sympathie entgegenbrachten. Die Frauenbewegung sei ihnen, erklärten die Verlagsaktivistinnen 1975, mit großem Misstrauen begegnet, weil sich diese „klar in ihrer Politik und Organisation von allen männlichen Institutionen losgelöst und abgegrenzt hatte“.¹¹⁷ Dieses Selbstverständnis machten sich schließlich aber auch die Verlagsfrauen zu Eigen. Die wachsende Distanz zwischen dem „68er“-Protest und der Frauenbewegung ist also nicht allein der Tatsache zu schulden, dass die Genossen ihren Mitstreiterinnen nur Steine in den Weg gelegt hätten, sondern entsprach der Politik einer wachsenden Zahl von Frauengruppen.¹¹⁸

Die *Frauenoffensive* ist ein Beispiel dafür, dass viele Feministinnen und frauenbewegte Unternehmungen als „Töchter der Revolte“ nicht unwesentlich von „1968“ beeinflusst waren und dabei auch die Infrastruktur des allgemeinen Protests nutzten, um sich von hier aus weiterzuentwickeln. Deshalb hat nicht notwendigerweise jede Frauengruppe eine Loslösung von ihrem Entstehungskontext bewusst vorangetrieben, obwohl sie sich gleichzeitig dem Ideal der geschlechtlichen wie der politischen Autonomie, das sich in der Frauenbewegung der 1970er Jahre vermehrt durchsetzte, nicht entzog. Endgültig unabhängig wurde die *Frauenoffensive* bereits 1975/76, nachdem sich – und hier ist der zweite Grund der Selbstständigkeit zu sehen – einige ihrer Bücher unerwartet gut verkauft. Die Verlagsfrauen konnten sich aus der Produktions- und Vertriebsgemeinschaft mit dem *Trikont-Verlag* lösen, was sich auch räumlich niederschlug: Der neue Verlag zog nahe des Ostbahnhofs in Haidhausen in die eigenen vier Wände.¹¹⁹

Was begründete diesen Erfolg? Als sich die *Frauenoffensive* im Herbst 1975 erstmals auf der Frankfurter Buchmesse präsentierte, tat sie dies, ganz in frauenbewegter Manier, äußerst selbstbewusst und provokant: Zur Pressekonferenz baten die Münchnerinnen ausschließlich Frauen und machten dabei aus ihrer politischen Position keinerlei Hehl. Das war zumindest einem Artikel in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* zu entnehmen, dessen unbekannter Autor seinem Unmut Luft

¹¹⁶ Aus einer Rezension der LP: Manfred Bosch: Von Kopf bis Fuß auf ? eingestellt, in: *Frankfurter Rundschau* vom 19. 4. 1975.

¹¹⁷ FFBIZ, A Rep. 400 20.9a (1) Verlag Frauenoffensive München: Offener Brief der Frauenoffensive [1975].

¹¹⁸ Vgl. dazu Kap. II.

¹¹⁹ Alice Schwarzer: Hat die Alleinherrschaft der Männerverlage ein Ende?, in: Emma vom Januar 1978; Susanne Kahn-Ackermann: Einen Tag für Hausarbeit, einen für Menstruation, in: *Courage* 5 (1983), H. 8.

machte: Die Einladung sei, so schrieb er, „rot wie der Hintergrund ihres Geldgebers“ *Trikont*, außerdem würden sich die Feministinnen als „radikale Minderheit“ stilisieren. Größeren Einfluss sprach der Journalist der *Frauenoffensive* damit aber ab: Durch die „Feindseligkeit und Ablehnung gegen alles Männliche“ käme sie einer „Sekte“ gleich, „die ein Häuflein Gleichgesinnter sammelt und tröstet“. ¹²⁰

Allerdings erwies sich dieses „Häuflein“ als äußerst wissbegieriger und lesehungriger Haufen, der sich einem irgendwie gearteten Opferstatus keineswegs ergeben wollte. Hier sprach bereits der Name des Verlags Bände, dem es darüber hinaus gelang, einen bislang wenig bedienten Markt zu beliefern. Das Konzept des Verlags bestand seit seinen Anfängen vor allem darin, Texte ausländischer Feministinnen herauszugeben, da deren Ideen nicht zuletzt aufgrund von Sprachbarrieren „bisher nur im privaten elitären Rahmen zugänglich“ gewesen seien. ¹²¹ Oft war es deshalb Reisen, zum Beispiel von feministisch interessierten Sprachstudentinnen, zu verdanken, dass die Texte in der bundesdeutschen Frauenbewegung als Kopie oder Raubdruck ¹²² kursierten. Darüber hinaus setzte die *Frauenoffensive* auf Stimmen aus der Mitte der Bewegung. Es ging ihr darum, „eigene Erfahrungen zu veröffentlichen“, wozu es Frauen bislang an Selbstvertrauen und Möglichkeiten gefehlt habe. ¹²³ Damit ließ die *Frauenoffensive* nach eigener Einschätzung die Zeit des „agitatorischen Flugblatts“ und der „kleinen Regionalzeitung“ hinter sich und entwickelte über Sachbücher und Belletristik eine literarische „feministische Gegenkultur“. ¹²⁴

Gerade die Werke aus dem Ausland zeigen, wie feministisches Gedankengut in die Frauengruppen diffundierte, verbreitet und schließlich rezipiert, diskutiert, ja handlungsleitend wurde. Anfang der 1970er Jahre zum Beispiel schaltete sich die französische Schriftstellerin Francoise d'Eaubonne in die beginnende Ökologie-Debatte ein und publizierte ein Buch, in dem sie die „Männerherrschaft“ für die Zerstörung der Natur verantwortlich machte. Dem sei nur Einhalt zu gebieten, so ihre Schlussfolgerung, wenn Frauen diese Macht umstürzten und anstelle des patriarchalen Systems „die gleichheitliche Verwaltung einer neuerschaffenden [...] Welt“ trete. ¹²⁵ 1975 nahm die *Frauenoffensive* die Abhandlung in ihr Programm auf und legte sie mehrfach auf. Der Titel des Buchs prangte sogar auf den T-Shirts, die die Vertreterinnen des Verlags auf der Buchmesse in Frankfurt trugen. Jedem Gegenüber sollte so die Notwendigkeit kollektiven Handelns von Frauen klar vor Augen geführt werden, wenn es da hieß: „Feminismus oder Tod.“ ¹²⁶

Gleichzeitig landete eine junge deutschsprachige Autorin über die *Frauenoffensive* einen Bestseller. Verena Stefan, die in West-Berlin zur neuen Frauenbewegung gestoßen war, wandte sich mit dem Manuskript „Häutungen“ an den Verlag und

¹²⁰ Allerlei Offensive, in der Mitte Zuversicht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. 10. 1975.

¹²¹ FFBIZ, A Rep. 400 20.9a (1) Verlag Frauenoffensive München: Blatt „Information Frauenoffensive“ [1974].

¹²² Ein Raubdruck eines Buches, das es nur in einer teureren gebundenen Ausgabe gab, war z. B.: Chesler: Frauen – das verrückte Geschlecht, Wien o. J. [vermutlich 1974].

¹²³ FFBIZ, A Rep. 400 20.9a (1) Verlag Frauenoffensive München: Blatt „Information Frauenoffensive“ [1974].

¹²⁴ IfZ-Archiv, ED 899/19: Grundlagenpapier der Frauenoffensive von 1976.

¹²⁵ d'Eaubonne: Feminismus oder Tod, S. 184.

¹²⁶ Vgl. Susanne Kahn-Ackermann: Einen Tag für Hausarbeit, einen für Menstruation, in: Courage 5 (1983), H. 8, S. 36–38.

verlieh damit ihrem Weg in die Frauenbewegung ein eigenes literarisches Gesicht.¹²⁷ Denn in ihrer Einleitung diagnostizierte sie: „Die Sprache versagt, sobald ich über neue Erfahrungen berichten will.“¹²⁸ Doch die Autorin überwand dieses Unbehagen und schilderte in einer dichten, autobiografischen Montage aus Gedanken, Gedichten, Erinnerungen, Träumen und Erlebnissen, wie sie sich der traditionellen Frauenrolle entledigte, die Bilder abstreifte, die sich Männer von ihr machten, und schließlich die lesbische Liebe entdeckte. Die Erzählung scheint bei vielen Leserinnen einen Nerv getroffen zu haben. Denn das Buch „Häutungen“ wurde für einen kleinen Verlag¹²⁹, der seine durchschnittlichen Auflagen auf 3 000 bis 5 000 Exemplare bezifferte, zu einem Kassenschlager, der sich bis Anfang der 1980er Jahre rund 250 000 Mal verkaufte.

Eine hohe Auflage von 60 000 Stück erreichte auch das ebenfalls 1975 erschienene Sachbuch „Was geschieht mit kleinen Mädchen?“, in dem die Italienerin Elena Gianni Belotti den Zwängen einer geschlechtsspezifischen Erziehung nachging.¹³⁰ Eine wichtige Rolle im Verlagsprogramm spielten weiterhin Veröffentlichungen zur Frauengesundheit, etwa die Broschüre „Was erwartet uns beim Frauenarzt“¹³¹ von 1976, oder eine ganze Reihe von Publikationen aus den USA – zum Beispiel „Getting Clear“¹³² von Anne Kent Rush aus dem Jahr 1977 –, die mit dazu beitrugen, dass sich Ansätze einer Therapie für Frauen auch in der Bundesrepublik verbreiteten.¹³³ 1978 erschien ein weiterer Klassiker frauenbewegter Literatur, der sich innerhalb weniger Jahre 130 000 Mal verkaufte. Das Buch „Die Scham ist vorbei“¹³⁴ war von der Niederländerin Anja Meulenbelt verfasst, die ähnlich wie Verena Stefan ihre persönliche Lebensgeschichte und das Erstarken ihres feministischen Bewusstseins schilderte.¹³⁵

Wer aber stand hinter der *Frauenoffensive*, die sich voll und ganz der Frauenbewegung verschrieben hatte? Wie funktionierte das feministische Engagement im Inneren des Verlags, der als „Deutschlands erster Frauenverlag“¹³⁶ ein solch geschicktes Händchen für die Bedürfnisse eines frauenbewegten Milieus bewies? 1975 beschrieb die Münchner *Abendzeitung* die Gruppe, die mindestens aus „Andrée, Birgit, Ine, Martina, Susanne, Uli“ bestand, als Kollektiv „ohne Nachnamen“, das über alle Vorhaben des Verlags gemeinschaftlich diskutiere und entscheide.¹³⁷ Das Unternehmen musste zwar „in einer männlich-patriarchalischen

¹²⁷ Vgl. zur literaturwissenschaftlichen Einschätzung des Buches Schmidt: Die westdeutsche Frauenliteratur in den 1970er Jahren, S. 52–136.

¹²⁸ Stefan: Häutungen, S. 3.

¹²⁹ Zu den Stückzahlen bis Anfang der 1980er Jahre vgl. FrauenMediaTurm, ME.03.034: Gabriele Wiezcorek: Frauenverlage. Aufbau, Konzepte, Absatzwege, Stuttgart 1982 (unveröffentlichte Diplomarbeit).

¹³⁰ Belotti: Was geschieht mit kleinen Mädchen?.

¹³¹ Bohm/Korflür: Frauenarzt.

¹³² Kent Rush: Getting clear.

¹³³ Zum Münchner Beispiel vgl. Kap. IV.1.a.

¹³⁴ Meulenbelt: Die Scham ist vorbei.

¹³⁵ Zu den Auflagenzahlen bis Anfang der 1980er Jahre vgl. FrauenMediaTurm, ME.03.034: Gabriele Wiezcorek: Frauenverlage. Aufbau, Konzepte, Absatzwege, Stuttgart 1982 (unveröffentlichte Diplomarbeit).

¹³⁶ www.verlag-frauenoffensive.de

¹³⁷ Ingeborg Münzing: Hexen, Amazonen und liebe kleine Mädchen, in: *Abendzeitung* vom 26. 9. 1975.

Geschäftswelt“ (über)leben, wollte sich dabei aber explizit nicht allen „herrschenden Prinzipien“ beugen, die es unter anderem in „Zensur“ und „den Kriterien eines unbarmherzigen Kommerzgeschäftes“ erblickte. Dem sollte ein „Stück kämpferische Gegenwart und Utopie“ entgegengesetzt werden, die vor allem aus „Authentizität“ und „gelebter, direkter Erfahrung“ von Frauen kommen sollte.¹³⁸

Das war allerdings alles andere als einfach. Der ursprünglich aus knapp 20 Frauen bestehende und ohne Bezahlung arbeitende Verbund verkleinerte sich der Aussage der langjährigen Mitarbeiterin Susanne Kahn-Ackermann zufolge „in einem nicht immer harmonischen Prozess“ bereits 1975/76 auf sechs bis acht Mitglieder.¹³⁹ Die Zeitschrift *Emma* sah im Vorleben dieser Frauen, die teils kaufmännische Berufe erlernt, teils eine universitäre (Sprachen-)Ausbildung durchlaufen hatten, die „typisch untergeordneten Frauenpositionen“. Dies sei auch der Grund, weshalb dieses Kollektiv in der Geschäftswelt mit alternativen Wirtschafts- und Umgangsformen auftreten wollte.¹⁴⁰ Allerdings darf nicht übersehen werden, dass die Frauen, deren Lebensläufe auch die Bildungsexpansion der damaligen Zeit widerspiegeln, über Potenzial verfügten und nicht allein mit „Enthusiasmus und Idealismus“, fast ohne Vorkenntnisse, im Verlagswesen mit einem feministischen Schwerpunkt aktiv wurden. Sie hatten vielmehr, wie die *Offensive*-Frauen selbst formulierten, ein „gesundes Verhältnis zu Finanzen und betriebswirtschaftliche Kenntnisse“.¹⁴¹

Die *Frauenoffensive* verstand sich bewusst als kleiner Verlag, dessen Produktion jährlich bei etwa zwölf Titeln lag und der nach Prinzipien der Gleichberechtigung, der Selbstbestimmung und der Frauenzentrierung arbeitete. So gründeten die Frauen zwar eine GmbH, doch waren innerhalb dieser Organisation Risiko und Verantwortung zwischen den einzelnen Gesellschafterinnen gleich verteilt. Außerdem wurden bestimmte Arbeitsbereiche abgesteckt, die aber alle mit demselben Bruttogehalt belegt waren. Zumindest größere Entscheidungen wurden gemeinsam getroffen. Das Verlagsprogramm richteten die Frauen nicht allein an der erwarteten Rentabilität aus, sondern auch an ihrem „politischen Verständnis“. Buchvorschläge, die ursprünglich im Kollektiv besprochen und dann angenommen bzw. abgelehnt werden sollten, wurden aber realiter nur von einigen wenigen Frauen eingebracht, die sich für die jeweilige Thematik besonders interessierten. Dass es dabei bisweilen „zu einem großen Krach“ kam, leugnete die *Frauenoffensive* keineswegs, beschrieb sich aber gleichzeitig als „kleines, stabiles Kollektiv“, das Konflikte auszutragen in der Lage gewesen sei.¹⁴²

Letztendlich bezeichneten sich die Frauen als „feministische freaks in der Verlagslandschaft“, die sich im Lauf der Zeit „weitgehend“ an bestimmten Notwendigkeiten orientiert hätten.¹⁴³ Insgesamt ist es der *Frauenoffensive* seit der zweiten

¹³⁸ FrauenMediaTurm, Pressedokumentation 1968–1981: Presseinformation des Verlags Frauenoffensive auf der Frankfurter Buchmesse vom 9. 10. 1975.

¹³⁹ Susanne Kahn-Ackermann: Einen Tag für Hausarbeit, einen für Menstruation, in: *Courage* 5 (1983), H. 8, S. 36–38.

¹⁴⁰ Alice Schwarzer: Hat die Alleinherrschaft der Männerverlage ein Ende?, in: *Emma* vom Januar 1978.

¹⁴¹ Susanne Kahn-Ackermann: Einen Tag für Hausarbeit, einen für Menstruation, in: *Courage* 5 (1983), H. 8, S. 36–38.

¹⁴² Ebd.

¹⁴³ Ebd.

Hälfte der 1970er Jahre gelungen, eine Marktnische, die sich nicht zuletzt durch eine wachsende Frauenbewegung geöffnet hatte, erfolgreich zu besetzen. Dies gilt im Grunde bis heute¹⁴⁴, auch wenn eine der derzeitigen Gesellschafterinnen meint, dass der *Frauenoffensive* nicht mehr der „ganze Kuchen“ gehöre, da im Lauf der Jahre auch große Verlage Frauenthemen für sich entdeckt hätten.¹⁴⁵ Trotzdem hat die *Offensive* bis heute gut 350 Bücher herausgebracht und wird nach wie vor gemeinschaftlich von drei Frauen getragen.

Einen Abnehmer ihrer Bücher fand die *Frauenoffensive* in Lillemor's *Frauenbuchladen*¹⁴⁶, der sich als „ein Multiplikator feministischer Politik“¹⁴⁷ verstand und ebenfalls bis heute in München existiert. Das Geschäft öffnete nach einer etwa einjährigen Vorbereitungszeit im November 1975 in der Arcisstraße in Schwabing und übernahm damit eine Vorreiterrolle; ähnliche Projekte folgten in West-Berlin, Hamburg und Hannover.¹⁴⁸ Wie bei der *Frauenoffensive* fand sich letztlich eine einigermaßen überschaubare Gruppe von sechs Frauen zusammen, die mit einem Startkapital von 20000 DM, das aus Erspartem, kleinen privaten Darlehen und Spenden stammte, eine GmbH gründeten. Zu den Gesellschafterinnen, die den 1940er Jahrgängen angehörten und damit im Durchschnitt 30 Jahre alt waren, zählte eine Lehrerin, eine Grafikerin, eine Übersetzerin, eine Studentin, eine Buchhändlerin und eine Mutter zweier Kinder, die sich, wie es in einer Zeitungsmeldung hieß, nach elf Jahren Ehe wieder auf eigene Beine gestellt habe.¹⁴⁹ Wichtiger als ihre Berufe, die zunächst zwei dieser Frauen zugunsten der Arbeit im Buchladen hinter sich ließen, war den Frauen aber ihre Verbindung zur Frauenbewegung, die laut eigenen Angaben seit 1970 und vor allem in der „218-Arbeit/Aufbau eines Frauenzentrums/Lesbenpolitik usw.“ bestand.¹⁵⁰

Dieses feministische Engagement wollten die Frauen nun in einem „autonomen Projekt“ im Einsatz „von Frauen und für Frauen“ weiterführen, da sie als Angehörige des weiblichen Geschlechts ihrer Einschätzung nach die ersehnte Unabhängigkeit nur dann erreichen könnten, wenn sie „ganz bewusst ihre eigene Situation wahrnehmen und für ihre eigenen Bedürfnisse kämpfen“. Dabei verstanden die Buchhändlerinnen ihren Laden eindeutig als Ausdruck einer „feministischen Gegenökonomie“, in der Frauen in der Lage seien, die „bestehenden Machtverhältnisse zu sprengen“, „unter anderen als den herrschenden patriarchalen Bedingungen zu arbeiten“, sich „unter positiver Anwendung unserer bisherigen Berufserfahrung und Ausbildung“ zu engagieren und dabei die „Trennung von privat und öffentlich“ aufzuheben.¹⁵¹

In der Presse, die sich anfänglich sehr für den neuen Buchladen interessierte, kam vor allem eine Konkretisierung des letztgenannten Grundsatzes ausgespro-

¹⁴⁴ Vgl. zu Programm und Selbstverständnis heute: www.verlag-frauenoffensive.de.

¹⁴⁵ Anne Goebel: Das süße Gift des Feminismus, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 5.6.1999.

¹⁴⁶ www.frauenliteratur.de

¹⁴⁷ FrauenMediaTurm, FE.03.045: Frauenzentrum München: Selbstdarstellung, München 1978.

¹⁴⁸ Buchläden für Frauen. München und Berlin sind nur der Anfang, in: *Buchreport* vom 28.11.1975.

¹⁴⁹ Demnächst in München. Buchladen der Frauen, in: *Buchreport* vom 29.8.1975; Buchläden für Frauen. München und Berlin sind nur der Anfang, in: *Buchreport* vom 28.11.1975.

¹⁵⁰ FrauenMediaTurm, FE.03.045: Frauenzentrum München: Selbstdarstellung, München 1978.

¹⁵¹ Ebd.

chen gut an. Zumindest wurde in mehreren Zeitungsartikeln der umfassende Service gelobt, den das Geschäft biete: Denn die Kundinnen konnten in dem Laden nicht nur Bücher kaufen, sondern in einer Sitzecke schmökern, plaudern, Tee trinken, ihre Kinder spielen lassen und sogar Wäsche mitbringen, die sie dank einer Waschmaschine vor Ort waschen und ausbessern konnten.¹⁵²

Den „Händlerinnen der Emanzipation“¹⁵³ ging es aber um mehr als nur um das gemütliche Beisammensein unter Frauen. Sie verstanden sich zwar ausdrücklich als „Kommunikationszentrum“, in dem Frauen aus der Anonymität treten sollten: So wurden Kontakte zu anderen Frauen bzw. zur Frauenbewegung vermittelt, feministische Politik diskutiert, Bücher besprochen sowie Lesungen und Ausstellungen abgehalten.¹⁵⁴ Gleichzeitig wollten die Geschäftsinhaberinnen aber auch den Umsatz nicht aus den Augen verlieren. Dieser sollte allerdings über einen „frauenspezifischen Sortimentskatalog“ erzielt werden.¹⁵⁵ Es sollten alle Bücher vorrätig sein, die auch „nur einen Lufthauch ernstzunehmender Auseinandersetzung mit ‚Frausein‘ enthalten“. Demgegenüber führte das Geschäft „erklärt Frauenfeindliches, Dummliches, patriarchale Frauenrolle Stabilisierendes, Frauen Diskriminierendes“ nicht.¹⁵⁶

In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre kam *Lillemor's* mit diesem Konzept gut an. Bald arbeiteten fünf Frauen im Buchladen, zwei von ihnen Vollzeit, drei stundenweise. Auch die Gehälter der Frauen konnten erhöht werden und lagen 1977 immerhin bei 1 000 DM für eine Ganztagsstelle.¹⁵⁷ Dabei war die Käuferschicht nicht besonders breit. Nach Angaben der Buchhändlerinnen handelte es sich zuvorderst um Kundinnen „unter 30 Jahren“ und „meist alleinstehende Frauen“.¹⁵⁸ Anfangs konnten auch Männer bei *Lillemor's* einkaufen. Ihnen wurde allerdings 1978 nach einer „kollektiven Entscheidung“, die die Buchhändlerinnen „nicht ohne Bauchschmerzen“ gefällt hätten, der Zutritt zum Laden verboten.¹⁵⁹ Bei der einen oder anderen Kundin, die gerne auch einmal ihren Partner zum Abholen eines Buches geschickt hätte, stieß dies ebenso auf Widerspruch¹⁶⁰ wie bei einem Journalisten, der sich nach einer „Probe aufs Exempel“ in der Münchner *Abendzeitung* beschwerte, dass er mit einem „iggitiggit“ gleich an der Tür aufgehalten

¹⁵² Vgl. dazu die Presseauschnittssammlung in: Privatarchiv Lillemor's Frauenbuchladen, z.B. Interview mit den Frauen vom Frauenbuchladen, in: Blatt vom Oktober 1975; Wo „man“ es schwer hat. Der erste Frauenbuchladen der Bundesrepublik in München, in: Süddeutsche Zeitung vom 4. 11. 1975; Lillemor's, in: Badische Neue Nachrichten vom 15. 11. 1975; Buchläden für Frauen: München und Berlin sind nur der Anfang, in: Buchreport vom 28. 11. 1975; Zwischen Buch und Waschmaschine suchen Frauen ihren Weg, in: Nord-West-Zeitung (Oldenburg) vom 6. 3. 1976.

¹⁵³ Auch Männer kaufen im Frauenbuchladen, in: Abendzeitung vom 20. 11. 1976.

¹⁵⁴ FrauenMediaTurm, FE.03.045: Frauenzentrum München: Selbstdarstellung, München 1978.

¹⁵⁵ Buchläden für Frauen: München und Berlin sind nur der Anfang, in: Buchreport vom 28. 11. 1975.

¹⁵⁶ Privatarchiv Lillemor's Frauenbuchladen: Sortimentskatalog von 1977.

¹⁵⁷ Privatarchiv Lillemor's Frauenbuchladen: Selbstdarstellung vom April 1977.

¹⁵⁸ Buchläden für Frauen: München und Berlin sind nur der Anfang, in: Buchreport vom 28. 11. 1975.

¹⁵⁹ Privatarchiv Lillemor's Frauenbuchladen: Schreiben der Buchladenfrauen an eine Kundin vom 18. 8. 1980.

¹⁶⁰ Privatarchiv Lillemor's Frauenbuchladen: Schreiben einer Kundin, o. D.

worden sei.¹⁶¹ Allerdings wog in dieser Frage im Geschäft der Wunsch nach einer ausschließlich weiblichen Autonomie schwerer, zumal es in München nach Ansicht von *Lillemor's* außer dem Frauenzentrum keinen Ort gab, „wo Frauen wirklich mal ohne Männer sein“ konnten.¹⁶² Der Erfahrung einer Mitarbeiterin zufolge hatte die Anwesenheit von Männern die Frauen von einem Austausch untereinander abgehalten. Dies habe sich gerade deswegen als problematisch erwiesen, weil der Buchladen auch eine Anlaufstelle für Frauen gewesen sei, die unter der Gewalt ihrer Lebensgefährten litten.¹⁶³

Schwierigkeiten waren *Lillemor's Frauenbuchladen* alles andere als fremd: So kam es im Kollektiv zu Konflikten, etwa wenn es um das „Männerverbot“ ging; das weitreichende Konzept kostete Kraft, Zeit und bedeutete hie und da auch Gratisarbeit. Außerdem waren die Kundinnen nicht immer kaufkräftig.¹⁶⁴ Allerdings verzeichnete die in der Frauenbewegung häufig beschworene Solidarität von Frauen im Falle des Münchner Geschäfts Erfolge. Als sich der Buchladen 1983 in einer besonders prekären finanziellen Situation an *Emma* um Hilfe wandte, startete die Zeitschrift einen Aufruf an ihre Leserinnen aus dem gesamten Bundesgebiet, den Münchnerinnen durch Einkauf, Bestellungen und Spenden unter die Arme zu greifen. Das Argument, dass der Laden „ein feministisches Symbol ökonomischer und politischer Autonomie und Durchsetzungsfähigkeit“ sei, zog – vermutlich auch deshalb, weil der Buchladen ausdrücklich darauf hinwies, dass er „über unser Sortiment hinaus auch jedes andere lieferbare Buch“ besorge.¹⁶⁵

Obgleich Frauenprojekte bisweilen gezwungen waren, entgegen ihrer ursprünglichen Ideale bestimmte Zugeständnisse zu machen, trugen sie zur Weiterentwicklung und Spezialisierung der Frauenbewegung bei. Einrichtungen wie die *Frauenoffensive* oder *Lillemor's Frauenbuchladen* erhöhten in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre die dauerhafte Sichtbarkeit frauenbewegter Bestrebungen in der Öffentlichkeit, wie sie zum Beispiel die Demonstrationen gegen den Paragraphen 218 StGB noch nicht geleistet hatten. Zudem konkretisierten und verbreiterten die Unternehmungen mit ihren unterschiedlichen Ansätzen feministisches Engagement und boten dabei zumindest einer Handvoll Frauen sogar einen Lebensunterhalt.

Nicht zuletzt waren manche Frauenprojekte einigermaßen feste Pfeiler in einer ansonsten recht spontanen und fluiden Bewegung, wobei die einzelnen Projekte und die Bewegung meist in einem produktiven Wechselverhältnis standen. Das bezog sich nicht nur auf eine Vielzahl von Ideen, die Gestalt annahmen. Wenn die Frauen von *Lillemor's* und der *Offensive* auf ihre Werdegänge in der Frauenbewegung hinwiesen, unterstrichen sie ihr politisches Selbstverständnis, wenn etwa die Buchhandelsfrauen erklärten: „Die Stärke und das Geld kommt aus der Frauen-

¹⁶¹ Thomas Veszelits: Tanzt aus der Reihe! Männer-Verbot im Frauenbuchladen, in: Abendzeitung vom 31.8.1978.

¹⁶² Privatarchiv Lillemor's Frauenbuchladen: Blatt, das die Entscheidung des Männerverbots im Buchladen begründet [1978].

¹⁶³ Hintergrundgespräch mit Ursula Neubauer vom 7.10.2008. Vgl. zum Thema „Gewalt an Frauen“ Kap.IV.2.c.

¹⁶⁴ Privatarchiv Lillemor's Frauenbuchladen: Erfahrungsbericht „An alle Buchladenfrauen. Eine andere Buchladengeschichte“ [2. Hälfte der 1970er Jahre]; Nicht gegen Männer, sondern für Frauen, in: Buchmarkt 26 (1991), H. 4, S.104f.

¹⁶⁵ Münchner Frauenbuchladen in Not, in: Emma vom Juni 1983.

bewegung.“¹⁶⁶ Projekte leisteten, sofern sie erfolgreich waren, einen Beitrag dazu, dass sich die Frauenbewegung zunehmend aus ihrem mehrheitlich gemischtgeschlechtlichen und linken Entstehungskontext löste oder besser: lösen konnte. Das Männerverbot im Buchladen zum Beispiel wurde unter anderem auch damit begründet, dass Frauen es nicht mehr nötig hätten, der Umwelt zu zeigen, dass sie etwas Eigenes aufzubauen in der Lage seien.¹⁶⁷ 1977 erklärten neben *Lillemor's* auch andere Frauenbuchläden aus West-Berlin, Braunschweig, Bremen, Frankfurt am Main, Hannover, Köln, Heidelberg und Wiesbaden dem *Verlag des linken Buchhandels (VLB)* klipp und klar, dass sie „autonom“ seien und sich deshalb vom *VLB* nicht bei der Gründung und dem Bestandsaufbau neuer Geschäfte beeinflussen lassen würden.¹⁶⁸

Die Entdeckung des Eigenen trieb auch die *Frauenoffensive* voran. Dazu gehörten auch die „Treffen schreibender Frauen“, die der Verlag seit 1976 organisierte, um sich auf die Suche nach schriftlichen Ausdrucksmöglichkeiten eines „Frauenbewusstseins“ zu begeben. Dieses hatte sich nach Ansicht der feministischen Aktivistinnen infolge der „Auswirkung einer internationalen Bewegung“ entwickelt, ein erneuter Hinweis darauf, dass die Frauenbewegung der 1970er Jahre ihre Kraft auch aus dem Wissen bezog, eine grenzüberschreitendes Phänomen zu sein. Sich ausdrücklich an (noch) „nicht-professionell schreibende Frauen“ wendend und „jenseits des herrschenden Kulturbetriebs“¹⁶⁹ einordnend, wurde die *Frauenoffensive*, so eine literaturwissenschaftliche Einschätzung, damit ein „Sammel- und Brennpunkt“ neuer Einstellungen „sowohl zur Politik, als auch zur Kunst, zum literarischen Schreiben“. Es entstand dadurch auch ein „Artikulationsinstrument“ von Autorinnen, die schließlich immerhin im frauenbewegten Milieu einen gewissen Bekanntheitsgrad erreichten.¹⁷⁰

Frauenprojekte bereicherten die Frauenbewegung der 1970er Jahre auch in organisatorischer Hinsicht. So suchten die *Frauenoffensive* und *Lillemor's Frauenbuchladen* immer wieder den Dialog mit feministischen Mitstreiterinnen und stellten sich und ihre Ansichten der Diskussion¹⁷¹, etwa, indem sie sich zumindest in ihren Gründungsjahren öffentlich im Frauenzentrum trafen oder in der *Münchener Frauenzeitung* eine Rubrik mit Buchbesprechungen einführten.¹⁷² Darüber

¹⁶⁶ Privataarchiv Lillemor's Frauenbuchladen: Interview mit den Frauen vom Frauenbuchladen, in: Blatt vom Oktober 1975.

¹⁶⁷ Privataarchiv Lillemor's Frauenbuchladen: Blatt, das die Entscheidung des Männerverbots im Buchladen begründet [1978].

¹⁶⁸ Privataarchiv Lillemor's Frauenbuchladen: Resolution, die auf einem Treffen der Frauenbuchläden in West-Berlin am 12./13.2.1977 verfasst wurde.

¹⁶⁹ Die Zitate nach: IfZ-Archiv, ED 899/19: Grundlagenpapier zur Frauenoffensive mit Überlegungen zum geplanten „Treffen schreibender Frauen“ 1976. Zu den genauen Inhalten dieses Treffens vgl. die Berichterstattung in: *Frauenoffensive Journal* Nr.5 von 1976 mit dem Titel „Aufständische Kulturen“.

¹⁷⁰ Vgl. dazu ausführlicher: Schäfer: *Feministische Fiktionen und literarische Traditionen eines autonomen feministischen Verlages*, S.35, 39.

¹⁷¹ Während die *Frauenoffensive* auf eine „Dialektik von Frauenbewegung und Publikationen“ setzte (FrauenMediaTurm, FE.03.048: Frauenzentrum München: Selbstdarstellung autonomer Frauengruppen München-Ingolstadt, München 1975), sprach Lillemor's Frauenbuchladen von der „Idealform“ einer „ständigen Dialogsituation“ (FrauenMediaTurm, FE.03.045: Frauenzentrum München: Selbstdarstellung, München 1978).

¹⁷² FrauenMediaTurm, FE.03.048: Frauenzentrum München: Selbstdarstellung autonomer Frauengruppen München-Ingolstadt, München 1975; ... aus dem *FZ*, in: *Frau-Info* vom März 1978.

hinaus knüpften manche Projekte auch bundesweite Netzwerke, die sich oft an inhaltlichen Schwerpunkten ausrichteten, zum Beispiel im Fall der regelmäßigen Treffen der „autonomen Frauenbuchprojekte“, an denen sich auch die beiden Münchner Einrichtungen beteiligten.¹⁷³ Im Oktober 1978 fand sogar eine „Internationale Konferenz feministischer Verlage“ in der bayerischen Hauptstadt statt. Diese Tagung war von der *Frauenoffensive* organisiert worden und versammelte Verlagsvertreterinnen aus der Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden und Italien.¹⁷⁴ Auch wenn auf diesen Zusammenkünften trefflich darüber gestritten wurde, wie weit der Begriff der „Autonomie“ und des „Feminismus“ umgesetzt werden könne und solle, dienten sie dem Erfahrungstransfer. Die Aktivistinnen waren sich gegenseitig Stütze und arbeiteten an ihrem Selbstverständnis, etwa wenn sich Projekte zu Einkaufsgenossenschaften zusammenschlossen oder ihr Auftreten gegenüber der „Linken“ absprachen.¹⁷⁵ Wie dies sozusagen „im Kleinen“ funktionierte, soll im Folgenden am Münchner Beispiel aufgezeigt werden.

Gegen Ende der 1970er Jahre¹⁷⁶ verzeichnete die Szene der Münchner Frauenprojekte einen wahren Wachstumsschub. Die Unternehmungen stellten sich schließlich sogar auf einem Plakat¹⁷⁷ dar: Ganz im Sinne frauenbewegter Vielfalt waren auf lila Grund 20 Würfel neben- und aufeinandergestapelt, die die ganze Bandbreite an Projekten widerspiegelten, die Münchner Feministinnen innerhalb weniger Jahre aufgebaut hatten. Neben der *Frauenoffensive* und *Lillemor's Frauenbuchladen* fanden sich dort weitere kulturelle Vorhaben wie der *come out Lesbenverlag*, die *Frauengalerie*, das *Frauenkino*, die *Münchner Frauenzeitung* sowie *Troubadisc* und *Troubadoura*, die sich als Vertrieb und Zeitschrift mit von Frauen gemachter Musik beschäftigten. Dazu kamen gesundheitliche wie soziale Schwerpunkte, wofür das *Frauentherapiezentrum*, das *Frauengesundheitszentrum*, die Selbsthilfeeinrichtung *Arbeitslose Mädchen helfen sich selbst*, die *Aktion Frauenhaus* oder der Selbstverteidigungsunterricht *Wen-Do* standen. Praktisches in Form einer *Frauenwerkstatt* und einem *Frauenhandwerkskollektiv* kam ebenso zur Sprache wie die Freizeit, hier im *Cafe für Frauen* und in der *Frauenkneipe*. Auch das *Frauenzentrum Gabelsbergerstraße*, und der *Frauentreffpunkt Neuperlach*

¹⁷³ Vgl. dazu Privatarchiv Lillemor's Frauenbuchladen, Ordner Deutsche Frauenbuchläden und Frauenprojekte bis 1982. Korrespondenz. In einer „Einladung des Frauenbuchvertriebs Berlin zum Treffen der autonomen Frauenbuchprojekte in Berlin vom 5.-8.5.1977“ waren zum Beispiel neben allen westdeutschen Frauenbuchläden eine ganze Reihe von Verlagen und Vertrieben mit Namen wie Amazonenverlag, Courage Verlag, Schwarze Botin Verlag, Verlag Lesbenpresse, Frauenkalender-Selbstverlag, Frauenselbstverlage Berlin, Emma Verlag, Frauenoffensive, Frauenbuchversand, Verlag Richter, Verlag unsere kleine zeitung und Frauenverlag „Lohn für Hausarbeit“ auf der Adressliste zu finden.

¹⁷⁴ Treffen der Frauenverlage, in: Münchner Frauenzeitung vom Februar 1979.

¹⁷⁵ Privatarchiv Lillemor's Frauenbuchladen, Ordner Deutsche Frauenbuchläden und Frauenprojekte bis 1982. Korrespondenz: Einladung des Frauenbuchvertriebs Berlin zum Treffen der autonomen Frauenbuchprojekte in Berlin vom 5.-8.5.1977; Tagesordnungspunkte für das Buchprojektetreffen vom 11.-13.11.1977 in Köln; Rundbrief der Frauenbuchladen GmbH Bielefeld vom 8.5.1981; Rundbrief des Frauenbuchladens Xanthippe Mannheim vom 12.5.1981; Protokoll des Frauenbuchladentreffens in Edertal am 7.11.1981.

¹⁷⁶ Vgl. Frauen gehen zu Frauen, in: Münchner Frauenzeitung vom September 1979. Die Seite zeigt einen Überblick von 21 Projekten, die sich mit Ausnahme der Gruppe „Vergewaltigte Frauen“ auch auf dem im folgenden vorgestellten Plakat befinden.

¹⁷⁷ Das Plakat ist abgedruckt in: Feministisches Wunderland, in: Emma vom Februar 1981.

durften nicht fehlen. Als einzige Gruppe aber, die noch mit dem Aufbruch Anfang der 1970er zu tun hatte, war allein das *Frauenforum* verzeichnet.

Die Münchner Frauenbewegung war in ihrem Handeln also fortgeschritten, hatte sich dabei spezialisiert und ihr Gesicht verändert. Gleichzeitig gelang es, über die einzelnen Projekte hinaus einen Zusammenhang herzustellen. Dies geschah seit 1979 durch regelmäßige Versammlungen¹⁷⁸ und schließlich unter dem gemeinsamen Dach *Frauen gehen zu Frauen*.¹⁷⁹ Über den eingetragenen Verein sollten sich die einzelnen Projekte kennenlernen und Erfahrungen austauschen, um der Gefahr entgegenzuwirken, dass die Aktivistinnen als „isolierte Projektwühlmäuse“ versauerten und dabei den Anschluss zur örtlichen und überregionalen Bewegung verlören. Zudem ging der Verband daran, die verschiedenen Projekte zum Beispiel durch das eben vorgestellte Plakat oder Informationsbroschüren an die Frau zu bringen. Auch von „Geldspritzen“ für Gruppen ohne Kapital oder in finanziellen Engpässen war die Rede. Dass dieses Angebot angesichts geringer Mitgliedsbeiträge nicht sehr weitreichend war, ist zwar anzunehmen. Allerdings unterstrich der Verein, der 1995 letztmals einen Überblick über die Münchner Frauenprojekte herausgab, dass er angetreten sei, der „Selbstverständlichkeit einer Frauenkultur und Fraueninfrastruktur Boden und Öffentlichkeit zu verleihen“.¹⁸⁰ Dabei ist festzustellen, dass Frauenprojektarbeit in München immer mehr Lebensbereiche berührte, wovon in den 1990er Jahren etwa eine *Frauen-Computer-Schule* oder eine Stadtteilinitiative für alleinerziehende Mütter zeugen. Das Handbuch stellte 1995 bereits 26 Unternehmungen vor. Darunter waren altbekannte ebenso wie neu entstandene; viele Projekte aus der zweiten Hälfte der 1970er Jahre waren aber verschwunden.

Zu den kurzlebigeren Erscheinungen zählte unter anderem die *Frauenkneipe*, die ihren weiblichen Gästen von 1978 bis Mitte der 1980er Jahre in der Schmellerstraße in der Isarvorstadt „Bier vom Faß“ und warmes Essen servierte. Auch hier war ein gleichberechtigtes Kollektiv von zehn Frauen zwischen 26 und 40 Jahren am Werk, die die Kneipe, die abends und am Wochenende geöffnet war, nebenbei betrieben. Die angehenden Wirtinnen hatten sich über Frauengruppen kennengelernt, sieben von ihnen waren berufstätig, drei Studentinnen. Diese Frauen einte die „Lust, ein konkretes Projekt aufzuziehen“.¹⁸¹ In den ersten Jahren war die Gaststätte ein beliebter Treffpunkt, in dem Frauen auch Bilder ausstellen, Feste feiern, zu Discomusik tanzen oder den Nebenraum für Sitzungen nutzen konnten. Die beiden Sozialarbeiterinnen aus der Gruppe boten an einem Abend pro Woche Interessierten sogar Beratungen an.

Allerdings zehrte bei aller frauenbewegter Begeisterung der Spagat zwischen Beruf bzw. Studium und Kneipe; auch war es nicht einfach, unterschiedliche Erwartungen zwischen den Kneipenfrauen und den Gästen, aber auch innerhalb der

¹⁷⁸ 2. Projektetreffen, in: Münchner Frauenzeitung vom Juli 1979.

¹⁷⁹ Hier und im folgenden eine Selbstbeschreibung in: *FrauenMediaTurm*, Broschüre *Frauen gehen zu Frauen* (Hrsg.): *Frauenprojekte in München*, München 1982.

¹⁸⁰ *Frauen gehen zu Frauen e. V.* (Hrsg.): *Feministische Frauenprojekte in München*, München 1995, S. 17.

¹⁸¹ *Münchner Frauenkneipe mit Garten*, in: *Emma* vom September 1978.

Gruppe selbst, vollends aneinander anzupassen.¹⁸² Das Kollektiv der *Frauenkneipe* war bereits 1982 auf drei Mitglieder geschrumpft, vermutlich auch deshalb, weil sich die Lebenswege der Beteiligten unterschiedlich entwickelten. Große Probleme bereiteten aber vor allem, so die Selbsteinschätzung der Kneipenfrauen, „die Gesetze der freien Marktwirtschaft“: Die Gaststätte war an eine Brauerei und den Absatz einer bestimmten Menge Bier gebunden; dem konnte sie auf Dauer nicht nachkommen, obgleich die *Frauenkneipe* auf die Solidarität ihrer Besucherinnen setzte und zu gesteigertem Bierkonsum aufrief, etwa wenn sie ganze Träger zum Privatbedarf und Selbstkostenpreis anbot.¹⁸³

Die Probleme mancher Projekte waren nachgerade eklatant. Nicht einmal die Münchner Frauenbewegung selbst kam umhin, auf die Schattenseiten des von der Zeitschrift *Emma* so hochgelobten „feministischen Wunderlands“¹⁸⁴ an der Isar hinzuweisen. Neben der Schwierigkeit, dass die Projekte „wucherten“ und die Initiatorinnen dabei nicht selten die ökonomische Seite vernachlässigten, wies eine mahnende Stimme aus der bayerischen Hauptstadt im Frauenjahrbuch 1979 auch noch auf eine andere Entwicklung hin: Zwar sei über die vielen Projekte tatsächlich ein „Lebensraum“ für Frauen geschaffen worden; gleichzeitig müssten sich die Betreiberinnen aber auch eingestehen, dass beispielsweise Bücher des *come out Lesbenverlags* den Kreis der Frauenbuchläden nicht mehr verließen. Durch die Frauenprojekte sei ein „inner circle“ von Aktivistinnen entstanden, der einem Rückzug der Bewegung aus der allgemeinen Öffentlichkeit gleichkomme. Denn auf sich selbst bezogen, so das wenig schmeichelnde Urteil, könne der Feminismus seiner ursprünglichen Absicht, die Verhältnisse zu verändern, nicht mehr gerecht werden.¹⁸⁵

In ähnlicher Weise sprach ein Artikel einer Münchner Leserin im Magazin *Emma* von „unseren Insellagen“, die sich durch die „schreibenden, therapierenden, heilenden, handwerkenden, helfenden, edierenden, kochenden, ausstellenden, kunstschaffenden, studientreibenden, meditierenden Frauenprojekte“ gebildet hätten. Aller Kreativität und dem politischen Idealismus zum Trotz stünden die Projektbetreiberinnen vor einer harten Realität, die die Autorin an „schlecht- und unbezahlter Sozialarbeit“, am „Küchengezänk um Mein und Dein“ und den „Mini“-Formaten in einer „Millionenstadt“ festmachte.¹⁸⁶ Tatsächlich sind die *Frauenoffensive* oder *Lillemor's Frauenbuchladen* im Hinblick auf die Entwicklung der Mehrheit der Frauenprojekte aus den 1970er Jahren eher als Ausnahme denn als Regel zu bezeichnen. Die beiden Unternehmen konnten sich über mehrere Jahrzehnte behaupten, wobei es fraglich bleibt, wie es angesichts des fortschreitenden Alters der Betreiberinnen und der ohnehin schwierigen Lage des Buch-

¹⁸² ... aus der frauenkneipe, in: Münchner Frauenzeitung vom November 1978; Eine Kneipenfrau zieht Bilanz, in: Münchner Frauenzeitung vom April 1980; Das ist eine Wirtschaft, in: *Emma* vom Februar 1981.

¹⁸³ FrauenMediaTurm, Frauen gehen zu Frauen (Hrsg.): Frauenprojekte in München, München 1982.

¹⁸⁴ Feministisches Wunderland, in: *Emma* vom Februar 1981.

¹⁸⁵ Nach der Autonomie die Autarkie – oder: Kann die Lesbennation sich selbst versorgen?, in: Antje Garen u. a. (Hrsg.): Frauenjahrbuch '79. Aktuelle Beiträge aus der Frauenbewegung, Naumburg/Elbenberg 1980, S. 190f.

¹⁸⁶ Gar nicht so lustig, in: *Emma* vom April 1984.

wesens um ihre Zukunft bestellt ist. Auch das *FrauenTherapie-* und *Frauengesundheitszentrum* gehören heute zu den etablierten Einrichtungen in München, wengleich mit öffentlicher Unterstützung.

Vielen anderen Münchner Frauenprojekten, die keine Nische fanden oder Zugeständnisse machten, war bei weitem kein so langes Leben beschert. So verschwanden zum Beispiel die *Münchner Frauenzeitung*, *Troubadoura* oder die *Frauenwerkstatt* Anfang der 1980er Jahre relativ sang- und klanglos von der Bildfläche. Ebenso wie die Mitgliederstruktur der Frauenbewegung waren auch die Frauenprojekte ein stark fluktuierendes Phänomen. Dies war auch den Zeitgenossinnen in München aufgefallen, die deshalb um die größeren Zusammenhänge der Bewegung fürchteten.¹⁸⁷ Gleichwohl war die Frauenbewegung in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre sehr wohl gruppenübergreifend und beständig mit bestimmten politischen Fragen beschäftigt, allen voran mit der Suche nach der „richtigen“ Organisationsform, der Diskussion eines „Lohns für Hausarbeit“ und dem Einsatz gegen Gewalt an Frauen.

2. Kampagnen und Strategien

Im Dezember 1979 warnte die Münchner Soziologin und Frauenzentrumsaktivistin Anita Heiliger in der *Münchner Frauenzeitung* vor der „Inflation des Begriffes Feminismus“¹⁸⁸. Eine solche Entwicklung war nicht von der Hand zu weisen, lag aber gewissermaßen in der Natur der Sache. Parallel zum Anwachsen von Frauenzentren und Frauenprojekten, wie es sich seit der zweiten Hälfte der 1970er Jahre nicht nur für München, sondern auch für eine ganze Reihe andere größerer und kleinerer Städte wie Berlin, Braunschweig, Bremen, Frankfurt am Main, Freiburg, Gießen, Hamburg, Saarbrücken und Stuttgart feststellen lässt¹⁸⁹, nahmen auch die – teils konkurrierenden – Deutungen durch Protagonistinnen und Initiativen der Bewegung zu, wie Feminismus und andere Schlagworte, etwa Autonomie und Selbstbestimmung, zu verstehen und umzusetzen seien. Die Frauenbewegung selbst sprach gerne von zwei Hauptströmungen, die im Gegensatz zueinander stünden. Im Frauenjahrbuch 1976, das unter der Federführung von Münchnerinnen entstand, wurden diese beiden Richtungen als „linker“ und „feministischer Feminismus“ betitelt, je nachdem, ob sie nun in erster Linie dem Kapitalismus

¹⁸⁷ So findet sich wie bereits in Kap. IV.1.b beschrieben häufiger die Befürchtung, die Frauenprojekte könnten dem Frauenzentrum die Basis entziehen: Frauenprojekte und Frauenzentrum – ein Appell, in: Münchner Frauenzentrum vom Juni 1979.

¹⁸⁸ Anita [Heiliger]: Gegen die Inflation des Begriffes Feminismus, in: Münchner Frauenzeitung vom Dezember 1979.

¹⁸⁹ Die Frauenprojekte der Städte Berlin, Hamburg, München, Frankfurt am Main und Stuttgart seit den 1970er Jahren sind Untersuchungsgrundlage bei: Doderer: Urbane Praktiken; zu Berlin: Nienhaus: Frauen erhebt Euch, S. 84–119; zu Braunschweig: Karras: Die neue Frauenbewegung; zu Bremen: Schmitter: Zur neuen Frauenbewegung, v.a. S. 97ff. und Dokumente S. 100–182; zu Frankfurt am Main: Dackweiler: Ausgegrenzt und eingemeindet, S. 189ff.; Historisches Museum Frankfurt (Hrsg.): Frauenalltag; zu Freiburg, Gießen und Saarbrücken aus Aktivistinnensicht: Poppenhusen: Viel bewegt; Müller: Die Wahrheit über; Keinhorst: Das war alles.

oder dem Patriarchat den Kampf ansagten.¹⁹⁰ Die in der Bezeichnung wenig eindeutige Polarisierung weist darauf hin, dass sich der frauenbewegte Aufbruch meist an einer Schnittstelle zwischen „1968“ und weiblichem Engagement vollzogen hatte. Durch die Verselbständigung einer Bewegung von Frauen im Lauf der 1970er Jahre ist dieser Kontrast allerdings in den Hintergrund getreten. Dies gilt zumindest für das Münchner Beispiel.

Das *Frauenzentrum Gabelsbergerstraße* etwa hob ausdrücklich auf das Nebeneinander verschiedener Ausprägungen feministischen Engagements ab, dessen „Pluralität im Zentrum“ akzeptiert werden müsse, nicht zuletzt deshalb, weil sich Frauen je nach politischer Einstellung und der jeweiligen Lebenssituation unterschieden. Einendes Moment in dieser Verschiedenartigkeit war nach Ansicht des Frauenzentrums die Suche nach „neuen Beziehungen zwischen Frauen“. Diese sollten auf kollektiven Arbeitsweisen, Eigenverantwortlichkeit und Solidarität von Frauen sowie Transparenz ihrer gemeinsamen Entscheidungen beruhen, damit Frauen einer sie „unterdrückenden Rolle“ mit Wehrhaftigkeit und Durchsetzungsvermögen Paroli bieten könnten. Mit solch allgemeinen Formulierungen gab das Frauenzentrum einer Vielzahl von Ansätzen Raum, die nicht notwendigerweise ein „einheitliches Bild“ abgaben. Dies sei aber, so erklärten die Zentrumsfrauen, ohnehin „nicht so wichtig“. Wünschenswert sei vielmehr eine möglichst „breite Bewegung“¹⁹¹ – freilich zu dem Preis, dass die frauenbewegten Kampagnen und Strategien der zweiten Hälfte der 1970er Jahre bisweilen ganz unterschiedliche Felder besetzten und sich dabei bisweilen sogar widersprachen. So beförderte das Streben nach weiblicher Autonomie, das in den beiden extremsten Ausprägungen zwischen einem politisch verstandenen Lesbianismus und einer eigenen Partei pendelte, den feministischen Unternehmungsgeist. Zudem stellte sich die Frauenbewegung die Frage, wie die Leistungen von Frauen und Müttern in den eigenen vier Wänden zu bewerten seien, und stritt über einen „Lohn für Hausarbeit“. Nicht zuletzt nahmen Feministinnen Initiativen in Angriff, um Frauen vor Gewalt zu schützen.

a) *„Mosaiksteine im System des Frauenkampfes“: Vom politischen Lesbianismus bis zu Gründungsversuchen von Frauenparteien*

Viele Antworten gab es vor allem auf die Frage, wo der Hebel der weiblichen Selbstbestimmung anzusetzen sei. Während sich einige Gruppen wie das Münchner *Frauenforum* oder der *Förderkreis zum Aufbau der feministischen Partei (FFP)* eine „Großorganisation“ in Form einer Gewerkschaft oder einer Partei und damit den Marsch *in die* oder besser *durch* die Institutionen durchaus vorstellen konnten, lebte eine Vielzahl feministisch orientierter Frauen die ersehnten „neuen Beziehungen“ in einer ausschließlich weiblich verstandenen Autonomie aus. Anita

¹⁹⁰ Feministische Tendenzen oder was so alles unter Feminismus verstanden wird, in: Jahrbuchgruppe des Münchner Frauenzentrums (Hrsg.): *Frauenjahrbuch '76*, München 1976, S. 63–106, hier insb. S. 64–77.

¹⁹¹ *FrauenMediaTurm*, Ordner Frauenzentren: Protokoll des Frauenzentrums München zur Diskussion „Was ist Feminismus“ vom 24. 3. 1976.

Heiliger¹⁹², die 1973 als 31-Jährige von Berlin nach München gekommen war, um als promovierte Soziologin am Deutschen Jugendinstitut zu arbeiten, hatte sich für diesen Weg entschieden. Durch ihr Engagement bei der *Aktion 218* und in verschiedenen Frauenprojekten wuchs ihre Überzeugung, dass Frauen „erst mal radikal mit allem brechen“ müssten, „um in und mit sich was Neues aufzubauen“¹⁹³. Dabei ging es ihr um ein Ziel, das sie bis heute in dem von ihr mitgegründeten Frauenzentrum *Kofra* aufrechterhält: um die „(Frauen-)Befreiung“, die allein die „Frau als Wertmaßstab“ nimmt und das völlig unabhängig „von männlicher Bestimmungsmacht in Politik, Institutionen und vor allem in den privaten Beziehungen“¹⁹⁴. Für einige Frauen und Frauengruppen wurde deshalb auch ihre Intimität und sexuelle Orientierung zu einem „Mosaikstein im System des Frauenkampfes“¹⁹⁵.

Die zweifellos weitestgehende Auslegung des Slogans „Das Private ist politisch“ hing dabei auch mit den Möglichkeiten zusammen, die der gesellschaftliche Wandel seit den ausgehenden 1960er Jahren offenbarte. Lesbische Frauen traten in München – nach bisheriger Quellenlage – erstmals im Sommer 1973 mit politischer Absicht an die Öffentlichkeit. Während sich die Gruppen des frauenbewegten Aufbruchs noch kaum um das Thema der gleichgeschlechtlichen Liebe kümmerten, machten sich Männer und Frauen, die sich nach dem Vorbild West-Berlins in der *Homosexuellen Aktion München (HAM)* zusammengeschlossen hatten, daran, ein Tabu zu brechen. Nicht nur der Film „Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Situation in der er lebt“ von Rosa von Praunheim aus dem Jahr 1971 hatte dafür einen Anstoß geliefert. Das öffentliche Bekenntnis zur gleichgeschlechtlichen Liebe hing auch mit der Reform des Paragraphen 175 StGB zusammen, der zwischen Juni 1969 und November 1973 so weit liberalisiert wurde, dass männliche Homosexualität – von Schutzaltersgrenzen einmal abgesehen – keinen Straftatbestand mehr darstellte.¹⁹⁶

Lesbische Frauen waren zwar nie durch das Strafgesetzbuch bedroht worden, doch in den 1970er Jahren gingen auch sie – zusammen mit schwulen Männern – auf die Straße, um, so erklärte ein Münchner Flugblatt, die in der „Gesellschaft alles beherrschenden Normenklischees und Verhaltensmuster in Frage [zu] stellen“.¹⁹⁷ Homosexuelle beiderlei Geschlechts forderten also die allgemeine Anerkennung ihrer Lebensweise, der so manche Zeitgenossen alles andere als wohlwollend gegenüberstanden.¹⁹⁸ Ein Mann beschwerte sich in einem Brief sogar beim Polizeipräsidenten der Landeshauptstadt München und bezeichnete die Straßenaktionen der *HAM*, die im Juli 1973 mit 40 bis 80 Personen stattgefunden hatten,

¹⁹² www.anita-heiliger.de

¹⁹³ Anita [Heiliger]: Gegen die Inflation des Begriffes Feminismus, in: Münchner Frauenzeitung vom Dezember 1979.

¹⁹⁴ Anita Heiliger: Autonomie als Prinzip der radikalen Frauenbewegung, in: *Kofra. Zeitschrift für Feminismus und Arbeit* 21/22 (2004), S. 8–17, die Zitate S. 9, 8.

¹⁹⁵ Krechel: Selbsterfahrung.

¹⁹⁶ Vgl. dazu Busch: Deutsche Strafrechtsreform, S. 63f, 108f.

¹⁹⁷ Staatsarchiv München, Pol. Dir. 16422: Flugblatt der *HAM* „Zum ersten Mal zeigen sich in München Homosexuelle auf der Straße“ vom Juli 1973.

¹⁹⁸ Staatsarchiv München, Pol. Dir. 16422: Flugblatt der *HAM* „Von den Frauen an die Frauen“ [1973].

als „Perversität“, die die Öffentlichkeit „ekelerregenden Widernatürlichkeiten“ aussetze.¹⁹⁹ Dass diese Ansicht zumindest nicht mehr den Buchstaben des Gesetzes entsprach, zeigte das Antwortschreiben aus dem Polizeipräsidium. Angesichts einer „allgemeinen Liberalisierung des Sexualstrafrechts“ sei die Demonstration „nicht als unerträgliches Missverhältnis zwischen den Betroffenen und dem uneteiligten Bürger“ zu werten. Auch der öffentlichen Meinungsäußerung in Form von Demonstrationen lagen kaum Steine im Weg. Denn eine angemeldete Versammlung, so versicherte das Polizeipräsidium dem Briefsteller, könne nicht unter den Straftatbestand „öffentliches Ärgernis“ fallen.²⁰⁰

Nach anfänglich gemeinsamem Auftreten entwickelten sich in München Schwulen- und Lesbenbewegung auseinander²⁰¹, wie dies auch in anderen Städten der Fall war. Die Frauengruppe der *Homosexuellen Aktion West-Berlin (HAW)* beispielsweise hob noch in der ersten Hälfte der 1970er Jahre auf die besondere Unterdrückung lesbischer Frauen im Gegensatz zu schwulen Männern ab und verstand sich zunehmend als Bestandteil der Frauenbewegung. Dies zeigte sich unter anderem auch daran, dass die Berlinerinnen 1975 das *Lesbische Aktionszentrum (LAZ)* einrichteten, und zusehends eine „Szene“ entstand, die von eigenen Veranstaltungen wie dem „Lesbenfrühlingstreffen“ ebenso gekennzeichnet war wie von einer eigenen Presse, etwa den Zeitschriften *Lesbenpresse* oder *UKZ (Unsere kleine Zeitung)*.²⁰²

In München fanden homosexuelle Frauen, die sich politisch engagieren wollten, 1975 im *Frauzentrum Adlzreiterstraße* ein Dach über dem Kopf. Dort machten sich zunächst sechs Mitglieder einer *Lesbengruppe* daran, ihre „Sozialisationserfahrungen in einem allgemeinen gesellschaftlichen Bezugsrahmen aufzuarbeiten“, um so „politische Konsequenzen“ ziehen zu können.²⁰³ Nach dem Umzug in die Gabelsbergerstraße verfügte das Frauzentrum bereits über einen *Lesbentreff* und ein *Lesbenplenum*, damit die Frauen „ihre Probleme und ihre Arbeit innerhalb der Frauenbewegung“ besprechen konnten. Doch die allgemeine Bewegung hatte sich nicht nur der Belange homosexueller Frauen angenommen. Vielmehr berichtete die Lesbengruppe, dass immer mehr Frauen, die sich zur „autonomen Frauenbewegung“ zählten, lesbisch würden. Die Erklärung dafür glich einem Plädoyer: Diese Frauen, erläuterte die Gruppe, empfänden es nämlich als Widerspruch, sich in der Frauenbewegung zu engagieren, aber im sogenannten Privatleben „emotionale Energien“ und ihren „Körper“ Männern zur Verfügung zu stellen. Dabei könne die Frauenbewegung aber nur Erfolg haben, wenn sich Frauen mit „ganzen Kräften“ für sie einsetzten und auch sexuell den Bezugspunkt

¹⁹⁹ Staatsarchiv München, Pol. Dir. 16422: Erwin Jung an den Polizeipräsidenten der Landeshauptstadt München vom 19.7.1973. Zu den Straßenaktionen: Staatsarchiv München, Pol. Dir. 16422: Bescheid der Landeshauptstadt München an die HAM vom 3.7.1973 mit handschriftlichen Vermerken zum Ablauf der Demonstrationen.

²⁰⁰ Staatsarchiv München, Pol. Dir. 16422: Schreiben des Polizeipräsidioms München an Erwin Jung vom 2.8.1973.

²⁰¹ Zum männlich dominierten Aktivismus der HAM und des 1978 gegründeten Vereins für sexuelle Gleichberechtigung vgl. Mildenerger: Die Münchner Schwulenbewegung 1969 bis 1996, S.21–53.

²⁰² Vgl. Dennert/Leidinger/Rauchut: *Lesben in Wut*, S.31–61, passim.

²⁰³ FrauenMediaTurm, FE.03.048: Frauzentrum München: Selbstdarstellung autonomer Frauengruppen München-Ingolstadt, München 1975.

einzig in Frauen sähen. Nur so habe die Bewegung eine Chance, „radikal zu werden“ und dem „Patriarchat“ ein Ende zu bereiten.

Hier ging es also nicht mehr ausschließlich um die Tolerierung der gleichgeschlechtlichen Liebe, sondern um eine politische Strategie. Eine Fotoausstellung, die 1978 in der *Frauenkneipe* zu sehen war, widmete sich diesem Thema. Sie trug den Titel „Wir werden immer lesbischer“ und zeigte Bilder von Münchner Feministinnen, die, so die Interpretation, im Lauf ihres Lebens zunehmend die „verhassten Sonntagskleider“ und das „Fotolächeln“, die ihnen von Eltern, Männern oder Freunden aufgenötigt worden seien, abgelegt hätten. In Vollendung ihres politischen Engagements gegen das Patriarchat wollten die Frauen nun auch „Sexualität und Erotik nicht länger trennen von der Liebe, dem Verständnis, der Stärkung“, die sie aus gleichgeschlechtlichen Beziehungen erführen.²⁰⁴

Dieser besondere Ausdruck der Autonomie beruhte auf der Überlegung, dass zuvorderst die „sexistische Unterdrückung“ für Benachteiligung von Frauen auf anderen Feldern wie Beruf oder Politik verantwortlich sei. Für die Vertreterinnen dieser Position kam es einer „tödlichen Gewalt“ gleich, wenn sich Frauen dem „Terror der heterosexuellen Norm“ beugen müssten, und so „totgeschwiegen“ würden.²⁰⁵ Um dies zu verhindern, setzten Münchner Lesben auf Eigeninitiative. Im Frühjahr 1978 luden sie zu einer Veranstaltung mit dem Titel „Frauenbeziehung – Frauenliebe“ ein, um als Frauen „mit einer Stimmung von Einigkeit“ ein Exempel gegen Homosexuellenfeindlichkeit zu statuieren.²⁰⁶ Auf diesem Frauentreffen, auf dem 2000 Teilnehmerinnen gezählt wurden, trat auch ein lesbisches Projekt aus München auf, dessen Name gleichzeitig das Programm der Trägerinnen war: *Come out*. Dahinter stand eine vermutlich vierköpfige Gruppe²⁰⁷, die ihrer sexuellen Orientierung über Schauspielerei und einen Verlag politischen Ausdruck verleihen wollte. Auf dem Münchner Frauentreffen etwa gaben Mitglieder der Gruppe in dem von ihnen verfassten und verlegten Stück „Sappho und alle die danach kamen“²⁰⁸ lesbischen Frauen aus der Geschichte Stimme und Gesicht. Eine weitere Publikation des Verlags ließ Lesben von ihren Erfahrungen erzählen; zwei Veröffentlichungen aus dem Ausland beschäftigten sich mit lesbischen Lebensentwürfen in der Stadt und auf dem Land.²⁰⁹

Auch wenn sich die Spuren von *come out* nach 1980 verlieren, so zeigt sich insgesamt doch, dass sich die Freiheit der Wahl seit dem Ende der 1960er Jahre auch in der Frage der sexuellen Orientierung vergrößert hatte. Homosexuelle Frauen profitierten dabei zweifellos von einer wachsenden Toleranz, was die Einstellungen gegenüber der Sexualität anbelangte. Es ist aber nicht von der Hand zu wei-

²⁰⁴ IfZ-Archiv, ED 899/16: Flyer zur Eröffnung der Fotoausstellung in der Frauenkneipe [München] „Wir werden immer lesbischer“ am 18.2.1978.

²⁰⁵ IfZ-Archiv, ED 899/16: Entwurf eines Beitrags für ein geplantes Frauen-Tribunal im München von 1976.

²⁰⁶ Frauenbeziehung – Frauenliebe, in: Frauen-Info vom Mai 1978; Interview mit Anita Heiliger, S. 24.

²⁰⁷ In den Selbstdarstellungen wird nie eine Zahl genannt, eine der Publikationen des Verlags zeigt aber ein Bild von vier Frauen: *come out* Lesbenverlag (Hrsg.): Gespräche mit.

²⁰⁸ *come out* Lesbenverlag: Sappho.

²⁰⁹ *come out* Lesbenverlag (Hrsg.): Gespräche mit; Doelter: Flug in die Tiefe der Mondin; Sue u. a.: Landlesben.

sen, dass viele feministisch gesinnte Lesbierinnen diese Veränderungen mit einer eigenen Note versahen und damit den gesellschaftlichen Wandel dynamisierten. Die Frauen- und Lesbenbewegung der 1970er Jahre offenbarte sich, so ist erneut festzuhalten, als Produkt und Produzentin einer Gesellschaft in Bewegung.

Gleichzeitig lenkt das Beispiel des politisch verstandenen Lesbianismus den Blick auf die Gräben, die in der Frauenbewegung der 1970er Jahre verliefen. Wenn die einen mit dem Slogan „Feminismus ist die Theorie, lesbisch sein die Praxis“ bewusst einen Weg der totalen „Verweigerung und Abgrenzung“²¹⁰ gegenüber Männern und die als „männlich“ empfundene Umwelt einschlugen, mutete den anderen der Kampf gegen die Heterosexualität als blanker Separatismus an. Die Münchner Feministin Hannelore Mabry etwa war sich sicher, dass die Frauenbewegung infolge einer rein geschlechtlich verstandenen Autonomie ihre politische Macht verspiele und zu einer „Alleinherrschaft der Sekten“²¹¹ verkäme. Die Verfechterin einer groß angelegten Frauenlobby wusste wenig mit lesbisch-feministischen Gruppen anzufangen. Ihre Vorstellungen politischen Wirkens waren vielmehr auf eine Frauengewerkschaft oder eine Frauenpartei ausgerichtet, die weibliche Interessen innerhalb des politischen Systems artikulieren, organisieren und schließlich auf parlamentarischem Wege durchsetzen sollten.

Die Ansätze von Frauenparteien wurden bislang in der Geschichtswissenschaft wenig beachtet²¹², obwohl sich in den 1970er Jahren mindestens sieben Gründungen bzw. Gründungsbestrebungen ausmachen lassen. Und auch hier blieben wie beim Aktivismus lesbischer Frauen der Wandel der (weiblichen) Lebensumstände, das Auftreten der Frauenbewegung und eine gewisse Radikalisierung frauenpolitischer Positionen nicht außen vor.

Die Idee, eigene Frauenparteien zu gründen, beruhte auf der Kritik daran, dass Frauen in Parlamenten und Regierungen trotz des gleichen aktiven und passiven Wahlrechts für Männer und Frauen nur minimal vertreten waren und dass die (Männer-)Parteien trotz des Gleichberechtigungsgebotes des Grundgesetzes frauenpolitische Interessen nicht oder nur unzureichend berücksichtigten. So stellte die *Erste Frauenpartei*, die 1970 in Mannheim aus der Taufe gehoben wurde und dem Namen nach zu urteilen von ähnlichen Parteien aus der Zeit der Weimarer und der frühen Bundesrepublik nichts wusste²¹³, fest: „Die Frau als Politikerin muss ihre Aufgabe fast immer den traditionellen Anforderungen des Amtes oder der Partei unterordnen.“ Dies habe zur Folge, dass zum Beispiel eine Abgeordnete oder eine Ministerin „kaum Handlungen neuer typisch weiblicher Politik“ aufweisen könne. Die *Erste Frauenpartei* machte dafür eine eindeutige Ursache aus: „Die geringe Zahl der Frauen hat Mühe, sich zu behaupten.“²¹⁴

²¹⁰ So die Kapitelüberschrift für Beiträge lesbischer Frauen in: Dokumentationsgruppe der Sommeruniversität von Frauen e. V. (Hrsg.): *Autonomie oder Institution*.

²¹¹ Hannelore Mabry: *Viele, aber nicht alle Wege führen zum Feminismus!*, in: *Der Feminist. Beiträge zur Theorie und Praxis* 2 (1977) 2, S. 1–12, hier S. 11.

²¹² Einzig zu nennen ist ein Aufsatz, der die Gründungen von insgesamt 14 Frauenparteien in der Weimarer Republik und in der Bundesrepublik behandelt: Schüller: *Frauenparteien*, S. 64–71.

²¹³ Vgl. dazu ebd. Zur Gründung von Frauenparteien in den späten 1940er und frühen 1950er Jahren ausführlicher: Dies.: *„Frau sein heißt politisch sein“*, S. 303–331.

²¹⁴ IfZ-Archiv, ED 900/200: Programm und Satzung der Ersten Frauenpartei 1970.

Eine eigene Partei sollte dieser doppelten Mangelercheinung im politischen System der Bundesrepublik abhelfen. Dieser Plan schien durchaus erfolgversprechend, machten Frauen doch etwas mehr als die Hälfte der Gesamtbevölkerung aus und verfügten damit über ein Stimmengewicht, das den Kandidatinnen in Wahlen die notwendigen Mehrheiten verschaffen und so den Weg zu einer besseren Vertretung der Frauen und ihrer Interessen in den Parlamenten ebnen konnte. Diese Wahlmathematik bezog sich auf die Gesamtheit der weiblichen Bevölkerung, doch zeigt neben der *Ersten Frauenpartei* auch die *Unabhängige Deutsche Frauenpartei* und die *Deutsche Frauenbewegung*, die 1972 in Nürnberg bzw. 1975 in Ludwigsburg gegründet wurden, dass nur ganz bestimmte Interessengruppen anvisiert waren und das zugrunde gelegte Frauenbild Grenzen aufwies. So versprach sich die *Erste Frauenpartei* von ihrem Engagement die „Übertragung des Ideals vom mütterlichen Wirken in die Politik“, eine Maxime, die sich bei den anderen beiden Parteien sehr ähnlich darstellte. Die Gründerinnen, selbst Mütter, Hausfrauen, Rentnerinnen oder Witwen, wollten über eine stärkere Vertretung von Frauen im Parlament Maßnahmen verwirklicht sehen, die die individuelle Situation derjenigen Frauen erleichterten, deren Leben von der Versorgung des Haushalts, der Kinder und des Ehemanns geprägt war.²¹⁵

Die Forderungskataloge der Parteien umfassten dementsprechend vorwiegend sozialpolitische Maßnahmen, die den Nöten und Sorgen des Hausfrauenalltags umfassend entgegenwirken sollten. Forderungen nach stabiler Währung und Herabsetzung der Preise, verstärkter Arznei- und Lebensmittelkontrolle gehörten ebenso in diese Kataloge wie sozialer Wohnungsbau, Vereinfachung der Bürokratie und Kinderschutz. Im erzieherischen Bereich sollte der Ausbau von Krippen- und Kindergartenplätzen, kostenloser Schulbesuch sowie gleiche Erziehungs- und Bildungschancen unterstützt werden. Ein wichtiger Punkt war die materielle Absicherung von Hausfrauen und Müttern: Neben steuerlichen Entlastungen für kleine und mittlere Einkommen ging es dabei um staatliche Hilfen für Mütter mit Kleinkindern, „damit sie den für sie selbst wie für das Kind so wichtigen Lebensabschnitt zu Hause verbringen können“²¹⁶, Taschengeld für die Hausfrau, „wie es auch einer Haushaltshelfin zusteht“²¹⁷, Hausfrauenrente, staatliche Unterhaltskassen für geschiedene Ehefrauen, ledige Mütter und ihre Kinder und die gleiche Behandlung von Witwen und Witwern bei Renten- und Pensionsansprüchen. Vor allem zugunsten berufstätiger Mütter sollten der Kündigungsschutz verbessert, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit bezahlt und Ganztagschulen eingerichtet werden. Diese Forderungen zeigen, dass das traditionelle Rollenbild des berufstätigen (Ehe-)Mannes und der Hausfrau und Mutter nicht zur Debatte stand, wie auch Irmgard Sauer, eine 73-jährige Witwe und Gründerin der *Deutschen Frauenbewegung*, in einem Interview 1975 darlegte: „Wir kämpfen ja nicht gegen die

²¹⁵ IfZ-Archiv, ED 900/200: Programm und Satzung der Ersten Frauenpartei 1970; Programm der Unabhängigen Deutschen Frauenpartei [1972]; IfZ, ED 900/201: Programm und Gründungsaufruf der Deutschen Frauenbewegung [1975].

²¹⁶ IfZ-Archiv, ED 900/200: Programm der Unabhängigen Frauenpartei [1972].

²¹⁷ IfZ-Archiv, ED 900/201: Deutsche Frauenbewegung: Programm und Gründungsaufruf der Deutschen Frauenbewegung [1975].

Männer. Frauliche Mütterlichkeit und männliche Vernunft müssen zusammenkommen, wenn etwas Großes entstehen soll.“²¹⁸

Die drei Parteien arbeiteten nicht an einer Transformation der „herrschenden Verhältnisse“, sei es nun im politischen System oder in den Geschlechterbeziehungen. Vielmehr ging es ihnen um die Entlastung der Frauen für den Fall, dass der männliche Ernährerlohn nicht ausreichend oder – beispielsweise bei Scheidung und Verwitwung – nicht mehr gesichert war. Der Ansicht, dass der Platz der Frau an der Seite des Mannes sei und sie die Sorge um Haushalt und Familie zu tragen habe, tat dies keinen Abbruch; sie wurde ganz im Gegenteil sogar noch befestigt. Dies änderte sich bei den Frauenparteien, die nach 1975 auftraten. Die Lebensumstände der weiblichen Bevölkerung als solche waren seit Ende der 1960er Jahre zum Politikum geworden. Daran hatte nicht zuletzt die Frauenbewegung Anteil, die auch traditionelle Vorstellungen von Politik als einer ausschließlich öffentlichen Angelegenheit kritisierte, da sie über Frauen und ihre Anliegen das Mäntelchen der Privatheit deckte.

Die Münchner Feministin Hannelore Mabry war überzeugt, dass dies mit dem traditionellen Instrument einer Partei verändert werden könne. Über ihre Vereinsgründung *Frauenforum München*²¹⁹ und – nach dessen Spaltung – über den *Förderkreis zum Aufbau der feministischen Partei (FFP)* versuchte sie sogar eine feministische Interessenpolitik im Verbund mit den Männern zu verwirklichen. Diese Prämissen leiteten sich aus einer Gesellschaftsanalyse ab, die Mabry während ihres Soziologiestudiums entwickelte, das sie zwischen 1968 und 1972 an der LMU absolvierte.

Zum einen war die angehende Frauenrechtlerin in ihren soziologischen Forschungen über die parlamentarische Vertretung der Frauen zu dem Schluss gekommen, dass die minimale weibliche Präsenz im Parlament, die Abhängigkeit der Parlamentarierinnen von den männlichen Parteiorganisationen sowie Verdrängung der Geschlechtsproblematik und das Festhalten an der traditionellen Hausfrauen- und Mutterrolle bei der Mehrzahl der weiblichen Abgeordneten der geschlechtlichen Arbeitsteilung geschuldet sei. Diese Arbeitsteilung, die das weibliche Geschlecht an Haus und Familie binde, zwinge die Frauen in der Öffentlichkeit in eine Alibifunktion. Eine Politik der Emanzipation, die das Hausfrauen- und Mutterdasein als Beruf verstand und der Diskriminierung der Frauen in Ausbildung und Erwerbsarbeit ein Ende bereite, sei so unmöglich. Den Ausweg sah Mabry im Aufbau einer starken Frauenorganisation und der Solidarität unter Frauen, da Parlamentarierinnen erst eine andere Politik betreiben könnten, wenn sie durch eine Frauenbasis solidarisch abgestützt würden.²²⁰

Zum zweiten verstand Mabry das Patriarchat als das der Gesellschaft zu Grunde liegende Herrschaftssystem bewusst weit und geschlechtsneutral als ein System, in dem das Recht des Ausbeuters – des Stärkeren in körperlicher, intellektueller und ökonomischer Hinsicht – Gesetz sei.²²¹ Feminismus stelle demgegenüber

²¹⁸ Frauenpartei: Geht's oder geht's nicht, in: Stuttgarter Zeitung vom 23.7.1975.

²¹⁹ Vgl. Kap. III.1.d.

²²⁰ Vgl. Mabry: Unkraut ins Parlament.

²²¹ Vgl. z. B. dies.: Der Feminist – Wer oder was ist das?, in: Der Feminist. Beiträge zur Theorie und Praxis 1 (1976) 1, S. 1–6, hier S. 1.

„eine sozialpolitische Arbeit“ dar, „die Frauen und Männer zu leisten haben, wenn sie die Unterdrückung des Menschen durch den Menschen [...] abschaffen“ wollten.²²² Ihr ging es also nicht mehr um Hilfe und Unterstützung bedürftiger Frauen, sondern um Befreiung.

Allerdings gelang es Hannelore Mabry nicht, eine breite Anhängerschaft für ihre Idee zu mobilisieren. Der von ihr 1976 gegründete *Förderkreis zum Aufbau der feministischen Partei* kam nie über 60 Anhänger und Anhängerinnen hinaus.²²³ Dies lag auch daran, dass sein aktivstes Mitglied von der Richtigkeit der eigenen Position derart eingenommen war, dass ihm keinerlei Schulterschluss mit möglichen Koalitionspartnern gelang. Hannelore Mabry kritisierte nicht nur die etablierten politischen Parteien der Bundesrepublik einschließlich der traditionellen Frauenverbände. Vielmehr ging sie auch zur (Neuen) Linken und zur neuen Frauenbewegung – eigentlich ihre politische Heimat – auf Distanz.

Insbesondere der Neuen Linken warf die Münchner Soziologin einen unkritischen Umgang mit der marxistischen Theorie vor: Die ausschließliche Thematisierung der Lohnarbeit und der daraus hervorgehenden Ausbeutungsverhältnisse berücksichtige sämtliche Haus- und Erziehungsarbeit und die Ausbeuterbeziehung zwischen Männern und Frauen nicht. Dabei gingen diese der Lohnarbeit voraus, da so die Ware „Arbeitskraft“ produziert werde. Deshalb müsse der Begriff des Proletariats neu definiert werden und in erster Linie Frauen und Mütter umfassen.²²⁴ In dieser Ansicht spiegelte sich einerseits die Nähe zum linken und feministischen Problembewusstsein, da beide Ideensysteme Ausbeutungsverhältnisse zu erklären und zu lösen versuchen. Andererseits zeigte sich hier eine tiefe Kluft, da den Linken und den sozialistischen Feministinnen die Benachteiligung der Frauen lediglich als Nebenwiderspruch erschien, der gelöst werden würde, nachdem der Hauptwiderspruch – die kapitalistische Ausbeutung – überwunden war.

An der Frauenbewegung tadelte Mabry die angebliche Strategielosigkeit: Weite Teile der Bewegung setzten demnach in ihrem Streben nach Selbstverwirklichung und Emanzipation bewusst auf eine autonome Organisation unter Ausschluss von Männern, in Ablehnung verfasster Strukturen und fern von staatlichen Institutionen, um frei zu sein von männlichen und patriarchalischen Ideologien. Der Einschätzung Mabrys zufolge war damit kein gerechtes und emanzipiertes gesellschaftliches Miteinander von Frauen und Männern zu erreichen²²⁵, in einem politischen Verständnis von weiblicher Homosexualität insbesondere lauere „ein Verbrechen“, dem die Gefahr neuer (sexueller) Vorschriften innewohne.²²⁶

Die Strategie Mabrys und ihrer beiden Gruppen war radikal und auf eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft gerichtet, auch wenn sie das politische Sys-

²²² Förderkreis für eine feministische Partei, in: Ebd., S. 38–40, hier S. 38.

²²³ IfZ-Archiv, ED 900/30: Die Protokolle der Jahres-Mitgliederversammlung des FFP von 1979 und 1980 sprechen von 58 bzw. 59 Mitgliedern.

²²⁴ So z. B. Hannelore Mabry: Mit oder ohne Marx zum Feminismus?, in: Der Feminist. Beiträge zur Theorie und Praxis 2 (1977) 1, S. 1–21.

²²⁵ So z. B. dies.: Warum Männer wirklich herrschen, in: Der Feminist. Beiträge zur Theorie und Praxis 2 (1976) 2, S. 1–7.

²²⁶ Wolfgang Görl: „Weil man mich nicht erziehen kann“, in: Süddeutsche Zeitung vom 26./27.8.2000.

tem und die Geschlechterordnung nicht durch Umsturz, sondern durch Mehrheitsbildung und mit Hilfe von Institutionen neu gestalten wollte. So sahen Programmentwürfe für die zu gründende Partei eine Aufhebung der geschlechtlichen Arbeitsteilung durch eine fünfständige gesetzliche Arbeitszeit außer Haus und die Teilung der Haus- und Sozialarbeit für beide Geschlechter, Existenzsicherung der nicht erwerbsfähigen Bevölkerungsgruppen (Kinder und Alte) durch die Gesellschaft, (Welt-)Einheitslohn, gesamtgesellschaftliches Eigentum an Boden, Rohstoffen und Produktionsmitteln, demokratische Selbstverwaltung in allen Bereichen der Politik und der Arbeit, Schul- und Ausbildungsreformen, totale internationale Abrüstung und – feministische Pflicht – den „§218a“ für Männer, das bedeutete, Kriminalisierung der ungewollten Schwängerung, vor.²²⁷

Hannelore Mabrys Bemühungen um den Aufbau einer feministischen Partei trugen nie die erhofften Früchte, da sich die Münchnerin innerhalb der Frauenbewegung in einer Außenseiterposition befand. Die seit den 1970er Jahren erfolgten Gründungen von Frauenparteien erachtete sie als verfrüht und kritisierte sie als nicht ausreichend feministisch.²²⁸ 1975 und 1979 waren mit der *Demokratischen Frauenbewegung Deutschlands*, der *Frauenpartei* und deren Abspaltung mit fast wortgleichem Programm *Frauen ins Parlament* in Frankental in der Pfalz sowie in Warendorf und Soest in Westfalen drei weitere Parteien entstanden, die sich aber von ihren Vorgängerinnen aus der ersten Hälfte des Jahrzehnts beträchtlich unterschieden. In den Forderungskatalogen und der Parteipresse schlug sich das von der Frauenbewegung der 1970er Jahre popularisierte Problembewusstsein deutlich nieder. So sprach die *Demokratische Frauenbewegung Deutschlands* zum Beispiel von der „offensichtlichen Benachteiligung und Doppelbelastung der Frauen und Mädchen“, denen „eine brutale Männerherrschaft das Joch des Kinderkriegens um jeden Preis“ aufzwingt.²²⁹

Noch deutlicher standen bei der *Frauenpartei* bestehende private und öffentliche Herrschaftsstrukturen zur Disposition. Hier wurde die Tradition zum Angriffsziel erklärt: „Wir greifen das Rollenbild an, das die Gesellschaft seit Jahrhunderten Frauen und Männern zugewiesen hat, denn die praktizierte Vorherrschaft des Mannes erkennen wir nicht an.“²³⁰ Dabei war gerade die Gründerin der *Frauenpartei*, Eva Rath, ein Beispiel dafür, dass sich Frauen bereits in den 1970er Jahren nicht mehr ohne weiteres in ein polares Geschlechtermodell pressen ließen. Ihr Lebenslauf wies einige Parallelen zu dem Hannelore Mabrys auf: Beide waren 1930 und somit gut ein Jahrzehnt früher geboren als die meisten anderen Aktivistinnen der neuen Frauenbewegung. Außerdem hatten beide studiert, Familie und Beruf parallel bewältigt und sich zudem intensiv politisch engagiert. Eva Rath hatte sich zwar nicht der Frauenbewegung, sondern der *SPD* und der *Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)* verschrieben, in der sie für das Land

²²⁷ Vgl. Hannelore Mabry: Viele, aber nicht alle Wege führen zum Feminismus!, in: *Der Feminist. Beiträge zur Theorie und Praxis* 2 (1977) 2, S. 1–12, hier S. 4.

²²⁸ Z. B. Hannelore Mabry: Die neue Frauenbewegung und die Partei- und Gewerkschaftsfrage, in: *Dokumentationsgruppe der Sommeruniversität der Frauen e. V. (Hrsg.): Autonomie oder Institution*, hier v. a. S. 222.

²²⁹ IfZ-Archiv, ED 900/201: *Feministen-Kurier*. Mitteilungsblatt der Demokratischen Frauenbewegung Deutschlands (DFD), Nr. 1/1975, S. 1.

²³⁰ IfZ-Archiv, ED 900/201: Programm der Frauenpartei [1979].

Schleswig-Holstein sogar in den Vorstand aufstieg. Allerdings sah sie in der Arbeit in einer etablierten Partei nicht die nötigen Fortschritte und gründete deshalb eine eigene Partei. Trotz ihres außerordentlich hohen Engagements stilisierte sie sich – und auch hier ähnelte sie Mabry – als eine „Frau aus dem Volke, mit Herz und Hand für die schweigende Mehrheit“.²³¹

Frauen und Feministen waren nun gemeinsam aufgerufen, die Benachteiligung der Frau auf parlamentarischem Wege aufzuheben, um so beiden Geschlechtern ein besseres Leben zu ermöglichen, denn, so das Ziel der *Frauenpartei*: „Ausgehend von unserer besonderen Unterdrückung als Frauen erstreben wir eine menschliche Gesellschaft, in der auch der Mann sich dann aus seiner entwürdigenden Vereinseitigung und Selbstentfremdung emanzipieren kann.“²³²

Entsprechend den Forderungen der Frauenbewegung der 1970er Jahre fanden sich in den Programmen aller drei Parteien²³³ nicht nur Reformvorschläge zu Ehe-, Scheidungs- und Rentenrecht, sondern auch die Selbstbestimmung der Frauen über Schwangerschaft und Geburt, die Abschaffung der Leichtlohngruppen („Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“), die Öffnung aller Berufe für beide Geschlechter, staatlich finanzierte Frauenhäuser zum Schutz misshandelter Frauen und die Quotierung der Arbeits- und Ausbildungsplätze, Betriebsräte und Parlamente. Für die *Frauenpartei* war darüber hinaus entscheidend, dass Vaterschaft die gleichen Folgen haben sollte wie Mutterschaft, da ihrer Ansicht nach die unbezahlte Haus- und Erziehungsarbeit von Frauen zu ihrer Unterbezahlung auf dem Arbeitsmarkt und die potenzielle Mutterschaft zu den schlechteren Einstellungs- und Aufstiegschancen führe.

Gefordert wurden deshalb die Umverteilung von Einkommen, Steuern und Arbeit, was Berufstätigkeit und Kindererziehung für beide Geschlechter ermöglichen sollte. Als einzelne Maßnahmen wurden Mutterschutz und Elternurlaub, Ganztagskindergärten, eine einzige Lohn- und Einkommenssteuerklasse mit Progression, kind- und familiengerechter Wohnungsbau, mehr Teilzeitarbeitsplätze und berufliche Wiedereingliederung von Hausfrauen genannt. Von den etablierten Parteien unterschied sich die *Frauenpartei* in ihren konkreten Vorschlägen im Übrigen nur darin, dass sie den Fragen rund um Frauen und Familie die oberste Priorität einräumte, während dieses Thema bei SPD oder CDU eines von vielen war, das sich bisweilen auf wenigen Seiten und eher im hinteren Teil der Parteiprogramme abgehandelt fand.²³⁴ Doch gerade in der Diskussion um Erziehungsgeld und Mutterschaftsurlaub befand sich die Frauenpartei, wie noch zu zeigen sein wird, im Trend der Zeit.

Das Auftreten und die Programme der Frauenparteien sind ein Sinnbild für die zunehmende Politisierung von Frauen in der Bundesrepublik der 1970er Jahre. Für diese Erscheinung erwiesen sich sowohl der gesellschaftliche Wandel als auch

²³¹ Vgl. die Beschreibung Raths auf dem Klappentext des Buches: Rath: Küche und Parlament.

²³² Ebd.

²³³ Vgl. IfZ-Archiv, ED 900/201: Programm der Demokratischen Frauenbewegung Deutschlands (DFD), 1975; Programm der Frauenpartei [1979].

²³⁴ Vgl. z. B.: Ökonomisch-politischer Orientierungsrahmen für die Jahre 1975–1985, beschlossen auf dem Mannheimer Parteitag der SPD am 14. November 1975, S. 399–402; Grundsatzprogramm der CDU „Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit“, beschlossen vom 26. Bundesparteitag in Ludwigshafen vom 23.–25. Oktober 1978, S. 132f.

die Frauenbewegung als entscheidend. Die „Frauenfrage“ erfuhr im Laufe des Jahrzehnts eine differenziertere Behandlung, was zugleich einer Weiterentwicklung und Vertiefung von Erklärungsansätzen und Lösungsvorschlägen gleichkam. Allen Frauenparteien gemeinsam war dabei ein Bezugspunkt: das Gleichheitsversprechen, das außer im aktiven und passiven Wahlrecht vor allem im Gleichberechtigungsgebot für Frauen und Männer nach Art. 3 Grundgesetz seinen sichtbaren Ausdruck erhalten hatte. Die Parteiaktivistinnen wollten dieses Versprechen nun auch in der Verfassungswirklichkeit eingelöst sehen. Die Maßnahmen zur Lösung der „Frauenfrage“ hatten immer weniger mit dem bürgerlichen Modell vom Mann als Ernährer und der Frau als Hausfrau und Mutter gemein. Im Gleichschritt mit der steigenden Erwerbstätigkeit von Frauen und der Bildungsexpansion waren die Frauenparteien und die steigende Attraktivität einer Bewegung von Frauen Ausdruck dafür, dass sich die Rollenbilder langsam und nicht immer konfliktfrei zu ändern begannen. Frauen verhielten sich in diesem Prozess nicht nur passiv, sondern gestalteten ihn eigenständig.

Den Frauenparteien gelang es allerdings nicht, genügend Anhänger und Anhängerinnen um sich zu scharen und im Wettbewerb der Parteien zu bestehen. Dies führt zu dem Schluss, dass der Aufbau einer derartigen Organisation schwierig bis unmöglich war. Denn die Geschichte der Frauenparteien in der Bundesrepublik ist im Grunde eine Geschichte des Scheiterns. Zumindest, wenn man Parteien nach dem Parteiengesetz als „Vereinigungen von Bürgern“ versteht, die „dauernd oder für längere Zeit für den Bereich des Bundes oder eines Landes auf die politische Willensbildung Einfluss nehmen“ und „nach Umfang und Festigkeit ihrer Organisation, nach der Zahl ihrer Mitglieder und nach ihrem Hervortreten in der Öffentlichkeit eine ausreichende Gewähr für die Ernsthaftigkeit dieser Zielsetzung bieten“.²³⁵ Frauenparteien traten bislang nur kurzfristig in Erscheinung. Es waren kleine Gebilde, deren Mitgliederzahl nie über eine Handvoll Aktivistinnen und höchstens wenige 100 Sympathisanten und Sympathisantinnen hinausging. Die Beteiligung an Wahlen war die Ausnahme, die zudem nie vom Erfolg eines Mandats gekrönt wurde, was wiederum zur baldigen Auflösung der Organisationen beitrug. Mit Ausnahme der *Frauenpartei* hatte keine der genannten Parteien über mehrere Jahre Bestand. Die *Frauenpartei* konnte sich bis in die erste Hälfte der 1980er Jahre vergrößern und nahm 1982 und 1983 an Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Niedersachsen, 1983 an einer Bürgerschaftswahl in Bremen und 1984 an der Wahl zum europäischen Parlament teil. Der Stimmenanteil lag aber immer im Promillebereich und reichte damit nicht einmal für die Wahlkampfkostenerstattung.²³⁶

Politikwissenschaftlicher Überlegungen gemäß beruht der Erfolg einer neuen Partei auf zwei Grundlagen: zum einen auf einer ausreichend großen und bislang vernachlässigten Wählerbasis, zum anderen auf einem schlagkräftigen, bisher ignorierten Thema.²³⁷ Zum Stolperstein der Frauenparteien wurde der Trugschluss,

²³⁵ Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz), §2, Abs. 1.

²³⁶ Vgl. dazu: FrauenMediaTurm, Sammlung „Frauenparteien“; FFBIZ, A Rep 400 BRD 19.1.6.: Sammlung „Frauenparteien“.

²³⁷ Vgl. Abromeit: Die Stellung der Frau im politischen System, S. 187.

dass die Gesamtheit der Frauen, die die Mehrheit der Wahlberechtigten ausmache, eine Hausmacht darstelle, die eine Stimmenmaximierung bis hin zu einer Mehrheitspartei ermögliche. Allerdings weist die Partizipationsforschung nach, dass sich in den 1970er Jahren das Wahlverhalten der Frauen dem der Männer anglich und die Frauen bislang dominierende konservativ-christliche Parteipräferenzen abzulegen begannen, was gemeinhin ebenfalls auf soziostrukturelle Veränderungen im weiblichen Lebenszusammenhang zurückgeführt wird.²³⁸ Diese Tendenzen zeigen eindeutig, dass das Geschlecht kein ausschlaggebender Faktor für die Stimmabgabe mehr war.

Ein Blick auf die politisch engagierte Basis macht zudem die Konkurrenz um das „richtige Konzept“ der Frauenpolitik offenkundig. So fanden sich etablierte Frauenverbände, Partei- und Gewerkschaftsfrauen, die entweder auf Lobbyarbeit oder die Durchsetzung weiblicher Interessen in bestehenden Organisationen setzten, in völlig eigenständigen Projekten höchstens bedingt wieder. Die Frauenbewegung der 1970er Jahre war in der Frage um Autonomie oder Partizipation uneins, obgleich die Idee einer feministischen Partei seit Mitte des Jahrzehnts in der Bewegung diskutiert wurde.²³⁹ So suchten weite Teile der Frauenbewegung nach alternativen Formen politischen Handelns und hofften, in Erinnerung an die *Aktion 218* erneut außerparlamentarischen Druck in Form eines Wahlboykotts aufbauen zu können, um so das unterstellte Desinteresse der etablierten Parteien an der weiblichen Bevölkerung anzuprangern.²⁴⁰ Eine weitere Konkurrenz erwuchs den Frauenparteien aus den Alternativbewegungen der späten 1970er Jahre, die 1980 in der Gründung der Partei *Die Grünen* gipfelte, auf die auch viele Feministinnen große Hoffnungen setzten.

Entgegen ihrer Erwartung konnten die Frauenparteien also nicht auf eine homogene Wählerinnenbasis bauen. Die Heterogenität der weiblichen Bevölkerung stellte die Parteien aber auch vor thematische Probleme. Die Politologin Heidrun Abromeit machte deshalb bei den Frauenparteien einen Mangel in der politischen Programmatik aus: „Schon bei dem ‚einen issue‘ – der Verbesserung der Lage der Frau – ist es schwierig, die divergierenden Interessen von Frauen in verschiedenen Lebenssituationen unter einen Hut zu bringen.“²⁴¹

b) *Macht für alle Frauen? Die Diskussion um „Lohn für Hausarbeit“*

Auf die strategische Notwendigkeit, die gesamte weibliche Bevölkerung auf ein politisches Ziel zu verpflichten, pochte die Münchner Feministin Hannelore Mabry Zeit ihres politischen Aktivismus'. Da sie ihr eigentliches Vorhaben, eine breite Frauenlobby zu begründen, in den 1970er Jahren in weiter Ferne sah, propagierte sie eine „Übergangslösung“. Es handelte sich dabei um die Forderung „Lohn für Hausarbeit“, in der Mabry und ihre Gruppe *Förderkreis zum Aufbau*

²³⁸ Vgl. hierzu: Hoecker: Lern- und Arbeitsbuch Frauen, S.76-97; ebenso: Kap.II.1.

²³⁹ Ein Beispiel ist die Sommeruniversität für Frauen in Berlin 1979, die sich das Verhalten von Frauen gegenüber dem Staat zum Thema machte. Siehe dazu die Beiträge in: Dokumentationsgruppe der Sommeruniversität der Frauen e.V. (Hrsg.): Autonomie oder Institution.

²⁴⁰ Vgl. Die Emma-Frauen: Und nun...?, in: Schwarzer/Strobl: Emma Sonderband 1, S.1f.

²⁴¹ Abromeit: Stellung der Frau, S.188f.

der *feministischen Partei* einen Kristallisationspunkt ausmachten, über den sie „die Doppelausbeutung der Mütter und praktizierenden Väter in den Mittelpunkt“²⁴² der politischen Auseinandersetzung rücken könnten. Eine Kampagne „Lohn für Hausarbeit“ wurde in der bundesdeutschen Frauenbewegung seit der ersten Hälfte der 1970er Jahre rege diskutiert. Im Mittelpunkt der Kontroverse stand die Frage, ob nun die Berufstätigkeit oder die Anerkennung der besonderen Rolle von Hausfrauen und Müttern der weiblichen Bevölkerung zur ersehnten Unabhängigkeit, Gleichberechtigung und Emanzipation verhelfen würde.

Die Befürworterinnen eines „Lohns für Hausarbeit“ versprachen sich von der Orientierung an Hausfrauen und Müttern insbesondere, Frauen über Alters- und Schichtgrenzen hinweg zu mobilisieren. Denn der der Forderung zugrunde gelegte Begriff von Hausarbeit war sehr weit. Er konnte von häuslichen Tätigkeiten über Kindererziehung bis hin zur Sexualität in einer Partnerschaft alles umfassen und war deshalb vermutlich keiner Frau fremd. Über die Politisierung dieses vermeintlich privaten Bereichs konnte so der feministischen Logik gemäß ein gemeinsames Bewusstsein aufgebaut und schließlich „Macht für *alle* Frauen“²⁴³ gewonnen werden.

Die Idee eines „Lohns für Hausarbeit“ war keine deutsche Erfindung. Sie rührte vielmehr aus der Zeit des frauenbewegten Aufbruchs, als sich viele Frauengruppen noch als Teil des Protestmilieus von „1968“ verstanden, sich aber zunehmend von feministischen Schriften aus dem Ausland inspirieren ließen. Unter diesen befand sich auch eine Abhandlung der Italienerin Mariarosa Dalla Costa und der Amerikanerin Selma James, die 1973 in deutscher Übersetzung aufgelegt wurde. In diesem Werk prophezeiten die Autorinnen einen „Umsturz der Gesellschaft“, falls Frauen dafür kämpften, dass der von ihnen unentgeltlich geleisteten Hausarbeit künftig ein materieller Wert beigemessen werde.²⁴⁴

Nicht zuletzt die *Siemens-Frauengruppe* aus München fühlte sich von dieser revolutionären Aussicht angezogen. Nach einem zweitägigen Frauenseminar, das im Juni 1974 in der bayerischen Hauptstadt stattfand und auf dem auch Mariarosa Dalla Costa zu Gast war, waren die *Siemensfrauen* begeistert und hielten es für angebracht, dass die weibliche Bevölkerung alles dafür tun müsse, damit sie „dem Kapitalismus keine Arbeitsstunden“ schenke.²⁴⁵ Hinter dieser Aussage verbarg sich nun aber nicht mehr die Absicht, zusammen mit den Fließbandarbeiterinnen aus Giesinger Fabriken den proletarischen Aufstand zu proben. Ganz im Gegenteil: Die *Siemensfrauen*, die gleich nach der Lesung Dalla Costas eine „Untergruppe Hausarbeitslohn“ gegründet hatten, verstanden sich zwar nach wie vor als Anwältinnen von Arbeitnehmerinnen, interessierten sich aber immer mehr für deren Einsatz in Haus und Familie. Schließlich ließ die Gruppe von ihrem bisher praktizierten und nach eigenen Angaben wenig erfolgreichen „Betriebsansatz“²⁴⁶ ab und

²⁴² Grumley: Lohn für Hausarbeit als Strategie des Feminismus, S. 100.

²⁴³ Feministische Tendenzen oder was so alles unter Feminismus verstanden wird, in: Jahrbuchgruppe des Münchner Frauenzentrums (Hrsg.): Frauenjahrbuch '76, München 1976, S. 91.

²⁴⁴ Dalla Costa/James: Die Macht der Frauen und der Umsturz der Gesellschaft.

²⁴⁵ Archiv 451, Mappe Hausarbeitslohn: Zusammenfassung des Referats und der Diskussion mit Mariarosa [Dalla Costa] am 17./18. 6. 1974.

²⁴⁶ Vgl. dazu Kap. III.1.b.

verlagerte ihr Engagement gänzlich auf den „Reproduktionsbereich“, wie es im zeitgenössischen Jargon hieß.²⁴⁷

Die ehemaligen Betriebsarbeiterinnen erklärten nun die „Unterdrückung der Frau“ nicht mehr aus dem bislang beschworenen Gegensatz von „Kapital“ und „Arbeit“. Vielmehr gab es ihrer Ansicht nach eine „männliche Weltordnung“, die die – „produktive“ und gesellschaftlich anerkannte – Erwerbsarbeit von der Hausarbeit schied. Frauen, die diese „reproduktive“ und unbezahlte Aufgabe verrichteten, sahen sich so auf die minderwertigen Plätze verwiesen. Um die weibliche Bevölkerung aus dieser „gesellschaftlichen Ohnmacht“ zu befreien, machten sich die *Siemensfrauen* daran, „bis in die letzten Fasern unserer Existenz“ umzudenken. Sie wollten nicht länger einer „patriarchalen“ Einschätzung folgen, wonach es sich bei Kindern und Küche „nur“ um Hausarbeit handele und sich Frauen ausschließlich durch Berufstätigkeit emanzipieren könnten. Vielmehr verstand die Gruppe Hausarbeit als „Grundlage der Erhaltung menschlichen Lebens überhaupt“, die deshalb nicht länger „gesellschaftlich negiert und diskriminiert“ werden dürfe.²⁴⁸

Um dem Vorschub zu leisten, erschien ein „Lohn für Hausarbeit“ unabdingbar, auch wenn die *Siemensfrauen* nicht spezifizierten, wer dafür aufkommen sollte. Durch die Bezahlung vermeintlich privater Dienstleistungen würden Frauen aber „Bewegungsraum“ erhalten, denn Geld sei „im kapitalistischen Patriarchat Verfügungsmacht“: Der Schleier der Gefühle, der bislang die Bindung und Abhängigkeit der Frauen von Mann, Kindern und den eigenen vier Wänden überdeckt habe, sollte dadurch gelüftet werden, gemäß der Überzeugung der *Siemensfrauen*: „Liebe ist Arbeit“. Auch wenn die Gruppe damit Emotionen ins Spiel brachte, ist das Kalkül, das mit der Forderung nach „Lohn für Hausarbeit“ einherging, nicht zu übersehen. Denn die *Siemensfrauen* hatten eindeutige Ambitionen, wie der Titel eines Arbeitspapiers verriet: „Wir wollen an die Macht“.²⁴⁹

Die neue politische Strategie, die die Frauengruppe einschlug, unterschied sich nur wenig von dem linken Umfeld, in dem sich die *Siemensfrauen* zusammengeschlossen hatten. Deshalb fanden die selbsternannten Revolutionärinnen auch beim linksalternativen *Trikont-Verlag* Gehör, als es darum ging, Erklärungen und Kampfschriften ausländischer Verfechterinnen eines „Lohns für Hausarbeit“²⁵⁰ auf Deutsch herauszugeben. Ein mit diesem Titel überschriebenes Buch, das 1974 die Reihe „Frauenoffensive“ des linksalternativen *Trikont-Verlags* eröffnete, war der Grundstein für den später eigenständigen feministischen Verlag gleichen Namens. Im Vorwort des Sammelbands stellte Gisela Erler, die Mitbegründerin des *Trikont-Verlags*, die die Frauenreihe ins Leben gerufen hatte, fest, dass die am „Proletariat“ orientierte Linke nicht um ihren revolutionären Impetus zu fürchten brauche, wenn nun einige Frauengruppen daran gingen, die Unabhängigkeit der

²⁴⁷ Archiv 451, Mappe Hausarbeitslohn: Arbeitspapier der „Untergruppe Hausfrauenlohn“ [Juni 1974].

²⁴⁸ Archiv 451, Mappe Hausarbeitslohn: Papier der Untergruppe [der SFG] „Lohn für Hausarbeit“ mit dem Titel „Wir wollen die Macht“ [Februar 1975].

²⁴⁹ Ebd.

²⁵⁰ Archiv 451, Mappe Hausarbeitslohn, die Übersetzungen einiger Texte enthält, die auch in dem Sammelband „Frauen in der Offensive. Lohn für Hausarbeit oder: Auch Berufstätigkeit macht nicht frei, München 1974“ zu finden sind.

weiblichen Bevölkerung nicht allein über Berufstätigkeit und Klassenkampf, sondern auch über „Lohn für Hausarbeit“ anzustreben. Zur Begründung verwies die Verlegerin darauf, dass die Arbeiterbewegung gleichlautende Forderungen vertrete: „Der Lohnkampf von Arbeitern, ihr Kampf um andere Arbeitsbedingungen steht ja auch nicht im Gegensatz zur ‚Revolution‘.“²⁵¹

Während sich die *Siemensfrauen* sicher waren, dass sie mit „Lohn für Hausarbeit“ endlich weibliche Massen in Bewegung setzen würden, zweifelte eine andere Münchner Gruppe daran, dass eine solche Forderung Frauen besonders weit führe. Der *Sozialistische Frauenorganisation München (SFOM)* erschienen die Hoffnungen, die die Unterstützerinnen dieser Parole hegten, trügerisch. Zum Ersten sah die *SFOM* durch die Forderung keineswegs eine Einheit aller Frauen gewährleistet. Sie verwies dabei darauf, dass bei weitem nicht jede Frau Haus, Mann und Kinder zu versorgen habe. Zudem würde ein „Lohn für Hausarbeit“ andere feministische Strategien unter den Tisch kehren, zum Beispiel die des politischen Lesbianismus, der Rollenzuschreibungen durch Homosexualität in Frage stellte. Zum Zweiten wollte die *SFOM* getreu ihrer Kapitalismus-Kritik nicht dem „Schein des Geldes“ erliegen, zumal sie fürchtete, dass ein „Lohn für Hausarbeit“ den Frauen nicht Macht und Unabhängigkeit verleihe, sondern ganz im Gegenteil die gängige Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern sogar noch per Gehalt festschreibe. Zum Dritten taten sich die *SFOM*-Frauen schwer damit, Arbeit und Liebe gleichzusetzen. Dadurch würden ihrer Meinung nach die menschlichen Beziehungen einer „Durchrationalisierung“ zum Opfer fallen, die keineswegs dem Empfinden von Frauen entspreche.²⁵²

Zwar konnte die *SFOM* einem „Lohn für Hausarbeit“ auch Positives abgewinnen, etwa weil dadurch verheiratete Hausfrauen und Mütter, die die Frauenbewegung bisher vernachlässigt habe, tatsächlich als eine Art „Leichtlohngruppe“ in den Blick gerieten. In der Bilanz überwogen aber die Gegenargumente, die die Forderung von Grund auf zurückwies.²⁵³ Statt der Bezahlung der von Frauen übernommenen Haushalts- und Erziehungsleistungen setzten die *SFOM*-Frauen deshalb weiterhin auf Vergesellschaftung dieser vermeintlich privaten Angelegenheiten, etwa durch Großküchen oder Kinderläden, und auf die weibliche Erwerbstätigkeit, die die traditionelle innerfamiliäre Aufgabenverteilung ad absurdum führen und damit Frauen zur Emanzipation verhelfen sollten.²⁵⁴

Mit den gegensätzlichen Positionen der *Siemens-* und der *SFOM*-Frauen sind im Grunde die wichtigsten Beweggründe vorgebracht, warum sich Feministinnen nun für oder gegen einen „Lohn für Hausarbeit“ entschieden. Dabei tobte die Debatte im frauenbewegten Milieu gerade in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre bundesweit heftig und machte die tiefen Gräben sichtbar, die die Aktivistinnen bisweilen trennten. Während die Berliner Frauenzeitung *Courage* die Lohnforderung zur Politik erhob, weil es sich bei der Hausarbeit um die „Schlüsselindustrie

²⁵¹ Frauen in der Offensive. Lohn für Hausarbeit oder: Auch Berufstätigkeit macht nicht frei, München 1974, S.12.

²⁵² IfZ-Archiv, ED 899/3: Argumentationssammlung [der SFOM] „Lohn für Hausarbeit“, mehrere Blätter, [um 1975].

²⁵³ Ebd.

²⁵⁴ Jurczyk: Lohn für Hausarbeit, S. 185f.

der Gesellschaft“ handle²⁵⁵, erblickten das Kölner Magazin *Emma* und seine Gründerin Alice Schwarzer darin nur „Zynismus“, der in seiner Konsequenz das „Hausfrauen-Ghetto“ befestige.²⁵⁶

Auch die Sommeruniversität für Frauen, die die Frauenbewegung seit 1976 jährlich in Berlin veranstaltete, um feministisches Wissen in seiner ganzen Fülle einem breiteren Frauenpublikum aus der gesamten Republik zugänglich zu machen²⁵⁷, wurde zum Schauplatz der Kontroverse. Angesichts der Schwerpunkte, die sich die Sommeruniversität 1977 mit „Frauen als bezahlte und unbezahlte Arbeitskräfte“²⁵⁸ und 1978 mit „Frauen und Mütter“²⁵⁹ gesetzt hatte, drängte sich die Auseinandersetzung darüber geradezu auf, wie Hausfrauen mit Kindern in die Bewegung einzubeziehen seien. 1978 meldeten sich dabei auch die beiden Münchner Gruppen *Frauenforum* und *Förderkreis zum Aufbau der feministischen Partei (FFP)* zu Wort. Obwohl beide Vereine gleichermaßen davon überzeugt waren, dass es sich bei „Lohn für Hausarbeit“ um die richtige Strategie des Feminismus handele²⁶⁰, traten sie aufgrund ihrer schwierigen gemeinsamen Vorgeschichte²⁶¹ auf der Sommerschule in Berlin getrennt voneinander auf.

Bei allen unterschiedlichen Positionen und Animositäten zwischen den Frauengruppen, die die Bewegung in der zweiten Hälfte der 1970er Jahren kennzeichneten, ist allerdings nicht zu übersehen, dass die Diskussion um „Lohn für Hausarbeit“ einen mobilisierenden Effekt für die Frauenbewegung zeitigte, zumindest, wenn man auf die personelle und organisatorische Zusammensetzung eines Teils der Bewegung blickt. Auch wenn das *Frauenforum* und der *Förderkreis* nach 1975/76 nur noch über rund 100 bzw. 60 Mitglieder²⁶² und damit zusammengenommen gerade einmal über ein Drittel der Größe verfügten, die das *Frauenforum* vor seiner Spaltung erreicht hatte, verstanden sich ihre Anhängerinnen (und einige wenige Anhänger) als ein Gegengewicht zum Gros der Frauenbewegung. Dieses schwer bestimmbare Gegenüber machte der *Förderkreis* immer wieder in dem „vorwiegend jungen Publikum“²⁶³ aus, das Besucherinnen feministisch geprägter Veranstaltungen regional wie überregional vorfanden.

²⁵⁵ Z. B. Gisela Bock: Lohn für Hausarbeit und die Macht der Frauen, in: *Courage* 1 (1976), H. 1; Pieke Biermann/Gisela Bock: Lohn für Hausarbeit vom Staat für alle Frauen, in: *Courage* 2 (1977), H. 3; Lohn für Hausarbeit. Offener Brief an Alice, in: *Courage* 2 (1977), H. 8; das Zitat: Pieke Biermann/Gisela Bock: Lohn für Hausarbeit vom Staat für alle Frauen, in: *Courage* 2 (1977), H. 3.

²⁵⁶ V.a. der Leitartikel: Alice Schwarzer: Hausfrauenlohn?, in: *Emma* vom Mai 1977.

²⁵⁷ Vgl. Einleitung, in: Gruppe Berliner Dozentinnen (Hrsg.): *Frauen und Wissenschaft*, S. 9–11.

²⁵⁸ Dokumentiert in: Dokumentationsgruppe der Sommeruniversität e. V. (Hrsg.): *Frauen als bezahlte und unbezahlte Arbeitskräfte*.

²⁵⁹ Dokumentiert in: 3. Sommeruniversität für Frauen 1978 e. V. (Hrsg.): *Frauen und Mütter*.

²⁶⁰ Vgl. dazu für das *Frauenforum*: Elke Orlac: Welchen Ausweg gibt es für Mütter aus ihrer Doppelbelastung?, in: 3. Sommeruniversität für Frauen 1978 e. V. (Hrsg.): *Frauen und Mütter*, S. 64–73; Dorothee Lieres: Warum wir Lohn für die Arbeit an den Kindern fordern, in: Ebd., S. 75–95; für den *Förderkreis*: Gitta Grumley: Lohn für Hausarbeit als Strategie des Feminismus, in: Ebd., S. 96–100.

²⁶¹ Vgl. dazu Kap. III.1.d.

²⁶² IfZ-Archiv, ED 899/9: Mitgliederliste des *Frauenforum* München mit dem Stand vom 17. 12. 1977; IfZ-Archiv, ED 900/20. Liste zur Mitgliederentwicklung des FFP seit Gründung Juni 1976 bis 1997 [1997].

²⁶³ So die Kritik z. B. in: Leserbrief von Solveig Senft, in: *Die Tageszeitung* vom 18. 4. 1983.

Im Vergleich zu vielen seiner „feministischen Schwestern“, denen der *Förderkreis* etwa bei Aktionen des Münchner Frauenzentrums oder auf der Sommer- schule für Frauen in Berlin begegnete, bezeichneten sich die Angehörigen des Ver- eins als „atypisch“. Sie schrieben dies vor allem ihrem höheren Alter zu, das sie 1980 zwischen „Ende 40 – Ende 50“ angaben. Die Mehrheit frauenbewegter Akti- vistinnen sei im Gegensatz dazu mindestens zehn bis 15 Jahre jünger und wisse deshalb mit einem „Lohn für Hausarbeit“ nichts anzufangen. Als Begründung führten die Vertreterinnen des *FFP* ins Feld, dass die jüngeren Frauen nicht über die Lebenserfahrung verfügten, die viele der *FFP*-Mitglieder infolge ihrer Kindheit im Krieg, der Berufstätigkeit, des langjährigen Daseins als Hausfrauen und Mütter und der Konfrontation „mit patriarchalischer Sexualität“ gemacht hätten.²⁶⁴

Im Grunde spiegelten sich in diesen Aussagen die Lebensumstände einer Ge- neration, die in der Geschichtswissenschaft häufig als die der „Kriegskinder“ bezeichnet und den jüngeren, nach (etwa) 1935 geborenen „Wohlfahrtsstaatsgene- rationen“²⁶⁵ gegenübergestellt wird. Was die Frauen dieser unterschiedlichen Generationen anbelangte, ist dabei in erster Linie von trennenden Erfahrungen die Rede, etwa im Hinblick auf Aufklärung, sexuelles Wissen und Empfängnisver- hütung.²⁶⁶ Der vorwurfsvolle Ton der Selbstbeschreibung der Angehörigen des *Förderkreises* bestätigt diesen Befund, denn offenbar fühlten sich die Vereins- mitglieder im Gegensatz zu jüngeren Jahrgängen vom gesellschaftlichen Wandel – zum Beispiel von der Wohlstandsgesellschaft, der Bildungsexpansion oder der li- beraleren Einstellungen gegenüber Sexualität – übergangen.

Die soziokulturellen Veränderungen, die in den 1960er und 1970er Jahren ihren Ausgang nahmen, waren damit nicht nur Quelle und Motivation feministischen Engagements. Vielmehr zeigt sich hier die Ambivalenz der grundlegenden Verän- derungen, der von der Frauenbewegung auch Tribut verlangte, und zwar in Form eines „Generationenkonflikts“, der sich vor allem in unterschiedlichen Positionen zu einem „Lohn für Hausarbeit“ niederschlug. Die Forderung sprach dabei eher Mütter und diejenigen Frauen an, die sich im tendenziell jungen und akademisch geprägten Milieu der Frauenbewegung nicht umstandslos wiederfanden. So muss- te sich zum Beispiel auch die 1942 geborene und alleinstehende Unternehmerin Alice Schwarzer ihrer feministischen Gesinnung zum Trotz in einem offenen Brief des *Frauenforums* den Tadel gefallen lassen, dass sie sich aufgrund mangelnder Er- fahrung als ökonomisch von einem Mann abhängige Hausfrau und Mutter wohl kaum fundiert zur Frage nach einem „Lohn für Hausarbeit“ äußern könne.²⁶⁷

Gleichzeitig ist dieser „Generationskonflikt“ ein Hinweis darauf, dass die Frauenbewegung sehr wohl in der Lage war, Frauen trotz aller Unterschiede hin- sichtlich Alter, Status und sozialer Herkunft zu integrieren. So verstanden sich der *Förderkreis zum Aufbau der feministischen Partei* und das *Frauenforum* entgegen

²⁶⁴ Ingrid Braun: Drei Feministinnen auf der Walz. Impressionen zur 4. Frauen-Sommer-Uni, in: *Der Feminist. Beiträge zur Theorie und Praxis* 5 (1980) 1.

²⁶⁵ So die Terminologie z. B. bei: Bude: „Generation“ im Kontext, S. 28–43.

²⁶⁶ Vgl. dazu ausführlicher: Silies: Tabu und Thematisierung, S. 85–106.

²⁶⁷ IfZ-Archiv, ED 900/15: Offener Brief des Frauenforums an Alice Schwarzer [nach Mai 1977]. In der Zeitschrift *Emma* wurden nur die Teile des Briefes abgedruckt, in denen Alice Schwarzer nicht direkt angegriffen wurde: Siehe dazu den Leserbrief des Frauenforums zu „Lohn für Hausarbeit – ja oder nein?“, in: *Emma* vom Juli 1977.

der Feststellung, dass es verschiedene konkurrierende feministische Strömungen gab, ausdrücklich als Bestandteile dieser Bewegung. Und gerade das *Frauenforum* machte sich in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre erneut daran, die Kontakte zwischen gleichgesinnten Frauengruppen zu intensivieren. Dazu zählte nicht nur die Zusammenarbeit mit dem Münchner Frauenzentrum, in dem der Verein nach der Trennung von Hannelore Mabry ein Dach über den Kopf fand. Im April 1978 etwa rief der Münchner Verband mit Gruppen aus Bochum, Göttingen, Hamburg, Hannover und Stuttgart die *Feministische Initiative Lohnloser Mütter (F.I.L.M.)* ins Leben.

Dieser Zusammenschluss traf sich mehrmals im Jahr zu Seminaren, in denen er eine „politökonomische Einschätzung der Mütterarbeit“²⁶⁸ entwarf und entsprechende politische Forderungen formulierte. Mit Broschüren und Flugblättern, die Titel wie „Warum wir Lohn für die Arbeit an Kindern fordern“²⁶⁹ oder „Mütter, wie werden wir verschaukelt“²⁷⁰ trugen, gingen die *F.I.L.M.*-Frauen auch auf die Straße. Zum Anlass ihrer Kritik nahmen sie dafür vor allem den 1. Mai und den Muttertag. Auch wenn es sich dabei lediglich um Aktionen einer Handvoll Frauen handelte, brachten sie gelegentlich eine Presstenotiz ein. So hielt eine Journalistin nach einer Muttertagsdemonstration des baden-württembergischen Zweigs der Fraueninitiative in der *Stuttgarter Zeitung* 1979 wohlwollend fest, dass durch die Bezahlung „fürs Bügeln, Kochen, Stopfen“ der Gerechtigkeit gegenüber Hausfrauen der Weg bereitet würde.²⁷¹

Obwohl einer organisierten Frauen- und Mütterlobby feministischer Provenienz der langfristige Erfolg verwehrt blieb, darf das nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass die Diskussion rund um einen „Lohn für Hausarbeit“ die Frauenbewegung auch in inhaltlicher Hinsicht bereicherte. Das Münchner *Frauenforum*, dessen Mitgliederzahl zusehends schrumpfte, bis es sich Mitte der 1990er Jahre endgültig auflöste, kam zwar bereits 1980 nicht mehr umhin, von einem „allgemeinen Desinteresse“ der Frauen an diesem Thema zu sprechen. Der Verein schob es der „Überlastung“ und der „allgemeinen Müdigkeit“ zu, dass Sympathisantinnen ihre politische Arbeit zu einem „Feierabendfeminismus“ verkommen lassen müssten. Dennoch, da war sich die Gruppe sicher, habe sie sich bundesweit einen Namen gemacht, wenn es um „Lohn für Hausarbeit“ gehe.²⁷² In dieser Entwicklung war München kein Einzelfall. So stellte Silvia Kontos auch für das Beispiel Frankfurt am Main fest, dass „Lohn für Hausarbeit“-Gruppen sehr bald wieder auseinandergegangen seien, ohne ihre zentrale Forderung umgesetzt zu haben. Allerdings könne man ob dieses lediglich kurzzeitigen Auftretens nicht von einem Scheitern sprechen, liege der Gewinn des feministischen Anliegens doch darin, den „Widerspruch unserer Gesellschaft“ zwischen der „realen Unverzichtbarkeit

²⁶⁸ Aus dem Frauenforum, in: Münchner Frauenzeitung vom Dezember 1978.

²⁶⁹ IfZ-Archiv, ED 900/15: Broschüre des Frauenforum München „Warum wir Lohn für die Arbeit an Kindern fordern“ [1978].

²⁷⁰ FFBIZ, A Rep. 400 BRD 17.2c.5 Lohn für Hausarbeit: Flugblatt der Initiative lohnloser Mütter Stuttgart „Mütter wie werden wir verschaukelt im ‚Jahr des Kindes‘?!“ [1979].

²⁷¹ Adelheid Ohlig: Lohn fürs Bügeln, Kochen, Stopfen, in: *Stuttgarter Zeitung* vom 16. 6. 1979.

²⁷² IfZ-Archiv, ED 899/9: Protokoll der Jahresmitgliederversammlung des Frauenforum München am 26. 4. 1980.

der familialen Versorgungsleistung durch Frauen und den vielfältigen Mechanismen ihrer gesellschaftlichen Entwertung“ sichtbar gemacht zu haben.²⁷³

Gerade beim *Frauenforum München* lässt sich zeigen, dass die klassenkämpferischen Allüren, die den „Lohn für Hausarbeit“ noch in der ersten Hälfte der 1970er Jahre umrankten, wenig später in den Hintergrund getreten waren – zugunsten einer frauenzentrierteren und schließlich allgemeinpolitischen Position. Das *Frauenforum* machte zunächst die „Mutterschaft“ zum Ausgangspunkt seiner Überlegungen, die für Frauen bedeute, entweder ihre bisherige Selbständigkeit aufzugeben oder die Mehrfachbelastung durch Berufstätigkeit, Erziehungs- und Hausarbeit in Kauf zu nehmen. Im (potenziellen) Mutterdasein, das allen Frauen gemeinsam sei, liege wiederum der Grund, warum Frauen im Erwerbsleben benachteiligt würden, sei es durch ein niedrigeres Gehalt, schlechtere Aufstiegschancen oder die hierarchische Aufteilung des Arbeitsmarktes in Frauen- und Männerberufe. Für das *Frauenforum* war die Unterdrückung der weiblichen Bevölkerung also in erster Linie keine sexistische, wie zum Beispiel der politische Lesbianismus argumentierte, sondern eine ökonomische. Deshalb propagierte der Verein den „Arbeitskampf“ mit einer doppelten Stoßrichtung: der „Entlohnung der Haus- und Erziehungsarbeit“ und der „gerechten Stellung der Frau in der außerhäuslichen Erwerbsarbeit“.²⁷⁴

Dabei wollte das *Frauenforum* nicht nur die Lebensumstände von Frauen verbessern, indem es über die Forderung nach „Lohn für Hausarbeit“ scheinbar rein private weibliche Angelegenheiten zum „öffentlichen Ärgernis“²⁷⁵ machte. Vielmehr gedachte der Verein, eine polar angelegte Geschlechterordnung einzuebnen. Deshalb benutzte er keinesfalls den Begriff des „Hausfrauenlohns“, dem sich gerade die Kritikerinnen einer entsprechenden Kampagne bedienten.²⁷⁶ Selbst das Schlagwort eines „Lohns für Hausarbeit“ war dem *Frauenforum* nicht genug. Der Gruppe ging es dezidiert um einen „Lohn für die Arbeit an Kindern“²⁷⁷, der ungeachtet des Geschlechts an die Person ausgezahlt werde, die diese Arbeit übernimmt. Gleichzeitig sollten die Erziehungsaufgaben aufgewertet und professionalisiert werden.

Der Verein verschrieb sich dem Ziel, der gegenwärtigen „Verstümmelung von Mann und Frau“ ein Ende zu bereiten, und das sowohl im Hinblick auf die Eltern als auch auf die Kinder. Damit nahm sich das *Frauenforum* im Gegensatz zu manch anderen feministischen Gruppen nicht ausschließlich der Lebensumstände der weiblichen Bevölkerung an, sondern auch der der männlichen. Die Berufstätigkeit, die Männern gemeinhin die finanzielle Unabhängigkeit und die Stellung des Oberhauptes der Familie sichere, schien dem Verein für Frauen nur in gewissem Maße erstrebenswert, gerade deshalb, weil die Konzentration auf die Er-

²⁷³ Kontos: Von der Liebe über die Arbeit zum Umsturz der Gesellschaft?, v. a. S. 101f., das Zitat S. 102.

²⁷⁴ FFBIZ, Broschüre des Frauenforum München „Wir Frauen und unsere Arbeit“ [September 1977].

²⁷⁵ Elke Orlac: Welchen Ausweg gibt es für Mütter aus ihrer Doppelbelastung, S. 69.

²⁷⁶ Z. B. Alice Schwarzer: Hausfrauenlohn?, in: Emma vom Mai 1977.

²⁷⁷ IfZ-Archiv, ED 900/15: Broschüre des Frauenforum München „Warum wir Lohn für die Arbeit an Kindern fordern“ [1978]; auch: Lieres: Warum wir Lohn für die Arbeit an den Kindern fordern, S. 75–95.

werbsarbeit aus den (männlichen) „Ernährern“ bis dato defizitäre Wesen gemacht habe. Statt der Doppelbelastung für Frauen war beim *Frauenforum* deshalb eine „Rollenhalbierung“ für beide Geschlechter angesagt: Ebenso wenig wie es eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in der Familie oder im Beruf geben sollte, seien Jungen und Mädchen auf irgendeine festgefügte Geschlechterordnung hin zu erziehen. Die hohe Wertschätzung, die Erziehung dabei erhielt, hatte beim *Frauenforum* ein langfristiges Ziel: Es sollte „keine Grenze mehr zwischen Familie und Beruf geben“. Damit werde nämlich die „Spaltung zwischen entfremdeter Arbeit und in der Familie isolierter von der außerhäuslichen Realität abgeschnittener Menschen“ überwunden.²⁷⁸

Im Einzelnen bedeutete das für das *Frauenforum* die Anerkennung der „Arbeit an Kindern“ als Beruf und einem dem heutigen Elterngeld ähnelnden Lohn für die ein Kleinkind erziehende Person in Höhe von mindestens 1800 DM plus Sozialversicherung, der vom Staat bezahlt werden sollte. Zudem seien Erziehungs- und Erwerbsarbeit gleichzusetzen, etwa bei der sozialen Absicherung hinsichtlich Arbeitslosigkeit oder Alter. Männer und Frauen sollten sowohl in Sachen Verantwortung für die Familienarbeit als auch in Fragen der beruflichen Entwicklung vollkommen gleich behandelt werden. Nicht zuletzt lag es aus Sicht des *Frauenforums* am Staat, Kindergärten und Ganztagschulen bereitzustellen und in sämtlichen Schularten ein Fach „Haushalts- und Erziehungslehre“ für alle Jungen und alle Mädchen einzuführen.²⁷⁹

Das *Frauenforum* und mit ihm eine Vielzahl anderer Gruppen agierten mit ihren Vorstellungen in den 1970er Jahren allerdings nicht im luftleeren Raum, sondern spiegelten Diskussionen, die die wissenschaftliche und politische Öffentlichkeit schon seit längerem bewegten. Zwar trat die Frauenbewegung zweifellos als Avantgarde auf, was die Popularisierung der Defizite anbelangte, die die Lebensumstände von Hausfrauen und Müttern kennzeichneten. Deren (finanzielle) Abhängigkeit von den Ehemännern, die Mehrfachbelastung berufstätiger Mütter und der schlechte Ruf von „Nur-Hausfrauen“ standen auch in der „großen“ Politik in der Kritik.

So hatte die CDU beispielsweise bereits 1958 das Splitting-Verfahren für Verheiratete eingeführt, damit steuerrechtlich nicht nur die Berufstätigkeit des Ehemanns, sondern auch die Leistungen der Ehefrau in Haushalt und Erziehung berücksichtigt werden konnten. Zudem hob der Frauenbericht der Bundesregierung von 1966 den Einsatz hervor, den Hausarbeit und Erziehung erforderten, und verlangte deshalb, dass sich dies in der gesellschaftlichen Wertschätzung gegenüber Hausfrauen niederschlagen müsse. Nicht zuletzt versprach Bundeskanzler Willy Brandt in seiner Regierungserklärung von 1973, die eigenständige soziale Sicherung aller Frauen in Angriff zu nehmen.²⁸⁰ Doch gerade für diesen Bereich der inneren Reformen gilt das Urteil, dass die sozial-liberale Koalition entgegen aller Ziele „am Ende nur wenig in die Tat umgesetzt“²⁸¹ habe. Immerhin fiel das 1976

²⁷⁸ Orlac: Welchen Ausweg gibt es für Mütter aus ihrer Doppelbelastung?, die Zitate S.70, 71, 73.

²⁷⁹ FFBIZ, Broschüre des Frauenforum München „Welchen Ausweg gibt es für Mütter aus ihrer Doppelbelastung“ [1978], dem auf S.8 eine „Resolution“ beigelegt ist.

²⁸⁰ Vgl. dazu Kap. I.1. und I.3.

²⁸¹ Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik, S.565.

novellierte Ehe- und Familienrecht vorwiegend zugunsten von Frauen aus: Nicht nur, dass das Gesetz erstmals geschlechtsneutral formuliert war und damit Ehefrauen auch nicht länger auf die Haushaltsführung verpflichtete, während die Ehemänner erwerbstätig sein sollten. Darüber hinaus war im Falle einer Scheidung nun der wirtschaftlich schwächere Partner unterhaltsberechtiget.²⁸²

Die Bundespolitik verhielt sich insgesamt aber in der Frage, wie mit Hausfrauen und Müttern umzugehen sei, zögerlich, und das in einer Zeit, als die Wissenschaft vermehrt deren Probleme herausarbeitete und unterschiedliche Lösungsmöglichkeiten präsentierte. Gerade die Soziologie diagnostizierte dabei eine soziale Schiefelage, auf die auch die Frauenbewegung hinwies. Anfang der 1970er Jahre interessierte sich zunächst die Soziologin Helge Pross für diesen Themenkomplex. Die Gießener Professorin, die 1927 geboren war, führte eine Untersuchung durch, in der sie nichterwerbstätige Ehefrauen in der Bundesrepublik nach ihrer Situation befragte. Die Studie, die bereits 1974 öffentlichkeitswirksam in der Zeitschrift *Brigitte* präsentiert wurde und 1975 den Deutschen Sachbuchpreis gewann²⁸³, hielt fest, dass das Dasein der Hausfrau, die im Sprachgebrauch bereits zur „Nur-Hausfrau“ degradiert geworden sei, an Attraktivität verlöre, während der Lebensentwurf der berufstätigen Frau an Anziehungskraft gewinne. Im Grunde bildeten die Ergebnisse den langfristigen gesellschaftlichen Wandel ab, den Pross mit „einer Art stillen Revolution“²⁸⁴ verglich, durch die die traditionelle und vermeintlich natürliche Rolle der Frau in wesentlichen Bestandteilen verworfen werde. Allerdings blieben dabei gerade für Frauen – und in diesem Punkt war die Wissenschaftlerin mit vielen feministischen Frauengruppen einer Meinung – Rollenkonflikte nicht aus.²⁸⁵

Die Schlussfolgerungen der Soziologin deckten sich schließlich weitgehend mit den Forderungen, die das *Frauenforum* bzw. der *FFP* in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre hochhielten. Angesichts der diagnostizierten Entwicklungen und eingedenk ihrer Überzeugung, dass „Familienfrauen“ schwer zu ersetzen seien, erhob Helge Pross die „Wahlfreiheit“ zur Losung. Der Wissenschaftlerin zufolge sollte die Politik Rahmenbedingungen entwerfen, in denen sich Frauen ihre eigene Lebensform aussuchen könnten. An erster Stelle nannte sie hierbei ein befristetes Gehalt für Frauen mit kleinen Kindern, das aber von anderen Maßnahmen, die sich an Mütter mit Berufswunsch richteten, flankiert werden sollte: den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen, dem Angebot von Teilzeitarbeitsplätzen und Hilfen, die die Rückkehr in den Beruf erleichterten. Pross dachte übrigens auch über den Einsatz der Väter bei Haushalts- und Erziehungsaufgaben nach, glaubte allerdings, dass sich diese in naher Zukunft erst einmal nur ausnahmsweise dazu bereifinden würden.²⁸⁶

In München betrieb das Institut für Soziologie an der LMU – und damit das Umfeld, in dem sich auch *SFOM*-Frauen bewegten – Berufs- und Arbeitskräfte-

²⁸² Vgl. dazu: Münch/Hornstein: Familien-, Jugend- und Altenpolitik, S. 272.

²⁸³ Hausfrauen in Deutschland, in: *Brigitte* vom März 1974. Wenig später erschien die Untersuchung auch als Taschenbuch: Pross: *Wirklichkeit der Hausfrau*.

²⁸⁴ Hausfrauen in Deutschland, in: *Brigitte* vom März 1974.

²⁸⁵ Orlac: Welchen Ausweg gibt es für Mütter aus ihrer Doppelbelastung?, der Bezug auf Pross S. 70.

²⁸⁶ Pross: *Wirklichkeit der Hausfrau*, v.a. die Kapitel „Geld und Versorgung“, S. 114–126, und „Beruf“, S. 201–220.

forschung, die unter der Leitung Karl Martin Boltes seit 1972 sogar den Rang eines Sonderforschungsbereichs²⁸⁷ einnahm. Dabei behandelten zwei Studien, die in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre vorgelegt wurden, auch die sogenannten Frauenberufe und die Hausarbeit. Verfasst wurden die Untersuchungen von Elisabeth Beck-Gernsheim und Ilona Ostner.²⁸⁸ Zumindest Letztere taucht auch als Mitglied in den Unterlagen der *SFOM* auf, was dafür spricht, dass sich bei einigen Frauen wissenschaftliches Interesse und frauenpolitische Position gegenseitig bedingten.²⁸⁹ Die Analysen der beiden Soziologinnen kamen dabei zu dem Schluss, dass Haus- und Berufsarbeit in der Bundesrepublik in völligem Widerspruch zueinander stünden. Elisabeth Beck-Gernsheim, die 1946 geboren war, bezeichnete es als „eigenständiges gesellschaftliches Problem“²⁹⁰, dass Hausarbeit mit ihrer Orientierung an den Bedürfnissen der Menschen zwar eine Voraussetzung der Berufsarbeit sei, gleichzeitig aber eine „komplementäre Gegenform“ zu ihr bilde. Die Thesen Beck-Gernsheims und ihrer fast gleichaltrigen Kollegin Ilona Ostner finden sich auch beim *Frauenforum* wieder, das in seinen Überlegungen auf die Ergebnisse des Münchner Sonderforschungsbereichs rekurrierte. So zitierte der Verein die Wissenschaftlerinnen namentlich und pointiert in einer Broschüre: „Was die Frau im Haushalt braucht, schadet ihr im Beruf.“²⁹¹

Der Interpretation der Münchner Soziologinnen zufolge gerieten Frauen deshalb ins Hintertreffen, weil Hausarbeit und Beruf nach unterschiedlichen Dispositionen und Fähigkeiten verlangten. Das eigentliche Problem läge nicht so sehr in der „Doppelrolle“, die berufstätige Frauen mit Kindern erfüllten, sondern vielmehr in der den meisten Frauen anerzogenen Orientierung an den Bedürfnissen anderer, die wiederum kaum zu einem marktorientierten Wirtschaftssystem passe. In der Frage, wie die Gesellschaft diesem Dilemma beikommen könne, trennten sich aber die Ansichten der Wissenschaftlerinnen (und der nach 1975 kaum noch öffentlich auftretenden *SFOM*) von denen des *Frauenforums*. Elisabeth Beck-Gernsheim zum Beispiel konnte sich einen „Lohn für Hausarbeit“ nicht vorstellen. Auch eine Um- oder Gleichverteilung familiärer Pflichten zwischen den Geschlechtern schien ihrer Meinung nach das Übel nicht an der Wurzel zu packen. Die Soziologin plädierte vielmehr für eine „Emanzipation des Berufes“, durch die Frauen „in eine qualitativ andere und neue Form des Berufs“, der stärker auf die Bedürfnisse von Menschen ausgerichtet war, integriert werden sollten. Letzten Endes sollten über die Ausgestaltung der Erwerbstätigkeit auch die Voraussetzungen für beide Geschlechter geschaffen werden, die anfallende Hausarbeit zu bewältigen. Beck-Gernsheim führte dazu vor allem „praktisch-politische Maß-

²⁸⁷ Der Sonderforschungsbereich wies unter anderem einen Schwerpunkt „Berufliche und familiäre Arbeit von Frauen“ auf, in dem bis in die 1980er Jahre hinein verschiedene Arbeiten entstanden. Seine Arbeit schloss der SFB 1986 ab. Vgl. ausführlicher: Bolte (Hrsg.): *Mensch, Arbeit und Betrieb*; Bolte: *Die Arbeiten im Sonderforschungsbereich 101*, S. 3–36; Pieper: *Familie und Beruf*, S. 95–106.

²⁸⁸ Beck-Gernsheim: *Der geschlechtsspezifische Arbeitsmarkt*; Ostner: *Beruf und Hausarbeit*.

²⁸⁹ IfZ-Archiv, ED 899/4: Adresslisten und Einladungen [an ehemalige *SFOM*-Mitglieder] aus dem Jahr 1997.

²⁹⁰ Beck-Gernsheim: *Der geschlechtsspezifische Arbeitsmarkt*, S. 35.

²⁹¹ Orlac: *Welchen Ausweg gibt es für Mütter aus ihrer Doppelbelastung?*, der Bezug auf Beck-Gernsheim S. 66. Im Original: Beck-Gernsheim/Ostner: *Frauen verändern Berufe nicht?*, S. 257–287, hier S. 278.

nahmen“ ins Feld, etwa das Recht eines Elternteils auf Urlaub, wenn ein Kind erkrankt ist, oder eine „gewisse Einschränkung der beruflichen Anforderungen“, etwa durch „Elternurlaub“ unmittelbar nach der Geburt eines Kindes.²⁹²

Die Spuren der Debatte, die Wissenschaft und Frauenbewegung darüber führten, wie sich angesichts des grundlegenden gesellschaftlichen Wandels (nicht nur) im Hinblick auf das weibliche Rollenverständnis ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen Haus- und Berufsarbeit bewerkstelligen ließe, fanden sich schließlich auch in den Parteien. Dabei unterschieden sich insbesondere die beiden großen Bundesparteien in den konkreten Lösungsvorschlägen „deutlich“²⁹³ voneinander. Als sich Begriffe wie Gleichberechtigung der Geschlechter oder die Wahlfreiheit der Frauen zusehends wie ein roter Faden durch alle Parteiprogramme zogen und die Teilhabe von Frauen in Politik und Beruf zum erstrebenswerten Ziel erhoben wurde²⁹⁴, war es – sehr zum Missfallen der ganz und gar nicht konservativen Frauenbewegung – ausgerechnet die CDU, die die Bedeutung des weiblichen Einsatzes in Haushalt und Familie in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre zum Politikum erhob und dabei sogar eine Art „Lohn für Hausarbeit“ verfocht.

Während die SPD eher auf eine Verbesserung der Lage der Frauen durch die gleichgestellte Partnerschaft der Geschlechter setzte, die die Erwerbstätigkeit von Frauen bei gleichzeitigem Ausbau öffentlicher Kinderbetreuung ebenso vorsah wie die Zuständigkeit beider Eltern im innerfamiliären Bereich²⁹⁵, beriefen sich die Christdemokraten auf die Besserstellung der Familie durch eine sich ergänzende Arbeitsteilung von Müttern und Vätern. Seit 1978 stand auch ein „Erziehungsgeld“ im Parteiprogramm, das für Mütter vorgesehen war, die in den ersten Lebensjahren ihrer Kinder auf den Beruf verzichteten. Der Vater war dabei im Übrigen nicht ausgeschlossen, „wenn er diese Aufgabe übernimmt“, wie es einschränkend hieß.²⁹⁶ Ein solches „Erziehungsgeld“, das 1986 in Höhe von maximal 600 DM für 10 Monate eingeführt wurde²⁹⁷, fand zwar bei der sozial-liberalen Koalition keine Unterstützung. Diese hatte 1979 jedoch bereits das Mutterschaftsurlaubsgesetz verabschiedet, das erwerbstätigen Frauen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern sollte. Das Gesetz schrieb anstelle des bisherigen Mutterschutzes einen viermonatigen Mutterschaftsurlaub fest, währenddessen erwerbstätige (bzw. arbeitslose) Mütter aus Bundesmitteln 750 DM erhielten und Kündigungsschutz genossen.²⁹⁸

Den Verfechterinnen eines „Lohns für Hausarbeit“ muteten diese Vorhaben und Reformen politisch kaum unterstützungswürdig an, zumindest, wenn man nach den Stellungnahmen des Münchner *Frauenforums* geht. Dies hing nicht nur damit zusammen, dass sich der Verein, der sich den „Umsturz des patriarchalen Wertsystems“ auf die Fahnen geschrieben hatte, hier ungewollterweise im Gleich-

²⁹² Beck-Gernsheim: Der geschlechtsspezifische Arbeitsmarkt, S. 171–175, die Zitate S. 174f.

²⁹³ Münch/Hornstein: Familien-, Jugend- und Altenpolitik, S. 644.

²⁹⁴ Vgl. dazu Kap. I.1.b.

²⁹⁵ Ökonomisch-politischer Orientierungsrahmen für die Jahre 1975–1985, in: Kunz/Maier/Stammen: Programme der politischen Parteien, Bd. 2, S. 399–402.

²⁹⁶ Grundsatzprogramm der CDU „Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit“, in: Kunz/Maier/Stammen: Programme der politischen Parteien, Bd. 1, S. 132f.

²⁹⁷ Vgl. Schulz: Soziale Sicherung, S. 142.

²⁹⁸ Münch/Hornstein: Familien-, Jugend- und Altenpolitik, S. 654–658.

klang mit staatstragenden Parteien befand. Die Münchner Gruppe sah im Mutterschaftsurlaubsgeld keine Entlohnung, sondern einen „Köder“, der in Zeiten des Geburtenrückgangs und der steigenden Arbeitslosigkeit die Geschlechterordnung festige, da er Frauen dazu bringen solle, mehr Kinder auf die Welt zu bringen, um die Arbeitsplätze den Männern zur Verfügung zu stellen.²⁹⁹

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Frage, wie mit der vorwiegend von Frauen unentgeltlich geleisteten Haus- und Erziehungsarbeit umzugehen sei, in den 1970er Jahren nicht nur in der Frauenbewegung, sondern auch in der Wissenschaft und in den großen Parteien für Furore sorgte. Die feministische Debatte um „Lohn für Hausarbeit“ thematisierte dabei die Schwächen eines Familienmodells, das auf dem Mann als Ernährer und der Frau als Hausfrau und Mutter beruhte, ebenso wie das Verhältnis von Familie und Beruf, das angesichts des rasanten gesellschaftlichen Wandels und dem Niedergang angestammter Rollenideale zunehmend aus den Fugen geraten war. Trotz des kurzzeitigen personell wie inhaltlich mobilisierenden Effekts dieser Diskussion gelang es der Frauenbewegung aber nicht, zu einer einheitlichen Position zu gelangen. Vor allem unterschiedliche biografische Hintergründe – allen voran das Alter und der familiäre Status – trugen dabei zu einer Spaltung der sozialen Bewegung bei.

Dass sich der „subversive Gehalt“³⁰⁰, den Befürworterinnen einem „Lohn für Hausarbeit“ für die Neuordnung der Gesellschaft zuschrieben, nicht entfaltete, hing allerdings nicht alleine mit der Heterogenität der Frauenbewegung zusammen. Vielmehr verlor das Themenfeld durch die gleichzeitige Behandlung in Wissenschaft und Politik seinen ursprünglich revolutionären Impetus. Zudem trug die Zurückhaltung, die feministische Frauengruppen aufgrund ihres fundamentaloppositionellen Selbstbilds gegenüber parteipolitischen Vorstößen übten, auch dazu bei, dass die Frauenbewegung die Leistung, die sie durch das Aufgreifen eines sozialen Brennpunkts erbracht hatte, nicht für sich vereinnahmen konnte, und die Forderung „Lohn für Hausarbeit“ deshalb an Dynamik verlor.

Trotzdem stellt die Debatte, wie das Wohl von Frauen, Männern und Kindern in der Familie unter einen Hut zu bringen sei, in der Bundesrepublik bis zum heutigen Tag einen gesellschaftspolitischen Dauerbrenner³⁰¹ dar. Diesem wurde mit der 2007 eingeführten „Elternzeit“ bzw. ihrer konkreten Ausgestaltung neuer Zündstoff geliefert. Zwar stellt mittlerweile die Vereinbarkeit von Familie und Beruf offenbar ein unumstößliches Credo dar, doch populistische Charakterisierungen von Elternzeit und Elterngeld als „Wickelvolontariat“ (für Männer) und „Herdprämie“ (für Frauen)³⁰², zeigen, dass die Gesellschaft und die Politik nach

²⁹⁹ Aus dem Frauenforum, in: Münchner Frauenzeitung vom April 1979.

³⁰⁰ Kontos: Von der Liebe, S.91–107, das Zitat S.104.

³⁰¹ Da in dieser Arbeit nicht ausführlich darauf eingegangen werden kann, wie sich die Konzepte von Mutter-, Vater- und Elternschaft in der bundesrepublikanischen Familienpolitik entwickelten, sei auf die grundlegende Studie von Kolbe: Elternschaft im Wohlfahrtsstaat, verwiesen.

³⁰² Der Begriff „Wickelvolontariat“ stammt aus dem Jahr 2006 und wird dem CSU-Politiker Peter Ramsauer zugeschrieben; der Begriff „Herdprämie“ wurde in die Debatte geworfen, als die CSU im gleichen Jahr ein Betreuungsgeld für Mütter vorschlug, die ihre Kleinkinder zuhause erziehen. Er wurde zum Unwort des Jahres 2007 gewählt. Vgl. z.B.: Jens Schneider: Streitpunkt „Elterngeld“. Gegen das „Wickelvolontariat“, in: Süddeutsche Zeitung vom 27. 4. 2006; Das Unwort des Jahres: „Herdprämie“, in: Süddeutsche Zeitung vom 15. 1. 2008.

wie vor noch keine unumstrittene Antwort darauf haben, wie eine gleichberechtigte Mutter-, Vater- und Elternschaft aussehen sollen.

c) „Wir haben auch die Verantwortung zu tragen, wenn wir uns nicht wehren“:
Der Kampf gegen Gewalt an Frauen

In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre erhob die westdeutsche Frauenbewegung das Thema „Gewalt an Frauen“ zum Skandalon. Damit machte sie einen Problemkreis sichtbar, der zu diesem Zeitpunkt in Politik und Gesellschaft noch kaum als solcher wahrgenommen wurde und zum Teil noch nicht einmal zu den rechtsfähigen Tatbeständen zählte. Die Kritik der Frauen betraf vor allem den häuslichen Missbrauch, war aber bei weitem nicht darauf beschränkt. Wichtige Impulse kamen aus dem Ausland, wo sich Initiativen für Betroffene einsetzten. In Großbritannien hatten sich Aktivistinnen bereits 1971 daran gemacht, Unterkünfte für Frauen und deren Kinder aufzubauen, die vor prügelnden Männern aus den Wohnungen flohen. Federführend war dabei die Aktivistin Erin Pizzey. Sie wies unter anderem auch als Sachbuchautorin auf das Elend misshandelter Ehefrauen hin. Ihr Buch „Scream Quietly or the Neighbours Will Hear“, das 1976 auf Deutsch erschien, beschrieb die Gründung des ersten Londoner Frauenhauses.³⁰³

Über konkrete Selbsthilfe-Projekte hinaus veranstaltete die Frauenbewegung (internationale) Treffen und Aktionen, durch die sie weibliche Gewalterfahrungen öffentlichkeitswirksam auf ihre politische Agenda setzte. Im März 1976 versammelten sich etwa 2000 Frauen aus rund 40 Ländern in Brüssel zu einem „Internationalen Tribunal“ und erhoben symbolisch Anklage gegen Gewalt, der Frauen qua Geschlecht ausgesetzt seien. Die Frauenbewegung stigmatisierte auf diese Weise Taten als Verbrechen, die sie als Ausdruck einer grenz- und kulturüberschreitenden patriarchalen Unterdrückung betrachtete. Die Anklage war ein Abbild der mannigfachen Gestalt der an Frauen verübten Gewalt. Zeuginnen berichteten in der belgischen Hauptstadt von ihren Leiden, die von Misshandlung und Vergewaltigung, Pornografie, Sex-Tourismus, Klitorisbeschneidung, Zwangssterilisation, Abtreibungsverbot, Ausbeutung und Minderbewertung der Arbeitskraft sowie Diskriminierung und Psychiatrisierung normabweichender Lebensweisen herrührten.³⁰⁴

Die feministische Auseinandersetzung mit Gewalt gegen Frauen wurde in der Bundesrepublik von den Medien aufgenommen, zumindest was die von Männern an Frauen meist im Nahbereich ausgeübte körperliche Gewalt anbelangte. So veröffentlichten die großen Wochenzeitungen *Der Spiegel*, *Die Zeit* oder *Stern* bereits zu Jahresanfang 1976 Reportagen und Umfragen über häusliche Gewalt und ihre weiblichen Opfer.³⁰⁵ Im April 1976 strahlte die ARD den Dokumentarfilm „Schreien nützt nichts“ aus, der Brutalität und Vergewaltigung in der Ehe anpran-

³⁰³ Pizzey: Schrei leise.

³⁰⁴ Vgl. Ergas: Feminismus, S. 579; Schäfer: Feministisches Engagement in der Zivilgesellschaft, S. 201–220, S. 208f.

³⁰⁵ Schrei leise, in: *Der Spiegel* vom 19.1.1976; Die Frau als Opfer der Männer, in: *Die Zeit* vom 27.2.1976; Mein Mann hat mich vergewaltigt, in: *Stern* vom 27.3.1976.

gerte.³⁰⁶ Tatsächlich handelte es sich im Falle der innerehelichen Gewalt bis in die 1990er Jahre hinein um einen blinden Fleck im bundesdeutschen Strafrecht. Zwar deutete sich ein Wandel an, als infolge der Reform von 1973 Vergewaltigung und sexuelle Nötigung nicht mehr als Straftatbestände „wider die Sittlichkeit“ galten, sondern zu Straftaten „gegen die sexuelle Selbstbestimmung“ erhoben wurden. Auf Ehefrauen jedoch ließ sich diese Regelung nicht anwenden, denn der Straftatbestand Vergewaltigung bezog sich nach wie vor ausschließlich auf den Geschlechtsverkehr außerhalb von Ehe und Partnerschaft.³⁰⁷

Für die Frauenbewegung waren häuslicher Missbrauch und Vergewaltigung nur der Gipfel eines permanenten Eingriffs in die körperliche und seelische Integrität von Frauen³⁰⁸, die auf die „Vorherrschaft des männlichen Geschlechts“ und der „männlichen Prinzipien“ zurückzuführen seien. Neben der direkten physischen Gewalt ging es Feministinnen auch um deren kulturelle Legitimation: um „die meist verschleierte Gewalt“ in Form der „Institutionen, Gesetze, Sitten“, die sich in einer von Männern und Männlichkeit geprägten Justiz oder im geltenden Regierungs- und Wirtschaftssystem ebenso niederschläge wie in Eheverträgen, der Norm der Heterosexualität oder einer geschlechtsspezifischen Erziehung. Dieser „bis ins letzte Detail durchorganisierten Gegengewalt“, schrieb Susanne Kahn-Ackermann im Frauenjahrbuch 1976, könnten Frauen und die Frauenbewegung nur schwer beikommen. Dennoch formulierte die Münchner Bewegungsaktivistin eine Kampfansage: „Wir haben auch die Verantwortung zu tragen, wenn wir uns nicht wehren.“³⁰⁹

Obwohl das feministische Anti-Gewalt-Engagement eine internationale Erscheinung war, aus der viele Aktionen einen Gutteil ihrer Ideen und ihrer Kraft bezogen, spielte sich der Protest in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre vorwiegend vor Ort ab, wo sich meist aus aktuellem Anlass entsprechende Gruppen bildeten. In München lässt sich für diese Zeit das Aufbegehren gegen Gewalt an Frauen anhand dreier Beispiele nachzeichnen: der Kritik an den Medien, die ein sexualisiertes, unterwürfiges Frauenbild widerspiegeln, der Skandalisierung von Vergewaltigung und des Einsatzes für misshandelte Frauen und deren Kinder.³¹⁰

Im Juli 1978 löste eine Artikelserie der *Abendzeitung* unter Münchner Feministinnen große Empörung aus. Das Blatt nahm sich unter dem Titel „Himmel und Hölle der Erotik“³¹¹ verschiedener vermeintlich exotischer Beziehungs- und

³⁰⁶ Schreien nützt nichts – Brutalität in der Ehe (WDR 1976), Erstaussstrahlung am 27.4.1976. Autorin der Dokumentation war Sarah Haffner, die 1939 in England als Tochter Sebastian Haffners geboren wurde. Als Motivation für den Film führte Haffner an, dass sie sich als Frau „anders“ fühle und sich deshalb „einmischen“ müsse. Vgl. dazu: Viola Roggenkamp: Realistin ganz in Blau, in: Die Zeit vom 29.1.1993.

³⁰⁷ Es handelte sich dabei um die Neufassung der §§177 und 178 StGB; vgl. ausführlicher: Busch: Strafrechtsreform, S.111f.; Lenz: Neue Frauenbewegung, S.284.

³⁰⁸ Mit dieser Definition arbeitet die Frauenhaus-Aktivistin und Soziologin Hagemann-White: Strategien gegen Gewalt.

³⁰⁹ Susanne Kahn-Ackermann: Verschiedene Ebenen von Gewalt, in: Jahrbuchgruppe des Münchner Frauenzentrums (Hrsg.): Frauenjahrbuch '76, München 1976, S.179–186, die Zitate S.179ff.

³¹⁰ Der feministische Protest gegen drei Gewaltformen entspricht auch der Kategorisierung bei: Lenz: Neue Frauenbewegung, S.283.

³¹¹ Zur Artikelserie erschienen: Für eine Vergewaltigung geht Kayta meilenweit, in: *Abendzeitung* vom 3.7.1978; Erst 4000 Narben machen die Frau so richtig sexy, in: *Abendzeitung* vom 6.7.1978.

Sexualpraktiken afrikanischer Völker an und tat dies in den Augen der Betrachterinnen in einer sensationsheischenden Machart, die Frauenverachtung und Gewalt legitimiere und Männer zu Sadismus gegenüber Frauen aufrufe. Um einer solchen Berichterstattung etwas entgegenzusetzen, verfassten Frauen aus dem Frauenzentrum einen Beschwerdebrief.³¹² Diesen übergaben sie an die verantwortliche Redaktion, nachdem sie vor dem AZ-Gebäude in der Sendlinger Straße in einer größeren Gruppe aufmarschiert waren. Unterstützung fanden die Frauen dabei nicht nur in der Bewegung, sondern auf breiterer Basis, denn es beteiligten sich, so berichtete die Münchner *Frauen-Info* nicht ohne Stolz, Frauen „aus dem Forum, eines Arbeitskreises Dritte Welt, der Humanistischen Union, einer TU-Gruppe und sogar einige Gewerkschafterinnen“.³¹³

Vorbild dieses Unternehmens war die Klage, die das feministische Magazin *Emma* zusammen mit zehn prominenten Frauen wie der Schauspielerinnen Inge Meysel zeitgleich gegen den *Stern* anstrebte. Die Klägerinnen zogen damit gegen die Darstellung von Frauen, wie sie die Illustrierte vor allem auf ihren Titelseiten pflegte, zu Felde und brandmarkten die Abbildung von leichtbekleideten, aufreizend in Szene gesetzten Frauen als würdelos und für die gesamte weibliche Bevölkerung ehrverletzend. Auch wenn die Klage letztendlich abgewiesen wurde, weil die Richter Frauen als soziale Gruppe nicht als „beleidigungsfähiges Kollektiv“ einstufen³¹⁴, handelte es sich bei dieser wie auch der Münchner Kampagne um Initiativen, die gegenüber Sexismus, Jugendgefährdung und Rassismus sensibilisierten. Die Frauenbewegung reagierte dabei auf den grundlegenden gesellschaftlichen Wandel, allem voran die wachsende sexuelle Freizügigkeit, die sie nicht grenzenlos ausgeweitet sehen wollte, schon gar nicht im Hinblick auf das weibliche Geschlecht. In der Begründung entpuppte sich die Frauenbewegung aber gleichzeitig als Kind der allgemeinen Veränderungen. Denn ihr ging es nicht um die Verletzung irgendwelcher althergebrachter und tradierten Moral- und Sittlichkeitsvorstellungen. Vielmehr bezogen sich die Aktivistinnen auf das Grundgesetz, das die Würde und Selbstbestimmung des Menschen sowie die Gleichberechtigung der Geschlechter garantiert.³¹⁵

³¹² Der Beschwerdebrief ist abgedruckt in dem Artikel: Frauenfeindlich, in: *Frauen-Info* vom August 1978.

³¹³ Abendzeitung: Frauenfeindlich, in: *Frauen-Info* vom August 1978.

³¹⁴ Zum Hintergrund: Da Frauen aus dem Umkreis der Zeitschrift *Emma* etliche Titelseiten des Magazins *Stern* frauenverachtend empfanden, appellierten sie im Juni 1978 an den Deutschen Presserat, dem Magazin eine Rüge zu erteilen. Zeitgleich erhoben sie auf der Grundlage von § 823 BGB (Ehrverletzung) und Art. 1 GG (Menschenwürde) Klage gegen das Magazin bzw. das Verlagshaus Gruner & Jahr und Henri Nannen. Allerdings wies das Hamburger Landgericht die Klage ab und begründete dies hauptsächlich damit, dass es sich bei Frauen nicht um eine „hinreichend homogene Gruppe“ handle, die als „kollektiv beleidigungsfähig“ erachtet werden könne. Obwohl die Richter ihr „volles Verständnis“ für das Anliegen der Klägerinnen aussprachen, sahen sie in der Darstellung von Frauen in den Medien eine Frage des Geschmacks, die sich einem gerichtlichen Verbot entziehe. Wenig später wies der Deutsche Presserat den Antrag der Frauen auf eine Rüge des *Sterns* als unbegründet zurück. Vgl. dazu u. a.: *Stern* erniedrigt Frauen. Wir klagen an!, in: *Emma* vom Juli 1978, S. 13; Frauen kämpfen um ihre Menschenwürde, in: *Emma* vom August 1978; Das Urteil und seine Folgen, in: *Emma* vom September 1978; Alice Schwarzer: Warnung vor dem Xanthippismus, in: *Emma* vom November 1978.

³¹⁵ Vgl. die Begründung im Beschwerdebrief an die Abendzeitung, der abgedruckt ist in: *Abendzeitung*: Frauenfeindlich, in: *Frauen-Info* vom August 1978.

Die Frauenbewegung schöpfte bei ihrem Protest gegen Frauenfeindlichkeit in den Medien Partizipationsmöglichkeiten aus, die ihr die Ordnung der Bundesrepublik für Streitfälle in diesem Bereich offerierte: Neben der Beschwerde beim Deutschen Presserat und dem Weg über die Staatsanwaltschaft, wie sie die Frauen von *Emma* wählten, spielten dabei auch die Medien selbst als Forum widerstreitender Meinungen eine wichtige Rolle.³¹⁶ So nahmen die Münchner Feministinnen wohlwollend zur Kenntnis³¹⁷, dass über ihren Protest gegen die *Abendzeitung* nicht nur in der lokalen Bewegungspresse wie der Münchner *Frauen-Info* berichtet wurde, sondern dass sich auch überregionale Zeitungen wie die *Süddeutsche Zeitung*³¹⁸ zeitgleich mit der Frage beschäftigten, wie viel „Schamgefühl“ die Medien nötig haben, und dabei tendenziell im Sinne der Frauenbewegung argumentierten. Zeitungen und Zeitschriften waren also nicht nur Angriffsziel der Frauenbewegung. Selbst die in Sachen Sexismus im Kreuzfeuer der Kritik stehenden Blätter wie der *Stern* oder die *Abendzeitung* dienten in anderen Fragen der Ventilation feministischer Ideen, etwa im Falle der 1971 vom *Stern* lancierten Selbstbeziehungsaktion zu § 218 StGB oder des von der *Abendzeitung* dezidiert unterstützten autonomen Frauenhauses in München, auf das noch einzugehen ist.

Welche Reichweite feministische Anti-Sexismus-Kampagnen hatten, ist allerdings schwer abzuschätzen. Im Münchner Beispiel handelte es sich um ein punktuellere Ereignis, bei dem es trotz anderslautender Absichten nach der jetzigen Quellenlage keine weiteren Vorstöße aus der Frauenbewegung gab, was vermutlich auch damit zusammenhing, dass dem feministischen Magazin *Emma* mit seinem gleichgelagerten Anliegen kein Erfolg beschert war. Doch obwohl sich – abgesehen von der Übergabe des Beschwerdebriefs – keine direkte Interaktion zwischen der Münchner Frauenbewegung und der *Abendzeitung* feststellen lässt, ist der Fortgang der Ereignisse bemerkenswert und vermutlich nicht allein durch die Schnelllebigkeit des Journalismus zu erklären. Vielmehr scheinen die Münchnerinnen 1978 mit ihrer Position die Zeitungsmacher zum Nachdenken gebracht zu haben.

Auch wenn die *Abendzeitung* nicht unmittelbar auf ihre Kritikerinnen reagierte oder gar Stellungnahmen aus deren Feder abdruckte, stellten die Frauen im Nachgang zu ihrer Aktion gegen die Erotik-Serie fest, dass auf die beiden bereits erschienenen Artikel kein weiterer folgte und auch dazugehörige Werbepлакate aus der Öffentlichkeit verschwanden.³¹⁹ Einige Monate später meldete die *Münchner Frauenzeitung* ihren Leserinnen, dass der Protest gegen den Boulevardjournalismus vor Ort Früchte getragen habe. Die Berichterstatteerin kam zu diesem Schluss, nachdem sie in einem Rundbrief an die Mitglieder der *Deutschen Journalisten Union* gelesen hatte, dass sich *Abendzeitung* und *tz* darauf geeinigt hätten, auf eine bestimmte Marketingstrategie zur Auflagensteigerung zu verzichten und in Zukunft „keine scharfen Sex-Serien“ mehr abzudrucken.³²⁰

³¹⁶ Ebd.

³¹⁷ Ebd.

³¹⁸ Z. B. Elisabeth Bauschmid: Die leichtgeschürzte Frau, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 2.8.1978.

³¹⁹ *Abendzeitung*: Frauenfeindlich, in: *Frauen-Info* vom August 1978; gleichlautend: Annelie Runge: AZ-Paradies erregt Frauenprotest, in: *Emma* vom September 1978.

³²⁰ AZ und TZ verzichten auf „scharfe Sex-Serien“, in: *Münchner Frauenzeitung* vom April 1979.

Die Frauenbewegung war damit immerhin eine von mehreren Akteurinnen und Akteuren, die sich mit der Frage der medialen Darstellung von Frauen und des journalistischen Niveaus auseinandersetzten, und dabei eine Präsenz zeigte, die von ihrer Umgebung – bisweilen nolens volens – zur Kenntnis genommen wurde. Allerdings bedeuteten Etappensiege nicht, dass dieser Diskurs ein für alle Mal zu einem Ende gekommen wäre. Ganz im Gegenteil: Schon ein kurzer Blick in die Zeitschrift *Emma* genügt, um festzustellen, dass die feministische Kritik an Sexismus in Presse, Funk und Fernsehen bis heute nicht verstummt ist.³²¹

Während die Frauenbewegung ihre Antworten auf Frauenfeindlichkeit in den Medien in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre vor allem mit Hilfe gemäßigter Partizipationsformen formulierte, spielte sich die Skandalisierung der Vergewaltigung bei weitem lautstärker und expressiver auf der Straße ab. Diese Beobachtung kann im Falle Münchens auch darauf zurückgeführt werden, dass die Frauenbewegung hier das Thema erstmals im Protestmilieu der sogenannten undogmatischen Linken artikulierte und von dieser Umgebung im Hinblick auf die Wahrnehmung einer allgegenwärtigen Unterdrückung, der Kampf-Rhetorik und der Hoffnung auf einen wehrhaften Widerstand geprägt war.

Im März 1976 luden Münchner linksalternative Gruppen wie der *Trikont-Verlag*, das Theater-Kollektiv *Rote Rübe* oder der Rechtsbeistand *Rote Hilfe*, die sich als Teil bzw. Nachhut der Außerparlamentarischen Opposition verstanden, zu einer Veranstaltung ein, die unter dem Titel „Unterdrückung und Widerstand in der BRD“ einem als gewalttätig empfundenen Obrigkeitsstaat Paroli bieten sollte. Dabei wurde unter anderem mit einem Sexualaufklärungstheaterstück, Protestgesängen oder Berichten über politische Revolutionäre zum Kampf gegen „herrschende Verhältnisse“ aufgerufen. Das Streben nach organisiertem Widerstand schloss dabei auch ein gewisses Wohlwollen gegenüber dem „bewaffneten Kampf“ nicht aus, denn neben Filmen über Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt konnten die rund 2000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch eine Lesung aus dem Buch „Wie alles anfang“ besuchen. In dieser Schrift schilderte Michael „Bommi“ Baumann, der zu diesem Zeitpunkt als ehemaliges Mitglied der *Bewegung 2. Juni* polizeilich gesucht wurde, seine Hinwendung zur „Stadtguerilla“, wobei er allerdings auch darauf einging, warum er sich von entsprechenden Gruppen wieder distanzierte. Das Buch, das 1975 bei *Trikont* in München erschienen und aufgrund eines vermuteten Aufrufs zur Gewalt von der Polizei beschlagnahmt worden war, wurde fortan illegal vertrieben³²² – mit ein Grund dafür, dass die Münchner Veranstaltung, die bereits vorab mit der Lesung warb, unter Verdacht auf Linksextremismus stand und vom bayerischen Verfassungsschutz überwacht wurde.³²³

³²¹ Man denke dabei z. B. an die Rubrik „Pascha des Monats“.

³²² Die erste Ausgabe: Bommi Baumann: *Wie alles anfang*, München 1975. Dieses Buch wurde am 24. 11. 75 beschlagnahmt und trotz des Verbotes von folgenden Personen und Verlagen neu herausgegeben: Wolfgang Abendroth (u. a.), Frankfurt am Main 1977.

³²³ BayHStA, MInn 97862: Bericht des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz an das Bayerische Staatsministerium des Innern über die Veranstaltung „Unterdrückung und Widerstand in der Bundesrepublik“ am 20. 3. 1976 in München vom 25. 3. 1976 (als Anlage: Flugblatt mit Programm, Broschüre „Extra-Blatt“, in dem die Veranstalter die Programmpunkte zusammenfassen); Bericht des Bayerischen Staatsministeriums des Innern an die Bayerische

Das Münchner Frauenzentrum entschied sich, als Mitorganisatorin dieses Kongresses aufzutreten – allerdings dezidiert mit einem eigenständigen Beitrag, der sich von den übrigen Beteiligten deutlich distanzierte, da er die „staatliche Repression und Verfolgung“ anders deutete. Die Frauen aus dem Zentrum argumentierten, dass Unterdrückung durch Staat und Gesellschaft „unter ganz anderen Gesichtspunkten“ beschrieben werden müsse und nicht durch den Widerstand gegen „Berufsverbote“, die „allgemeine Verschärfung der politischen Situation“ oder die „Perfektionierung des Polizeiapparates“ zu lösen sei, wovon sich andere Gruppen unmittelbar bedroht fühlten. In der festen Überzeugung, dass Frauen „permanent Repression“ ausgesetzt seien, machte es sich das Frauenzentrum zur Aufgabe „die alltägliche Gewalt an allen Punkten anzugreifen“, und verlangte dabei nach einer spezifisch weiblichen „Gegengewalt“: Es wollte eine „Richtung unseres Kampfes als Frauen“ bestimmen, indem es „eigene Kampfformen“ ankündigte und dabei auch zur „Gewalt gegen unsere Vergewaltiger“ aufrief.³²⁴

Bei der Gruppe *Gewalt gegen Frauen*, die sich seit Anfang 1976 im Frauenzentrum traf, ist die angekündigte Radikalität zumindest im Sprachgebrauch deutlich spürbar: Zwar wollte sie vergewaltigten Frauen helfen, indem sie sie zu Ärzten und Behörden begleitete, Kontakte zu Rechtsanwältinnen und Gesprächs-Gruppen herstellte und Prozesse besuchte. Allerdings ging es den etwa sechs bis acht dauerhaften Mitgliedern³²⁵ dieses Zusammenschlusses nicht allein um Selbsthilfe, sondern auch um gezielte Öffentlichkeitsarbeit, die darauf aufmerksam machen sollte, dass Frauen immer und überall der Gefahr einer Vergewaltigung ausgesetzt seien: „Jeder Mann“ und gerade „der Ehemann, Vater und auch der Bruder“ müssten als „potentielle Vergewaltiger“ angesehen werden. Deshalb reiche „massiver Druck auf die Institutionen der Männerjustiz und die Medien“ nicht aus. Vielmehr müssten Frauen eine „Bedrohung“ aufbauen, „damit Männer es nicht mehr wagen, ungestraft Frauen zu vergewaltigen“.³²⁶ Neben Kursen zur Selbstverteidigung³²⁷, die das Frauenzentrum Interessentinnen zu ihrem individuellen Schutz anbot, setzte sich die Gewalt-Gruppe auf dem Nationalen Frauenkongress, der im März 1977 in München tagte, für ein gemeinsames Vorgehen der Frauenbewegung ein. Eine Arbeitsgruppe arbeitete daraufhin Ideen für eine Demonstration aus, zu der die Frauenbewegung schließlich bundesweit aufrief.³²⁸

Staatskanzlei über die Veranstaltung „Unterdrückung und Widerstand in der Bundesrepublik“ am 20.3.1976 in München vom 6.4.1976.

³²⁴ Frauenzentrum München: Frauen. Wir haben immer Berufsverbot, in: Extra-Blatt „Unterdrückung+Widerstand in der B.R.D.“ [1976], überliefert z.B. in: Archiv 451 oder BayHStA, MInn 97862.

³²⁵ Die Gruppe berichtet, dass sie anfänglich aus 14 Frauen bestand, sich aber dann verkleinert habe. In Artikeln der Frauenzeitung zu „Gewalt an Frauen“ finden sich zwischen sechs und acht Unterzeichnerinnen. Z.B. FrauenMediaTurm, FE.03.045: Frauenzentrum München: Selbstdarstellung, München 1978, S.21; Frauendemo... Nachträgliches, in: Frauen-Info vom Juni 1978.

³²⁶ FrauenMediaTurm, FE.03.045: Frauenzentrum München: Selbstdarstellung, München 1978, S.22.

³²⁷ Ebd., S.29; Angeboten wurde Wen-Do, eine Methode zur Selbstbehauptung und Selbstverteidigung, die eigens für Frauen und Mädchen im Kontext der feministischen Bewegung entwickelt worden war. Vgl. dazu Selbstverteidigung, in: Frauen-Info vom September 1978.

³²⁸ FrauenMediaTurm, FE.03.045: Frauenzentrum München: Selbstdarstellung, München 1978, S.22.

Am 30. April 1977 fanden in der Bundesrepublik die ersten, nach dem gewählten Datum benannten Walpurgisnacht-Demonstrationen statt, die Feministinnen fortan jährlich in vielen größeren Städten organisierten. Wie auf dem Münchner Frauenkongress vereinbart, sollten Frauen damit zumindest für eine Nacht im Jahr selbstbewusst und offensiv die Straßen erobern. Unter dem Motto „Wir holen uns die Nacht zurück“ protestierten Frauen nach Einbruch der Dunkelheit mit weiß bemalten Gesichtern oder als Hexen verkleidet mit Fackeln in den Händen³²⁹ gegen die Gefahr der Vergewaltigung, die sie nicht nur im Akt selbst, sondern auch im „Anquatschen“ und „Nachpfeifen“ oder der „Tortur bei der Polizei“ und der „Männerjustiz“ erblickten. Angesichts dieser Bedrängnis hatten sich manche Frauen bereits auf dem Münchner Kongress auch für die „direkte Aktion“ ausgesprochen, wohl wissend, dass sie sich dabei gegebenenfalls auch Anzeigen wegen Sachbeschädigung, eines nicht genehmigten „Auflaufs“ oder Verleumdung einhandeln konnten, etwa durch das Anbringen von Aufklebern mit der Aufschrift „Ich bin ein Vergewaltiger“, Go-ins bei Zeitungen und Sex-Shops oder das Fotografieren von Männern auf dem Straßenstrich. Manche Feministinnen hielten eine solche „organisierte Wut“ und das Handeln im Affekt für angebracht, um der Umwelt zu zeigen, wie wehrhaft Frauen seien.³³⁰

Zwar kam es bei den Walpurgisnacht-Demonstrationen, die in München in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre stattfanden, zu keinen Ausschreitungen. Trotzdem wurde der nächtliche Protest von Anfang an von Polizei und Verfassungsschutz beobachtet. In ihren Berichten an das Bayerische Innenministerium lassen sich für diese Vorsichtsmaßnahme zwei Begründungen rekonstruieren: Zum einen wurde das Münchner Frauenzentrum von den Sicherheitsorganen spätestens seit der Veranstaltung „Unterdrückung und Widerstand in der BRD“ als Teil der undogmatischen Linken wahrgenommen³³¹ und geriet damit in Verdacht, mit anarchistischen oder terroristischen Gruppen zumindest zu sympathisieren. Zum zweiten bat die Polizei in Frankfurt 1978 andere Städte um Lageberichte, nachdem es auf der Walpurgisnacht-Demonstration an der Metropole am Main zu „zahlreichen strafbaren Handlungen“ gekommen war und man deshalb erwog, die Veranstaltung im darauf folgenden Jahr zu verbieten.³³² So weit gingen die Behörden letztendlich allerdings nicht. In den Berichten des Bayerischen Verfassungsschutzes war ohnehin lediglich von etwa 400 bis 500 „Frauen und Mädchen“ die Rede, die sich an den Walpurgisnacht-Demonstrationen in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre in München beteiligten. Mit Ausnahme der Überwachung durch den Verfassungsschutz wurden dabei die bei Demonstra-

³²⁹ FrauenMediaTurm, FT.02.164 und FT.02.164: Fotos zur Walpurgisnacht-Demonstration in München am 30. 4. 1977.

³³⁰ Privatarhiv Lillemor's Frauenbuchladen: Frauenzentrum München (Red.): Extrajournal. Nationaler Frauenkongress am 5.-6.3.77 in München: Referate, Protokolle, Informationen, München 1977, zur Diskussion einer Demonstration gegen Vergewaltigung v. a. S. 12f.

³³¹ BayHStA, MInn 97862: Bericht des bayerischen Verfassungsschutzes zum Aufzug „Protest gegen die zunehmende Gewalt gegen Frauen“ am 30. 4. 1977 in München.

³³² BayHStA, MInn 97862: Anfrage des Polizeipräsidiums Frankfurt am Main/Landeskriminalamt Wiesbaden an alle Landeskriminalämter betreffend „Frauendemonstration am 30. 4. 1978 in Frankfurt“ vom 9. 5. 1978.

tionen üblichen „erforderlichen Sicherheits- und ordnungspolizeilichen Maßnahmen“³³³ ergriffen.

Die Fackelzüge, Sprechchöre mit Parolen wie „Ausgangssperre bei Dunkelheit ist das Los der Weiblichkeit“, Transparente und Flugblätter gaben den Ordnungshütern auch keinen Grund zur Beanstandung. In den Verfassungsschutzberichten schlugen sich nur 1978 einzelne Zwischenfälle nieder: So wurde ein unbeteiligter Passant von einer Fackel verletzt. Außerdem fanden Polizisten „10 Objekte und ein Polizeifahrzeug“ mit einem „Anarcho-Symbol“ besprüht vor, das „mit einem nach unten gerichteten Kreuz“ versehen war.³³⁴ Offensichtlich hatte sich die Wut der Frauen in Grenzen gehalten. Nicht von der Hand zu weisen ist allerdings, dass der weibliche Protest den Staat in Zeiten des „Heißen Herbstes“ in Alarmbereitschaft versetzte, die sich freilich im Nachhinein als unnötig herausstellte. Das Auftreten der Frauen, das dazu führen sollte, Vergewaltigung zu skandalisieren, schien den Beamten dennoch äußerst befremdlich. Nicht nur, dass sie das Frauenzeichen als ein anarchistisches Verständigungssymbol einstufen. Dem zuständigen Bearbeiter im bayerischen Innenministerium, der den Verfassungsschutzbericht 1978 zur Kenntnis nahm, ging die Form des Protests schlicht zu weit. Er hatte nur einen Kommentar zu den Geschehnissen übrig, den er am Rand des Dokuments vermerkte: „Wilde Weiber“.³³⁵

Während die nächtlichen Aufzüge so manchen Zeitgenossen verunsicherten, waren die Demonstrantinnen auf das Selbstbewusstsein stolz, mit dem sie ihrer Umgebung auf dramatische Art und Weise vorführten, dass Frauen nicht zu duldbaren und vielleicht sogar noch als mitschuldig abgestempelten Opfern einer Vergewaltigung werden wollten. „Singend, schreiend, tanzend“, so hielten Teilnehmerinnen der Walpurgisnacht-Demonstration von 1978 in der *Münchner Frauenzeitung* fest, seien sie durch die Straßen gezogen und hätten ihre Position durch „bestimmtes (auch aggressives!) Auftreten nach außen“ kundgetan. Als einige Demonstrantinnen von Männern, die am Straßenrand standen, Beleidigungen hörten, hätten sie im Chor „Wir sind stark, wir schlagen zurück!“ skandiert, doch fast etwas kleinlaut hieß es weiter: „Aber ansonsten geschah nichts.“ Allerdings erwähnte der Erfahrungsbericht noch, dass immerhin eine Frau, die von männlichen Passanten „angemacht“ worden sei, „diesen Typen das Gesicht voll mit Kleister“ geklatscht habe.³³⁶

Frauen verhielten sich auf den Walpurgisnacht-Demonstrationen also keineswegs so, wie man das von Damen erwartete. Sie legten Eigenschaften, die dem weiblichen Geschlecht gemeinhin zugeschrieben werden, absichtlich ad acta und stellten Kampfbereitschaft und Wehrhaftigkeit bewusst zur Schau. Mittlerweile war es selbstverständlicher geworden, dass Frauen für ihre politischen Anliegen auf die Straße gingen und sich – wenn auch nicht zu jedermanns Wohlgefallen – nicht entsprechend bestimmter Rollenbilder verhielten. Während zu „68er“-Ze-

³³³ BayHStA, MInn 97862: Bericht des bayerischen Verfassungsschutzes zum Aufzug „Protest gegen die zunehmende Gewalt gegen Frauen“ am 30.4.1977 in München.

³³⁴ BayHStA, MInn 97862: Bericht des bayerischen Verfassungsschutzes zum Fackelzug des Vereins Münchner Frauen e.V. am 29.4.1978 in München.

³³⁵ Ebd.

³³⁶ Frauendemo..., in: Münchner Frauenzeitung vom Juni 1978.

ten das Engagement von Frauen (und Kindern) bei Protestmärschen die Polizei noch gänzlich überforderte und die Frauen der *Aktion 218* die Gestaltungsspielräume, die ein solcher Aufzug haben konnte, erst nach und nach ausnutzten, erinnerte sich eine Teilnehmerin an der Walpurgisnacht-Demonstration im Jahr 1979 genüsslich daran, wie viel Spaß es gemacht habe, „dass dieser Staat seinen Anspruch auf ‚demokratische Willensäußerung des Volkes‘ einlösen *muss*, dass die Bullen uns die Straßen freimachen *müssen*, nebenherlaufen müssen neben dem schreienden, ohrenbetäubend kreischenden Haufen von Frauen“.³³⁷

Die Walpurgisnacht-Demonstrationen sind bisher nicht Gegenstand der Forschung geworden. Dies hängt auch damit zusammen, dass sich die Auswirkungen der feministischen Auseinandersetzung mit Gewalt auf Politik und Recht „nicht empirisch exakt ermitteln“³³⁸ lassen. Trotzdem kann festgehalten werden, dass Feministinnen auch mit einem provokanten Demonstrationsstil dazu beigetragen haben, dass die an Frauen verübte Gewalt bekannt und geächtet wurde, zum Beispiel, wenn der Walpurgisnacht-Protest „ab und an betretene Gesichter“ am Straßenrand zurückgelassen habe, wie Münchner Demonstrationsteilnehmerinnen berichteten.³³⁹ Der Soziologin Reinhild Schäfer zufolge bestand die Leistung der Frauenbewegung in diesem Zusammenhang darin, einem bislang kaum beachteten Problem einen Platz „auch im öffentlichen Bewusstsein“ zu schaffen.³⁴⁰ Die Frauenbewegung der 1970er Jahre hat nicht unwesentlich dazu beigetragen, dass der Missstand der Gewalt an Frauen erkannt und verurteilt wurde.

Als Akteurinnen nennt Reinhild Schäfer dabei vor allem die ab 1977 von Feministinnen ins Leben gerufenen Notrufzentralen – deren Münchner Vertreterin in der *Abendzeitung* aber erst im Oktober 1981 angekündigt und offiziell 1982 im Programm des Frauenzentrums aufgenommen wurde³⁴¹ –, Frauenhäuser oder feministisch orientierte Rechtsanwältinnen, die im Sinne vergewaltigter Frauen gearbeitet haben.³⁴² Insgesamt kann in den von der Frauenbewegung angestoßenen Frauenhäusern sowie den Beratungsstellen für vergewaltigte Frauen ein „Projekt der Demokratisierung der Geschlechterverhältnisse“ gesehen werden.³⁴³ Reinhild Schäfer, auf die diese Interpretation zurückgeht, begründet dies damit, dass diese Unternehmungen kontinuierlich Selbsthilfe und Öffentlichkeitsarbeit geleistet hätten, die klar Partei für betroffene Frauen ergriffen und sich für eine Verbesserung ihrer Position bei Polizei und Justiz einsetzten. Allerdings, so ist an dieser Stelle einzuwenden, waren Frauengruppen, die ihren Ursprung in den 1970er Jahren hatten, bei weitem nicht die einzigen Akteurinnen, die sich um Hilfs- und Lösungsmöglichkeiten für das Problem der Gewalt an Frauen bemühten. Dies zeigt auch der Einsatz für eine Zufluchtsstätte für misshandelte Frauen und deren Kinder in München.

³³⁷ Zur Walpurgisnachtdemo, in: Münchner Frauenzeitung vom Juni 1979.

³³⁸ Schäfer: *Feministisches Engagement*, S. 202.

³³⁹ Frauen – solch eine Demo geht nicht!, in: *Frauen-Info* vom Juni 1978.

³⁴⁰ Vgl. Schäfer: *Feministisches Engagement*, S. 214f., das Zitat S. 215.

³⁴¹ Elke Dietrich: *Vergewaltigt! Frauen helfen Frauen am Telefon*, in: *Abendzeitung* vom 3./4. 10. 1981; *FrauenMediaTurm*, Broschüre: frauen gehen zu frauen: Frauenprojekte in München, München 1982, o. S.

³⁴² Vgl. Schäfer: *Feministisches Engagement*, S. 214f.

³⁴³ Ebd.

In der Gruppe *Gewalt gegen Frauen*, die sich seit Jahresanfang 1976 regelmäßig im Münchner Frauenzentrum traf, erhielt der Aufbau eines solchen Ortes in der bayerischen Hauptstadt oberste Priorität.³⁴⁴ Dem Zusammenschluss, der nach eigenen Angaben aus „Hausfrauen, berufstätigen Frauen und Studentinnen“ bestand und sich dezidiert der autonomen Frauenbewegung zurechnete, schien Selbsthilfe aus mehrfacher Hinsicht geboten. Zu „Selbstbetroffenheit und theoretischen Überlegungen“, wie es in einem frühen Konzept für ein sogenanntes Frauenhaus hieß³⁴⁵, kam die emotionale Betroffenheit, die die Aktivistinnen im Frühjahr 1976 durch das Brüsseler Tribunal und den Film „Schreien nützt nichts“ erlebten.³⁴⁶ Durch die Thematisierung und Medialisierung des Problems des häuslichen Missbrauchs wurde offensichtlich ein Tabu gebrochen. Die Gruppe *Gewalt gegen Frauen* erklärte nämlich, dass insbesondere nach der Ausstrahlung der Dokumentation „viele Anrufe“ das Frauenzentrum erreichten: „von misshandelten Frauen, aber auch von Ärzten, Rundfunk, Zeitungen“. Eine „Soforthilfe“ war somit „brennend“ geworden, zumal es in München bis dato keine zuständige Stelle gab, an der eine vor ihrem gewalttätigen Partner geflohene Frau nachhaltige Hilfe gefunden hätte.³⁴⁷

Allerdings war die Umsetzung der Projektidee alles andere als einfach. Die Gruppe, die bald unter dem Namen *Aktion Frauenhaus* auftrat, bestand nur aus einer Handvoll dauerhaft engagierter Mitglieder – einer Psychologin, einer Buchhändlerin, einer Übersetzerin, einer Architektin, einer Physikerin, zweier angehende Sozialpädagoginnen und einer Lehrerin³⁴⁸ –, denen es an einer geeigneten Wohnung und vor allem an Geld mangelte. Sie wandten sich deshalb an die Stadt München. Diese stellte daraufhin sechs leerstehende Appartements in einem städtischen Wohnheim bereit, in denen Opfer häuslichen Missbrauchs untergebracht wurden. Obwohl die Kommune mit diesem Schritt zeigte, dass sie ebenso wie die Frauen aus dem Frauenzentrum unmittelbaren Handlungsbedarf sah, fühlte sich die *Aktion Frauenhaus*, so meldete die *Abendzeitung*, „abgespeist“ und forderte von der Stadt größere und umfassender angelegte Maßnahmen.³⁴⁹

Die Ungeduld und die hohe Einsatzbereitschaft der Aktivistinnen waren letztlich aber nicht mit dem ersehnten Erfolg gekrönt. Zwar verlieh die Kampagne seit Mai 1976 den Problemen geschlagener Frauen in München öffentliche Präsenz und warb für den Aufbau eines Frauenhauses, den es gleichzeitig auf eigene Kosten, in einer privat angemieteten Wohnung und unter ausschließlich persönlichem Engagement in Angriff nahm. Neben Infoständen in der Fußgängerzone, Flugblattaktionen und der Sammlung von Unterschriften, mit denen auf die Notwendigkeit einer solchen Stätte aufmerksam gemacht wurde, hielt die *Aktion Frauen-*

³⁴⁴ Aktion Frauenhaus, in: Jahrbuchgruppe des Münchner Frauenzentrums (Hrsg.): Frauenjahrbuch '76, München 1976, S. 187ff.

³⁴⁵ IfZ-Archiv, ED 898/329: Aktion Frauenhaus München: Die Notwendigkeit unseres Frauenhauses [Frühjahr 1976].

³⁴⁶ FrauenMediaTurm, FE.03.045: Frauenzentrum München: Selbstdarstellung, München 1978.

³⁴⁷ IfZ-Archiv, ED 898/329: Aktion Frauenhaus München: Die Notwendigkeit unseres Frauenhauses [Frühjahr 1976].

³⁴⁸ FFBIZ Berlin, A Rep. 400/BRD 20.22.5 Frauenhaus München 1976–1989: Maria Rosenkranz: Frauenhäuser: Bin ich denn nur seine Sklavin?, in: Evangelischer Digest vom Oktober 1978.

³⁴⁹ Ingeborg Münzing: „Wir lassen uns nicht abspeisen!“, in: *Abendzeitung* vom 18./19. 9. 1976.

haus auch weiterhin mit dem Münchner Sozialreferat Kontakt – mit dem Ziel, dass die von ihr gerade initiierte Einrichtung mit kommunalen Mitteln ausgestattet werden würde. Dazu war die Stadt allerdings nur unter gewissen Auflagen bereit, denen die Frauen nicht zuzustimmen bereit waren. Die Aktivistinnen, die sich als „autonom“ und „feministisch“ verstanden und ihr Projekt „selbstverwaltet“ führen wollten, taten sich mit einer Behörde schwer, die sich an der Bezeichnung „Frauenhaus“ ebenso stieß wie an der engen Verbindung der Gruppe zum Frauenzentrum. Als unzumutbare Forderungen empfanden die engagierten Frauen aber vor allem, dass das Sozialreferat die Bewilligung von Mitteln davon abhängig machte, dass sich die *Aktion Frauenhaus* als Verein organisierte und mit etablierten Wohlfahrtsverbänden zusammenarbeitete. Darüber hinaus sollte ein Fachbeirat gegründet werden, der die Arbeit im Frauenhaus begleitete. Nicht zuletzt war seitens der Kommune vorgesehen, zum Schutz der Bewohnerinnen männliches Personal im Gebäude unterzubringen.³⁵⁰

Es ist nicht völlig von der Hand zu weisen, dass die Vorbehalte des Sozialreferats gegenüber der Frauenbewegung zu diesen aus heutiger Sicht zum Teil unsinnigen Auflagen geführt haben. Dies zeigte sich auch noch in späteren Jahren an Äußerungen städtischer Vertreter gegenüber den Medien, die der Einrichtung der *Aktion Frauenhaus* eine „feministische Ideologie“ unterstellten, die misshandelten Frauen nicht wirklich helfe und zu sehr auf die Männer als „Ungeheuer“ fixiert sei.³⁵¹ In der bislang zugänglichen schriftlichen Überlieferung findet sich diese Kritik allerdings nicht. Nachdem sich die *Aktion Frauenhaus* im April 1977 dazu entschlossen hatte, den Forderungen der Stadt nicht nachzukommen, suchte diese umgehend nach einer ihren Auflagen weitgehend entsprechenden Alternative.

Im Juli 1977 übertrug der Stadtrat schließlich einem traditionellen Münchner Frauenverband, dem *Verein für Fraueninteressen*, die Trägerschaft für eine Zufluchtsstätte für misshandelte Frauen und deren Kinder und gewährte Mittel für Personal und ein eigenes Gebäude.³⁵² Das Kommunalparlament begründete seinen Beschluss mit dem „starken Bedarf“, den man bei den anfänglich bereitgestellten sechs Appartements beobachtet habe. Da es mit der *Aktion Frauenhaus* „kein Einvernehmen“ über eine größere Einrichtung gegeben habe, sei man gleichzeitig an den ebenfalls an einer Trägerschaft interessierten *Verein für Fraueninteressen* herangetreten. In den weiteren Ausführungen des Stadtratsbeschlusses wird deutlich, dass es nicht die Angst vor einem vermeintlich männerfeindlichen Gebahren der autonomen Frauengruppe allein war, die die Landeshauptstadt zu diesem Vorgehen bewog. Der *Verein für Fraueninteressen*, der seine Wurzeln in der bürgerlichen Frauenbewegung hatte und Anfang des 20. Jahrhunderts gegründet worden war³⁵³, schien der Kommune schlicht als der Träger, der über das nötige Rückgrat verfügte, die bevorstehende Aufgabe zu meistern. So sei der Verein „seit 80 Jahren

³⁵⁰ Lydia Willkop: Ein Männerhaus für geschlagene Frauen, in: Emma vom September 1977; IfZ-Archiv, ED 898/329: Broschüre Frauen helfen Frauen/Frauenhaus München e.V.: 1977-1987, München 1987.

³⁵¹ Christa Geibel/Heidede Weidle: Zuflucht für geprügelte Frauen, in: Quick 28 (1981).

³⁵² IfZ-Archiv, ED 898/285: Abschrift des Beschlusses der Vollversammlung des Stadtrates vom 27.7.1977.

³⁵³ Verein für Fraueninteressen (Hrsg.): 100 Jahre Verein für Fraueninteressen, München 1994, und der Vereinsbestand in IfZ-Archiv, ED 898, zur Vereinsgeschichte v.a. die Bde. 1-17.

aktiv in der Frauenarbeit“, verfüge über „Erfahrungen in der Sozialarbeit“ und entsprechende Verbindungen zu Wohlfahrtsverbänden und könne „eine Reihe ehrenamtlicher Mitarbeiter“ einsetzen.³⁵⁴

Darüber hinaus versprach sich die Stadt mit den Vertreterinnen der *Frauenintereessen* eine Vernetzung, die über kommunale Grenzen hinausreichte: Während die Verhandlungen mit der *Aktion Frauenhaus* fruchtlos geblieben seien, habe man durch die „Zusammenarbeit zwischen dem Sozialreferat, dem Verein und dem Staatsministerium [für Arbeit und Sozialordnung]“ ein Konzept für eine „Modelleinrichtung ‚Hilfen für misshandelte Frauen und deren Kinder‘“ erstellen können. Damit war nicht nur eine zusätzliche finanzielle Unterstützung seitens des Freistaats gesichert. München konnte, sollte sich die Einrichtung bewähren, gegebenenfalls auch Vorbild für andere bayerische Städte werden.³⁵⁵

Die Bemühungen, die man in München für die Unterstützung der weiblichen Opfer häuslicher Gewalt an den Tag legte, hatten zur Folge, dass sich in der bayerischen Hauptstadt zwei Zufluchtsstätten etablierten: die aus privaten Mitteln finanzierte Einrichtung der *Aktion Frauenhaus* und die öffentlich geförderte *Frauenhilfe* des *Vereins für Fraueninteressen*, die im April 1978 ihre Arbeit aufnahm. Dabei entstand eine Konkurrenzsituation um das (vermeintlich) bessere Engagement.

Während die Frauenhaus-Aktivistinnen die Entscheidung des Stadtrats als „großen Schlag“³⁵⁶ empfanden und die „Niederlage“ ein großes Medienecho hervorrief³⁵⁷, sah sich die *Frauenhilfe* unter starkem Rechtfertigungszwang. Der *Verein für Fraueninteressen* räumte ein, dass er in seinem Engagement davon profitiert habe, dass Gruppen aus der autonomen Frauenbewegung das Thema der Gewalt gegen Frauen in die Öffentlichkeit gerückt hatten.³⁵⁸ War in Sachen Thematisierung und Einschätzung des Problems eine Annäherung des traditionellen Verbandes an die *Aktion Frauenhaus* zu beobachten, so setzte der Verein bei seinem Konzept für konkrete Hilfsmaßnahmen aber eindeutig auf Abgrenzung. Dies hing nicht nur damit zusammen, dass er dem wiederkehrenden Vorwurf begegnet

³⁵⁴ IfZ-Archiv, ED 898/285: Abschrift des Beschlusses der Vollversammlung des Stadtrates vom 27.7.1977.

³⁵⁵ IfZ-Archiv, ED 898/285: Abschrift des Beschlusses der Vollversammlung des Stadtrates vom 27.7.1977.

³⁵⁶ IfZ-Archiv, ED 898/329: Broschüre *Frauen helfen Frauen/Frauenhaus München e. V.: 1977–1987*, München 1987.

³⁵⁷ Dies betraf die Bewegungspresse, z. B. Lydia Willkop: Ein Männerhaus für geschlagene Frauen, in: *Emma* vom September 1977; *Frauen helfen Frauen*, in: Blatt Nr. 120 von 1981. Großes Interesse bestand aber gerade bei der regionalen und überregionalen Presse, z. B. Barbara Bortfeldt: Die Frauenhäuser – Zufluchtsstätten des weiblichen Elends, in: *Informationen für die Frau* vom Februar 1978; Viola Roggenkamp: In ständiger Furcht vor dem Ehemann, in: *Die Zeit* vom 19. 5. 1978; Sabine Kynast: Viele misshandelte Ehefrauen suchen ein neues Zuhause, in: *tz* vom 16. 2. 1979; Elke Dietrich: Geprügelte Ehefrauen finden jetzt eine neue Zuflucht in einer Villa, in: *Abendzeitung* vom 30. 7. 1980; Hannelore Fischer: Kein Geld mehr fürs Frauenhaus, in: *tz* vom 12. 5. 1981; Sitzstreik von Frauen vor dem Sozialreferat, in: *Münchner Merkur* vom 13. 5. 1981; Barbara Hinke: Hort der Hoffnung für Geschlagene. Das Frauenhaus, in: *Münchner Merkur* vom 20./21. 6. 1981; Christa Geibel/Heidede Weidle: Zuflucht für geprügelte Frauen, in: *Quick* 28 (1981).

³⁵⁸ IfZ-Archiv, ED 898/285: Rede der Vorsitzenden des Vereins für Fraueninteressen Gretl Rueff zur Pressekonferenz anlässlich der Eröffnung der „Frauenhilfe München“ am 7. 4. 1978.

wollte, er habe Ideen der *Aktion Frauenhaus* „geklaut“³⁵⁹. Ausschlaggebend dafür waren auch unterschiedliche Auffassungen darüber, wie viel Autonomie der Geschlechter eine Gesellschaft verträgt.

Der – wenig begründeten – Ansicht des *Vereins für Fraueninteressen* gemäß setzte die *Aktion Frauenhaus* ausschließlich auf den „feministischen Aspekt“ und die „individuelle Problemlösung“ und entspräche damit nicht „der Vielschichtigkeit des Problems“. Demgegenüber würden bei der *Frauenhilfe* die Gewalterfahrungen der Frauen „nicht alleine“ auf die körperliche Unterlegenheit der Frauen zurückgeführt, sondern auf das „tradierte Rollenverständnis der Geschlechter“, das mit der formalen rechtlichen Gleichstellung von Männern und Frauen nicht habe Schritt halten können. Die weiteren Ausführungen hörten sich dabei alles andere als antifeministisch an. Die Betroffenen sollten dem Verein zufolge vor allem darin unterstützt werden, sich mit ihrer Rolle auseinanderzusetzen und Alternativen zu ihrem bisherigen Alltag zu finden, sei es durch „die Wiederherstellung der Partnerschaft auf gleichberechtigter Grundlage, eine selbständige Lebensführung oder das Eingehen einer neuen Partnerschaft“. Unter den Betroffenen verstand der Verein in erster Linie die geflüchteten Frauen (und deren Kinder), die in der *Frauenhilfe* ein vorläufiges Dach über dem Kopf fanden. Allerdings wollte sich der Verein den prügelnden Männern nicht völlig verschließen, sofern diese aktiv Hilfe bei der Überwindung ihrer Verhaltensweisen suchten.³⁶⁰

Diese Form des Beistands kam für die *Aktion Frauenhaus* nicht in Frage. Dennoch glichen sich die autonome Einrichtung und die *Frauenhilfe* in ihrer alltäglichen Arbeit weitgehend; Unterschiede gab es lediglich in der Betonung einzelner Aspekte. In beiden Häusern wurden die betroffenen Frauen als Solidargemeinschaft gesehen, die ihren Alltag in der Zufluchtsstätte weitgehend selbst organisierten. In der Unterstützung der Frauen stand für die *Aktion Frauenhaus* die Schaffung eines männerfreien „Schutz- und Schonraumes“ für misshandelte bzw. bedrohte Frauen und Kinder im Vordergrund³⁶¹, wohingegen die *Frauenhilfe* den Hilfs- und Therapiegedanken stärker hervorhob. Dass die *Frauenhilfe* ein „Männerhaus“ sei, wie die Zeitschrift *Emma*³⁶² argwöhnte, entsprach allerdings nicht der Realität. Zwar nahm die *Frauenhilfe* im Bedarfsfall die Leistung eines männlichen Familientherapeuten in Anspruch. Dieser arbeitete allerdings lediglich auf Honorarbasis und war in einem Raum tätig, der von dem Wohnbereich der Frauen und Kinder abgeschirmt war. Festes männliches Personal gab es nicht: Der ursprüngliche Wunsch des *Vereins für Fraueninteressen*, einen männlichen Erzieher als positives Vorbild gerade für die Jungen einzustellen, wurde nicht in die Tat umgesetzt.³⁶³

³⁵⁹ IfZ-Archiv, ED 898/318: Nichtveröffentlichter Leserbrief des Vereins für Fraueninteressen zum Artikel von Viola Roggenkamp: In ständiger Furcht vor dem Ehemann, in: Die Zeit vom 19. 5. 1978.

³⁶⁰ IfZ-Archiv, ED 898/285: Verein für Fraueninteressen (Hrsg.): Konzept einer Modelleinrichtung. Hilfen für misshandelte Frauen und deren Kinder, München 1977.

³⁶¹ IfZ-Archiv, ED 898/329: Broschüre Frauen helfen Frauen/Frauenhaus München e. V.: 1977–1987, München 1987.

³⁶² Lydia Willkop: Ein Männerhaus für geschlagene Frauen, in: Emma vom September 1977.

³⁶³ IfZ-Archiv, ED 898/285: Rede der Vorsitzenden des Vereins für Fraueninteressen Gretl Rueff zur Pressekonferenz anlässlich der Eröffnung der „Frauenhilfe München“ am 7. 4. 1978; Erfahrungsbereich der Frauenhilfe München im Berichtszeitraum 1. 4. bis 31. 12. 1978.

Beide Zufluchtsstätten, die bis heute bestehen³⁶⁴, verzeichneten eine traurige Erfolgsbilanz: ständige Überbelegung und finanzielle Engpässe waren die Regel. Freilich traf dies die *Frauenhilfe* weniger hart, da diese in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre immerhin 40 Plätze bieten konnte und grundsätzlich über eine gesicherte finanzielle und personelle Ausstattung verfügte. Dennoch geriet die Einrichtung bereits in den ersten neun Monaten ihres Bestehens an den Rand ihrer Kapazitäten, da sie zwischen April und Dezember 1978 insgesamt 133 Frauen und deren Kinder „in akuten Notsituationen“ aufnehmen musste.³⁶⁵ Die *Aktion Frauenhaus* konnte damals zeitgleich etwa zehn Frauen mit Kindern unterbringen und hielt sich mit Tagessätzen, die die geflüchteten Frauen durch das Bundessozialhilfegesetz erhielten, Spenden und Eigenmitteln leidlich über Wasser. Gratisarbeit und über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bezahltes Personal waren an der Tagesordnung.³⁶⁶

An Orten wie dem autonomen Frauenhaus München und der *Frauenhilfe* sammelte man dennoch Erfahrungen, wie mit dem Problem des häuslichen Missbrauchs umzugehen sei. Bis zu festen Förderrichtlinien für solche Einrichtungen, die das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung 1986 auf den Weg brachte³⁶⁷, der Reform des Strafrechts von 1997, mit dem Vergewaltigung in der Ehe strafbar wurde, und dem Gewaltschutzgesetz von 2002, das unter anderem vorsieht, dass nicht das Opfer, sondern das gewalttätige Familienmitglied die gemeinsame Wohnung zu verlassen hat, war es gerade aus der Sicht der Betroffenen noch ein weiter Weg. Insgesamt aber hatte sich binnen 30 Jahren Gewalt an Frauen von einem Tabuthema zu einem Problembereich gewandelt, dessen sich die Politik annimmt. Dies ist allerdings nicht allein der Frauen(haus)bewegung zu verdanken, wie eine gängige Interpretation feministisch orientierter Wissenschaftlerinnen lautet.³⁶⁸

Gerade das Münchner Beispiel zeigt, dass es nicht die autonomen Frauengruppen allein waren, die die Voraussetzungen für einen nachhaltigen Kampf gegen Gewalt an Frauen erfüllten. Der Erwerb von Kompetenz und Ressourcen war nämlich auch an die Nutzung politischer Chancenstrukturen gekoppelt.³⁶⁹ Zur Umsetzung ihrer Ideen brauchte es darüber hinaus Vermittler im politischen Vorfeld, die die neuen Themen in die offiziellen Entscheidungskanäle einspeisten und ihnen damit eine dauerhafte Präsenz verliehen. Freilich, so ist an dieser Stelle einzuwenden, gab es auch andere Konstellationen, etwa in Berlin, wo 1976 das erste Frauenhaus in der Bundesrepublik eröffnet und in Zusammenarbeit von Feministinnen und der Stadt geführt wurde. Konflikte blieben allerdings auch hier nicht aus.³⁷⁰ Daran schließt sich die Frage an, wie sich die Beziehung zwischen den Frauengruppen der 1970er Jahre und der von ihr kritisierten „Männergesellschaft“ gestaltete.

³⁶⁴ Vgl. www.frauenhaus-muenchen.de; www.frauenhilfe-muenchen.de.

³⁶⁵ IfZ-Archiv, ED 898/285: Erfahrungsbericht der Frauenhilfe München im Berichtszeitraum 1. 4. bis 31. 12. 1978.

³⁶⁶ IfZ-Archiv, ED 898/329: Broschüre Frauen helfen Frauen/Frauenhaus München e. V.: 1977–1987, München 1987.

³⁶⁷ Ebd.

³⁶⁸ So vor allem: Hagemann-White: Frauenhausbewegung, S. 48–52; dies.: Strategien gegen Gewalt im Geschlechterverhältnis.

³⁶⁹ Diese Voraussetzungen formuliert: Lenz: Neue Frauenbewegung, S. 286.

³⁷⁰ Vgl. Schwarzer: So fing es an!, S. 75.

V. Frauengruppen und „Männerherrschaft“

In den 1970er Jahren befanden sich die neu entstandenen Frauengruppen mit ihrer Umwelt selten im Einklang. Viele Feministinnen sahen sich von patriarchalen und männlich geprägten Strukturen umgeben, die der weiblichen Bevölkerung das Leben unnötig schwer machten. Sie begegneten dem von ihnen diagnostizierten Missstand mit einer Strategie, die einen doppelten Ausschlag haben sollte. Durch den Aufbau einer „Gegenkultur“ wollten die Trägerinnen der neuen Frauenbewegung dem Patriarchat offensiv Paroli bieten. Gleichzeitig waren alternative Denk- und Handlungsweisen als Grundlage dafür gedacht, um sich den „herrschenden Verhältnissen“ so weit wie möglich zu entziehen.

Die frauenbewegte Kritik richtete sich dabei vor allem gegen jegliche Form der etablierten Politik und deren Träger. Dabei ging es nicht nur um die großen Parteien in den Regierungen und Parlamenten, sondern auch um die Organisationen des politischen Vorfelds, zu dem auch die bereits seit längerem existierenden Frauenverbände und -gruppierungen zählten, die auf Bundesebene im *Deutschen Frauenrat*¹ zusammengeschlossen waren. Die Beziehung zwischen der jungen sozialen Bewegung und ihrer Umgebung stellte somit eine Konfliktgeschichte dar, der das folgende Kapitel anhand des Verhältnisses von „neuer“ und „alter“ Frauenbewegung und des Spannungsfelds von autonomer und institutionalisierter Frauenpolitik in Bayern auf den Grund geht.

1. Feministinnen versus „Patriarchalinnen“? Zum Verhältnis von „neuer“ und „alter“ Frauenbewegung

Begegnungen zwischen Angehörigen der neuen Frauenbewegung und anderweitig politisch aktiven Frauen waren in den 1970er Jahren meist von großer Distanz geprägt. In der Bundesrepublik organisierte die *Evangelische Akademie Loccum* eines der ersten Treffen dieser Art.² Im Juni 1974 kamen „Vertreterinnen und Vertreter von Aktionsgruppen und Frauenverbänden, von Frauenbefreiungsbewegungen und pressure groups, aus Politik, Wirtschaft und Kirche“ zusammen, um einen „Informations- und Diskussionsprozess“ zum Thema „Emanzipation der

¹ Vgl. dazu auch Kap. I.1.c.

² In der Literatur ist bislang meist von einem anderen Treffen die Rede, der Berliner Frauenkonferenz von 1977, die ebenfalls die Kluft zwischen autonomen und etablierten Frauengruppen sichtbar machte. Vgl. dazu z.B. die Berichterstattung der Courage, v.a.: Mal sehen... Berliner Frauenkonferenz 1977. Frauenverbände und Feministinnen an einem Tisch, in: Courage 2 (1977), H. 9; 1. Berliner Frauenkonferenz. Der Versuch, in: Courage 2 (1977), H. 11. Dokumentiert ist die Konferenz z.B. in: FFBIZ: Broschüre „Dokumentation. Erste Berliner Frauenkonferenz der traditionellen Frauenverbände und der autonomen Frauengruppen“, Berlin 1978.

Frau“ anzustoßen.³ Auf der Veranstaltung zeichnete sich großer Gesprächsbedarf ab, weshalb die *Evangelische Akademie* die Tagung ein knappes Jahr später fortsetzte. Einig wurde man sich im April 1975 allerdings nur in einem Punkt: Die etwa 100 hauptsächlich weiblichen Teilnehmer der Veranstaltung kamen zu dem Schluss, dass eine Zusammenarbeit zwischen etablierten und autonomen (Frauen-) Gruppierungen zum gegebenen Zeitpunkt nicht möglich sei.⁴ Ein Miteinander gestaltete sich vor allem aufgrund der organisatorischen Unterschiede als schwierig: Während sich die neue Frauenbewegung größtenteils dezidiert als Pendant zu festgefügtten Ordnungen verstand, wussten traditionelle Verbände wenig mit losen Gruppenzusammenhängen anzufangen, mit denen ihrer Meinung nach keine verbindliche Gesprächsbasis hergestellt werden konnte.

Die Aktivistinnen aus den Zusammenschlüssen, die erst kürzlich die öffentliche Bühne betreten hatten, räumten dabei durchaus ein, dass dies an ihnen liege: Sie lieferten sich, so die Selbstkritik, „nicht eben erquickliche ideologische Gefechte“. Die Bemerkung der anderen Seite, dass Feministinnen deshalb als Partnerinnen „schwer greifbar“ seien, traf damit den Nagel auf den Kopf. Dennoch sahen die Repräsentantinnen der neuen Frauenbewegung, die auf ihre – wengleich durchaus unterschiedlich verstandene – Autonomie großen Wert legten, keinerlei Anlass, die daraus resultierenden Strukturprobleme anzugehen. Sie hielten es nicht für erstrebenswert, bestimmte Voraussetzungen für Koalitionen zu erfüllen, die aus ihrer Sicht der Dinge zu nichts führten. Denn traditionelle Frauenverbände hätten, so lautete eine weitverbreitete Meinung in der neuen Frauenbewegung, „mit ihrer Politik der Anpassung in der Vergangenheit nur das System der Männerherrschaft gestützt“.⁵

Diesem Vorwurf wollte die in Loccum ebenfalls anwesende Vorsitzende des *Deutschen Frauenrats*, Irmgard von Meibom⁶, nichts entgegensetzen, fühlte sie sich doch in ihrem Engagement völlig missverstanden. Die 1916 geborene von Meibom, die seit vielen Jahren Ehrenämter in Gesellschaft und Kirche bekleidete, war neben dem *Frauenrat* in der *Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen* tätig und hielt dabei insbesondere die Vorstellung von der Partnerschaft zwischen Mann und Frau hoch. Ihr Urteil über die Loccumer Zusammenkunft der traditionellen und der autonomen Frauengruppen fiel daher nicht gerade positiv aus: „Diskriminierung und Diffamierung“, hielt sie im Nachgang fest, „verhindern zur Zeit noch ‚echte‘ Gespräche bzw. das Entstehen eines echten Vertrauens“. Mangels einer Grundlage, auf der Kooperationen hätten konkretisiert werden können, formulierte von Meibom lediglich einen Appell an die „Toleranz und Achtung des Gegenübers“ und empfahl den unter dem Dach des *Frauenrats* zusammengeschlossenen Verbänden, „regionale Kontakte auszubauen oder zu beginnen“.⁷

³ Gerber: Emanzipation der Frau, S. II.

⁴ Vgl. z. B. Große Himbeersoße, in: Der Spiegel vom 21. 4. 1975.

⁵ FrauenMediaTurm, Z-118: Das Loccumer Erwachen. Tagung „Emanzipation der Frau“ der Akademie Loccum vom 11.–13. April [1975], in: Fraueninfo [des Frauenforums Bonn] Nr. 2 vom Juni 1975, S. 20ff.

⁶ Zur Person von Meiboms ausführlicher: Böttger: Mut zur Öffentlichkeit.

⁷ Irmgard von Meibom: „Emanzipation zwischen den Fronten“ – ein Jahr danach, in: Gerber: Emanzipation der Frau, S. 130f.; ebenso abgedruckt im Presseorgan des Deutschen Frauenrates „Informationen für die Frau“ Nr. 3 von 1975.

Für München lassen sich kaum Belege für eine solche Kontaktaufnahme während der 1970er Jahre finden – ein Hinweis darauf, dass die Kluft zwischen den Trägerinnen der neuen Frauenbewegung und den Repräsentantinnen anderer (Frauen-)Organisationen kaum zu überbrücken war. Etwas Anschauungsmaterial für eine Beziehungsgeschichte liefern immerhin das *Frauenforum München*⁸ und der *Stadtbund Münchner Frauenverbände* sowie eines seiner Mitglieder, der *Verein für Fraueninteressen*. Das *Frauenforum* war eine derjenigen jungen Gruppen, die bereits in der ersten Hälfte des Jahrzehnts größere Aufmerksamkeit erregten. Gerade die Veranstaltung, die die Vereinigung im Vorfeld der Kommunalwahlen im Februar 1972 organisiert hatte, um Frauen zur Stimmabgabe zugunsten weiblicher Kandidaten zu motivieren, bewog den *Stadtbund Münchner Frauenverbände*, die *Forums*-Vorsitzende Hannelore Mabry zu einem Gespräch einzuladen.

Der *Stadtbund Münchner Frauenverbände*⁹, der eine Art *Frauenrat* auf regionaler Ebene darstellt, war 1914 entstanden und gehörte damals der meist als „bürgerlich“ bezeichneten Strömung der Frauenbewegung an. Nach 1945 neu gegründet, bot der *Stadtbund* Frauenverbänden vor Ort die Möglichkeit, sich gegenseitig über ihre Vorhaben zu informieren, Anregungen auszutauschen und Empfehlungen zu erarbeiten – mit dem Ziel, die Interessen der weiblichen Bevölkerung zu vertreten und ihren Einfluss in der Kommune zu fördern. Anfang der 1970er Jahre gehörten dem *Stadtbund* 25 Gruppierungen an, zu denen neben den Frauenorganisationen der Parteien, Gewerkschaften und Kirchen auch berufsständische Vertretungen und der *Verein für Fraueninteressen* zählten.

Obwohl der Einsatz für Frauen sowohl beim *Frauenforum* als auch beim *Stadtbund* großgeschrieben war, trug das Gespräch zwischen Hannelore Mabry und den *Stadtbund*-Vertreterinnen im Juli 1972 nicht zu einem besseren gegenseitigen Verständnis bei. So erläuterte Mabry, dass Frauen, die in konventionellen Vereinigungen tätig seien, lediglich eine „Alibifunktion“ einnähmen, und deshalb der „Druck“ auf Politik und Gesellschaft seitens der „neuen Frauenbewegung“ nicht zuletzt durch Beschäftigung mit marxistischen Theorien und einem „neuen sozialistischen Modell“ vergrößert werden müsse. Demgegenüber war es den Mitgliedern des *Stadtbunds* ein Rätsel, wie das „Frauen-Problem“ gelöst werden könne, wenn „Frauen bis 30/35 Jahre“ nicht bereit seien, kontinuierlich in einem der bestehenden Frauenverbände mitzuarbeiten, gerade im Hinblick auf die feste Überzeugung der langjährig tätigen Organisation, dass das Rollenbewusstsein der Geschlechter „nur durch langsame Veränderung der Strukturen“ beeinflusst werden könne.¹⁰

Hier stand die Hoffnung auf Innovation und den wirkungsvollen Konflikt recht unversöhnlich neben dem Glauben an ein dauerhaftes Engagement und die Konsensfindung. Zu weiteren Treffen oder gar einer Zusammenarbeit kam es deshalb zwischen *Frauenforum* und *Stadtbund* nicht. Dass die Gruppen ihr gemeinsames

⁸ Vgl. Kap. III.1.d.

⁹ Zur Vereinsgeschichte ausführlicher: IfZ-Archiv, Dq 830: Stadtbund Münchner Frauenverbände: Neunzig Jahre, sowie das noch zu verzeichnende Depositum, das der Stadtbund dem IfZ-Archiv übergeben hat.

¹⁰ Lisel Michel: Gespräch mit dem Münchner Stadtbund, in: Information des Frauenforum München 2 (1973) 1, S. 9ff.

Ziel nicht miteinander angehen konnten, ist vermutlich in erster Linie auf die Zugehörigkeit der Protagonistinnen zu unterschiedlichen Generationen sowie auf eine andere Art ihrer Politisierung zurückzuführen. In der wissenschaftlichen Literatur wird von denjenigen, die vom Protest von „1968“ geprägt waren, gerne von einer „politischen Generation“ gesprochen, die – häufig der „Mittelschicht“ entstammend und zu einer studentischen Elite gehörig – den „politisch aufgeladenen Autoritätskonflikt“ anstrebten.¹¹

Auch aus Frauen wie einer Hannelore Mabry sprach der rhetorische Duktus der „Töchter der Revolte“, wenn diese im *Stadtbund* eine Einrichtung sah, in der infolge der Vielfältigkeit der Trägerverbände (angeblich) „über Politik und Religion“ nicht gesprochen werden dürfe und dementsprechend „die Möglichkeit zu einer gemeinsamen emanzipatorischen Frauenarbeit, die patriarchalische und undemokratische Gesellschaftsstrukturen angreift“, gering sei.¹² Mit solchen Organisationen war nach Ansicht Mabrys kein (neuer) Staat zu machen, weshalb sie wenig später auch und gerade politisch aktive Frauen, die ihre Ansichten nicht teilen, recht unverhohlen als „Dienerinnen des Patriarchats“ bzw. „Patriarchalinnen“ titulierte, die gemeinsame Sache mit der „unterdrückenden Klasse“ machten.¹³

Allerdings war auch der *Stadtbund* im Lauf der 1970er Jahre kaum dazu bereit, einen Schritt auf die neu entstehenden Frauengruppen zuzugehen: Feminismus sei damals ein „Reizwort“ gewesen, heißt es in der Chronik des *Stadtbunds*; man habe „Berührungängste“ gehabt, die dazu geführt hätten, dass in der Münchner Frauenbewegung ein „Lagerdenken“ ausgebrochen sei, bei dem die „Ideologie“ in der Auseinandersetzung eine größere Rolle gespielt habe als die praktische Arbeit.¹⁴ Auf die Unvereinbarkeit des Neuen mit der Tradition setzten auch andere angestammte Frauenvereinigungen. So bekam Hannelore Mabry etwa vom *Deutschen Staatsbürgerinnen-Verband* zu hören, dass sie „die Leistung der älteren wirklichen Kämpferinnen für die Sache der Frauen“ verkenne, die im Übrigen auch ihr den Weg bereitet hätten. Ohnehin schien dem *Verband der Staatsbürgerinnen* eine Politik „der vielen kleinen Schritte über einen langen Zeitraum hinweg“ eine bessere Vorgehensweise als der provozierende und lautstarke Protest der neuen Frauenbewegung.¹⁵ Auch der Münchner *Verein für Fraueninteressen* sah sich nicht in der Lage, mit den „jüngeren Frauen“, die sich der neuen Frauenbewegung zurechneten, zu kooperieren: „Man wollte sich weder mit den Vorstellungen und Forderungen der Feministinnen nach Umgestaltung der Gesellschaft identifizieren, noch das Spektakuläre der Aktion, die aggressive Sprache und die Frontstellung gegen die Männer übernehmen.“¹⁶

¹¹ So z. B. Böhnisch/Schröder: 1968 – Politische Generation, S. 142.

¹² Lisel Michel: Gespräch mit dem Münchner Stadtbund, in: Information des Frauenforum München 2 (1973) 1, S. 9.

¹³ Feministen – Patriarchen und Patriarchalinnen, in: Frauenforum. Stimme der Feministen 3 (1974) 1, S. 1f.

¹⁴ IfZ-Archiv, Dq 830: Stadtbund Münchner Frauenverbände: Neunzig Jahre, S. 17.

¹⁵ Schreiben der Vorsitzenden des Deutschen Staatsbürgerinnen-Verbands Johanna Lemke an Hannelore Mabry vom 3.9.1973, abgedruckt in: Information des Frauenforum München 2 (1973) 4, S. 15f.

¹⁶ IfZ-Archiv, Dq 830: Verein für Fraueninteressen: 100 Jahre, S. 72.

Dennoch kamen die traditionellen Verbände nicht umhin, sich angesichts des Auftretens einer neuen Frauenbewegung auch mit den eigenen Versäumnissen zu beschäftigen. Die hier zugrunde gelegten Quellen zeugen für die erste Hälfte der 1970er Jahre durchgehend vom hohen Alter vieler Mitglieder der jeweiligen Frauenverbände, denen zudem die Verbindung zur jüngeren Generation verloren gegangen war: „Die Generation der Töchter fehlte“, gestand beispielsweise der *Verein für Fraueninteressen* und räumte ein, dass dies auch damit in Zusammenhang gestanden habe, dass sein Programm Anfang der 1970er Jahre „für jüngere Frauen nicht mehr attraktiv“ gewesen sei.¹⁷ Den etablierten Frauenverbänden war also mit den Aktivistinnen der neuen Frauenbewegung eine – bisweilen sehr unliebsame – Konkurrenz entstanden, vielleicht gerade deshalb, weil diese ebenso ungeduldig wie einsatzbereit waren und selten ein Blatt vor den Mund nahmen.

Auch wenn sich für München nur vereinzelt unmittelbare Begegnungen der traditionellen Frauenverbände mit der neuen Frauenbewegung feststellen lassen, so ist dennoch davon auszugehen, dass das Auftreten der Letzteren auf die Vereinsarbeit manch etablierter Gruppe in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre stimulierend wirkte. Dabei profitierten die etablierten Frauenverbände aber nicht nur von der Aufmerksamkeit, die die junge Frauenbewegung „weiblichen“ Angelegenheiten nicht zuletzt durch Provokation verschaffte. Neuer Gestaltungsraum eröffnete sich insbesondere seit 1975, das die Vereinten Nationen zum „Internationalen Jahr der Frau“ erklärten, um unter dem Motto „Gleichheit, Entwicklung und Frieden“ in der Weltgesellschaft die Gleichberechtigung von Männern und Frauen zu fördern, die volle Integration der Frauen in die Entwicklungsbestrebungen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene sicherzustellen und die Bedeutung des Beitrags von Frauen zur Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen anzuerkennen.¹⁸ Durch das „Internationale Jahr der Frau“ wurde in der Bundesrepublik den schwierigen Lebenslagen der weiblichen Bevölkerung großes öffentliches Interesse zuteil, zumal sich hochrangige Persönlichkeiten wie die Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, Katharina Focke (SPD), zu bestimmten Schief-lagen äußerten und frauenpolitische Akteure zu verstärkter Öffentlichkeitsarbeit aufriefen.¹⁹

Während Gruppen aus der neuen Frauenbewegung weitgehend am Nutzen eines solchen Feier-Jahres zweifelten und, so der Tenor einer Tagung von Feministinnen zum „Jahr der Frau“ in Frankfurt am Main, der weiblichen Misere zuvor-derst mit Streik und Kampf beikommen wollten²⁰, sahen sich traditionelle Frauenverbände ermutigt, ihr Engagement zu intensivieren. Dies galt auch für die beiden Münchner Protagonisten *Stadtbund* und *Verein für Fraueninteressen*, die in ihren

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Zur Resolution 3010 der Generalversammlung der UN und den Hintergründen des Feierjahres vgl. v. a. die 1975 in der Bundesrepublik unter Federführung des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit herausgegebene Zeitschrift „Internationales Jahr der Frau“, hier v. a. Nr. 1 (1975). Alle Ausgaben sind z. B. gesammelt im FrauenMediaTurm.

¹⁹ Erklärung der Bundesregierung zum Internationalen Jahr der Frau, in: Bulletin. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung Nr. 15 vom 31. 1. 1975, S. 153–156.

²⁰ Z. B. Claudia Michels: Gegen eine Gesellschaft, die Männer beherrschen, in: Frankfurter Rundschau vom 18. 11. 1974; Statt Blumen, in: Der Spiegel vom 25. 11. 1974.

Chroniken für das Jahr 1975 eine „Aufbruchsstimmung“²¹ bzw. „einen richtigen Schub“²² verzeichneten. So hätten sich viele Frauen an die beiden Organisationen gewandt, auf der Suche nach Hilfe in „Frauenfragen“ oder aus dem Wunsch nach politischer Aktivität. Dem *Verein für Fraueninteressen* zufolge seien es vor allem „jene Frauen“ gewesen, „die sich mit den autonomen Frauen nicht identifizieren konnten: die Familienfrauen“.²³ Ein Sinnbild dafür war Gretl Rueff, eine Mutter dreier heranwachsender Kinder, die dem *Verein für Fraueninteressen* 1973 nach einer Vortragsreihe über Erziehung beigetreten war, 1974 zu seiner Vorsitzenden und 1976 schließlich auch an die Spitze des *Stadtbunds* gewählt wurde.²⁴

Die beiden Organisationen, die kurze Zeit vorher noch ein kümmerliches Dasein gefristet hatten, traten fortan verstärkt in die Öffentlichkeit, wiesen auf die Anliegen von Frauen hin und nahmen sich bestimmter Problemlagen an. In der Tätigkeit der beiden Gruppen spiegelten sich dabei bisweilen die Thematisierungserfolge, die Gruppen aus der autonomen Frauenbewegung zuzuschreiben sind. Gleichzeitig setzten sich in den etablierten Verbänden modernisierte Rollenleitbilder durch. So baute der *Verein für Fraueninteressen* zum Beispiel 1978 mit der *Frauenhilfe* eine Zufluchtsstätte für misshandelte Frauen und deren Kinder auf²⁵ oder unterstützt seit 1981 bis heute mit dem Programm „Neuer Start ab 35“ Frauen, die nach der Familienphase wieder in den Beruf einsteigen wollen.²⁶ Der *Stadtbund Münchner Frauenverbände* wiederum rief zur Kommunalwahl 1978 die bis in die Gegenwart aufrechterhaltene Kampagne „Frauen wählen Frauen“ ins Leben und verbreiterte seine Basis bis zum Ende der 1970er Jahre auf 37 Frauenorganisationen.²⁷ Damit repräsentierte der Dachverband rund 136 000 Mitglieder, wobei er vor der Presse klarstellte, dass diese nicht mit „Emanzen“ verwechselt werden wollten.²⁸

Der (indirekte) Einfluss der autonomen auf die etablierten Frauengruppen war also deutlich zu spüren, zumal der zunehmende politische Aktivismus von Frauen nicht zuletzt von der neuen Frauenbewegung angestoßen worden war. Allerdings blieb die Beziehung zwischen den beiden Akteurinnen anhaltend schwierig. Als 1983 mit *Kofra*, dem bis heute existierenden *Kommunikationszentrum für Frauen und Arbeit*, erstmals eine Vereinigung mit autonomen Ursprüngen in den *Stadtbund* aufgenommen wurde, war dem ein oder andern angestammten Mitglied die Entscheidung nicht gerade leicht gefallen. Glaubt man der *Stadtbund*-Chronik, hatten einige Frauen Vorbehalte gegenüber dem lesbischen Paar, das das neue Frauenzentrum aufgebaut hatte. Außerdem habe gerade den kirchlichen Gruppen der Protest *Kofras* gegen den Paragraphen 218 StGB missfallen. Gesellschaftliche

²¹ IfZ-Archiv, Dq 830: Verein für Fraueninteressen: 100 Jahre, S. 73.

²² IfZ-Archiv, Dq 830: Stadtbund Münchner Frauenverbände: Neunzig Jahre, S. 16.

²³ IfZ-Archiv, Dq 830: Verein für Fraueninteressen: 100 Jahre, S. 73.

²⁴ Ebd.

²⁵ Vgl. Kap. IV.2.c.

²⁶ Z. B. Verein für Fraueninteressen weitet Tätigkeit aus, in: Süddeutsche Zeitung vom 4.12.1981.

²⁷ IfZ-Archiv, Dq 830: Stadtbund Münchner Frauenverbände (Hrsg.): Stadtbund Münchner Frauenverbände, München 1979.

²⁸ Karin Friedrich: Ein Dachverband der Münchner Frauen, in: Süddeutsche Zeitung vom 9.3.1979.

Liberalisierung und feministische Positionen setzten sich also nicht ohne Weiteres durch. Allerdings, so ist an dieser Stelle einzuwenden, hatte nicht nur die etablierte Seite mit bestimmten Wandlungerscheinungen ihre Schwierigkeiten. *Kofra* blieb nicht lange unter dem Dach des *Stadtverbands* und zog sich zurück, nachdem mit dem *Verband der alleinerziehenden Mütter und Väter* dem Stadtverband eine Gruppierung beigetreten war, die auch Männer in ihre Reihen aufnahm.²⁹

Etablierte und autonome Frauengruppen pochten bisweilen also auf ihre gegensätzlichen Prinzipien, die sich im politischen Handeln einerseits durch Traditionsbewusstsein, Korporation und Konsens, andererseits durch bewusste Andersartigkeit, Provokation und die Hoffnung auf Fortschritt durch Konflikt niederschlugen. Auch wenn die Konkurrenz das Geschäft belebte und vor allem seit der zweiten Hälfte der 1970er Jahre für die traditionellen Verbände vitalisierende Effekte zeitigte, so blieben die verschiedenen Gruppen trotz im Grunde ähnlicher Zielsetzungen lange das, was sie waren: ungleiche Schwestern³⁰. Allerdings zeugt das schwierige Verhältnis zwischen den Frauen aus der „neuen“ und aus der „alten“ Frauenbewegung auch davon, dass sich weibliche Lebenswelten in den 1970er Jahren verstärkt pluralisierten und zum Teil recht unverbunden nebeneinander existierten. Aufs Ganze gesehen bereicherten diese Erweiterungen aber das frauenpolitische Spektrum erheblich.

Nicht nur die Nachfolgerinnen der „bürgerlichen“ Frauenbewegung standen den neuen feministischen Gruppierungen reserviert gegenüber. Dies galt auch für die SPD- und Gewerkschaftsfrauen. Die aufgrund einer gewissen ideologischen Verwandtschaft naheliegende Vermutung, dass es zwischen diesen Frauen und den Repräsentantinnen der neuen Frauenbewegung in den 1970er Jahren wesentlich einvernehmlicher zugeht, bestätigt sich allerdings nicht.

Den Gruppen des Aufbruchs der neuen Frauenbewegung in München wie der *Roten Frauenfront*, den *Siemensfrauen*, der *Sozialistischen Frauenorganisation München (SFOM)* und dem *Frauenforum* war gemein, dass sie ihre Sicht der Dinge unübersehbar an den von der Linken propagierten Dualismus von Kapital und Arbeit anlehnten und deshalb insbesondere die Situation von Frauen im Erwerbsleben, etwa die im Vergleich zu Männern häufigere Eingruppierung in Leichtlohngruppen, die schlechtere Bezahlung und die geringeren Aufstiegschancen, kritisierten. Als sich Hannelore Mabry zu Jahresanfang 1973 mit dem *Frauenforum* und anderen Vereinigungen daran machte, eine europaweite Frauendemonstration auf die Beine zu stellen³¹, um gegen diese Negativbilanz unter anderem mit dem Motto „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ zu Felde zu ziehen, warb sie auch bei den bayerischen Gewerkschaften um Unterstützung. Die Antworten aus den jeweiligen Frauenabteilungen fielen allerdings reichlich knapp aus. So verbat sich die *Deutsche Angestellten-Gewerkschaft*, „als interessierte Gruppe für [Mabrys] Pläne“ bezeichnet zu werden. Die Begründung dafür lieferte ein Schreiben des *Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB)*: Die Gewerkschafterinnen wollten sich nicht an der geplanten – und letztlich nicht durchgeführten – Demonstra-

²⁹ IfZ-Archiv, Dq 830: Stadtverband Münchner Frauenverbände: Neunzig Jahre, S. 17.

³⁰ So z. B. auch die Wortwahl bei: Icken: Frauenrat, S. 156.

³¹ Vgl. dazu ausführlicher Kap. III.1.d.

tion beteiligen, weil „weitgehend Forderungen“ vertreten würden, „die von den Frauen im DGB schon seit langen Jahren gestellt werden“.³²

Hier trat erneut ein Konkurrenzverhältnis zu Tage, das sich trotz der teilweisen Orientierung der neuen Frauenbewegung an Traditionen der Arbeiterbewegung nicht ohne weiteres entschärfen ließ. Zwar gab es eine gewisse Nähe und auch konkrete Berührungspunkte, wenn sich etwa *SFOM*- und *Siemensfrauen* an Veranstaltungen zum 1. Mai und zum Weltfrauentag beteiligten und manche Frauengruppe nicht von einer Mitgliedschaft in einer Arbeitnehmervertretung abriet, obgleich sie sie für wenig erfolgversprechend hielt.³³ Insgesamt überwog allerdings die Kritik der autonomen Frauen an den Gewerkschaften, da ihrer Ansicht nach das dort praktizierte Miteinander der Geschlechter die Sache der Frauen nicht entscheidend voranbrachte. Dort werde der „Fetisch ‚Partnerschaft‘“ zum „Morgen- und Abendgebet“ erhoben, erboste sich etwa Hannelore Mabry: Das „Jahr der Arbeitnehmerin“, das der *DGB* 1972 ausgerufen hatte, sei im Hinblick auf eine männlich geprägte Führungsriege und Mitgliederstruktur sowie auf den anhaltenden Abstand zwischen Männer- und Frauenlöhnen deshalb nichts anderes als ein „peinlicher Zwischenfall“.³⁴

Angriffe wie diese werfen ein Licht auf das Spannungsverhältnis, das zwischen Vertreterinnen der neuen Frauenbewegung und Gewerkschafterinnen bestand. Letztere befanden sich nicht selten in einer „Zwickmühle“³⁵, da zwar viele feministische Forderungen eine ähnliche Stoßrichtung aufwiesen wie die der Frauenorganisationen von Gewerkschaften und auch der SPD. Allerdings gingen diesen im Tarif- und Regierungssystem fest verankerten Organisationen die losen Strukturen und Maximalforderungen der neu entstehenden Frauengruppen häufig zu weit. So unterstützte der *DGB Bayern* in der ersten Hälfte der 1970er Jahre zum Beispiel die Novellierung des Paragraphen 218 StGB im Sinne einer Fristenregelung, wie sie die sozialliberale Koalition in Bonn vorantrieb, weshalb sich auch in München Gewerkschafts- und Parteivertreterinnen an entsprechenden Infoständen und dem Sammeln von Unterschriften beteiligten³⁶ – ganz so, wie dies die *Aktion 218* für die ersatzlose Streichung der Vorschrift tat.

Zudem setzten sich Gewerkschafterinnen auf ganz unterschiedlichen Ebenen für Anliegen von Frauen ein, ohne dass dies von Vertreterinnen der neuen Frauenbewegung, die sich bisweilen im unmittelbaren Umfeld aufhielten, eingehender zur Kenntnis genommen oder gar gewürdigt worden wäre. Beispielhaft sei hier auf zwei Frauen, Elfriede Bode und Anni Stocker, verwiesen. Elfriede Bode, 1927 geboren, studierte zwischen 1964 und 1969 in München Soziologie und gehörte

³² Schreiben von Elfriede Beutler von der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft/Landesverband Bayern an Hannelore Mabry vom 21.2.1973; Schreiben von Ursula Wolfring vom Deutschen Gewerkschaftsbund/Landesbezirk Bayern an Hannelore Mabry vom 13.2.1973. Beide abgedruckt in: *Information des Frauenforum München* 2 (1973) 2, S.9f.

³³ Vgl. dazu ausführlicher Kap.III.1.b und c. Darüber hinaus: IfZ-Archiv, ED 899/1: Protokoll der SFOM vom 20.3.1974; Vgl. aus dem Bestand „Münchner Gewerkschaftsfrauen“ die Flugblattsammlung zu Paragraph 218 StGB, die von den 1970er bis Anfang der 1980er Jahre reicht: IfZ-Archiv, ED 897/4 und 5.

³⁴ Hannelore Mabry: Die ohnmächtigen sechs Millionen, in: *Frauenforum. Stimme der Feministen* 3 (1974) 4, S.2-7, hier S.2.

³⁵ So das Urteil bei Brunner: *Von schwierigen Anfängen*, S.106.

³⁶ Vgl. ebd., S.105f.

damit zu einer Vorhut von Frauen, denen die Situation der weiblichen Bevölkerung auch wissenschaftlich zum Lebensinhalt wurden.³⁷ Zu dieser Gruppe zählten nur wenig später auch Hannelore Mabry und viele deutlich jüngere *SFOM*-Frauen. Bodes Interesse ist dabei darauf zurückzuführen, dass sie sich bereits seit den 1950er Jahren als Betriebsrätin und Gewerkschaftssekretärin mit der ungerechten Entlohnung von Frauen oder der geschlechtsspezifischen Ausbildung von Mädchen beschäftigte und diese Probleme auch als Mitglied des Bayerischen Senats, dem sie zwischen 1970 und 1988 angehörte, und als Dozentin für Sozialpädagogik an der Münchner Fachhochschule thematisierte.³⁸ Anni Stocker wiederum, die seit Ende der 1940er Jahre in einem Siemenswerk in München tätig war, nahm sich als Vertrauensfrau und Betriebsrätin besonders der Schwierigkeiten von Arbeiterinnen mit Kindern an und griff – ähnlich wie die *Siemensfrauen* – die Missstände auf, die mit der schlechteren Bewertung der meist von Frauen verrichteten Arbeit oder dem Mangel an öffentlichen Einrichtungen zur Kinderbetreuung einhergingen.³⁹

Viele Frauen, die für ihr politisches Engagement konventionelle Bahnen wählten, fühlten sich durch das Auftreten der neuen Frauenbewegung konterkariert. Dies zeigte sich auch bei den Münchner SPD-Frauen. Zwar bestand zwischen den Parteigenossinnen und Gruppen der neuen Frauenbewegung in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre ein loser Kontakt, der sich auch darin zeigte, dass die vom Frauenzentrum herausgegebene *Münchner Frauenzeitung* sowohl der feministischen als auch der sozialdemokratischen Frauenarbeit Raum zur gemeinsamen Diskussion gewährte. Diese glich jedoch eher einem wenig konstruktiven Schlagabtausch, der mitunter sehr scharf geführt wurde. Während die Verfasserin eines Artikels davon berichtete, dass sie aus der SPD ausgetreten sei, um ihre „Kraft nicht mehr sinnlos“ an eine Partei zu vergeuden, die das Problem der „Frauenunterdrückung“ immer wieder zum „Nebenwiderspruch“ degradiere⁴⁰, konterte eine Sozialdemokratin, dass Frauen sich keinesfalls einen solchen „Alles-oder-nichts-Standpunkt“ leisten könnten. Ihrer Meinung nach kam die „Verweigerung den gesellschaftlichen Institutionen gegenüber“ einer Verantwortungslosigkeit gleich: Gerade für Frauen sei in einem Parteienstaat Parteiarbeit wichtig. Nur so erhielten sie „politische Macht“ und könnten ihre Interessen durchsetzen, auch wenn dies angesichts des „schwerfälligen Apparats einer Partei natürlich nur langfristig“ möglich sei.⁴¹

Die Zahlen sprachen dabei für das Engagement in einer Partei: Nach der Kommunalwahl 1978 hatte die Münchner SPD zwar ihre Mehrheit an die CSU verloren. In allen Fraktionen war aber gleichzeitig der Anteil von Frauen gestiegen, insgesamt von 20 auf 25 Prozent. SPD und FDP standen dabei besonders gut da, denn sie erreichten in den eigenen Reihen Quoten von 35,5 bzw. 50 Prozent, wo-

³⁷ Vgl. dazu Kap. II.4.

³⁸ Erinnerungen von Elfriede Bode, abgedruckt in: Pilwousek: Wir lassen uns nicht alles gefallen, S. 13–33.

³⁹ Erinnerungen von Elfriede Bode, abgedruckt in: Landesfrauenausschuss des DGB-Bayern: Probiern wir's, S. 69f.

⁴⁰ Wahlkampf 1972 bis 1978. Am Beispiel SPD, in: Münchner Frauenzeitung vom Oktober 1978.

⁴¹ Ich arbeite in der ASF, in: Münchner Frauenzeitung vom August 1979.

bei einige Kandidatinnen sogar von wenig aussichtsreichen Listenplätzen vermutlich dank engagierter Wählerinnen nach vorne gehäufelt worden waren.⁴² Bei der Münchner autonomen Frauenbewegung überwog allerdings die Skepsis gegenüber der (städtischen) Politik, was sich zum Beispiel im Hinblick auf die ausbleibende Unterstützung für ein autonomes Frauenhaus bereits seit 1977 (und damit noch zu Zeiten einer sozialdemokratischen Stadtratsmehrheit) zu bestätigen schien. Deshalb kam es in den 1970er Jahren auch nicht zu einem Schulterchluss zwischen den Gruppen der neuen Bewegung und den etablierten Organisationen.

In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre betrat allerdings eine neue Kraft die politische Bühne, die sich aus der Vielfalt der neuen sozialen Bewegungen herauskristallisierte und auf die auch viele Frauen ihre Hoffnungen setzten: die *Grünen*.⁴³ Die im Entstehen begriffene Partei stand dabei auch frauenbewegten Positionen nicht gänzlich fern. Fester Bestandteil der grünen Programmatik wurde Frauenpolitik allerdings erst Mitte der 1980er Jahre, und sie war selbst dann in ihrer Ausgestaltung heftig umstritten.⁴⁴ Zuvor standen die Beziehungen zwischen grünen und feministischen Gruppierungen auf tönernen Füßen: Die (personellen) Berührungspunkte waren rar. Der Stellenwert feministischer Anliegen in der neuen Partei wurde erst noch ausgelotet. Davon zeugt auch der Blick in die Münchner Bewegungsszene, in der sich Ende der 1970er Jahre zunächst keine Schnittmengen ausmachen lassen.

Während es in Archiven zur dieser Frage (noch) keine Materialien gibt, stellte die feministische Zeitschrift *Emma* 1978 über die bayerischen alternativen Gruppen fest, dass sich hier „verglichen mit der übrigen von Männern dominierten Parteienlandschaft verhältnismäßig viele“ Frauen tummelten. Allerdings seien die *Grünen* weder in der Münchner *Frauenkneipe* noch in *Lillemor's Frauenbuchladen* noch im Frauenzentrum Gesprächsthema. Die Zentrumsfrauen hätten sogar energisch dagegen protestiert, als eine Frau aus der alternativen Szene behauptet habe, sie vertrete das Zentrum und damit verbundene Vereinigungen. Diese Abwehr kann dabei auch darauf zurückgeführt werden, dass „grün“ und „alternativ“ Ende der 1970er Jahre ein großes Sammelsurium an Gruppierungen darstellte und im Freistaat vor allem von der linksorientierten *Grünen Aktion Zukunft (GAZ)* und der eher konservativ ausgerichteten *Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD)* geprägt waren, die, glaubt man *Emma*, frauenbewegtem Gedankengut und der Emanzipation der Frauen nicht allzu viel Platz einräumten.⁴⁵

Trotzdem bargen die Gemengelage und eher fluiden Strukturen, die die *Grünen* um 1980 bei ihren Bestrebungen, eine Partei zu gründen, kennzeichneten, auch für feministisch gesinnte Frauen große Anziehungskraft, nicht zuletzt, weil es hier Möglichkeiten gab, den eigenen Positionen Gehör zu verschaffen. So reiste Hannelore Mabry ähnlich wie andere bewegungsaktive Frauen zu vielen überregionalen

⁴² 25 % Frauen im neuen Stadtrat, in: Fraueninfo vom April 1978.

⁴³ Vgl. zur Entstehungsgeschichte der Grünen ausführlicher: Klein: Der lange Weg.

⁴⁴ Vgl. zum sogenannten Müttermanifest, das Frauen aus dem Umfeld der Grünen 1987 veröffentlichten: „Leben mit Kindern – Frauen werden laut“: Das Müttermanifest, Bonn 1987; dazu die Unterstützerinnen: Pass-Weingartz/Erlor: Mütter an die Macht; zur Kritik z. B.: Ebbinghaus: Das Müttermanifest; allg. z. B. Brüssow: Frauenpolitik, hier v. a. S. 67–137.

⁴⁵ Wie grün sind die Grünen?, in: *Emma* vom Oktober 1978.

Treffen der *Grünen*. Freilich hatte die Münchnerin, die damals schon mehrere Jahre dem *Förderkreis zum Aufbau der feministischen Partei (FFP)* vorstand, mit einer grünen Partei wenig am Hut: „Ob schwarz, rot, braun, bunt oder grün“, war auf einem Transparent des *FFP* zu lesen, „gegenüber den Frauen wechselt das Patriarchat nur die Farbe“⁴⁶.

Auf dem Gründungskongress der *Grünen* im Januar 1980 in Karlsruhe sorgte Mabry deshalb sogar für einen Eklat. Als darüber diskutiert wurde, nach welchen Kriterien die verschiedenen Parteigremien besetzt werden sollten, und gerade über die Art und Weise, wie Frauen zu beteiligen seien, keine Einigung erzielen werden konnte, platzten Mabry und ihre Gruppe mit Spruchtafeln und Geschrei in die Debatte – getreu dem Tenor „In der Frauenfrage ist man hier noch grün hinter den Ohren“.⁴⁷ Nachdem im Saal wieder Ruhe eingekehrt war, zeigte sich, dass diese Störung Schützenhilfe geleistet hatte. Denn es setzte sich der Antrag durch, wonach alle Parteigremien paritätisch von Männern und Frauen besetzt sein sollten.⁴⁸ Aktionen wie diese führten den Anwesenden also vor Augen, dass sich eine gerade konstituierende Bewegungspartei der Bewegung der Frauen und ihren Positionen nicht verschließen durfte.

Den Antrag der Geschlechterparität, der Frauen nicht wie der Gegenvorschlag auf die Ebene von angemessen zu berücksichtigenden Minderheiten stellte, brachte übrigens Petra Kelly⁴⁹ ein.⁵⁰ Die auf deutscher und europäischer Ebene bekannte Bewegungsaktivistin gehörte neben vielen anderen Gruppierungen seit 1974 auch dem *Frauenforum München* an. Ihre Mitgliedschaft war Folge eines Treffens mit Hannelore Mabry auf der Veranstaltung der Evangelischen Akademie in Loccum zur „Emanzipation der Frau“. Auch wenn Petra Kellys Aktivitäten gerade in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre mit der Münchner Gruppierung nicht in direktem Zusammenhang standen und sie eher „grün“ als feministisch motiviert waren, so hat sie sich nie von ihrer Beteiligung im *Frauenforum* und von Hannelore Mabry distanziert⁵¹, auch dann nicht, als nach dem Streit 1975 das *Frauenforum* und der *Förderkreis zum Aufbau der Feministischen Partei* trotz fast gleichlautender Zielsetzungen getrennte Wege gingen.

Die Förderung von Frauen und die Berücksichtigung der Anliegen der weiblichen Bevölkerung, wie sie den Repräsentantinnen der neuen Frauenbewegung vorschwebten, ließ sich also nie bruchlos auf andere Ebenen übertragen, selbst dann nicht, wenn es sich wie im Falle der etablierten Frauengruppierungen und den *Grünen* gewissermaßen um verwandte Akteure handelte. Mit Blick auf die

⁴⁶ Hannelore Mabry: Feminismus und die Grünen, in: Der Feminist. Beiträge zur Theorie und Praxis 5 (1980) 1, S. 24–40.

⁴⁷ Zum Eklat vgl. Die Gründung der Grünen. Dokumentation des Gründungsparteitags, in: Schroeren: Die Grünen, S. 92ff.

⁴⁸ „Alle Parteigremien sollen paritätisch von Männern und Frauen besetzt sein!“ Die Grünen in Karlsruhe, in: Courage 5 (1980), H. 2.

⁴⁹ Zu Petra Kelly liegt noch keine wissenschaftliche Biografie vor. Zur Person siehe z. B.: Heinrich-Böll-Stiftung: Petra Kelly.

⁵⁰ Archiv Grünes Gedächtnis, Petra Kelly Archiv Akte 996: Petra Kelly: Antrag zur Parteigründungsversammlung der Grünen am 12. und 13. 1. 1980 in Karlsruhe.

⁵¹ Archiv Grünes Gedächtnis, Petra Kelly Archiv Akten 3013ff. und 3239, die Korrespondenzen Kellys mit dem Frauenforum enthalten; IfZ-Archiv, ED 899/10: Mitgliederliste des Frauenforum vom Februar 1976.

bereits länger bestehenden Frauenorganisationen ist diese Schlussfolgerung vor allem auf eine gegengleiche Entwicklung zurückzuführen, bei der bestimmte Wechselwirkungen freilich nicht ausgeschlossen werden dürfen. Während sich die Frauenbewegung der 1970er Jahre nicht zuletzt durch die Frauenprojekte und die Erschließung neuer Themen immer mehr differenzierte, wurden sich die Frauenverbände ihrer Traditionen und ihrer Bedeutung stärker bewusst und nahmen sich bestimmter Problemlagen von Frauen (wieder) vermehrt an. Die neu entstandenen Frauengruppen beförderten dabei die Prozesse der Bewusstseinsbildung und Politisierung zumindest indirekt, denn die etablierten Verbände bezogen sich meist in negativer bzw. abgrenzender Weise auf sie.

Doch auch in einem Umfeld, das der propagierten Strukturlosigkeit der autonomen Frauenbewegung besser entsprach, war die unmittelbare Wirkung feministischer Positionen nicht von vornherein gegeben. Es brauchte auch hier, wie es Kristina Schulz bildhaft beschrieb, einen „langen Atem der Provokation“.⁵² Dennoch haben sich in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre die Möglichkeiten für Frauen, sich in eigener Sache politisch zu engagieren, erheblich erweitert. Außerdem nutzten zunehmend mehr Frauen die sich ihnen auf bewegungsorientierter wie etablierter Seite bietenden Experimentierfelder politischen Handelns. Es führt allerdings zu weit, bereits zu dieser Zeit von feministischen Gruppen und ihren Repräsentantinnen als „potentiellen Mitspielerinnen auf dem Felde der Politik“⁵³ zu sprechen oder gar von einer mehr oder weniger geradlinigen Entwicklung von der neuen Frauenbewegung hin zu der sich seit den 1980er Jahren durchsetzenden Politik der Gleichstellung auszugehen⁵⁴, wie dies auch in der jüngsten Geschichtsschreibung noch häufig geschieht.

2. Von der Autonomie zum Establishment? Erste Schritte zu einer institutionalisierten Frauenpolitik in Bayern

Erste Versuche, Frauen und ihre Anliegen in den politischen Entscheidungsprozess mehr als bisher zu integrieren, gab es in Bayern Anfang der 1970er Jahre. Das seit Mai 1972 im Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung eingerichtete Frauenreferat machte sich noch im gleichen Jahr daran, die auf Landesebene organisierten Frauenverbände bzw. Frauengruppen gemischter Verbände an einen Tisch zu bringen. Aus dieser von oben angestoßenen und einem Auftrag des zuständigen Ministers Fritz Pirkel (CSU) entsprechenden Initiative entstand der *Bayerische Landesfrauenausschuss*, der im Juni 1973 offiziell gegründet wurde. Mit einer Einrichtung dieser Art, die es in anderen Bundesländern wie Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen meist unter dem Namen *Landesfrauenrat* bereits gab, wollte man „den so häufig nebeneinander arbeitenden“ Frauenverbänden über die Vermittlung des Ministeriums die Möglichkeit geben, gemeinsame Stellungnahmen zu

⁵² Vgl. v. a. die Überlegung zur Wirkung der neuen Frauenbewegung in: Schulz: Langer Atem, S. 226–245.

⁵³ So das Urteil von Ilse Lenz in: Lenz: Neue Frauenbewegung in Deutschland, S. 581.

⁵⁴ So z. B. Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 5, S. 178.

erarbeiten und diese in die gesellschaftspolitische Debatte auf landespolitischer Ebene einzubringen.⁵⁵ Der Geschäftsordnung zufolge besteht die Aufgabe des bis heute tätigen Gremiums darin, „zur Verwirklichung von Gleichberechtigung und Chancengleichheit sowie zur Verbesserung der Situation in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft“ beizutragen. Dies geschieht vor allem über „öffentliche Meinungsbildung“, die sich über „Stellungnahmen und Empfehlungen an die Organe der Legislative und Exekutive in allen Fragen, die die gesellschaftliche Situation der Frau betreffen“, sowie über die Beratung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, dessen Benennung inzwischen um „Familie und Frauen“ erweitert wurde.⁵⁶

Ein solch korporatives Organ war Gruppen aus der neuen Frauenbewegung allerdings ein Dorn im Auge. So ereiferte sich Hannelore Mabry aus dem *Frauenforum München* bereits im Vorfeld der Gründung, dass es sich beim *Landesfrauenausschuss* lediglich um einen „Neuaufguss“ des *Stadtbunds Münchner Frauenverbände* auf Landesebene handele, bei dem „Klassenkämpferinnen und Feministinnen“ „gleichermaßen unbeliebt“ seien. Während das *Frauenforum* wenigstens noch gelegentlich Gast beim *Stadtbund* sein dürfe, gebe es zwischen offiziellen Stellen und feministischen Gruppen wie „der Aktion § 218 und der SFOM (Sozialistische Frauenorganisation München)“ nicht einmal Kontakt.⁵⁷ Nun kümmerten sich in Bayern auch noch die „Patriarchen selbst“ um „Zusammenführung und Betreuung“ von Frauen, weshalb von einem solchen „in die Staatsregierung eingebundenen“ *Landesfrauenausschuss* nur wenige Ergebnisse zu erwarten seien.⁵⁸

Allerdings hing das Misstrauen des *Frauenforums* auch damit zusammen, dass es trotz mehrfacher Bemühungen um eine Mitgliedschaft vom *Landesfrauenausschuss* ausgeschlossen blieb. Im Gegensatz zu – nach Einschätzung des *Forums* zum Teil nun gar nicht frauenorientierten – Organisationen wie den im Landtag vertretenen Parteien, den Gewerkschaften, katholischen und evangelischen Frauenverbänden, aber auch der *Sudetendeutschen Landsmannschaft*, dem Sozialverband *VdK*, dem *Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverein*, dem *Verband Deutscher Staatsbürgerinnen*, dem *Hebammenverband*, dem *Deutschen Akademikerinnenbund*, dem *Volksbund deutscher Kriegsgräberfürsorge*, dem *Roten Kreuz*, dem *Beamtenbund*, dem *Bauernverband*, dem *Juristinnenbund* oder der *Arbeitsgemeinschaft Frauenseelsorge* hatte das *Frauenforum* nämlich keine Einladung zur konstituierenden Sitzung des *Bayerischen Landesfrauenausschusses* erhalten und protestierte heftig gegen diese „Ignoranz“: Am Tag des ersten Ausschusstreffens demonstrierte das *Frauenforum* vor dem Ministerium mit mehreren Transparenten, Schildern⁵⁹ und „einer schwarzen Fahne“, wie sich ein Mitglied des *Landes-*

⁵⁵ Ingeborg Geisendörfer: Aus den Anfängen des Bayerischen Landesfrauenausschusses, in: Bayerischer Landesfrauenausschuss: 20 Jahre, S. 15.

⁵⁶ § 1 der Geschäftsordnung des Bayerischen Landesfrauenausschusses, abgedruckt in: Bayerischer Landesfrauenausschuss: 20 Jahre, S. 59.

⁵⁷ Notizen, in: Information des Frauenforum München 2 (1973) 3, S. 24f.

⁵⁸ Die angemessene Vertretung, in: Information des Frauenforum München 2 (1973) 4, S. 12ff., hier S. 12.

⁵⁹ Ebd.; Geburtswehen beim Landesfrauenausschuss, in: Süddeutsche Zeitung vom 29. 6. 1973.

frauenausschusses erinnert⁶⁰. Staatsminister Pirkl erklärte die Nichtberücksichtigung des *Frauenforums* auf der Sitzung des *Landesfrauenausschusses* mit Unkenntnis: Das *Frauenforum* sei seiner Behörde als demokratische und auf Landesebene in der Frauenarbeit tätige Gruppe „nicht bekannt“ gewesen.⁶¹

Aus dieser Aussage spricht neben der vermutlich tatsächlichen Unkenntnis auch ein gewisses Unbehagen eines etablierten Akteurs einem politischen Neuling gegenüber, das sich im hier geschilderten Fall nicht überwinden ließ. Von einem mehr oder weniger geradlinigen Weg der autonomen Frauenbewegung ins „Establishment“ kann deshalb nicht gesprochen werden. Alle Anträge auf Mitgliedschaft, die das *Frauenforum* in den 1970er Jahren an den *Landesfrauenausschuss* richtete, wurden abschlägig beschieden.⁶² Dies wurde in erster Linie formal begründet, da in den Augen des Gremiums der Verein vorwiegend auf kommunaler und nicht auf Landesebene aktiv war. Allerdings ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Ablehnung des *Frauenforums* auch damit zu tun hatte, dass es sich zur neuen Frauenbewegung zählte: Der *Landesfrauenausschuss* betrachte sich „als Koordinierungsorgan aller gesellschaftlichen Kräfte, die sich mit Fragen der Politik für die Frau befassen“, ließ er das *Frauenforum* 1974 wissen. Da das *Frauenforum* sich aber in Zielsetzung, Arbeitsweise und Argumentation von diesen unterscheidet und diese „grundsätzliche Andersartigkeit“ bereits „selbst wiederholt“ festgestellt habe, könne es dem *Landesfrauenausschuss* nicht beitreten.⁶³

Die Befürchtung Mabrys, dass es sich beim *Bayerischen Landesfrauenausschuss* nicht um einen Hort großer frauenpolitischer Innovationen handeln werde, bewahrheitete sich – zumindest in den ersten Jahren seines Bestehens. Dies lässt sich hauptsächlich auf zwei Gründe zurückführen: Das Gremium setzte sich aus ganz unterschiedlichen Verbänden zusammen und verfügte nur über wenig Geld. So hatte schon die Wahl der Vorsitzenden gezeigt, dass der ausgesprochene Wunsch, dabei die „wesentlichen gesellschaftlichen Kräfte“ widerzuspiegeln, nicht ohne weiteres in die Tat umzusetzen war. Während die ehemalige CSU-Bundestagsabgeordnete Ingeborg Geisendörfer⁶⁴ aus der *Evangelischen Frauenarbeit* problemlos an die Spitze des Ausschusses gewählt wurde, konnte die Vertreterin des *Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB)* Ursula Wolfring⁶⁵ erst nach mehreren Abstimmungen zu ihrer Stellvertreterin ernannt werden.⁶⁶ Im Gegensatz zur 1907 geborenen Geisendörfer, die neben ihrem konfessionell geprägten Einsatz für Frauen auch in der *Arbeitsgemeinschaft der Frauen in der CSU* tätig war, wurde offensichtlich der zwanzig Jahre jüngeren Wolfring, die zu dem Zeitpunkt die Po-

⁶⁰ Ingeborg Geisendörfer: Aus den Anfängen des Bayerischen Landesfrauenausschusses, in: Bayerischer Landesfrauenausschuss: 20 Jahre, S. 16.

⁶¹ Ebd.

⁶² Feminismus und die Praxis, in: *Frauenforum. Stimme der Feministen* 4 (1975) 1, S. 16–21, hier v. a. S. 18f.

⁶³ BayHStA, MArb 3543/I: Bayerischer Landesfrauenausschuss an Frauenforum München vom 9. 12. 1974.

⁶⁴ Zur Person ausführlicher: Heidenberger: Die Glöcknerin.

⁶⁵ Eine Kurzbiografie: „Ständig Hürden überwinden“ – Ursel Wolfring, in: *Landesfrauenausschuss des DGB-Bayern: Probiern wir's*, S. 71ff.

⁶⁶ Geburtswehen beim Landesfrauenausschuss, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 29. 6. 1973.

sition der Frauensekretärin des *DGB*-Landesbezirks Bayern innehatte, weniger Vertrauen entgegengebracht.

Zudem war der *Landesfrauenausschusses* darauf angewiesen, dass das Arbeits- und Sozialministerium ihm einen gewissen organisatorischen und materiellen Rahmen bot, etwa indem es bestimmte Kosten übernahm, so zum Beispiel die Reisekosten, die den schließlich 50 Delegierten der Verbände durch die Teilnahme an den Sitzungen entstanden. Allerdings musste jeglicher finanzieller Aufwand immer erst bewilligt werden.⁶⁷ Ansonsten arbeiteten die Vertreterinnen der Verbände ehrenamtlich und gingen, so das Urteil der Vorsitzenden Geisendörfer, in dem „so heterogen zusammengesetzten Gremium“ notwendigerweise „mit großer Behutsamkeit“ zu Werke.⁶⁸

Gerade hier wird der große Unterschied dieses Organs zu den Gruppen der neuen Frauenbewegung deutlich. Eine Hannelore Mabry, die zur gleichen Zeit öffentlich auf Demonstrationen, Informationsständen in der Münchner Fußgängerzone und ihrer Zeitung dagegen zu Felde zog, dass sich die Parlamente mit den wenigen Frauen, die dort als gewählte Volksvertreterinnen tätig waren, wie mit „Feigenblättern“ schmückten⁶⁹, hätte nichts mit dem im Vergleich zu ihrem Einsatz zaghaften und im Hintergrund der „großen“ Politik wirkenden Auftreten des *Landesfrauenausschusses* anzufangen gewusst. Dieser schrieb beispielsweise 1974 an den bayerischen Ministerpräsidenten Alfons Goppel (CSU), dass „aufgrund von Äußerungen maßgebender Persönlichkeiten“ anzunehmen sei, dass dem neu zu bildenden Kabinett keine Frau angehören werde. Deshalb bitte der *Landesfrauenausschuss* „dringlich“, „nicht auf die Mitarbeit *mindestens* einer Frau im Kabinett zu verzichten“.⁷⁰

Die Kandidatin, die es 1974 schließlich zum Posten einer Staatssekretärin für Unterricht und Kultus brachte, war Mathilde Berghofer-Weichner. Die Positionen der neuen Frauenbewegung teilte diese Politikerin jedoch nicht, obwohl sie zumindest in der Frage von Frauen in Führungspositionen zur weiblichen Avantgarde gehörte. Die Juristin war seit 1968 stellvertretende Vorsitzende der CSU und wurde schließlich zwischen 1986 und 1993 Bayerns erste Ministerin mit dem Ressort Justiz. Sie machte sich als engagierte Katholikin, Vertreterin einer strengen Rechtspolitik und entschiedene Gegnerin der Abtreibung einen Namen.⁷¹

Obschon der *Landesfrauenausschuss* keineswegs im Gleichschritt mit der neuen Frauenbewegung agierte, darf nicht übersehen werden, dass das Gremium der bayerischen Regierung frauenbezogene Themen gerade dann nahebrachte, wenn diese nicht im CSU-Parteiprogramm erwähnt wurden bzw. sich nicht mit ihm vertrugen. So zeichnete sich 1975 auf Bundesebene im Zuge der Reform des Para-

⁶⁷ Vgl. dazu die entsprechende Korrespondenz zwischen Landesfrauenausschuss und der Ministerialbürokratie in: BayHStA, MArb 3543/I.

⁶⁸ Ingeborg Geisendörfer: Aus den Anfängen des Bayerischen Landesfrauenausschusses, in: Bayerischer Landesfrauenausschuss: 20 Jahre, S. 17.

⁶⁹ Kein Unkraut – keine Blumen – nur Feigenblätter im 7. Deutschen Bundestag, in: Information des Frauenforum München 2 (1973) 1, S. 8.

⁷⁰ BayHStA, MArb 3543/I: Die Vorsitzende des Bayerischen Landesfrauenausschusses Ingeborg Geisendörfer an den Bayerischen Ministerpräsidenten Alfons Goppel vom 5. 11. 1974. Hervorhebung im Original.

⁷¹ Die eiserne Lady, in: Süddeutsche Zeitung vom 29. 5. 2008.

grafen 218 StGB eine Indikationslösung mit sogenannten flankierenden Maßnahmen ab, deren Ausgestaltung in der Gesetzgebung der Länder lag. Gemeint war damit die Beratung schwangerer Frauen, zu der der *Bayerische Landesfrauenausschuss* wie folgt Stellung bezog: Zwar müssten angesichts des Urteils des Bundesverfassungsgerichts die Beratungen auf die Fortführung der Schwangerschaft ausgerichtet sein. Gleichzeitig sei den betroffenen Frauen aber die Möglichkeit zu eröffnen, sich an eine „unabhängige, auf einem Vertrauensverhältnis basierende“ Beratungsstelle zu wenden. Auch wenn sich der *Landesfrauenausschuss* im Einvernehmen mit der CSU zum Schutz des ungeborenen Lebens bekannte, klang in seiner Empfehlung dennoch das Recht der Frauen auf Selbstbestimmung in ihrer Lebensgestaltung an.⁷²

Zudem plädierte der *Landesfrauenausschuss* bereits 1974 für eine eigenständige Rentenversicherung für nichterwerbstätige Ehefrauen⁷³ und konnte sich angesichts des Problems fehlender öffentlicher Kinderbetreuung sogar ein Tagesmuttermodell vorstellen, wenngleich nicht für Kinder unter drei Jahren: „Karenzurlaub“ für einen Elternteil galt hier als Lösung, denn „der Vater kann hier als die positivste Ersatzperson für die Mutter gelten“.⁷⁴ Nicht zuletzt sah der *Landesfrauenausschuss* 1978 in häuslicher Gewalt ein Problem, das „zunehmend drängt“, weshalb er präventive Maßnahmen ebenso wie ein „Zufluchthaus“ für unabdingbar hielt.⁷⁵ Die entsprechende Münchner Einrichtung des *Vereins für Fraueninteressen* förderte das Arbeits- und Sozialministerium schließlich als Modellprojekt.⁷⁶

Modernisierte Rollenbilder und liberalere Wertvorstellungen brachen sich also auch in Institutionen Bahn, die den sozialen Bewegungen, die sich seit dem Ende der 1960er Jahre zu Wort meldeten, fernstanden und sich nur zögerlich auf den gesellschaftlichen Wandel einließen. Der *Bayerische Landesfrauenausschuss* stellte dabei gerade deshalb ein vermittelndes Organ zwischen weiblichen Anliegen und Regierungsstellen dar, weil er sich der Korporation verschrieb und aus Verbänden bestand, die über gute Kontakte zu Politikern und politischen Institutionen verfügten. Dies zeigte sich vor allem um 1980. Die bayerische Staatsregierung hatte im Dezember dieses Jahres beschlossen, im Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung zusätzlich zum Frauenreferat eine „Leitstelle für die Gleichstellung von Frauen“ einzurichten. Diese Einrichtung, die ein knappes Jahr später die Arbeit aufnahm, sollte dazu beitragen, dass „das verfassungsrechtlich verankerte Gebot der Gleichbehandlung von Frau und Mann in der sozialen Wirklichkeit besser durchgesetzt werden“ könne. Zu den Aufgaben der Leitstelle gehörte, bei allen Gesetzes- und Verordnungsvorlagen auf die Einhaltung der Gleichbehandlung zu achten, Vorschläge zur Beseitigung vorhandener Benachteiligung von Frauen und

⁷² Zur Ausgestaltung der Beratung im Rahmen ergänzender Maßnahmen zu §§ 218 ff Strafbuch 1975, in: Bayerischer Landesfrauenausschuss: 20 Jahre, S. 133.

⁷³ Soziale Sicherung der Frau, in: Bayerischer Landesfrauenausschuss: 20 Jahre, S. 179–183.

⁷⁴ Erziehung von Kindern in Tagespflege („Tagesmutter“), in: Bayerischer Landesfrauenausschuss: 20 Jahre, S. 123–127, die Zitate S. 124.

⁷⁵ Gewalt gegen Frauen, in: Bayerischer Landesfrauenausschuss: 20 Jahre, S. 249–256, das Zitat S. 256.

⁷⁶ Vgl. dazu Kap. IV.2.c.

zur Verbesserung ihrer Situation auszuarbeiten und Ansprechpartnerin „in allen Fragen der Gleichstellung“ zu sein.⁷⁷

Die Entscheidung der Staatsregierung, eine solche Stelle einzurichten, hatte sich dabei offensichtlich derart unbemerkt vollzogen, dass sich sogar eine Landtagsabgeordnete der CSU Gewissheit über den Ursprung der Idee verschaffen musste. Auf die Anfrage Barbara Stamms erläuterte Staatssekretär Heinz Rosenbauer (CSU) dem Landtag, dass die Initiative zu einer solchen Stelle nicht etwa von der SPD ausgegangen sei, sondern dass sich „auch“ die CSU „intensiv“ mit der Frage beschäftige, wie „den Belangen der Frauen besser als bisher“ Rechnung getragen werden könne. Dafür habe insbesondere der *Bayerische Landesfrauenausschuss* „entsprechende Anregungen“ gegeben und sich „aktiv“ an den Überlegungen der Staatsregierung beteiligt.⁷⁸

Der *Bayerische Landesfrauenausschuss* selbst ließ später in der Presse⁷⁹, aber auch in seiner Chronik wissen, wie diese aktive Beteiligung aussah: Im Laufe der 1970er Jahre habe er sich aufgrund seiner „fundierten“ Arbeit zu einem Gremium entwickelt, das „von den zuständigen Stellen“ ernst genommen worden sei. So habe man „selbstbewusst und mit Nachdruck“ Gespräche mit „entscheidenden Persönlichkeiten“ bis hin zum Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß (CSU) führen können, dem der *Landesfrauenausschuss* schließlich die „Errichtung einer Leitstelle für Frauenfragen abrang“.⁸⁰ In einer zeitgenössischen Verlautbarung des Gremiums war davon die Rede, dass es zwei Jahre gedauert habe, um die Staatsregierung von einer solchen Einrichtung zu überzeugen.⁸¹

Letztlich entsprach die Leitstelle auch einer Empfehlung der Enquete-Kommission Frau und Gesellschaft, die der Bundestag 1973 eingerichtet hatte. Die überfraktionelle Arbeitsgruppe kam in ihrem Bericht im August 1980 unter anderem zu dem Schluss, dass es „wirksamer Mittel“ bedürfe, um „die Gleichberechtigung der Frau zu fördern“. Ein solches Mittel sei in institutionalisierten „Gleichbehandlungsstellen“ auf den Ebenen von Bund, Ländern und Kommunen zu sehen. Die Kommission verfügte jedoch aufgrund der „bisherigen geringen Erfahrungen“ nicht über ein „umfassendes Konzept“ für derartige Einrichtungen.⁸²

Die Gründung der Leitstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern im bayerischen Arbeits- und Sozialministerium stellte kein Paradebeispiel demokratischer Transparenz dar. Allerdings tat dies der Langlebigkeit der bis heute bestehenden Einrichtung keinen Abbruch. Seit den 1980er Jahren entwickelte sich die Leitstelle zu dem Ort, an dem die Gleichstellungskonzeptionen der bayerischen Staatsregierung erarbeitet werden. Was sich auf Landesebene gänzlich ohne

⁷⁷ IfZ-Archiv, DI: Bayerisches Staatsministerium für Arbeit, Familie und Sozialordnung (Hrsg.): 10 Jahre Leitstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern, München 1991, S. 1.

⁷⁸ Bayerischer Landtag – Plenarprotokoll 9/88 vom 8. 4. 1981.

⁷⁹ Ursula Peters: Beharrliches Anrennen gegen männliche Bastionen, in: Süddeutsche Zeitung vom 10. 11. 1983.

⁸⁰ Ingeborg Geisendörfer: Aus den Anfängen des Bayerischen Landesfrauenausschusses, in: Bayerischer Landesfrauenausschuss: 20 Jahre, S. 18.

⁸¹ „Leitstelle für die Gleichstellung der Frauen“ nimmt Tätigkeit auf, in: echo. Informationen des Bayerischen Landesfrauenausschusses für seine Mitgliedsverbände vom 1. 11. 1981, z. B. gesammelt im FrauenMediaTurm.

⁸² Bericht der Enquete-Kommission Frau und Gesellschaft des Deutschen Bundestags vom 29. 8. 1980, Drucksache 8/4461, S. 37.

Einwirkung frauenbewegt-autonomer Gruppen auf subversive Art und Weise vollzog, stellte sich auf kommunaler Ebene etwas anders dar. Die bayerische Landeshauptstadt begründete im Oktober 1985 eine Gleichstellungsstelle, der bis 2008 Friedel Schreyögg⁸³ vorstand, die der SPD angehörte und bis dahin als Soziologin und in leitender Funktion an der Münchner Volkshochschule tätig gewesen war. Bei der Münchner Gleichstellungsstelle handelte es sich um die erste kommunale Einrichtung dieser Art im Freistaat, deren Entstehung auch damit zusammenhing, dass München seit 1984 wieder über eine Stadtratsmehrheit der SPD verfügte, die unter anderem mit der Einrichtung einer solchen Stelle Wahlkampf betrieben hatte.⁸⁴

Um diesem Versprechen Nachdruck zu verleihen, adaptierten Frauen der SPD- und der Grünen-Fraktion, auf die die Beantragung einer Gleichstellungsstelle im Stadtrat 1984 zurückging, schließlich eine Protestmethode der neuen Frauenbewegung: Als sich die Entscheidung nicht zuletzt aufgrund verfassungspolitischer Bedenken der CSU hinzog, störten Parteifrauen zusammen mit Vertreterinnen der Frauenzentren *Gabelsbergerstraße* und *Kofra* eine Stadtratssitzung mit „Buh-rufen“ und „rosa Flugblättern“, wie eine frauenbewegt orientierte Teilnehmerin dieser Aktion einer Freundin in einem Brief stolz mitteilte.⁸⁵ In München war es also erst Mitte der 1980er Jahre so weit, dass Frauen, die in den politischen Institutionen arbeiteten, mit Frauen aus der autonomen Frauenbewegung einmütig an einem Strang zogen und dabei auch die expressiven Ausdrucksformen des Protests einsetzten, mit denen die neue Frauenbewegung bereits während der 1970er Jahren experimentiert hatte. Vielleicht erklärt das Go-in dabei auch die verstörte Reaktion des damaligen Personalreferenten, der nach der Abstimmung im Sinne der Gleichstellungsstelle an der männlichen Solidarität zweifelte und die Öffentlichkeit wissen ließ: „Trotz eines Zahlenverhältnisses von 52 : 28 zugunsten der männlichen Mitglieder im Stadtrat war die Einrichtung dieser Stelle nicht zu verhindern.“⁸⁶

Auf den deutlichen Hinweis, dass die Einführung der Gleichstellungsstellen in den bestehenden Institutionen auf Widerstände stieß, kann hier nicht mehr eingegangen werden: Das Politikfeld ist noch so jungen Datums, dass es sich der geschichtswissenschaftlichen Betrachtung weitgehend entzieht. Festzuhalten bleibt, dass bei der Etablierung entsprechender Einrichtungen in Bayern die neue Frauenbewegung bestenfalls in zweiter Reihe stand. Insgesamt war deren Haltung zur Gleichstellungspolitik ohnehin gespalten. Während die „integrative“ Seite in institutionalisierten Instrumenten zur Gleichstellung der Geschlechter einen Weg sah, sozusagen mit Hilfe des Systems Frauen und ihre Anliegen zu fördern, wollte die „autonome“ Seite ihre Unabhängigkeit gewahrt wissen, um die befürchtete An- und Einpassung von Frauen in ihre männlich geprägte Umwelt zu verhindern.⁸⁷

⁸³ Zu ihrer Wahl z. B. Evelyn Roll: Erfahrungen der Frauen stärker ins Spiel bringen, in: Süddeutsche Zeitung vom 25. 7. 1985; www.friedel-schreyoegg.de.

⁸⁴ Vgl. dazu den Beitrag „10 Jahre Gleichstellungsstelle München – die Chronik 1985, in: www.muenchen.de/Rathaus/lhm_alt/mde/gstfrau/39371/ex1985.html (Zugriff: 8. 4. 2010).

⁸⁵ IfZ-Archiv, ED 899/10: Brief eines Frauenforum-Mitglieds an eine Freundin vom 5. 1. 1985.

⁸⁶ Zitiert in: Landeshauptstadt München/Gleichstellungsstelle für Frauen: 20 Bewegte Jahre, S. 4.

⁸⁷ Vgl. zu dieser Unterscheidung: Cordes: Gleichstellungspolitik, v. a. S. 714ff.

Aus der Sicht der Historikerin zählt es zu den positiven Auswirkungen des Gleichstellungsansatzes, dass die jeweiligen Behörden zur Situation der weiblichen Bevölkerung Materialien sammelten, die für die Zeit davor bei weitem nicht in dem Umfang und derart differenziert öffentlich zur Verfügung stehen. Gerade in den bayerischen Frauenberichten der 1980er Jahre tritt dabei eine Entwicklung besonders deutlich hervor: Trotz eines gewissen Nachholbedarfs und andauernder Schwierigkeiten in der Gleichstellung der weiblichen Bevölkerung war die zunehmende Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben nicht mehr aufzuhalten. Ende der 1980er Jahre hielt die bayerische Staatsregierung fest, dass immer mehr Frauen im öffentlichen Dienst arbeiteten und dabei „wenn auch langsam“, so doch „immer mehr“ in höhere Stellungen vorrückten. Ende der 1980er Jahre war jede siebte erwerbstätige Frau im öffentlichen Dienst beschäftigt. In dieser Gruppe hatte sich zwischen 1977 und 1989 der Anteil der Frauen, die im höheren Dienst arbeiteten, von 17,6 auf 20,4 Prozent erhöht, während der der Männer etwa gleich bleibend bei rund 29 Prozent lag.⁸⁸

⁸⁸ Vgl. dazu: Bayerisches Staatsministerium für Arbeit, Familie und Sozialordnung: Politik für Frauen, v. a. S. 67.

Schlussbetrachtung

Viele Frauen gingen in der Frauenbewegung der 1970er Jahre mit einer Leidenschaft¹ zu Werke, die in manchen Fällen „lebenslang“ anhielt², freilich nicht immer nur begleitet von „Freude“ und „Liebe“, sondern auch von „Wehmut und Zorn“, wie Hannelore Mabry in einer Rückschau aus dem Jahr 1991 die frauenbewegte Vergangenheit schilderte³. Mabry entwickelte sich bis in die Mitte der 1990er Jahre hinein, als sie ihr Engagement aus gesundheitlichen Gründen aufgab, zu einem Münchner Original.⁴ Seit den 1980er Jahren brachte sich die Feministin mit ihrer Gruppe verstärkt in die Friedens- und Umweltbewegung ein und schrieb sich mit dem provokanten Slogan „Heil Kind“ die Verbesserung der Lebensbedingungen von Kindern auf die Fahnen.

Vor allem mit einem Aufruf zu einem „Mütterfasten“, bei dem die Aktivistin im November 1983 für wenige Stunden die Frauenkirche besetzte, mit ihrer vorzeitigen Verhaftung im Vorfeld des Papstbesuchs in München im Mai 1987 und als mal mehr, mal weniger gern gesehene Betreiberin von Infoständen in der Fußgängerzone sorgte Mabry weiterhin im Stile des feministischen Protests der 1970er Jahre für Furore. Der immer wieder vollzogene bewusste Bruch von (strafrechtlichen wie Anstands-) Regeln führte nicht selten dazu, dass Mabrys Aktionen im Gerichtssaal endeten, wobei der Umgang der Justiz mit den neuen sozialen Bewegungen, ihrem Auftreten und ihren Themen sicherlich noch ein spannendes, bislang wenig ergründetes Forschungsfeld darstellt. Nicht zuletzt schuf Hannelore Mabry mit dem Aufbau des heute im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte in München befindlichen Bayerischen Archivs der Frauenbewegung seit dem Ende der 1980er Jahre die Grundlage dafür, dass frauenbewegte Worte und Taten in der Region bewahrt wurden.

Ähnliches gilt für Christine Dombrowsky, die nach diversen Tätigkeiten „im linken und bürgerlichen Buchhandel“ bzw. mit einem Schwerpunkt in Asyl- und

¹ Das Motto der bewussten Subjektivität und Emotionalität für ihre erste journalistische Bilanz auch bei: Schwarzer: Mit Leidenschaft.

² IFZ-Archiv, ED 899/4: Einladungsschreiben an die SFOM-Frauen zum Jahrestreffen vom 28. 1. 1997.

³ Hannelore Mabry: Ein langer Blick zurück in Freude, Liebe, Wehmut und Zorn, in: Der Feminist. Beiträge zur Theorie und Praxis 14 (1991) 1, S.24-37; dies: Ein langer Blick zurück in Freude, Liebe, Wehmut und Zorn. Teil II, in: ebd. 15 (1992) 1, S.20-34.

⁴ Davon zeugen schon allein die unzähligen Artikel, die sich in den Münchner Zeitungen zu Mabry finden. Eine Auswahl: Die 20 größten Nervensägen, in: Münchener Stadtmagazin vom 23.3.1990; Feministin flippte bei jungen Männern aus, in: tz vom 4.6.1991; Christl Ziegler-Pirthauer: Aufrecht zwischen allen Stühlen, in: Münchner Stadtanzeiger vom 25.7.1991; Claudia Wessel: Eine Frau gegen den Rest der Frauenbewegung, in: Süddeutsche Zeitung vom 19.4.1993; Christine Burtscheidt/Claudia Wessel: Warum es uns Frauen jetzt reicht, in: Süddeutsche Zeitung vom 8.3.1994; Feministin: Nach dem Papst ist die Stadt dran, in: Abendzeitung vom 1.2.1996; Andrea Kästle: Münchens umstrittenste Feministin, in: Abendzeitung vom 26./27.8.2000; Wolfgang Görl: „Weil man mich nicht erziehen kann“, in: Süddeutsche Zeitung vom 26./27.8.2000.

Ausländerfragen bis zu ihrem Tod im Juli 2010 das autonome Archiv 451 zur „lokalen Opposition“ Münchens betrieb und neben der Überlieferung des *Trikont-Verlags* auch die Unterlagen ihrer eigenen Gruppe, den *Siemensfrauen*, aufbewahrte.⁵ Die zum Umfeld der *Siemensfrauen* gehörende Gisela Erler machte sich in den 1980er Jahren in der bundesdeutschen Öffentlichkeit einen Namen, weil sie gemeinsam mit anderen Frauen für das „Müttermanifest“ der *Grünen* verantwortlich zeichnete.⁶ Dieser Einsatz für Frauen mit Kindern war dabei nicht allein der Tatsache geschuldet, dass Erler selbst Kinder hat, sondern ist auch darauf zurückzuführen, dass sie sich im Lauf der Jahre bestimmten Positionen der neuen Frauenbewegung annäherte, was wiederum eng mit ihrem beruflichen Werdegang verbunden war. Zwischen 1974 und 1991 war Erler als Soziologin am Deutschen Jugendinstitut (DJI) in München tätig und begleitete dabei neben anderen Themen zu Familie und Arbeitswelt das vom Bund in den 1970er Jahren ins Leben gerufene Modellprojekt „Tagesmütter“, das die Möglichkeiten auslotete, Kinder unter drei Jahren außer Haus betreuen zu lassen. Heute berät Erler mit ihrem Unternehmen *Familienervice* Firmen und Behörden dabei, den Beschäftigten die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern.⁷

Der Konnex zwischen wissenschaftlichem bzw. professionellem Engagement und bewegungsorientierter Frauenpolitik zeigt sich auch bei anderen Protagonistinnen der Münchner Frauenbewegung, allen voran bei den ehemaligen Mitgliedern der *Sozialistischen Frauenorganisation München (SFOM)*.⁸ Die (lange Zeit) zum Beispiel am soziologischen Institut der Ludwig-Maximilians-Universität oder am DJI angestellten Wissenschaftlerinnen wie Helga Bilden, Karin Jurczyk oder Ilona Ostner widmeten sich dabei unterschiedlichen Fragen, etwa in den Bereichen der weiblichen und der männlichen Sozialisation, der alltäglichen Lebensführung, der Arbeit (von Frauen) in Familie und Beruf oder den Ausprägungen der Frauen- und Familienpolitik unter den Bedingungen eines Wohlfahrtsstaats.⁹ Damit nahmen diese und andere Frauen nicht nur die Geschlechterverhältnisse unter dem Aspekt der Ungleichheit in den Blick. Vielmehr trugen sie dazu bei, dass sich die Frauen- und Geschlechterforschung als Wissenschaftsfeld etablierte und institutionalisierte. So haben bei der Gründung des Vereins *Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen* im Jahr 1978¹⁰ Münchner Soziologinnen, die gleichzeitig in der neuen Frauenbewegung aktiv waren, ebenso eine Rolle gespielt wie bei den Bestrebungen, in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie

⁵ Christine Dombrowsky: Augsburg 1968. Notizen einer Provinzbuchhändlerin, in: Geschichte quer. Zeitschrift der bayerischen Geschichtswerkstätten 7 (1999), S.49; Archiv 451. Die Trikont-Bücher in ihrer Zeit, in: ebd., S.50.

⁶ Vgl. dazu v. a. Pass-Weingartz/Erler: Mütter an die Macht.

⁷ www.gisela-erler.de/lebenslauf.htm (Zugriff: 20.4.2010); Hintergrundgespräch mit Gisela Erler vom 12.12.2008.

⁸ Diskussion ehemaliger Mitglieder der SFOM beim Besuch des IfZ-Archivs am 10.3.2007; Hintergrundgespräch mit Karin Jurczyk vom 13.3.2009.

⁹ Nur jüngste Publikationen in Auswahl: Leitner/Ostner/Schratzenstaller: Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis; Bilden/Dausien: Sozialisation und Geschlecht; Jurczyk/Lange: Vaterwerden und Vatersein heute; Jurczyk u. a.: Entgrenzung von Arbeit; Jurczyk/Oechsle: Das Private neu denken.

¹⁰ Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e. V., in: Frauen-Info vom September 1978.

die Sektion *Frauenforschung in den Sozialwissenschaften* aufzubauen, die 1980 offiziell ins Leben gerufen wurde¹¹.

Auch Barbara Riedmüller, die zu den frühen, seit dem Ende der 1960er Jahre engagierten Protagonistinnen der neuen Frauenbewegung in München im Umkreis der *Roten Frauenfront* zählt, ist ihren wissenschaftlichen wie frauenzentrierten Interessen treu geblieben: Als Professorin für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin pflegt sie bis heute einen Schwerpunkt „weibliche Lebensverhältnisse“.¹² Anita Heiliger schließlich hat sich seit ihrer 1973 aufgenommenen Tätigkeit im DJI vor allem dem Problem der (sexuellen) Gewalt gegen Frauen und Mädchen verschrieben und betrieb Forschungsprojekte zu Gewaltprävention, Gleichberechtigung, alternativen Männlichkeitskonzepten, Freiräumen für Mädchen und Frauen sowie dem Sorge- und Umgangsrecht.¹³ Die im Umfeld von „1968“ in West-Berlin politisierte Soziologin engagierte sich außerhalb des DJI vor allem in den Münchner Frauenzentren, begründete in den 1980er Jahren mit dem *Kommunikationszentrum für Frauen zur Arbeitssituation in München (Kofra)* eine bis heute existierende Einrichtung von und für Frauen und war federführend an der seit den 1990er Jahren bestehenden Münchner Kampagne *Aktiv gegen Männergewalt an Frauen und Mädchen/Jungen* beteiligt.¹⁴

Offensichtlich waren es besonders die Sozial- und Gesellschaftswissenschaften, die feministisch orientierten Frauen Chancen boten, ihre Interessen zu vertiefen und weiter voranzutreiben. So brachte die neue Frauenbewegung im Lauf der Jahre mehr oder weniger einflussreiche Frauen hervor, die über die Vermittlung der Wissenschaft die Öffentlichkeit zur Sensibilität gegenüber Geschlechterfragen aufrufen. Gleichzeitig entstand eine „Szene“, in der meist höchst professionalisiert ein Motto der Frauenbewegung der 1970er Jahre in die Tat umgesetzt wird: „In Frauenfragen Frauen fragen“¹⁵ ist heute neben *Kofra* in München auch an anderen Stellen erwünscht, deren Grundlagen in der Frauenbewegung der 1970er Jahre zu suchen sind: dem *Frauenbuchladen Lillemor's*, dem Verlag *Frauenoffensive*, dem *Frauengesundheits-* und dem *Frauentherapiezentrum* oder dem *Frauentreffpunkt Neuperlach*. Da sich diese Einrichtungen nach wie vor zwischen Autonomie bzw. Selbstverwaltung und gesellschaftlicher Integration bewegen, blieb eine feministische Gegen- und Alternativkultur somit zumindest in Teilen und mittelfristig vor allem dort bestehen, wo Frauen Nischen ausfindig machten und sich bestimmter (sozialer) Problemlagen annahmen.

Hier finden sich bereits gehäuft Hinweise darauf, dass den eingangs geschilderten Thesen eines durchschlagenden und umfassenden Erfolgs der neuen Frauen-

¹¹ FFBIZ, A Rep. 400 BRD 8b.6 (1) Frauenforschung 1968-1979: Schreiben der Sektion der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Gründung „Frauenforschung in den Sozialwissenschaften“ an interessierte Wissenschaftlerinnen vom Mai 1978: Als Kontakt fungieren v. a. Wissenschaftlerinnen am DJI in München; Die Soziologensprache dominierte, in: *Der Tagesspiegel* vom 20. 9. 1980.

¹² www.polwiss.fu-berlin.de/people/ried (Zugriff: 20. 4. 2010); Hintergrundgespräch mit Barbara Riedmüller vom 20. 12. 2008.

¹³ Jüngste Publikationen in Auswahl: Heiliger: Mädchenarbeit im Gendermainstream; Dies./ Wischnewski: Verrat am Kindeswohl. Weiter siehe: www.anita-heiliger.de.

¹⁴ Ausführlicher: Heiliger: Männergewalt gegen Frauen beenden.

¹⁵ Evelyn Roll: Warum Frauen lieber Frauen fragen ..., in: *Süddeutsche Zeitung* vom 28. 4. 1980.

bewegung mit großer Vorsicht zu begegnen ist, auch wenn hier der Wunsch manchmal Mutter der Gedanken sein mag. Zunächst ist festzuhalten, dass sich der Aufbruch und die Entwicklung einer Bewegung von Frauen um die Wende von den 1960er zu den 1970er Jahren nicht aus sich selbst heraus vollzog, sondern von den grundlegenden Wandlungerscheinungen der Zeit ebenso geprägt war wie von der Unruhe um „1968“. Dabei zeugten (wenngleich zaghafte) politische Reformen und soziokulturelle Veränderungen davon, dass der Gleichberechtigung von Frauen im öffentlichen Diskurs langsam ein höherer Wert beigemessen wurde. Zudem beeinflussten wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Entwicklungen die Lebenssituationen und das Bewusstsein insbesondere der weiblichen Bevölkerung.

So sorgten die Ablösung der Industrie- durch die Dienstleistungsgesellschaft, die zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen, die Bildungsexpansion und mit ihr die Erschließung neuer Wissensfelder vor allem im Bereich der Soziologie, aber auch die Urbanisierung und neue Formen des Städtebaus, die Rationalisierung der Hausarbeit durch Haushaltstechnik oder die Entwicklung und Verbreitung der Pille bereits vor „1968“ für Modernisierungsschübe. Dabei veränderten sich gerade weibliche Lebenswelten eklatant: Es entstanden neue Freiräume, die Ausgestaltung ermöglichten. Frauen profitierten von neuen Angeboten persönlicher Veränderung, gerieten bei deren Realisierung aber auch in Konflikt mit den nach wie vor in der Gesellschaft existierenden Rollenidealen, Schranken und Benachteiligungen. Diese Widersprüche griff die neue Frauenbewegung mit ihren Forderungen nach Emanzipation und Selbstbestimmung auf und wurde damit sowohl zum Produkt als auch zur Produzentin der sie umgebenden längerfristigen Wandlungsprozesse.

Mit dem Wandel von Politik und Gesellschaft seit den 1960er Jahren allein ist die Entstehung der neuen Frauenbewegung allerdings nicht zu erklären. Auch wenn die häufig unterstellte Wirkmächtigkeit von „1968“ Grenzen hatte, so entfaltete sich aus der Außerparlamentarischen Opposition und den Studentenprotesten heraus eine Dynamik, die einen feministischen Aufbruch beflügelte und sich keinesfalls darauf beschränkte, dass sich Frauen gegen den Chauvinismus der Revolte zur Wehr setzen und sich mehr und mehr abgrenzten. Vielmehr trug „1968“ entscheidend zur Politisierung von Frauen gerade im Hinblick auf (vermeintlich) weibliche Angelegenheiten rund um Kinderläden, Kommunen und Krawallen bei. Außerdem erhielt der außerparlamentarische Protest Vorbildfunktion, was die Organisations- und Artikulationsformen, die Diskurse und Leitideen sowie die inhaltlichen Schwerpunkte der neuen Frauenbewegung anbelangte. Über das linke Selbstverständnis hinaus machten sich die in ihrer Anzahl rasant wachsenden Frauengruppen nicht zuletzt die Infrastruktur zunutze, die durch „1968“ etwa in Form von Verlagen, Gruppierungen oder Kommunikationskanälen bereits bestand und zudem über das „annus mirabilis“ hinaus existierten. Die hier geschilderten Beziehungen etwa zwischen der Betriebsarbeit oder dem *Trikont-Verlag* einerseits und den weiblichen Zusammenschlüssen andererseits sind deshalb ein Beweis dafür, dass „1968“ nicht nur unter einem regionalen Blickwinkel einer weiteren Differenzierung bedarf. Vielmehr ist dringend geboten, die von „1968“ aufgegriffenen und die Geschlechterordnung betreffenden Anliegen stärker in den

Blick zu nehmen und dabei vor allem nicht die „Töchter der Revolte“ zu vergessen. Nur so kann vermieden werden, dass „1968“ weiter vorwiegend als Aufstand einer geschlechtslosen bzw. männlichen Jugend gegen das staatliche und universitäre Establishment interpretiert wird.

Das feministische Engagement erlangte im Lauf der 1970er Jahre eine immer größere Vielfalt und löste sich im Zuge dessen zusehends aus seinem unmittelbaren Entstehungskontext. Eigendynamik erhielt die junge Bewegung nicht zuletzt dadurch, dass sie sich etwa zeitgleich in vielen Ländern Nordamerikas und Westeuropas formierte. Die Internationalität war Merkmal und entscheidender Triebfaktor des weiblichen Protests zugleich und bildete deshalb eine wichtige Ressource für die Weiterentwicklung des frauenzentrierten Tatendrangs. Dies galt insbesondere für die neue Frauenbewegung in der Bundesrepublik, die zunächst nur wenig über ihre Vorgängerin des 19. und frühen 20. Jahrhunderts wusste und darüber hinaus ein äußerst distanziertes Verhältnis zu etablierten Frauenverbänden pflegte. Der internationale Austausch wirkte, wie am Beispiel des Themas Gewalt an Frauen bereits gezeigt wurde, also „mobilisierend und dynamisierend“, da er nicht nur praktische Anregungen etwa durch die Selbsthilfe bot, sondern der Bewegung „auch theoretisch den Rücken stärkte durch die Radikalität verschiedener kapitalismus- und/oder patriarchatskritischer Gesellschaftsanalysen“.¹⁶

Obgleich sich in den 1970er Jahren feministisches Engagement vorwiegend vor Ort abspielte, prägten Erfahrungen der Internationalität das Lebensgefühl und den Alltag der Aktivistinnen (und einiger Aktivisten), wie in den Quellen aus der Bewegung immer wieder zu lesen ist. „Feministen“, hielt etwa die Zeitschrift des *Frauenforums* 1975 fest, „nehmen Kontakt mit Frauengruppen in aller Welt auf“, „lesen die gleichen Bücher, behandeln die gleichen Fragen und leben in anderen Ländern nicht in Hotels, sondern bei Frauen der Bewegung.“ Die Gemeinsamkeit aller Beteiligten gründete dabei auf dem Wissen, „dass unsere Probleme überall die gleiche Wurzel haben, dass es nur kulturelle Unterschiede, Variation in der Art und im Ausmaß der sexuellen Unterdrückung gibt.“¹⁷ Nicht nur in München halfen Frauenkongresse, feministische Literatur, Frauenlieder, aber auch Frauenreisen und der Besuch anderer Frauengruppen den Aktivistinnen dabei, sich über weibliche Lebenssituationen zu verständigen und so eine grenzüberschreitende Identität zu schaffen. Die Politik der ersten Person¹⁸ – also für sich selbst aktiv zu werden – bezog sich sowohl auf das „Ich“ als auch auf das „Wir“.

Zwar setzte sich dieses „Wir“ vornehmlich aus Frauen zusammen, bei denen sich die grundlegenden Wandlungsprozesse und deren Ambivalenz besonders deutlich bemerkbar machten – jüngere Frauen meist, die studierten bzw. studiert hatten oder in gehobenen Ausbildungsberufen tätig waren. Dennoch gelang es der neuen Frauenbewegung bisweilen, diesen Trägerinnenkreis zu erweitern. Die eingängige Vorstellung einer allgemeinen Unterdrückung und das Befreiungsversprechen, die sich um die zentrale Parole „Das Private ist politisch“ rankten, waren in

¹⁶ Dackweiler/ Schäfer: Lokal – national – international, S.201.

¹⁷ o. A.: Unsere Schwestern in Indien, in: *Frauenforum. Stimme der Feministen* 4 (1975) 3, S. 9–13, hier S.9.

¹⁸ So etwa der Aufruf der feministischen Autorin Millet: Sexus und Herrschaft.

viele Richtungen anschlussfähig und wirkten dabei auch Unterschieden entgegen, die beispielsweise aus unterschiedlichem Alter, Status sowie anderer Schicht- und im Falle von Gruppen wie dem *Frauenforum München* sogar Geschlechtszugehörigkeit hervorgehen mochten. Die Frauenbewegung der 1970er Jahre wurde so ihrem Anspruch, für alle Frauen zu sprechen und damit einen Beitrag zur Verbesserung der Lage der Menschheit zu leisten, zumindest teilweise gerecht.

Freilich hatte die Vielfältigkeit, die die neue Frauenbewegung auszeichnete, einen Preis. Denn die Kreativität und Attraktivität, die von feministischer Theorie und Praxis ausgingen, waren nur eine Seite der Medaille. Sie sorgten nach den ersten Aufbrüchen und dem in weiten Teilen einvernehmlichen Kampf gegen den Paragraphen 218 StGB gerade in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre für eine erhebliche Differenzierung, sowohl was die Bildung neuer Frauengruppen als auch das Formulieren neuer feministischer Thesen anbelangte. Mit der Differenzierung kamen auch Differenzen, die nicht zuletzt darauf zurückzuführen waren, dass – entgegen aller Hoffnungen auf eine unumstößliche Solidarität – die weibliche Bevölkerung keine homogene Gruppe darstellte. Die Frauenbewegung der 1970er Jahre trug mit dazu bei, dieser nicht zuletzt durch die grundlegenden Wandlungsprozesse verstärkten Verschiedenartigkeit von Frauen und weiblichen Lebenswegen ein Gesicht zu geben. Zugleich arbeitete sie sich zum Beispiel in der Frage um die „richtige“ Organisations- und Lebensweise, der Diskussion um „Lohn für Hausarbeit“ oder auch beim Versuch, eine Frauenpartei zu gründen, mitunter vergebens an dieser Mannigfaltigkeit ab.

Die Pluralisierung der Ansätze innerhalb der Frauenbewegung, die damit Abbild ebenso wie Verstärkung des sozialen Wandels war, erhöhte die politische Durchsetzungsfähigkeit einzelner Positionen allerdings nicht. Dabei kam auch zum Tragen, dass die von vielen Gruppen als männer- und staatsfern verstandene Autonomie den Weg in oder durch die Institutionen im Grunde verbot. Dagegen ist allerdings einzuwenden, dass viele frauenbewegte Ideen nicht ganz so weit vom Ansinnen und von den Unternehmungen der „großen“ Politik entfernt waren, wie es ihre Repräsentantinnen oft glauben machten. So können zum Beispiel die Offenheit, die die Landeshauptstadt München bei den Kinderläden an den Tag legte, oder die allgemeinen Diskussionen darüber, wie man Schwangerschaftsabbrüche zukünftig rechtlich handhaben sollte, als Belege dafür gewertet werden, dass in Politik und Gesellschaft in vielen, gerade Frauen betreffenden Fragen bereits ein Veränderungswille bestand. Die neue Frauenbewegung griff diese Fragen nicht nur in radikalierter Form auf, sondern agierte entgegen des häufig artikulierten Unmuts gegenüber dem Staat in der Bundesrepublik in einem System, das dies zuließ und sich – ungeachtet aller zweifellos fortexistierenden Schwierigkeiten und Beharrungsreste – den Rechten von Frauen und deren Anerkennung als gleichberechtigte (Staats)Bürgerinnen keineswegs vollends verschloss. Nicht zuletzt baute auch die neue Frauenbewegung selbst, wenn auch bisweilen unbewusst, auf das Grundgesetz, wenn sie danach fragte, warum die Verfassungswirklichkeit in manchen Punkten so schwer mit dem Prinzip der Gleichberechtigung in Einklang zu bringen war.

Die partizipatorischen Anstrengungen der neuen Frauenbewegung schlugen sich allerdings meist nicht unmittelbar auf den institutionalisierten Ebenen nieder.

Mit ihrer basisdemokratischen Ausrichtung konnten sich Aktivistinnen nur zum Teil Gehör verschaffen und benötigten daher andere Akteure wie bestehende Frauenverbände oder Parteien, um das ein oder andere ihrer frauenzentrierten Anliegen in die politischen Kanäle einzuspeisen. Dabei verzeichneten einige der von der neuen Frauenbewegung popularisierten Missstände wie die Mehrfachbelastung berufstätiger Mütter oder Gewalt gegen Frauen Thematisierungskarrieren, während – kaum überraschend – gerade solche feministischen Forderungen weitgehend verhallten, die die gänzliche Umgestaltung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bis in die privaten Beziehungen hinein zum Inhalt hatten. Die neue Frauenbewegung erwies sich damit in ihrem Drängen nach Reformen und Inklusion bestimmter Schief lagen, der Beschleunigung des gesellschaftlichen Wandels und Beseitigung seiner negativen Folgen weniger als innovative politische Kraft *sui generis*, sondern betätigte sich – wie auch andere soziale Bewegungen, die in den 1970er Jahren die öffentliche Bühne betraten – eher als „Komplement und Korrektiv etablierter Institutionen“¹⁹. Das System als solches erwies sich also als beständig, gerade weil es durchaus in der Lage war, feministische Positionen bis zu einem gewissen Grad zu integrieren. Dies geschah allerdings nicht so sehr in den klassischen Arenen der Politik, die in Sachen Frauenpolitik mit der Gleichstellung eigene Wege beschriff, die nicht zuvorderst vom frauenbewegten Protest inspiriert waren. Der Feminismus der 1970er Jahre fungierte eher im gesellschaftspolitischen Vorfeld, indem er das Engagement bestehender, Frauenarbeit und -politik betreibender Gruppierungen ankurbelte und soziale Brennpunkte skandalisierte. In diesem Sinne können die Feministinnen in Anlehnung an einen Begriff von Wilfried Rudloff auch als „Thematisierungsagentinnen“ bezeichnet werden.²⁰ Darüber hinaus bereichert die neue Frauenbewegung bis heute den öffentlichen Diskurs durch eine von ihr beförderte und – letztendlich – zum Großteil aus öffentlichen Mitteln finanzierte Wissenschaft.

Auch wenn hier also der These einer von den „dynamischen Zeiten“ der langen 1960er Jahre und einer „Gesellschaft im Aufbruch“²¹ ausgehenden „fundamentalen Liberalisierung“²² und allumfassenden Demokratisierung der politischen Ordnung der Bundesrepublik eine Absage erteilt wird, so gilt dies nicht für die Vorstellung eines längerfristigen Werte- und Mentalitätswandels, in den sich auch die Repräsentantinnen der neuen Frauenbewegung einreihen und ihn dadurch verstärkten. Mit ihrem Motto „Das Private ist politisch“ erhob die Frauenbewegung der 1970er Jahre nicht nur den Anspruch, das, was als politisch relevant anzusehen sei, neu zu bestimmen. Vielmehr war sie gelebter Ausdruck dieser Neubestimmung, die zumindest die Trägerinnen und Sympathisantinnen der Bewegung selbst und ihre unmittelbare Umgebung nicht unbeeinflusst ließen. Indem sich die neue Frauenbewegung anschickte, weibliche Bedürfnisse in ein anderes Licht zu rücken, eröffnete sich ein breites Spektrum neuer Teilhabemöglichkeiten, die Frauen als

¹⁹ Rucht: Gesellschaft als Projekt, S. 18f.

²⁰ Rudloff: Im Schatten, S. 462, schreibt den „68ern“ die Rolle von „Thematisierungsagenten“ zu, die „im Schatten des Wirtschaftswunders“ soziale Missstände aufgegriffen hätten.

²¹ So die Leit motive in: Schildt/Siegfried/Lammers: Dynamische Zeiten; Korte: Gesellschaft im Aufbruch.

²² So ein Leitmotiv in: Herbert: Wandlungsprozesse in Westdeutschland.

Experimentierfeld politischen und sozialen Handelns nutzen. Dies geschah nicht selten über eine bewusste Ablehnung von Verhaltensweisen, die als geschlechtstypisch angesehen wurden. „Feminismus“, schrieb Alice Schwarzer 1975, „wird da konkret, wo zwei, drei Frauen zusammen reden und handeln! Wo Frauen beginnen zu fragen, statt zu gehorchen, zu kämpfen, statt hinzunehmen.“²³

Viele Frauen empfanden es als persönliche Bereicherung, in der Frauenbewegung aktiv zu werden und hier im wahrsten Sinne des Wortes ihre Stimme zu erheben. „Ich persönlich hatte beschlossen, das Plenum für eine rhetorische Übung zu benutzen“, erinnert sich die Münchnerin Ingrid Braun, die 1980 an der Sommeruniversität für Frauen in Berlin teilgenommen hatte. „Vor so vielen zu sprechen, erschien mir als eine Mutprobe, die ich meiner Selbstentfaltung als politisches Wesen schuldig zu sein glaubte.“²⁴ Ein Engagement in der Frauenbewegung zeitigte also Lerneffekte, und das nicht nur hinsichtlich einer politischen Emanzipation.

Vielmehr betraf es auch die unmittelbaren Lebensverhältnisse der Beteiligten, wenn etwa die ebenfalls aus München stammende Dorothea Jablonski um die Mitte der 1970er Jahre ihren Weg in die Frauenbewegung fand, weil sie auf einer „diffusen Suche nach einer Lösung“ gewesen sei, derer ihre damalige Situation als „Vorstadthausfrau“ bedurfte. In der von der Bewegung beförderten Überzeugung, dass „Frauen selbst die Dinge in die Hand nehmen müssen“, schloss sie ihr Studium der Soziologie erfolgreich ab und engagierte sich bis heute in der Frauenbewegung, etwa indem sie das Münchner „Expertinnenberatungsnetz“ initiierte. Zwar sei ihr Einsatz zu Beginn ihrem Mann, den pubertierenden Kindern oder auch den Nachbarinnen „suspekt“ gewesen. Insgesamt habe jedoch ein „kritisches Bewusstsein“ entstehen können, das von „bewussten Feministinnen und Müttern“ weitergegeben werde.²⁵ Gerade im Alltag wurden also Lebenseinstellungen sichtbar, die, so eine weitere Definition von Feminismus, zur „Konstitution und Ermächtigung der Frau als Subjekt“²⁶ beitrugen. In dieser Hinsicht hat die neue Frauenbewegung die Geschlechterbeziehungen allerdings weniger gestört, wie der eingangs zitierte Journalist der *Süddeutschen Zeitung* befürchtete. Vielmehr hat sie die sich bereits seit längerem ankündigende Pluralisierung weiblicher Lebenswege und den damit verbundenen Wandel der Geschlechterordnung beschleunigt.

²³ Schwarzer: Der „kleine Unterschied“, S. 235.

²⁴ Ingrid Braun: Drei Feministinnen auf der Walz. Impressionen zur 4. Frauen-Sommer-Uni, in: Der Feminist. Beiträge zur Theorie und Praxis 5 (1980) 1, S. 1–7, hier S. 6.

²⁵ Maria Börgermann-Kreckl: Vorstadtfrauen verändern die Welt. Interview mit Dorothea Jablonski, in: efi. Evangelische Fraueninformation für Bayern 2 (2008), S. 11.

²⁶ Ergas: Der Feminismus der siebziger Jahre, S. 565.

Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Unveröffentlichte Quellen

a) Bayerisches Hauptstaatsarchiv München (BayHStA)

Bestand Kultusministerium (MK)
Bestand Innenministerium (MIInn)
Bestand Arbeits- und Sozialministerium (MArb)

b) Staatsarchiv München

Bestand Pol Dir. München

c) Stadtarchiv München

Schnittarchiv
Bestand Stadtrat (Sitzungsprotokolle und Aktensammlung)

d) Universitätsarchiv München

Bestand Senatsprotokolle
Flugblattsammlung

e) Siemens Corporate Archives, München

Sammlung Flugblatt-Aktion 1969-1984

f) FrauenMediaTurm, Köln

Sammlungen zu den Themenschwerpunkten Chronik der Neuen Frauenbewegung, Bayerischer Landesfrauenausschuss, Frauenzentrum München, Münchner Frauenzeitung, Flugblattsammlung

g) Frauenforschungs-, -bildungs- und -informationszentrum, Berlin (FFBIZ)

Sammlungen zu den Themenschwerpunkten Frauenforum München, Lohn für Hausarbeit, Frauenforschung, Frauenhaus München, Frauenoffensive München, Frauenparteien, Frauenprojekte, Frauentherapie, Internationales Jahr der Frau, Müttermanifeste, Sommeruniversitäten

h) Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin

Petra Kelly Archiv

i) Archiv der Münchner Arbeiterbewegung, München

Flugblattsammlung

j) (Privat-) Archiv 451, München

Bestände nicht verzeichnet

k) Privatarchiv Lillemors Frauenbuchladen, München

Bestände nicht verzeichnet

l) Privatarchiv Adelheid Opfermann, München

Bestände nicht verzeichnet

m) Archiv des IfZ, München

Bestand ZA/Frauen, ZA/Studenten, ZA/APO-Studentenbewegung

Bestand ZG/Frauen, ZG/München

Druckschriftensammlung

ED 308 Depositum Hartmut Mehringer

ED 328 Depositum Otto Friedrich Schlemper

ED 727 Arbeiter-Basis-Gruppe für den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei

ED 897 Bestand Gewerkschaftsfrauen München

ED 898 Bestand Verein für Fraueninteressen

ED 899 Neue Frauenbewegung München

ED 900 Depositum Hannelore Mabry

ED 914 Depositum Helke Sander

n) Hintergrundgespräche

mit

ehemaligen Mitgliedern der SFOM beim Besuch des IfZ-Archivs am 10. 3. 2007

Christine Dombrowsky vom 5. 3. 2008

Barbara Tedeski vom 18. 8. 2008

Ursula Neubauer vom 7. 10. 2008

Gisela Erler vom 12. 12. 2008

Adelheid Opfermann vom 16. 10. 2008

Barbara Riedmüller vom 20. 12. 2008

Karin Jurczyk vom 13. 3. 2009

II. Gedruckte Quellen und Darstellungen

- „Leben mit Kindern – Frauen werden laut“: Das Müttermanifest, Bonn 1987.
3. Sommeruniversität für Frauen 1978 e. V. (Hrsg.): Frauen und Mütter. Beiträge zur 3. Sommeruniversität von und für Frauen 1978, Berlin 1979.
- Abromeit, Heidrun: Die Stellung der Frau im politischen System – oder: Vom Sinn und Unsinn einer Frauenpartei, in: Gegenwartskunde. Zeitschrift für Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Bildung 2 (1988), S. 183–192.
- Albers, Helene: Bäuerliche Familien zwischen Agrarmodernisierung und gesellschaftlichem Wertewandel, in: Frese, Matthias/Paulus, Julia/Teppe, Karl (Hrsg.): Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik, Paderborn 2003, S. 39–61.
- Albus, Anita u. a. (Hrsg.): Maskulin – feminin, München 1972.
- Allen, Pamela: Der Freiraum, in: Arbeitskollektiv der Sozialistischen Frauen Frankfurt am Main (Hrsg.): Frauen gemeinsam sind stark. Texte und Materialien des Womens's Liberation Movement in den USA, Frankfurt am Main 1972, S. 63–69.
- Apostolidou, Natascha: Die Neue Frauenbewegung in der BRD und in Griechenland. Eine vergleichende Studie, Frankfurt am Main 1995.
- Arbeitskollektiv der Sozialistischen Frauen Frankfurt am Main (Hrsg.): Frauen gemeinsam sind stark. Texte und Materialien des Womens's Liberation Movement in den USA, Frankfurt am Main 1972.
- Archiv 451. Die Trikont-Bücher in ihrer Zeit, in: Geschichte quer. Zeitschrift der bayerischen Geschichtswerkstätten 7 (1999), S. 50.
- Aretz, Jürgen/Morsej, Rudolf/Rauscher, Anton (Hrsg.): Zeitgeschichte in Lebensbildern, Bd. 9: Aus dem Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Münster 1999.
- Autonome Frauenredaktion (Hrsg.): Frauenbewegungen in der Welt, Bd. 1: Westeuropa, Berlin 1988.
- Baader, Meike Sophia (Hrsg.): „Seid realistisch, verlangt das Unmögliche!“ Wie 1968 die Pädagogik bewegte, Weinheim/Basel 2008.
- Dies.: Von der sozialistischen Erziehung bis zum buddhistischen Om. Kinderläden zwischen Gegen- und Elitekulturen, in: Dies. (Hrsg.): „Seid realistisch, verlangt das Unmögliche!“ Wie 1968 die Pädagogik bewegte, Weinheim/Basel 2008, S. 16–35.
- Bascha, Mika: Alice Schwarzer. Eine kritische Biographie, Reinbek bei Hamburg 1998.
- Bauer, Walter (Hrsg.): Nachrichten aus der Provinz 1968. Die APO in Nürnberg. Texte der APO-Press und Pressenachrichten von und über die APO in Nürnberg, Nürnberg 1998.
- Baumann, Bommi: Wie alles anfing. Dieses Buch wurde am 24.11.75 beschlagnahmt und wird jetzt trotz des Verbotes von folgenden Personen und Verlagen neu herausgegeben: Wolfgang Abendroth (u. a.), Frankfurt am Main 1977.
- Bayerischer Landesfrauenausschuss (Hrsg.): 20 Jahre Bayerischer Landesfrauenausschuss 1973–1993, München 1993.
- Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Bayerischer Frauenbericht 1980. Eine Untersuchung über die Situation der Frauen in Bayern, München 1980.
- Dass. (Hrsg.): Politik für Frauen in Bayern. Ausgewählte Daten zur Gleichstellungs- und Frauenpolitik. Eine Information der Bayerischen Staatsregierung, München 1989.
- Beauvoir, Simone de: Le Deuxième Sexe, Paris 1949, dt. Erstausgabe: Das andere Geschlecht, Reinbek 1951.
- Bebel, August: Die Frau und der Sozialismus, Berlin 1964 (Nachdruck).
- Becker, Baerbel (Hrsg.): Unbekannte Wesen. Frauen in den sechziger Jahren, Berlin 1987.
- Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hrsg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie, Wiesbaden 2004.
- Beck-Gernsheim, Elisabeth/Ostner, Ilona: Frauen verändern Berufe nicht? Ein theoretischer Ansatz zur Problematik von Frau und Beruf, in: Soziale Welt 29 (1978), S. 257–287.
- Beck-Gernsheim, Elisabeth: Der geschlechtsspezifische Arbeitsmarkt. Zur Ideologie und Realität von Frauenberufen, Frankfurt am Main 1976.

- Belotti, Elena Gianni: Was geschieht mit kleinen Mädchen? Über die zwangsweise Herausbildung der weiblichen Rolle in den ersten Lebensjahren durch die Gesellschaft, München 1975.
- Benz, Wolfgang (Hrsg.): Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 3: Gesellschaft, Frankfurt am Main 1993.
- Berghahn, Sabine: Frauen, Recht und langer Atem. Bilanz nach über 40 Jahren Gleichstellungsgebot in Deutschland, in: Helwig, Gisela/Nickel, Hildegard (Hrsg.): Frauen in Deutschland 1945–1992, Berlin 1993, S. 71–138.
- Berliner Frauenzentrum: Hexengeflüster. Frauen greifen zur Selbsthilfe, Berlin 1975.
- Berliner Kinderläden: Antiautoritäre Kinderläden und sozialistischer Kampf, Köln 1970.
- Berndt, Heide: Zu den politischen Motiven bei der Gründung erster antiautoritärer Kinderläden, in: Jahrbuch für Pädagogik 1995. Auschwitz und die Pädagogik, Frankfurt am Main 1995.
- Bernhard, Patrick: Zivildienst zwischen Reform und Revolte. Eine bundesdeutsche Institution, 1961–1982, München 2005.
- Biermann, Ingrid: Von Differenz zu Gleichheit. Frauenbewegung und Inklusionspolitiken im 19. und 20. Jahrhundert, Bielefeld 2009.
- Bilden, Helga/Dausien, Bettina (Hrsg.): Sozialisation und Geschlecht. Theoretische und methodologische Aspekte, Opladen 2006.
- Birke, Peter: Wilde Streiks im Wirtschaftswunder. Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik, Frankfurt am Main/New York 2007.
- Blessing, Annemie u. a.: Anmerkungen zur feministischen Therapie, in: Redaktionskollektiv–Strahmer, Anne u. a. (Hrsg.): Frauenjahrbuch 1977, München 1977, S. 192–202.
- Bobbio, Luigi: Storia di Lotta continua, Mailand 1988.
- Bock, Gisela: Frauen in der europäischen Geschichte. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart, München 2000.
- Böckelmann, Frank/Nagel, Herbert (Hrsg.): Subversive Aktion. Der Sinn der Organisation ist ihr Scheitern, Frankfurt am Main 1976.
- Bode, Elfriede: Gebremste Emanzipation? Die soziopsychologische Situation der Frau an den Universitäten, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 19 (1968) H. 7, S. 410–418.
- Bohm, Christiane/Korflür, Gisela: Was erwartet uns beim Frauenarzt, München 1976.
- Böhnisch, Lothar/Schröer, Wolfgang: 1968 – Politische Generation – 1988 – Unpolitische Generation – 2008?, in: Baader, Meike Sophia (Hrsg.): „Seid realistisch, verlangt das Unmögliche!“ Wie 1968 die Pädagogik bewegte, Weinheim/Basel 2008, S. 142–152.
- Bolte, Karl Martin (Hrsg.): Mensch, Arbeit und Betrieb. Beitr. zur Berufs- und Arbeitskräfteforschung; Ergebnisse aus dem Sonderforschungsbereich „Theoretische Grundlagen Sozialwissenschaftlicher Berufs- u. Arbeitskräfteforschung“ d. Univ. München. Sonderforschungsbereiche/Deutsche Forschungsgemeinschaft, Weinheim 1988.
- Ders.: Die Arbeiten im Sonderforschungsbereich 101. Ein Überblick, in: Ders. (Hrsg.): Mensch, Arbeit und Betrieb. Beitr. zur Berufs- und Arbeitskräfteforschung; Ergebnisse aus dem Sonderforschungsbereich „Theoretische Grundlagen Sozialwissenschaftlicher Berufs- u. Arbeitskräfteforschung“ d. Univ. München. Sonderforschungsbereiche/Deutsche Forschungsgemeinschaft, Weinheim 1988, S. 3–36.
- Bösch, Frank: Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei. 1945–1969, Stuttgart/München 2001.
- Boston Women's Health Book Collective: Our Bodies, Ourselves, Boston 1970, dt. Unser Körper, unser Leben. Ein Handbuch von Frauen für Frauen, Reinbek bei Hamburg 1980.
- Bott, Gerhard: Erziehung zum Ungehorsam. Kinderläden berichten aus der Praxis der antiautoritären Erziehung, Frankfurt am Main 1970.
- Böttger, Barbara: Das Recht auf Gleichheit und Differenz. Elisabeth Selbert und der Kampf der Frauen um Art. 3 II Grundgesetz, Münster 1990.
- Dies.: Mut zur Öffentlichkeit. Irmgard von Meibom. 50 Jahre im Ehrenamt, Göttingen 2001.
- Brückner, Margit/Holler, Simone: Frauenprojekte und soziale Arbeit. Eine empirische Studie, Frankfurt am Main 1990.

- Brunner, Claudia: Von schwierigen Anfängen. Frauenpolitik des DGB Bayern 1945 bis 1995, in: Landesfrauenausschuss des DGB-Bayern (Hrsg.): „Probiern wir’s halt mit dem Weib einmal!“ Aus der Geschichte der gewerkschaftlichen Frauenpolitik in Bayern 1945–1995, München 2002, S.77–135.
- Brüssow, Gaby: Frauenpolitik. Zum Verhältnis von Frauen und Politik am Beispiel von Frauenorganisationen der Parteien SPD und DIE GRÜNEN, Münster 1996.
- Budde, Gunilla-Friederike (Hrsg.): Frauen arbeiten. Weibliche Erwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland nach 1945, Göttingen 1997.
- Bude, Heinz: „Generation“ im Kontext. Von den Kriegs- zu den Wohlfahrtsstaatsgenerationen, in: Jureit, Ulrike/Wildt, Michael (Hrsg.): Generationen. Zur Relevanz eines wissenschaftlichen Grundbegriffs, Hamburg 2005, S.28–43.
- Ders.: Deutsche Karrieren. Lebenskonstruktionen von Aufsteigern aus der Flakhelfer-Generation, Frankfurt am Main 1987.
- Busch, Tim: Die deutsche Strafrechtsreform. Ein Rückblick auf die sechs Reformen des Deutschen Strafrechts. 1969–1998, Baden-Baden 2005.
- Buske, Sybille: Fräulein Mutter und ihr Bastard. Eine Geschichte der Unehelichkeit in Deutschland 1900–1970, Göttingen 2004.
- Bußmann, Hadumod (Hrsg.): Stieftöchter der Alma Mater? 90 Jahre Frauenstudium in Bayern – am Beispiel der Universität München. Katalog zur Ausstellung, München 1993.
- Callies, Jörg (Hrsg.): Die Reformzeit des Erfolgsmodells BRD. Die Nachgeborenen erforschen die Jahre, die ihre Eltern und Lehrer geprägt haben, Rehbürg-Loccum 2004.
- Chesler, Phyllis: Women and Madness, New York 1972, dt. Frauen – das verrückte Geschlecht?, Reinbek bei Hamburg 1974.
- Christine Dombrowsky: Augsburg 1968. Notizen einer Provinzbuchhändlerin, in: Geschichte quer. Zeitschrift der bayerischen Geschichtswerkstätten 7 (1999), S.49.
- Christlich Demokratische Union Deutschlands (Hrsg.): 13. CDU-Bundesparteitag vom 28. bis 31.3.1965 in Düsseldorf, Bonn 1965.
- Claas, Babette: Gleichberechtigt in den Parteien? Der Gleichberechtigungsartikel und die Parteien in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Herbolzheim 2000.
- Claussen, Detlev: Hans-Jürgen Krahl – ein philosophisch-politisches Profil, in: Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.): Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail 1946–1995, Bd.3: Aufsätze und Kommentare, Hamburg 1998, S.65–70.
- come out Lesbenverlag (Hrsg.): Gespräche mit lesbischen Frauen 1, München 1978.
- Conze, Eckart: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, München 2009.
- Cordes, Mechthild: Gleichstellungspolitik. Von der Frauenförderung zum Gender Mainstreaming, in: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hrsg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie, Wiesbaden 2004, S.712–720.
- Cramon-Daiber, Birgit u. a. (Hrsg.): Schwesterstreit. Von den heimlichen und unheimlichen Auseinandersetzungen zwischen Frauen, Reinbek bei Hamburg 1983.
- d’Eaubonne, Françoise: Feminismus oder Tod. Thesen zur Ökologiedebatte, München 1977.
- Dackweiler, Regina: Ausgegrenzt und eingemeindet. Die neue Frauenbewegung im Blick der Sozialwissenschaften, Münster 1995.
- Dies./Schäfer, Reinhild (Hrsg.): Gewaltverhältnisse. Feministische Perspektiven auf Geschlecht und Gewalt, Frankfurt am Main 2002.
- Dies.: Lokal – national – international. Frauenbewegungspolitik im Rück- und Ausblick, in: Klein, Ansgar/Legrand, Hans-Josef/Leif, Thomas (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven, Opladen 1999, S.199–225.
- Dahrendorf, Ralf: Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik, Osnabrück 1966.
- Dalla Costa, Mariarosa/James, Selma: Die Macht der Frauen und der Umsturz der Gesellschaft, Berlin 1973.

- Davis, Kathy: *The making of our bodies, ourselves. How feminism travels across borders*, Durham 2007.
- Delius, Friedrich Christian: *Unsere Siemens-Welt. Eine Festschrift zum 125jährigen Bestehen des Hauses S.*, Berlin 1972.
- Demirovic, Alex: *Der nonkonformistische Intellektuelle. Die Entwicklung der Kritischen Theorie zur Frankfurter Schule*, Frankfurt am Main 1999.
- Dennert, Gabriele/Leidinger, Christiane/ Raucht, Franziska (Hrsg.): *In Bewegung bleiben. 100 Jahre Politik, Kultur und Geschichte von Lesben*, Berlin 2007.
- Dies.: *Lesben in Wut. Lesbenbewegung in der BRD der 70er Jahre*, in: Dies. (Hrsg.): *In Bewegung bleiben. 100 Jahre Politik, Kultur und Geschichte von Lesben*, Berlin 2007, S. 31–61.
- Dermitzel, Regine: *Thesen zur antiautoritären Erziehung*, in: *Kursbuch 17 (1969): Frau – Familie – Gesellschaft*, S. 179–187.
- Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): *Frankreich-Jahrbuch. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Geschichte*, Opladen 1999.
- Diesel, Christiane: *Das 20. Jahrhundert (I). Frauenbewegung, Klassenjustiz und das Recht auf Selbstbestimmung der Frau*, in: Jütte, Robert (Hrsg.): *Geschichte der Abtreibung. Von der Antike bis zur Gegenwart*, München 1993, S. 140–168.
- Dieterle, Bernard: *Ein Dokument der Dokumentarliteratur. Paratextuelle Überlegungen zu Delius' Festschrift Unsere Siemens-Welt*, in: Durzak, Manfred/Steinecke, Hartmut (Hrsg.): *F.C. Delius. Studien über sein literarisches Werk*, Tübingen 1997, S. 33–47.
- Doderer, Yvonne P./Kortendiek, Beate: *Frauenprojekte: Handlungs- und Entwicklungsräume feministischer Frauenbewegungen*, in: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hrsg.): *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie*, Wiesbaden 2004, S. 684–691.
- Doderer, Yvonne P.: *Never give up! Ein Reader zur Neuen Frauenbewegung*, München 1998.
- Dies.: *Urbane Praktiken. Strategien und Raumproduktionen feministischer Frauenöffentlichkeit*, München 2003.
- Doelter, Barbara: *Flug in die Tiefe der Mondin*, München 1978.
- Dokumentationsgruppe der Sommeruniversität der Frauen e. V. (Hrsg.): *Autonomie oder Institution. Über die Leidenschaft und Macht von Frauen. Beiträge zur 4. Sommeruniversität der Frauen – Berlin 1979*, Berlin 1981.
- Dokumentationsgruppe der Sommeruniversität e. V. (Hrsg.): *Frauen als bezahlte und unbezahlte Arbeitskräfte. Beiträge zur 2. Berliner Sommeruniversität für Frauen. Oktober 1977*, Berlin 1978.
- Doormann, Lottemi (Hrsg.): *Keiner schiebt uns weg. Zwischenbilanz der Frauenbewegung in der Bundesrepublik*, Weinheim/Basel 1983.
- Doormann, Lottemi: *Die neue Frauenbewegung. Zur Entwicklung von 1968 bis Anfang der 80er Jahre*, in: Hervé, Florence (Hrsg.): *Geschichte der deutschen Frauenbewegung*, Köln 1988, S. 255–289.
- Duby, Georges/Perrot, Michelle (Hrsg.): *Geschichte der Frauen. Bd. 5: 20. Jahrhundert*, Frankfurt am Main/New York/Paris 1995.
- Dunkel, Franziska/Stramaglia-Faggion, Gabriella: *„Für 50 Mark einen Italiener.“ Zur Geschichte der Gastarbeiter in München*, München 2000.
- Dünnebier, Anne/Paczynsky, Gert von: *Das bewegte Leben der Alice Schwarzer. Die Biographie*, Köln 1998.
- Durzak, Manfred/Steinecke, Hartmut (Hrsg.): *F.C. Delius. Studien über sein literarisches Werk*, Tübingen 1997.
- Ebbinghaus, Angelika (Hrsg.): *Die 68er. Schlüsseltexte der globalen Revolte*, Wien 2008.
- Dies.: *Das Müttermanifest. Eine Variante der Bevölkerungspolitik*, in: 1999. *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts* 2 (1987) 3, S. 4ff.
- Ehmsen, Stefanie: *Der Marsch der Frauenbewegung durch die Institutionen. Die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik im Vergleich*, Münster 2008.
- Eichler, Gudrun/Schreyögg, Friedel: *Frauenbewegung und Erwachsenenbildung – eine Dokumentation am Beispiel der Münchner Volkshochschule in den Jahren 1970–1985*, in:

- Schäfer, Christine/Wilke, Christiane: Die Neue Frauenbewegung in München 1968–1985. Eine Dokumentation, München 2000, S. 301–313.
- Eifler, Christine (Hrsg.): Erfahrungen mit Feminismus. Ein bißchen Männerhaß steht jeder Frau, Berlin 1991.
- Engels, Friedrich: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, Berlin 1946.
- Ergas, Yasmine: Der Feminismus der siebziger Jahre, in: Duby, Georges/Perrot, Michelle (Hrsg.): Geschichte der Frauen. Bd. 5: 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main/New York/Paris 1995. S. 559–580.
- Etzemüller, Thomas: 1968 – ein Riss in der Geschichte? Gesellschaftlicher Umbruch und 68er-Bewegungen in Westdeutschland und Schweden, Konstanz 2005.
- Fahlenbrach, Kathrin: Protestinszenierungen. Visuelle Kommunikation und kollektive Identitäten in Protestbewegungen, Wiesbaden 2002.
- Fait, Barbara: Demokratische Erneuerung unter dem Sternenbanner. Amerikanische Kontrolle und Verfassunggebung in Bayern 1946, Düsseldorf 1998.
- Färber, Christine/Hülsbergen, Henrike (Hrsg.): Selbstbewußt und frei. 50 Jahre Frauen an der Freien Universität Berlin, Königstein im Taunus 1998.
- Faulstich, Werner (Hrsg.): Die Kultur der 60er Jahre, München 2003.
- Felgenträger, Wilhelm: Zur Situation weiblicher Hochschullehrer, in: Schriften des Hochschulverbandes 13 (1963), S. 9–23.
- Fels, Gerhard: Der Aufruhr der 68er. Zu den geistigen Grundlagen der Studentenbewegung und der RAF, Bonn 1998.
- Feministische Tendenzen oder was so alles unter Feminismus verstanden wird, in: Jahrbuchgruppe des Münchner Frauenzentrums (Hrsg.): Frauenjahrbuch '76, München 1976, S. 63–106.
- Firestone, Shulamith: The Dialectic of Sex: The Case for Feminist Revolution, New York 1970, dt.: Frauenbefreiung oder sexuelle Revolution, Frankfurt am Main 1974.
- Fischer, Robert/Hembus, Joe: Der Neue Deutsche Film, München 1981.
- Flechtheim, Ossip K./Kupper, Siegfried/Meisner, Manfred (Hrsg.): Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, Bd. 9, Berlin 1971.
- Frandsen, Dorothea/Dahldrup, Ursula: Der Frauenbericht der Bundesregierung. Rechtliche Konsequenzen, Hannover 1969.
- Frankfurter Frauen (Hrsg.): Frauenjahrbuch '75, Frankfurt am Main 1975.
- Frauen gehen zu Frauen e. V. (Hrsg.): Feministische Frauenprojekte in München, München 1995.
- Frauen-Union der CSU (Hrsg.): 50 Jahre Frauen-Union in Bayern, Augsburg 1997.
- Frei, Norbert: 1968. Jugendrevolte und globaler Protest, Bonn 2008.
- Frese, Matthias/Paulus, Julia/Teppe, Karl (Hrsg.): Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik, Paderborn 2003.
- Frevort, Ute: Frauen-Geschichte. Zwischen bürgerlicher Weltverbesserung und neuer Weiblichkeit, Frankfurt am Main 1986.
- Dies.: Umbruch der Geschlechterverhältnisse? Die 60er Jahre als geschlechterpolitischer Experimentierraum, in: Schildt, Axel/Siegfried, Detlef/Lammers, Karl (Hrsg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000, S. 642–660.
- Friedan, Betty: Der Weiblichkeitswahn oder Die Selbstbefreiung der Frau. Ein Emanzipationskonzept, Reinbek bei Hamburg 1966.
- Fürmetz, Gerhard (Hrsg.): „Schwabinger Krawalle“. Protest, Polizei und Öffentlichkeit zu Beginn der 60er Jahre, Essen 2006.
- Ders.: Protest oder „Störung“? Studenten und Staatsmacht in München um 1968. Eine Ausstellung des Staatsarchivs München, München 1999.
- Gante, Michael: § 218 in der Diskussion. Meinungs- und Willensbildung 1945–1976, Düsseldorf 1991.

- Ders.: Das 20. Jahrhundert (II). Rechtspolitik und Rechtswirklichkeit 1927–1976, in: Jütte, Robert (Hrsg.): Geschichte der Abtreibung. Von der Antike bis zur Gegenwart, München 1993, S. 169–206.
- Garen, Antje u. a. (Hrsg.): Frauenjahrbuch '79. Aktuelle Beiträge aus der Frauenbewegung, Naumburg/Elbenberg 1980.
- Gass-Bolm, Torsten: Das Gymnasium 1945–1980. Bildungsreform und gesellschaftlicher Wandel in Westdeutschland, Göttingen 2005.
- Geipel, Robert u. a. (Hrsg.): München. Ein sozialgeographischer Exkursionsführer, München 1987.
- Gerber, Uwe (Hrsg.): Emanzipation der Frau. Tagung vom 11. bis 13. April 1975. Evangelische Akademie Loccum, Loccum 1975.
- Gerhard, Ute: Atempause. Feminismus als demokratisches Projekt, Frankfurt am Main 1999.
- Dies.: Frauenbewegung in Deutschland – gemeinsame und geteilte Geschichte, in: Mieth, Ingrid/Roth, Silke (Hrsg.): Europas Töchter. Traditionen, Erwartungen und Strategien von Frauenbewegungen in Europa, Opladen 2003, S. 81–100.
- Dies.: Frauenbewegung und Feminismus. Eine Geschichte seit 1789, München 2009.
- Dies.: Frauenbewegung, in: Roland Roth/Dieter Rucht (Hrsg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt am Main/New York 2008, S. 187–217.
- Gerhardt, Uta: Soziologie im zwanzigsten Jahrhundert. Studien zu ihrer Geschichte in Deutschland, Stuttgart 2009.
- Gerstein, Hannelore: Studierende Mädchen. Zum Problem des vorzeitigen Abgangs von der Universität, München 1965.
- Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales und Bundesarchiv. Bd. 6: Bundesrepublik Deutschland 1974–1982. Neue Herausforderungen, wachsende Unsicherheiten. Bandherausgeber: Geyer, Martin H., Baden-Baden 2008.
- Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales und Bundesarchiv. Bd. 4: Bundesrepublik Deutschland 1957–1966. Sozialpolitik im Zeichen des erreichten Wohlstandes. Bandherausgeber: Ruck, Michael und Boldorf, Marcel, Baden-Baden 2007.
- Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales und Bundesarchiv. Bd. 5: Bundesrepublik Deutschland 1966–1974. Eine Zeit vielfältigen Aufbruchs. Bandherausgeber: Hockerts, Hans Günter, Baden-Baden 2006.
- Gilcher-Holtey, Ingrid: 1968. Eine Zeitreise, Frankfurt am Main 2008.
- Dies.: Die 68er Bewegung. Deutschland, Westeuropa, USA, München 2001.
- Görtemaker, Manfred: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999.
- Gössmann, Elisabeth: Geburtsfehler: Weiblich. Lebenserinnerungen einer katholischen Theologin, München 2003.
- Dies.: Mann und Frau in Familie und Öffentlichkeit, München 1964.
- Greer, Germaine: The Female Eunuch, London 1970, dt.: Der weibliche Eunuch. Aufruf zur Befreiung der Frau, Frankfurt am Main 1970.
- Grossmann, Heinz (Hrsg.): Bürgerinitiativen. Schritte zur Veränderung, Frankfurt am Main/Hamburg 1971.
- Grumley, Gitta: Lohn für Hausarbeit als Strategie des Feminismus, in: 3. Sommeruniversität für Frauen 1978 e. V.: Frauen und Mütter. Beiträge zur 3. Sommeruniversität von und für Frauen 1978, Berlin 1979, S. 96–100.
- Gruppe Arbeitersache: Was wir brauchen müssen wir uns nehmen. Multinationale Betriebs- und Regionsarbeit der Gruppe Arbeitersache München, München 1973.
- Gruppe Berliner Dozentinnen (Hrsg.): Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen. Juli 1976, Berlin 2¹⁹⁷⁷.
- Günter Gerstenberg: Hiebe, Liebe und Proteste. München 1968. Einige Schlaglichter und Kommentare zur gleichnamigen Ausstellung im Münchner Gewerkschaftshaus vom 8. 4. bis 8. 5. 1991, München 1991.

- Habermas, Jürgen: Theorie des kommunikativen Handelns, Bd. 2: Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft, Frankfurt am Main 1981.
- Hagemann-White, Carol: Die Frauenhausbewegung, in: Soden, Kristine von (Hrsg.): Der große Unterschied. Die neue deutsche Frauenbewegung und die siebziger Jahre, Berlin 1988, S. 48–52.
- Hagemann-White, Carol: Strategien gegen Gewalt im Geschlechterverhältnis. Bestandsanalyse und Perspektiven, Pfaffenweiler 1992.
- Hahnzog, Klaus: Oberbürgermeister und Referenten (berufsmäßige Stadträte) sowie andere institutionelle Mitspieler, in: Hettler, Friedrich H./Sing, Achim (Hrsg.): Die Münchner Oberbürgermeister. 200 Jahre gelebte Stadtgeschichte, München 2008, S. 249–266.
- Hamm-Brücher, Hildegard: „Ich habe immer als erste Frau das Eis gebrochen“, in: Friedrich Schorlemmer (Hrsg.): Lebenswege, Bd. 2, Halle 1999, S. 81–100.
- Dies.: Freiheit ist mehr als ein Wort. Eine Lebensbilanz. 1921–1996, Köln 1996.
- Dies.: Gegen Unfreiheit in der demokratischen Gesellschaft. Aufsätze, Debatten, Kontroversen, München 1968, S. 266ff.
- Hänsch, Ulrike: Feministische Verstrickungen und Perspektiven. Das Beispiel Frauenprojekte, in: Hornung, Ursula/Gümen, Sedef/Weilandt, Sabine (Hrsg.): Zwischen Emanzipationsvision und Gesellschaftskritik. (Re)Konstruktionen der Geschlechterordnung in Frauenforschung – Frauenbewegung – Frauenpolitik, Münster 2001, S. 220–238.
- Hark, Sabine: Dissidente Partizipation. Eine Diskursgeschichte des Feminismus, Frankfurt am Main 2005.
- Hartard, Christian: Neuperlach. Utopie des Urbanen. Leitbilder und Stadtbilder eines Experimentes der 1960er Jahre. Mag.-Arb. Univ. München, München 2003 (online-Publikation: http://epub.ub.uni-muenchen.de/2034/1/Hartard_Christian_textband.pdf).
- Haug, Frigga: Perspektiven eines sozialistischen Feminismus. 20 Jahre Frauenbewegung in Westdeutschland und Westberlin, in: Autonome Frauenredaktion (Hrsg.): Frauenbewegungen in der Welt. Bd. 1: Westeuropa, Berlin 1988, S. 25–52.
- Dies.: Verteidigung der Frauenbewegung gegen den Feminismus, in: Das Argument 83. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften 15 (1973) 11/12, S. 938–947.
- Hausen, Karin: Frauenerwerbstätigkeit und erwerbstätige Frauen. Anmerkungen zur historischen Forschung, in: Budde, Gunilla-Friederike (Hrsg.): Frauen arbeiten. Weibliche Erwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland nach 1945, Göttingen 1997, S. 19–45.
- Heidenberger, Felix: Die Glöcknerin vom Bundestag – Ingeborg Geisendörfer: Ein Leben im Dienst von Politik und Kirche. München 2001.
- Heiliger, Anita/Neubauer, Ursula: München Frauenstadtbuch 83/84. Läden, Gruppen, Treffs, Infos, München 1983.
- Heiliger, Anita/Wischnewski, Traudl (Hrsg.): Verrat am Kindeswohl. Erfahrungen von Müttern mit dem Sorge- und Umgangsrecht in hochstreitigen Fällen, München 2003.
- Heiliger, Anita: Mädchenarbeit im Gendermainstream. Ein Beitrag zu aktuellen Diskussionen, München 2002.
- Dies.: Männergewalt gegen Frauen beenden. Strategien und Handlungsansätze am Beispiel der Münchner Kampagne gegen Männergewalt an Frauen und Mädchen/Jungen, Opladen 2000.
- Hein, Bastian: Die Westdeutschen und die Dritte Welt. Entwicklungspolitik und Entwicklungsdienste zwischen Reform und Revolte 1959–1974, München 2006.
- Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Petra Kelly. Eine Erinnerung. Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2007.
- Dies./Feministisches Institut (Hrsg.): Wie weit flog die Tomate? Eine 68erinnen-Gala der Reflexion, Berlin 1999.
- Hellwig, Renate (Hrsg.): Die Christdemokratinnen. Unterwegs zur Partnerschaft, Stuttgart/Herford 1984.
- Helwig, Gisela/Nickel, Hildegard (Hrsg.): Frauen in Deutschland 1945–1992, Berlin 1993.
- Hemler, Stefan: München '68 – war da was? Überlegungen zur Erforschung der Studentenbewegung anhand bedeutsamer Marginalien, in: Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 13 (1998) 2, S. 117–136.

- Ders.: Protest-Inszenierungen. Die 68er-Bewegung und das Theater in München, in: Körner, Hans-Michael/Schläder, Jürgen (Hrsg.): Münchner Theatergeschichtliches Symposium 2000, München 2000, S. 276–318.
- Ders.: Von Kurt Faltlhauser zu Rolf Pohle. Die Entwicklung der studentischen Unruhe an der Ludwig-Maximilians-Universität München in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, in: Schubert, Venanz (Hrsg.): 1968. 30 Jahre danach, St. Ottilien 1999, S. 209–241.
- Herbert, Ulrich (Hrsg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980, Göttingen 2002.
- Hertrampf, Susanne: „Zum Wohle der Menschheit“. Feministisches Denken internationaler Aktivistinnen 1945–1975, Herbolzheim 2006.
- Hervé, Florence (Hrsg.): Geschichte der deutschen Frauenbewegung, Köln 1988.
- Herzog, Dagmar: Die Politisierung der Lust. Sexualität in der Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts, München 2005.
- Hessische Landesregierung (Hrsg.): Elisabeth Schwarzhaupt. Porträt einer streitbaren Politikerin und Christin (1901–1986), Freiburg/Basel/Wien 2001.
- Heßler, Martina: „Mrs. Modern Woman“. Zur Sozial- und Kulturgeschichte der Haushalts-technisierung, Frankfurt am Main/New York 2001.
- Hettler, Friedrich H./Sing, Achim (Hrsg.): Die Münchner Oberbürgermeister. 200 Jahre gelebte Stadtgeschichte, München 2008.
- Hettling, Manfred (Hrsg.): Revolution in Deutschland? 1789–1989, Göttingen 1991.
- Hikel, Christine/Kramer, Nicole/Zellmer, Elisabeth (Hrsg.): Lieschen Müller wird politisch. Geschlecht, Staat und Partizipation im 20. Jahrhundert, München 2009.
- Hirdal, Yvonne: Alva Myrdal. The passionate mind, Bloomington 2008.
- Historisches Museum Frankfurt (Hrsg.): Frauenalltag und Frauenbewegung 1890–1980. Ausstellung im historischen Museum Frankfurt. Ausstellungskatalog, Frankfurt am Main 1981.
- Hockerts, Hans Günter (Hrsg.): Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich, München 1998.
- Hoecker, Beate: 50 Jahre Frauen in der Politik: späte Erfolge, aber nicht am Ziel, in: APUZ 24–25/2008, S. 10–18.
- Dies.: Frauen in der Politik. Eine soziologische Studie, Opladen 1987.
- Dies.: Lern- und Arbeitsbuch Frauen, Männer und die Politik, Bonn 1998.
- Holland-Cunz, Barbara: Die alte neue Frauenfrage, Frankfurt am Main 2003.
- Holmig, Alexander: Die aktionistischen Wurzeln der Studentenbewegung. Subversive Aktion, Kommune 1 und die Neudefinition des Politischen, in: Klimke, Martin/Scharloth, Joachim (Hrsg.): 1968 Handbuch zur Kultur- und Mediengeschichte der Studentenbewegung, Bonn 2008, S. 107–118, v. a. S. 107–110.
- Horn, Gerd-Rainer: The Spirit of '68. Rebellion in Western Europe and North America. 1956–1976, Oxford/New York 2008.
- Hornung, Ursula/Gümen, Sedef/Weilandt, Sabine (Hrsg.): Zwischen Emanzipationsvision und Gesellschaftskritik. (Re)Konstruktionen der Geschlechterordnung in Frauenforschung – Frauenbewegung – Frauenpolitik, Münster 2001.
- Horvath, Dora: Bitte recht weiblich! Frauenleitbilder in der deutschen Zeitschrift „Brigitte“ 1949–1982, Zürich 2000.
- Howard, Karin u. a.: Das Ende der Resignation. Ein Bericht der Sozialistischen Arbeitsgruppe zur Befreiung der Frau – Aktion 218, München, in: Schwarzer, Alice (Hrsg.): Frauen gegen den § 218. 18 Protokolle, Frankfurt am Main 1971, S. 117–130.
- Icken, Angela: Der Deutsche Frauenrat. Etablierte Frauenverbandsarbeit im gesellschaftlichen Wandel, Opladen 2002.
- Inglehart, Ronald: The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics, Princeton/NJ 1977.
- Jahrbuchgruppe des Münchner Frauenzentrums (Hrsg.): Frauenjahrbuch '76, München 1976.
- Jäkl, Reingard: Eine kleine radikale Minderheit, in: Becker, Baerbel (Hrsg.): Unbekannte Wesen. Frauen in den sechziger Jahren, Berlin 1987, S. 145–148.

- Jansa, Axel: Die Pädagogik der Studentenbewegung in ihrer Auswirkung auf das Generationenverhältnis und den gesellschaftlichen Umgang mit Kindern, in: Jahrbuch für Pädagogik 1999. Das Jahrhundert des Kindes, Frankfurt am Main 2000.
- Jarausch, Konrad H. (Hrsg.): Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008.
- Jochimsen, Luc (Hrsg.): § 218. Dokumentation eines 100jährigen Elends, Hamburg 1971.
- Dies.: Frauen in der Bundesrepublik. Die Mehrheit die sich wie eine Minderheit verhält, in: Kursbuch 17 (1969), S. 90–97.
- Jurczyk, Karin u. a.: (2009): Entgrenzung von Arbeit – Entgrenzung von Familie. Grenzmanagement im Alltag als neue Herausforderung. Berlin 2009.
- Jurczyk, Karin/Lange, Andreas (Hrsg.): Vaterwerden und Vatersein heute. Neue Wege – Neue Chancen! Gütersloh 2009.
- Jurczyk, Karin/Oechsle, Mechtild (Hrsg.): Das Private neu denken. Erosionen, Ambivalenzen, Leistungen. Münster 2008.
- Jurczyk, Karin: Lohn für Hausarbeit – Thema erledigt, Problem gelöst?, in: Schäfer, Christine/Wilke, Christiane: Die Neue Frauenbewegung in München 1968–1985. Eine Dokumentation, München 2000, S. 282–289.
- Jureit, Ulrike/Wildt, Michael (Hrsg.): Generationen. Zur Relevanz eines wissenschaftlichen Grundbegriffs, Hamburg 2005.
- Jütte, Robert (Hrsg.): Geschichte der Abtreibung. Von der Antike bis zur Gegenwart, München 1993.
- Ders.: Lust ohne Last. Geschichte der Empfängnisverhütung, München 2003.
- Kaelble, Hartmut: Sozialgeschichte Europas. 1945 bis zur Gegenwart, Bonn 2007
- Kaff, Brigitte: Anne Brauksiepe (1912–1997), in: Aretz, Jürgen/Morsey, Rudolf/Rauscher, Anton (Hrsg.): Zeitgeschichte in Lebensbildern, Bd. 9: Aus dem Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Münster 1999, S. 277–289.
- Kahn-Ackermann, Susanne: Verschiedene Ebenen von Gewalt, in: Jahrbuchgruppe des Münchner Frauenzentrums (Hrsg.): Frauenjahrbuch '76, München 1976, S. 179–186.
- Kandel, Liliane/Picq, Françoise: Le Mythe des origines à propos de la journée internationale des femmes, in: La Revue d'en face 12 (1982), S. 67–80.
- Karras, Christa: Die neue Frauenbewegung im lokalen politischen Kräftefeld. Untersuchungen zum Wandel des Politikverständnisses und der politischen Praxis, Pfaffenweiler 1989.
- Kätzel, Ute (Hrsg.): Die 68erinnen. Porträt einer rebellischen Frauengeneration, Berlin 2002.
- Keinhorst, Annette: „Das war alles sehr, sehr aufregend...“. 25 Jahre autonome Frauenbewegung in Saarbrücken. Eine Dokumentation in Text und Bild, Saarbrücken 1999.
- Kent Rush, Anne: Getting Clear. Body Work for Women, o. O. 1973, dt. Getting clear. Ein Therapie-Handbuch für Frauen, München 1977.
- Kielmansegg, Peter Graf: Nach der Katastrophe. Die Deutschen und ihre Nation. Eine Geschichte des geteilten Deutschland, Berlin 2000.
- Kittel, Manfred: Marsch durch die Institutionen. Politik und Kultur in Frankfurt nach 1968 (erscheint demnächst).
- Klages, Helmut: Wertorientierungen im Wandel. Rückblick, Gegenwartsanalyse, Prognosen, Frankfurt am Main/New York 1984.
- Klein, Ansgar/Legrand, Hans-Josef/Leif, Thomas (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven, Opladen 1999.
- Klein, Markus: Der lange Weg der Grünen. Eine Partei zwischen Protest und Regierung, München 2003.
- Kleinau, Elke/Opitz, Claudia (Hrsg.): Geschichte der Mädchen- und Frauenbildung, Bd. 2: Vom Vormärz bis zur Gegenwart, Frankfurt am Main/New York 1996.
- Kleßmann, Christoph: 1968 – Studentenrevolte oder Kulturrevolution?, in: Hettling, Manfred (Hrsg.): Revolution in Deutschland? 1789–1989, Göttingen 1991, S. 90–105.
- Klimek, Brigitte: Mädchenbildung zwischen Traditionsbindung und Reformanspruch, Bonn 2002.

- Klimke, Martin/Scharloth, Joachim (Hrsg.): 1968 Handbuch zur Kultur- und Mediengeschichte der Studentenbewegung, Bonn 2008.
- Knight, Julia: Frauen und der Neue Deutsche Film, Marburg 1995.
- Knoch, Hanno (Hrsg.): Bürgersinn mit Weltgefühl. Politische Moral und solidarischer Protest in den sechziger und siebziger Jahren, Göttingen 2007.
- Ders.: „Mündige Bürger“, oder: Der kurze Frühling einer partizipatorischen Vision, in: Ders. (Hrsg.): Bürgersinn mit Weltgefühl. Politische Moral und solidarischer Protest in den sechziger und siebziger Jahren, Göttingen 2007, S.9–53.
- Koch, Christiane: Zwischen Konservatismus und Moderne. Mädchenerziehung in den 60ern, in: Becker, Baerbel (Hrsg.): Unbekannte Wesen. Frauen in den sechziger Jahren, Berlin 1987, S.53–56.
- Koehn, Gerd: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977, Köln 2001.
- Kolbe, Wiebke: Elternschaft im Wohlfahrtsstaat. Schweden und die Bundesrepublik im Vergleich. 1945–2000, Frankfurt am Main 2002.
- Kolle, Oswald: Ich bin so frei. Mein Leben, Berlin 2008.
- Kommune 2 (Bookhagen, Christel u. a.): Kindererziehung in der Kommune, in: Kursbuch 17 (1969): Frau – Familie – Gesellschaft, S. 147–178.
- Kontos, Silvia: „Von heute an gibt's mein Programm“ – Zum Verhältnis von Partizipation und Autonomie in der Politik der neuen Frauenbewegung, in: Forschungsjournal Neue soziale Bewegungen. Sonderheft 1989, S. 52–65, hier S. 54.
- Dies.: Von der Liebe über die Arbeit zum Umsturz der Gesellschaft? Zur Auseinandersetzung um die Hausarbeit, in: Eifler, Christine (Hrsg.): Erfahrungen mit Feminismus. Ein bißchen Männerhaß steht jeder Frau, Berlin 1991, S. 91–107.
- Körner, Hans-Michael/Schläder, Jürgen (Hrsg.): Münchner Theatergeschichtliches Symposium 2000, München 2000.
- Körner, Klaus: Der Trikont-Verlag und das „Archiv 451“, in: Aus dem Antiquariat. Zeitschrift für Antiquare und Büchersammler 2 (2004), S. 101–107.
- Korte, Hermann: Eine Gesellschaft im Aufbruch. Die Bundesrepublik in den sechziger Jahren, Baden-Baden 1987.
- Köster, Barbara: Feministischer Alltag, in: von Soden, Kristine (Hrsg.): Der große Unterschied. Die neue Frauenbewegung und die siebziger Jahre, Berlin 1988, S.6–10.
- Krafft, Sybille (Hrsg.): Zwischen den Fronten. Münchner Frauen in Krieg und Frieden 1900–1950, München 1995.
- Kraus, Dorothea: Theater-Proteste: zur Politisierung von Straße und Bühne in den 1960er Jahren, Frankfurt am Main 2007.
- Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.): Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail 1946–1995, Bd. 1: Chronik, Hamburg 1998.
- Ders. (Hrsg.): Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail 1946–1995, Bd. 3: Aufsätze und Kommentare, Hamburg 1998.
- Ders.: 1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur, Hamburg 2000.
- Ders.: Die Bombe im jüdischen Gemeindehaus, Hamburg 2005.
- Ders.: Kritische Theorie und Studentenbewegung, in: Ders. (Hrsg.): Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail 1946–1995, Bd. 1: Chronik, Hamburg 1998, S. 17–32.
- Krauss, Marita: 1968 und die Frauenbewegung, in: Schubert, Venanz (Hrsg.): 1968. 30 Jahre danach, St. Ottilien 1998, S. 133–161.
- Krechel, Ursula: Selbsterfahrung und Fremdbestimmung. Bericht aus der Neuen Frauenbewegung, Darmstadt/Neuwied 1975.
- Krieg, Nina: Die „Weltstadt mit Herz“. Ein Überblick 1957 bis 1990, in: Richard Bauer (Hrsg.): Geschichte der Stadt München, München 1992, S. 413–421.
- Kuller, Christiane: Familienpolitik im föderativen Sozialstaat. Die Formierung eines Politikfeldes in der Bundesrepublik 1949–1975, München 2004.
- Kunz, Rainer/Maier, Herbert/Stammen, Theo (Hrsg.): Programme der politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 1: CDU, CSU, München ³1979.

- Dies. (Hrsg.): Programme der politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 2: SPD, F.D.P., NPD, DKP, München ³1979.
- Lahn, Ulrike: Flog die Tomate auch in die Provinz? Die Anfänge der Zweiten Frauenbewegungen in der Provinz und ihre Bewegungsstrategien, in: Ariadne – Wechselwirkungen zwischen Zentrum und Provinz. Frauenemanzipationsbestrebungen im 19. und 20. Jahrhundert 51 (2007), S. 54–59.
- Landesfrauenausschuss des DGB-Bayern (Hrsg.): „Probiern wir’s halt mit dem Weib einmal!“ Aus der Geschichte der gewerkschaftlichen Frauenpolitik in Bayern 1945–1995, München 2002.
- Landeshauptstadt München/Amt für Statistik und Datenanalyse (Hrsg.): 100 Jahre Städtestatistik in München. Statistisches Handbuch der Landeshauptstadt München, München 1974.
- Landeshauptstadt München/Gleichstellungsstelle für Frauen (Hrsg.): 20 Bewegte Jahre. Einblicke. Gleichstellung für Frauen der Landeshauptstadt München, München 2005.
- Langewiesche, Marianne: Wie wünsche ich mir meine Tochter, in: Wisselinck, Erika (Hrsg.): Die unfertige Emanzipation. Die Frau in der veränderten Gesellschaft, München 1965, S. 10–27.
- Leicht-Scholten, Carmen: Das Recht auf Gleichberechtigung im Grundgesetz. Die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts von 1949 bis heute, Frankfurt am Main/New York 2000.
- Leitner, Sigrid/Ostner, Ilona/Schratzenstaller, Margit (Hrsg.): Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell?, Wiesbaden 2003.
- Lenz, Ilse (Hrsg.): Die Neue Frauenbewegung in Deutschland. Abschied vom kleinen Unterschied. Eine Quellensammlung, Wiesbaden 2008.
- Dies./Szyplulski, Anja/Molsich, Beate (Hrsg.): Frauenbewegung international: eine Arbeitsbibliographie. Opladen 1996.
- Lenz, Ilse: Bewegungen und Veränderungen. Frauenforschung und Neue Frauenbewegungen in Deutschland, in: Hornung, Ursula/Gümen, Sedef/Weilandt, Sabine (Hrsg.): Zwischen Emanzipationsvision und Gesellschaftskritik. (Re)Konstruktionen der Geschlechterordnung in Frauenforschung – Frauenbewegung – Frauenpolitik, Münster 2001, S. 188–219.
- Lenz, Marlene: „Erwachtet Ihr Frauen!“. Gabriele Strecker (1904–1983), in: Hellwig, Renate (Hrsg.): Die Christdemokratinnen. Unterwegs zur Partnerschaft, Stuttgart/Herford 1984, S. 176–183.
- Lepsius, M. Rainer: Demokratie in Deutschland: Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze, Göttingen 1993.
- Lieres, Dorothee: Warum wir Lohn für die Arbeit an den Kindern fordern, in: Dokumentationsgruppe der Sommeruniversität der Frauen e. V. (Hrsg.): Autonomie oder Institution. Über die Leidenschaft und Macht von Frauen. Beiträge zur 4. Sommeruniversität der Frauen – Berlin 1979, Berlin 1981, S. 75–95.
- Lindner, Ulrike: Rationalisierungsdiskurse und Aushandlungsprozesse. Der moderne Haushalt und die traditionelle Hausfrauenrolle in den 1960er Jahren, in: Frese, Matthias/Paulus, Julia/Teppe, Karl (Hrsg.): Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik, Paderborn 2003, S. 83–106.
- Linnhoff, Ursula: Die Neue Frauenbewegung. USA – Europa seit 1968, Köln 1974.
- Lorber, Judith: Gender Inequality. Feminists Theories and Politics, Los Angeles 1998.
- Mabry, Hannelore: Die neue Frauenbewegung und die Partei- und Gewerkschaftsfrage, in: Dokumentationsgruppe der Sommeruniversität der Frauen e. V. (Hrsg.): Autonomie oder Institution. Über die Leidenschaft und Macht von Frauen. Beiträge zur 4. Sommeruniversität der Frauen – Berlin 1979, Berlin 1981, S. 218–233.
- Dies.: Unkraut ins Parlament. Die Bedeutung weiblicher parlamentarischer Arbeit für die Emanzipation der Frau, München 1971, 2. Auflage: Gießen 1974.
- Maier, Friederike: Zwischen Arbeitsmarkt und Familie – Frauenarbeit in den alten Bundesländern, in: Helwig, Gisela/Nickel, Hildegard (Hrsg.): Frauen in Deutschland 1945–1992, Berlin 1993, S. 257–279.

- Mantei, Simone: Die evangelische Kirche in der Reformdebatte um §218 StGB (1970–1976), Göttingen 2004.
- Marwick, Arthur: The Sixties. Cultural Revolution in Britain, France, Italy, and The United States, 1958–1974, Oxford 1998.
- Mattes, Monika: „Gastarbeiterinnen“ in der Bundesrepublik. Anwerbepolitik, Migration und Geschlecht in den 50er bis 70er Jahren, Frankfurt am Main/New York 2005.
- Dies.: Ambivalente Aufbrüche. Frauen, Familie und Arbeitsmarkt zwischen Konjunktur und Krise, in: Jarausch, Konrad H. (Hrsg.): Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008, S. 215–228.
- Maul, Bärbel: Akademikerinnen in der Nachkriegszeit. Ein Vergleich zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, Mainz 2001.
- Meixner, Gabriele: „Wir dachten alles neu.“ Die Feministin Erika Wisselinck und ihre Zeit, Rüsselsheim 2010.
- Metz-Göckel, Sigrid: Die „deutsche Bildungskatastrophe“ und Frauen als Bildungsreserve, in: Kleinau, Elke/Opitz, Claudia (Hrsg.): Geschichte der Mädchen- und Frauenbildung, Bd. 2: Vom Vormärz bis zur Gegenwart, Frankfurt am Main/New York 1996, S. 373–385.
- Metzler, Gabriele: Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft, Paderborn u. a. 2005.
- Meulenbelt, Anja: Die Scham ist vorbei. Eine persönliche Geschichte, München 1978.
- Meyer, Birgit: Frauen im Männerbund. Politikerinnen in Führungspositionen von der Nachkriegszeit bis heute, Frankfurt am Main/New York 1997.
- Meyer, Sibylle/Schulze, Eva: Frauen in der Modernisierungsfalle. Wandel von Ehe, Familie und Partnerschaft in der Bundesrepublik Deutschland, in: Helwig, Gisela/Nickel, Hildgard (Hrsg.): Frauen in Deutschland 1945–1992, Berlin 1993, S. 166–189.
- Mildenberger, Florian Georg: Die Münchner Schwulenbewegung 1969 bis 1996. Eine Fallstudie über die zweite deutsche Schwulenbewegung, Bochum 1999.
- Millett, Kate: Sexual Politics, Illinois 1970; dt: Sexus und Herrschaft. Die Tyrannei des Mannes in unserer Gesellschaft, München 1971.
- Mintzel, Alf: Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945–1972, Opladen 1975.
- Mitscherlich, Alexander: Auf dem Weg zur vaterlosen Gesellschaft. Ideen zur Sozialpsychologie, München 1963.
- Mommsen, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Parteiprogramme, München 1960.
- Mooseder, Georg/Hackenberg, Adolf (Hrsg.): 790–1990. 1200 Jahre Perlach, Bd. 1: Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte eines Münchner Stadtteils, München 1990.
- Moses, Dirk: Die 45er. Eine Generation zwischen Faschismus und Demokratie, in: Neue Sammlung 40 (2000), S. 233–263.
- Mühlbauer, Rita: Strategiemodelle der neuen Frauenbewegung, in: Albus, Anita u. a. (Hrsg.): Maskulin – feminin, München 1972.
- Müller, Ursula: Die Wahrheit über die lila Latzhosen. Höhen und Tiefen in 15 Jahren Frauenbewegung, Gießen 2004.
- Müller, Walter/Willms, Angelika/Handl, Johann: Strukturwandel der Frauenarbeit 1880–1980, Frankfurt am Main/New York 1983.
- Müller-List, Gabriele: Gleichberechtigung als Verfassungsauftrag. Eine Dokumentation zur Entstehung des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957, Düsseldorf 1996.
- Münch, Ursula/Hornstein, Walter: Familien-, Jugend- und Altenpolitik, in: Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales und Bundesarchiv. Bd. 6: Bundesrepublik Deutschland 1974–1982. Neue Herausforderungen, wachsende Unsicherheiten. Bandherausgeber: Geyer, Martin H., Baden-Baden 2008, S. 637–692.
- Münch, Ursula: Familien-, Jugend- und Altenpolitik, in: Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales und Bundesarchiv. Bd. 4: Bundesrepublik Deutschland 1957–1966. Sozialpolitik im Zeichen des erreichten Wohlstandes. Bandherausgeber: Ruck, Michael und Boldorf, Marcel, Baden-Baden 2007, S. 549–609.
- Dies.: Familien-, Jugend- und Altenpolitik, in: Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales und Bundesarchiv. Bd. 5:

- Bundesrepublik Deutschland 1966–1974. Eine Zeit vielfältigen Aufbruchs. Bandherausgeber: Hockerts, Hans Günter, Baden-Baden 2006, S. 633–707.
- Myrdal, Alva/Klein, Viola: Die Doppelrolle der Frau in Familie und Beruf, Köln 1960.
- Nach der Autonomie die Autarkie – oder: Kann die Lesbennation sich selbst versorgen, in: Garen, Antje u. a. (Hrsg.): Frauenjahrbuch '79. Aktuelle Beiträge aus der Frauenbewegung, Naumburg/Elbenberg 1980, S. 182–1980.
- Nave-Herz, Rosemarie: Die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland, Hannover 1997.
- Nelleßen-Strauch, Dagmar: Der Kampf ums Kindergeld. Grundanschauungen, Konzeptionen und Gesetzgebung 1949–1964, Düsseldorf 2003.
- Niehuss, Merith: Einführung, in: Frese, Matthias/Paulus, Julia/Teppé, Karl (Hrsg.): Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik, Paderborn 2003, S. 27–37.
- Dies.: Zwischen Hausarbeit und Karriere. Frauen in Deutschland auf dem Weg in die Moderne, in: Hans-Peter Schwarz (Hrsg.): Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren, München 2008, S. 553–571.
- Nienhaus, Ursula: „Frauen erhebt Euch ...“. Vom „Aktionsrat zur Befreiung der Frauen“ bis zur „Sommeruniversität der Frauen“ – Frauenbewegung in Berlin (1968–1976), in: Färber, Christine/Hülsbergen, Henrike (Hrsg.): Selbstbewußt und frei. 50 Jahre Frauen an der Freien Universität Berlin, Königstein im Taunus 1998, S. 84–119.
- Noelle-Neumann, Elisabeth: Werden wir alle Proletarier? Wertewandel in unserer Gesellschaft, Zürich 1977.
- Notz, Gisela: Als die Frauenbewegung noch Courage hatte. Die „Berliner Frauenzeitung Courage“ und die autonomen Frauenbewegungen der 1970er und 1980er Jahre. Dokumentation einer Veranstaltung am 17. Juni 2006 in der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, Bonn 2007.
- Dies.: Clara Zetkin und die internationale sozialistische Frauenbewegung, in: Plener, Ulla (Hrsg.): Clara Zetkin in ihrer Zeit. Neue Fakten, Erkenntnisse, Wertungen. Material des Kolloquiums anlässlich ihres 150. Geburtstages am 6. Juli 2007 in Berlin, Berlin 2008, S. 9–21.
- Dies.: Frauen in der Mannschaft. Sozialdemokratinnen im Parlamentarischen Rat und im Deutschen Bundestag 1948/49–1957. Mit 26 Biografien, Bonn 2003.
- Dies.: Mehr als bunte Tupfen im Bonner Männerclub. Sozialdemokratinnen im Deutschen Bundestag 1957–1969. Mit 12 Biographien, Bonn 2007.
- Dies.: Warum flog die Tomate? Die autonomen Frauenbewegungen der Siebzigerjahre. Entstehungsgeschichte, Organisationsformen, politische Konzepte, Neu-Ulm 2006.
- Oertzen, Christine von: Teilzeitarbeit für die „moderne“ Ehefrau. Gesellschaftlicher Wandel und geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in den 1960er Jahren, in: Frese, Matthias/Paulus, Julia/Teppé, Karl (Hrsg.): Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik, Paderborn 2003, S. 63–81.
- Dies.: Teilzeitarbeit und die Lust am Zuverdiener. Geschlechterpolitik und gesellschaftlicher Wandel in Westdeutschland 1948–1969, Göttingen 1999.
- Offen, Karen: European Feminisms. 1700–1950. A Political History, Stanford 2000.
- Olbrich, Josef: Geschichte der Erwachsenenbildung in Deutschland, Osnabrück 2001.
- Orlac, Elke: Welchen Ausweg gibt es für Mütter aus ihrer Doppelbelastung?, in: 3. Sommeruniversität für Frauen 1978 e. V. (Hrsg.): Frauen und Mütter. Beiträge zur 3. Sommeruniversität von und für Frauen 1978, Berlin 1979, S. 64–73.
- Ostner, Ilona: Beruf und Hausarbeit. Die Arbeit der Frau in unserer Gesellschaft, Frankfurt am Main/New York 1978.
- Pass-Weingartz, Dorothee/Erler, Gisela (Hrsg.): Mütter an die Macht. Die neue Frauenbewegung, Reinbek bei Hamburg 1989.
- Paulus, Julia: Familienrollen und Geschlechterverhältnisse im Wandel, in: Frese, Matthias/Paulus, Julia/Teppé, Karl (Hrsg.): Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik, Paderborn 2003, S. 107–119.

- Personen- und Vorlesungsverzeichnis der Universität München 1966/67 bis 1973.
- Pfarr, Heide M./Bertelsmann, Klaus: Diskriminierung im Erwerbsleben. Ungleichbehandlungen von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 1989.
- Picht, Georg: Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation, Freiburg im Breisgau 1964.
- Pieper, Barbara: Familie und Beruf. Zum Zusammenhang unterschiedlicher Arbeitsformen in unserer Gesellschaft, in: Bolte, Karl Martin (Hrsg.): Mensch, Arbeit und Betrieb. Beitr. zur Berufs- und Arbeitskräfteforschung; Ergebnisse aus dem Sonderforschungsbereich „Theoretische Grundlagen Sozialwissenschaftlicher Berufs- u. Arbeitskräfteforschung“ d. Univ. München. Sonderforschungsbereiche/Deutsche Forschungsgemeinschaft, Weinheim 1988, S. 95–106.
- Pilwousek, Ingelore (Hrsg.): Wir lassen uns nicht alles gefallen. 18 Münchner Gewerkschafterinnen erzählen aus ihrem Leben, München 1998.
- Pizzey, Erin: Schrei leise. Mißhandlungen in der Familie, Stuttgart 1976.
- Plastrotmann, Gundula Maria: Zwergschule, Pudding-Abitur und Alma Mater. Mädchen- und Frauenbildung in den sechziger Jahren, in: Becker, Baerbel (Hrsg.): Unbekannte Wesen. Frauen in den sechziger Jahren, Berlin 1987, S. 57–62.
- Plener, Ulla (Hrsg.): Clara Zetkin in ihrer Zeit. Neue Fakten, Erkenntnisse, Wertungen. Material des Kolloquiums anlässlich ihres 150. Geburtstages am 6. Juli 2007 in Berlin, Berlin 2008.
- Plogstedt, Sibylle: Frauenbetriebe. Vom Kollektiv zur Einzelunternehmerin, Königstein/Taunus 2006.
- Pohle, Rolf: Mein Name ist Mensch, Berlin 2002.
- Poppenhusen, Margot: Viel bewegt – und nichts verrückt? 20 Jahre Frauenbewegung in Freiburg 1972–1992, Freiburg 1992.
- Prokop, Ulrike: Zur Geschichte der Frankfurter Frauenseminare, in: Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.): Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail 1946–1995, Bd. 3: Aufsätze und Kommentare, Hamburg 1998, S. 141–149.
- Pross, Helge: Die Wirklichkeit der Hausfrau. Die erste repräsentative Untersuchung über nichterwerbstätige Ehefrauen. Wie leben sie? Wie denken sie? Wie sehen sie sich selbst?, Reinbek bei Hamburg 1975.
- Dies.: Koloß ohne Geist: der Frauenbericht der Bundesregierung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik XII (1967) H. 4, S. 338–343.
- Dies.: Über die Bildungschancen von Mädchen in der Bundesrepublik, Frankfurt am Main 1969, S. 33.
- Przytulla, Dagmar: „Niemand ahnte, dass wir ein ziemlich verklemmter Haufen waren“, in: Kätzel, Ute (Hrsg.): Die 68erinnen. Porträt einer rebellischen Frauengeneration, Berlin 2002, S. 201–219.
- Pust, Carola u. a.: Frauen in der BRD. Beruf, Familie, Gewerkschaften, Frauenbewegung, Hamburg 1983.
- Rang, Brita: Die Frauenbewegung in den Niederlanden, in: Autonome Frauenredaktion (Hrsg.): Frauenbewegungen in der Welt, Bd. 1: Westeuropa, Berlin 1988, S. 164–169.
- Rath, Eva: Küche und Parlament. Ein leidenschaftliches Manifest für die Frauenpartei, Kronshagen 1982.
- Redaktionskollektiv – Strahmer, Anne u. a. (Hrsg.): Frauenjahrbuch 1977, München 1977.
- Reich, Wilhelm: Die Sexuelle Revolution, Frankfurt am Main 1966 (Wiederauflage der ursprünglichen Ausgabe von 1927).
- Reiche, Reimut: Sexuelle Revolution. Erinnerung an einen Mythos (1988), in: Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.): Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail 1946–1995, Bd. 3: Aufsätze und Kommentare, Hamburg 1998, S. 150–166.
- Reimann, Aribert: Dieter Kunzelmann. Avantgardist, Protestler, Radikaler, Göttingen 2009.
- Rödder, Andreas: Wertewandel und Postmoderne. Gesellschaft und Kultur der Bundesrepublik Deutschland 1965–1990, Stuttgart 2004.

- Rohstock, Anne: Ist Bildung Bürgerrecht? Wege zur Bildungsexpansion im doppelten Deutschland, in: Wengst, Udo/Wentker, Hermann (Hrsg.): Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz, Bonn 2008, S.135–159.
- Dies.: Von der „Ordinarienuniversität“ zur „Revolutionszentrale“? Hochschulreform und Hochschulrevolte in Bayern und Hessen 1957–1976, München 2010 (erscheint demnächst).
- Rolke, Lothar: Protestbewegungen in der Bundesrepublik, Opladen 1987.
- Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn ²1991.
- Dies. (Hrsg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt am Main/New York, S.187–217.
- Dies.: Die Veralltäglicung des Protests. Einleitende Bemerkungen zur Wahrnehmung der neuen sozialen Bewegungen in Öffentlichkeit, Politik und Wissenschaft, in: dies. (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn ²1991, S. 11–28.
- Dies.: Einleitung, in: Roland Roth/Dieter Rucht (Hrsg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt am Main/New York 2008, S.10–34.
- Rucht, Dieter: Gesellschaft als Projekt – Projekte in der Gesellschaft. Zur Rolle sozialer Bewegungen, in: Klein, Ansgar/Legrand, Hans-Josef/Leif, Thomas (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven, Opladen 1999, S.15–27.
- Rudloff, Wilfried: Im Schatten des Wirtschaftswunders. Soziale Probleme, Randgruppen und Subkulturen 1960–1973, in: Schlemmer, Thomas/Woller, Hans (Hrsg.): Bayern im Bund, Bd.2: Gesellschaft und Wandel 1949 bis 1973, München 2002, S.347–467.
- Ruhl, Klaus-Jörg: Verordnete Unterordnung. Berufstätige Frauen zwischen Wirtschaftswachstum und konservativer Ideologie in der Nachkriegszeit. 1945–1963, München 1994.
- Rumschöttel, Hermann: Hans Jochen Vogel (1960–1972), in: Hettler, Friedrich H./Sing, Achim (Hrsg.): Die Münchner Oberbürgermeister. 200 Jahre gelebte Stadtgeschichte, München 2008, S.167–182.
- Runge, Erika: Bottroper Protokolle – Mit der DVD des Fernsehfilms: Warum ist Frau B. glücklich?, Frankfurt am Main 2008.
- Dies.: Bottroper Protokolle, Frankfurt am Main 1968.
- Dies.: Ein Riß ging durch das Jahr, in: Baerbel Becker (Hrsg.): Unbekannte Wesen. Frauen in den sechziger Jahren, Berlin 1987, S.136–141.
- Dies.: Emanzipation. Auszüge aus vier Lebensläufen, in: Kursbuch 17 (1969), S.69–89.
- Dies.: Frauen. Versuche zur Emanzipation, Frankfurt am Main 1969.
- Rusch, Regina: Aktionen und Reaktionen bis Sommer '71. Chronik laufender Ereignisse zum §218 seit Bad Boll bis Redaktionsschluss (Ende September 1971), in: Jochimsen, Luc (Hrsg.): §218. Dokumentation eines 100jährigen Elends, Hamburg 1971, S.84–111.
- Saletin, Ursula: Elisabeth Schwarzhaupt – erste Ministerin der Bundesrepublik. Ein demokratischer Lebensweg, Freiburg/Basel/Wien 1986.
- Sander, Helke: Rede zur Befreiung der Frau (1968), in: Ebbinghaus, Angelika (Hrsg.): Die 68er. Schlüsseltexte der globalen Revolte, Wien 2008, S.154–159.
- Schäfer, Christine/Wilke, Christiane: Die Neue Frauenbewegung in München 1968–1985. Eine Dokumentation, München 2000.
- Schäfer, Martina: Feministische Fiktionen und literarische Traditionen eines autonomen feministischen Verlages. Inhaltsbezogene Strukturanalyse an ausgewählten Texten des Frauenverlags „Frauenoffensive“ München, München 1986.
- Schäfer, Reinhild: Feministisches Engagement in der Zivilgesellschaft gegen Gewalt an Frauen. Projekt der Demokratisierung der Geschlechterverhältnisse, in: Dackweiler, Regina-Maria/Schäfer, Reinhild (Hrsg.): Gewaltverhältnisse. Feministische Perspektiven auf Geschlecht und Gewalt, Frankfurt am Main 2002, S.201–220.
- Schappach, Beate: „Die Spießhölle“, in: Schwab, Andreas/Schappach, Beate/Gogos, Manuel (Hrsg.): Die 68er. Kurzer Sommer – lange Wirkung, Frankfurt am Main 2008, S.232–241.
- Schaser, Angelika: Frauenbewegung in Deutschland. 1848–1933, Darmstadt 2006.

- Schelsky, Helmut: Die skeptische Generation, Düsseldorf/Köln 1957.
- Ders.: Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart. Darstellung und Deutung einer empirisch-soziologischen Tatbestandsaufnahme, Stuttgart ⁴1960.
- Schenk, Herrad: Die feministische Herausforderung. 150 Jahre Frauenbewegung in Deutschland, München 1980.
- Scheunemann, Renate und Klaus: Die Kampagne der „Frauenaktion 70“ gegen den §218, in: Grossmann, Heinz (Hrsg.): Bürgerinitiativen. Schritte zur Veränderung, Frankfurt am Main/Hamburg 1971, S. 68–84
- Schildt, Axel/Siegfried, Detlef (Hrsg.): Between Marx and Coca-Cola. Youth Cultures in Changing European Societies. 1960–1980, New York/Oxford 2006.
- Dies./Lammers, Karl (Hrsg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000.
- Schildt, Axel/Siegfried, Detlef: Youth, Consumption, and Politics in the Age of Radical Change, in: Dies. (Hrsg.): Between Marx and Coca-Cola. Youth Cultures in Changing European Societies. 1960–1980, New York/Oxford 2006, S. 1–35.
- Schildt, Axel: Die Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland bis 1989/90, München 2007.
- Ders.: Materieller Wohlstand – pragmatische Politik – kulturelle Umbrüche. Die 60er Jahre in der Bundesrepublik, in: Ders./Siegfried, Detlef/Lammers, Karl (Hrsg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000, S. 21–53.
- Ders.: Rebellion und Reform. Die Bundesrepublik der Sechzigerjahre, Bonn 2005.
- Schlaeger, Hilke (Hrsg.): Mein Kopf gehört mir. 20 Jahre Frauenbewegung. München 1988.
- Schlemmer, Thomas/Woller, Hans (Hrsg.): Bayern im Bund, Bd. 2: Gesellschaft im Wandel 1949 bis 1973, München 2002.
- Schlumberger, Hella: Türkenstraße. Vorstadt und Hinterhof. Eine Chronik, erzählt, München 1998.
- Schmid, Pia: Wie die antiautoritäre Erziehung für einige Jahre in städtische Kindertagesstätten gelangte. Das Frankfurter Modellprojekt Kita 3000, 1972–1978, in: Baader, Meike Sophia (Hrsg.): „Seid realistisch, verlangt das Unmögliche!“ Wie 1968 die Pädagogik bewegte, Weinheim/Basel 2008, S. 36–55.
- Schmidt, Hans Dieter u. a.: Frauenfeindlichkeit. Sozialpsychologische Aspekte der Misogynie, München 1973.
- Schmidt, Ricarda: Die westdeutsche Frauenliteratur in den 1970er Jahren, Frankfurt am Main 1982.
- Schmidt, Roscha: Frauengesundheit in eigener Hand. Die feministische Frauengesundheitsbewegung, in: Soden, Kristine von (Hrsg.): Der große Unterschied. Die neue Frauenbewegung und die siebziger Jahre, Berlin 1988, S. 39–47.
- Schmidt-Grohe, Johanna: Blick zurück ohne Zorn. Auf der Suche nach einer verlorenen Zeit, in: Zacharias, Thomas (Hrsg.): Tradition und Widerspruch. 175 Jahre Kunstakademie München, München 1985, S. 216–221.
- Schmidtke, Michael: Der Aufbruch der jungen Intelligenz. Die 68er Jahre in der Bundesrepublik und den USA, Frankfurt am Main/New York 2003.
- Schmitter, Romina: Zur neuen Frauenbewegung in Bremen, Bremen 1998.
- Schneider, Andreas: „Nur keinen Amazonenstaat“. Antifeminismus, Krisendiagnosen und gesellschaftliche „Verunsicherung“ in der Bundesrepublik der 1970er Jahre, unveröffentlichte Magisterarbeit an der Humboldt-Universität zu Berlin, 2008, v. a. S. 52–66.
- Schneider, Helmut: Das Jahr 1969. Voraussetzungen und Folgen, in: Zacharias, Thomas (Hrsg.): Tradition und Widerspruch. 175 Jahre Kunstakademie München, München 1985, S. 205–215.
- Schönhoven, Klaus: Wendejahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966–1969, Bonn 2004.
- Schorlemmer, Friedrich (Hrsg.): Lebenswege, Bd. 2, Halle 1999.
- Schrader-Klebert, Katrin: Die kulturelle Revolution der Frau, in: Kursbuch 17 (1969), S. 1–45.
- Schroeder, Friedrich-Christian (Hrsg.): Abtreibung. Reform des §218, Berlin/New York 1972.

- Schroeren, Michael (Hrsg.): Die Grünen. 10 bewegte Jahre, Wien 1990.
- Schubert, Venanz (Hrsg.): 1968. 30 Jahre danach, St. Ottilien 1998.
- Schubert, Werner (Hrsg.): Die Reform des Ehescheidungsrechts von 1976. Quellen zum Ersten Gesetz vom 14.6.1976 zur Reform des Ehe- und Familienrechts, Frankfurt am Main 2007.
- Schüller, Elke: „Frau sein heißt politisch sein“. Wege der Politik von Frauen in der Nachkriegszeit am Beispiel Frankfurt am Main 1945–1956, Königstein/Taunus 2005, S.303–331.
- Dies.: Frauenparteien. Phantasterei oder politischer Machtfaktor, in: *Ariadne* 37/38 (2000), S.64–71.
- Schulz, Günther: Soziale Sicherung von Frauen und Familien, in: Hockerts, Hans Günter (Hrsg.): Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich, München 1998, S.117–149.
- Schulz, Kristina: „Bräute der Revolution“. Kollektive und individuelle Interventionen von Frauen in der 68er-Bewegung und ihre Bedeutung für die Formierung der neuen Frauenbewegung, in: *Westfälische Forschungen* 48 (1998), S.97–116.
- Dies.: 1968: Lesarten der „sexuellen Revolution“, in: Frese, Matthias/Paulus, Julia/Teppe, Karl (Hrsg.): Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik, Paderborn 2003, S.121–133.
- Dies.: Der lange Atem der Provokation. Die Frauenbewegung in der Bundesrepublik und in Frankreich 1968–1976, Frankfurt am Main/New York 2002.
- Dies.: Vom Buch zur „Bibel“ der Frauenbewegung. „Das andere Geschlecht“ in der Bundesrepublik Deutschland, in: Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): *Frankreich- Jahrbuch. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Geschichte, Kultur*, Opladen 1999, S.179–194.
- Schwab, Andreas/Schappach, Beate/Gogos, Manuel (Hrsg.): Die 68er. Kurzer Sommer – lange Wirkung, Frankfurt am Main 2008.
- Schwandes, Ralph u. a. (Hrsg.): *Stadtbuch München 76/77*, München 1976.
- Schwartz, Michael: „Liberaler als bei uns“? Zwei Fristenregelungen und die Folgen, in: Wengst, Udo/Wentker, Hermann (Hrsg.): *Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz*, Berlin 2008, S.183–212.
- Ders.: Frauenpolitik im doppelten Deutschland. Die Bundesrepublik und die DDR in den 1970er Jahren, in: Hikel, Christine/Kramer, Nicole/Zellmer, Elisabeth (Hrsg.): *Lieschen Müller wird politisch. Geschlecht, Staat und Partizipation im 20. Jahrhundert*, München 2009, S.27–40.
- Ders.: Frauen und Reformen im doppelten Deutschland. Zusammenhänge zwischen Frauenerwerbsarbeit, Abtreibungsrecht und Bevölkerungspolitik um 1970, in: Jaraus, Konrad H. (Hrsg.): *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, Göttingen 2008, S.196–214.
- Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.): *Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren*, München 2008.
- Ders.: Axel Springer. Die Biografie, Berlin 2008.
- Schwarzer, Alice (Hrsg.): *Frauen gegen den §218. 18 Protokolle*, Frankfurt am Main 1971.
- Dies.: Der „kleine Unterschied“ und seine großen Folgen. Frauen über sich. Beginn einer Befreiung, Frankfurt am Main 1975.
- Dies.: *Mit Leidenschaft. Texte 1968–1982*, Reinbek bei Hamburg 1986.
- Dies.: *So fing es an! Die neue Frauenbewegung*, München 1983.
- Seegers, Lu/Reulecke, Jürgen (Hrsg.): *Die „Generation der Kriegskinder“. Historische Hintergründe und Deutungen*, Gießen 2009.
- Seeliger, Rolf: *Die außerparlamentarische Opposition*, München 1968.
- Seifert, Monika: *Kinderschule in Frankfurt, Eschersheimer Landstraße*, in: *Vorgänge. Eine kulturpolitische Korrespondenz* (1979) H. 5, S.158–162.
- Sichtermann, Barbara: Die beruhigende Zone bürgerlicher Kultur. Wie es sich die Eltern gemütlich machten und was die 68er-Kinder daran störte, in: Schwab, Andreas/Schappach, Beate/Gogos, Manuel (Hrsg.): *Die 68er. Kurzer Sommer – lange Wirkung*, Frankfurt am Main 2008, S.226–231.
- Siegfried, Detlef: *Time is on my side. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre*, Göttingen 2006.

- Silies, Eva Maria: Generationelle Konflikte um die Pille in den 1960er Jahren, in: Georgia Augusta. Wissenschaftsmagazin der Georg-August-Universität Göttingen 5 (2007), S. 94–99.
- Dies.: Liebe, Lust und Last. Die Pille als weibliche Generationserfahrung in der Bundesrepublik 1960–1980, Göttingen 2010.
- Dies.: Tabu und Thematisierung. Generationelle Erfahrungen mit Sexualität und Empfängnisverhütung in den 60er-Jahren, in: Seegers, Lu/Reulecke, Jürgen (Hrsg.): Die „Generation der Kriegskinder“. Historische Hintergründe und Deutungen, Gießen 2009, S. 85–106.
- Soden, Kristine von (Hrsg.): Der große Unterschied. Die neue Frauenbewegung und die siebziger Jahre, Berlin 1988.
- Sofri, Adriano/Mea, Luciano Della: Zur Strategie und Organisation von „Lotta continua“, Berlin 1971.
- Spazierer, Monika/Dombrowski, Kristine: Bibliografie, Bd. 1: unveröffentlichte Arbeiten zu frauenspezifischen Themen: Diplom-, Magister-, Seminar- und Zulassungsarbeiten. Dissertationen und Referate, München 1976.
- Stadtbund Münchner Frauenverbände (Hrsg.): Neunzig Jahre Stadtbund Münchner Frauenverbände. Festschrift, München 2005.
- Ders. (Hrsg.): Stadtbund Münchner Frauenverbände, München 1979.
- Stankiewicz, Karl: München '68. Traumstadt der Bewegung, München 2008.
- Stefan, Verena: Häutungen, München 10/1977.
- Steffen, Mona: SDS, Weiberräte, Feminismus?, in: Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.): Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail 1946–1995, Bd. 3: Aufsätze und Kommentare, Hamburg 1998, S. 126–140.
- Strecker, Gabriele: Der Weg der Frau in die Politik, Bonn 1965.
- Streubel, Christiane: Radikale Nationalistinnen. Agitation und Programmatik rechter Frauen in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main/New York 2006.
- Sturm, Michael: „Wildgewordene Obrigkeit“? Die Rolle der Münchner Polizei während der „Schwabinger Krawalle“, in: Fürmetz, Gerhard (Hrsg.): „Schwabinger Krawalle“. Protest, Polizei und Öffentlichkeit zu Beginn der 60er Jahre, Essen 2006, S. 59–105.
- Stüwe, Klaus (Hrsg.): Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schröder, Opladen 2002.
- Sue u. a.: Landlesben. Die Geschichte des womanshare Kollektivs, München 1980.
- Süssmuth, Hans: Kleine Geschichte der CDU-Frauen-Union. Erfolge und Rückschläge 1948–1990, Baden-Baden 1990.
- Thon, Christine: Frauenbewegung im Wandel der Generationen. Eine Studie über Geschlechterkonstruktionen in biographischen Erzählungen, Bielefeld 2008.
- Tse-Tung, Mao: Worte des Vorsitzenden Mao Tse-Tung, o. O. 1967.
- Tzschaschel, Sabine: Neuperlach. Lebensqualität in einer Satellitenstadt, in: Geipel, Robert u. a. (Hrsg.): München. Ein sozialgeographischer Exkursionsführer, München 1987, S. 503–535.
- Vaupel, Heike: Familienrechtsreform in den fünfziger Jahren im Zeichen widerstreitender Weltanschauungen, Baden-Baden 1999.
- Verein für Fraueninteressen (Hrsg.): 100 Jahre Verein für Fraueninteressen, München 1994.
- Verheugen, Günter (Hrsg.): Das Programm der Liberalen. Zehn Jahre Programmarbeit der F.D.P., Baden-Baden 2/1980.
- Verlagskooperative Trikont (Hrsg.): Frauenemanzipation. Antiautoritäres Mißverständnis oder Beitrag zur Konsolidierung der Arbeiterbewegung, München 1970.
- Vetter, Hermann: Zur Lage der Frau an den westdeutschen Hochschulen. Ergebnisse einer Befragung von Mannheimer und Heidelberger Studierenden, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 13 (1961) 4, S. 644ff.
- Vogel, Angela: Frauen und Frauenbewegung, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 3: Gesellschaft, Frankfurt am Main, S. 162–206.
- Vogel, Hans-Jochen: Die Amtskette. Meine 12 Münchner Jahre. Ein Erlebnisbericht, München 1972.

- Wagner, Angelika: Bewusstseinsveränderung durch Emanzipations-Gesprächsgruppen, in: Schmidt, Hans Dieter u. a.: Frauenfeindlichkeit. Sozialpsychologische Aspekte der Misogynie, München 1973, S. 143–159.
- Weber-Kellermann, Ingeborg: Die deutsche Familie. Versuch einer Sozialgeschichte, Frankfurt am Main 1996.
- Dies.: Die Kindheit. Kleidung und Wohnen. Arbeit und Spiel. Eine Kulturgeschichte, Frankfurt am Main 1989.
- Wegehaupt-Schneider, Ingeborg: Das Private ist politisch. Selbsterfahrungsgruppen, in: Soden, Kristine von (Hrsg.): Der große Unterschied. Die neue Frauenbewegung und die siebziger Jahre, Berlin 1988, S. 17–19.
- Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 5: 1949–1990, München 2008.
- Weiler, Anni: Frauenlöhne – Männerlöhne. Gewerkschaftliche Politik zur geschlechtsspezifischen Lohnstrukturierung, Frankfurt am Main 1992.
- Wengst, Udo/Wentker, Hermann (Hrsg.): Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz, Bonn 2008.
- Wetter, Reinhard u. a.: Knast-Report, Frankfurt am Main 1972.
- Wiggershaus, Renate: Geschichte der Frauen und der Frauenbewegung. In der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik nach 1945, Wuppertal 1979.
- Willms, Angelika: Grundzüge und Entwicklung der Frauenarbeit von 1880 bis 1980, in: Müller, Walter/Willms, Angelika/Handl, Johann: Strukturwandel der Frauenarbeit 1880–1980, Frankfurt am Main/New York 1983, S. 25–54.
- Willms-Herget, Angelika: Frauenarbeit. Zur Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt, Frankfurt am Main/New York 1985.
- Wisselinck, Erika (Hrsg.): Die unfertige Emanzipation. Die Frau in der veränderten Gesellschaft, München 1965.
- Dies.: Vorwort, in: Dies. (Hrsg.): Die unfertige Emanzipation. Die Frau in der veränderten Gesellschaft, München 1965, S. 7ff.
- Wolfrum, Edgar: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Bonn 2007.
- Wühr, Paul: Gegenmünchen, München 1970.
- Wyss, Hedi: Das rosarote Mädchenbuch. Ermutigung zu einem neuen Bewusstsein, Bern 1973.
- Zacharias, Thomas (Hrsg.): Tradition und Widerspruch. 175 Jahre Kunstakademie München, München 1985.
- Zellmer, Elisabeth: „Danke für die Blumen, Rechte wären uns lieber!“ Das Frauenforum München e. V. 1971–1975, in: Hikel, Christine/Kramer, Nicole/Zellmer, Elisabeth (Hrsg.): Lieschen Müller wird politisch. Geschlecht, Staat und Partizipation im 20. Jahrhundert, München 2009, S. 115–125.
- Zetkin, Clara: Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands, Frankfurt am Main 1971 (Nachdruck der Ausgabe von 1928).

Personenregister

- Adenauer, Konrad 29
Beauvoir, Simone de 19, 136
Beck-Gernsheim, Elisabeth 225
Belotti, Elena Gianni 194
Berben, Iris 46
Berghofer-Weichner, Mathilde 257
Bilden, Helga 264
Bode, Elfriede 98, 250f.
Bolte, Karl Martin 98f., 225
Brandt, Willy 21f., 24, 27, 42, 45, 223
Brauksiepe, Aenne 29
Braun, Ingrid 270
Chesler, Phyllis 183
d'Eaubonne, Françoise 193
Dahrendorf, Ralf 32-34, 98
Daiber, Birgit 82
Dalla Costa, Mariarosa 216
Dombrowsky, Christine 11, 113, 263
Döpfner, Julius 160
Erler, Ursula 11, 66, 190f., 217f., 264
Fingerle, Anton 77
Finkenmeyer, Ulrich 138
Firestone, Shulamith 128
Focke, Katharina 29, 247
Francis, Emerich 98-100
Friedan, Betty 51f., 99
Geisendörfer, Ingeborg 256f.
Gerstein, Hannelore 98
Gollbach, Andrea 10
Goppel, Alfons 257
Gössmann, Elisabeth 53
Graue, Siegfried 64
Greer, Germaine 128, 136
Hamm-Brücher, Hildegard 29, 32-34,
Haug, Frigga 129
Heiliger, Anita 11, 204f., 203-205, 265
Held, Philipp 159
Hund, Johanna 61
Jablonski, Dorothea 270
Jahn, Gerhard 157
Jäkl, Reingard 66
James, Selma 216
Jendis, Reiner 63
Jurczyk, Karin 11, 121, 264
Kahn-Ackermann, Susanne 195, 229
Karl, Mathilde 41f.
Kelly, Petra 253
Kiesinger, Kurt Georg 29
Klein, Viola 51, 53, 99
Koderer, Heinz 64
Kohl, Helmut 20
Kolle, Oswalt 54
Krahl, Hans-Jürgen, 85
Kunzelmann, Dieter 65f.
Langhans, Rainer 87
Mabry, Hannelore 9f., 100, 122, 133f.,
138-140, 149, 155, 187, 208, 210-212, 215,
245f., 249-253, 255-257, 263f.
Mehring, Hartmut 10
Meibom, Inge von 244
Meulenbelt, Anja 194
Meysel, Inge 230
Millett, Kate 128f.
Mitscherlich, Alexander 74
Mühlbauer, Rita 91f., 96
Myrdal, Alva 51, 53, 99
Nestler, Paolo 71
Neubauer, Ursula 10
Obermaier, Uschi 87
Opfermann, Adelheid 10, 83
Ostner, Ilona 225, 264
Paul IV. 55
Pirkel, Fritz 254, 256
Pizzey, Erin 228
Pohle, Rolf 63, 85
Praunheim, Rosa von 205
Pross, Helge 20, 32-34, 224
Rath, Eva 212f.
Riedmüller, Barbara 11, 64, 105, 265
Rombert, Eleonore 98
Rosenbauer, Heinz 259
Röttgen, Herbert 66, 190
Rueff, Gretl 248
Rüger, Sigrid 85
Runge, Erika 65, 94f.
Rush, Anne Kent 183, 194
Sander, Helke 10, 62f., 67f., 71, 90, 93,
107
Sauer, Irmgard 209
Schelsky, Helmut 40, 53
Schlemper, Otto Friedrich 10
Schreyögg, Friedel 260
Schwarzer, Alice 146-148, 165, 177, 186,
219f., 270

- Schwarzhaupt, Elisabeth 29
Seehuber-Przytulla, Dagmar 65f., 95
Spils, May 82
Springer, Axel 56
Stamm, Barbara 259
Stefan, Verena 193f.
Sternagel, Wieland 61
Stocker, Anni 250f.
Strauß, Franz Josef 259
Strecker, Gabriele 26
Strobel, Käte 26, 29, 54
Tedeski, Barbara 11
Teufel, Fritz 64
Tömmel, Sieglinde 100f., 122
Uschi, Glas 82
Vetter, Hermann 98
Vogel, Hans-Jochen 77
Wetter, Reinhard 64, 85
Wisselinck, Erika 54
Wolfring, Ursula 256
Wühr, Paul 60

